STADT ERKELENZ

Rat der Stadt Erkelenz

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

An die
Mitglieder
des Rates der Stadt Erkelenz

03.12.2015

E i n l a d u n g

Hiermit lade ich Sie zur **9. Sitzung des Rates der Stadt Erkelenz** ein.

Sitzungstermin:	Mittwoch, 16.12.2015, 18:00 Uhr
Ort, Raum:	Altes Rathaus, Markt 1, 41812 Erkelenz

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

2 Angelegenheit/en aus der 5. Sitzung des Personalausschusses am 12.11.2015

2.1 Stellenplan 2016
Vorlage: A 10/308/2015

3 Angelegenheit/en aus der 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.12.2015

3.1 Aufstellung des Teilergebnisplans 2016 und des Teilfinanzplans 2016 bis 2019 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe"
Vorlage: 0/51/179/2015

4 Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: A 20/337/2015

5 Angelegenheit/en aus der 8. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe am 27.10.2015

5.1 Einrichtung von Ersatzparkplätzen auf dem Johannismarkt als Saisonparkplätze für den Zeitraum des Winterhalbjahres (als zweijährige Testphase)
Vorlage: A 30/177/2015

5.2 Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) der Stadt Erkelenz, Fortschreibung 2016 - 2021
Vorlage: A 66/341/2015

5.3 Abwassergebührenkalkulation 2016
Vorlage: A 20/024/2015

5.4 Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2016 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms für die Jahre 2015 bis 2019
Vorlage: A 20/025/2015

6 Angelegenheit/en aus der 9. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe am 08.12.2015

6.1 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: A 61/351/2015
Anmerk.: Aufgrund bestehender Rechtsprechung zur Beschlussfassung über Stellungnahmen im Bauleitplanverfahren hat der Rat zum Zeitpunkt des Feststellungs-/bzw. Satzungsbeschlusses über die Stellungnahmen aller Verfahrensschritte zu entscheiden.

6.2 Bebauungsplan Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd", Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: A 61/352/2015
Anmerk.: Aufgrund bestehender Rechtsprechung zur Beschlussfassung über Stellungnahmen im Bauleitplanverfahren hat der Rat zum Zeitpunkt des Feststellungs-/bzw. Satzungsbeschlusses über die Stellungnahmen aller Verfahrensschritte zu entscheiden.

6.3 Bebauungsplan Nr. 0240.1 „Zum Driesch", Erkelenz-Bellinghoven
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: A 61/349/2015

6.4 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen
hier: Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans
Vorlage: A 61/350/2015

6.5 13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz für den Städtischen Abwasserbetrieb
Vorlage: A 20/329/2015

7 Angelegenheit/en aus der 3. Sitzung des Ausschusses für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales am 25.11.2015

7.1 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Erkelenz: Umsetzungsbeschluss
Vorlage: A 10/302/2015

8 Angelegenheit/en aus der 3. Sitzung des Braunkohlenausschusses am 01.12.2015

8.1 Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf der Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlenrevier
hier: Beschluss zur Stellungnahme
Vorlage: A 61/339/2015

8.2 Bebauungsplan Nr. XXII "Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath", Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: A 61/353/2015
Anmerk.: Aufgrund bestehender Rechtsprechung zur Beschlussfassung über Stellungnahmen im Bauleitplanverfahren hat der Rat zum Zeitpunkt des Feststellungs-/bzw. Satzungsbeschlusses über die Stellungnahmen aller Verfahrensschritte zu entscheiden.

9 Angelegenheit/en aus der 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 02.12.2015

9.1 Übernahme des Förderanteils für den zeitgleichen Parallelbetrieb der kath. Kindertagesstätte Keyenberg und der neu zu errichtenden Kindertagesstätte Borschemich (neu)
Vorlage: 0/51/180/2015

10 Angelegenheit/en aus der 2. Sitzung des Rechnungsprüfungsaus-schusses am 03.12.2015

10.1 Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2014 gemäß § 101 i.V.m. § 96 Absatz 1 GO NRW
Vorlage: A 14/077/2015

10.2 Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW
Vorlage: A 14/078/2015

10.3 Prüfung und Bestätigung des Gesamtabschlusses 2014 gemäß § 116 Absatz 6 i.V.m. Absatz 2 bis 8 GO NRW
Vorlage: A 14/079/2015

10.4 Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 Absatz 1 GO NRW
Vorlage: A 14/080/2015

11 Anpassung der Zuständigkeitsordnung
hier: Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Aufträgen auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin
Vorlage: A 10/309/2015

12 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW: Bestimmung von Ratsmitgliedern der Fraktionen zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung am 26.11.2015
Vorlage: A 10/310/2015

13 Antrag auf Nutzung des Stadtlogos
Vorlage: A 10/311/2015

14 Veräußerung der kommunalen Beteiligungen an der Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co.KG - Black GEKKO-Projekt - als Ausfluss aus der mittelbaren Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH
Vorlage: A 20/330/2015
Anmerk.: Auf Grundlage einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO wird die Angelegenheit dem Rat vorgelegt.

15 Entscheidung über den Erlass einer Allgemeinverfügung zur Gefahrenabwehr „Glasverbot auf dem Johannismarkt am Altweiberdonnerstag 2016"
Vorlage: A 30/178/2015

16 Anschaffung eines neuen Löschgruppenfahrzeuges - Katastrophenschutz - für die Freiwillige Feuerwehr Erkelenz, Löschgruppe Hetzerath
Vorlage: A 30/179/2015

17 Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Nutzung der Realbrandausbildungsanlage der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz
Vorlage: A 30/180/2015

18 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte
hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss
Vorlage: A 61/354/2015
Anmerk.: Aufgrund bestehender Rechtsprechung zur Beschlussfassung über Stellungnahmen im Bauleitplanverfahren hat der Rat zum Zeitpunkt des Feststellungs-/bzw. Satzungsbeschlusses über die Stellungnahmen aller Verfahrensschritte zu entscheiden.

19 Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

19.1 Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW sowie von erheblichen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW
Vorlage: A 20/332/2015
Anmerk.: Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

19.2 Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW bzw. § 85 Abs. 1 GO NRW in der Zeit vom 22.08.2015 bis 09.10.2015
Vorlage: A 20/325/2015

19.3 Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW in der Zeit vom 10.10.2015 bis 20.11.2015
Vorlage: A 20/333/2015

Nichtöffentlicher Teil

1 Mitteilungen des Bürgermeisters

2 Festsetzung von Fahrtkostenpauschalen (Reisekostenpauschalen) für stv. Bürgermeister/innen und Fraktionsvorsitzende
Vorlage: A 10/312/2015

3 Anpassung des Gesellschaftsvertrages der Kreiswerke Heinsberg GmbH vom 28.04.2005
Vorlage: A 20/326/2015

Mit freundlichen Grüßen

Peter Jansen
Bürgermeister

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/308/2015 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Haupt- und Personalamt	Datum: 15.10.2015 Verfasser: Amt 10 Volker Spanier

Stellenplan 2016

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
12.11.2015	Personalausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Entwurf des Stellenplans für das Haushaltsjahr 2016 wurde als PDF-Datei in das Ratsinformationssystem eingestellt.

Die Gesamtzahl der Stellen im Stellenplan für das Jahr 2015 betrug 428,00 Stellen.

Die Gesamtzahl der Stellen im Stellenplan 2016 beträgt 447,24 Stellen.

Darin sind 80 Beamtenstellen, 233,79 Stellen für Tarifbeschäftigte nach dem TVöD und 133,45 Stellen nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst ausgewiesen.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Stellenmehrung von 19,24 Stellen.

Stellenplan	Beamte	Tarifbeschäftigte	Sozial-u. Erziehungs-dienst	Summe
2015	81	230,20	116,80	428,00
2016	80	233,79	133,45	447,24
Differenz	- 1	+ 3,59	+16,65	+19,24

Zu den wesentlichen Veränderungen gehören:

Die Stellenmehrung für das Jahr 2016 beträgt insgesamt 19,24 Stellen. Dies ist auch der Systematik des Beamtenrechts geschuldet, nach der für jeden Beamten eine eigene Stelle einzurichten ist. Nach Beendigung der Altersteilzeit der sich in Altersteilzeit befindlichen Beamten erfolgt aufgrund von kw-Vermerken eine Rückführung der Stellen.

Im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz wurde eine Stelle für einen Beamten des mittleren Dienstes als Gerätewart eingerichtet. Die bisher dort geringfügig Beschäftigten mit einem Stellenanteil von insgesamt 0,52 Stellen fallen künftig weg. Die Einrichtung der Stelle war notwendig, um notwendige Untersuchungen und Prüfungen der Fahrzeuge und Gerätschaften der Feuerwehr zeitnah zu gewährleisten.

Ein Beamter des mittleren Dienstes wurde nach Absolvierung der Laufbahnprüfung zum Amt für Bildung und Sport versetzt. Er übernahm dort die Tätigkeiten einer aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Mitarbeiterin.

Im Amt für Bildung und Sport scheidet ein Hausmeister zum 31.12.2015 mit einem Stellenanteil von 0,14 Stellen aus. Der Stellenanteil wird künftig eingespart.

Eine weitere mit Reinigungsarbeiten betraute Mitarbeiterin des Amtes für Bildung und Sport mit einem Stellenanteil von 0,37 Stellen schied ebenfalls altersbedingt aus. Die Stelle wird eingespart.

Der Bedarf der Stellen für die Kindertagesstätten wurde nach dem Kinderbildungsgesetz ermittelt.

Unter Berücksichtigung des eventuellen Betriebsüberganges der Johanniter Kindertagesstätte auf die Stadt Erkelenz wurden vorsorglich 15 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher bzw. Kinderpfleger/innen auf der Grundlage des Personalschlüssels vom 01.08.2013 bis 31.07.2014 eingerichtet.

Eine Beamtin des mittleren Dienstes, die im Sommer 2015 ihre Laufbahnprüfung absolvierte, wurde als zusätzliche Mitarbeiterin zur Flüchtlingsbetreuung auf eine neu eingerichtete Stelle im Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales versetzt. Ebenso wurde die Stelle eines Hausmeisters für Flüchtlingsbetreuung zusätzlich eingerichtet und mit einem ehemalig in der Druckerei des Hauptamtes befristet beschäftigten Mitarbeiters besetzt.

Vorsorglich wurden zwei weitere Stellen als Stellenreserve für eventuelle weitere zusätzliche Belastungen im Bereich Flüchtlingsbetreuung/Unterbringung sowie Koordination der Ehrenamtler etc. eingerichtet. Die Stellen sind nicht bewirtschaftet.

Im Bauaufsichts- und Hochbauamt wurde aufgrund der geplanten Änderung der Landesbauordnung eine weitere Stelle in der Bauaufsicht eingerichtet.

Im Bereich des Tiefbauamtes/Abwasserbetriebes wird eine Stelle nach beendeter Altersteilzeit eingespart.

Als Gegenmaßnahme zur Stellenmehrung wurden aus der vorhandenen Stellenreserve bzw. durch Wegfall von Stellenanteilen insgesamt 6,44 Stellen gestrichen oder genutzt, um neu eingerichtete Stellen zu kompensieren. Insgesamt beträgt die Stellenmehrung 19,24 Stellen, wovon alleine 3 Stellen für die Flüchtlingsbetreuung sowie 15 Stellen für die Übernahme der Kindertagesstätte Karolingerring eingerichtet wurden.

Die einzelnen Veränderungen sind in der beiliegenden Anlage dargestellt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):
„Die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Stellenpläne für die Beamten, Tariflich Beschäftigten und Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit einschließlich der dazu erstellten Stellenübersichten werden hiermit für das Haushaltsjahr 2016 und als Anlage zum Haushaltsplan 2016 übernommen."

Anlagen:
1. Liste der Veränderungen Stellenplan 2016
2. Stellenplan 2016

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
Anzahl der Stellen im Stellenplan 2015								**428,01**			**428,01**	
										20.400,00 €		Höhergruppierungen und Beförderungen wurden mit insgesamt 20.400,00 Euro
1.00.00.02	Stellenpool	A8	Amt 50/51	41,00	0,00	1,00	0,00	**-1,00**	Verlagerung aus dem temporären Stellenpool		**-1**	Die Beamtin wurde bis zu ihrer Laufbahnprüfung im temporären Stellenpool geführt. Die Stelle wird nunmehr aus dem temporären Stellenpool verlagert.
2.50.01.09	Amt 50/51	A8	Amt 50/51	0,00	41,00	0,00	1,00	**1,00**	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	26.000,00 €	**1**	Verlagerung einer Stelle aus dem temporären Stellenpool zu Amt 50/51 auf Anforderung des Amtes. Die Stelle wurde zusätzlich zur Betreuung von Flüchtlingen eingerichtet
2.50.01.09	Amt 50/51	A8	Amt 50/51						Änderung Produktsachkonto: bisher 010801: 100% neu: 050300 = 60% 100603 = 40%			Änderung Produktsachkonto
1.00.00.03	Stellenpool	A8	Amt 40	41,00	0,00	1,00	0,00	**-1,00**	Verlagerung aus dem temporären Stellenpool		**-1**	Der Beamte wurde bis zu seiner Laufbahnprüfung im temporären Stellenpool geführt. Die Stelle wird nunmehr aus dem Stellenpool verlagert.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.40.02.01	Amt 40	A8	Amt 40	0,00	41,00	0,00	1,00	**1,00**	Übernahme einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	29.000,00 €	**1**	Verlagerung einer Stelle aus dem temporären Stellenpool zu Amt 40 auf Anforderung des Amtes. Die bisherige Stelleninhaberin beendete ihr Berufsleben. Die seit März 2015 unbesetzte Stelle wird eingespart. Die Aufgaben werden nunmehr auf einer neu eingerichteten Beamtenstelle durch einen Beamten übernommen, der seine Laufbahnprüfung in 7/15 absolviert hat.
2.40.02.01	Amt 40	A8	Amt 40						Änderung Produktsachkonto: bisher 010801:100%, neu: 030101: 14% 030102: 14%, 030103: 14% 030104: 16% 030105: 15% 030201: 14%, 080300: 13%			Änderung Produktsachkonto
1.00.00.12	Stellenpool	A10	Amt 10						Änderung Produktsachkonto: bisher 010900:100% neu: 010801: 100%			Änderung Produktsachkonto

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.10.02.01	Amt 10	A12	Am 10	41,00	41,00	1,00	1,00		Anhebung der Wertigkeit von A12 nach A13g.D.			Für 2016 erfolgt eine Zusammenlegung der Sachgebiete IT-Prozessteuerung, e-Government und Bürgerbüro mit dem Sachgebiet Informationstechnologie. Damit einhergehend erfolgte lt Stellenbewertung wegen erhöhter Leitungsfunktion und Umsetzung neuer rechtlicher IT-Grundlagen nach den Vorschriften des e-Government-Gesetzes eine Anhebung der Wertigkeit auf A13g.D.. Dem Personalausschuss wurde in 2013 von Seiten der Verwaltung ein IT-Konzept mit Optimierungsansätzen und Handlungsstrategien vorgestellt und das unmittelbare Zusammenwirken zwischen Bereitstellung von IT-Infrastruktur und Implementierung von e-Governmentlösungen erläutert.
1.10.02.01	Amt 10	A12	Amt 10						Änderung Produktsachkonto: bisher 011000: 25%, neu: 50 bisher 011400: 50%, neu: 25			Änderung Produktsachkonto
1.10.03.05	Amt 10	A9m.D.	Amt 10	41,00	41,00	1,00	1,00		Änderung Produktsachkonto: bisher 021000: 100%, neu:0 neu 040800: 100%			Wie bereits im Personalausschuss vom 09.09.15 mitgeteilt, soll eine Archivarin langfristig an die Stadt Erkelenz gebunden werden. Die sich bisher im temporären Stellenpool befindliche Stelle wird zur einstweiligen Stellenführung der Archivarin im Archiv herangezogen. Hierzu ist eine Veränderung im Produktsachkonto notwendig.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen- umfang bisher	Stellen- umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.10.05.01	Amt 10	EG 9							Anhebung der Wertigkeit von EG 9 nach EG 10			Eine Stellenbewertung ergab die Wertigkeit EG 10. Eine Höhergruppierung des Stelleninhabers soll nicht erfolgen, da er noch nicht über die notwendige Berufserfahrung verfügt.
1.10.06.03	Amt 10	A12	Amt 10	41,00	0,00	1,00	0,00	**-1,00**	Wegfall der Stelle im Amt 10		**-1**	Der Stelleninhaber wurde bisher als Sachbearbeiter im Büro des Verwaltungsvorstandes geführt. Krankheitsbedingt erfolgt nunmehr eine Führung im temporären Stellenpool.
1.00.00.16	Stellenpool	A12	Amt 10	0,00	41,00	0,00	1,00	**1,00**	Führung im temporären Stellenpool		**1**	Krankheitsbedingte Stellenführung im temporären Stellenpool.
1.00.00.16	Stellenpool		Amt 10						Änderung Produktsachkonto: bisher 011200: 100% neu: 010801: 100%			Änderung Produktsachkonto

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.10.06.04	Amt 10	EG 8	Amt 10	19,50	39,00	0,50	1,00	0,50	Aufstockung einer halben Stelle auf eine Vollzeitstelle.	19.000,00 €	**0,5**	Im Stellenplan 2015 wurde für das Büro des Verwaltungsvorstandes eine halbe Stelle zur Unterstützung der Sachgebietsleitung eingerichtet. Nunmehr soll eine Verlagerung von Aufgaben in den Bereichen Prozessmanagement, Projektarbeit, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Damit einhergehend ist eine Aufstockung des Stellenumfanges auf eine volle Stelle vorgesehen. Bisher erfolgte für die Führung der Stelle die Sperrung von 19,5 Std einer sich im temporären Stellenpool befindlichen Stelle (1.00.00.14) Nunmehr soll der sich noch im temporären Stellenpool befindliche freie Stellenanteil von 14,50 Std. genutzt werden. Die restlichen 5 Stunden sind neu einzurichten.
1.00.00.14	Stellenpool	EG 8	Amt 10	14,50	0,00	0,37	0,00	-0,37	Stellenanteil dient der Aufstockung der Stelle 1.10.06.04		**-0,37**	Der sich noch im temporären Stellenpool befindliche Stellenanteil von 0,37 Stellen ist für die weitere Besetzung der Stelle 1.10.06.03 vorgesehen.
1.00.00.14	Amt 10	EG 8	Amt 10						Änderung Produktsachkonto: bisher 010801: 100%, neu: 010200: 60%, 010700: 40%			Änderung Produktsachkonto

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.14.00.03	Amt 10	A11	Amt14	41,00	41,00	1,00	1,00	0,00	Anhebung der Wertigkeit von A11 nach A12			Der Amtsleiter des RPA beantragte eine Neubewertung der Stelle. Grundlage des Antrages ist ein im Auftrag des Institutes der Rechnungsprüfer (IdR) gefertigtes Gutachten. Insgesamt setzt das Gutachten, welches lt. IDR von der KGST akzeptiert worden sei, bei Prüfungen im neuen Rechnungswesen höhere Anforderungen an den Schwierigkeitsgrad der Informationsverarbeitung, den Grad der Verantwortung wie auch den Nachweis großer Erfahrung voraus. Zur Zeit erfolgt eine interne Abstimmung zwischen Fachamt und dem Sachgebiet Organisation des Hauptamtes zur Bewertungsprüfung.
1.20.00.01	Amtsleiter Amt 20	A15	Amt 10	41,00	41,00	1,00	1,00	0,00	Die Kosten sind in der Hochrechnung der Personalkosten enthalten.			Die Stelle des Amtsleiters des Amtes für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften ist mit A15 bewertet. Der Stelleninhaber ist in 2016 für eine Beförderung vorgesehen.
1.20.02.01	Stellvertr. AL und SGL Amt 20	A12	Amt 20						Anhebung der Wertigkeit von A12 nach A13g.D.			Die Stelle des stellvertretenden Amtsleiters des Amtes für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften ist mit A13g.D. bewertet. Die Kosten der Beförderung sind in der Hochrechnung enthalten.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.20.02.04	Amt 20	A8	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100:10% neu: 30 010900: 90% neu: 70			Änderung Produktsachkonto
1.20.03.01	SGL Zahlungsabwick-lung, Liquiditäts-planung, Forderungs-management Amt 20	A12	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100:30% neu: 50 010900: 70% neu: 50			Unterjährige Veränderung der Produktzuweisung durch den Kämmerer
1.20.03.02	Amt 20	A9m.D.	Amt 20	41,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	Wegfall einer Stelle		-1	Die Freistellungsphase der Altersteilzeit wurde beendet. Die Stelle fällt nunmehr weg.
1.20.03.02	Amt 20	A9m.D.	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher: 110100: 5%, neu: 0 010900: 95%, neu: 0			Änderung Produktsachkonto
1.20.03.02	Amt 20	EG9	Amt 20	0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	46.400,00 €	1	Die Stelle wurde als Nachfolgestelle der ehemaligen Beamtenstelle für einen Angestellten neu eingerichtet.
1.20.03.02	Amt 20	EG9	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100: 5% neu: 15; 010900: 95% neu: 85			Änderung Produktsachkonto

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.20.03.11	Co-SGLin Amt 20	A11	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100: 50% neu: 30 010900: 50% neu: 70			Änderung Produktsachkonto
1.20.03.07	Amt 20	EG8	Amt 20	41,00	41,00	1,00	1,00	0,00	Umwandlung einer Stelle von EG8 in A8			Im Rahmen einer Organisationsänderung erfolgte eine Umsetzung auf eine bisher mit einem Angestellten besetzten Stelle. Die Stelle ist von EG 8 in A8 umzuwandeln.
1.20.03.07	Amt 20	EG8	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100: 50% neu: 25 010900: 50% neu: 75			Änderung Produktsachkonto
1.20.03.13	Amt 20	A8	Amt 20	39,00	39,00	1,00	1,00	0,00	Umwandlung einer Stelle von A8 in EG8			Im Rahmen einer Organisationsänderung erfolgte eine Umsetzung auf eine bisher mit einem Beamten besetzten Stelle. Die Stelle ist von A8 in EG8 umzuwandeln.
1.20.03.13	Amt 20	A8	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 110100: 50% neu: 25 010900: 50% neu: 75			Änderung Produktsachkonto
1.20.04.05	Amt 20	A11	Amt 20	41,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	Verlagerung von Amt 20 in den temporären Stellenpool		-1	Der Stelleninhaber beginnt zum 01.07.2016 seine Freistellungsphase im Rahmen der ATZ. Die Stelle wird ab 2016 im temporären Stellenpool geführt. Eine Vorgriffsstelle wurde eingerichtet, deren Besetzung sich verzögert hat. Die Kosten sind berücksichtigt.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
1.00.00.11	Amt 10	A11	Amt 20	0,00	41,00	0,00	1,00	1,00	Zuführung einer Stelle in den temporären Stellenpool.		1	Verlagerung einer Stelle von Amt 20 in den temporären Stellenpool.
1.20.04.05	Amt 20	A11	Amt 20						Änderung Produktsachkonto: bisher 011301: 100% neu: 010801: 100%			Änderung Produktsachkonto
1.20.04.06	Amt 20	A12	Amt 20	0,00	41,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	27.300,00 €	1	Die Stelle wird zur Vorgriffsnachbesetzung der Stelle 1.20.04.03 eingerichtet. Im temporären Stellenpool steht hierfür die A12-Stelle 1.00.00.07 zur Verfügung. Zur Zeit erfolgt die interne Abstimmung zwischen Fachamt und dem SG Organisation des Hauptamtes zur Bewertungsprüfung.
1.00.00.09	Stellenpool	A12	Amt 10	41,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	Verlagerung aus dem temporären Stellenpool		-1	Die sich im temporären Stellenpool befindliche A12-Stelle ist für die Besetzung der neu eingerichteten Stelle 1.20.04.06 vorgesehen.
2.30.01.03	Amt 30	A12	Amt 30						Abwertung der Wertigkeit von A12 nach A11			Für die Einrichtung der Vergabestelle wurde die ehemalige A12 Bewertung der Stelle 1.20.02.01genutzt. Die Stellenbewertung erfolgte mit A11. Die Stelle wird auf A11 abgewertet

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.30.01.04	Amt 30	A10	Amt 30						Änderung der Wertigkeit von A 10 in EG 9			Die 2. Stelle der Vergabestelle wurde als Beamtenstelle mit A10 eingerichtet. Die Stelle wird nunmehr zum 01.04.2016 mit einer Angestellten besetzt. Die Stelle ist in eine Angestelltenstelle umzuwandeln.
2.30.01.04	Amt 30	A10	Amt 30						Änderung Produktsachkonto: bisher 011100: 100% neu: 0			Änderung Produktsachkonto
2.30.01.04	Amt 30	EG 9	Amt 30						Änderung Produktsachkonto: bisher 011100: 0% neu: 100			Änderung Produktsachkonto
2.30.02.07	Amt 30	A8	Amt 30	0,00	41,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	34.000,00 €	**1**	Einrichtung einer Stelle eines hauptamtlichen Gerätewartes der Freiwilligen Feuerwehr. Der/die künftige Stelleninaber/in soll möglichst über eine Ausbildung als KFZ-Mechaniker/in verfügen. Notwendige Untersuchungen und Prüfungen der Fahrzeuge und Gerätschaften der Feuerwehr finden entweder zeitlich stark verzögert oder nur eingeschränkt statt. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Es soll versucht werden, die Stelle mit einem Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz zu besetzen.
2.30.02.08	Amt 30	EG 3	Amt 30	7,40	0,00	0,19	0,00	-0,19	Wegfall der Stelle	-6.200,00 €	**-0,19**	Die Stelle soll nach der Besetzung der Stelle des hauptamtlichen Gerätewartes eingespart werden.
2.30.02.09	Amt 30	EG 2	Amt 30	8,00	0,00	0,21	0,00	-0,21	Wegfall der Stelle	-6.800,00 €	**-0,21**	Die Stelle soll nach der Besetzung der Stelle des hauptamtlichen Gerätewartes eingespart werden.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.30.02.10	Amt 30	EG 2	Amt 30	4,50	0,00	0,12	0,00	-0,12	Wegfall der Stelle	-4.700,00 €	**-0,12**	Die Stelle soll nach der Besetzung der Stelle des hauptamtlichen Gerätewartes eingespart werden.
2.30.03.07	Amt 30	A10	Amt 30						Änderung Produktsachkonto: bisher 010801: 100% neu: 0 neu: 010300: 10% 020700: 55% 090200: 30% 150203: 5%			Änderung Produktsachkonto
2.40.01.04	Amt 40	EG 10	Amt 40						Umwandlung einer Stelle von A11 in EG 10			Die Angestellte wurde wegen einer Veränderung des Aufgabengebietes aus ihrem ursprünglichen Bereich zu Amt 50/51 versetzt. Die Aufgaben in Amt 50/51 wurden bisher von einer Beamtin wahrgenommen. Die Stelle muß in eine Angestelltenstelle umgewandelt werden.
2.40.01.04	Amt 40	EG 10	Amt 40						Änderung Produktsachkonto: bisher: 080100: 100% neu: 060400: 100%			Änderung Produktsachkonto
2.40.02.01	Amt 40	EG 8	Amt 40	24,00	0,00	24,00	0,00	**-0,63**	Wegfall der Stelle		**-0,63**	Die ehemalige Stelleninhaberin schied aus dem Berufsleben aus. Die Stelle wird eingespart.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.40.02.01	Amt 40	EG 8	Amt 40						Änderung Produktsachkonto: bisher 030101: 14%, neu: 0, 030102: 14%, neu: 0, 030103: 14%, neu: 0, 030104: 16%, neu: 0, 030105: 15%, neu: 0, 030201: 14%, neu: 0, 080300: 13%, neu: 0			Änderung Produktsachkonto
2.40.03.05	Amt 40	EG 5	Amt 40	0,00	41,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	45.250,00 €	**1**	Wegen einer Vielzahl von befristeten Ausfällen, für die keine Ersatzeinstellung erfolgt, muß aus organisatorischen Gründen eine neue Stelle eingerichtet werden. Ein zu erstellendes Konzept für den Bäderbetrieb soll im Juni 16 im Personalausschuss vorgestellt werden.
2.40.03.05	Amt 40	EG 5	Amt 40						Änderung Produktsachkonto: 080300: 100%			Änderung Produktsachkonto
2.40.04.03	Amt 40	EG 3	Amt 40	5,44	0,00	0,14	0,00	-0,14	Wegfall der Stelle		**-0,14**	Der Stelleninhaber hat zum 31.12.2015 um Auflösung seines Arbeitsvertrages gebeten. Die Stelle wird eingespart.
2.40.06.04	Amt 40	EG 2	Amt 40	14,25	0,00	0,37	0,00	**-0,37**	Wegfall der Stelle		**-0,37**	Nach dem Ausscheiden der ehemaligen Stelleninhaberin aus dem Berufsleben wird die Stelle eingespart. Die Reinigungsaufgaben wurden von der mit den Reinigungsarbeiten betrauten Firma übernommen.
2.40.06.04	Amt 40	EG 2	Amt 40						Änderung Produktsachkonto: bisher 150202: 100% neu: 0;			Änderung Produktsachkonto

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.40.12.01	Amt 40	EG 5	Amt 40	6,00	0,00	0,15	0,00	-0,15	Einsparung von sechs Arbeitsstunden		**-0,15**	Die bisher für eine Springertätigkeit innerhalb der Schulsekretariate vorgehaltenen 6 Stunden fallen künftig ersatzlos weg.
2.40.12.02	Amt 40	EG 5	Amt 40	35,00	39,00	0,90	1,00	0,10	Aufstockung der Stelle	4.100,00 €	**0,1**	Der Stelleninhaber ist derzeit als Schulhausmeister mit einem Arbeitsvertrag über 35 Stunden beschäftigt. Künftig müssen die Aussensportanlagen aufgrund einschlägiger Rechtsprechung in einem wöchentlichen Rhythmus überprüft werden. Insgesamt ist eine Erhöhung der Arbeitszeit um vier Stunden/wöchentlich auf dann Vollzeit vorgesehen.
2.40.20.01	Amt 40	EG 6	Amt 40	21,60	24,00	0,55	0,60	0,05	Aufstockung der Stelle	2.500,00 €	**0,05**	Die Stelleninhaberin arbeitet als Sekretärin an der Pestalozzischule. Die Schulleitung wurde für drei Tage die Woche an eine Schule in Eschweiler abgeordnet. Damit ein Ansprechpartner vor Ort ist, soll die Arbeitszeit der Sekretätrin um 2 Std./Woche erhöht werden.
2.50/51.01.01	stellertr. AL und SGL Amt 50/51	A13g.D.							Anhebung der Wertigkeit von A13g.D. auf A13 h.D.			Der Stelleninhaber ist als stellvertretender Amtsleiter und Sachgebietsleiter im Amt 50/51 tätig. Derzeit verantwortet er neben seinen Aufgaben alle weiteren Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung bzw. Flüchtlingsbetreuung. Die Wertigkeit der Stelle wurde auf A13 h.D. angehoben. Eine Beförderung soll im Dezember erfolgen.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.50.51.01.05	Amt 50/51	A11	Amt 50/51						Umwandlung einer Stelle von EG 10 nach A11			Die Beamtin wurde wegen einer Veränderung des Aufgabengebietes aus ihrem ursprünglichen Bereich zu Amt 40 versetzt. Die Aufgaben in Amt 40 wurden bisher von einer Angestellten wahrgenommen. Die Stelle muß in eine Beamtenstelle umgewandelt werden.
2.50.51.01.05	Amt 50/51	A11	Amt 50/51						Änderung Produktsachkonto: bisher: 060400: 100% neu: 080100: 100%			Änderung Produktsachkonto
2.50/51.01.10	Amt 50/51	EG 4	Amt 50/51	0,00	1,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	39.950,00 €	1	Der Stelleninhaber wurde bisher als Elternzeitvertretung in der Druckerei bis zum 31.08.15 eingesetzt. Zur Betreuung der Asylsuchenden übernimmt er vorerst befristet bis zum 30.06.2016 Aufgaben eines Hausmeisters in den Übergangsheimen der Stadt. Daneben werden noch Kanzleitätigkeiten und Aufgaben des Runden Tisches (Seniorenangelegenheiten) übernommen. Die Tätigkeiten wurden bisher von einem Mitarbeiter einer Zeitarbeitsfirma übernommen.
2.50/51.01.11	Amt 50/51	EG 9	Amt 50/51	0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	Stellenreserve		1	Stellenreserve für eventuell weitere zusätzliche Belastungen "Flüchtlingsunterbringung - Verwaltungsaufgaben, Koordination Ehrenamtler, Integrationsaufgaben"

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.50/51.01.12	Amt 50/51	EG 6	Amt 50/51	0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	Stellenreserve		**1**	Stellenreserve für eventuell weitere zusätzliche Belastungen "Flüchtlingsunterbringung - Verwaltungsaufgaben, Koordination Ehrenamtler, Integrationsaufgaben"
2.50/51.03.136	Amt 50/51		Amt 50/51					15,00	Einrichtung von Stellen. 1 Stelle S 16 1 Stelle S 15 10 Stellen S 6 3 Stellen S 3		**15**	Für den Fall des Betriebsübergangs der Kindertagesstätte der Johanniter,Karolingerring, auf die Stadt Erkelenz wurden anhand der vorliegenden Personalzahlen mit Datum vom 01.08.2013-31.07.2014 15 Stellen eingerichtet
2.50/51.04.08	Amt 50/51	S14	Amt 50/51						Änderung der Wertigkeit von S14 in S17			Im Allgemeinen Sozialen Dienst soll eine Stelle als Sachgebietsleiter/in eingerichtet werden. Hierzu soll die Wertigkeit einer vorhandenen Stelle von S14 auf S17 angehoben werden.
2.50/51.04.15	Amt 50/51	S14	Amt 50/51	0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	47.400,00 €	**1**	Im Bereich Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung wurde ein erhöhtes Fallaufkommen festgestellt. Zur Personalbemessung gibt das GPA Kennzahlen vor. Im Vergleich zu diesen Kennzahlen liegt eine deutlich höhere Fallbelastung vor. In diesem auch öffentlichkeitswirksamen sensiblen Bereich besteht deshalb der Bedarf einer zusätzlichen Stelle einer/s SozialarbeiterIn/s.
2.50.51.05.02	Amt 50/51	EG 5	Amt 50/51	25,00	0,00	0,65	0,00	-0,65			**-0,65**	Die Mitarbeiterin hat ihre Stelle gekündigt. Die Stelle wurde durch eine Änderung der Organisation kompensiert.

Veränderungen Stellenplan 2016

Stand: 29.10.2015

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
2.50.51.05.02	Amt 50/51	EG 5	Amt 50/51						Änderung Produktsachkonto: bisher: 060201: 100% neu:35 060301: 60% 060400: 5%			Änderung Produktsachkonto
3.61.04.02	Amt 61	EG 11	Amt 61	19,50	39,00	0,50	1,00	0,50	Aufstockung einer halben Stelle auf eine Vollzeitstelle.	30.450,00 €	**0,5**	Wie bereits im Personalausschuss berichtet, soll vor dem Hintergrund der anstehenden Leitentscheidung der Bezirksregierung, die Ende 2015 oder Anfang 2016 vorliegen soll bzw. der Vorlage des Braunkohlenplanes durch die Bez.Reg. und den sich daraus ergebenden Aufgaben die in 2014 eingerichtete halbe Stelle eines Dipl.-Ing. Städtebau auf eine volle Stelle zum 01.01.16 aufgestockt werden.
3.63.02.03	Amt 63	EG 10/11	Amt 63	0,00	39,00	0,00	1,00	1,00	Einrichtung einer Stelle. Die Kosten wurden in der Hochrechnung der Personalkosten berücksichtigt.	56.400,00 €	**1**	Aufgrund der geplanten Änderung der Landesbauordnung NRW entfällt absehbar das sogenannte Freistellungsverfahren nach § 67 BauO NRW, in dem Bauvorhaben der Bauaufsicht lediglich angezeigt werden mussten. In diesem Verfahren wurden die Anträge weder geprüft noch wurden Gebühren erhoben. Nach Entfall des § 67 BauO NRW unterliegen diese Bauvorhaben dem vereinfachten Genehmigungsverfahren. Die Gebühren im vereinfachten Genehmigungsverfahren betragen für ein durchschnittliches Einfamilienhaus einschl. der Abnahmen rd. 600,- €, Insgesamt ist von zusätzlich ca. 110-120 Bauaufträgen und somit von zusätzlichen Gebühreneinnahmen in Höhe von ca. 65.000,- € jährlich auszugehen.

Stellen-Nr.:	Bezeichung: Amt:	Aktuelle Bewertung Aus- weisung im Stellenplan	Veranlassung durch	Std. bisher	Std. neu	Stellen-umfang bisher	Stellen-umfang neu	Differenz	Veränderungen im Stellenplan	AG Kosten /Jahr	Differenz	Bemerkung:
3.66.02.09	Amt 66	EG 5	Amt 66	39,00	0,00	1,00	0,00	-1,00	Wegfall der Stelle		**-1**	Nach Beendigung der Altersteilzeit kann die Stelle eingespart werden.
										370.500,00 €	**447,33**	
	Amt 50/51								Höhergruppierungen im Sozial- und Erziehungstarif **Leitung:** 1 S18 Stelle statt S15 2 S16 Stellen statt S15 2 Stellen S15 statt S13 5 Stellen S13 statt S10 1 Stelle S9 statt S7 **Vertretung:** 1 S15 statt S6 5 S13 statt S6 5 S9 statt S6	insgesamt ca. 350.000 €		Im Tarifkonflikt zwischen den Gewerkschaften und den Öffentlichen Arbeitgebern wurde eine Einigung erzielt. Diese sieht Höhergruppierungen im Leitungsbereich der Kindertagesstätten sowie die Einrichtung einer Leitungsvertretung ab einer Größe von 40 Kindern zuzüglich einer Tarifanpassung vor.

Stellenplan

der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis:

- Gesamtübersicht Stellenplan 2016
- Stellenplan 2016, Teil A: Beamte /Beamtinnen
- Stellenplan 2016, Teil B: Tarifbeschäftigte nach dem TVöD
- Stellenplan 2016, Teil C: Tarifbeschäftigte nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Gesamtübersicht Stellenplan 2016	Zahl der Stellen		
	davon		
	Summe der Stellen bezogen auf Vollzeitstellen		besetzt am 30.06.2015
	2016	**2015**	
Beamte:	80,00	81,00	59,40
Tarifbeschäftigte TvöD:	233,79	230,20	212,97
Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst:	133,45	116,80	114,67
Gesamt:	447,24	428,00	387,04

nachrichtlich:	**2016**	**2015**	01.10.2015
Inspektoranwärter/in:	4	3	1
Aufstiegsbeamte/innen:	0	0	0
Auszubildende:	3	4	1
Sekretäranwärter/-innen:	3	4	2
Praktikanten:	8	7	6
Gesamt::	18	16	10

Anmerkung:
Der Stellenplan 2016 wurde aus dem Stellenbesetzplan der Stadt Erkelenz entwickelt und in vollzeitverrechneten Stellenangaben dargestellt. Damit wird der Forderung der Gemeindeprüfungsanstalt Rechnung getragen. Das System rechnet intern mit 6 Nachkommastellen. Wegen der Übersichtlichkeit hat man sich auf 2 Nachkommastellen beschränkt, so dass in einigen Bereichen geringfügige Rundungsdifferenzen auftreten können.

Stellenplan

Teil A: Beamte

Wahlbeamte und Laufbahngruppen	Zahl der Stellen 2016 Besoldungs-gruppe	insgesamt	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2015	Erläuterungen
Wahlbeamte					
Bürgermeister	B 6	1,00	1,00	1,00	
Erster Beigeordneter	B 3	1,00	1,00	1,00	
Technischer Beigeordneter	B 2	1,00	1,00	1,00	
Höherer Dienst					
Ltd. Stadtverwaltungsdirektor	A 16	0,00	0,00	0,00	
Stadtverwaltungsdirektor	A 15	2,00	2,00	2,00	
Stadtbaudirektorin	A 15	1,00	1,00	1,00	
Stadtrechtsdirektor	A 15	1,00	1,00	1,00	
Stadtoberverwaltungsrat	A 14	1,00	1,00	1,00	
Stadtobersozialrat	A 14	1,00	1,00	0,98	
Stadtoberbaurat	A 14	1,00	1,00	1,00	
Stadtverwaltungsrat	A 13	5,00	5,00	4,98	
Gehobener Dienst					
Stadtoberamtsrat	A 13	3,00	2,00	1,98	
Stadtamtsrat	A 12	12,00	13,00	11,80	
Stadtbauamtsrat	A 12	1,00	1,00		
Stadtamtmann/-frau	A 11	16,00	16,00	11,29	
Stadtoberinspektor/-in	A 10	14,00	15,00	9,86	
Stadtinspektor/-in	A 9		0,00		
Mittlerer Dienst					
Stadtamtsinspektor/-in	A 9	6,00	7,00	2,78	
Stadthauptsekretär/-in	A 8	13,00	12,00	6,73	
Stadtobersekretär/-in	A 7	0,00	0,00	0,00	
Stadtsekretär/-in	A 6	0,00	0,00	0,00	
Einfacher Dienst		0,00	0,00	0,00	
Insgesamt:		80,00	81,00	59,40	

Teil B: Tarifbeschäftigte

TVöD Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2016	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. 6. 2015	Erläuterungen
15	0,00	0,00	0,00	
14	0,00	0,00	0,00	
13	1,00	1,00	1,00	
12	0,00	0,00	0,00	
11	12,00	10,50	8,72	
10	17,51	18,00	19,14	
9	16,65	14,71	14,44	
8	34,47	34,68	28,82	
7	4,00	4,00	1,00	
6	56,45	56,51	54,21	
5	42,66	42,93	38,70	
4	34,50	32,30	32,50	
3	1,48	1,66	1,48	
2	13,07	13,91	12,96	
1		-	-	
	233,79	230,20	212,97	

Teil C: Tarifbeschäftigte nach dem Sozial- u. Erziehungsdienst

TV Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppe		Zahl der Stellen 2016	Zahl der Stellen 2015	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30. 6. 2015	Erläuterungen
S	18	1,00	0,00	0,00	Vorsorglich wurden für die
S	17	1,00	0,00	0,00	Johanniterkindertagesstätte
S	16	2,00	0,00	0,00	15 Stellen eingerichtet
S	15	5,00	3,00	3,00	
S	14	7,00	7,00	6,00	
S	13	11,00	2,00	2,00	
S	12	0,00	0,00	0,00	
S	11	5,15	5,15	5,02	
S	10	0,00	5,95	5,95	
S	9	5,77	0,00	0,00	
S	8	2,00	2,00	1,00	
S	7	0,00	1,00	1,00	
S	6	63,75	64,60	64,60	
S	5	0,00	0,00	0,00	
S	4	2,00	2,00	2,00	
S	3	27,78	24,10	24,10	
S	2	0,00	0,00	0,00	
S	1	0,00	0,00	0,00	
		133,45	116,80	114,67	

Stellenübersicht

der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2016

Inhaltsverzeichnis:

- Stellenübersicht 2016, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Beamte)
- Stellenübersicht 2016, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Tarifbeschäftigte nach dem TVöD)
- Stellenübersicht 2016, Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung (Tarifbeschäftigte nach dem TV Sozial- u. Erziehungsdienst)
- Stellenübersicht 2016, Teil B: Dienstkräfte in der Probe u. Ausbildungszeit
- Stellenübersicht 2016, Teil B: Dienstkräfte in der Probe u. Ausbildungszeit (Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte)

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Besoldungsordnung A/B Besoldungsgruppen															
						Wahlbeamte				Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst				
						B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00							0,10	0,08		0,70									0,88
		02	Verwaltungsführung	00		1,00	1,00	1,00			0,40			0,15	1,00								4,55
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00													0,10						0,10
		04	Beschäftigtenvertretung	00																			0,00
		05	Rechnungsprüfung	00									1,00		2,00								3,00
		06	Zentrale Dienste	00							0,15				0,30								0,45
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																			0,00
		08	Personalmanagement	00							0,25				1,00		3,00			1,00			5,25
				01	Temporäre Stellenvakanzen*										1,00	1,00	2,00			2,00			6,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00							0,70			1,00	1,50	0,70	0,70			3,28			7,88
		10	Organisationsangelegenheiten u. technikunterstütze Informationsverarbeitung	00							0,30			0,50	1,70	1,00							3,50
		11	Recht	00							0,70					1,00							1,70
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00							0,10												0,10
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung								1,00		1,00	2,00			1,00				5,00
				02	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung						0,45												0,45
		14	Bürgerbüro	00										0,25					0,40	0,20			0,85
		15	Städtepartnerschaften	00																			0,00
		18	Baubetriebshof	00								0,40								1,00			1,40
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00							0,05				0,55	0,10	0,40						1,10
		02	Gewerbewesen	00							0,05				0,10		1,00						1,15
		07	Verkehrsangelegenheiten	00							0,05					0,75	0,90						1,70
		10	Einwohnerangelegenheiten	00										0,20					1,60	0,80			2,60
		11	Personenstandswesen	00							0,05					1,00	1,00						2,05
		13	Statistik und Wahlen	00										0,20			1,00						1,20
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00												0,90	1,00			1,00			2,90
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																			0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen								0,09			0,09				0,11			0,29
				02	Hauptschulen								0,09			0,09				0,11			0,29
				03	Realschule								0,09			0,09				0,09			0,27
				04	Gymnasium								0,10			0,10				0,10			0,30
				05	Förderschule								0,09			0,09				0,09			0,27
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung								0,09			0,09				0,09			0,27
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																		0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00									0,08			0,08				0,08			0,24
		06	Stadtbücherei	00									0,08			1,08							1,16
		08	Archiv	00												1,00			1,00				2,00
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00								0,01	0,05										0,06
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00								0,01	0,20										0,21
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII							0,02							0,40	0,60			1,02
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII							0,02							1,40				1,42
				03	Leistungen nach dem AsylbLG							0,01	0,30										0,31
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.							0,01	0,05										0,06
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																		0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00								0,01	0,05							0,20			0,26
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00								0,16			0,11								0,27
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-										0,06	0,63							0,69
				02	KG Granterath										0,06								0,06
				03	KG Westpromenade -Erkelenz- (bis 31.12.2007)																		0,00
				05	KG Gerderath										0,06								0,06
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-										0,06								0,06
				07	KG Hetzerath										0,06								0,06
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-										0,06								0,06
				09	KG Lövenich										0,06								0,06
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-										0,06								0,06
				11	KG Venrath										0,06								0,06
				12	KG Kückhoven										0,07								0,07
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-										0,07								0,07
				16	Kombinierte Tageseinrichtung Westpromenade / Zehnthofweg							0,17			0,07								0,24
				17	KG Immerath (neu)										0,07								0,07
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege							0,05			0,07								0,12
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit							0,10											0,10

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Beamte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Beamte Besoldungsordnung A/B Besoldungsgruppen																
						Wahlbeamte				Höherer Dienst				Gehobener Dienst					Mittlerer Dienst			
						B6	B3	B2	A16	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A9	A9	A8	A7	A6	Summe:
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit							0,02											0,02
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00								0,30	0,30			0,37	2,00		0,20				3,17
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00									0,08			1,08				0,08			1,24
		02	Sportförderung	00									0,08			0,08				0,09			0,25
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00									0,07			0,07				0,08			0,22
09	Räumliche Plaung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00																			0,00
		02	Räumliche Entwicklung	00												0,15	0,55						0,70
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00																			0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00							0,25				0,55	1,45							2,25
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00							0,14				0,45	0,55							1,14
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00							0,16												0,16
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00								0,05											0,05
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung							0,02								0,80			0,82
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose											0,05							0,05
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge							0,01	0,05							0,40			0,46
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00							0,05				0,85	0,30	0,30			0,72			2,22
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb							0,50											0,50
		03	Versorgung	00																			0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel							0,45											0,45
				02	Parkplätze und Parkbauten											0,05							0,05
				03	Tiefgarage																		0,00
		02	Verkehrsanlagen	00								0,05											0,05
		03	Verkehrliche Planung	00																			0,00
		04	Straßenreinigung und Winterdienst	00																			0,00
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00								0,20											0,20
		02	Natur und Landschaft	00								0,05											0,05
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																			0,00
		04	Wasser und Wasserbau	00								0,05											0,05
		05	Friedhöfe	00								0,25											0,25
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00									0,85										0,85
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude								0,06			0,06				0,08			0,20
				03	Märkte						0,05		0,15				0,05						0,25
		03	Stadtmarketing	00																			0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																			0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																			0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																		0,00
						1,00	1,00	1,00	0,00	0,00	4,00	3,00	5,00	3,00	13,00	16,00	14,00	0,00	6,00	13,00	0,00	0,00	80,00

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00									1,24								1,24
		02	Verwaltungsführung	00									1,39								1,39
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00							0,51										0,51
		04	Beschäftigtenvertretung	00							1,00				0,64				0,40		2,04
		05	Rechnungsprüfung	00																	0,00
		06	Zentrale Dienste	00									1,02		1,00	1,00	2,00		0,29		5,31
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00								1,00	1,34								2,34
		08	Personalmanagement	00							0,49		0,77								1,26
				01	Temporäre Stellenvakanzen*								1,00		0,78	1,77					3,55
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00							1,00	1,95	2,58		1,71		0,40				7,64
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00							1,00										1,00
		11	Recht	00							0,85	1,00			0,40						2,25
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00									1,39								1,39
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung								0,50								0,50
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung					1,00	2,00	1,00	2,00		2,00	1,00			0,26		9,26
		14	Bürgerbüro	00									0,85			0,99					1,84
		15	Städtepartnerschaften	00																	0,00
		18	Baubetriebshof	00							1,00		2,00	4,00	20,08	9,00	29,00				65,08
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00											1,18	0,32	0,10				1,60
		02	Gewerbewesen	00								1,00									1,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00											1,40	1,46					2,86
		10	Einwohnerangelegenheiten	00									3,15								3,15
		11	Personenstandswesen	00								1,00			0,50						1,50
		13	Statistik und Wahlen	00									0,04								0,04
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00												0,00					0,00
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00								0,05									0,05
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen								1,04		3,32	4,39	0,50	0,22	0,84		10,31
				02	Hauptschulen								0,14		2,70				0,26		3,10
				03	Realschule								0,14		1,77	0,64			0,51		3,06
				04	Gymnasium								0,16		4,77	4,77			2,36		12,06
				05	Förderschule								0,25		0,43	0,38					1,06
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung								0,14		0,06						0,20
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00									0,17					0,76			0,93
		06	Stadtbücherei	00							1,00				1,00	3,32					5,32
		08	Archiv	00									0,70								0,70
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00											0,05		0,05				0,10
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00						0,25											0,25
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII					0,15			0,69								0,84
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII					0,20			0,25								0,45
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG										0,60						0,60
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.								1,00		1,00						2,00
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00									0,41		0,22						0,63
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00								0,19	0,32								0,51
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-							0,04	0,03		0,08	0,02					0,17
				02	KG Granterath							0,04	0,03		0,07	0,02					0,16

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
				03	KG Westpromenade -Erkelenz- (bis 31.12.2007)																0,00
				05	KG Gerderath							0,04	0,03		0,08	0,02			0,32		0,49
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-							0,04	0,03		0,08	0,02					0,17
				07	KG Hetzerath							0,04	0,03		0,07	0,02					0,16
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-							0,04	0,04		0,07	0,02					0,17
				09	KG Lövenich							0,04	0,04		0,07	0,02					0,17
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-							0,03	0,04		0,08	0,02					0,17
				11	KG Venrath							0,03	0,04		0,07	0,02					0,16
				12	KG Kückhoven							0,03	0,04		0,07	0,03					0,17
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-							0,03	1,67		0,10	0,03					1,83
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade / Zehnthofweg (ab 01.01.2008)							0,03	0,03		0,10	0,03					0,19
				17	KG Immerath (neu)								0,03		0,06	0,03					0,12
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege							0,03	0,02								0,05
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit											0,26					0,26
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit											0,33					0,33
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00						0,35	0,51	2,00	1,06			0,62					4,54
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00									0,17		0,05	1,10	1,00		0,21		2,53
		02	Sportförderung	00									0,33		0,06						0,39
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00								1,00	1,30		0,05	9,00			6,54		17,89
09	Räumliche Planung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00				0,85		4,00	1,65										6,50
		02	Räumliche Entwicklung	00				0,05			0,20										0,25
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00				0,10			0,30										0,40
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00						0,60	0,60					0,70					1,90
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00						0,40	0,40					0,13		0,50			1,43
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00																	0,00
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00									0,96								0,96
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung					0,05			0,10		0,43						0,58
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose												0,20				0,20
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge										0,35		1,15				1,50
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00								0,05	0,70		0,26		0,05				1,06
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb					1,00	1,70	3,45	1,45		5,10	1,00					13,70
		03	Versorgung	00																	0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel					1,05	2,70	0,95	0,50		0,60						5,80
				02	Parkplätze und Parkbauten							0,30	0,05		0,05	0,10					0,50
				03	Tiefgarage										0,05	0,04					0,09
		02	Verkehrsanlagen	00						0,10					0,32						0,42
		03	Verkehrliche Planung	00																	0,00
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdienst	00											0,06		0,05				0,11
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00						0,50	0,35	0,30			0,56						1,71
		02	Natur und Landschaft	00						0,15											0,15
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00						0,05	0,05	0,40			0,20						0,70
		04	Wasser und Wasserbau	00						0,05	0,05	0,15									0,25
		05	Friedhöfe	00						0,10	0,15	0,40	0,91								1,56
14	Energie und Klima	01		00						1,00											1,00
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00						0,05					0,20						0,25
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude								0,16		0,05				1,08		1,29
				03	Märkte										0,65	0,04					0,69
		03	Stadtmarketing	00						0,95					0,80						1,75
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																	0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																	0,00

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	15	14	13	12	11	10	9	8	7	6	5	4	3	2	1	Summe:
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																0,00
						0,00	0,00	1,00	0,00	12,00	17,51	16,65	34,47	4,00	56,45	42,66	34,50	1,48	13,07	0,00	233,79

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																	
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11	S10	S9	S8	S7	S6	S5	S4	S3	S 2	S 1	Summe:
01	Innere Verwaltung	01	Politische Gremien	00																				0,00
		02	Verwaltungsführung	00																				0,00
		03	Gleichstellung von Mann und Frau	00																				0,00
		04	Beschäftigtenvertretung	00																				0,00
		05	Rechnungsprüfung	00																				0,00
		06	Zentrale Dienste	00																				0,00
		07	Presse u. Öffentlichkeitsarbeit	00																				0,00
		08	Personalmanagement	00																				0,00
				01	Temporäre Stellenvakanzen*																			0,00
		09	Finanzmanagement u. Rechnungswesen	00																				0,00
		10	Organisationsangelegenheiten u. technickunterstütze Informationsverarbeitung	00																				0,00
		11	Recht	00																				0,00
		12	Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten	00																				0,00
		13	Grundstücks- u. Gebäudemanagement	01	Grundstücks- und Gebäudeverwaltung																			0,00
				02	Grundstücks- und Gebäudevewaltung Serviceleistungen,Unterhatung, Energie und Reinigung																			0,00
		14	Bürgerbüro	00																				0,00
		15	Städtepartnerschaften	00																				0,00
		18	Baubetriebshof	00																				0,00
02	Sicherheit u. Ordnung	01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung	00																				0,00
		02	Gewerbewesen	00																				0,00
		07	Verkehrsangelegenheiten	00																				0,00
		10	Einwohnerangelegenheiten	00																				0,00
		11	Personenstandswesen	00																				0,00
		13	Statistik und Wahlen	00																				0,00
		15	Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung	00																				0,00
		18	Öffentliche Toilettenanlagen	00																				0,00
03	Schulträgeraufgaben	01	Bereitstellung schulischer Einrichtungen	01	Grundschulen																			0,00
				02	Hauptschulen													0,65						0,65
				03	Realschule																			0,00
				04	Gymnasium																			0,00
				05	Förderschule																			0,00
		02	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte	01	Schülerbeförderung																			0,00
				02	Fördermaßnahmen für Schüler																			0,00
04	Kultur	01	Kulturförderung u. kult. Veranstaltungen	00																				0,00
		06	Stadtbücherei	00																				0,00
		08	Archiv	00																				0,00
05	Soziale Hilfen	01	Unterstützung von Senioren	00																				0,00
		02	Hilfe bei Krankheit, Behinderungen und Pflegebedürftigkeit	00																				0,00
		03	Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen	01	Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem SGB XII																			0,00
				02	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII																			0,00
				03	Leistungen nach dem AsylbbLG																			0,00
				04	Soziale Betreuung für Spätaussiedler u. ausl. Fl.																			0,00
				05	Grundsicherung nach dem SGB II																			0,00
		04	Sozialversicherungsangelegenheiten	00																				0,00
06	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger)	00																				0,00
		02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	01	KG Adolf-Kolping-Hof -Erkelenz-				1,00		1,00							6,28			4,29			12,57
				02	KG Granterath						1,00				0,77			2,18						3,95
				03	KG Westpromenade -Erkelenz- (bis 31.12.2007)																			0,00
				05	KG Gerderath				1,00		1,00							4,31			2,00			8,31
				06	KG Am Hagelkreuz -Erkelenz-			1,00			1,00							4,45			4,28			10,73
				07	KG Hetzerath						1,00				1,00			2,08			1,00			5,08
				08	KG Buscherhof -Erkelenz-						1,00				1,00			3,18			0,77			5,95
				09	KG Lövenich						1,00				1,00			3,03						5,03
				10	KG Bauxhof -Erkelenz-						1,00				1,00			3,38			2,08			7,46
				11	KG Venrath										1,00						1,67			2,67
				12	KG Kückhoven				0,36		1,00							1,79			0,33			3,48
				13	KG Oerather Mühlenfeld -Erkelenz-	1,00					1,00					2,00		4,46		2,00	4,03			14,49
				16	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade			1,00	1,00									11,78			3,62			17,40
				17	KG Immerath (neu)				0,64									6,18			0,71			7,53
				18	KG Karolingerring				1,00		1,00							10,00			3,00			15,00
				20	Förderung von Kindern in Tagespflege								0,65											0,65
		03	Kinder- und Jugendarbeit	01	Jugendarbeit								0,50											0,50
				02	Einrichtungen der Jugendarbeit								1,50											1,50
		04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	00			1,00	1,00		6,00			2,50											10,50

Stellenübersicht 2016

Teil A: Aufteilung nach Produktgliederung

Tarifbeschäftigte TV Sozial- u. Erziehungsdienst

Nr.	Produktbereich	Nr.	Produktgrupppe	Nr.	Produkt	Tarifvertrag Sozial- u. Erziehungsdienst Entgeltgruppen																	
						S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11	S10	S9	S8	S7	S6	S5	S4	S3	S 2	S 1	Summe:
08	Sportförderung	01	Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen	00																				0,00
		02	Sportförderung	00																				0,00
		03	Bereitstellung und Betrieb von Bädern	00																				0,00
09	Räumliche Plaung u. Entwicklung, Geo-Information	01	Räumliche Planung	00																				0,00
		02	Räumliche Entwicklung	00																				0,00
		03	Grundstücksneuordnung und grundstücksbezogene Ordnungsmaßnahmen	00																				0,00
10	Bauen und Wohnen	01	Maßnahmen der Bauaufsicht	00																				0,00
		02	Baubehördliche Beratung und Information	00																				0,00
		03	Denkmalschutz und Denkmalpflege	00																				0,00
		05	Wohnraumsicherung und -versorgung	00																				0,00
		06	Hilfen bei Wohnproblemen	01	Hilfen zum Erhalt u. z. Erlangung einer Wohung																			0,00
				02	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Wohnungslose																			0,00
				03	Verw. und Betrieb v. Unterkünften u.Einrichtungen für Spätaussiedler und ausländischer Flüchtlinge																			0,00
11	Ver- u. Entsorgung	01	Abfallwirtschaft	00																				0,00
		02	Entwässerung und Abfallbeseitigung	01	Abwasserbetrieb																			0,00
		03	Versorgung	00																				0,00
12	Verkehrsflächen	01	Öffentliche Verkehrsflächen	01	Straßen, Wege, Plätzen, Brücken u. Tunnel																			0,00
				02	Parkplätze und Parkbauten																			0,00
				03	Tiefgarage																			0,00
		02	Verkehrsanlagen	00																				0,00
		03	Verkehrliche Planung	00																				0,00
		04	Straßenreinigungsdienst und Winterdienst	00																				0,00
13	Natur- u. Landschaftspflege	01	Öffentliches Grün	00																				0,00
		02	Natur und Landschaft	00																				0,00
		03	Wald, Forst- und Landwirtschaft	00																				0,00
		04	Wasser und Wasserbau	00																				0,00
		05	Friedhöfe	00																				0,00
15	Wirtschaft u. Tourismus	01	Wirtschaftsförderung	00																				0,00
		02	Allgemeine Einrichtungen	02	Mehrzweckgebäude																			0,00
				03	Märkte																			0,00
		03	Stadtmarketing	00																				0,00
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	01	Steuern, allg. Zuweisungen u. allg. Umlagen	00																				0,00
		02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	00																				0,00
17	Stiftungen	01	Stiftung A	01	Becker-von-Berg-Stiftung																			0,00
						1,00	1,00	3,00	5,00	6,00	11,00	0,00	5,15	0,00	5,77	2,00	0,00	63,75	0,00	2,00	27,78	0,00	0,00	133,45

*Nicht bewirtschaftete Stellen, teilw. Langzeit-AU u. ATZ ohne unmittelbaren Ersatz, Reserve für evtl. Übernahme Azubi´s etc.

Stellenübersicht 2016

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

Amtsbezeichnung	Besoldungs-gruppe	Zahl der Beamtinnen / Beamten in der Probezeit 2016	Erläuterungen
Rätinnen / Räte	A 13	0	
Inspektorinnen / Inspektoren	A 9	1	
Sekretärinnen / Sekretär	A 6	4	
		5	

Stellenübersicht 2016

Teil B: Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit

- Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte -

Bezeichnung	Art der Vergütung	vorgesehen für 2016	beschäftigt am 1. 10. 2015	Erläuterungen
Aufstiegsbeamte/-innen geh. Dienst	Besoldung	0	0	
Inspektoranwärter/-innen	Unterhaltszuschuss	4	2	
Sekretäranwärter/-innen	Unterhaltszuschuss	3	2	
Auszubildende/r Verwaltungsfachangestelle/r /Verwaltungswirt/in	Ausbildungsvergütung	1	1	
Auszubildender (Fachangestellter für Bäderbetriebe)	Ausbildungsvergütung	1	1	
Auszubildende (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Bibliotheken)	Ausbildungsvergütung	1	1	
Praktikant(en) / -innen (Sozial-/Erziehungsdienst)	Praktikantenentgelt	8	8	
		18	15	

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: 0/51/179/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales	Datum: 20.11.2015 Verfasser: Amt 50/51 Friedel Dreßen Amt 50/51 Claus Bürgers

Aufstellung des Teilergebnisplans 2016 und des Teilfinanzplans 2016 bis 2019 für den Produktbereich 06 "Kinder-, Jugend- und Familienhilfe"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
02.12.2015	Jugendhilfeausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gemäß § 5 Absatz 2 Nr. 3 der Satzung für das Jugendamt der Stadt Erkelenz hat der Jugendhilfeausschuss den Haushalt für den Bereich der Jugendhilfe vor Beschlussfassung der Haushaltssatzung durch den Rat zu beraten. Den Ausschussmitgliedern wurde der Teilergebnisplan 2016 für den Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ sowie eine Übersicht über die Finanzplanung für den Zeitraum 2016-2019 zur Kenntnisnahme übersandt.

Das Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales hat nachstehend die im Bereich der Jugendhilfe zu erwartenden Erträge und Aufwendungen für 2016 ermittelt und mit den beabsichtigten Investitionsmaßnahmen zur Aufnahme in die Planung für die Jahre 2016 bis 2019 vorgeschlagen.

I. Teilergebnisplan:

Aus dem als Anlage beigefügten Teilergebnisplan und der nachstehenden Zusammenfassung der vier Produktgruppen des Produktbereiches 06 ist zu ersehen, das für den Bereich der öffentlichen Jugendhilfe ordentliche Aufwendungen in Höhe von 20.864.586 und ordentlichen Erträgen in Höhe 9.046.082 für das Jahr 2016 eingeplant sind.

	Produktgruppe	Erträge 2016	Aufwendungen 2016	Ergebnis 2016
06 01	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (freie Träger)	3.060.300	4.762.410	-1.702.110
06 02	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege	3.875.755	7.874.459	-3.998.704
06 03	Kinder- u. Jugendarbeit	75.727	990.307	-914.580
06 04	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	2.034.300	7.237.410	-5.203.110
Summe	**Ansätze 2016**	**9.046.082**	**20.864.586**	**-11.818.504**
	Ansätze 2015	8.068.449	18.988.597	-10.920.148

Hier ist eine Steigerung der Erträge von 12,12 % und eine Steigerung der Aufwendungen von 9,88 % zu verzeichnen.

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen 2015 zu 2016 können Sie aus der vergleichenden nachfolgend aufgeführten Tabelle entnehmen.

Produktgruppe	2015			2016		
	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
06 01 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (freie Träger)	2.894.615	4.373.879	-1.479.264	3.060.300	4.762.410	-1.702.110
06 02 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (eigene Einrichtungen) und Tagespflege	3.846.067	7.418.981	-3.572.914	3.875.755	7.874.459	-3.998.704
06 03 Kinder- u. Jugendarbeit	79.377	984.797	-905.420	75.727	990.307	-914.580
06 04 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	1.248.390	6.210.940	-4.962.550	2.034.300	7.237.410	-5.203.110
Summe	8.068.449	18.988.597	-10.920.148	9.046.082	20.864.586	-11.818.504

Wie aus dieser Aufstellung zu entnommen werden kann, werden auch in diesem Jahr erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen, um die Aufgaben sowohl im freiwilligen als auch im pflichtigen Teil qualitätsorientiert und sachgerecht wahrnehmen zu können.
Die Aufwendungen lassen sich zwei großen Bereichen zuordnen. Dies sind zum einen die notwendige Kinderbetreuung und andererseits die erforderlichen Hilfen für junge Menschen und ihre Familien. Neu hinzugekommen sind Ausgaben für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die erstmalig zum Tragen kommen.

Die Steigung der Erträge bei der Kinderbetreuung sind Auswirkungen der KiBiz-Reform, bei der eine 1,5 %ige Erhöhung der Kind- und U-3 Pauschalen zu verzeichnen ist. Weiterhin sind die Mittel im Rahmen von Plus Kita, Sprachförderung und Verfügungspauschalen vom Land zu erwarten. Beim Elternbeitragsaufkommen sind in Folge der Änderung der Beitragssatzung höhere Erträge zu erwarten. Damit verbunden sind aber auch Mehraufwendungen im Personalbereich.

Aufgrund der Kündigung der Trägerschaft der Johanniter wurden vorsorglich die entsprechenden Mittel bei der Produktgruppe 06.02 so eingeplant, als wenn der Kindergarten in städtischer Trägerschaft fortgeführt werden müsste. Zudem sind aufgrund von Tariferhöhungen zusätzlich Personalkosten in den stadteigenen Kitas eingeplant worden.

Grundsätzlich sind die Haushaltskalkulationen im Bereich der Kindertagesstätten recht schwierig, da diese unmittelbar von der Inanspruchnahme der Kindergartenplätze durch die Eltern sowie von den variierenden Buchungszeiten abhängig sind. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor in der Kalkulation ist die nicht absehbare steigende Zahl der Zuzüge von Kindern von asylbegehrenden Familien, die ebenfalls einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben.

Im Bereich der Hilfe zur Erziehung bei jungen Menschen und ihren Familien sind die Fallzahlen stabil bis auf Kostensteigerungen in den Bereiche Eingliederungshilfe und Vollzeitpflege. Neu und somit erstmalig wurden 600.000 EUR für unbegleitete Flüchtlinge eingeplant. Bei der Kostenerstattung von anderen Jugendhilfeträgern werden auch im Jahre 2016 Mehreinnahmen von ca. 700.000 zu erwarten sein.

II. Teilfinanzplan:

Produktgruppe 06 01 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (Freie Träger)-

Im Bereich der Freien Träger ist der Ausbau des Angebots im U-3-Bereich abgeschlossen. Allerdings stehen Mittel des Bundes in Höhe von 216.000 Euro für den U-3 Ausbau in 2016 zur Verfügung. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden für die Ertüchtigung der Katholischen Kindertagesstätte in Holzweiler sowie dem Neubau der Katholischen Kindertagesstätte in Borschemich -neu- einkalkuliert.

Produktgruppe 06 02 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung (Einrichtungen in eigener Trägerschaft)-

Im Hinblick auf den Rechtsanspruch in der U-3-Betreuung sind die Investitionen der Stadt Erkelenz in 2014 abgeschlossen worden. Für den Haushalt 2016 wurden lediglich Mittel für Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von Spielgeräten und Mobiliar in einzelnen KiTa`s eingeplant.

Durch den engagierten Ausbau des U-3 Platzangebotes in den Kindertagesstätten und dem daraus resultierenden Verlust an Ü-3 Plätzen wurde für eine Vorläufergruppe in der Pestalozzischule ein Betrag von 34.000 Euro eingeplant.

Produktgruppe 06 03 - Einrichtung der Jugendarbeit -

Bei den Einrichtungen der Jugendarbeit sowie der Spiel- und Bolzplätze im Stadtgebiet wird die Qualität der letzten Jahre durch weitgehend gleiche Aufwendungen in 2016 weiterhin gewährleistet sein. Zuweisungen des Landes werden in diesem Bereich nicht gewährt, so dass die Stadt Erkelenz dies allein zu finanzieren hat.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):
„Dem Vorschlag der Verwaltung für den Produkthaushalt 2016 und für die Finanzplanung für die Jahre 2016 – 2019 für den Produktbereich 06 – Kinder, Jugend- und Familienhilfe, dessen das Original der Niederschrift beigefügt ist, wird zugestimmt.“

Finanzielle Auswirkungen:
Die finanziellen Auswirkungen für den Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe sind im Detail dem Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2016 zu entnehmen.

Anlage:
Teilergebnisplan für 2016 und Teilfinanzplan für die Jahre 2016 – 2019

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	4.764.980	5.211.867	5.250.282	5.323.777	5.367.477	5.416.477
	414001 Zuweisungen vom Bund	0	0	20.000	20.000	20.000	20.000
	414100 Zuweisungen vom Land	3.780.135	3.958.016	4.144.982	4.207.477	4.249.077	4.290.977
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	34.927	158.138	60.700	59.100	59.100	59.100
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	39.000	39.000	39.000	39.000	39.000	39.000
	414130 Zuw. des Landes Zubringerdienst heilpäd. Gruppe	2.660	0	7.000	7.100	7.100	7.200
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	127.719	156.250	55.000	55.000	50.000	50.000
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	272.700	374.100	378.200	384.900	386.800	388.700
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	362.832	371.163	393.700	399.400	403.300	407.200
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	113.081	123.200	118.600	119.700	121.000	122.200
	417100 Erträge a.d.Aufl. v. geleisteten Zuweisungen	31.927	32.000	33.100	32.100	32.100	32.100
03	+ Sonstige Transfererträge	263.367	317.500	332.000	334.600	337.250	339.950
	421100 Ersatz v. sozialen Leistungen außerh. v. Einricht.	43.222	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000
	421151 Ersatz v. soz. Leist. außerh. v. Einricht. UVG	125.189	105.000	129.500	132.090	134.730	137.420
	421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	94.957	160.000	150.000	150.000	150.000	150.000
	421156 Ersatz von sozialen Leistungen UVG	0	500	500	510	520	530
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.592.827	1.608.050	1.755.950	1.779.945	1.804.950	1.829.960
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	3.788	3.550	3.600	3.650	3.700	3.750
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	207.690	182.500	202.600	204.600	206.800	208.750
	432130 Elternbeiträge	1.381.348	1.400.000	1.527.750	1.549.495	1.572.050	1.594.760
	432132 Elternbeiträge für Plätze gem. § 21 d KiBiz	0	22.000	22.000	22.200	22.400	22.700
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	200	200	200	200	200	200
	442100 Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	200	200	200	200	200	200
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.503.664	930.382	1.699.600	1.704.380	1.709.200	1.714.230
	448100 Erstattungen vom Land	207.651	214.600	231.800	236.430	241.150	245.980
	448105 Erstattungen für unbegleitete minderj. Flüchtlinge	0	0	600.000	600.000	600.000	600.000

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.278.307	705.865	856.550	856.550	856.650	856.650
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	15.655	9.617	10.850	11.000	11.000	11.200
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	1.767	100	200	200	200	200
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	284	200	200	200	200	200
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	60.415	450	8.050	8.050	8.050	8.050
	456100 Buß-und Zwangsgelder, Verwarnungsgelder	300	300	300	300	300	300
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	19.115	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	41.000	150	7.750	7.750	7.750	7.750
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	8.185.452	8.068.449	9.046.082	9.150.952	9.227.127	9.308.867
11	- Personalaufwendungen	5.993.009	6.477.760	7.091.680	7.163.330	7.236.310	7.309.880
	501100 Beamte	302.214	306.810	261.800	264.800	267.900	271.000
	501200 Tariflich Beschäftigte	4.481.176	4.841.200	5.356.820	5.411.360	5.466.320	5.521.820
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	340.982	366.620	404.720	408.860	412.920	417.020
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	860.383	962.950	1.068.060	1.078.030	1.088.890	1.099.760
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	8.254	180	280	280	280	280
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	866.447	968.435	927.450	935.890	945.180	954.681
	521100 Unterhaltung der Grund-stücke und baulichen Anlagen	105.845	169.100	154.350	156.140	157.780	159.371
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	460	500	500	500	500	500
	522160 Unterh. d. sonst. unb. Vermög.- Spielplätze -	3.025	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	33.807	45.695	51.100	51.340	52.180	52.621
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	91.431	114.100	107.550	108.940	110.230	111.621
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	155.096	174.100	182.000	183.840	185.730	187.621
	525100 Haltung v. Fahrzeugen	1.803	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	58.694	52.050	52.750	53.040	53.080	53.921
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	1.292	4.000	3.000	3.000	3.000	3.100
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	94.739	39.500	32.000	32.040	32.380	32.721

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1.635	3.000	3.000	3.050	3.100	3.100
	526200 Aus- und Fortbildung	19.995	20.500	23.500	23.540	23.980	24.021
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	28.752	33.200	35.400	35.440	35.780	36.121
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	244.541	211.090	231.100	233.540	235.780	238.021
	527930 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.-Familienzentrum-	1.167	7.600	2.200	2.200	2.200	2.200
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	24.165	22.500	33.500	33.740	33.880	34.121
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	60.000	4.000	4.040	4.080	4.121
14	- Bilanzielle Abschreibungen	254.613	262.100	272.000	275.000	277.300	280.300
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	254.613	262.100	272.000	275.000	277.300	280.300
15	- Transferaufwendungen	9.875.029	10.158.395	11.364.416	11.468.277	11.583.407	11.701.287
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	4.003.174	4.426.785	4.869.339	4.912.700	4.964.100	5.016.000
	531820 Sprachl. Förd. v. Kindern in Kindertageseinricht.	12.837	72.743	35.000	35.000	35.000	35.000
	531830 Aufwendungen f. Zuschüsse	0	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	531850 Weiterleitung v. Landes-zuweisungen an freie Träger	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377
	531852 Aufwend. interkommunaler Ausgl. gem. § 21 d KiBiz	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	531855 Auflösung von weiter-geleiteten Landeszuweisungen	31.927	32.000	33.000	32.000	32.000	32.000
	533100 Eingliederhilfe seelisch behinderter Jugendliche	619.391	500.000	550.000	561.000	573.000	584.000
	533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII	273.036	200.000	230.000	234.000	240.000	244.000
	533205 Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	0	0	600.000	600.000	600.000	600.000
	533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen	1.866.842	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000
	533230 Hilfe für junge Volljähf. § 41 SGB XII	544.330	450.000	450.000	460.000	468.000	480.000
	533240 Maßnahmen zum Schutz v. Kindern/Jugendlichen	64.040	180.000	180.000	183.000	187.000	191.000
	533900 Sonstige soziale Leistungen	344.536	470.000	380.000	383.600	387.230	390.910
	533905 Vollzeitpflege § 33 SGB XIII	945.159	850.000	1.000.000	1.020.000	1.040.000	1.061.000
	533912 Außerschul. Jugendbildung § 11 SGB XIII	143	300	300	300	300	300
	533913 Betreuung in Notsituationen u.a.	1.433	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	533914 Werbung u. Schulung von Pflegeeltern	1.548	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
	533922 Internationale Jugendbegegnungen	0	500	500	500	500	500
	533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB XIII	50.319	120.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	533925 Sonstige Erziehunghilfe § 27 SGB XIII	4.211	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	533931 Zuschüsse f.Mitarbeiter-fortbildung an freie Träger	713	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	533932 Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB XIII	684	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	533933 Erziehungsbeistand § 30 SGB XIII	48.878	31.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	533941 Sonstige Jugend-arbeitszuschüsse § 11 SGB XIII	446	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB XIII	519.765	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000
	533945 Int. soz.päd. Einzelbetreuung § 35 SGB XIII	0	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	533950 Familienerholungsmaßnahmen	0	300	300	300	300	300
	533951 Soziales Frühwarnsystem (Bielefelder Modell)	7.500	8.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	533952 Jugendsozialarbeit § 13 SGB XIII	0	100	100	100	100	100
	533956 Präventives Elterntraining f. alleinerzieh. Mütter	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	533957 Beteiligung Projektförderung frühe Hilfen	14.300	15.790	20.000	20.000	20.000	20.000
	533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freier Träger	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	533960 Unterhaltvorschussleistungen UVG	457.478	460.000	495.000	504.900	515.000	525.300
	533965 Hilfe gem. § 18 SGB VIII	6.961	5.000	15.000	15.000	15.000	15.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	699.230	503.247	534.240	538.040	541.680	545.102
	542200 Mieten und Pachten	133.384	142.197	128.500	129.800	131.100	132.300
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	54.847	35.500	39.000	39.660	40.320	40.990
	542955 So.Aufw.RuD-Jugendsch.,Karnev.Jugendarbeit	2.752	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	543100 Geschäftsaufwendungen	22.162	25.500	29.250	29.640	29.780	29.821
	543120 Geschäftsaufwendungen Familienzentrum	898	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	3.138	3.710	4.410	4.460	4.560	4.610
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	11.601	12.740	18.080	18.280	18.480	18.681

Zusammenfassung Teilergebnisplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	545100 Erstattungen an das Land UVG	59.779	49.300	60.700	61.900	63.140	64.400
	545200 Erst. v. Aufw. v. Dritten lfd. Verw.tätigk. an Kommunen u.a.	380.669	230.000	250.000	250.000	250.000	250.000
	549500 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen	30.000	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	17.688.327	18.369.937	20.189.786	20.380.537	20.583.877	20.791.250
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-9.502.875	-10.301.488	-11.143.704	-11.229.585	-11.356.750	-11.482.383
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-9.502.875	-10.301.488	-11.143.704	-11.229.585	-11.356.750	-11.482.383
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-9.502.875	-10.301.488	-11.143.704	-11.229.585	-11.356.750	-11.482.383
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	566.848	618.660	674.800	681.910	688.970	696.180
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	559.281	609.960	665.600	672.600	679.600	686.700
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	7.567	8.700	9.200	9.310	9.370	9.480
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-10.069.723	-10.920.148	-11.818.504	-11.911.495	-12.045.720	-12.178.563

Zusammenfassung Teilfinanzplan Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Stadt Erkelenz

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	107.271 1.000	10.100	0	1.000	1.000	1.000
05	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0 0	1.100	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	107.271 1.000	11.200	0	1.000	1.000	1.000
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	315.200 15.500	24.000	0	4.000	4.000	4.000
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	299.843 227.500	220.500	0	148.040	148.380	148.721
11	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0 0	40.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	615.043 243.000	284.500	0	152.040	152.380	152.721
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-507.771 -242.000	-273.300	0	-151.040	-151.380	-151.721

Produktbeschreibung Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung

Freie Träger (kath. und evgl. Pfarrgemeinden, Johanniter) stellen Plätze in Tageseinrichtungen bereit. Die Betreuung der Kinder erfolgt im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung Information und Beratung.

Zielgruppe

Kinder im Alter von 4 Monaten bis 14 Jahre

Bewirtsch.-Regeln

Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen beim Konto 531820/731820 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 432132/632132 dürfen für Mehraufwendungen beim Konto 531852/731852 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414120/614120 dürfen für Mehraufwendungen beim Konto 531830/731830 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.
Mehreinzahlungen bei Investitionsnr. S06010001 dürfen für Mehrauszahlungen bei Investitionsnr. S06010001 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Der derzeitige Deckungsbeitrag der Elternbeiträge bei den Kindertagesstätten (städtische und freie Träger) in Höhe von 17%-Punkten ist, sobald die Ausgleichsrücklage aufgezehrt ist, auf 19%-Punkte zu erhöhen.
2. Die Kindertagesstätten sind in ihrem Angebot durch Umorganisation derart neu auszurichten, dass im Norden, Süden, Westen und Osten des Stadtgebietes jeweils ein angefragtes Angebot gemacht werden kann. Damit wird den Eltern im Einzelfall eine Fahrt zur Einrichtung zugemutet.
3. Den freien Trägern dürfen maximal 100% der Kosten eines durchschnittlichen eigenen KG-Platzes erstattet werden.
4. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
Aufwendungen	9.318.424,00 €	10.400.683,00 €	11.585.920,00 €	12.322.869,00 €
Elternbeitrag	1.643.613,08 €	1.744.180,04 €	1.793.163,00 €	1.943.350,00 €
Elternbeitrag in %	17,64	16,77	15,48	15,77
zu. 2				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	158	157	170	157
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	849	799	815	845
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	406	420	454	462

Produktbeschreibung Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
Allgemeine Ziele				
Kirchengemeindeverband Erkelenz				
Plätze	390	374	389	381
Zuschuss	1.953.909,22 €	2.164.714,87 €	2.320.180,00 €	2.558.769,65 €
Zuschuss je Platz	5.010,02 €	5.788,01 €	5.964,47 €	6.715,93 €
Evanglische Kirchengemeinde Schwanenberg				
Plätze	84	84	84	82
Zuschuss	412.816,68 €	526.988,18 €	577.280,00 €	672.202,10 €
Zuschuss je Platz	4.914,48 €	6.273,67 €	6.872,38 €	6.952,81 €
Johanniter Jugendwerk				
Plätze	103	99	98	98
Zuschuss	791.360,44 €	832.610,82 €	857.740,00 €	891.260,10 €
Zuschuss je Platz	7.683,11 €	8.410,21 €	8.752,45 €	9.094,49 €
Elterninitiative „Wühlmäuse“ e.V. Erkelenz				
Plätze	20	20	22	22
Zuschuss	131.634,00 €	149.145,19 €	160.714,00 €	169.090,20 €
Zuschuss je Platz	6.581,70 €	7.457,26 €	7.305,18 €	7.685,92 €
Elterninitiative „Wühlmäuse“ Gerderath				
Plätze	20	20	23	23
Zuschuss	155.469,45 €	161.202,61 €	171.195,00 €	180.130,95 €
Zuschuss je Platz	7.773,47 €	8.060,13 €	7.443,26 €	7.831,78 €

Teilergebnisplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.998.990	2.222.615	2.343.300	2.364.900	2.387.700	2.410.800
	414100 Zuweisungen vom Land	1.678.733	1.782.909	1.917.900	1.937.100	1.956.400	1.976.000
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	12.837	72.743	35.000	35.000	35.000	35.000
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	103.875	161.200	175.400	177.100	178.900	180.700
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	158.618	160.763	169.000	170.700	172.400	174.100
	417100 Erträge a.d.Aufl. v. geleisteten Zuweisungen	31.927	32.000	33.000	32.000	32.000	32.000
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	645.503	672.000	717.000	727.625	738.400	749.440
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	580	0	0	0	0	0
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	250	0	0	0	0	0
	432130 Elternbeiträge	644.673	650.000	695.000	705.425	716.000	726.740
	432132 Elternbeiträge für Plätze gem. § 21 d KiBiz	0	22.000	22.000	22.200	22.400	22.700
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	2.644.493	2.894.615	3.060.300	3.092.525	3.126.100	3.160.240
11	- Personalaufwendungen	42.120	38.680	36.310	36.610	36.910	37.210
	501100 Beamte	8.389	8.410	8.600	8.700	8.800	8.900
	501200 Tariflich Beschäftigte	26.096	23.590	21.700	21.900	22.100	22.300
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	2.109	1.870	1.700	1.700	1.700	1.700
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	5.370	4.800	4.300	4.300	4.300	4.300
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	156	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	3.879.426	4.335.079	4.725.600	4.770.600	4.817.000	4.863.900
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	3.834.662	4.167.336	4.594.600	4.640.600	4.687.000	4.733.900
	531820 Sprachl. Förd. v. Kindern in Kindertageseinricht.	12.837	72.743	35.000	35.000	35.000	35.000
	531830 Aufwendungen f. Zuschüsse	0	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	531852 Aufwend. interkommunaler Ausgl. gem. § 21 d KiBiz	0	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	531855 Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen	31.927	32.000	33.000	32.000	32.000	32.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	3.921.545	4.373.759	4.761.910	4.807.210	4.853.910	4.901.110
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-1.277.052	-1.479.144	-1.701.610	-1.714.685	-1.727.810	-1.740.870
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-1.277.052	-1.479.144	-1.701.610	-1.714.685	-1.727.810	-1.740.870
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-1.277.052	-1.479.144	-1.701.610	-1.714.685	-1.727.810	-1.740.870
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	120	500	500	500	500
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	120	500	500	500	500
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-1.277.052	-1.479.264	-1.702.110	-1.715.185	-1.728.310	-1.741.370

Erläuterungen
zum Produkt 060100

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Voraussichtliche Landeszuweisungen gemäß § 21 Abs.1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5 % Erhöhung) sowie Verrechnung von Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 in 2016.

414110 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - Sprachförderung
Erwartete Landeszuweisungen gem. § 16a und 16b KiBiz zur Plus KiTa und Sprachförderung. (siehe auch Konto 531820).

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum
Erwartete Landeszuweisungen gemäß § 21 Abs. 4 und 5 KiBiz (Festbetrag - siehe auch Konto 531830).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Voraussichtliche Landeszuweisungen gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz (Pauschale für die U3-Betreuung).

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

417100 Erträge aus der Auflösung von geleisteten Zuweisungen
Auflösung von empfangenen Landeszuweisungen. Die empfangenen Landeszuweisungen werden weitergeleitet und ratierlich aufgelöst (siehe auch Konto 531855).

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz. Der Ansatz errechnet sich aus dem Beitragsaufkommen 2015 und der zu erwartenden Steigerung aufgrund der U3-Betreuung.

432132 Elternbeiträge für Plätze gemäß § 21 d KiBiz
Elternbeiträge für Fälle des interkommunalen Ausgleichs, d. h. Betreuung von Erkelenzer Kindern in Einrichtungen außerhalb des Stadtgebietes Erkelenz.

Aufwand

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Abgebildet werden die Betriebskostenzuschüsse an die freien Träger nach dem KiBiz. Darüber hinaus wird ein freiwilliger Zuschuss laut Zusatzvertrag gewährt.

531820 Sprachliche Förderung von Kindern in Kindertagesseinrichtungen
Weiterleitung von Landeszuweisungen (siehe auch Konto 414110).

531830 Aufwendungen für Zuschüsse Familienzentrum
Weiterleitung von Landeszuweisungen für das Familienzentrum (siehe auch Konto 414120).

531852 Aufwendungen interkommunaler Ausgleich gem. § 21 d KiBiz
Ansatz für Fälle des interkommunalen Ausgleichs gemäß § 21 d KiBiz. Werden Kinder mit Erkelenzer Wohnsitz in Einrichtungen anderer Jugendamtsbezirke betreut, kann das Jugendamt der aufnehmenden Kommune eine Ausgleichszahlung verlangen.

531855 Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen
Aufwendungen für die Auflösung von weitergeleiteten Landeszuweisungen. Die weitergeleiteten Landeszuweisungen werden ratierlich aufgelöst (siehe auch Konto 417100).

Teilfinanzplan Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	4.149 1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.149 1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	4.149 1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000
11	- Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0 0	40.000	0	0	0	0
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.149 1.000	41.000	0	1.000	1.000	1.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	0 0	-40.000	0	0	0	0

Investitionen Produkt 060100
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung
Produkt	060100	Förderung von Kindern in Tageseinricht. und Tagespflege (freie Träger u.a.)

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06010001 Landeszuwendungen f. KG freier Träger	0 0	0	0	0	0	0	1 1
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	4.149 1.000	1.000	0	1.000	1.000	1.000	1.248.043 1.252.043
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-4.149 -1.000	-1.000	0	-1.000	-1.000	-1.000	-1.248.042 -1.252.042
S06010003 Zuschuss zum Neubau KiTa Keyenberg (neu)	0 0	-40.000	0	0	0	0	0 -40.000
28 - Auszahlg. v. aktivierbaren Zuwendungen	0 0	-40.000	0	0	0	0	0 -40.000

Erläuterungen:

Zuschuss zum Neubau KiTa Keyenberg (neu) an die katholische Kirchengemeinde. Die kath. Tageseinrichtung Keyenberg wird bereits vor Umsiedlung parallel in Borschemich (neu) neu errichtet.

Produktbeschreibung Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehrauf-wendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungs-angebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	20	19	16	20
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	57	51	55	70
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	24	24	22	28

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	259.608	306.503	315.605	318.400	321.300	324.100
	414100 Zuweisungen vom Land	207.506	229.444	238.605	241.000	243.400	245.800
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	5.289	8.204	10.000	10.000	10.000	10.000
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	9.335	22.400	22.400	22.400	22.400	22.400
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	24.658	28.355	30.000	30.300	30.600	30.900
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	12.820	13.100	14.600	14.700	14.900	15.000
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	80.139	101.000	106.800	111.000	115.400	120.000
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	22.081	26.000	28.000	28.300	28.600	28.800
	432130 Elternbeiträge	58.058	75.000	78.800	82.700	86.800	91.200
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.514	3.232	3.200	3.300	3.400	3.400
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.763	1.515	1.500	1.500	1.600	1.600
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	2.751	1.717	1.700	1.800	1.800	1.800
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	11.688	0	1.000	1.000	1.000	1.000
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	10.328	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.360	0	1.000	1.000	1.000	1.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	355.948	410.735	426.605	433.700	441.100	448.500
11	- Personalaufwendungen	499.559	616.370	663.410	670.180	676.990	683.860
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	389.145	479.660	516.550	521.720	526.930	532.200
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	30.159	36.580	37.710	38.110	38.510	38.910
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	75.364	95.310	102.940	104.040	105.140	106.240
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäftigte	91	10	10	10	10	10

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	106.631	110.860	94.850	95.700	96.800	97.750
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	21.231	14.900	15.350	15.500	15.700	15.900
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	3.864	6.060	6.500	6.500	6.600	6.600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst.u. baul.Anlagen -Energie-	9.386	12.100	11.000	11.100	11.200	11.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst.u. baul.Anlagen -Reinigung-	13.281	15.300	16.000	16.200	16.400	16.550
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	9.593	5.700	5.700	5.800	5.800	5.900
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	21.389	16.000	6.500	6.500	6.600	6.700
	526200 Aus- und Fortbildung	2.624	3.000	3.000	3.000	3.100	3.100
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.630	4.800	3.800	3.800	3.800	3.800
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	23.633	28.000	27.000	27.300	27.600	27.900
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	23.182	23.900	28.900	29.200	29.500	29.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	23.182	23.900	28.900	29.200	29.500	29.800
15	- Transferaufwendungen	1.561	8.204	10.000	10.000	10.000	10.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	1.561	8.204	10.000	10.000	10.000	10.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.464	4.110	4.050	4.070	4.190	4.210
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.874	2.500	2.500	2.500	2.600	2.600
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.590	1.610	1.550	1.570	1.590	1.610
17	= Ordentliche Aufwendungen	634.396	763.444	801.210	809.150	817.480	825.620
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-278.448	-352.709	-374.605	-375.450	-376.380	-377.120
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-278.448	-352.709	-374.605	-375.450	-376.380	-377.120
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-278.448	-352.709	-374.605	-375.450	-376.380	-377.120
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	23.190	24.700	25.700	26.010	26.310	26.620
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	22.565	24.000	25.000	25.300	25.600	25.900
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	625	700	700	710	710	720
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-301.639	-377.409	-400.305	-401.460	-402.690	-403.740

Erläuterungen
zum Produkt 060201

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw.2015/2016.

414110 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - Sprachförderung
Es handelt sich hierbei um die Zuweisung des Landes für die Sprachförderung (siehe auch Konto 531800).

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Zuweisung vom Land, da ab 2016 die Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen (siehe auch Konto 529160).

414140 U3 Pauschalen
Voraussichtliche Landeszuweisung gemäß § 21 KiBiz als zusätzliche Pauschale für die U3-Betreuung.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Die Anzahl der zu verpflegenden Kinder hat sich erhöht.

432130 Elternbeiträge
Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des zu erwartenden Ergebnisses 2015 unter Berücksichtigung der Änderungen durch die Neufassung der Beitragssatzung.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen, da ab 2016 die Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen. Daher sind die Aufwendungen in den Personalaufwendungen enthalten.

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Weiterleitung einer Landeszuweisung (siehe auch Konto 414110).

Teilfinanzplan Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	5.480 0	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	5.480 0	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	183.750 0	10.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	55.741 65.000	29.500	0	24.500	24.600	24.700
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	239.492 65.000	39.500	0	24.500	24.600	24.700
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-234.012 -65.000	-39.500	0	-24.500	-24.600	-24.700

Investitionen Produkt 060201
KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060201	KG Adolf-Kolping Hof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06020101 Erweiterung u. Umbau KG Adolf-Kolping-Hof U 3	-185.824 0	0	0	0	0	0	-191.234 -191.234
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	-16.120 0	0	0	0	0	0	157.826 157.826
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-169.704 0	0	0	0	0	0	-349.060 -349.060
H06020102 Erw. Aussenanlagen KG Adolf-Kolping Hof U3	-12.860 0	0	0	0	0	0	-37.860 -37.860
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-12.860 0	0	0	0	0	0	-37.860 -37.860
H06020103 Erweiterung u. Umbau KG Adolf-Kolping-Hof Ü 3	0 0	-10.000	0	0	0	0	-31.000 -41.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-10.000	0	0	0	0	-31.000 -41.000
Erläuterungen: *2. Bauabschnitt zur Schaffung einer zweiten Gruppe für die Ü-3-Betreuung in den Räumlichkeiten der Pestalozzischule.*							
S06020105 Neugestaltung Außengelände - KG A.-Kolping-Hof	-1.186 0	0	0	0	0	0	-17.500 -7.500
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-1.186 0	0	0	0	0	0	-17.500 -17.500
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020101 Anschaffungen > 410 € KG A.-K.-Hof	-11.089 -49.000	-23.000	0	-18.000	-18.000	-18.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-11.089 -49.000	-23.000	0	-18.000	-18.000	-18.000	
Erläuterungen: *In 2016 soll die Einrichtung der ersten Gruppe für die Ü-3-Betreuung in den Räumlichkeiten der Pestalozzischule abgeschlossen werden. Darüber hinaus soll eine zweite Gruppe zur Ü-3-Betreuung in den Räumlichkeiten der Pestalozzischule eingerichtet werden. Weiter sollen marode Außenspielgeräte sowie defekte Einrichtungsgegenstände ersetzt werden.*							
B06020103 Ersteinrichtung KG A.-K.-Hof U 3 > 410 €	353 0	0	0	0	0	0	353 353
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	21.600 0	0	0	0	0	0	21.600 21.600
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-21.247 0	0	0	0	0	0	-21.247 -21.247

Produktbeschreibung Produkt 060202 KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	8	13	14	13
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	24	26	30	31
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	-	-	-	-

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	124.334	122.066	115.800	145.500	146.900	148.300
	414100 Zuweisungen vom Land	94.400	84.643	92.200	115.000	116.100	117.300
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	12.450	14.600	4.600	9.600	9.700	9.800
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	9.854	9.523	11.300	13.100	13.200	13.300
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	7.629	8.300	7.700	7.800	7.900	7.900
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	42.398	43.000	50.000	50.500	51.000	51.400
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	6.095	8.000	8.000	8.100	8.200	8.200
	432130 Elternbeiträge	36.303	35.000	42.000	42.400	42.800	43.200
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	320	300	300	300	300	300
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	173	200	200	200	200	200
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	146	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	757	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	757	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	167.808	165.366	166.100	196.300	198.200	200.000
11	- Personalaufwendungen	237.826	258.400	241.110	243.570	245.940	248.390
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	189.309	198.465	183.860	185.700	187.550	189.430
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	14.619	15.335	14.220	14.360	14.420	14.520
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	29.008	39.780	36.820	37.200	37.560	37.930
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	28.861	47.390	42.750	43.200	43.600	44.100
	521100 Unterhaltung der Grund-stücke und baulichen Anlagen	1.980	10.500	10.650	10.800	10.900	11.000

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	1.307	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	6.921	7.200	7.000	7.100	7.200	7.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	7.157	8.200	8.600	8.700	8.800	8.900
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.458	1.900	1.900	1.900	1.900	2.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	148	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	95	300	300	300	300	300
	526200 Aus- und Fortbildung	893	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.569	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	7.334	9.090	9.100	9.200	9.300	9.400
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	18.088	19.500	18.400	18.600	18.800	19.000
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	18.088	19.500	18.400	18.600	18.800	19.000
15	- Transferaufwendungen	0	0	6.000	4.000	4.000	4.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	0	6.000	4.000	4.000	4.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.522	2.120	2.190	2.200	2.210	2.220
	543100 Geschäftsaufwendungen	879	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	643	620	690	700	710	720
17	= Ordentliche Aufwendungen	286.297	327.410	310.450	311.570	314.550	317.710
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-118.489	-162.044	-144.350	-115.270	-116.350	-117.710
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-118.489	-162.044	-144.350	-115.270	-116.350	-117.710
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-118.489	-162.044	-144.350	-115.270	-116.350	-117.710

Teilergebnisplan Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.760	6.400	15.400	15.600	15.810	16.010
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	6.477	6.000	15.000	15.200	15.400	15.600
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	284	400	400	400	410	410
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-125.249	-168.444	-159.750	-130.870	-132.160	-133.720

Erläuterungen
zum Produkt 060202

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal durchgeführt werden (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Voraussichtliche Landeszuweisung gemäß § 21 KiBiz als zusätzliche Pauschale für die U3-Betreuung, abzüglich Überzahlung aus 2015/2016.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Ansatz aufgrund des voraussichtlichen Ergebnisses 2015.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen. Daher sind die Aufwendungen in den Personalaufwendungen enthalten.

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

Teilfinanzplan Produkt 060202 KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	236 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	236 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-236 -4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060202
KG Granterath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060202	KG Granterath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020201 Auszahlungen < 10.000 € KG Granterath	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060205 KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Soll 2015	Soll 2016
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	11	12	12	12
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	36	36	35	30
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	24	24	27	29

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	220.282	233.491	232.000	233.900	235.900	237.800
	414100 Zuweisungen vom Land	150.503	152.803	155.900	157.400	159.000	160.600
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	2.646	7.136	5.000	5.000	5.000	5.000
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	16.420	15.200	19.200	19.200	19.200	19.200
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	18.186	19.152	19.300	19.500	19.700	19.800
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	19.527	21.200	19.600	19.800	20.000	20.200
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	67.700	67.000	81.700	82.520	83.340	84.170
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	16.094	13.000	15.000	15.150	15.300	15.450
	432130 Elternbeiträge	51.605	54.000	66.700	67.370	68.040	68.720
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.200	1.450	1.700	1.700	1.700	1.700
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	0	150	300	300	300	300
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	2.200	1.300	1.400	1.400	1.400	1.400
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	9.379	0	0	0	0	0
	458200 Erträge a.d. Auflösung o. Herabsetzung v. Rückst.	8.787	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	592	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	299.560	301.941	315.400	318.120	320.940	323.670
11	- Personalaufwendungen	442.989	472.910	496.210	500.330	505.430	510.480
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	340.983	364.050	382.270	386.100	390.000	393.850
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	27.120	28.950	30.080	30.380	30.680	30.980
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	69.995	75.090	77.650	77.540	78.340	79.140

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	67.787	84.500	76.150	76.900	77.550	78.500
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8.446	14.900	15.100	15.300	15.450	15.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	3.778	5.000	5.000	5.000	5.100	5.200
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	7.113	12.600	10.000	10.100	10.200	10.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	7.047	10.200	8.700	8.800	8.900	9.000
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	2.903	2.850	2.900	2.900	2.900	2.900
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	1.292	2.000	2.000	2.000	2.000	2.100
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	1.860	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	227	350	350	400	400	400
	526200 Aus- und Fortbildung	1.716	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.522	2.400	2.400	2.400	2.400	2.500
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	20.502	16.500	17.000	17.200	17.300	17.500
	527930 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.-Familienzentrum-	1.167	1.200	1.200	1.200	1.200	1.200
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	9.215	8.500	8.500	8.600	8.700	8.800
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.849	18.000	17.400	17.600	17.700	17.900
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	16.849	18.000	17.400	17.600	17.700	17.900
15	- Transferaufwendungen	1.197	7.136	7.000	6.000	6.000	6.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	1.197	7.136	7.000	6.000	6.000	6.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.577	4.250	4.300	4.360	4.370	4.380
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.546	1.750	1.750	1.800	1.800	1.800
	543120 Geschäftsaufwendungen Familienzentrum	898	1.300	1.300	1.300	1.300	1.300
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.133	1.200	1.250	1.260	1.270	1.280

Teilergebnisplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	549500 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen	15.000	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	547.399	586.796	601.060	605.190	611.050	617.260
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-247.839	-284.855	-285.660	-287.070	-290.110	-293.590
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-247.839	-284.855	-285.660	-287.070	-290.110	-293.590
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-247.839	-284.855	-285.660	-287.070	-290.110	-293.590
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.268	19.300	26.300	26.610	26.930	27.240
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	15.010	18.000	25.000	25.300	25.600	25.900
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.257	1.300	1.300	1.310	1.330	1.340
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-264.106	-304.155	-311.960	-313.680	-317.040	-320.830

Erläuterungen
zum Produkt 060205

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414110 Zuweisungen vom Land - Sprachförderung -
Zu erwartende Zuweisungen vom Land für Sprachförderung.

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum -
Landeszuweisung für das Familienzentrum gemäß KiBiz.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal durchgeführt werden (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der erwarteten Mittagsverpflegungen. Erhöhung des Ansatzes aufgrund des voraussichtlichen Ergebnisses 2015. Die Anzahl der zu verpflegenden Kinder hat sich erhöht.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für allgemeine, bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen. Daher sind die Aufwendungen in den Personalaufwendungen enthalten.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Der Ansatz entspricht dem am voraussichtlichen Jahresergebnis 2015 angepassten Aufwand.

Teilfinanzplan Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	8.788 7.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	8.788 7.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-8.788 -7.500	-4.500	0	-4.500	-4.500	-4.500

Investitionen Produkt 060205
KG Gerderath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060205	KG Gerderath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020501 Auszahl. < 10.000 € KG Gerderath	-6.927 -6.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-6.927 -6.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	22	22	22	22
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	57	53	54	53
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	23	24	24	24

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	267.677	269.619	275.000	275.800	278.200	280.800
	414100 Zuweisungen vom Land	219.466	201.143	205.600	207.700	209.700	211.800
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	4.058	8.382	10.600	9.000	9.000	9.000
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	9.335	22.400	22.400	22.400	22.400	22.400
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	25.628	23.894	24.800	25.000	25.300	25.600
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	9.189	8.800	11.600	11.700	11.800	12.000
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	103.679	100.000	107.000	108.000	109.200	110.200
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	100	0	0	0	0	0
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	24.364	20.000	23.000	23.200	23.500	23.700
	432130 Elternbeiträge	79.215	80.000	84.000	84.800	85.700	86.500
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.541	2.800	2.800	2.800	2.800	2.900
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.369	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	2.173	1.800	1.800	1.800	1.800	1.900
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.916	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	3.916	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	378.812	372.419	384.800	386.600	390.200	393.900
11	- Personalaufwendungen	481.732	555.930	582.110	588.110	594.110	600.210
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	373.868	433.210	453.150	457.850	462.550	467.350
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	28.834	32.040	32.710	33.010	33.310	33.610
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	74.139	85.860	90.040	90.940	91.840	92.740
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	143.528	93.250	90.300	91.100	92.150	93.000
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	24.941	14.900	14.950	15.100	15.250	15.400
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	6.244	6.000	6.000	6.100	6.100	6.200
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	9.404	12.600	12.700	12.800	12.900	13.000
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	18.682	19.000	19.900	20.100	20.300	20.500
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	14.989	4.750	4.750	4.800	4.800	4.900
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	33.396	2.500	2.500	2.500	2.600	2.600
	526200 Aus- und Fortbildung	977	2.500	1.500	1.500	1.600	1.600
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.553	4.000	4.000	4.000	4.100	4.100
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	31.341	22.000	24.000	24.200	24.500	24.700
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	20.899	20.100	28.000	28.300	28.600	28.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	20.899	20.100	28.000	28.300	28.600	28.800
15	- Transferaufwendungen	3.753	8.382	10.600	9.000	9.000	9.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	3.753	8.382	10.600	9.000	9.000	9.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.507	3.900	3.920	3.990	4.010	4.030
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.866	2.250	2.250	2.300	2.300	2.300
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.640	1.650	1.670	1.690	1.710	1.730
17	= Ordentliche Aufwendungen	653.418	681.562	714.930	720.500	727.870	735.040
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-274.606	-309.143	-330.130	-333.900	-337.670	-341.140
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-274.606	-309.143	-330.130	-333.900	-337.670	-341.140
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-274.606	-309.143	-330.130	-333.900	-337.670	-341.140
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.128	24.700	25.700	26.010	26.310	26.620
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	31.508	24.000	25.000	25.300	25.600	25.900
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	621	700	700	710	710	720
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-306.734	-333.843	-355.830	-359.910	-363.980	-367.760

Erläuterungen
zum Produkt 060206

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414110 Zuweisungen für Zwecke vom Land - Sprachförderung
Es handelt sich hierbei um die Zuweisung des Landes für die Sprachförderung (siehe auch Konto 531800).

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal durchgeführt werden (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen für investive Maßnahmen.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432100 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €
Im Rahmen des Ersten NKF-Weiterentwicklungsgesetzes (NKFWG) vom 18.09.2012 können Vermögensgegenstände seit dem 01.01.2013 von 60 € - 410 € unmittelbar als Aufwand gebucht werden.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen. Daher sind die Aufwendungen in den Personalaufwendungen enthalten.

581500 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - GBA -
Im NKF werden Steuern und Gebühren der städtischen Liegenschaften im Rahmen der internen Leistungsverrechnungen (ILV) bei den Sachkonten 481150 und 581150 abgebildet.

Teilfinanzplan Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	67.928 0	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	67.928 0	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	65.196 0	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	83.076 9.500	14.500	0	5.500	5.600	5.600
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	148.272 9.500	14.500	0	5.500	5.600	5.600
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-80.344 -9.500	-14.500	0	-5.500	-5.600	-5.600

Investitionen Produkt 060206
KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060206	KG Am Hagelkreuz - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06020601 Erweiterung u. Umbau KG Am Hagelkreuz	-10.562 0	0	0	0	0	0	-56.859 -56.859
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	50.821 0	0	0	0	0	0	220.821 220.821
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-61.383 0	0	0	0	0	0	-277.680 -277.680
H06020602 Kindergarten Hagelkreuz Ausbau Ü3	-3.813 0	0	0	0	0	0	-3.813 -3.813
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-3.813 0	0	0	0	0	0	-3.813 -3.813
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020601 Auszahl. < 10.000 € KG Am Hagelkreuz	-32.974 -7.000	-12.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-32.974 -7.000	-12.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung	*3.000,00 €*
Spielgeräte für das Außengelände	*9.000,00 €*
insgesamt	*12.000,00 €*

B06020603 Auszahl. < 10.000 € KG Am Hagelkreuz U 3	401 0	0	0	0	0	0	401 401
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	17.107 0	0	0	0	0	0	17.107 17.107
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-16.706 0	0	0	0	0	0	-16.706 -16.706

Produktbeschreibung Produkt 060207 KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehrauf-wendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungs-angebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Soll 2015	Soll 2016
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	6	5	5	5
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	30	25	25	29
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	13	10	15	12

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	125.539	122.559	125.200	126.200	122.500	123.600
	414100 Zuweisungen vom Land	98.988	90.979	95.800	96.700	97.700	98.700
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	884	1.068	0	0	0	0
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	2.083	5.000	5.000	5.000	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	7.600	9.000	7.600	7.600	7.600	7.600
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	12.035	12.312	12.100	12.200	12.400	12.500
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	3.949	4.200	4.700	4.700	4.800	4.800
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	48.188	48.500	53.950	54.500	55.100	55.600
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	10.503	9.500	13.000	13.100	13.300	13.400
	432130 Elternbeiträge	37.686	39.000	40.950	41.400	41.800	42.200
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	662	300	300	300	300	300
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	282	150	150	150	150	150
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	380	150	150	150	150	150
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.224	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.224	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	175.614	171.359	179.450	181.000	177.900	179.500
11	- Personalaufwendungen	257.299	284.170	302.810	306.010	309.210	312.410
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	198.888	218.950	232.260	234.660	237.060	239.460
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	15.394	16.920	17.920	18.120	18.320	18.520
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	38.126	43.480	46.420	46.920	47.420	47.920
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	48.964	52.300	47.700	48.100	48.700	49.200

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	5.264	10.500	10.300	10.400	10.500	10.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	1.984	2.500	2.500	2.500	2.600	2.600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	4.489	6.800	6.000	6.100	6.200	6.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	7.430	8.700	9.100	9.200	9.300	9.400
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	2.577	1.900	1.900	1.900	1.900	2.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	11.513	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	0	300	300	300	300	300
	526200 Aus- und Fortbildung	1.059	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.162	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	12.485	13.000	14.000	14.100	14.300	14.400
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	9.455	9.800	12.000	12.100	12.200	12.400
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	9.455	9.800	12.000	12.100	12.200	12.400
15	- Transferaufwendungen	704	1.100	4.400	4.000	4.000	4.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	704	1.100	4.400	4.000	4.000	4.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	16.864	2.170	2.180	2.190	2.200	2.210
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.205	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	660	670	680	690	700	710
	549500 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen	15.000	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	333.287	349.540	369.090	372.400	376.310	380.220
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-157.673	-178.181	-189.640	-191.400	-198.410	-200.720
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-157.673	-178.181	-189.640	-191.400	-198.410	-200.720
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-157.673	-178.181	-189.640	-191.400	-198.410	-200.720
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.361	12.600	15.600	15.810	16.010	16.220
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	9.801	12.000	15.000	15.200	15.400	15.600
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	560	600	600	610	610	620
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-168.034	-190.781	-205.240	-207.210	-214.420	-216.940

Erläuterungen
zum Produkt 060207

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Das Land gewährt eine Zuweisung für eine modellhafte Förderung der Einzelintegration im Regelkindergarten für Kinder mit Behinderung.

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Erhöhung des Ansatzes, da die Anzahl der zu verpflegenden Kinder sich erhöht hat.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal erfolgen. Daher sind die Aufwendungen in den Personalaufwendungen enthalten.

Teilfinanzplan Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	37.800 0	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	37.800 0	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	37.158 0	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	38.006 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	75.164 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-37.364 -4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060207
KG Hetzerath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060207	KG Hetzerath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06020704 Außenspielgerät Kindergarten Hetzerath	-13.831 0	0	0	0	0	0	-16.654 -16.654
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-13.831 0	0	0	0	0	0	-16.654 -16.654
H06020701 Erweiterung und Umbau KG Hetzerath U 3	-3.228 0	0	0	0	0	0	-16.070 -16.070
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	33.930 0	0	0	0	0	0	33.930 33.930
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-37.158 0	0	0	0	0	0	-50.000 -50.000
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020701 Auszahl. < 10.000 € KG Hetzerath	-4.083 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-4.083 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
Erläuterungen: *Pauschaler Ansatz pro Einrichtung*		*3.000,00 €*					
B06020703 Anschaffungen > 410 € KG Hetzerath U 3	-4.709 0	0	0	0	0	0	-4.709 -4.709
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	3.870 0	0	0	0	0	0	3.870 3.870
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-8.579 0	0	0	0	0	0	-8.579 -8.579

Produktbeschreibung Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung

Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe

Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Soll 2015	Soll 2016
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	7	8	9	7
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	29	29	32	30
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	8	12	16	14

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allg.Umlagen	141.904	160.708	164.700	166.200	167.700	169.200
	414100 Zuweisungen vom Land	109.378	117.131	125.700	126.900	128.200	129.500
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	525	0	0	0	0	0
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	10.050	14.400	14.800	14.800	14.800	14.800
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	11.924	13.277	14.300	14.500	14.600	14.700
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	10.028	10.900	9.900	10.000	10.100	10.200
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentl.rechtl.Leistungsentgelte	58.039	62.000	74.500	75.200	75.960	76.800
	432110 Verpflegungskostenbeitr.	11.351	12.000	12.000	12.100	12.200	12.400
	432130 Elternbeiträge	46.688	50.000	62.500	63.100	63.760	64.400
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen u. -umlagen	1.025	750	750	800	800	800
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	347	300	300	300	300	300
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	678	450	450	500	500	500
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.859	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	3.859	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	204.827	223.458	239.950	242.200	244.460	246.800
11	- Personalaufwendungen	281.084	302.980	324.310	327.710	331.110	334.510
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	216.879	234.180	249.160	251.760	254.360	256.960
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	16.753	18.090	19.220	19.420	19.620	19.820
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	42.561	45.890	49.720	50.220	50.720	51.220
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	56.598	61.850	54.550	55.150	55.700	56.350
	521100 Unterhaltung der Grund-stücke und baulichen Anlagen	11.120	10.500	10.650	10.800	10.900	11.000

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	3.610	3.500	3.500	3.500	3.600	3.600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	5.881	6.300	6.000	6.100	6.200	6.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	12.279	13.300	13.900	14.050	14.200	14.350
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	4.720	2.850	1.900	1.900	1.900	2.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	2.846	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
	526200 Aus- und Fortbildung	785	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.364	2.400	1.600	1.600	1.600	1.600
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	11.994	15.000	15.000	15.200	15.300	15.500
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	15.309	16.300	16.200	16.400	16.500	16.700
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	15.309	16.300	16.200	16.400	16.500	16.700
15	- Transferaufwendungen	56	0	6.200	6.000	6.000	6.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	56	0	6.200	6.000	6.000	6.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.504	2.470	2.450	2.460	2.470	2.480
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.709	1.750	1.500	1.500	1.500	1.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	795	720	950	960	970	980
17	= Ordentliche Aufwendungen	355.550	383.600	403.710	407.720	411.780	416.040
18	= Ordentliches Ergebnis (10 u.17)	-150.724	-160.142	-163.760	-165.520	-167.320	-169.240
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-150.724	-160.142	-163.760	-165.520	-167.320	-169.240
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentl. Ergebnis (23 u. 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-150.724	-160.142	-163.760	-165.520	-167.320	-169.240
27	+ Erträge aus int.Leistungsbezieh.	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	18.829	18.600	18.600	18.810	19.010	19.220
	581100 Aufwend.aus internen Leistungsbeziehungen	18.265	18.000	18.000	18.200	18.400	18.600

Teilergebnisplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	564	600	600	610	610	620
29	= Jahresergebnis (Zeilen 26- 28)	-169.552	-178.742	-182.360	-184.330	-186.330	-188.460

Erläuterungen
zum Produkt 060208

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da ab 2016 Einzelintegrationen durch städtisches Personal durchgeführt werden (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Beitragsaufkommen nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen 2015er Ergebnisses.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe Konto 414135).

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

Teilfinanzplan Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	11.704 0	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	14.264 11.500	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.968 11.500	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-25.968 -11.500	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060208
KG Buscherhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060208	KG Buscherhof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06020802 Kindergarten Buscherhof Ausbau Ü3	-11.704 0	0	0	0	0	0	-15.000 -15.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-11.704 0	0	0	0	0	0	-15.000 -15.000
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020801 Auszahl. < 10.000 € KG Buscherhof	-11.419 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-11.419 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060209 KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	20	21	22	18
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	39	25	26	33
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	-	-	-	-

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	113.103	132.311	143.100	144.300	145.600	146.900
	414100 Zuweisungen vom Land	84.054	95.214	107.500	108.500	109.600	110.700
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	528	178	0	0	0	0
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	9.785	12.000	15.400	15.400	15.400	15.400
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	10.326	10.719	11.700	11.800	11.900	12.000
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	8.410	9.200	8.500	8.600	8.700	8.800
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	29.179	34.000	37.250	37.600	37.950	38.300
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	6.485	9.000	9.000	9.100	9.200	9.300
	432130 Elternbeiträge	22.695	25.000	28.250	28.500	28.750	29.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	481	400	400	400	400	400
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	0	100	100	100	100	100
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	481	300	300	300	300	300
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	991	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	991	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	143.755	166.711	180.750	182.300	183.950	185.600
11	- Personalaufwendungen	259.974	282.240	315.710	319.010	322.310	325.610
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	200.146	217.470	242.860	245.360	247.860	250.360
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	15.417	16.810	18.620	18.820	19.020	19.220
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	39.521	43.140	48.020	48.520	49.020	49.520
	504100 Beihilfen u. Unterstützungsleistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	34.034	53.435	47.700	48.100	48.500	49.000
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	2.834	10.500	10.300	10.400	10.500	10.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.413	3.535	3.500	3.500	3.600	3.600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	3.523	6.000	5.500	5.600	5.600	5.700
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	10.970	11.700	12.200	12.300	12.400	12.500
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	832	1.900	1.900	1.900	1.900	2.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	2.240	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	459	700	700	700	700	700
	526200 Aus- und Fortbildung	663	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.753	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	8.345	10.500	10.000	10.100	10.200	10.300
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	16.056	17.600	16.700	16.900	17.000	17.200
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	16.056	17.600	16.700	16.900	17.000	17.200
15	- Transferaufwendungen	303	200	6.000	6.000	6.000	6.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	303	200	6.000	6.000	6.000	6.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.037	2.270	2.280	2.290	2.300	2.310
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.225	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	812	770	780	790	800	810
17	= Ordentliche Aufwendungen	312.403	355.745	388.390	392.300	396.110	400.120
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-168.649	-189.034	-207.640	-210.000	-212.160	-214.520
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-168.649	-189.034	-207.640	-210.000	-212.160	-214.520
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-168.649	-189.034	-207.640	-210.000	-212.160	-214.520
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.294	12.600	10.600	10.710	10.810	10.920
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	8.697	12.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	598	600	600	610	610	620
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-177.943	-201.634	-218.240	-220.710	-222.970	-225.440

Erläuterungen
zum Produkt 060209

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisunng für eine freiwillige, modellhafte Förderung der Einzelintegration im Regelkindergarten für Kinder mit Behinderung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gem. § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

416100 Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen
Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen für investive Maßnahmen.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe auch Konto 414135).

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

Teilfinanzplan Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	2.240 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.240 4.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-2.240 -4.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060209
KG Lövenich

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060209	KG Lövenich

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06020901 Auszahl. < 10.000 € KG Lövenich	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	4	7	8	7
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	21	20	19	26
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	25	23	23	19

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen u. allg. Umlagen	203.174	209.906	200.900	202.600	204.600	206.400
	414100 Zuweisungen vom Land	160.016	164.286	165.100	166.700	168.400	170.100
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	2.349	2.314	0	0	0	0
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	2.083	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	22.050	20.600	19.200	19.200	19.200	19.200
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	11.986	12.606	11.900	12.000	12.200	12.300
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	4.689	5.100	4.700	4.700	4.800	4.800
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	58.997	55.000	57.000	57.550	58.100	58.800
	432110 Verpflegungskostenbeitr.	16.301	15.000	15.000	15.150	15.300	15.500
	432130 Elternbeiträge	42.696	40.000	42.000	42.400	42.800	43.300
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.567	1.600	2.400	2.400	2.400	2.400
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.636	800	800	800	800	800
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	1.931	800	1.600	1.600	1.600	1.600
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	590	0	1.000	1.000	1.000	1.000
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	590	0	1.000	1.000	1.000	1.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	266.327	266.506	261.300	263.550	266.100	268.600
11	- Personalaufwendungen	400.894	423.640	456.310	461.010	465.710	470.510
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	310.919	329.220	352.860	356.460	360.060	363.760
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	23.146	23.960	27.120	27.420	27.720	28.020
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	61.938	65.640	70.120	70.820	71.520	72.220
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	54.399	63.350	58.850	59.400	59.950	60.600

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.655	10.500	10.300	10.400	10.500	10.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	1.505	3.000	3.000	3.000	3.100	3.100
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	7.601	6.800	6.900	7.000	7.100	7.200
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	13.348	13.800	14.400	14.500	14.650	14.800
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	733	2.850	2.850	2.900	2.900	2.900
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	8.524	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	526200 Aus- und Fortbildung	1.398	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.908	2.400	2.400	2.400	2.400	2.500
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	17.727	16.000	16.000	16.200	16.300	16.500
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	11.878	12.900	12.700	12.800	13.000	13.100
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	11.878	12.900	12.700	12.800	13.000	13.100
15	- Transferaufwendungen	358	2.314	7.039	6.000	6.000	6.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	358	2.314	7.039	6.000	6.000	6.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.436	2.550	2.580	2.640	2.650	2.660
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.777	1.750	1.750	1.800	1.800	1.800
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	660	800	830	840	850	860
17	= Ordentliche Aufwendungen	469.966	504.754	537.479	541.850	547.310	552.870
18	= Ordentliches Ergebnis (10 u.17)	-203.639	-238.248	-276.179	-278.300	-281.210	-284.270
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen u.sonst.Finanzaufw.	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-203.639	-238.248	-276.179	-278.300	-281.210	-284.270
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentl.Ergebnis (23 u. 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-203.639	-238.248	-276.179	-278.300	-281.210	-284.270
27	+ Erträge aus intern.Leistungsbez.	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.463	12.600	26.000	26.310	26.620	26.930

Teilergebnisplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	9.903	12.000	25.000	25.300	25.600	25.900
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	560	600	1.000	1.010	1.020	1.030
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26-28)	-214.102	-250.848	-302.179	-304.610	-307.830	-311.200

Erläuterungen
zum Produkt 060210

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landezuweisung gem. § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Beitragsaufkommen nach KiBiz aufgrund des erwarteten 2015er Ergebnisses.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe auch Konto 414135).

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

Teilfinanzplan Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	21.384 4.500	11.000	0	4.500	4.500	4.500
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	21.384 4.500	11.000	0	4.500	4.500	4.500
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-21.384 -4.500	-11.000	0	-4.500	-4.500	-4.500

Investitionen Produkt 060210
KG Bauxhof - Erkelenz

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060210	KG Bauxhof - Erkelenz

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021001 Auszahl. < 10.000 € KG Bauxhof	-12.860 -3.000	-9.500	0	-3.000	-3.000	-3.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-12.860 -3.000	-9.500	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung	*3.000,00 €*
Beschaffung eines Außengerätehauses sowie	
Erwerb einer Wasserpumpe für den Wasserspielbereich	*6.500,00 €*
insgesamt	*9.500,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060211 KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	5	3	4	3
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	17	19	21	16
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	4	4	3	8

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	52.688	60.140	60.000	60.600	61.200	61.800
	414100 Zuweisungen vom Land	43.184	45.090	49.500	50.000	50.500	51.000
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	6.509	6.750	7.500	7.600	7.600	7.700
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	2.995	3.300	3.000	3.000	3.100	3.100
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	35.971	32.000	36.750	37.100	37.500	37.800
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	7.421	7.000	8.500	8.600	8.700	8.800
	432130 Elternbeiträge	28.550	25.000	28.250	28.500	28.800	29.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	539	200	600	600	600	600
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	0	0	200	200	200	200
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	539	200	400	400	400	400
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	491	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	491	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	89.688	92.340	97.350	98.300	99.300	100.200
11	- Personalaufwendungen	131.879	126.410	149.710	151.310	152.910	154.510
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	100.895	96.955	114.080	115.280	116.480	117.680
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	6.474	6.075	7.330	7.430	7.530	7.630
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	19.619	18.560	22.090	22.290	22.490	22.690
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	23.904	31.400	27.750	28.050	28.350	28.600
	521100 Unterhaltung der Grund-stücke und baulichen Anlagen	2.651	5.200	5.300	5.400	5.500	5.550
	524100 Bewirtschaftung der Grund-stücke und baul. Anlagen	840	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	4.387	3.300	3.350	3.400	3.450	3.500
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	3.290	4.600	4.800	4.850	4.900	4.950
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.252	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	852	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	0	300	300	300	300	300
	526200 Aus- und Fortbildung	84	500	500	500	500	500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.260	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	9.287	8.000	9.000	9.100	9.200	9.300
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.225	5.500	5.600	5.700	5.700	5.800
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	5.225	5.500	5.600	5.700	5.700	5.800
15	- Transferaufwendungen	0	0	3.000	3.000	3.000	3.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	0	3.000	3.000	3.000	3.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.890	1.940	1.960	1.960	1.960	1.960
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.535	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	355	440	460	460	460	460
17	= Ordentliche Aufwendungen	162.898	165.250	188.020	190.020	191.920	193.870
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-73.210	-72.910	-90.670	-91.720	-92.620	-93.670
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-73.210	-72.910	-90.670	-91.720	-92.620	-93.670
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-73.210	-72.910	-90.670	-91.720	-92.620	-93.670
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.563	12.400	10.400	10.500	10.610	10.710

Teilergebnisplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	10.283	12.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	280	400	400	400	410	410
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-83.773	-85.310	-101.070	-102.220	-103.230	-104.380

Erläuterungen
zum Produkt 060211

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist (siehe auch Konto 529160).

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiZ aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe Konto 414135).

Teilfinanzplan Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 5.000	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	5.466 12.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.466 17.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-5.466 -17.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060211
KG Venrath

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060211	KG Venrath

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06021101 Errichtung einer Rampenanlage Kiga Venrath	0 -5.000	0	0	0	0	0	-20.000 -20.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -5.000	0	0	0	0	0	-20.000 -20.000
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021101 Auszahl. < 10.000 € KG Venrath	-4.614 -11.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-4.614 -11.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060212 KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	2	3	5	9
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	15	12	11	13
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	5	7	7	9

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	68.187	73.181	91.000	91.800	92.700	93.500
	414100 Zuweisungen vom Land	51.392	51.428	71.000	71.700	72.400	73.100
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	178	365	0	0	0	0
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	6.685	5.400	7.200	7.200	7.200	7.200
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	5.669	6.388	8.500	8.600	8.700	8.800
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	4.263	4.600	4.300	4.300	4.400	4.400
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	20.578	21.000	21.700	21.900	22.100	22.300
	432110 Verpflegungskostenbeit.	6.173	7.000	7.000	7.100	7.100	7.200
	432130 Elternbeiträge	14.405	14.000	14.700	14.800	15.000	15.100
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	553	400	400	400	400	400
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	214	200	200	200	200	200
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	338	200	200	200	200	200
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	1.334	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	1.334	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	90.652	94.581	113.100	114.100	115.200	116.200
11	- Personalaufwendungen	114.905	96.840	114.810	116.110	117.410	118.710
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	90.743	72.880	85.860	86.760	87.660	88.560
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	6.218	4.780	5.720	5.820	5.920	6.020
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	13.054	14.360	17.020	17.220	17.420	17.620
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	28.189	39.500	34.500	34.900	35.200	35.600

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.485	6.500	6.600	6.700	6.800	6.900
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	1.432	2.000	2.000	2.000	2.000	2.100
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	5.273	6.000	5.500	5.600	5.600	5.700
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	7.176	8.200	8.600	8.700	8.800	8.900
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.310	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	598	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	306	300	300	300	300	300
	526200 Aus- und Fortbildung	928	500	500	500	500	500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	719	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	6.963	8.000	8.000	8.100	8.200	8.200
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	6.942	7.400	7.100	7.200	7.200	7.300
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	6.942	7.400	7.100	7.200	7.200	7.300
15	- Transferaufwendungen	0	365	4.200	4.000	4.000	4.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	365	4.200	4.000	4.000	4.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.462	1.600	1.620	1.670	1.670	1.670
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.158	1.250	1.250	1.300	1.300	1.300
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	304	350	370	370	370	370
17	= Ordentliche Aufwendungen	151.499	145.705	162.230	163.880	165.480	167.280
18	= Ordentliches Ergebnis (10 u.17)	-60.847	-51.124	-49.130	-49.780	-50.280	-51.080
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-60.847	-51.124	-49.130	-49.780	-50.280	-51.080
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-60.847	-51.124	-49.130	-49.780	-50.280	-51.080

Teilergebnisplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	10.541	12.500	10.500	10.610	10.710	10.820
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	10.159	12.000	10.000	10.100	10.200	10.300
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	383	500	500	510	510	520
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-71.388	-63.624	-59.630	-60.390	-60.990	-61.900

Erläuterungen
zum Produkt 060212

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016.

414135 Zuweisung der Landes im Rahmen der Eingliederungshilfe
Wegfall der Landeszuweisung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

527910 Sonstige besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Verpflegung Ganztag)
Voraussichtliches Aufwandsaufkommen bei Verpflegung Ganztagsbetreuung.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe Konto 414135).

Teilfinanzplan Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	598 11.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	598 11.000	4.000	0	4.000	4.000	4.000
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-598 -11.000	-4.000	0	-4.000	-4.000	-4.000

Investitionen Produkt 060212
KG Kückhoven

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060212	KG Kückhoven

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021201 Auszahl. < 10.000 € KG Kückhoven	0 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -10.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung

Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe

Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Bewirtsch.-Regeln

Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414110/614110 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531800/731800 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.
Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414135/614135 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 529160/729160 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Soll 2015	Soll 2016
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	8	7	12	6
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	53	53	50	57
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	30	30	37	39

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	456.839	462.348	422.700	426.200	429.700	433.400
	414100 Zuweisungen vom Land	276.938	309.600	310.800	313.900	317.100	320.300
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	1.228	356	0	0	0	0
	414130 Zuw. des Landes Zubringerdienst heilpäd. Gruppe	2.660	0	7.000	7.100	7.100	7.200
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	123.552	96.250	50.000	50.000	50.000	50.000
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	20.400	26.500	22.900	22.900	22.900	22.900
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	30.357	27.742	30.300	30.600	30.900	31.200
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	1.705	1.900	1.700	1.700	1.700	1.800
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	121.891	114.000	126.500	127.700	129.000	130.200
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	32.895	24.000	28.000	28.300	28.600	28.800
	432130 Elternbeiträge	88.996	90.000	98.500	99.400	100.400	101.400
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.842	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.523	600	900	900	900	900
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	1.319	900	600	600	600	600
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	21.504	0	2.500	2.500	2.500	2.500
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	21.504	0	2.500	2.500	2.500	2.500
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	603.077	577.848	553.200	557.900	562.700	567.600
11	- Personalaufwendungen	712.239	773.550	822.810	831.210	839.710	848.310
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	560.019	603.500	639.800	646.300	652.900	659.600
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	41.753	45.180	48.340	48.840	49.340	49.840
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	105.577	120.050	128.460	129.760	131.060	132.360
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäftigte	91	10	10	10	10	10

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	84.915	82.950	89.500	90.350	91.450	92.350
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	3.995	10.500	10.300	10.400	10.500	10.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	354	3.000	3.000	3.000	3.100	3.100
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	5.530	8.000	6.000	6.100	6.200	6.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	18.295	22.400	21.400	21.600	21.800	22.000
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	3.045	4.750	3.500	3.550	3.550	3.650
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	6.062	2.500	2.500	2.500	2.600	2.600
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	276	300	300	300	300	300
	526200 Aus- und Fortbildung	2.993	2.500	2.500	2.500	2.600	2.600
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	3.568	4.000	4.000	4.000	4.100	4.100
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	38.138	25.000	29.000	29.300	29.600	29.900
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	2.660	0	7.000	7.100	7.100	7.200
14	- Bilanzielle Abschreibungen	25.197	8.700	27.100	27.400	27.600	27.900
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	25.197	8.700	27.100	27.400	27.600	27.900
15	- Transferaufwendungen	798	356	9.400	9.000	9.000	9.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	798	356	9.400	9.000	9.000	9.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	135.540	144.407	130.800	132.170	133.490	134.710
	542200 Mieten und Pachten	132.616	140.697	127.000	128.300	129.600	130.800
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.994	2.250	2.250	2.300	2.300	2.300
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	930	1.460	1.550	1.570	1.590	1.610
17	= Ordentliche Aufwendungen	958.690	1.009.963	1.079.610	1.090.130	1.101.250	1.112.270
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-355.613	-432.115	-526.410	-532.230	-538.550	-544.670
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-355.613	-432.115	-526.410	-532.230	-538.550	-544.670

Teilergebnisplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-355.613	-432.115	-526.410	-532.230	-538.550	-544.670
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	32.491	12.100	15.100	15.300	15.500	15.700
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	32.491	12.000	15.000	15.200	15.400	15.600
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	0	100	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-388.104	-444.215	-541.510	-547.530	-554.050	-560.370

Erläuterungen
zum Produkt 060213

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlungen aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 bzw. 2015/2016.

414130 Zuweisungen des Landes Zubringerdienst heilpädagogische Gruppe
Zuweisungen für den Zubringerdienst zur heilpädagogischen Gruppe (siehe auch Konto 529100).

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshife
Eingliederungshilfe des überörtlichen Sozialhilfeträgers für Kinder mit Behinderung in Einrichtungen zur teilstationären Betreuung. Zur Abdeckung des Betreuungsbedarfes wird je Kind eine Pauschale Höhe von 5.000 € gewährt. Es wird davon ausgegangen, dass 10 Kinder mit Behinderung den Kindergarten besuchen werden.Die daneben gewährte therapeutische Hilfe durch Dritte wird nicht mehr über die Eingliederungshilfe finanziert. Dieser Bedarf soll über die Krankenkassen abgedeckt werden.

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung. Erhöhung des Ansatzes, da die Anzahl der zu verpflegenden Kinder sich erhöht hat.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen nach KiBiz aufgrund der zu erwartenden Kinderzahlen.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
2016 entstehen wieder Aufwendungen des Zubringerdienstes für Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf (siehe auch Konto 414130).

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

542200 Mieten und Pachten
Jährliche Mietaufwendungen für den Kindergarten Oerather Mühlenfeld.

Teilfinanzplan Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	7.411 0	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	30.313 5.500	18.500	0	5.500	5.600	5.600
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	37.724 5.500	18.500	0	5.500	5.600	5.600
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-37.724 -5.500	-18.500	0	-5.500	-5.600	-5.600

Investitionen Produkt 060213
KG Oerather Mühlenfeld

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060213	KG Oerather Mühlenfeld

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
S06021301 Erw. Aussenanlagen KG Oerather Mühlenfeld	-7.411 0	0	0	0	0	0	-27.411 -27.411
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-7.411 0	0	0	0	0	0	-27.411 -27.411
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021304 Anschaff. >410 Euro KG Oerather Mühlenfeld	-24.252 -3.000	-16.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-24.252 -3.000	-16.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung	*3.000,00 €*
Fertigstellung des Außengeländes (Spielgeräte, Sonnenschutz)	*13.000,00 €*
insgesamt	*16.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung
Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe
Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage
§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele
1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	15	11	11	12
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	49	48	45	42
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	41	44	49	51

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	382.517	472.071	407.600	411.300	414.900	418.600
	414100 Zuweisungen vom Land	302.622	331.712	331.100	334.400	337.800	341.100
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	4.405	57.392	0	0	0	0
	414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	31.595	33.400	30.800	30.800	30.800	30.800
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	25.273	25.667	27.000	27.300	27.500	27.800
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	5.622	5.900	5.700	5.800	5.800	5.900
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	115.874	97.000	107.000	108.200	109.400	110.700
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	32.359	22.000	22.000	22.200	22.400	22.700
	432130 Elternbeiträge	83.515	75.000	85.000	86.000	87.000	88.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.673	2.300	2.700	2.700	2.700	2.800
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.086	700	700	700	700	700
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	2.587	1.600	2.000	2.000	2.000	2.100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	3.005	0	3.000	3.000	3.000	3.000
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	3.005	0	3.000	3.000	3.000	3.000
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	505.070	571.371	520.300	525.200	530.000	535.100
11	- Personalaufwendungen	729.422	756.160	898.010	907.210	916.410	925.710
	501100 Beamte	4.800	4.810	6.200	6.300	6.400	6.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	569.041	590.240	700.450	707.650	714.850	722.150
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	42.799	44.210	52.510	53.010	53.510	54.010
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	112.691	116.890	138.840	140.240	141.640	143.040
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäftigte	91	10	10	10	10	10

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	114.471	153.450	126.000	127.050	128.250	129.400
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	10.268	40.200	20.950	21.200	21.400	21.600
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	4.317	5.000	6.000	6.100	6.100	6.200
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	17.093	20.100	17.500	17.700	18.000	18.200
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	21.973	22.000	23.000	23.200	23.400	23.650
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.117	4.750	3.550	3.550	3.550	3.650
	525610 Unterhalt.d.Geräte u.a. Familienzentrum	0	2.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	1.891	2.500	2.000	2.000	2.000	2.100
	526200 Aus- und Fortbildung	3.649	2.500	3.000	3.000	3.100	3.100
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	2.964	4.000	4.000	4.000	4.100	4.100
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	40.107	28.000	33.000	33.300	33.600	33.800
	527930 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.-Familienzentrum-	0	6.400	1.000	1.000	1.000	1.000
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	11.090	11.000	11.000	11.000	11.000	11.000
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	19.508	21.300	20.400	20.600	20.800	21.000
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	19.508	21.300	20.400	20.600	20.800	21.000
15	- Transferaufwendungen	372	57.392	9.800	9.000	9.000	9.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	372	57.392	9.800	9.000	9.000	9.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.092	4.000	3.990	4.060	4.080	4.100
	543100 Geschäftsaufwendungen	2.553	2.250	2.250	2.300	2.300	2.300
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	1.539	1.750	1.740	1.760	1.780	1.800
17	= Ordentliche Aufwendungen	867.865	992.302	1.058.200	1.067.920	1.078.540	1.089.210
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-362.795	-420.931	-537.900	-542.720	-548.540	-554.110
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-362.795	-420.931	-537.900	-542.720	-548.540	-554.110
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-362.795	-420.931	-537.900	-542.720	-548.540	-554.110
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	20.842	25.500	51.500	52.020	52.530	53.050
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	19.565	24.000	50.000	50.500	51.000	51.500
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	1.277	1.500	1.500	1.520	1.530	1.550
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-383.638	-446.431	-589.400	-594.740	-601.070	-607.160

Erläuterungen
zum Produkt 060216

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016.

414110 Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - Sprachförderung
Zuweisung des Landes zur Sprachförderung wurde bereits in 2014 vereinnahmt.

414120 Zuweisungen vom Land - Familienzentrum
Erwartete Landeszuweisungen für das Familienzentrum.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshife
Wegfall der Landeszuweisung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist (siehe auch Konto 529160).

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

414145 Zuweisungen des Landes - Ausgleich für Elternbeitragsbefreiung -
Ausgleichszahlung des Landes für das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge aufgrund der voraussichtlichen Inanspruchnahme der Mittagsverpflegung.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Aufwand für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen
Voraussichtliche Aufwendungen an Fahrtkosten für Selbstfahrer bzw. für die Inanspruchnahme eines Taxidienstes.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe Konto 414135).

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Weiterleitung der bereits in 2014 vereinnahmten Landeszuweisung für Sprachförderung (siehe auch Konto 414110).

581500 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen - GBA -
Im NKF werden Steuern und Gebühren der städtischen Liegenschaften im Rahmen der internen Leistungsverrechnungen (ILV) bei den Sachkonten 481500 und 581500 abgebildet.

Teilfinanzplan Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	2.589 17.500	11.000	0	5.000	5.000	5.100
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.589 17.500	11.000	0	5.000	5.000	5.100
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-2.589 -17.500	-11.000	0	-5.000	-5.000	-5.100

Investitionen Produkt 060216
Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060216	Kombinierte Tageseinrichtungen Westpromenade/Zehnthofweg

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06021605 Außenspielgerät für Komb. Tageseinr. Westpromenade	0 -12.000	0	0	0	0	0	-12.000 -12.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -12.000	0	0	0	0	0	-12.000 -12.000
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021601 Anschaffungen >410 € Komb. Tagesein. Westpromenade	-698 -3.000	-9.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-698 -3.000	-9.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung	*3.000,00 €*
Ersatzbeschaffungen Küche, Küchengeräte > 410,00 € u. a.	*6.000,00 €*
insgesamt	*9.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060217 Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung

Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.

Zielgruppe

Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)

Auftragsgrundlage

§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz

Ziele

1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100.
2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100.
3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 1.				
sh. Kennzahlenreihe Nr. 1 beim Produkt 060100				
zu 2.				
Anzahl Kinder 25-Stunden-Betreuung	6	4	3	4
Anzahl Kinder 35-Stunden-Betreuung	31	35	41	40
Anzahl Kinder 45-Stunden-Betreuung	7	10	13	17

Teilergebnisplan Produkt 060217 Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	142.177	170.575	175.700	177.300	178.800	180.500
	414100 Zuweisungen vom Land	111.056	127.860	137.300	138.600	140.000	141.400
	414135 Zuweis. des Landes im Rahmen d.Eingliederungshilfe	0	5.000	0	0	0	0
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	13.120	17.000	16.200	16.200	16.200	16.200
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	11.809	14.015	15.900	16.100	16.200	16.400
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	6.191	6.700	6.300	6.400	6.400	6.500
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	74.445	70.000	77.000	77.700	78.600	79.300
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	15.319	10.000	14.000	14.100	14.300	14.400
	432130 Elternbeiträge	59.126	60.000	63.000	63.600	64.300	64.900
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	408	250	350	350	350	350
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	276	150	200	200	200	200
	448400 Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich	132	100	150	150	150	150
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	860	0	0	0	0	0
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	860	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	217.889	240.825	253.050	255.350	257.750	260.150
11	- Personalaufwendungen	302.633	361.340	462.610	467.210	471.910	476.610
	501100 Beamte	3.231	3.200	4.500	4.500	4.500	4.500
	501200 Tariflich Beschäftigte	234.369	280.350	358.560	362.160	365.860	369.560
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	18.108	21.680	27.720	28.020	28.320	28.620
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	46.856	56.100	71.820	72.520	73.220	73.920
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	68	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	55.181	60.500	60.350	60.950	61.600	62.300
	521100 Unterhaltung der Grund-stücke und baulichen Anlagen	7.974	9.500	9.600	9.700	9.800	9.900

Teilergebnisplan Produkt 060217 Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	2.159	3.000	3.000	3.000	3.100	3.100
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	4.831	6.000	6.000	6.100	6.200	6.300
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst .u.baul.Anlagen -Reinigung-	14.168	16.300	17.000	17.200	17.400	17.600
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	1.793	2.850	2.900	2.900	2.900	2.900
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	3.294	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	526100 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	272	450	450	450	500	500
	526200 Aus- und Fortbildung	2.225	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	1.781	2.400	2.400	2.400	2.400	2.500
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	16.683	12.000	16.000	16.200	16.300	16.500
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	5.000	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	5.471	23.700	5.700	5.800	5.800	5.900
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	5.471	23.700	5.700	5.800	5.800	5.900
15	- Transferaufwendungen	0	0	6.000	6.000	6.000	6.000
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	0	6.000	6.000	6.000	6.000
16	- Sonstige ordent.Aufwendungen	1.864	2.450	3.310	3.380	3.400	3.420
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.323	1.750	1.750	1.800	1.800	1.800
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	541	700	1.560	1.580	1.600	1.620
17	= Ordentliche Aufwendungen	365.148	447.990	537.970	543.340	548.710	554.230
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-147.258	-207.165	-284.920	-287.990	-290.960	-294.080
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonst.Finanzaufwend.	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-147.258	-207.165	-284.920	-287.990	-290.960	-294.080
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentl. Ergebnis (23 u.24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-147.258	-207.165	-284.920	-287.990	-290.960	-294.080
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	9.395	12.700	8.700	8.810	8.910	9.020

Teilergebnisplan Produkt 060217
Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	8.835	12.000	8.000	8.100	8.200	8.300
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	560	700	700	710	710	720
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26-28)	-156.653	-219.865	-293.620	-296.800	-299.870	-303.100

Erläuterungen
zum Produkt 060217

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gemäß § 21 Abs. 1 und 7 KiBiz (inkl. 1,5% Erhöhung), abzüglich evt. Überzahlung aus dem Kindergartenjahr 2014/2015 und 2015/2016.

414135 Zuweisungen des Landes im Rahmen der Eingliederungshife
Wegfall der Landeszuweisung, da in 2016 keine Einzelintegration geplant ist.

414140 Zuweisung des Landes U3-Kindpauschalen
Landeszuweisung gemäß § 21 Abs. 3 KiBiz.

432110 Verpflegungskostenbeiträge
Verpflegungskostenbeiträge für die Mittagsverpflegung. Erhöhung des Ansatzes, da die Anzahl der zu verpflegenden Kinder sich erhöht hat.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
Vorgesehener Ansatz für allgemeine bauliche Unterhaltungsmaßnahmen in 2016.

529160 Aufwendungen für Einzelintegration
Wegfall der Aufwendungen (siehe Konto 414135)

531800 Sonstiger Verwaltungs- und Betriebsaufwand
Aufwand für die Auszahlung einer Verfügungspauschale nach dem KiBiz.

Teilfinanzplan Produkt 060217 Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	5.842 6.500	0	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	3.294 4.500	4.500	0	4.500	4.500	4.500
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	9.136 11.000	4.500	0	4.500	4.500	4.500
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-9.136 -11.000	-4.500	0	-4.500	-4.500	-4.500

Investitionen Produkt 060217
Kindergarten Immerath (neu)

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060217	Kindergarten Immerath (neu)

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06021701 Zwei-Gruppen-KG Immerath (neu)	-5.842 -6.500	0	0	0	0	0	0 0
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	605.130 605.130
19 + Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	0 0	0	0	0	0	0	469.951 469.951
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-5.842 -6.500	0	0	0	0	0	-1.075.081 -1.075.081
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021701 Anschaffungen > 410 Euro KG Immerath - neu -	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschaler Ansatz pro Einrichtung *3.000,00 €*

Produktbeschreibung Produkt 060218 KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung	Bereitstellung und Unterhaltung von Kindergartenplätzen zur Betreuung der Kinder im Rahmen einer gruppen-/familienorientierten Erziehung und Bildung.
Zielgruppe	Kinder im Alter von maximal 6 Jahren und älter (ohne Schulkinder)
Bewirtsch.-Regeln	Mehrerträge/-einzahlungen beim Produkt 060218 dürfen für Mehraufwendungen/-auszahlungen beim Produkt 060218 nach § 21 Abs. 2 GemHVO verwendet werden. Mehreinzahlungen bei Investitionsnr. H06021801 dürfen für Mehrauszahlungen bei Investitionsnr. H06021801 nach § 21 Abs. 2 GemHVO verwendet werden. Mehreinzahlungen bei Investitionsnr. B06021801 dürfen für Mehrauszahlungen bei Investitionsnr. B06021801 nach § 21 Abs. 2 GemHVO verwendet werden.
Auftragsgrundlage	§§ 2, 22, 22a, 24 SGB VIII, KiBiz
Ziele	1. Siehe Ziel Nr. 1 beim Produkt 060100. 2. Siehe Ziel Nr. 2 beim Produkt 060100. 3. Es werden keine neuen „halben Gruppen“ mehr gebildet, die ein gewünschtes Betreuungsangebot ortsnah ermöglichen. Bestehende „halbe Gruppen“ werden mit Übertritt der Kinder in die Schule aufgelöst.

Teilergebnisplan Produkt 060218
KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	500	500	500	500
	414100 Zuweisungen vom Land	0	0	100	100	100	100
	414110 Zuwend. für lfd. Zwecke vom Land Sprachförderung	0	0	100	100	100	100
	414140 Zuweis. des Landes U3-Kindpauschalen	0	0	100	100	100	100
	414145 Zuweis. des Landes Ausgl. Elternbeitragsbefreiung	0	0	100	100	100	100
	417100 Erträge a.d.Aufl. v. geleisteten Zuweisungen	0	0	100	100	100	100
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	200	200	200	200
	432110 Verpflegungskostenbeiträge	0	0	100	100	100	100
	432130 Elternbeiträge	0	0	100	100	100	100
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	100	100	100	100
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	0	0	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	100	100	100	100
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	0	0	100	100	100	100
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	0	0	900	900	900	900
11	- Personalaufwendungen	0	0	500	500	500	500
	501100 Beamte	0	0	100	100	100	100
	501200 Tariflich Beschäftigte	0	0	100	100	100	100
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	0	0	100	100	100	100
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	0	0	100	100	100	100
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	0	0	100	100	100	100
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	44.000	44.440	44.880	45.331
	521100 Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121

Teilergebnisplan Produkt 060218
KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	524100 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	526200 Aus- und Fortbildung	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	527900 Sonst. besonderer Verwaltungs- u. Betriebsaufwand	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	527910 Sonst.bes.Verw.- u.Betriebsaufw.(Verpfl.Ganztag)	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	529160 Aufwendungen für Einzelintegration	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	100	100	100	100
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	0	0	100	100	100	100
15	- Transferaufwendungen	0	0	100	100	100	100
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	0	0	100	100	100	100
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	8.000	8.080	8.160	8.242
	543100 Geschäftsaufwendungen	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
	544120 Versicherungen (Unfallkasse NRW)	0	0	4.000	4.040	4.080	4.121
17	= Ordentliche Aufwendungen	0	0	52.700	53.220	53.740	54.273
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	0	0	-51.800	-52.320	-52.840	-53.373
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	0	0	-51.800	-52.320	-52.840	-53.373
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	0	0	-51.800	-52.320	-52.840	-53.373
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060218
KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	200	200	200	200
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	0	100	100	100	100
	581500 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez. - GBA -	0	0	100	100	100	100
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	0	0	-52.000	-52.520	-53.040	-53.573

Erläuterungen
zum Produkt 060218

Vorbehaltliche Mittelbereitstellung aufgrund der Kündigung der Trägerschaft durch Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. zum 31.07.2016.

Teilfinanzplan Produkt 060218
KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	9.100	0	0	0	0
05	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0 0	1.100	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0 0	10.200	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	10.000	0	0	0	0
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	7.000	0	4.040	4.080	4.121
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0 0	17.000	0	4.040	4.080	4.121
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	0 0	-6.800	0	-4.040	-4.080	-4.121

Investitionen Produkt 060218
KG Karolingerring

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060218	KG Karolingerring

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
H06021801 Erweiterung und Umbau KG Karolingerring	0 0	0	0	0	0	0	0 0
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	9.000	0	0	0	0	0 9.000
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0 0	1.000	0	0	0	0	0 1.000
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	-10.000	0	0	0	0	0 -10.000
Erläuterungen: *Vorbehaltliche Mittelbereitstellung aufgrund der Kündigung der Trägerschaft durch Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. zum 31.07.2016.*							
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06021801 Anschaffungen > 410 € KG Karolingerring	0 0	-2.800	0	0	0	0	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	100	0	0	0	0	
22 + Sonstige Investitionseinzahlungen	0 0	100	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-3.000	0	0	0	0	

Produktbeschreibung Produkt 060220 Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060220	Förderung von Kindern in Tagespflege

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Frau Antoinette Lauten

Beschreibung	Familienunterstützende Hilfemaßnahmen zur Förderung der Entwicklung eines Kindes durch eine Tagespflegeperson.
Zielgruppe	Kinder insbesondere in den ersten Lebensjahren
Auftragsgrundlage	§§ 2,23,24 SGB VIII
Ziele	Das derzeitige Angebot von Betreuungsplätzen in Tagespflegestellen ist in der Anzahl zu erhalten, evtl. sogar zu erweitern, um in der Addition mit den U-3-Plätzen in den Kindertagesstätten freier Träger den Rechtsanspruch von Kindern unter 3 Jahren auf einen Betreuungsplatz erfüllen zu können.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
Anzahl der Tagespflegeplätze	63	127	95	127

Teilergebnisplan Produkt 060220
Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060220	Förderung von Kindern in Tagespflege

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	102.168	102.607	85.500	86.400	87.300	88.100
	414100 Zuweisungen vom Land	102.168	102.607	85.500	86.400	87.300	88.100
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	87.138	88.000	98.000	99.000	100.000	101.000
	432130 Elternbeiträge	87.138	88.000	98.000	99.000	100.000	101.000
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	189.306	190.607	183.500	185.400	187.300	189.100
11	- Personalaufwendungen	47.118	48.100	48.610	49.110	49.610	50.110
	501100 Beamte	3.233	3.200	3.300	3.300	3.300	3.300
	501200 Tariflich Beschäftigte	34.540	35.380	35.700	36.100	36.500	36.900
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	2.654	2.720	2.700	2.700	2.700	2.700
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	6.623	6.790	6.900	7.000	7.100	7.200
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	68	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0	0	0
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	333.204	450.000	360.000	363.600	367.230	370.910
	533900 Sonstige soziale Leistungen	333.204	450.000	360.000	363.600	367.230	370.910
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
17	= Ordentliche Aufwendungen	380.322	498.100	408.610	412.710	416.840	421.020
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-191.015	-307.493	-225.110	-227.310	-229.540	-231.920
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-191.015	-307.493	-225.110	-227.310	-229.540	-231.920
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060220
Förderung von Kindern in Tagespflege

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0602	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060220	Förderung von Kindern in Tagespflege

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-191.015	-307.493	-225.110	-227.310	-229.540	-231.920
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	120	500	500	500	500
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	120	500	500	500	500
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-191.015	-307.613	-225.610	-227.810	-230.040	-232.420

Erläuterungen
zum Produkt 060220

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Das Land gewährt eine Zuweisung gem. § 22 (1) KiBiz zur Förderung von Kindern in Tagespflege.

432130 Elternbeiträge
Voraussichtliches Beitragsaufkommen der Eltern nach KiBiz aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2015.

Aufwand

533900 Sonstige soziale Leistungen
Ansatzanpassung an das voraussichtliche Jahresergebnis 2015.

Produktbeschreibung Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Herr Markus Wilmer

Beschreibung

Das Jugendamt stellt jungen Menschen die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung, die an ihren Interessen anknüpfen, von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche im Alter von 7 - 26 Jahre

Auftragsgrundlage

§§ 2,11,14 SGB VIII

Ziele

1. Kinder, die nicht im Stadtgebiet wohnen, sind mit höheren Benutzungsgebühren an den durchzuführenden Veranstaltungen zu beteiligen als Kinder aus dem Stadtgebiet.
2. Die Jugendarbeit soll von der Höhe her auch in künftigen Jahren wie in 2009 angeboten werden.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 2.				
Gesamtaufwendungen für die Jugendarbeit	46.534 €	68.782 €	58.460 €	58.760 €

Teilergebnisplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	18.560	0	0	0	0	0
	414100 Zuweisungen vom Land	18.560	0	0	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.108	3.550	3.600	3.650	3.700	3.750
	432100 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	3.108	3.550	3.600	3.650	3.700	3.750
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	21.668	3.550	3.600	3.650	3.700	3.750
11	- Personalaufwendungen	82.806	84.600	55.610	56.210	56.810	57.410
	501100 Beamte	9.412	9.630	10.000	10.100	10.200	10.300
	501200 Tariflich Beschäftigte	56.897	58.210	35.200	35.600	36.000	36.400
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	4.602	4.710	2.900	2.900	2.900	2.900
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	11.758	12.040	7.500	7.600	7.700	7.800
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	136	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	0	800	600	600	600	600
	524200 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Energie-	0	300	100	100	100	100
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	0	500	500	500	500	500
14	- Bilanzielle Abschreibungen	82	0	200	200	200	200
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	82	0	200	200	200	200
15	- Transferaufwendungen	12.633	25.600	25.600	25.600	25.600	25.600
	533900 Sonstige soziale Leistungen	11.332	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	533912 Außerschul. Jugendbildung § 11 SGB XIII	143	300	300	300	300	300
	533922 Internationale Jugendbegegnungen	0	500	500	500	500	500
	533931 Zuschüsse f.Mitarbeiter-fortbildung an freie Träger	713	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500

Teilergebnisplan Produkt 060301 Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060301	Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	533941 Sonstige Jugend-arbeitszuschüsse § 11 SGB XIII	446	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	533950 Familienerholungsmaßnahmen	0	300	300	300	300	300
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	56.148	32.060	32.560	33.060	33.560	34.060
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	53.355	29.000	29.500	30.000	30.500	31.000
	542955 So.Aufw.RuD-Jugendsch.,Karnev.Jugendarbeit	2.752	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	41	60	60	60	60	60
17	= Ordentliche Aufwendungen	151.670	143.060	114.570	115.670	116.770	117.870
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-130.002	-139.510	-110.970	-112.020	-113.070	-114.120
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungs-tätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-130.002	-139.510	-110.970	-112.020	-113.070	-114.120
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-130.002	-139.510	-110.970	-112.020	-113.070	-114.120
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	6.508	3.600	3.000	3.000	3.000	3.000
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	6.508	3.600	3.000	3.000	3.000	3.000
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-136.510	-143.110	-113.970	-115.020	-116.070	-117.120

Erläuterungen
zum Produkt 060301

Aufwand

533900 Sonstige soziale Leistungen

Zuschüsse an freie Träger für Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen sowie Sonderzuschüsse für sozial schwache Familien.

542900 Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten
Sachkosten und Aufwandsentschädigungen der Helfer für die Ferienspiele, Jugenddiscos und sonstigen Jugendveranstaltungen.

542955 Sonstige Aufwendungen RuD-Jugendschutz, Karneval, Jugendarbeit
Sachkosten für Maßnahmen im Bereich des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (Altweiberdisco, kreisweite Kampagne "Weniger Alkohol" und "Medienparcour") sowie Gebühren für die Erstellung von Jugendleitercards.

Produktbeschreibung Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Herr Markus Wilmer

Beschreibung

Die Stadt Erkelenz stellt Kindern und Jugendlichen Einrichtungen zur sinnvollen Freizeitgestaltung zur Verfügung. Hierzu zählen Spielplätze, Bolzplätze und eine Skateanlage.

Zielgruppe

Kinder bis 14 Jahre (Spielplätze
Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre (Bolzplätze und Skateanlage)

Bewirtsch.-Regeln

Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 414100/614100 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 531850/731850 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

§§ 11 SGB VIII, JHA-Beschlüsse

Ziele

1. Die einzelnen Maßnahmen zur Förderung der Jugendfreizeiteinrichtungen freier Träger durch Zuschüsse sind nach Vertragsablauf auf Einsparmöglichkeiten zu überprüfen.
2. Es ist in 2011 eine Bedarfsanalyse hinsichtl. des notwendigen Betriebes von ca. 80 Kinderspielplätzen vorzunehmen. Grundlage ist dafür die bereits 2009 durchgeführte Bedarfsanalyse.

Kennzahlen	**Ergebnis 2013**	**Ergebnis 2014**	**Soll 2015**	**Soll 2016**
zu 2.				
Personalaufwand des städt. Baubetriebshofes	316.905 €	349.213 €	408.000 €	410.000 €
Anzahl Kinderspielplätze + Bolzplätze	82	81	81	70

Teilergebnisplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71.440	75.377	71.677	71.877	71.977	72.177
	414100 Zuweisungen vom Land	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377
	416100 Erträge a.d.Aufl. v. SoPo aus Zuweisungen	16.063	20.000	16.300	16.500	16.600	16.800
03	+ Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	200	200	200	200	200	200
	442100 Erträge aus dem Verkauf von Vorräten	200	200	200	200	200	200
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	284	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	284	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	517	150	150	150	150	150
	459100 Andere sonstige ordentliche Erträge	517	150	150	150	150	150
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	72.441	75.827	72.127	72.327	72.427	72.627
11	- Personalaufwendungen	106.441	109.110	133.610	135.010	136.410	137.810
	501100 Beamte	6.275	6.420	6.700	6.800	6.900	7.000
	501200 Tariflich Beschäftigte	78.741	80.880	99.700	100.700	101.700	102.700
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	6.024	6.190	7.700	7.800	7.900	8.000
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	15.310	15.610	19.500	19.700	19.900	20.100
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	91	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	17.784	30.400	29.400	29.400	29.400	29.500
	522100 Unterhaltung des sonstigen unbewegl. Vermögens	460	500	500	500	500	500
	522160 Unterh. d. sonst. unb. Vermög.- Spielplätze -	3.025	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	524400 Bewirtschaft.d.Grundst. u.baul.Anlagen -Reinigung-	0	400	400	400	400	400
	525100 Haltung v. Fahrzeugen	1.803	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	525600 Unterhalt.d.Geräte, Ausstattung-u. Ausrüstungsg.	12.372	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
	525620 Anschaffung von Geräten mit einem Wert von 60 € - 410 €	125	5.000	4.000	4.000	4.000	4.100

Teilergebnisplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
14	- Bilanzielle Abschreibungen	60.471	57.400	55.500	56.100	56.600	57.200
	571100 Abschreibung auf Sachanlagen	60.471	57.400	55.500	56.100	56.600	57.200
15	- Transferaufwendungen	214.786	229.377	240.377	245.377	250.377	255.377
	531800 Aufwend. f. Zuschüsse an übrige Bereiche	159.409	174.000	185.000	190.000	195.000	200.000
	531850 Weiterleitung v. Landes-zuweisungen an freie Träger	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377	55.377
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.692	3.850	3.850	3.850	3.900	3.900
	542200 Mieten und Pachten	768	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	1.112	1.500	1.500	1.500	1.500	1.500
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	811	850	850	850	900	900
17	= Ordentliche Aufwendungen	402.175	430.137	462.737	469.737	476.687	483.787
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-329.734	-354.310	-390.610	-397.410	-404.260	-411.160
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-329.734	-354.310	-390.610	-397.410	-404.260	-411.160
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-329.734	-354.310	-390.610	-397.410	-404.260	-411.160
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	349.213	408.000	410.000	414.100	418.200	422.400
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	349.213	408.000	410.000	414.100	418.200	422.400
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-678.947	-762.310	-800.610	-811.510	-822.460	-833.560

Erläuterungen
zum Produkt 060302

Ertrag

414100 Zuweisungen vom Land
Erwartete Landeszuweisung zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (siehe auch Konto 531850).

416100 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen
Auflösung von Zuweisungen für investive Maßnahmen.

Aufwand

522160 Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - Spielplätze
Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der Spiel- und Bolzplätze (Zäune, Schilder, Wegesperren u.a.).

525600 Unterhaltung der Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände
Aufwendungen für die laufende Unterhaltung der Spielgeräte auf Spielplätzen (Reparaturen und Instandhaltung).

531800 Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche
Voraussichtliche Zuschüsse zu den Personal- und Betriebsaufwendungen der städt. Jugendzentren.

531850 Weiterleitung von Landeszuschüssen an freie Träger
Die gewährten Landeszuschüsse werden an die freien Träger zur Gestaltung offener Kinder- u. Jugendarbeit weitergeleitet (siehe auch Konto 414100).

Teilfinanzplan Produkt 060302 Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	+ Zuwendungen für Invest.maßmahmen	-8.086 0	0	0	0	0	0
06	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-8.086 0	0	0	0	0	0
08	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-9 3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
09	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	33.846 67.000	96.000	0	66.000	66.000	66.100
13	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	33.837 70.000	99.000	0	69.000	69.000	69.100
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit (06 und 13)	-41.922 -70.000	-99.000	0	-69.000	-69.000	-69.100

Investitionen Produkt 060302
Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
1. Oberhalb der Wertgrenze							
B06030207 Spielkombinationsanlage Spielplatz Adam-Stegerwald-Hof	0 0	-30.000	0	0	0	0	0 -30.000
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	0 0	-30.000	0	0	0	0	0 -30.000
Erläuterungen: *Die aus dem Jahr 1998 stammende Spielkombinationsanlage weist an mehrern Standpfosten Fäulnis auf. Dadurch ist die Standsicherheit des Spielgerätes nicht mehr gewährleistet. Aus diesem Grund soll im Jahr 2016 eine Ersatzbeschaffung erfolgen.*							
S06030202 Spiel- und Bolzplatz Borschemich (neu)	219 0	0	0	0	0	0	3.363 3.363
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	219 0	0	0	0	0	0	144.096 144.096
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 0	0	0	0	0	0	-140.733 -140.733
S06030203 Spiel- und Bolzplatz Immerath (neu)	-8.295 0	0	0	0	0	0	4.758 4.758
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	-8.305 0	0	0	0	0	0	142.706 142.706
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	9 0	0	0	0	0	0	-137.948 -137.948
2. Unterhalb der Wertgrenze (<= 10.000 €)							
B06030201 Anschaffungen > 410 € Einricht. d. Jugendarbeit	-5.216 -2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-5.216 -2.000	-2.000	0	-2.000	-2.000	-2.000	
Erläuterungen: *Investive Ersatzbeschaffungen für Spielgeräte und Zubehör des Spielmobils.*							
B06030202 Spielgeräte für Kinderspielplätze > 410 €	-28.505 -60.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	
18 + Zuwendungen für Invest.maßmahmen	0 0	0	0	0	0	0	
26 - Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-28.505 -60.000	-60.000	0	-60.000	-60.000	-60.000	
Erläuterungen: *Neubeschaffung von Spielgeräten für Spiel- und Bolzplätze. Darüber hinaus müssen im Jahr 2016, nach noch durchzuführenden Kontrollen, Altanlagen ersetzt werden.*							

Investitionen Produkt 060302
Einrichtungen der Jugendarbeit

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Kinder und Jugendarbeit
Produkt	060302	Einrichtungen der Jugendarbeit

Nr. Bezeichnung	Ergebnis 2014 Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Verpflichtungs-ermächtigung	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €	Bish. bereitg. (bis VJ) Ges. Ein-Ausz. (mit Ansatz)
S06030201 Erneuerung Kinderspielplätze /Auszahl. > 410 €	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	
25 - Auszahlg. f. Baumaßnahmen	0 -3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000	

Erläuterungen:

Pauschalbetrag für die Erneuerung von Spiel- und Bolzplätzen.

Produktbeschreibung Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Produktinformationen

Verantwortliche Organisationseinheit	**Verantwortliche Person(en):**
Amt 51	Herr Claus Bürgers

Beschreibung

- Jugendsozialarbeit,
- allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie,
- Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sowie Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge,
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit ihren Kindern,
- Hilfen zur Erziehung (stationär, teilstationär, ambulant),
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,
- Hilfe für junge Volljährige,
- Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen,
- Jugendgerichtshilfe.

Bearbeitung von Leistungsangelegenheiten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einschließlich der Verfolgung von Unterhaltsansprüchen.

Zielgruppe

Kinder, Jugendliche, junge Volljährige und ihre Familien; Kinder bis zum Alter von 12 Jahren

Bewirtsch.-Regeln

Mehrerträge/-einzahlungen beim Konto 448205/648205 dürfen für Mehraufwendungen/ -auszahlungen beim Konto 533205/733205 nach § 21 II GemHVO verwendet werden.

Auftragsgrundlage

SGB VIII; Unterhaltsvorschussgesetz

Ziele

Neben der bisherigen Zielen ist sukzessive von 2011 bis 2013 die gebührenfreie Ausgabe von Windelsäcken für Kleinkinder einzustellen.

Kennzahlen	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Soll 2015	Soll 2016
Allgemeine Kennzahlen				
Anzahl ambulante Hilfen	70	107	116	90
Anzahl Vollzeitpflege	69	61	71	68
Anzahl anderer stationärer Unterbringungen	45	58	59	28

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
01	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
02	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	15.793	15.790	20.000	20.000	20.000	20.000
	414001 Zuweisungen vom Bund	0	0	20.000	20.000	20.000	20.000
	414100 Zuweisungen vom Land	15.793	15.790	0	0	0	0
03	+ Sonstige Transfererträge	263.367	317.500	332.000	334.600	337.250	339.950
	421100 Ersatz v. sozialen Leistungen außerh. v. Einricht.	43.222	52.000	52.000	52.000	52.000	52.000
	421151 Ersatz v. soz. Leist. außerh. v. Einricht. UVG	125.189	105.000	129.500	132.090	134.730	137.420
	421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	94.957	160.000	150.000	150.000	150.000	150.000
	421156 Ersatz von sozialen Leistungen UVG	0	500	500	510	520	530
04	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
05	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
06	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.479.057	914.800	1.682.000	1.686.630	1.691.350	1.696.180
	448100 Erstattungen vom Land	207.651	214.600	231.800	236.430	241.150	245.980
	448105 Erstattungen für unbegleitete minderj. Flüchtlinge	0	0	600.000	600.000	600.000	600.000
	448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)	1.269.639	700.000	850.000	850.000	850.000	850.000
	448700 Erstattungen von privaten Unternehmen	1.767	100	100	100	100	100
	448800 Erstattungen von übrigen Bereichen	0	100	100	100	100	100
07	+ Sonstige ordentliche Erträge	300	300	300	300	300	300
	456100 Buß-und Zwangsgelder, Verwarnungsgelder	300	300	300	300	300	300
08	+ Aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
09	+/- Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
10	= Ordentliche Erträge	1.758.517	1.248.390	2.034.300	2.041.530	2.048.900	2.056.430
11	- Personalaufwendungen	862.090	886.330	987.110	996.910	1.006.910	1.017.010
	501100 Beamte	214.072	218.230	154.200	155.700	157.300	158.900
	501200 Tariflich Beschäftigte	509.698	524.010	652.700	659.200	665.800	672.500
	502200 ZVK Tariflich Beschäftigte	38.800	40.520	50.400	50.900	51.400	51.900
	503200 Sozialversicherung Tariflich Beschäftigte	92.873	103.560	129.800	131.100	132.400	133.700
	504100 Beihilfen u. Unterstützungs-leistungen f. Beschäft.	6.648	10	10	10	10	10
12	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
13	- Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	1.200	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
	529100 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	1.200	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
14	- Bilanzielle Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
15	- Transferaufwendungen	5.425.877	5.032.890	5.923.100	5.981.000	6.041.100	6.103.400
	533100 Eingliederhilfe seelisch behinderter Jugendliche	619.391	500.000	550.000	561.000	573.000	584.000
	533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII	273.036	200.000	230.000	234.000	240.000	244.000
	533205 Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	0	0	600.000	600.000	600.000	600.000
	533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen	1.866.842	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000	1.700.000
	533230 Hilfe für junge Volljähf. § 41 SGB XII	544.330	450.000	450.000	460.000	468.000	480.000
	533240 Maßnahmen zum Schutz v. Kindern/Jugendlichen	64.040	180.000	180.000	183.000	187.000	191.000
	533905 Vollzeitpflege § 33 SGB XIII	945.159	850.000	1.000.000	1.020.000	1.040.000	1.061.000
	533913 Betreuung in Notsituationen u.a.	1.433	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	533914 Werbung u. Schulung von Pflegeeltern	1.548	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
	533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB XIII	50.319	120.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	533925 Sonstige Erziehunghilfe § 27 SGB XIII	4.211	10.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	533932 Soziale Gruppenarbeit § 29 SGB XIII	684	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	533933 Erziehungsbeistand § 30 SGB XIII	48.878	31.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB XIII	519.765	450.000	450.000	450.000	450.000	450.000
	533945 Int. soz.päd. Einzelbetreuung § 35 SGB XIII	0	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
	533951 Soziales Frühwarnsystem (Bielefelder Modell)	7.500	8.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	533952 Jugendsozialarbeit § 13 SGB XIII	0	100	100	100	100	100
	533956 Präventives Elterntraining f. alleinerzieh. Mütter	0	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
	533957 Beteiligung Projektförderung frühe Hilfen	14.300	15.790	20.000	20.000	20.000	20.000
	533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freier Träger	0	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000

Teilergebnisplan Produkt 060400
Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Stadt Erkelenz

Produktbereich	06	Kinder, Jugend und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
Produkt	060400	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Nr	Bezeichnung	Ergebnis 2014 €	Ansatz 2015 €	Ansatz 2016 €	Planung 2017 €	Planung 2018 €	Planung 2019 €
	533960 Unterhaltvorschussleistungen UVG	457.478	460.000	495.000	504.900	515.000	525.300
	533965 Hilfe gem. § 18 SGB VIII	6.961	5.000	15.000	15.000	15.000	15.000
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	444.632	289.100	324.200	325.610	327.060	328.540
	542900 Sonst. Aufw. f.d. Inanspruchn. v. Rechten u. Dien	381	5.000	8.000	8.160	8.320	8.490
	543100 Geschäftsaufwendungen	1.519	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
	544100 Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	2.285	2.800	3.500	3.550	3.600	3.650
	545100 Erstattungen an das Land UVG	59.779	49.300	60.700	61.900	63.140	64.400
	545200 Erst. v. Aufw. v. Dritten lfd. Verw.tätigk. an Kommunen u.a.	380.669	230.000	250.000	250.000	250.000	250.000
17	= Ordentliche Aufwendungen	6.733.799	6.210.820	7.236.910	7.306.020	7.377.570	7.451.450
18	= Ordentliches Ergebnis (10 und 17)	-4.975.282	-4.962.430	-5.202.610	-5.264.490	-5.328.670	-5.395.020
19	+ Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
20	- Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
21	= Finanzergebnis (19 und 20)	0	0	0	0	0	0
22	= Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 und 21)	-4.975.282	-4.962.430	-5.202.610	-5.264.490	-5.328.670	-5.395.020
23	+ Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
24	- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
25	= Außerordentliches Ergebnis (23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26	= Jahresergebnis (22 und 25)	-4.975.282	-4.962.430	-5.202.610	-5.264.490	-5.328.670	-5.395.020
27	+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
28	- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	120	500	500	500	500
	581100 Aufwendungen aus intern. Leistungsbez.	0	120	500	500	500	500
29	= Jahresergebnis (= Zeilen 26, 27, 28)	-4.975.282	-4.962.550	-5.203.110	-5.264.990	-5.329.170	-5.395.520

Erläuterungen
zum Produkt 060400

Ertrag

4141001 Zuweisungen vom Bund
Zuweisung vom Bund für die vorgesehene Fortführung der Bundesinitiative "Frühe Hilfen" als Bundesfondsförderung (siehe auch Konto 533957).

421100 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen
Erwartete Erträge aufgrund der aktuellen Fallzahl.

421151 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
Aufgrund der gestiegenden Aufwendungen werden sich die Ersatzleistungen in 2016 erhöhen. Die Folgejahre wurden entsprechend dem aktuellen Orientierungsdatenerlass berechnet.

421154 Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen
Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen für Heimunterbringungsfälle.

448100 Erstattungen vom Land
Für 2016 ist aufgrund der gestiegenen Fallzahlen mit einer höheren Erstattung des Landes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) zu rechnen.

448205 Erstattungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlingen
Erwartete Zuweisungen aufgrund einer gesetzlichen Änderung des § 42 SGB VIII (sh. auch 060400.533205).

448200 Erstattungen von Gemeinden (GV)
Infolge von erhöhten Fallzahlen ist in 2016 mit höheren Erträgen bei der Erstattung von Jugendhilfeaufwendungen zu rechnen.

Aufwand

533100 Eingliederungshilfe seelisch behinderter Jugendlicher
In 2016 ist in Folge der Inklusion im Schulalltag mit einer leichten Erhöhung der Fallzahlen bei der Eingliederungshilfe gemäß § 35 a SGB VIII und somit mit einer Kostensteigerung zu rechnen.

533210 Erziehung Tagesgruppe § 32 SGB VIII
Aufgrund tariflicher Steigerungen ist im Jahr 2016 mit einem erhöhten Aufwand zu rechnen.

533205 Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
Erwartete Zuweisungen aufgrund einer gesetzlichen Änderung des § 42 SGB VIII (sh. auch 060400.448205).

533220 Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
Aufgrund konstanter Fallzahlen bleibt der Ansatz des Vorjahres unverändert.

533230 Hilfe für junge Volljährige § 41 SGB XII
Ansatzes des Vorjahres bleibt aufgrund konstanter Fallzahlen bestehen.

533240 Maßnahmen zum Schutz von Kindern/Jugendlichen
Aufgrund gleichbleibender Fallzahlen bleibt der Ansatz des Vorjahres unverändert.

533905 Vollzeitpflege § 33 SGB VIII
Mehraufwendungen durch verstärkte Unterbringung von Pflegekindern aus anderen Städten.

533913 Betreuung in Notsituationen
Präventive Einplanung von Aufwendungen, die infolge von Betreuungsmaßnahmen in Notsituationen entstehen können.

533923 Gemeinsame Unterbringung § 19 SGB VIII
Präventive Einplanung von Aufwendungen, die bei der gemeinsamen Unterbringung von Alleinerziehenden und dessen Kindern nach § 19 SGB VIII entstehen können.

533925 Sonstige Erziehungshilfe § 27 SGB XIII
Aufwandssteigerung aufgrund Zunahme von Gutachterkosten und Drogentests.

533933 Erzieherischer Betreuungsbedarf § 30 SGB XII
Erhöhter Ansatz in 2016 aufgrund des Anstieges der Fallzahlen.

533942 Sozialpädagogische Familienhilfe § 31 SGB VIII
Aufgrund kostanter Fallzahlen bleibt der Ansatz des Vorjahres bestehen.

533957 Beteiligung an den Aufwendungen der Bundesinitiative "Frühe Hilfen"
Beteiligung an den Aufwendungen der Fortführung der Bundesinitiative "Frühe Hilfen" (siehe auch Konto 414001).

533958 Übernahme Kosten für Vormundschaften freie Träger
Bestehende und neue Vormundschaften werden an freie Träger (Sozialdienst kath. Frauen und Männer) abgegeben.

533960 Unterhaltsvorschussleistungen UVG
2016 wird ein höherer Aufwand gegenüber 2015 erwartet, da mit einer gesetzlichen Anhebung der Leistungssätze um durchschnittl. ca. 8 % gerechnet wird. Die Folgejahre wurden nach den Orientierungsdaten berechnet.

545100 Erstattungen an das Land UVG
Weiterleitung von UVG-Leistungen an das Land.

545200 Erstattungen von Aufwendungen von Dritten aus lfd. Verwaltungstätigkeit an Kommunen u.a.
Aufwendungen für die Erstattung von Leistungen nach dem SGB VIII.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/337/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 01.12.2015 Verfasser: Amt 20 Michael Wirtz

Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Erkelenz für das Jahr 2016 wurde am 06.11.2015 vom Kämmerer aufgestellt und am gleichen Tage vom Bürgermeister ohne Änderung bestätigt. Dem Rat der Stadt wurde der Entwurf mit Schreiben vom 12.11.2015 am gleichen Tag zugeleitet. Alle Ratsmitglieder haben Ausfertigungen des Etatentwurfes erhalten.

Weiterhin erhielten Ausfertigungen des Entwurfs oder eine entsprechende Mitteilung:
a) die Industrie- und Handelskammer,
b) die Handwerkskammer,
c) die Landwirtschaftskammer Rheinland, Kreisstelle Heinsberg,
d) der Landesbetrieb Wald und Holz NRW -Regionalforstamt Rureifel-Jülicher Börde-,
e) die örtliche Presse und der Lokalfunk.

Die öffentliche Bekanntmachung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2016 erfolgte im Amtsblatt Nr. 23/ 2015 am 13.11.2015. Hiernach wurde der Entwurf der Haushaltssatzung während der Dauer des Beratungsverfahrens im Rat zur Einsichtnahme im Rathaus, Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften, verfügbar gehalten. Gemäß § 80 Abs. 3 S. 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) konnten Einwohner oder Abgabepflichtige der Stadt Erkelenz in der Zeit vom 16. November 2015 - 30. November 2015 während der Besuchszeiten im Rathaus Erkelenz, Johannismarkt 17, Zimmer 249, Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung erheben. Einwendungen wurden nicht erhoben.
Es wird hiermit festgestellt, dass die rechtlichen Voraussetzungen für das Zustandekommen der Haushaltssatzung 2016 nebst Anlagen vorliegen bzw. beachtet worden sind.

Erläuterungen zum Entwurf:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2016 schließt im Ergebnisplan mit einem Jahresergebnis von -3.290.000 € ab.

Zum Ausgleich wird die Ausgleichsrücklage in entsprechender Höhe in Anspruch genommen.

Der Finanzplan 2016 führt zu einer Änderung des Bestandes der liquiden Mittel von -2.912.521 €.

Der Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite für Investitionen beträgt 2.190.000 €.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen beträgt 11.445.000 €.

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, soll 12.000.000 € betragen.

Die Steuersätze wurden wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A	240 v.H.
Grundsteuer B	420 v.H.
Gewerbesteuer	420 v.H.

Dem Haushaltsplan sind als Anlagen neben dem Vorbericht beigefügt:

1 - Stellenplan

2 - Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

3 - Zuwendungen an Fraktionen, Gruppen und einzelne Ratsmitglieder

4 - Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

5 - Übersicht über die Entwicklung des Eigenkapitals gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 7 GemHVO

6 - Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der gemeindlichen Betriebe gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO

7 - Wirtschaftsplan 2016 (Erfolgs- und Vermögensplan), Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für die Wirtschaftsjahre 2015 - 2019 sowie Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) und Lagebericht des Städt. Abwasserbetriebes - Wirtschaftsjahr 2014 -

8 - a) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht inkl. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung) der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH - Geschäftsjahr 2014 -

b) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht inkl. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung) der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG - Geschäftsjahr 2014 -

c) Jahresabschluss (Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) des Bäderbetriebes der Stadt Erkelenz - Geschäftsjahr 2014 -

d) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anlagenspiegel) des Verkehrsbetriebes - Betrieb gewerblicher Art - (Geschäftsjahr 2014)

e) Jahresabschluss Stadt Erkelenz „BgA Anteile an Personen-gesellschaften“, Johannismarkt 17, 41812 Erkelenz (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung) - Geschäftsjahr 2014 -

f) Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht inkl. Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung) der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz - Geschäftsjahr 2014 -

9 - Entwurf der Bilanz zum 31.12.2014

Die fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung ist in den Haushaltsplan einbezogen worden. Demnach kann der Ergebnisplan auch in den Jahren 2017 bis 2019 durch eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden.

Beschlussentwurf:
„Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), in der zurzeit gültigen Fassung, wird folgende Haushaltssatzung der Stadt Erkelenz für das Haushaltsjahr 2016 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im Ergebnisplan mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	96.073.600 EUR
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	99.363.600 EUR

im Finanzplan mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	89.296.230 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit auf	88.935.336 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	8.798.785 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	12.072.200 EUR
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.790.000 EUR
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	5.790.000 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

2.190.000 EUR

festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

11.445.000 EUR

festgesetzt.

§ 4

Die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage aufgrund des voraussichtlichen Jahresergebnisses im Ergebnisplan wird auf

3.290.000 EUR

festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

12.000.000 EUR

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	240 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	420 v.H.
2.	Gewerbesteuer auf	420 v.H.

§ 7

entfällt

§ 8

Bildung von Budgets

Gemäß § 21 Abs. 1 GemHVO werden zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung folgende Budgets gebildet:
1. Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen
2. Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
3. Aufwendungen für Energie (Strom, Gas, Öl, Wasser)
4. Aufwendungen für die Reinigung der Grundstücke und baulichen Anlagen

5.1 Alle zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge innerhalb der jeweiligen Produktbereiche mit Ausnahme:
- der unter Pkt. 1 - 4 aufgezählten Aufwendungen/Auszahlungen;
- der Produkte 11 01 00 und 13 05 00;
- solcher Aufwendungen, für die innerhalb der Produkte ein entsprechender Verstärkungsvermerk angebracht worden ist, soweit von diesem Gebrauch gemacht wird;
- durch Zuwendungen zweckgebundene Anteile von Aufwendungen.

Zu den einzelnen Produktbereichen zählen ausdrücklich alle dem jeweiligen Produktbereich zugeordneten Produktgruppen bzw. Produkte. Soweit erforderlich kann die Budgetierung auf einzelne Produktgruppen bzw. Produkte innerhalb des Produktbereiches heruntergebrochen werden.

5.2 Alle zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge des Produktes 11 01 00.

5.3 Alle zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge des Produktes 13 05 00.

6. Alle nicht zahlungswirksamen Aufwendungen/Erträge, aber ohne interne Leistungsbeziehungen und mit Ausnahme der Konten bei den kostenrechnenden Einrichtungen.

7. Alle internen Leistungsbeziehungen.

8. Alle investiven Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Vermögen unterhalb der Wertgrenze von 10.000 EUR. Entsprechende Mittelübertragungen bedürfen der Zustimmung des Stadtkämmerers.

9. Alle investiven Auszahlungen innerhalb der Produktbereiche mit Ausnahme der unter Punkt 8 aufgeführten Auszahlungen sowie solcher Auszahlungen für die innerhalb der Produkte ein entsprechender Verstärkungsvermerk angebracht worden ist, soweit von diesem Gebrauch gemacht wird. Die nicht durch zweckgebundene Einzahlungen gedeckten Auszahlungen dürfen zur Verstärkung des Budgets herangezogen werden. Entsprechende Mittelübertragungen bedürfen der Zustimmung des Stadtkämmerers.

§ 9

Deckungsfähigkeit von Verpflichtungsermächtigungen

Die bei den einzelnen Investitionen angegebenen Verpflichtungsermächtigungen werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Es werden die Verpflichtungsermächtigungen bei folgenden Investitionen für gegenseitig deckungsfähig erklärt:

Maßnahme	Bezeichnung
G01130001	Erwerb und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden
B01180065	LKW Kipper offener Kasten (Ersatz für HS-2433 / ERK-A 1111)
B01180070	Friedhofsbagger (Ersatzbeschaffung)
B01180077	Mulchmähdeck mit Absaugvorrichtung
B02157017	Lösch-/ Katastrophenschutzfahrzeug LG Hetzerath
H03040007	Neubau Trakt B „Roland-Bau“ Cusanus-Gymnasium
H10060303	Neubau eines Asylantenwohnheims in Neuhaus
E12010026	Straßenerneuerung Brückstraße
E12010052	Breslauer Straße - Straßenbau
E12010053	Marienweg mit Ratiborweg - Straßenbau
E12011001	Gerderath, Schulstraße - Straßenbau
E12011006	Gerderath, Florianstraße - Straßenbau
E12017012	Venrath, Wickrathberger Straße - Straßenbau
T12010014	Erkelenz, Anton-Raky-Allee (Tunnel).“

Finanzielle Auswirkungen:
Siehe Haushaltssatzung 2016.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Rechts- und Ordnungsamt	Vorlage-Nr: A 30/177/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 21.10.2015 Verfasser: Amt 30 Jürgen Pelz

Einrichtung von Ersatzparkplätzen auf dem Johannismarkt als Saisonparkplätze für den Zeitraum des Winterhalbjahres (als zweijährige Testphase)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
27.10.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
29.10.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der diesjährige Weihnachtsmarkt des Veranstalters Jens Schmidt soll nicht wie gewohnt auf dem Johannismarkt stattfinden, sondern erstmals auf dem Marktplatz vor dem Alten Rathaus. Es ist notwendig, den Marktparkplatz an den Freitagen für den Fahrzeugverkehr zu sperren, damit auch der Freitagswochenmarkt auf dem Marktplatz stattfinden kann. Als Ersatz sollen Parkplätze auf dem Johannismarkt bereitgestellt werden.
Zwischenzeitlich hat die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die FW-UWG Fraktion mit Schreiben vom 11.09.2015 den Antrag gestellt, die Ersatzparkplätze auf dem Johannismarkt als Saisonparkplätze auf den Zeitraum des Winterhalbjahres, in dem keine Außenbestuhlung auf dem Johannismarkt vorhanden ist, als zweijährige Testphase auszudehnen. Die Parkplätze sollen der vor Ort geltenden Bewirtschaftung angepasst werden.

Nach der Sondernutzungssatzung der Stadt Erkelenz vom 31.01.2004 ist die Außenbestuhlung auf dem Johannismarkt jeweils in der Zeit vom 01.04. bis zum 30.09. eines Jahres erlaubt. Auch in den Monaten Oktober und März ist eine Außenbestuhlung kostenfrei möglich und wird oftmals auch praktiziert. Angeregt wird daher, den Zeitraum für die Ausweisung der Ersatzparkplätze auf die Monate November bis Februar zu beziehen. Für die Parkplätze sollten entsprechend des Parkraumbewirtschaftungskonzeptes eine Gebührenpflicht und eine Höchstparkdauer von 2 Stunden gelten. Eine Änderung der Parkgebührenordnung ist nicht erforderlich, da der „Johannismarkt“ bereits in der Anlage zu § 2 der Allgemeinverbindlichen Anordnung zur Festsetzung von Gebühren für Parkuhren und Parkscheinautomaten in der Stadt Er-

kelenz aufgeführt ist. Die Parkplätze auf dem Johannismarkt werden provisorisch markiert.

Zurzeit können keine Aussagen darüber getroffen werden, ob das auf dem Platz liegende Blaubasaltpflaster (Kleinformat) und die dynamische Verlegung in Sand den mit der Ausweisung als Parkplatz verbundenen Belastungen standhält. Möglicherweise ist zumindest in den Einfahr-, Wende- und Rangierbereichen mit Oberflächenschäden, vergleichbar den ähnlich aufgebauten Parkbuchten im Innenstadtbereich zu rechnen. Die Oberflächen der Parkplätze im Innenstadtbereich bestehen auch aus Natursteinpflaster und sind dynamisch in Sand verlegt. Selbst diese sind nicht den Dauerbelastungen gewachsen und mussten in den vergangenen Jahren komplett neu angelegt werden. Hierbei waren Kosten von 2.500 € je Einzelparkplatz angefallen.

Es wird daher vorgeschlagen, eine technische Überprüfung bereits im März 2016 vorzunehmen und die politischen Gremien darüber zu unterrichten.

Beschlussentwurf:
„Auf dem Johannismarkt werden für den Zeitraum des Winterhalbjahres (November 2015 bis Februar 2016) testweise Saisonparkplätze eingerichtet. Für diese Parkplätze gelten die derzeitigen Parkraumbewirtschaftungsregelungen für den Bereich Johannismarkt.
Im Frühjahr 2016 ist ein Bericht über die Akzeptanz und Belegung dieser Parkplätze sowie das Ergebnis einer technischen Untersuchung des Zustandes der Pflasterung den politischen Gremien vorzulegen."

Finanzielle Auswirkungen:
Die Kosten für Markierungsarbeiten und Beschilderung belaufen sich auf ca. 400,-- €.

Anlage:
Antrag der Fraktionen der CDU, der FDP und der FW-UWG vom 11.09.2015.

CDU

FDP
Die Liberalen in Erkelenz

FW
FREIE WÄHLER
UWG Erkelenz

Fraktionen im Rat der Stadt Erkelenz

Erkelenz, 11. September 2015

An den Bürgermeister der Stadt Erkelenz
Herrn Peter Jansen,

Antrag: Ersatzparkplätze auf dem Johannismarkt im Rahmen des Weihnachtsmarktes

Die Fraktionen der CDU, FDP und der FW begrüßen ausdrücklich die Planungen zum diesjährigen Weihnachtsmarkt auf dem Marktplatz. Die abgestimmten Planungen lassen eine gute Entwicklung erhoffen. Der Marktparkplatz steht am 20.11., 27.11., 4.12., 11.12. und 18.12.2015 (freitags) zum Parken nicht zur Verfügung. Ein Teil der Wochenmarktstände wird dort aufgebaut. Die Verwaltung beabsichtigt für diese Tage Ersatzparkplätze auf dem Johannismarkt anzubieten. So kann ein Teil der an den fünf Freitagen nicht zur Verfügung stehenden Parkplätze in unmittelbarer Nähe zum Marktplatz kompensiert werden.

Wir sind der Meinung, dass dies ein guter Vorschlag ist und beantragen eine **Ausdehnung dieser Ersatzparkplätze als Saisonparkplätze für den Zeitraum des Winterhalbjahres (als zweijährige Testphase)**, in der **keine Außenbestuhlung** auf dem Johannismarkt vorhanden ist. Die Parkplätze sollen der vor Ort geltenden Bewirtschaftung angepasst werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. C. Moll

Rainer Merkens
CDU-Fraktionsvorsitzender

Werner Krahe
FDP-Fraktionsvorsitzender

Christopher Moll
FW-UWG-Fraktionsvorsitzender

STADT ERKELENZ
Der Bürgermeister
11. SEP. 2015
KOPIE
W Preka stv. Bgm.

1. EINGANG 11.09.2015
2. AMT 10 zur Erfassung bis 15
3. Dezernat zur Bearbeitung

11.09.2015

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 66/341/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Tiefbauamt/ Städt. Abwasserbetrieb	Datum: 14.10.2015 Verfasser: Amt 66 Werner Spartz

Abwasserbeseitungskonzept (ABK) der Stadt Erkelenz, Fortschreibung 2016 - 2021

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
27.10.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Einleitung:

Seit 1979 beinhaltet das Landeswassergesetz Nordrhein – Westfalen die Pflicht zur Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten (ABK). Für das Stadtgebiet Erkelenz wurde erstmalig im Jahre 1987 ein solches Konzept aufgestellt.

Gegenstand des Beschlusses ist die 5. Fortschreibung des ABK. Es umfasst den Zeitraum 2016 bis 2021.

Inhalt des ABK:
Der Mindestinhalt des ABK sowie die zu wählenden Darstellungsformen sind in der „Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten der Gemeinden“ (RdErl. d. MUNLV vom 27.12.2007) festgelegt.

Insbesondere enthält das vorliegende ABK:

- Einen Rückblick auf den Umsetzungszeitraum des letzten ABK
- Einen Rückblick auf die in diesem Zeitraum umgesetzten Maßnahmen
- Aussagen zum Stand der Abwasserreinigung in Erkelenz
- Allgemeine Angaben zu Entwässerungsgebieten, Einleitungen in Gewässer
- Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung im Stadtgebiet
- Eine Aufstellung aller notwendigen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen für den Zeitraum 2016 bis 2021
- Angaben zur Umsetzung des § 61a LWG „Dichtheitsprüfung privater Hausanschlussleitungen“

Die in den Folgejahren im Stadtgebiet umzusetzenden Maßnahmen (z.B. Kanalbau, Bau von Abwasseranlagen, Sanierungen) sind in Anlage 6.2 einzeln mit geschätzten Investitionssummen und Umsetzungszeitraum aufgeführt.

Hierbei sind die Maßnahmen bis 2021 verpflichtend umzusetzen (Abweichungen müssen gegenüber der Wasserbehörde begründet werden).

Für den Zeitraum nach 2021 kann das Programm spätestens bei der nächsten Überarbeitung des ABK im Jahre 2021 angepasst/ abgeändert werden.

Die zu erwartenden Investitionen in den Folgejahren (Kanalneubau, Kanalsanierung) liegen auf ähnlichem Niveau wie im Zeitraum 2010 – 2015.

Abschließend bleibt festzustellen, dass der Stand der Abwasserableitung und Behandlung in Erkelenz auch aufgrund der umfangreichen Investitionen in den vergangenen Jahren einen hohen Standard und weitgehende Rechtskonformität erreicht hat.

Es werden in den nächsten Jahren hydraulische und bauliche Kanalsanierungen sowie Investitionen im Bereich der Abwasserreinigungsanlage Erkelenz den Schwerpunkt der Investitionen ausmachen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Erkelenz für den Zeitraum 2016 bis 2021 wird beschlossen."

Finanzielle Auswirkungen:
Unmittelbar keine – mittelbar sind zumindest die Einzelmaßnahmen bis 2021 umzusetzen.
Die Einzelinvestitionen sind in der mittelfristigen Finanzplanung bzw. in der jeweiligen Haushaltsanmeldung berücksichtigt.

Anlage:
6._ABK_Erkelenz_2016-2021

Abwasserbeseitigungskonzept der Stadt Erkelenz

2016-2021

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Abwasserbetrieb
Erkelenz
ALLES KLAR!

VORABZUG

ABK Stadt Erkelenz 2016 – 2021
Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen ... 3

1.1 Allgemeines und Rechtsgrundlage ... 3
1.2 Vorlagefrist ABK der Stadt Erkelenz ... 3
1.3 Inhalt des Abwasserbeseitigungskonzeptes ... 4
1.4 Rückblick auf die 4. Fortschreibung des ABK ... 5
1.4.1 Allgemeines ... 5
1.4.2 Kanalnetzsanierung ... 5
1.4.3 Niederschlagswasserbehandlung ... 5
1.4.4 Umsiedlung ... 6
1.4.5 Neue Baugebiete ... 6
1.4.6 Nicht realisierte Maßnahmen ... 6
1.4.7 Investitionen im Zeitraum 2010 – 2015 ... 6
1.5 Überprüfung von privaten und öffentlichen Abwasseranlagen ... 8
1.5.1 Anlass und Rechtsgrundlage ... 8
1.5.2 Umsetzung des § 60 LWG und der SüwVo Abw in Erkelenz ... 8

2 ABK 2016 ... 9

2.1 Abwassereinleitungen, Übernahme und Übergabestellen ... 9
2.1.1 Abwassereinleitungen ... 9
2.1.2 Übernahme ... 9
2.1.3 Übergabestellen ... 9
2.2 Angaben zu Abwasseranlagen – Abwasserbehandlung ... 10
2.2.1 Allgemeines ... 10
2.2.2 Zentrale Abwasserreinigungsanlage Erkelenz Mitte ... 10
2.3 Angaben zu Entwässerungsgebieten ... 11
2.4 Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung im Stadtgebiet Erkelenz ... 11
2.4.1 Allgemeines ... 11
2.4.2 NW-Behandlung in den Teilnetzen ... 12
2.5 Art der erfassten Maßnahmen ... 25
2.6 Verbindungen, Zuleitungen, Ableitungen ... 25
2.7 Notwendige Baumaßnahmen und deren Dringlichkeit ... 25
2.7.1 ARA Erkelenz Mitte ... 25
2.7.2 Anpassung Stand der Technik ... 25
2.7.3 Bauliche Sanierungen „Kanalnetz“ ... 25
2.7.4 Hydraulische Sanierung ... 25

3 Schlussbemerkungen ... 26

4 Anhang ... 27

4.1 Mischwasserentlastungen 27
4.2 Behandlungsanlagen Regenwasser 28
4.3 Pumpstationen 28
4.4 Einleitungsstellen 29
4.5 ABK Maßnahmenliste 29
4.6 Liste aller Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben 30
4.7 Liste nicht umgesetzter oder verschobener Maßnahmen aus ALT ABK 32
5 Quellen und Literaturverzeichnis 34
6 Anlage 34
6.1 Übersichtsplan ABK 34
6.2 Tabelle ABK Maßnahmen 34
6.3 Übersichtsplan Einleitungsstellen 34
6.4 Tabelle Wasserrecht/ Einleitstellen/ ABS 34

1 Vorbemerkungen

1.1 Allgemeines und Rechtsgrundlage

Die Stadt Erkelenz legt hiermit die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes (ABK) vor. Im Jahr 1979 wurde zum ersten Mal im Landeswassergesetz NRW die Pflicht zur Aufstellung des Abwasserbeseitigungskonzeptes verankert.

Aufgrund des Landeswassergesetzes haben „die Gemeinden das auf ihrem Gebiet anfallende Abwasser zu beseitigen und die dazu notwendigen Anlagen (Abwasseranlagen) zu betreiben, soweit nicht … andere zur Abwasserbeseitigung verpflichtet sind…“ [1]

Die Verpflichtung der Gemeinden zur Abwasserbeseitigung umfasst auch das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Beseitigung. Soweit dies noch erforderlich ist, haben die Gemeinden die notwendigen Abwasseranlagen in angemessenen Zeiträumen zu errichten, zu erweitern oder den Anforderungen des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes [2] und des § 57 LWG anzupassen. Die Gemeinden legen der zuständigen Behörde eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung sowie über die zeitliche Abfolge und die geschätzten Kosten der nach Satz 1 noch erforderlichen Maßnahmen vor (Abwasserbeseitigungskonzept).

Aufgrund der Änderung des LWG NRW im Jahr 2005 (LWG NRW § 53 Abs. 1 a S.2 vom 11.05.2005) beträgt die Vorlagefrist für die Fortschreibung des ABK sechs Jahre. Die 5. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes umfasst den Zeitraum von 2016 bis 2021 in einer detaillierten Jahresdarstellung.

Auch die derzeitige Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten vom 08.08.2008 sieht eine Fortschreibung des ABK nach sechs Jahren vor. [3]

1.2 Vorlagefrist ABK der Stadt Erkelenz

Nach Abstimmung mit der Genehmigungsbehörde wurde durch die Bezirksregierung Köln abschließend die Vorlage des ABK im Jahr 2015 gefordert.

Aus diesem Grund wird das vorliegende ABK vorab der zuständigen Wasserbehörde übergeben – soweit keine Widersprüche zwischen Wasserrechtsverfahren, dargestelltem ABK Inhalte und sonstigen Forderungen der Wasserbehörden zu erkennen sind, kann der notwendige Beschluss zum ABK Erkelenz in der nächst möglichen Ratssitzung erfolgen.

1.3 Inhalt des Abwasserbeseitigungskonzeptes

Inhalt und Aufbau des vorliegenden Abwasserbeseitigungskonzeptes orientieren sich im Wesentlichen an der Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten der Gemeinden [3].
Darüber hinaus ist ein Rückblick auf die 4. Fortschreibung des ABK Stadt Erkelenz enthalten.

Die Umsetzung des Teil II SüwVo Abw (Dichtigkeitsprüfungen an privaten Hausanschlussleitungen) ist in einem gesonderten Kapitel beschrieben.
Im vorliegenden Abwasserbeseitigungskonzept wird die Umsetzung des § 51a LWG (Beseitigung von Niederschlagswasser) in den Ausführungen zu den jeweiligen Teileinzugsgebieten dargestellt.

Neben dem Textteil, der auch die Bauwerkslisten (Bestand) sowie eine Aufführung der Maßnahmen enthält, die entgegen der Darstellung der 4. Fortschreibung bis 2015 nicht umgesetzt waren (Punkt 1.4.6) sind weitere Informationen in den beigefügten Anlagen enthalten. Hier ist neben der geforderten ABK Übersicht (Plan Stadtgebiet Erkelenz) ein Anlagen-/ Betriebsstellenüberblick inkl. Stand Wasserrecht Einleitstellen (Tabelle), eine zugehörige Plandarstellung (Lage der Einleitstellen im Stadtgebiet) sowie die Maßnahmenliste ABK (Tabelle/ Grundlage Datenbank) enthalten.

1.4 Rückblick auf die 4. Fortschreibung des ABK

1.4.1 Allgemeines

Die 4. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes Erkelenz wurde am 24.03.2010 vom Rat der Stadt Erkelenz beschlossen und nachfolgend der Oberen Wasserbehörde übergeben.

Bedingt durch den Braunkohletagebau von RWE Power wird die Ortslage Borschemich spätestens Ende 2015 wegfallen. Die Ortslagen Immerath, Pesch und Lützerath werden bis 2019 folgen. Der Standort für die Umsiedlung der Orte Berverath, Keyenberg, Kuckum, Oberwestrich und Unterwestrich steht fest.

1.4.2 Kanalnetzsanierung

Im Zuge der 4. Fortschreibung des ABK wurde mit Abstimmung der BR Köln im April 2011 ein sogenanntes „Inlinerprogramm“ für kleinere Kanalsanierungen abgestimmt.
In den Jahren 2012 und 2013 wurden in den Ortslagen Lövenich, Katzem und Kückhoven insgesamt 7.251 m für 200.000€ mit Inliner saniert. Durch einen krankheitsbedingten langen Ausfall eines erfahrenen Mitarbeiters wurde die Personalsituation im Tiefbauamt geschwächt. Somit kam es zu einer Verzögerung des „Inlinerprogramms.“ Die Personalsituation wird sich durch Einstellung eines Mitarbeiters in absehbarer Zeit verbessern und die geplanten Inlinersanierungen werden fortgesetzt.
2014-2015 wurden nur bauliche und hydraulisch notwendige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt.
Im Jahre 2010 wurden insgesamt ca. 35 km SW- und MW-Kanal für eine Inlinersanierung ermittelt. Nach der Inlinersanierung in den Jahren 2012 und 2013 bleiben noch ca. 27 km, die zu sanieren sind.
Das Inlinerprogramm wird Ende 2015 fortgeführt, sodass im Jahre 2016-2017 Ortslagen, wie Gerderath (Netz 7, ca. 2 km Sanierungsbedarf) und Bellinghoven/Kückhoven (Netz 8, ca. 4,4 km Sanierungsbedarf) saniert werden können.
Für die Jahre 2018-2019 sind außerdem Inlinersanierungsmaßnahmen für die Ortslagen Granterath/Tenholt (ca. 3,6 km) und Houverath/Golkrath (ca. 2,7 km) geplant.
Die restlichen Inlinermaßnahmen sind überwiegend in Erkelenz selbst in den Netzen 1 und 2 vorhanden und werden im Nachgang zu den eben genannten Maßnahmen umgesetzt.
Es ist geplant die punktuelle Sanierung von Stutzen und kleineren Schäden mittels Inliner bis spätestens 2020 abzuschließen.
Entsprechende Mittel (200.000€/Jahr für Langinliner (investiv) und 100.000€/Jahr für Kurzinliner (konsumtiv)) sind für die genannten Zeiträume im Haushaltsplan bereitgestellt (s.Maßnahmenliste).

1.4.3 Niederschlagswasserbehandlung

Die im letzten Berichtszeitraum geplanten Regenwasserbehandlungsanlagen in den Trennkanalisationsnetzen Matzerath und Houverath sind fertigstellt worden. Das Regenklärbecken in Matzerath wurde im Juni 2012 und das Regenklärbecken in Houverath wurde im Juni 2013 in Betrieb genommen worden.

1.4.4 Umsiedlung

Mit der Planung des nächsten Umsiedlungsabschnitts der Ortschaften Berverath, Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich und Oberwestrich ist begonnen worden. Die Entscheidung für den Umsiedlungsstandort ist gefallen. Der Standort liegt nördlich getrennt von Borschemich (-neu-) und südlich von Rath-Anhoven (Wegberg). Die neugeschaffene Ortslage wird im Trennsystem entwässert. (voraussichtlich Netz 33 TR Keyenberg).

1.4.5 Neue Baugebiete

Bei der Neuerschließung von Baugebieten wurde entweder an das bestehende Netz angeschlossen (soweit dies nach GEP vorgesehen und der Anschluss technisch und wasserrechtlich abgesichert war), oder es wurde entsprechende Infrastruktur (z.B. Versickerungsanlagen, Regenwasserbehandlungsanlagen) neu errichtet. Differenzierte Aussagen finden sich in Kapitel 2.4.2 „Niederschlagswasserbehandlung in den Teilnetzen“.

1.4.6 Nicht realisierte Maßnahmen

Einige Einzelmaßnahmen des ABK 2010 wurden bis zum Jahre 2015 nicht umgesetzt.
Diese sind im Anhang unter Punkt 4.7 aufgeführt. Die entsprechenden Begründungen für Nichtumsetzung bzw. Verzögerungen sind, soweit der vorgesehene Realisierungszeitraum in der Vergangenheit liegt, ebenfalls angeführt.
Maßnahmen, die ohnehin auch nach „altem“ ABK erst ab 2016 umzusetzen waren sind, soweit nicht zwischenzeitlich entbehrlich, im vorliegenden ABK unter Pkt. 4.5 neu aufgenommen.

1.4.7 Investitionen im Zeitraum 2010 – 2015

Im Betrachtungszeitraum des ABK 2010 (2010 bis 2015) wurden im Bereich des Abwasserbetriebes Erkelenz Investitionen von insgesamt **9,0 Mio. €** getätigt**,** also **ca. 1,5 Mio €/a**.

An Unterhaltungsaufwendungen (konsumtive Leistungen für Betriebsstoffe, Energie, Reparaturen usw.) sind im gleichen Zeitraum ca. **2,1 Mio. €** angefallen.

Nachfolgend einige ausgewählte Projekte der vergangenen Jahre:

Hydraulischen Kanalsanierung/ Schaffung von zusätzlichem Speicherraum

- Am Wasserturm/Bernhard-Hahn-Str. 0,47 Mio €
- Hauptstraße in Lövenich, 0,53 Mio €
- Mühlenstraße 0,31 Mio €

Bauliche Kanalsanierung

- Kolberger Str./Memelstr. 0,21 Mio €
- Elbinger Str. 0,19 Mio €
- Rosenstraße 0,24 Mio €
- Graf-Rainald-Str. 0,1 Mio €

Anlagen zur Behandlung von Niederschlagswasser

- RKB Matzerath, Invest 0,06 Mio €, Bj. 2012
- RKB, Houverath, Invest 0,12 Mio €, Bj. 2013
- Versickerungsbecken Am Dorf 0,125 Mio €, Bj. 2012

1.5 Überprüfung von privaten und öffentlichen Abwasseranlagen – (Wegfall des § 61a LWG NRW) - Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVo Abw)

1.5.1 Anlass und Rechtsgrundlage

Die Überprüfung von privaten Abwasseranlagen wurde bisher im § 61 a des LWG geregelt. Mit den Änderungen des LWG vom 05.05.2013, d.h. mit der ersatzlosen Streichung des § 61a, wurden die rechtlichen Grundlagen zur Überprüfung von privaten und öffentlichen Abwasseranlagen neu geregelt. In der neuen Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw, Teil II) werden die Vorgaben aus dem Landeswassergesetz umgesetzt.

1.5.2 Umsetzung des § 60 LWG und der SüwVo Abw in Erkelenz

Die SüwVO Abw ist wie folgt aufgeteilt

- Selbstüberwachung von Kanalisationen und Einleitungen von Abwasser aus Kanalisationen im Mischsystem und im Trennsystem
  (Funktionsprüfung bei öffentlichen Abwasserkanälen)
- Selbstüberwachung privater Abwasserleitungen
  Kapitel 1 Anforderungen an die Selbstüberwachung
  Kapitel 2 Anforderungen an die Sachkunde

Mit dem Inkrafttreten der SüwVO Abw sind die Betreiber von öffentlichen Kanalisationen nach § 3 verpflichtet, die Regenbecken vor Einleitungen mit den entsprechenden Wasserstandsmesseinrichtungen auszurüsten. Der Einbau dieser Messeinrichtungen in den entsprechenden Regenbecken wird im Jahr 2015 abgeschlossen.

Satzungsanpassung

Eine Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz ist durch den Rat/ Hauptausschuss der Stadt Erkelenz zu beschließen. Eine entsprechende Vorlage wird noch im Jahre 2015 der Politik zur Diskussion vorgelegt.

Informationspflicht

Bereits jetzt ist ein Informationsbrief zur Dichtigkeitsprüfung im Internet unter www.erkelenz.de eingestellt. Auf die noch ausstehende Satzungsänderung wird hingewiesen.

Sanierungsfristen i.Z. mit Kanalsanierungen im öff. Bereich

Ein Fremdwasserproblem ist in Erkelenz aufgrund der speziellen hydrogeologischen Situation (Grundwasserabsenkung, Braunkohletagebau, Bodenverhältnisse, natürliche Topografie, Gewässereinzugsgebiete) nicht gegeben. Kanalsanierungen im Ergebnis der vorgenommenen Eigenkontrolle (Zustandsbewertung des Kanalnetzes) beinhalten zwar umfangreiche Sanierungen infolge baulicher Mängel – ein über das ABK hinausgehendes Kanalsanierungs- oder Fremdwassersanierungskonzept wird aus vorgenannten Gründen jedoch nicht verfolgt.

2 ABK 2016

2.1 Abwassereinleitungen, Übernahme und Übergabestellen

2.1.1 Abwassereinleitungen

Auf eine Beschreibung aller Abwassereinleitungen wird an dieser Stelle verzichtet. Sie sind in den angefügten Anlagen (siehe Pkt. 4.4) aufgeführt und werden weiterhin im Kapitel 2.4 „Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung“ beschrieben.

Da die Stadt Erkelenz nur eine Kläranlage betreibt (Erkelenz Mitte), ist die dortige Einleitungsstelle maßgeblich hinsichtlich ins Gewässersystem eingebrachter Restfrachten (zusammen mit dem nah angeordneten Abschlag des RÜB – Erkelenz Mitte).
In einer, der oberen Wasserbehörde vorliegenden BWK – M3 Betrachtung (IG ProAqua/ 2008) wurde die Gewässerverträglichkeit der gegebenen Einleitung nachgewiesen (siehe hierzu auch Teilnetz Erkelenz Mitte).
Nach abgestimmter aktueller Netzanzeige soll in einem erneuten Wasserrechtsantrag die zukünftige Gewässernutzung an dieser zentralen Einleitungsstelle mit der zuständigen Wasserbehörde dauerhaft gesichert werden.

2.1.2 Übernahme

Der Abwasserbetrieb der Stadt Erkelenz behandelt nur Abwasser aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich in seinen Anlagen. Übernahmestellen sind nicht vorhanden.

2.1.3 Übergabestellen

Teile des im östlichen Stadtbereich (Netze 8+9) anfallenden Abwassers werden durch den Niersverband übernommen. Bis Ende 2013 wurde das Abwasser der Ortslagen Kückhoven und Bellinghoven (Netz 8) im Mischsystem zur Kläranlage Kückhoven geleitet und dort behandelt. Anfang 2014 wurde die Kläranlage außer Betrieb genommen.
Der Überleitungssammler zwischen Kückhoven und Kaulhausen transportiert das anfallende Abwasser aus Bellinghoven und Kückhoven Richtung Kläranlage Neuwerk. Das anfallende Abwasser aus dem Netz 9 wird ebenfalls zur Kläranlage Neuwerk geführt. Weitere Informationen zu Übergabestellen und Zuständigkeiten finden sich unter Punkt 2.4.2.

2.2 Angaben zu Abwasseranlagen – Abwasserbehandlung

2.2.1 Allgemeines

In Erkelenz wird nur noch eine Abwasserbehandlungsanlage durch den Abwasserbetrieb Erkelenz betrieben. Die durch den Niersverband betriebene Abwasserreinigungsanlage in Kückhoven wurde zum 1.1.2014 außer Betrieb genommen.

An der Abwasserreinigungsanlage Erkelenz Mitte sind neben dem Innenstadtbereich (Mischsystem) und dem Netz Schwanenberg alle anderen Außenorte über ein Druckleitungssystem angeschlossen.
Ausgenommen hiervon sind neben dem bereits erwähnten Einzugsgebiet der Netze 8 und 9, die über den Verbindungssammler an die Kläranlage Neuwerk (Niersverband) angeschlossen sind.

Von den **45.405** Einwohnern des Stadtgebietes Erkelenz sind **36.626** an die zentrale Abwasserreinigungsanlage Erkelenz und **8.093** an die Kläranlage Neuwerk (Niersverband) angeschlossen.
Auslegung der Abwasserreinigungsanlage Erkelenz: 48.000 E+EGW

Ca. 182 Einwohner sind nicht an eine zentrale Behandlungsanlage angeschlossen.
Hier sind jedoch auch die Einwohner von Borschemich-alt- berücksichtigt. Diese werden mit Umsiedlung Ende 2015 an eine rechtskonforme öffentliche Entwässerung angeschlossen sein. Es verbleiben dann ca. 140 EW.

Der Anschlussgrad im Stadtgebiet Erkelenz beträgt somit **99,8 %** (Deutschland 96,6%, NRW 97,9% 2010)/ Stand: Dezember 2014.

2.2.2 Zentrale Abwasserreinigungsanlage Erkelenz Mitte

Bei der Abwasserreinigungsanlage Erkelenz handelt es sich um eine mechanisch biologische Abwasserbehandlungsanlage mit nachgeschalteter Klarwassernitrifikation und Phosphatfällung vor Sandfilter.
Die Einleitung des behandelten Abwassers erfolgt in das „Quellgebiet“ des Beeckbachs.
Aus diesem Grund sind an die Ablaufkonzentrationen durch die Wasserbehörden weit über die Mindestanforderungen der Abwasserverordnung hinausgehende Anforderungen gestellt.
Die Ablaufwerte werden stabil eingehalten.

2.3 Angaben zu Entwässerungsgebieten

Auf eine detaillierte Beschreibung der Entwässerungsgebiete wird an dieser Stelle verzichtet. Historie, Niederschlagswasserbehandlung, Stand der Technik und perspektivisches Vorgehen wird unter Kapitel 2.4 teilnetzbezogen detailliert beschrieben.

2.4 Angaben zur Niederschlagswasserbeseitigung im Stadtgebiet Erkelenz

2.4.1 Allgemeines

Rechtsgrundlage und örtlichen Situation

Gemäß § 51.a Landeswassergesetz ist das Niederschlagswasser ortsnah zu beseitigen. Hierbei ist vorrangig die Versickerung vor Ort zu wählen. Die geologischen Verhältnisse in Erkelenz lassen eine derartige Vorgabe für neue Versiegelungen im Regelfall nicht zu, da das Stadtgebiet auf einer nahezu wasserundurchlässigen Lößlehmplatte liegt. Auch die Einleitung in ortsnahe Oberflächengewässer ist nur sehr begrenzt möglich. Das Stadtgebiet liegt überwiegend eben auf einem Rücken, der in drei Vorflutrichtungen leicht abfällt. Ein ortsnahes Oberflächengewässer ist nur in wenigen Ausnahmefällen vorhanden. Aus diesen beiden Punkten folgt, dass eine generelle Aussage zum Umgang im Sinne der Vorgaben des § 51.a Abs. 1 LWG nicht möglich war und nicht möglich sein wird. Die Entscheidungen zu den jeweiligen Entwässerungssystemen waren immer Einzelfallentscheidungen mit Blick auf die historisch gewachsenen Entwässerungssituationen.

Netzstrukturen

Die Kanalisation Erkelenz ist in 30 Netze aufgeteilt. Ursprung dieser Netzstruktur ist die Netzeinteilung aus der Abwasserabgabe für die Einleitung von Niederschlagswasser aus Mischsystemen. Die SW – Netze und die TR – Netze wurden nach vergleichbaren Kriterien gebildet. Diese Netzstruktur bildet einen roten Faden durch alle organisatorischen Belange der Kanalisation.

Zuständigkeiten Abwasserbehandlung

Das Schmutzwasser des Netzes 08, MW Kückhoven, wird ab 2014 über einen Verbindungssammler vor die Ortslage Kaulhausen dem Netz 9 zugeführt. Somit wird das Abwasser der Netze 08 MW Kückhoven, 09 MW Östl. Stadtteile,
10 TR Keyenberg, 29 TR Immerath, 30 TR „Schages Fahrt“ zur Abwasserreinigungsanlage Neuwerk in Mönchengladbach geleitet. Das Schmutzwasser aus dem übrigen Stadtgebiet wird in der Abwasserreinigungsanlage Erkelenz (ARA Erkelenz) gereinigt.
Nähere Erläuterungen zu übergeleiteten Abwasserteilströmen sind in der Beschreibung der Teilnetze unter Kapitel 2.4.2 aufgeführt.

2.4.2 NW-Behandlung in den Teilnetzen – Behandlung und strategisches Vorgehen in den bauleitplanerischen festgelegten Erweiterungsflächen

Nachstehend sollen für die einzelnen Netze die Verhältnisse im Zusammenhang mit der Behandlung und Beseitigung des Niederschlagswassers dargelegt werden. Soweit keine Aussagen zur Erlaubnissituation gemacht werden, sei auf Anlage 6.3 verwiesen. Auf Grundlage des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz aus dem Jahre 2001 werden Erweiterungen der jeweiligen Gebiete realisiert. Einige sind bereits realisiert und im eigentlichen ABK behandelt. (Einleitstellen, Netzbeschreibung).
Alle aufgeführten Flächen wurden im Generalentwässerungsplan 2004, welcher der oberen Wasserbehörde vorliegt, entsprechend den Netzen aufgeführt. In den zugehörigen Mischwassernachweisen, Netzanzeigen bzw. Bauwerksdimensionierungen (und Genehmigungsverfahren) sind diese Prognoseflächen berücksichtigt.
In wenigen Fällen wurden die 2001 ausgewiesenen Flächen im Tausch gegen Ersatzflächen aufgegeben. Auch dies wurde in den zugehörigen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren eingebracht. Die Teilnetznummern aus dem NW – Konzept sind zum besseren Verständnis ebenso wie eine Übersichtskarte aller Erweiterungsflächen (Grundlage FNP) beigefügt.

Erkelenz

Netz 01, MW Mitte

Dieses Mischwassernetz besteht neben den Kanälen aus einer Reihe von Rückhalteräumen. Der aus drei Stufen bestehende Zulaufsammler in Form eines Staukanals mit unten liegender Entlastung bildet das RÜB Erkelenz – Mitte. Vorgeschaltet sind Regenüberlaufbecken für die Teilnetze Nord und das Gewerbegebiet GIPCO. Im Teilnetz Gewerbegebiet GIPCO wird das Niederschlagswasser der Dachflächen und der nicht befahrbaren Oberflächen über ein separates Kanalnetz einer zentralen Versickerungsanlage zugeführt. Hinter dem RÜB ist zum Hochwasserschutz ein RRB angeordnet.

Für das RÜB Erkelenz – Mitte gibt es zurzeit keine Einleitungserlaubnis. Hier war zunächst ein Nachweis nach dem BWK-Merkblatt 3 für den Oberlauf des Beeckbaches zu erstellen. Dieser Nachweis wurde mit Schreiben vom 22.1.2008 zur Stellungnahme vorgelegt.
Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit den vorhandenen Bauwerken erfüllt.
Aufgrund der Lage der Einleitstelle im Quellbereich des Beeckbachs sind seitens der Bezirksregierung Köln besondere Anforderungen an die Qualität des einzuleitenden Mischwassers aus dem RÜB Mitte erhoben worden. Es wurde ein Nachweis nach BWK-Merkblatt 3 durchgeführt. Nach Überprüfung wurde festgestellt, dass eine weitergehenden Mischwasserbehandlung hinter dem Regenüberlaufbecken Erkelenz Mitte (SKU mit 3 Staustufen) und vor der Einleitung des Abschlages in den Beeckbach notwendig ist. Es ist erforderlich ein Retentionsbodenfilter (RBF) zu errichten. 2014 wurde der Auftrag für die Planung und den Bau des Retentionsbodenfilters an ein Ingenieurbüro erteilt. Die Vorplanung ist abgeschlossen. Die Fertigstellung ist für 2016 geplant.

Erweiterungsflächen:

02.5+ 6 GIPCO West (Gewerbepark Commerden West)
Die Erweiterungsfläche soll mit Trennsystem erschlossen werden. Behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser soll mit dem Schmutzwasser zur Kläranlage abgeleitet werden.

02.2 GIPCO Ost (Gewerbepark Commerden Ost)
Die Flächen sind in Nutzung und im qualifizierten Trennsystem erschlossen. Behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser wird mit dem Schmutzwasser zur Kläranlage, nicht behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser zu den vorhandenen GIPCO – Versickerungsanlagen abgeleitet.

Netz 02, TR Erkelenz Mitte

Der südwestliche Teil der Kernstadt wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in den Ziegelweiher und dann in das Ziegelweiherfließ eingeleitet.
Das Regenrückhaltebecken Schulring dient zur hydraulischen Entlastung des Netzes 2. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleitungserlaubnis wurde am 8.6.2006 beantragt. Sie liegt derzeit noch nicht vor.

Netz 03, TR Erkelenz Ost Gewerbegebiet

Der östliche Teil der Kernstadt wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird im Regenklärbecken Wockerather Weg mechanisch gereinigt und gedrosselt über das HRB Wockerath in das Wockerather Fließ eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt.

Erweiterungsflächen:

02.04 südlich der Bahnlinie/westlich Düsseldorfer Str.
Eine Erschließung der Fläche ist über ein vorhandenes Trennsystem (Trennerlasskonform) mit Einleitung nach Behandlung in das Wockerather Fließ sichergestellt.

02.08 Wockerather Weg
Eine Erschließung der Fläche ist über ein vorhandenes Trennsystem (Trennerlasskonform) mit Einleitung nach Behandlung in das Wockerather Fließ sichergestellt.

Netz 26, TR Oerather Mühlenfeld

Das Baugebiet Oerather Mühlenfeld wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in einer zentralen Versickerungsanlage über die belebte Bodenzone in den Untergrund eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleiterlaubnis gültig bis 31.12.2033 liegt vor.

Erweiterungsflächen:

02.1+2.4 westliche Erweiterungsfläche Oerather Mühlenfeld

Die Erweiterungsfläche wird im Trennsystem entwässert. Das Niederschlagswasser soll in die zentrale Versickerungsanlage geleitet werden. Die Anlagen sind hinsichtlich Dimensionierung und Genehmigungstatbeständen für die Erweiterungsfläche mit ausgelegt.

Katzem/Lövenich

Netz 04, MW Katzem/ Lövenich

Das Mischwassernetz Katzem/Lövenich umfasst die Ortslagen Katzem und Lövenich. Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit den vorhandenen Bauwerken erfüllt.
Für das RÜB Katzem wurde am 30.3.2005 und für den Bodenfilter Lövenich wurde am 16.11.2004 eine neue Einleitungserlaubnis beantragt. Beide Erlaubnisse liegen derzeit noch nicht vor.

Erweiterungsflächen:

1100.3 südlich von Lövenich/östlich der L 366
Eine mittelfristige Realisierung ist aufgrund anderer Entwicklungsschwerpunkte in der Ortslage unwahrscheinlich. Die Entwässerung würde mittels Anbindung an das vorhandene Mischsystem sichergestellt. Aufgrund der Entfernung zum Nysterbach und der gegebenen hydrogeologischen Situation sind Entwässerungsalternativen im Trennsystem mit vertretbarem Aufwand nicht sicher zu stellen.

1100.5 Am Gasberg
Geplant war eine Realisierung im Trennsystem mit Direkteinleitung des nicht behandlungsbedürftigen Niederschlagswassers in den Nysterbach.
Aufgrund anderer Entwicklungsschwerpunkte in der Ortslage ist eine Realisierung unwahrscheinlich.

1100.6 nördlich von Lövenich/westllich der L 366
Bei der kleinen Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen vorgesehenen Lückenschluss in der Ortsrandbebauung. Die Entwässerung soll über das vorhandene Mischsystem erfolgen.

1110.1 Rainer Langen Weg
Bei der Wohnflächenerweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss in der Ortsrandlage – die Entwässerung soll über den Anschluss an das vorhandene Mischsystem erfolgen.

1110.5 Im Buschfeld/ Netz 05
Die kleine Erweiterung soll an das vorhandene Mischsystem angeschlossen werden.

Gerderath

Netz 07, MW Gerderath/ Gerderhahn

Das Mischwassernetz Gerderath/Gerderhahn umfasst die Ortslagen Gerderath und Gerderhahn. Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit den vorhandenen Bauwerken (u.a.Retentionsbodenfilter) erfüllt.

Erweiterungsflächen:

300.2.2 Erweiterungswohngebiet „An der Burg“
Das Erweiterungswohngebiet „An der Burg“ ist an das vorhandene Mischsystem angeschlossen. Die entsprechenden Nachweise für die Mischwasserbehandlung sind geführt. Bei der Systemauslegung und in den geführten Wasserrechtsverfahren waren Erweiterungsflächen in ähnlicher Größenordnung ebenfalls vorgesehen.

7.8 Baugebiet Unterhahn
Die Entwässerung des kleinen Wohngebietes erfolgt als Anschluss an das vorhandene Mischsystem.
Die Flächen sind in Bemessung und Verfahren bereits eingebracht worden.

Kückhoven/Bellinghoven

Netz 08, MW Kückhoven

Das Mischwassernetz umfasst die Ortsteile Bellinghoven und Kückhoven. In Bellinghoven wird ein Teil des Niederschlagswassers in einem separaten Teicherhaltungskanal gefasst und in den Dorfteich eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 wurden berücksichtigt.
Die im letzten ABK geplante Sanierung der technischen Ausrüstungen (8.1) an der Abwasserbetriebsstelle In Kückhoven wurde durchgeführt.

Erweiterungsflächen:

0240.1 Zum Driesch (Maßnahme 8.24)

Die Entwässerung soll über die vorhandene Mischwasserkanalisation (Straße In Bellinghoven) erfolgen, da eine Anbindung an das RW-Netz Richtung Maar höhenmäßig nicht mit vertretbarem Aufwand möglich ist.
Die Prognosefläche ist bei der Dimensionierung des MS berücksichtigt

0240.2 Kreuzherrenpfad
Die Maßnahme wird nicht realisiert. Als Ersatz ist die Maßnahme „Kreuzherrenpfad“ im Trennsystem realisiert worden. Das Regenwasser wird direkt in die Bellinghovener Maar eingeleitet.

8.22 Bellinhovener Weg
Das Niederschlagswasser der kleinen Erweiterungsfläche soll dem Trennsystem Immerath –neu- (mit RKB) zugeführt werden.

1000.3 Maßnahme 8.18 Baugebiet südlich Quickstraße
Die Entwässerung soll mittels Anschluss an das vorhandene Mischsystem sichergestellt werden. Die Erweiterungsflächen sind bei Bau und Genehmigung der vorhandenen Anlagen berücksichtigt worden.

Netz 32 TR Kückhoven „Am Dorf“ (1000.4)

Das Baugebiet „Am Dorf“ südlich von Kückhoven wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in einer zentralen Versickerungsanlage über die belebte Bodenzone in den Untergrund eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleiterlaubnis gültig bis 31.12.2032 liegt vor.
Die Baumaßnahme wurde 2012 abgeschlossen.

Erweiterungsflächen:

1000.2 Erweiterungswohngebiet „Am Dorf“
Das Erweiterungsgebiet soll im Trennsystem entwässert werden. Das Niederschlagswasser wird in einer zentralen Versickerungsanlage über die belebte Bodenzone in den Untergrund eingeleitet.

Östliche Stadtteile

Netz 09, MW Östl. Stadtteile

Das Mischwassernetz 09, Östliche Stadtteile, umfasst die Ortsteile Neuhaus, Terheeg, Wockerath, Kaulhausen, Kuckum, Unterwestrich, Holzweiler, Immerath, Pesch und Lützerath. Dieses Netz bildet zusammen mit Anlagen in Jüchen und Mönchengladbach das Netz „Obere Niers“ mit Abschluss am Becken 43 in Wickrath. Die auf dem Stadtgebiet Erkelenz erforderlichen Bauwerke zur Niederschlagswasserbehandlung sind vorhanden.
Trotz der wenig leistungsfähigen Vorfluter wurde auf erhöhte Anforderungen verzichtet, da nahezu der gesamte Bereich im Einzugsgebiet des Braunkohlentagebaues Garzweiler II liegt.
Schrittweise werden die Ortsteile Immerath, Pesch und Lützerath für Braunkohletagebau bis 2019 wegfallen.
Ein Teil der Regenüberlaufbecken fallen unter die Regelungen des § 54 LWG. Die Becken in Immerath, Holzweiler, Kuckum/Unterwestrich, Keyenberg, Wockerath und Venrath wurden an den Niersverband übergeben.
Das Abwasser aus Holzweiler wird zunächst in das RÜB Holzweiler (NV) eingeleitet, dahinter wieder übernommen und 300 m weiter dann an den Sammler des NV zum Ortskanal Keyenberg abgegeben. In diesen Sammler wird auch das Mischwasser aus Immerath und Pesch geleitet.
Das Abwasser aus Keyenberg und aus Unterwestrich wird gemeinsam an der Stadtgrenze zu Mönchengladbach an den Niersverband übergeben. Das Abwasser aus Venrath wird am RÜB an den NV übergeben und dahinter wieder übernommen. Die endgültige Übergabe an den NV findet im Sammler nach Wanlo, ebenfalls an der Grenze zur Stadt Mönchengladbach, statt.

Erweiterungsflächen:

0230.1 Wohngebietserweiterung südlich Kölner Heerstraße/In Wockerath
Die kleine Erweiterungsfläche in Wockerath soll an das vorhandene Mischsystem angebunden werden.
Eine Versickerung des Niederschlagswassers ist aufgrund der gegebenen hydrogeologischen Situation, ebenso wie eine Einleitung in das Wockerather Fließ, mit vertretbarem Aufwand nicht realisierbar.
Der Anschluss der Prognosefläche ist bei der Anlagenbemessung und den anhängigen Wasserrechtsverfahren berücksichtigt.

0250.1 Wohngebietserweiterung südlich „Am Grubusch“, Terheeg

Das Gebiet wird an das bestehende Mischsystem angeschlossen und wurde bei der Bemessung berücksichtigt.

1310.1Kaulhausen
Bei der Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss in Ortsrandlage. Die Entwässerung soll über das vorhandene Mischsystem sichergestellt werden.

1310.2 Wohngebietserweiterung östlich L 354
Bei der Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss in Ortsrandlage. Die Entwässerung soll über das vorhandene Mischsystem sichergestellt werden.

1310.3 Wohngebietserweiterung östlich L 354
Bei der Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss in Ortsrandlage. Die Entwässerung soll über das vorhandene Mischsystem sichergestellt werden.

Die Erweiterungsflächen in den Ortslagen des Braunkohletagebaus

Immerath:	0800.1, 0800.7
Pesch:	0810.1
Lützerath:	0820.1
Kuckum:	1320.1

werden nicht durchgeführt.

Nach der letzten Braunkohleausschussitzung der Bezirksregierung Köln am 22.06.15 wird der Ortsteil Holzweiler braunkohleabbaubedingt nicht wegfallen. Somit könnten die Erweiterungsflächen 0700.1, 0700.2, 0700.3 umgesetzt werden.

Keyenberg

Netz 10, TR Keyenberg

Die Ortslage Keyenberg gehört zum Netz 09, MW Östl. Stadtteile.
Lediglich ein kleiner Bereich wird im Trennsystem entwässert (hier Netz 10). Es handelt sich um zwei Dorfstraßen mit wenigen Häusern, bei denen eine Niederschlagswasserbehandlung auch gem. Trennerlass 2004 nicht erforderlich ist.
Außerdem ist ein Teilstück der Landstraße L 354 von ca. 100 m Länge hier angeschlossen.
Dieses Teilstück begründet eine Verpflichtung zur Niederschlagswasserbehandlung.
Für die Einleitungen liegen keine Erlaubnisse vor.
Es ist geplant, hier gemeinsam mit der Unteren Wasserbehörde nach einer Lösung zu suchen.
Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass derzeit das Umsiedlungsverfahren Keyenberg wegen des Tagebaues Garzweiler II anläuft.
Die Erweiterungsfläche 0900.3 wird tagebaubedingt nicht durchgeführt.

Tenholt/Granterath

Netz 11, MW Granterath Tenholt

Die Ortslagen Granterath und Tenholt werden im Mischsystem entwässert.
Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit den bestehenden Anlagen erfüllt.
Für die Einleitung aus dem RÜB Granterath wurde am 30.3.2005 ein Erlaubnisantrag gestellt. Eine Entscheidung durch die Wasserbehörde steht noch aus.

Erweiterungsflächen:

0220.2 Tenholt Süd Zum Weiher (Richtung Granterath), Tenholt
Eine mittelfristige Realisierung dieses kleinen Gebietes ist nicht zu erwarten. Die Entwässerung soll im Mischsystem erfolgen. Mischwasserbehandlung und nach geschalteter Bodenfilter sind für die Erweiterungsflächen ausgelegt. Die Erweiterung ist in den durchgeführten wasserrechtlichen Verfahren berücksichtigt.

Hetzerath

Netz 12, MW Hetzerath

Die Ortslage Hetzerath wird im Mischsystem entwässert. Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit der bestehenden Anlage (Retentionsbodenfilter) erfüllt.

Erweiterungsflächen:

0600.1 Im Peschfeld (Maßnahme 12.3.)

Das Wohngebiet „Im Peschfeld“ soll im Trennsystem entwässert werden. Das Niederschlagswasser wird ortsnah behandelt und versickert.

Netz 17, TR Hetzerath

Das Baugebiet „In der Hütte“ ist fertiggestellt und entwässert im Trennsystem. Das anfallende Niederschlagswasser fließt in einen Graben zum Doverhahner Bach
Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleiterlaubnis gültig bis 31.12.2032 liegt vor.

Houverath

Netz 13, TR Houverath

Die Ortslage Houverath wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird seit Juni 2013 im Regenklärbecken Houverath gereinigt. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt.

Erweiterungsflächen:

0410.2 Houverather Heide
Im Plangebiet existiert nur ein Schmutzwasserkanal. In der kleinen Erweiterungsfläche wird das Niederschlagswasser dezentral versickert.

Matzerath

Netz 14, TR Matzerath:

Die Ortslage Matzerath wird im Trennsystem entwässert.
Das Regenwasser wir seit Juni 2012 im Regenklärbecken Matzerath gereinigt und dem Golkrather Graben zugeführt. gereinigt Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt.

Golkrath

Netz 15, MW Golkrath

Die Ortslage Golkrath wird im Mischsystem entwässert. Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit der bestehenden Anlage erfüllt.

Erweiterungsflächen:

0400.2 L 364 nördlich von Golkrath
Die Lückenbebauung ist umgesetzt. Die Entwässerung erfolgt über das bereits vorhandene Mischsystem.

Kleinbouslar

Netz 16, TR Kleinbouslar

Die Ortslage Kleinbouslar wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird zum einen in eine zentrale Versickerung und zum anderen über einen namenlosen Nebengraben in den Nysterbach eingeleitet. Betrachtungen auf der Basis des Trennerlasses 2004 ergeben, dass eine Behandlung des Niederschlagswassers nicht erforderlich ist.

Erweiterungsflächen:

1120.1 (Maßnahme 16.1) nordöstlich von Kleinbouslar
Das kleine Baugebiet soll mittels Anschluss an das vorhandene Trennsystem entwässert werden.

Schwanenberg

Netz 18, TR Schwanenberg

Das Baugebiet „In der Schlei“ ist fertiggestellt und wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser fließt über eine Drosselstrecke in das Schwanenberger Fließ. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleitererlaubnis gültig bis 31.12.2032 liegt vor.

Netz 19, MW Schwanenberg

Das Mischwassernetz Schwanenberg umfasst die Ortslagen Oerath, Schwanenberg, Genhof, Geneiken und Genfeld. Dieses Netz war ursprünglich Bestandteil des Netzes 01. Für die Niederschlagswasserbehandlung gelten erhöhte Anforderungen. Diese werden mit den vorhandenen Bauwerken erfüllt. Die noch ausstehende Sanierung des Pumpwerkes an der ABS Oerath und sind in Arbeit.
Die Erlaubnisse für Genhof und Geneiken sind in 2009 abgelaufen. Grundlage für neue Erlaubnisse muss ein Nachweis nach BWK M3 für den Oberlauf der Schwalm sein. Aufgrund der wasserrechtlichen Vorgaben durch die Bezirksregierung Köln ist am Oberlauf der Schwalm die stoffliche Gewässerbelastung aus den vorhandenen Mischwasserbehandlungsanlagen zu minimieren. Daher ist der Bau eines Retentionsbodenfilters (RBF) erforderlich. Der Standort des RBF liegt hinter dem Abschlag des RÜB Schwanenberg im HRB Schwanenberg und ist mit der Bezirksregierung Köln abgesprochen.
2014 wurde der Auftrag für die Planung und den Bau des Retentionsbodenfilters an ein Ingenieurbüro erteilt. Die Vorplanung ist abgeschlossen. Die Fertigstellung ist für 2016 geplant.

Erweiterungsflächen:

1220.1 nordwestlich von Genhof
Bei der kleinen Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss. Vorgesehen ist eine Entwässerung über das vorhandene Mischsystem.

1220.2 südöstlich von Genhof
Bei der kleinen Wohngebietserweiterung handelt es sich um einen Lückenschluss. Vorgesehen ist eine Entwässerung über das vorhandene Mischsystem.

1230.1 südwestlich von Genfeld
Bei der Ergänzung der Ortsrandbebauung handelt es sich um einen Lückenschluss. Die Entwässerung ist über das vorhandene Mischsystem sichergestellt.

Neuerschließung östlich des BG „In der Schlei“
Das Baugebiet soll mit einem Trennsystem (Niederschlagswasser mit Einleitung in vorh. Graben) erschlossen werden.

Vossem

Netz 20, SW Vossem

Die Ortslage Vossem ist lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird vor Ort versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt über Bankette auf angrenzende, unbebaute Nachbargrundstücke und versickert dort ebenfalls. Bei Extremereignissen sammelt sich das Wasser am Tiefpunkt im Dorf und läuft dann in den dort als flache, trockene Mulde beginnenden Vossemer Graben.

Hoven

Netz 21, SW Hoven

Die Ortslage Hoven ist lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird dort auch versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt über Bankette auf angrenzende, unbebaute Nachbargrundstücke und versickert dort ebenfalls. Das Wasser der Durchgangsstraße (L202) wird dem Hovener Graben und dem Hovener Fließ zugeführt. Zuständig ist hier der Landesbetrieb Straßen NRW.

Erweiterungsflächen:

0430.1 L 2012 nordöstlich von Hoven
In Hoven wird Niederschlagswasser historisch nicht gefasst – es existiert nur ein Schmutzwasserkanal.
Die Erweiterungsfläche soll im Trennsystem erschlossen werden – das Niederschlagswasser soll dezentral versickert werden.

Genehen

Netz 22, SW Genehen

Die Ortslagen Genehen, Scheidt und Commerden sind lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird dort auch versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt

über Bankette auf angrenzende, unbebaute Nachbargrundstücke und versickert dort ebenfalls. Bei Extremereignissen sammelt sich das Wasser an zwei Tiefpunkten und läuft dann ungeführt in das dort als flache, trockene Mulde beginnende Granterather Fließ.

0290.1 B57/An der Renne
Im Plangebiet wird historisch nur ein Schmutzwasserkanal vorgehalten. Niederschlagswasser wird dezentral versickert.

Mennekrath

Netz 23, TR Mennekrath

Die Ortslage Mennekrath liegt in einer Mulde. Das Regenwasser läuft in einen am Ortsrand gelegenen Dorfteich. Bei Erreichen eines definierten Wasserstandes in diesem Teich wird das anfallende Niederschlagswasser in eine große Geländemulde vor dem Dorf gepumpt. Aufgrund der Bodenverhältnisse kann das Wasser dort nur verdunsten, so dass gemäß Abstimmung mit der Unteren Wasserbehörde wasserrechtliche Regelungen nicht erforderlich sind.

Erweiterungsflächen:

0270.1 südwestlich von Mennekrath
Der Anschluss des Baugebietes soll an das vorhandene Trennsystem erfolgen. Das Niederschlagswasser wird über einen vorhandenen Teich abgeleitet.

Berverath

Netz 24, SW Berverath

Die Ortslage Berverath ist lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird dort auch versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt über Bankette auf angrenzende, unbebaute Nachbargrundstücke und versickert dort ebenfalls. Bei Extremereignissen sammelt sich das Wasser an zwei Tiefpunkten im Dorf und läuft dann in den dort als flache, trockene Mulde beginnenden Berverather Graben.
Die Ortslage Berverath liegt im Braunkohle Tagebau Garzweiler II. Der Umsiedlungsstandort ist festgelegt.
Die Erweiterungsfläche 0910.1 wird tagebaubedingt nicht durchgeführt.

Oberwestrich

Netz 25, SW Oberwestrich

Die Ortslage Oberwestrich ist lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird dort auch versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt über Bankette in eine flache Mulde, die zur Niers führt.

Die Ortslage Oberwestrich liegt im Braunkohle Tagebau Garweiler II. Der Umsiedlungsstandort ist festgelegt.

Moorheide

Netz 27, SW Moorheide

Die Ortslage Moorheide ist lediglich mit einem Schmutzwasserkanal versehen. Das auf Privatgrundstücken anfallende Niederschlagswasser wird dort auch versickert. Das Niederschlagswasser der Dorfstraße läuft ungeführt über Bankette auf angrenzende, unbebaute Nachbargrundstücke und versickert dort ebenfalls.

Borschemich (–neu-)

Netz 28, TR Borschemich (-neu-)

Der Umsiedlungsstandort Borschemich wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwassernetz ist zweigeteilt. Das südlich an der Düsseldorfer Straße liegende Wohngebiet (ca. 20 % des Umsiedlungsstandortes) wird über die vorhandenen Geländemulden an dem Kreisverkehr B 57 in Richtung Beeckbach geleitetet.
Das Regenwasser aus dem nördliche Wohngebiet (ca. 80 % des Umsiedlungsstandortes) wird im RKB (Stauraumkanal DN 2500) mechanisch behandelt und nordwestlich in Richtung HRB Rath-Anhoven gedrosselt abgeführt.
Die Anforderungen des Trennerlasses wurden berücksichtigt. Ein Antrag auf Einleitung von Niederschlagswasser wurde gestellt.

Immerath (–neu-)

Netz 29, TR Immerath (-neu-)

Der Umsiedlungsstandort Immerath wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in das Bellinghover Fließ eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 wurden berücksichtigt. Ein Antrag auf Einleitung von Niederschlagswasser wurde gestellt.

Venrath

Netz 30, TR Venrath, Schages Fahrt

Das Baugebiet Schages Fahrt wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in das Venrather Fließ eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt.

Zum Wahnenbusch

Netz 31 TR „Zum Wahnenbusch“

Der östlich der Bahn gelegene Teil der Ortslage Tenholt wird im Trennsystem entwässert. Das Regenwasser wird in einer zentralen Versickerungsanlage über die belebte Bodenzone in den Untergrund eingeleitet. Die Anforderungen des Trennerlasses 2004 sind erfüllt. Die Einleiterlaubnis gültig bis 31.12.2028 liegt vor.

Insgesamt sind die folgenden neuen Trennentwässerungsnetze geplant:

-voraussichtlich Netz 33 TR Keyenberg (-neu-): Der Umsiedlungsstandort für die Keyenberg, Kuckum, Unterwestrich, Oberwestrich, Berverath steht fest. Die Entwässerung erfolgt im Trennsystem.

-voraussichtlich Netz 34 TR Hetzerath „Peschfeld“: In Hetzerath ist ein neues Baugebiet „Peschfeld“ geplant. Die Entwässerung soll im Trennsystem mit zentraler Versickerung über eine Mulden-Rigole erfolgen.

-voraussichtlich Netz 35 TR Oerather Mühlenfeld West: Die Erweiterungsfläche des Oerather Mühlenfeldes soll im Trennsystem entwässert werden. Das Niederschlagswasser soll in eine zentrale Versickerungsanlage geleitet werden**.**

-voraussichtlich Netz 36 TR GIPCO West: Die Erweiterungsfläche soll mit Trennsystem erschlossen werden. Behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser soll mit dem Schmutzwasser zur Kläranlage abgeleitet werden.

-voraussichtlich Netz 37 TR Schwanenberg östl. In der Schlei: Das Baugebiet soll mit einem Trennsystem (Niederschlagswasser mit Einleitung in vorh. Graben) erschlossen werden.

-voraussichtlich Netz 38 TR Kückhoven Erweiterung „Am Dorf“:
Das Erweiterungsgebiet soll im Trennsystem entwässert werden (mit zentraler Versickerungsanlage).

2.5 Art der erfassten Maßnahmen

Die Art der ABK – Maßnahmen (im Sinne von Pkt. 2.5 [3]) ist der Tabelle unter Pkt. 4.5 zu entnehmen.

2.6 Verbindungen, Zuleitungen, Ableitungen

Die entsprechenden Angaben ergeben sich aus den Netzbeschreibungen unter Pkt.2.4.2.

2.7 Notwendige Baumaßnahmen und deren Dringlichkeit

Die notwendigen Baumaßnahmen für den Betrachtungszeitraum des ABK sind in Kapitel 4.5 tabellarisch dargestellt.
Die Investitionsschwerpunkte und deren Dringlichkeit sind bei der Aufstellung (Tabelle) und der zeitlichen Einordnung jeweils berücksichtigt worden.

2.7.1 ARA Erkelenz Mitte

Neben Erneuerung der Steuer-, Prozess- und Lufteintragstechnik muss in den folgenden Jahren aufgrund des Alters der Anlage sukzessiv in Anlagenteile und Technik investiert werden.
Im Bereich der Klärgasnutzung (Steigerung der Energieeffizienz) wurde die Mikroturbine durch ein Blockheizkraftwerk ersetzt. Das BHKW wurde im November 2014 erfolgreich in Betrieb genommen.

2.7.2 Anpassung Stand der Technik

Mit Nachweis und Fertigstellung des Mischwassernetzes Erkelenz sind in den kommenden Jahren abschließende Maßnahmen im Bereich „Niederschlagswasserbehandlung“ – hier „Umsetzung des Trennerlasses“ zu realisieren.
Der Bau der letzten beiden Regenklärbecken ist in den Anlagen aufgeführt.

2.7.3 Bauliche Sanierungen „Kanalnetz“

Der Schwerpunkt der Investitionen wird in den kommenden Jahren im Bereich „bauliche Sanierung Kanalnetz“ liegen. Die, im Ergebnis der Selbstüberwachung festgelegten, Sanierungsschwerpunkte sind in die Maßnahmenübersicht unter Pkt. 4.5 eingeflossen.

2.7.4 Hydraulische Sanierung

In den vergangen Jahren wurden bereits umfangreiche Mittel in die Verbesserung der Entwässerungssicherheit investiert. Hier werden nach aktueller Plausibilitätsprüfung der hydraulischen Berechnungen sowie in Auswertung der Starkniederschlagsereignisse der letzten Jahre sukzessiv Schwachpunkte beseitigt und der Entwässerungskomfort angepasst.

3 Schlussbemerkungen

In den Aufbau von Entwässerungsnetzen und Abwasserbehandlungsanlagen wurden durch die Stadt Erkelenz in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel investiert.

Die gesamten Anlagen im Stadtgebiet Erkelenz entsprechen im Ergebnis weitgehend dem Stand der Technik. Landesrechtliche Regelungen werden konsequent umgesetzt.
Die komplexe Anlagentechnik und die erhöhten Anforderungen an die Behandlung der Abwässer bedingen auch in Zukunft erhebliche Mittelbereitstellungen für Reinvestitionen. Die bauliche und hydraulische Sanierung des Entwässerungsnetzes in Erkelenz stellen auch in den kommenden Jahren den Schwerpunkt der Investitionen dar.

4 Anhang

4.1 Mischwasserentlastungen

lfd. - Nr.	Bau-werks-Nr	Bauwerk Name1	Bauwerk Kurz.	Rechtsw.	Hochw.
1	475	RRB Westpromenade	(null)	2522079	5660778
2	476	RRB ABS Commerden	(null)	2520799	5658135
3	478	RRB östl. Hauptsamml Gerderath	(null)	2515486	5662610
4	479	RRB Vossemer Str., Gerderath	(null)	2515167	5662531
5	480	RRB Wolfskaul Gerderath	(null)	2514837	5662621
*6**					
7	526	RÜB Terheeg	(null)	2524367	5660633
*8**					
9	528	RÜB Kaulhausen	(null)	2525905	5660698
*10**					
11	531	RÜB Lützerath	(null)	2529928	5658411
12	533	RÜB Unkelbachstraße 2016	(null)	2530426	5657427
13	535	RÜB Thingstraße	(null)	2524188	5658658
14	536	ABS In Kückhoven	(null)	2524782	5659151
15	537	RÜB Bellinghoven	(null)	2523181	5658743
16	539	RÜB Schweizerstraße	(null)	2522475	5655512
17	540	RÜB Katzem	(null)	2524954	5655290
18	542	ABS Granterath	(null)	2520346	5657960
19	544	ABS Gerderhahn	(null)	2516960	5663359
20	546	ABS Oerath	(null)	2521199	5662005
21	547	ABS Schwanenberg	(null)	2519841	5663149
22	548	ABS Genhof	(null)	2518355	5662865
23	549	ABS Geneiken	(null)	2518713	5664067
24	550	ABS Genfeld	(null)	2517598	5663673
25	770	RÜB Erkelenz-Mitte	SK 111 Erk-Mitte	2521819	5662143
26	771	ABS Erkelenz-Nord	SK112 Erk-Nord	2522417	5661937
27	772	ABS Commerden	SK115 Commerden	2520807	5658156
28	773	ABS Golkrath	RÜB 701 Golkrath	2517050	5661320
29	8522	ABS Gerderath mit RBF	(null)	2514866	5661827
30	8526	ABS Tenholt mit RBF	(null)	2522080	5657394
31	8527	ABS Hetzerath mit RBF	(null)	2518449	5657693
32	8528	ABS Lövenich mit RBF	(null)	2522034	5655524

Folgende Mischwasserentlastungsbauwerke wurden an den Niersverband abgegeben:

6* ABS Unterwestrich
8* RÜB Wockerath
10* RÜB Keyenberg

4.2 Behandlungsanlagen Regenwasser

lfd.Nr.	Bauwerksnr.	Bauwerk Name1	Bauwerk kurz	Rechtswert	Hochwert
1_TS	769	ABS Krefelder Straße	RKB121 Kref. Str	2522149	5661135
2_TS	**noch nicht vergeben**	RKB Borschemisch neu		2522414	5662903
3_TS	**Noch nicht vergeben**	RKB Immerath neu		2523688	5658782
4_TS	**Noch nicht vergeben**	RKB Wockerather Fließ		2523590	5659995
5_TS	**Noch nicht vergeben**	RKB Matzerath		2519637	5660569
6_TS	**Noch nicht vergeben**	RKB Houverath		2517319	5659281

4.3 Pumpstationen

lfd. Nr.	Bauwerksnr.	Name/ Lage
	3.1	**Schmutzwasserpumpwerke**
1	3.1.1	Wockerather Weg mit RKB/HRB Wockerath
*2**		
3	3.1.3	Kleinbouslar
4	3.1.4	Hohenbusch
5	3.1.5	An der Renne
6	3.1.6	Zum Wahnenbusch
7	3.1.7	Matzerath mit RKB Matzerath
8	3.1.8	Houverath mit RKB Houverath
9	3.1.9	Hoven
10	3.1.10	Schwanenberg (In der Schlei)
11	3.1.11	Moorheide
12	3.1.12	Matzerath II
13	3.1.13	Borschemisch neu
14	3.1.14	Immerath neu
26	3.3.3	Mennekrath (Schmutzwasserpumpwerk)
	3.2	**Regenwasserpumpwerke**
15	3.2.1	ABS Krefelder Straße
16	3.2.2	Fußgängerunterführung Kölner Str.
17	3.2.3	Nordtangente
18	3.2.4	Fußgängerunterführung P+R
19	3.2.5	Schulring
20	3.2.6	am RKB Wockerath
21	3.2.7	Kückhoven An der Maar
22	3.2.8	Borschemisch neu , RKB, Entleerung
23	3.2.9	Immerath neu, RKB, Entleerung
26	3.3.3	Mennekrath (Regenwasserpumpwerk)
48	3.1.7	Matzerath RKB, Entleerung
49	3.1.8	Houverath RKB, Entleerung

lfd. Nr.	Bauwerksnr.	Name/ Lage
	3.3	**Mischwasserpumpwerke**
24	3.3.1	Oerath II
25	3.3.2	Neuhaus
26	3.3.4	Kückhoven Im Bonental
27	3.3.5	Gerderath - Florianstraße
*28**		
	3.4	**Mischwasserpumpwerke mit Drosselfunktion**
30	3.4.1	ABS Erkelenz Nord
31	3.4.2	ABS Commerden
32	3.4.3	Tenholter Str.
33	3.4.4	ABS Unterwestrich
*34**		
35	3.4.7	ABS In Kückhoven
36	3.4.8	ABS Lövenich
37	3.4.9	ABS Hetzerath
38	3.4.10	ABS Granterath
39	3.4.11	ABS Tenholt
40	3.4.12	ABS Golkrath
41	3.4.13	ABS Genenderstraße
42	3.4.14	ABS Gerderhahn
43	3.4.15	ABS Oerath
44	3.4.16	ABS Schwanenberg
45	3.4.17	ABS Genhof
46	3.4.18	ABS Geneicken
47	3.4.19	ABS Katzem ARA

Folgende Pumpwerke wurden aus Gründen des Braunkohletagebaus außer Betrieb genommen:

2* Schmutzwasserpumpwerk „Zum Lenzenkamp“
34* ABS Borschemich
28* RÜB Keyenberg Niersverband

4.4 Einleitungsstellen

Bestehende Einleitstellen sind aus Gründen der Übersichtlichkeit in einer gesonderten Plandarstellung als PDF angefügt (Anlage 6.3).
Zur Erläuterung ist zusätzlich eine Tabelle mit den Abwasserbetriebsstellen sowie zugehörigen Informationen zu den Einleitstellen und wasserrechtlichen Tatbeständen angefügt (Anlage 6.4).

4.5 ABK Maßnahmenliste

Die ABK Maßnahmen sowie ihre zeitliche Einordnung, die geschätzten Kosten und weitere Beschreibungen sind unter Anlage 6.2 als Liste angefügt und auf dem ABK – Übersichtsplan (Anlage 6.1) hinsichtlich ihrer räumlichen Lage dargestellt.
Aus Gründen der Übersicht wird auf eine Aufnahme in das vorliegende Textdokument an dieser Stelle verzichtet.

4.6 Liste aller Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben

Nicht enthalten sind abflusslose Gruben am Umsiedlungsstandort Borschemich. Diese werden zeitnah mit der Umsiedlung aufgegeben. (gelb, keine Einwohner).

Liste Kleinkläranlagen bzw. abflusslose Gruben/ § 53 Abs. 4 LWG

Nr	Straße	Nr	Ortsteil		Anl. art	ABP	Stand
1	Roermonder Straße (Leerst.)	100	Erkelenz		AG	X	A 2015
2	Roermonder Straße (Leerst.)	102	Erkelenz		AG	X	
3	Kreuzherrenpfad	42	Erkelenz-Bellinghoven	2	KKA	TB	W 2005
4	Jülicher Str.	38	Erkelenz-Bellinghoven	4	KKA	TB	W 1999
5	Kölner Str.	120	Erkelenz-Bellinghoven	2	KKA	TB	W 2000
6	Grünannahmestelle Erkelenz		Erkelenz-Mennekrath		AG	X	
7	Mennekrath Wasserwerk		Erk. /Mennekrath		AG	X	
8	Herrather Feldweg	1	Erk. /Mennekrath	1	KKA	TBb	W 2001
9	Herrather Feldweg	2	Erk. /Mennekrath	2	KKA	TB	W 2002
10	Hundesportverein Kückhoven		Erk. /Mennekrath		AG	X	
11	Am Grubusch Anschl.	15	Erk. /Terheeg	2	AG	X	A 2016
12	Am Grubusch Anschl.	17	Erk. /Terheeg	5	AG	X	A 2016
13	Jannenstraße	23	Tenholt	2	KKA	TB	W1999
14	Hundesportverein Tenholt		Tenholt		AG	X	
15	Terreiken	123	Golkrath	2	KKA	TB	W 2000
16	Hückelhovener Str. (Gormannshof)	29	Erkelenz/Hetzerath	5	KKA	B	W 2006
17	Lauerstraße	200	Gerderath	2	KKA	TB	W 1999
18	Gerderather Mühle (Leerst.)		Gerderath	0	KKA	TBb	W1999
19	Haus Hastern		Gerderath	2	KKA	TB	W2001
20	Friedhof Gerderath		Gerderath		AG	X	
21	Kleingartenanlage Vossem		Gerderath		AG	X	
22	Buscherbahn	77	Schwanenberg	6	KKA	TB	W 2005
23	Lindchesweg Anschl.	50	Schwanenberg	9	KKA	TB	W 2000
24	Hundesportverein Schwanenberg		Schwanenberg		KKA	TBb	
25	Oberwestrich (Mühle)	4	Keyenberg	1	KKA	TB	W 2000

Liste Kleinkläranlagen bzw. abflusslose Gruben/ § 53 Abs. 4 LWG

Nr	Straße	Nr	Ortsteil		Anl. art	ABP	Stand
*26**							
*27**							
28	Landstraße	2	Holzweiler	6	KKA	TBb	W 2001
29	Weiherhof	1	Holzweiler	9	KKA	TB	W 2001
30	Weiherhof (Jonen)	2	Holzweiler	0	KKA	B	W 2000
31	Eggerather Hof		Holzweiler	7	KKA	B	W 1992
32	Roitzerhof		Holzweiler	9	KKA	B	W 1999
33	Ultraleichtflugplatz		Kückhoven		KKA	TBb	W 2006
34	Quickstraße	100	Kückhoven	1	AG	X	
35	Thingstraße	50		1	AG	X	N 2015
36	Baustoffhandel Erkelenz früh-rer Gruba		Kückhoven		AG	X	
37	Laheypark		Kückhoven		AG	X	
38	Gut Hauerhof		Katzem	12	KKA	TB	W 2000
39	In Katzem	1	Katzem	1	KKA	TB	W 2001
40	Gut Eichhof Ansch.		Katzem	4	AG	X	
41	Dingbuchenhof		Lövenich	4	KKA	B	W 2005
42	Gut Haberg		Lövenich	4	KKA	TBb	W 2000
43*							
44	Haberger Hof		Lövenich	7	KKA	TB	W 1999
45	Huppertzhof Anschl.		Lövenich	6	KKA	Bb	A 2015
46	Wasserwerk Lövenich RWE		Lövenich		AG	X	
47	Rheinische Baustoffwerke		Kückhoven		AG	X	
48	Genhof landwirtschl. Betrieb	28	Schwanenberg		AG		
			Keine Einwohner				

	ABP (Abwasserbes. Pflicht)	Stand Ausblick	
B	Befreiung von der Abwasserplicht genehmigt	Wasserrecht aus	W 1999
TB	Teilbefreiung von der Abwasserpflicht genehmigt	Anschluss Netz geplant für	N 1999
Bb	Befreiung von der Abwasserplicht beantragt	Laufende Ver-fahren	
TBb	Teilbefreiung von der Abwasserplicht beantragt	Dauerhafter Zustand	
X	Kein Tatbestand Einleitung		

26* Immerather Bahnhof und 27* Am Lievendahl 8 fallen bedingt durch den Braunkohletagebau weg

43* Gut Nierhoven angeschlossen

4.7 Liste nicht umgesetzter oder verschobener Maßnahmen aus ALT ABK

Nachfolgende Übersicht zeigt die im ABK Erkelenz 2010 enthaltenen Maßnahmen, die noch nicht umgesetzt sind.
Soweit es sich dabei um Realisierungszeiträume vor 2015 handelt, ist eine Begründung für die Nichtumsetzung angefügt.
Maßnahmen, die ohnehin erst zukünftig umzusetzen waren, werden entweder in die neue Maßnahmenliste übernommen, oder entfallen.

Verschobene Maßnahmen							
Ordnungs-N	Träger der Maßnahme	Bezeichnung	Art der MN	Umsetzungs-zustand	Umsetzungszustand Bemerkung	Baube-ginn	Gesamtkosten Jahr 1-12
1.30	Erkelenz	Einleitung aus RÜB Mitte (ERK HRB Beeckbach)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2017	6000
1.11	Erkelenz	Brückstraße, Kanalsanierung (10.30)	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	1150
	Verzögerung wg. Straßenplanung und/oder Grunderwerb						
1.18	Erkelenz	Am Schneller	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	110
1.25	Erkelenz	Flandernstraße südlicher Teil	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	40
1.26	Erkelenz	Brabantstraße nördlicher Teil	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	40
1.27	Erkelenz	Kölner Straße	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2020	50
1.28	Erkelenz	Aachener Straße / Markt	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	70
1.29	Erkelenz	Gasthausstraße	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	50
1.33	Erkelenz	Kanalsanierung Breslauerstr.	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2017	60
2.20	Erkelenz	Kanalsanierung Schulring	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2017	100
2.30	Erkelenz	Kanalsanierung Schulring Höfe	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2019	600
3.20	Erkelenz	Kölner Str / Feuerw ache Sanierung SW-Kanal	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	250
	Bedarf noch nicht gegeben, da Priorität auf anderen Maßnahmen liegt (Sanierung nicht so dringlich, Schäden schwach)						
4.40	Erkelenz	Hohlstraße, südl. Teil, hydraul. San. (62.03)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	30
4.90	Erkelenz	Am Hügel	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	50
4.17	Erkelenz	Bruchstraße, Kanalsanierung	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2019	630
4.18	Erkelenz	Am Hasenloch	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	15
4.20	Erkelenz	Hasseler Straße-Gartenstr.	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2019	40
4.22	Erkelenz	Meinw eg	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2016	15
4.23	Erkelenz	Stettener Berg	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2019	40
	Bedarf noch nicht gegeben, da Priorität auf anderen Maßnahmen liegt (Sanierung nicht so dringlich, Schäden schwach)						

4.25	Erkelenz	Kirchplatz	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	200
4.39	Erkelenz	Dingbuchenw eg, hydraul. Sanierung (90.03)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	200
	Verzögerung wg. Neuberechnung NW-behandlung, kein akutes hydr. Problem						
8.14	Erkelenz	Thingstr. (Gebäude nördlich L 19) (85.03)	A 1	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	10
	Bedarf für Neuerschließung noch nicht gegeben						
8.15	Erkelenz	Thingstraße, w estlich In Kückhoven (86.03)	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	100
8.11	Erkelenz	In Kückhoven östl. Spitzberg	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	200
8.5	Erkelenz	Spitzberg, Kückhoven	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	140
	Bedarf noch nicht gegeben, da Priorität auf anderen Maßnahmen liegt (Sanierung nicht so dringlich, Schäden schwach)						
9.12	Erkelenz	In Kaulhausen, Sammler zum RÜB (68.03)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	400
9.13	Erkelenz	In Kaulhausen, hydraul. Sanierung (69.03)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	180
	Verzögerung wg. Neuberechnung NW-behandlung, kein akutes hydr. Problem						
9.14	Erkelenz	Kölner Heerw eg, Annastr., Jacobstraße	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2018	200
	Bedarf noch nicht gegeben, da Priorität auf anderen Maßnahmen liegt (Sanierung nicht so dringlich, Schäden schwach)						
9.15	Erkelenz	Sammler an der Niers (71.03)	A 2	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	130
	Verzögerung wg. Neuberechnung NW-behandlung, kein akutes hydr. Problem						
9.16	Erkelenz	Leinew eber Straße (107.3)	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	100
12.1	Erkelenz	Am Spießhof, Kanalsanierung (53.03)	A 3	4	Neuansatz in ABK 2015	2022	50
	Bedarf noch nicht gegeben, da Priorität auf anderen Maßnahmen liegt (Sanierung nicht so dringlich, Schäden schwach)						
Weggefallene Maßnahmen							
1.80	Erkelenz	Nordprom. / Ostprom. Baul.	A3	4			250
1.300	Erkelenz	Gewerbesgtraße Süd (Stauraum)	A2	4			880
1.31	Erkelenz	Karl-Platz-Str.	A2	4			360
1.32	Erkelenz	Roermonder Str./Venloer Str.	A2	4			80
2.40	Erkelenz	Aachener Str/Gewerbestraße Süd hydr. Sa	A2	4			80
4.5	Erkelenz	In Katzem hydraulische Sanierung	A2	4			300
4.24	Erkelenz	In Lövenich	A2	4			450
4.26	Erkelenz	Gräthstraße	A3	4			5
4.27	Erkelenz	An der Hofkirche	A3	4			30
4.28	Erkelenz	Buchholzbuschstraße	A3	4			30
4.29	Erkelenz	An der Vogelstange	A3	4			10
4.30	Erkelenz	Am Vogelsang	A3	4			30
4.31	Erkelenz	Gartenstraße	A3	4			10
4.32	Erkelenz	Gebmannsweg	A3	4			5
4.33	Erkelenz	St. Gallen-Weg	A3	4			40
4.34	Erkelenz	Südstraße	A3	4			10
4.35	Erkelenz	Zum Königsberg	A2	4			100
4.36	Erkelenz	St.-Michaelis-Weg	A3	4			10
4.37	Erkelenz	Schweizerstraße	A3	4			10
4.38	Erkelenz	Von-Berg-Straße	A3	4			5
7.6	Erkelenz	Engerbungerten	A1	4			15
8.2	Erkelenz	Servatiusstr, hydraul. Sanierung (83.03)	A2	4			360
8.12	Erkelenz	Finkenweg	A1	4			15

5 Quellen und Literaturverzeichnis

[1] Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen – Landeswassergesetz - LWG
[2] WHG – Wasserhaushaltsgesetz in der aktuellen Fassung
[3] Verwaltungsvorschrift über die Aufstellung von Abwasserbeseitigungskonzepten der Gemeinden (RdErl. D. MUNLV vom 27.12.2007)
[4] Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SüwVO Abw 17.10.2013

6 Anlage

6.1 Übersichtsplan ABK

Der Übersichtsplan ist dem ABK als Ausdruck und PDF Datei angefügt. Dargestellt sind insbesondere:

- Anlagen nach 4.1, 4.2, 4.3 und 4.6
- ABK Maßnahmen gemäß der Tabelle in Anlage 6.2
- Wasserschutzgebiete i.Z. mit Kapitel 1.5.3.5
- Teilnetze nach 2.4.2 (Abgrenzung Misch- und Trennentwässerung)

6.2 Tabelle ABK Maßnahmen

6.3 Übersichtsplan Einleitungsstellen

Aus Gründen der Übersichtlichkeit ist die Plandarstellung getrennt als PDF Datei sowie Ausdruck angefügt.

6.4 Tabelle Wasserrecht/ Einleitstellen/ ABS

Die ebenfalls als Excel – Datei und Ausdruck angehängte Übersicht verknüpft Abwasserbetriebstellen, Verfahrensstand und Lage der Einleitstellen (erläuternd zu 6.2).

Abwasserbeseitungskonzept der Stadt Erkelenz 2016 bis 2021



Legende

ABK Maßnahmen

1.1 Netz 1, Maßnahme 1

9.1 MW Venrath
9.2 MW Terheeg
Netz-Nr., Ortsteil-Nr., Ortsname

Pumpwerk

RÜB, RKB, SK, RBF

RRB, RRK

Kläranlagen

Einleitungen

Kleinkläranlagen

abflusslose Gruben

Entwässerungssystem

MW

TS

Stadtgrenze

Wasserschutzzone II

Wasserschutzzone IIIa

Wasserschutzzone IIIb

Wasserschutzzone II geplant

Wasserschutzzone IIIa geplant

Wasserschutzzone IIIb geplant

Grenze zum Niersverband

0700.1 Neubaugebiete Nr. Flächennutzungsplan

Abwasserbetrieb Erkelenz
Johannismarkt 17, 41812 Erkelenz

	Datum	Name
bearbeitet:		Parys
gezeichnet:		
geprüft:		

Erkelenz, den
20.08.2015

Maßstab: **Maßstab 1:20000**

Stadtteil: **Erkelenz**

Projekt: **ABK Stadt Erkelenz 2016 - 2021 Anlage 6.1**

Gewerk:

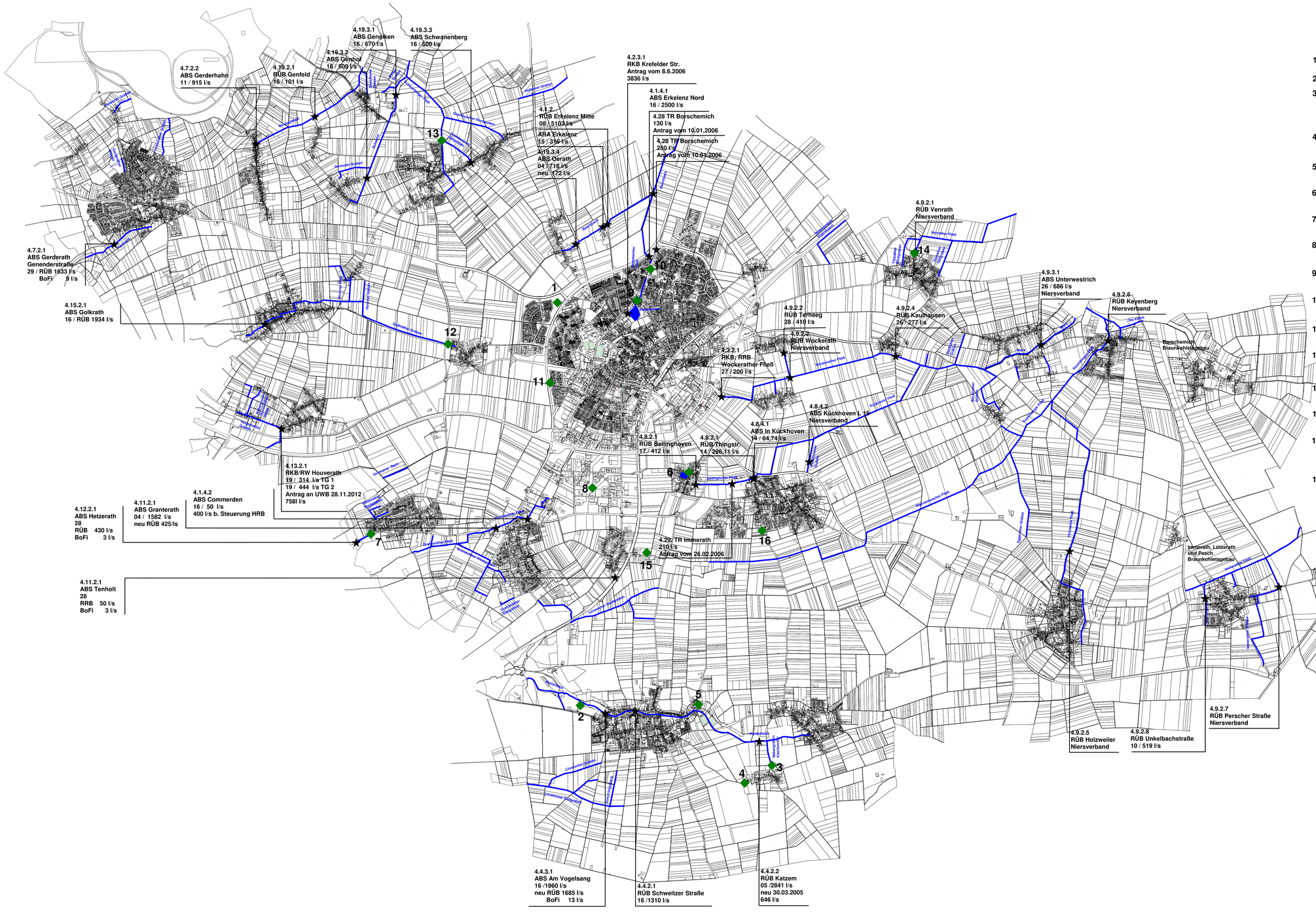
Planart:

Blattgröße: DIN A0

Zeichnungs - Nr:

Maßnahmentabelle ABK Stadt Erkelenz 2016-2021

Ordnungs-nr.	Träger der Maßnahme	Bezeichnung	Berichtsjahr	Art der Maßnahme	Umsetzungszustand	Baubeginn	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Gesamtkosten Jahr 1-6	2022 - 2026	Gesamtkosten	Kläranlagennr.	Nr. MW-Entlastungsbauwerk	Nr. Bauwerk Trennkanalisation	Ostwert	Nordwert	Gewässerkennzahl	Stationierung	Art der Stationierung	Gewässername nicht stationiertes Gewässer	Bemerkung
0.10	Erkelenz	Abwasserreinigungsanl., Optimierung (7.03)	2015	6	1	2016	100	100	100	100	100	100	600	600	1200	137									nicht an Maßnahmen gebunden
0.30	Erkelenz	ARA, Prozessleitsystem	2015	6	4	2015					500	500	1000		1000	137									
0.40	Erkelenz	Optimierung Abwasserbetriebsstellen (1.03)	2015	6	1	2016	50	30	30	30	30	30	200	200	400	137									nicht objektgebundener Ansatz
0.50	Erkelenz	Gewerbeflächen westl. 57 (GIPCO IV) (13.03)	2015	1	4	2022							0	1000	1000	137									vorauss. neues TR-Netz
0.60	Erkelenz	Kölner Kaul, südl. L227, Wohnbaufl. (18.03)	2015	1	4	2022							0	1700	1700	137									vorauss. neues TR-Netz
0.70	Erkelenz	Inlinersanierungsprogramm Kurzliner	2015	3	4	2016	200	200	200	200	100		900		900	137									Sanierungsprogramm Erkelenz komplett
0.80	Erkelenz	Inlinersanierung punktuell Kurzliner	2015	3	4	2016	100	100	100	100	100		500		500	137									Sanierungsprogramm Erkelenz komplett
1.30	Erkelenz	Einleitung aus RÜB Mitte (ERK HRB Beeckbach)	2015	2	4	2017		4000	2000				6000		6000	137	770		3E+05	5663711					
1.11	Erkelenz	Brückstraße, Kanalsanierung (10.30)	2015	3	4	2016	400	400					800		800	137	770		3E+05	5663711					
1.18	Erkelenz	Am Schneller	2015	3	4	2016	110						110		110	137	475		3E+05	5662337					
1.20	Erkelenz	Gerhard Welter Straße	2015	3	4	2021						160	160		160	137	770		3E+05	5663711					
1.24	Erkelenz	Baugebiet Nord	2015	1	4	2022							0	315	315	137	771		3E+05	5663481					
1.25	Erkelenz	Flandernstraße südlicher Teil	2015	3	4	2018			40				40		40	137	475		3E+05	5662337					
1.26	Erkelenz	Brabantstraße nördlicher Teil	2015	3	4	2018			40				40		40	137	475		3E+05	5662337					
1.27	Erkelenz	Kölner Straße	2015	3	4	2020					50		50		50	137	770		3E+05	5663711					
1.28	Erkelenz	Aachener Straße / Markt	2015	3	4	2016	60						60		60	137	475		3E+05	5662337					
1.29	Erkelenz	Gasthausstraße	2015	3	4	2022							0	50	50	137	770		3E+05	5663711					
1.33	Erkelenz	Kanalsanierung Breslauerstr.	2015	3	4	2017		60					60		60	137	770		3E+05	5663711					
1.34	Erkelenz	Marienweg mit Raiborweg	2015	3	4	2017		75					75		75	137	770		3E+05	5663711					
1.35	Erkelenz	Anton Raky Allee Unterführung	2015	1	4	2016	250						250		250	137	770		3E+05	5663711					
1.36	Erkelenz	Am Flachsfeld Kanalsanierung	2015	3	4	2016	120						120		120	137	475		3E+05	5662337					
1.37	Erkelenz	Leo-Heinrichs	2015	1	4	2016	80						80		80	137	770		3E+05	5663711					
2.20	Erkelenz	Kanalsanierung Schulring	2015	3	4	2017						100	100		100	137		769	3E+05	5662691					
2.30	Erkelenz	Kanalsanierung Schulring Höfe	2015	3	4	2019				300	300		600		600	137		769	3E+05	5662691					
3.20	Erkelenz	Kölner Str / Feuerwache Sanierung SW-Kanal	2015	3	4	2018			250				250		250	137		8932	3E+05	5667504	286112	8	1	Wockerather	RKB Wockerather Weg
4.40	Erkelenz	Hohlstraße, südl. Teil, hydraul. San. (62.03)	2015	3	4	2016	180						180		180	137	540		3E+05	5656747					
4.90	Erkelenz	Am Hügel	2015	3	4	2016	30						30		30	137	540		3E+05	5656747					
4.10	Erkelenz	Buschstraße	2015	3	4	2016	50						50		50	137	540		3E+05	5656747					
4.11	Erkelenz	Im Buschfeld	2015	3	4	2016	10						10		10	137	540		3E+05	5656747					
4.12	Erkelenz	Hubertushöhe	2015	3	4	2016	50						50		50	137	540		3E+05	5656747					
4.13	Erkelenz	Kückhovener Straße	2015	3	4	2016	10						10		10	137	540		3E+05	5656747					
4.17	Erkelenz	Bruchstraße, Kanalsanierung	2015	3	4	2019				630			630		630	137	8528		3E+05	5657089					
4.18	Erkelenz	Am Hasenloch	2015	3	4	2016	15						15		15	137	8528		3E+05	5657089					
4.20	Erkelenz	Hasseler Straße-Gartenstr.	2015	3	4	2019				40			40		40	137	8528		3E+05	5657089					
4.22	Erkelenz	Meinweg	2015	3	4	2016	15						15		15	137	8528		3E+05	5657089					
4.23	Erkelenz	Stettener Berg	2015	3	4	2019				40			40		40	137	8528		3E+05	5657089					
4.25	Erkelenz	Kirchplatz	2015	3	4	2018			200				200		200	137	8528		3E+05	5657089					
4.39	Erkelenz	Dingbuchenweg, hydraul. Sanierung (90.03)	2015	2	4	2022							0	200	200	137	539		3E+05	5657059					
4.41	Erkelenz	Hohlstraße Baugebiet MS	2015	3	4	2016	90						90		90	137	540		3E+05	5656747					
4.42	Erkelenz	Am Lerchenpfad, Lövenich	2015	3	4	2018			30				30		30	137	8528		3E+05	5657089					
4.43	Erkelenz	In Lövenich, hydr. Kanalsanierung	2015	2	4	2018			450				450		450	137	8528		3E+05	5657089					
7.20	Erkelenz	Alte Römer Str. für Wohnbaufl.(40.03),	2015	3	4	2022							0	370	370	137	478		3E+05	5664436					
7.7	Erkelenz	Schulstraße, Gerderath	2015	3	4	2017		100					100		100	137	478		3E+05	5664436					
7.8	Erkelenz	Gerderhahn, Unterhahn Baugebiet MS	2015	3	4	2016	140						140		140	137	544		3E+05	5665116					
7.9	Erkelenz	Florianstraße, Kanalsanierung	2015	3	4	2017		60					60		60	137	478		3E+05	5664436					
8.11	Erkelenz	In Kückhoven östl. Spitzberg	2015	3	4	2018			200				200		200	2104	536		3E+05	5660601					
8.14	Erkelenz	Thingstr. (Gebäude nördlich L 19) (85.03)	2015	3	4	2022							0	10	10	142	534		3E+05	5661410					
8.15	Erkelenz	Thingstraße, westlich In Kückhoven (86.03)	2015	3	4	2022							0	100	100	142	534		3E+05	5661410					
8.17	Erkelenz	Immenweg, Baugebiet (76.03)	2015	3	4	2022							0	20	20	142	534		3E+05	5661410					
8.18	Erkelenz	südl. Quickstr., Baugebiet (79.03)	2015	3	4	2022							0	100	100	142	534		3E+05	5661410					
8.21	Erkelenz	Stülpend, Thingstr., Kückhoven	2015	3	4	2018			350				350		350	2104	534		3E+05	5661410					
8.22	Erkelenz	Bellinghovener Weg, Kückhoven	2015	3	4	2022							0	120	120	2104	535		3E+05	5660133					
8.23	Erkelenz	Baugebiet Am Malter MS	2015	3	4	2022							0	130	130	2104	534		3E+05	5661410					
8.24	Erkelenz	Baugebiet, Zum Driesch	2015	3	4	2017		84					84		84	2104	535		3E+05	5660133					
8.5	Erkelenz	Spitzberg, Kückhoven	2015	3	4	2018			140				140		140	2104	534		3E+05	5661410					
9.10	Erkelenz	Im Grünfeld, Seiler- und Weyerweg (56.03)	2015	3	4	2022							0	600	600	2104	530		3E+05	5659180					
9.20	Erkelenz	In der Weidwäsch, Stichstraße (57.03)	2015	3	4	2022							0	20	20	2104	530		3E+05	5659180					
9.40	Erkelenz	Hellenstraße	2015	3	4	2022							0	150	150	2104	530		3E+05	5659180					
9.50	Erkelenz	Brüderstraße	2015	3	4	2022							0	70	70	2104	530		3E+05	5659180					
9.60	Erkelenz	Holzweilermarkt	2015	3	4	2022							0	15	15	2104	530		3E+05	5659180					
9.70	Erkelenz	Im Kindsfeld	2015	3	4	2022							0	60	60	2104	530		3E+05	5659180					
9.80	Erkelenz	Kofferer Str	2015	3	4	2022							0	100	100	2104	530		3E+05	5659180					
9.90	Erkelenz	Landstraße	2015	3	4	2022							0	100	100	2104	530		3E+05	5659180					
9.10	Erkelenz	Schützenweg	2015	3	4	2022							0	80	80	2104	530		3E+05	5659180					
9.11	Erkelenz	Titzer Straße	2015	3	4	2022							0	300	300	2104	530		3E+05	5659180					
9.12	Erkelenz	In Kaulhausen, Sammler zum RÜB (68.03)	2015	3	4	2022							0	400	400	2104	528		3E+05	5662072					
9.13	Erkelenz	In Kaulhausen, hydraul. Sanierung (69.03)	2015	3	4	2022							0	180	180	2104	528		3E+05	5662072					
9.14	Erkelenz	Kölner Heerweg, Annastr., Jacobstraße	2015	3	4	2018			240				240		240	2104	527		3E+05	5661742					
9.15	Erkelenz	Sammler an der Niers (71.03)	2015	3	4	2022							0	130	130	2104	525		3E+05	5662239					
9.16	Erkelenz	Leineweber Straße (107.3)	2015	3	4	2022							0	100	100	2104	524		3E+05	5663406					
9.17	Erkelenz	St.Valentin/Himmelspfad, Venrath	2015	3	4	2016	145						145		145	2104	524		3E+05	5663406					
9.18	Erkelenz	WickrathbergerStr., Venrath	2015	3	4	2017		70					70		70	2104	524		3E+05	5663406					
11.1	Erkelenz	Auf der Heide	2015	3	4	2022							0	55	55	137	542		3E+05	5659534					
12.1	Erkelenz	Am Spießhof, Kanalsanierung (53.03)	2015	3	4	2022							0	50	50	137	8527		3E+05	5659402					
12.3	Erkelenz	Hetzerath, Peschfeld Baugebiet TS (54.03)	2015	3	4	2017		380					380		380	137			3E+05	5660023					vorauss. neues TR-Netz
15.1	Erkelenz	St. Stephanusstraße, Kanalsanierung	2015	3	4	2016	50						50		50	137	773		3E+05	5663083					
16.1	Erkelenz	Kleinbouslar Netz 16	2015	3	4	2022							0	60	60	137	540		3E+05	5656747					
19.1	Erkelenz	Schwanenberg, Retentionsbodenfilter	2015	3	4	2016	800						800		800	137	481		3E+05	5664948					
19.2	Erkelenz	In Oerath, Kanalsanierung (98.3)	2015	3	4	2016	200						200		200	137	546		3E+05	5663599					
31.1	Erkelenz	Zum Wahnenbusch, östl. Teil (102.03)	2015	3	4	2016	25						25		25	137	477		3E+05	5658955					



Einleitungserlaubnisse Untere Wasserbehörde

1 Oerather Mühlenfeld
33 / 1320 l/s (Versickerung)

2 Gut Nierhoven
3 und Kleinbouslar
Erlaubnis Landkreis Erkelenz
vom 12.01.1965

4 Teichanlage Kleinbouslar
28 / 6,47 l/s (Versickerung)

5 Gasberg Lövenich
26 / 25 l/s

6 Maar Bellinghoven
26 / 23 l/s

7 Baugebiet "In der Hütte" Hetzerath
32 / 70 l/s

8 Versickerung GIPCO
27 / 50 l/s

9 Wallentwässerungen Buscherhof
30 / Summe 26,9 l/s

10 Wallentwässerungen Krefelder Str.
23/33 / Summe 34 l/s

11 Versickerung B 57
27 / 1,6 l/s

12 12 RKB Matzerath
31 / 247 l/s

13 Baugebiet "In der Schlei" Schwanenberg
32 / 80 l/s

14 Baugebiet "Schages Fahrt" Venrath
28 / 150 l/s

15 "Zum Wahnenbusch"
Wohngebiet östl. der Bahnlinie
29 / Summe 36,7 l/s

16 "Am Dorf" Kückhoven
32 / Summe 211,1 l/s

Einleitungserlaubnisse Obere Wasserbehörde

Einleitung aus RÜB Pescher Str. (Niersverband)

Erlaubnis bis 20 10

Einleitungsmenge 2053 l/s

Anlage 6.3

Abwasserbetrieb Erkelenz
Johannismarkt 17, 41812 Erkelenz

	Datum	Name
bearbeitet:		Parys
gezeichnet:		
geprüft:		

Erkelenz, den 26.08.2015

Stadtteil: Erkelenz
Projekt: Vorfluter, Einleitungserlaubnis, BR UWB
Gewerk:
Planart:
Maßstab: Maßstab 1:20000
Blattgröße: DIN A0
Zeichnungs - Nr:

Abwasserbetrieb Erkelenz

Eigenbetrieb der Stadt Erkelenz, Johannismarkt 17, 41812 Erkelenz

Übersicht Eckdaten der Abwasserbetriebsstellen

Art	Bauw. Nr.	Im Übers.-Plan	Bezeichnung	Genehmigung Bau / Betrieb vom	Genehmigung Bau / Betrieb Aktenzeichen	Einleiterlaubnis §§ 2,3,7 WHG vom	Einleiterlaubnis §§ 2,3,7 WHG Aktenzeichen	Einleiterlaubnis §§ 2,3,7 WHG gültig bis	Einleitung Rechtsw.	Einleitung Hochw.	Einleitung Menge	Becken Bauj.	Becken Volumen	Becken Meßeinr.	Drossel Dr. menge	Drossel Drosselart	Drossel Kalibier.	Hinweise / Bemerkung
		RÜB,SK,RKB 1																
		RRB 2																
		Pumpwerke 3																
		N-schlagswasserbeha. 1_TS + 16																
Netz 01 MW Erkelenz Mitte																		
SK		25	RÜB Erkelenz Mitte StSt III									1989	1305	Qw und Qab	171	Raddrossel	30.01.13	
	770		StSt II, Marienweg	13.7.88	54.2-CZ-3.1(5.1)-10-(zu 1585)	12.8.88	54.1-3.1-(5.1)-26-S	30.6.08	25 21 778	56 62 355	5103 l/s	1989	1675		140	Raddrossel	05.07.12	
			StSt I, Krefelder Str.									1989	1319		120	Waagedrossel	05.07.12	
SK		26 + 30	ABS Erkelenz Nord									1991	908	Qw und Qab	25	Pumpe	29.6.12	
			StSt I im Karolingerr.									1993	388		10	Strahldrossel	04.07.12	
	771		StSt II im Karolingerr.	29.8.97	54-2-3.1(5.1)-10-(zu 1585)-ra	10.4.96	54.1-3.1-(5.1)-34-Bi-	31.12.16	25 22 400	56 61 950	2500 l/s	1999	358		10	Schieber		
			StSt I im Frankenr.									1993	384		15	Strahldrossel	30.01.13	
			StSt Ii im Frankenr.									1999	463		200 / 10	Schieber		
RRB	475	1	RRB Westpromenade	20.8.90	54.2-Cz-3.1-(5.1)-10-(zu 1585)	n. erf.						1990	2193		40	Strahldrossel	29.01.13	siehe RKB Krefelder Str.
RRK		33	Wilhelmstraße	n. erf.		n. erf.						2007	1650		45	Alpheus	2015	
RRK		34	Im Mühlenfeld	n. erf.		n. erf.						2011	2400		450	Abflussregler		
SK	772	27 + 32	ABS Commerden	20.10.95	54CZ-3.1-(5.1)-10-(zu 1585)	n. erf.						1995	970	Qw	50	Pumpe	29.06.12	
RRB	476	2	ABS Commerden			10.7.96	54.1-3.1-(5.1)-36-Bi	31.12.16	25 20 810,5	56 58 141,6	50 l/s	1995	8500	Qab	50	IDM Schieber		
MW PW		33	Tenholter Str.	n. erf.		n. erf.						1971	64		109	Pumpe	n.erf.	kleines PW im MW-Netz
RW PW		17	Fußgängerunterf. Kölner Str.	n. erf.		n. erf.						2002						RW Einleit. In MW-Netz
Netz 02 TR Erkelenz Mitte																		
RKB	769	1_TS + 16	ABS Krefelder Str.	20.8.90	54.2-Cz-3.1-(5.1)-10-(zu 1585)				25 22 148	56 61 134	4000 l/s	1990	716	Qw und Qab	10	Pumpe	n. erf.	Neu beantragt am 8.6.06
RRB		20	Schulring	n. erf.		n. erf.						2007	2000		1000	Schieber	n. erf.	Entleerung Pumpe 100 l/s
RRK			Commerdener Höhe	n. erf.		n. erf.						2006			300	bgu Abfl.regler	n. erf.	
Netz 03 TR Gewerbe-Gebiet Ost																		
SWPW		1	Wockerather Weg	n. erf.								1962						
RKB		4_TS + 21	Wockerather Fließ	27.3.07	54-2-3.1-(5.1)-11-3405-lü	14.1.08	54.1-3.1-(5.1)-55-Or	31.12.27	25 23 590	56 59 995	200 l/s	2008	573	Qw	15	Pumpe	2015	
RRB																		
RW PW		18	Nordtangente	n. erf.								1996	297		2x40	Pumpe	n. erf.	RW Einleit. In RW-Netz
RW PW		19	Fußgängerunterf. P u R -Anlage	n. erf.		n. erf.						2006						RW Einleit. In RW-Netz
Netz 04 MW Katzem / Lövenich																		
RÜB	8528	32 + 37	ABS Lövenich Am Vogelsang	25.11.90	54.2-Cz-3.1-(5.1)-13-(zu 1300)	27.12.96.	54.1-3.1-(5.1)-30-Bi	31.12.16	25 22 025	56 55 475	1960 l/s	1994	2207	Qw und Qab	25	Pumpe	15.6.12	
BoFi			ABS Lövenich Am Vogelsang	13.2.04	54-2-3.1-(5.1)-10-3102-lü				25 22 025	56 55 475	13 l/s	2005	780	Qab	13	Pumpe	15.6.12	Neu beantragt am 16.11.04
SK	539	16	RÜB Schweizerstraße	18.6.80	54.2-Cz-45-9.4 (1300)	27.12.96.	54.1-3.1-(5.1)-17-Bi	31.12.16	25 22 462	56 55 548	1310 l/s	1980	221	Qab	17	Waagedrossel	5.7.12	
RW			Einleitung Gasberg	n. erf.		4.9.06	66 38 00/7-236/1	31.12.26	25 23 272	56 55 570	25 l/s	2006						konstr. Becken vor Einl. Aussengeb.
SK	540	17	RÜB Katzem	19.7.04	54-2-3.1-(5.1)-10-3179-lü	28.9.83	54.1-3.1-(5.1)-18-S	31.12.05	25 24 920	56 55 300	2.841 l/s	1985	247	Qw	8	Strahldrossel	4.7.12	Neu beantrag am 30.5.05
FB + SK		48	RÜB Katzem									2005	736					
Netz 05 und Netz 06 entfallen																		
Netz 07 MW Gerderath / Gerderhahn																		
RÜB	8522	29 + 42	ABS Genenderstraße	8.6.88.	54.2-Cz-3.1-(5.1)-16-1864	15.6.09	54.1-3.1-(5.1)-31-Or	31.12.29	25 14 875	56 61 808	1633 l/s	1990	2600	Qw und Qab	38	Pumpe	19.6.12	
BoFi			ABS Genenderstraße	15.12.03	54-2-3.1-(5.1)-10-3100-lü				25 14 875	56 61 808	9 l/s	2005	540	Qw	9	Pumpe	19.6.12	
	478	3	Östl. HS Gerderath	n. erf.								1996	1100		646	Rohrdrossel	n. erf.	genehmigt mit Netz
	479	4	Vossemer Str	n. erf.								1997	1221		356	Rohrdrossel	n. erf.	genehmigt mit Netz
			Weidbruchsweg	n. erf.								2003	619		240	Rohrdrossel	n. erf.	genehmigt mit Netz
	480	5	Wolfskaul	n. erf.								1991	284		105	Rohrdrossel	n. erf.	genehmigt mit Netz
SW PW		29	Florianstraße	n. erf.		n. erf.						2006		Qw				SW PW als Tiefpunktentleerung
SK	544	19 + 43	ABS Gerderhahn	26.11.82	54.2 CZ-3.1-(5.1)-10-(1362)	9.7.01.	54.1-3.1-(5.1)-16-Or	31.12.11	25 16 950	56 63 350	915 l/s	1983	220	Qw	12	Pumpe	24.5.11	
Netz 08 MW Kückhoven (NV)																		
SK	535	13	RÜB Thingstraße	18.9.86.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-18-(zu 1547)	25.5.07	54.1-3.1-(5.1)-23-Or	31.12.14	25 23 982	56 59 878	361 l/s	1987	131	Qab	12	Waagedrossel	2015	
SK	536	14 + 36	ABS In Kückhoven	18.9.86.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-18-(zu 1547)	25.5.07	54.1-3.1-(5.1)-23-Or	31.12.14				1984	68		2	Pumpe	26.06.12	
RWPW		28	Im Bonental	n. erf.								2005						Rückstauklappe im Hauptkanal Thingstraße
RRB		22	An der Maar	n. erf.								2005	1000		100	Pumpe	n. erf	
SK	537	15	RÜB Bellinghoven	8.10.82.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-10-(zu 1472)	25.6.07	54.1-3.1-(5.1)-43-Or	31.12.17	25 23 183	56 58 741	412 l/s	1984	71		11	Strahldrossel	2015	
			Überlauf Maar Bellinghoven	n. erf.		15.3.05	66 38 00/7-228/1	31.12.25	25 23 183	56 58 742	23 l/s	1983						
Netz 09 MW Östliche Stadteile (NV)																		
MW PW		27	Neuhaus	n. erf.								1983						kleines MW PW ohne Einleitung
SK	525	6 + 34	*ABS Unterwestrich Sk Niersverb*	23.1.79	54.2.f-45-9.3(1173)	17.8.09	54.1-3.1-(5.1)-12-Or	31.12.29	25 27 969	56 60 912	686 l/s	1980	300	Qab	25	Pumpe	21.06.12	
SK	526	7	RÜB Terheeg	4.8.75	54.2.f - 45 - 9 (675)	5.12.08	54.1-3.1-(5.1)-40-Or-	31.12.28	25 24 342	56 60 661	410 l/s	1982	77	Qab	8	Strahldrossel	3.7.12	
SK	*527*	*8*	*RÜB Wockerath Niersverband*	5.8.75	54.2.f - 45 - 9 (675)							1982	187		10	Strahldrossel	26.6.07	
FB			*Erweiterung RÜB Wockerath*	3.4.07	54-2-3.1-(5.1)-11-3357-lü	8.12.08	54.1-3.1-(5.1)-52-Or	31.12.28	26 24 355	57 60 278	269 l/s	2007	200	Qab geplant				
SK	528	9	RÜB Kaulhausen	6.8.75	54.2.f - 45 - 9 (675)	22.8.06	54.1-3.1-(5.1)-42-Or	31.12.26	25 25 917	56 60 675	277 l/s	1982	118	Qab	14	Strahldrossel	3.7.12	
RÜB	529	10 + 30	RÜB Keyenberg § 45 Niersverb.	30.7.03	54-2-3.1-(5.1)-11-(zu 948)-lü	25.6.07	54.1-3.1-(5.1)-38-Or	31.12.17	25 28 897	56 61 021	525 l/s	1980	382	Qab	57	Waagedrossel	26.6.07	
SK	531	11	RÜB Lützerath	27.7.87.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-14-(zu 1369)	n. erf.						1989	100		3	Waagedrossel	29.1.13	nur Notüberl. in Dorfteich Braunkohletagebau 2017
SK	533	12	RÜB Unkelbachstraße	21.4.81.	54.CZ-45-9(1369)	24.7.84.	54.1-3.1-(5.1)-20-S	31.12.10	25 30 400	56 57 480	519 l/s	1985	198	Qab	3	Strahldrossel	29.1.13	Braunkohletagebau 2017
RRB		35	ABS Borschemich Außer Betr.	16.7.92	54.2-3.1-(5.1)-11-2195							1994	602		15	Pumpe		keine Einleitung Braunkohletagebau
SW PW		2	Am Lenzenkamp Außer Betr.	n. erf.								1994						kleines SW-Netz o. RW Braunkohletagebau
Netz 10 Tr Keyenberg																		
				n. erf.								1986						RW ungeregelt in Vorflut
Netz 11 MW Granterath / Tenholt																		
SK	542	18 + 39	ABS Granterath	30.6.95.	Geän. Betr nach Neurechn.	9.4.84.	54.1-3.1-(5.1)-8-S	31.12.04	25 20 300	56 57 900	1582 l/s	1982	865	Qw	16	Pumpe	2015	Neu beantragt 30.3.05
SW PW		5	An der Renne									1999						SW Netz, RW ungeregelt über BGM - Kanal in Vorflut
SK		30 + 40	ABS Tenholt	30.6.95.	Geän. Betr nach Neurechn.						50 l/s	1985	57		11	Pumpe		
RRB	8526		ABS Tenholt			12.1.09	54.1-3.1-(5.1)-46-Or	31.12.28	25 22 100	56 57 353			990	Qab	50	Waagedrossel	2015	
BoFi			ABS Tenholt	13.2.04	54-2-3.1-(5.1)-10-3101-lü						3 l/s	2005	150	Qw	3	Pumpe	27.06.2012	
Netz 12 MW Hetzerath																		
RÜB	8527	31 + 38	ABS Hetzerath	13.4.77	54.2.t-45-9.6 (900)	30.1.09	54.1-3.1-(5.1)-45-Or	31.12.28	25 18 422	56 57 655	430 l/s	1981	736	Qw und Qab	10	Pumpe	21.06.12	
BoFi			ABS Hetzerath	10.12.03	54-2-3.1-(5.1)-10-3090-lü				25 18 472	56 57 748	3 l/s	2005	248	Qw	3	Pumpe	21.06.12	
SW PW		4	Hohenbusch	n. erf.														kleines SW-Netz o. RW
Netz 13 Tr Houverath																		
SW PW		8	Houverath	6.12.96.	54.2-3.1-(5.1)-10-2518-ra-							2000		Qw				SW zum SWPW Matzerath II
RKB		6_TS + 49	Houverath	30.10.12	66 38 00/7- RKB 006							2013	37					
RW			Teilgebiet 1, (Nordwest)			22.1.99	54.1-3.1-(5.1)-37-BB	31.12.19	25 17 322	56 59 290	314 l/s	2000						
RW			Teilgebiet 2, Südost			22.1.99	54.1-3.1-(5.1)-39-BB	31.12.19	25 17 321	56 59 287	444 l/s	2000						
						Einleitungsantrag vom 28.11.2012 gestellt					758 l/s							
Netz 14 Tr Matzerath																		
SW PW		7	Matzerath	6.12.96.	54.2-3.1-(5.1)-10-2518-ra-							1999		Qw				SW zum SWPW Matzerath II
RKB		5_TS + 48	RKB Matzerath	5.12.11	66 38 00/7-279/RKB	5.7.12	66 38 00/7-172/1	31.12.32	25 19 637	56 60 569	247 l/s	2012	29					
Netz 15 MW Golkrath																		
RÜB	773	28 + 41	ABS Golkrath	6.7.90.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-16-(1569)	27.12.96.	54.1-3.1-(5.1)-33-Bi	31.12.16.	25 17 050	51 61 320	934	1992	1129	Qw und Qab	10	Pumpe	25.05.11	MW nach oerath II
Netz 16 TR Kleinbouslar																		
SW PW		3	Kleinbouslar	n. erf.								1999						SW durch Ortslage zum RÜB Katzem
RW			Versick Kleinbouslar	n. erf.		15.12.08	66 38 00/7-174/1	31.12.28	25 24 080	56 54 580	6,47	1999						RW-Versickerung nach Teich
RW			Graben Kleinbouslar	n. erf.		16.1.65	654 - 10	unbefristet	25 21 653	56 55 642	147,60	1999						RW - Einleitung Nysterbach
Netz 17 Tr Hetzerath																		
RW			BG "In der Hütte"			15.8.02	66 38 00/7-211/1	31.12.32	25 18 620	56 57 860	70 l/s	2005						SW nach Hetzerath
						Verlängerungsbescheid vom 30.10.2012												
Netz 18 Tr Schwanenberg																		
SW PW		10	BG "In der Schlei"	n. erf.								2002		Qw				SW nach Schwanenberg
RW			BG "In der Schlei"	n. erf.		6.2.02	66 38 00/7-210/1/ST	31.12.32	25 19 415	56 63 380	157,5 l/s	2002			80	Drosselschieber		Hochwasserschutz
						Verlängerungsbescheid vom 02.11.2012												
Netz 19 MW Schwanenberg																		
SK	546	20 + 44	ABS Oerath	18.9.84.	54. CZ-3.1-(5.1)-10-(1619)	11.10.84.	54.1-3.1-(5.1)-22-S	31.12.04.	25 21 200	56 62 003	717,6 l/s	1985	524	Qab	23	Pumpe	14.06.12	
SK	547	21 + 45	ABS Schwanenberg	29.5.85.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-17-(1676)	18.12.85.	54.1-3.1-(5.1)-24-Or	31.12.11	25 19 820	56 63 160	2477 l/s	1986	1463	Qab	20	Pumpe	02.06.11	
SK	548	22 + 46	ABS Genhof	30.11.06	54.2-3.1-(5.1)-10-3300-lü	31.7.89.	54.1-3.1-(5.1)-28-Bf	30.6.09.	25 18 373	56 62 875	500 l/s	1990	187	Qab	5	Pumpe	02.06.11	
SK	549	23 + 47	ABS Geneiken	3.1.89.	54.2 CZ-3.1-(5.1)-10-(1585)	1.8.89.	54.1-3.1-(5.1)-29-Bf	31.12.09.	25 18 732	56 64 007	670 l/s	1990	243	Qw und Qab	10	Pumpe	02.06.11	
SK	550	24	ABS Genfeld	26.3.92.	54.1 CZ-3.1-(5.1)-10-(2171)	10.4.96.	54.1-3.1-(5.1)-35-Bi	31.12.16.	25 17 600	56 63 700	101 l/s	1990	91	Qab	5	Waagedrossel	2015	
Netz 20 SW Vossem																		
			keine Betriebsstellen	n. erf.		n. erf.						2000						kein RW-Netz, SW nach Gerderath
Netz 21 SW Hoven																		
SW PW		9	Hoven	6.12.96.	54.2-3.1-(5.1)-10-2518-ra-	n. erf.						1999		Qw				kein RW-Netz, SW nach Oerath II
Netz 22 SW Genehen																		
			keine Betriebsstellen	n. erf.		n. erf.						2001						kein RW-Netz, SW nach Granterath
Netz 23 TR Mennekrath																		
SWPW		15	Mennekrath	n. erf.								2001		Qw				SW nach Erkelenz - Nord
RWPW		25	Mennekrath	n. erf.		n. erf.						2001						RW Verdunstung
Netz 24 SW Berverath																		
			keine Betriebsstellen	n. erf.		n. erf.						2002						kein RW-Netz, SW nach Unterwestrich
Netz 25 SW Oberwestrich																		
			keine Betriebsstellen	n. erf.		n. erf.						2003						kein RW-Netz, SW nach Unterwestrich
Netz 26 TR Oerather Mühlenfeld																		
RRB mit Versickerung				n. erf.		20.2.03	66 38 00/7-214/1	31.12.33	25 21 100	56 61 200	1.320 l/s	2.005	12.450					SW zum PW Oerath II
						Verlängerungsbescheid vom 12.11.2013												
Netz 27 SW Moorheide																		
SWPW		11	Moorheide	n. erf.		n. erf.						2003						kein RW-Netz, SW nach Gerderhahn
Netz 28 TR Umsiedlung Borschemich																		
RKB/ SWPW		2_TS + 23	13 Borschemich nördl. Teil	26.6.06	54.2-3.1.(5.1)-10-Wt							2007	108	Qw				SW zur ARA
RRK			Borschemich nördl. Teil	26.6.06	54.2-3.1.(5.1)-10-Wt				25 22 414	56 62 903	157 l/s	2007	450		157 l/s	Kompaktregler	2015	Antrag vom 2.1.06
			Borschemich südl. Teil						25 22 408	56 62 041	200 l/s	2007						Antrag vom 9.1.06
Netz 29 TR Umsiedlung Immerath																		
RKB/SWPW		3_TS + 24	14 Immerath neu	16.4.07	54.2-3.1.(5.1)-18-3406-lü							2007	129	Qw				SW nach Wockerath
RRB			Immerath neu	16.4.07	54.2-3.1.(5.1)-18-3406-lü				25 23 688	56 58 782	200 l/s	2007	4020		200 l/s	Kompaktregler	2015	Antrag vom 23.2.06
Netz 30 TR Venrath Schages Fahrt																		
			keine Betriebsstellen	n. erf.		21.1.08	66 38 00/7-244/1	31.12.28	25 26 132	56 62 133	150 l/s	2007						SW ins Netz Venrath
Netz 31 Tr Zum Wahnenbusch																		
SW PW		6	Zum Wahnenbusch	n. erf.								1994						
RW						21.7.09	66 38 00/7-261/1	31.12.29	25 22 492	56 57 727	37 l/s							Zentrale Versickerung
Netz 32 Tr Am Dorf																		
RRB mit Versickerung				n. erf.		1.10.12	66 38 00/7-281/1	31.12.32	25 24 093	56 58 126	211 l/s	2012	1186					SW Ins Netz 08 MW Kückhoven
Zwischenpumpwerke																		
MW PW		26	Oerath II	6.12.96.	54.2-3.1-(5.1)-10-2518-ra-	n. erf.						1999		Qw				MW-Zwischenpumpwerk zur ARA
SW PW		12	Matzerath II	6.12.96.	54.2-3.1-(5.1)-10-2518-ra-	n. erf.						2005		Qw				SW-Zwischenpumpwerk zum PW Oerath II

ABS Borschemich, SW-Pumpwerk Am Lenzenkamp außer Betrieb Braunkohletagebau
RÜB Wockerath, Keyenberg, Unterwestrich Abgabe an den Niersverband

Parys, Stand 08/2015

Anlage 6.4

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/024/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 06.10.2015 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Abwassergebührenkalkulation 2016

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
27.10.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In der als Anlage vorliegenden Abwassergebührenkalkulation 2016 schlägt die Betriebsleitung vor, die **Niederschlagswassergebühren in 2016 auf 0,90 €/m²** befestigter Fläche sowie die **Schmutzwassergebühren in 2016 auf 1,91 €/m³** bezogener Frischwassermenge **unverändert** zu belassen.

Insgesamt konnten die auf Gebühren umzulegenden Aufwendungen im Vergleich zu 2015 in 2016 um ca. 57.000 € verringert werden. Im Betriebsaufwand ergeben sich dabei Reduzierungen von ca. 21.000 €, während der Finanzaufwand um ca. 36.000 € verringert werden konnte.

Neben dieser, gegenüber dem Vorjahr, geringfügigen Reduzierung auf der Aufwandsseite (-0,59 %), wurden auf der Ertragsseite Entnahmen von insgesamt 430.000 € aus den beiden Gebührenausgleichsrücklagen entlastend eingeplant. Die Gebührenausgleichsrücklage „Schmutzwasser“ hat nach dieser Entnahme noch einen Bestand von ca. 440.000 €, während die Gebührenausgleichsrücklage „Niederschlagswasser“ nach der planerischen Entnahme für 2016 aufgebraucht ist.

Für die Kunden, bei denen die Reinigung des Abwassers von einem Dritten (z.B. Niersverband) vorgenommen wird, können die dafür zu veranlagenden Gebührenanteile für den Transport des Schmutzwassers von 0,61 €/m³ auf 0,58 €/m³ reduziert werden. Die daraus resultierende Änderung des § 28 Abs. 14 der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz wird im Rahmen vorzunehmender weiterer Entwässerungssatzungsänderungen in der Dezembersitzung des Ausschusses eingepflegt und zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die Betriebsleitung bittet, der vorgelegten Abwassergebührenkalkulation für 2016 zuzustimmen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Der dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügten Abwassergebührenkalkulation für 2016 wird zugestimmt."

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlage:
Abwassergebührenkalkulation für 2016

Abwassergebührenkalkulation für 2016

		Abschluss 2014 €	Ansatz 2015 €	**Ansatz 2016 €**	Kostenstellen RW €	SW €	Anteil des SW für Transport €	Anteil des SW für Reinigung €
I. Aufwand								
1.	**Betriebsaufwand**							
1.01	Personalaufwand	686.317,08	686.273,00	**714.905,00**	323.209,00	391.696,00	119.943,97	271.752,03
1.02	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	82.409,46	80.000,00	**90.000,00**	40.689,00	49.311,00		49.311,00
1.03	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	2.278,85	4.000,00	**4.000,00**	1.808,00	2.192,00		2.192,00
1.04	Klärschlammbeseitigungen	236.319,46	270.000,00	**280.000,00**	126.588,00	153.412,00		153.412,00
1.05	Kanalreinigung	90.141,23	100.000,00	**100.000,00**	45.210,00	54.790,00	54.790,00	
1.06	Besondere Aufwendungen f. Bedienstete	11.443,41	15.000,00	**10.000,00**	4.521,00	5.479,00	1.677,76	3.801,24
1.07	Dienstreisen	1.986,55	6.000,00	**6.000,00**	2.713,00	3.287,00	1.006,54	2.280,46
1.08	Abwasserabgabe	119.463,92	150.000,00	**120.000,00**	54.252,00	65.748,00		65.748,00
1.09	Haltung von Fahrzeugen	12.239,48	12.000,00	**12.000,00**	5.425,00	6.575,00	6.575,00	
1.10	Geräte, Ausstattungen und Ausrüstungsgegenstände	15.608,45	18.000,00	**18.000,00**	8.138,00	9.862,00	3.019,91	6.842,09
1.11	Sonstige Verwaltungs- und Betriebsausgaben	26.008,46	25.000,00	**30.000,00**	13.563,00	16.437,00	5.033,29	11.403,71
1.12	Versicherungen, Schadensleistungen	4.941,66	1.000,00	**1.000,00**	452,00	548,00	167,81	380,19
1.13	Lfd.Unterhaltung der Abwasserkanäle	36.837,40	200.000,00	**200.000,00**	90.420,00	109.580,00	109.580,00	
1.14	Lfd.Unterhaltung der Kläranlagen	101.743,81	160.000,00	**140.000,00**	63.294,00	76.706,00		76.706,00
1.15	Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	94.364,53	150.000,00	**85.000,00**	38.429,00	46.571,00	46.571,00	
1.16	Bewirtschaftungskosten Grundstücksentwässerungsanlagen	13.661,06	15.000,00	**15.000,00**	6.782,00	8.218,00	2.516,49	5.701,51
1.17	Bewirtschaftungskosten Kläranlagen	33.748,87	50.000,00	**55.000,00**	24.866,00	30.134,00		30.134,00
1.18	Energiekosten - Kläranlagen	324.892,71	335.000,00	**335.000,00**	151.454,00	183.546,00		183.546,00
1.19	Energiekosten - Pumpwerke etc.	178.382,93	195.000,00	**200.000,00**	90.420,00	109.580,00	109.580,00	
1.20	Kanalkataster, Gutachten	56.529,30	40.000,00	**60.000,00**	27.126,00	32.874,00	32.874,00	
1.21	Innere Verrechnungen	254.312,69	252.935,00	**268.332,00**	121.313,00	147.019,00	45.019,71	101.999,29
1.22	Mieten	29.765,25	25.000,00	**25.000,00**	11.303,00	13.697,00	4.194,25	9.502,75
1.23	Mitgliedsbeiträge	4.885,99	5.000,00	**5.000,00**	2.261,00	2.739,00	838,73	1.900,27
	Zwischenergebnis - 1 - :	2.418.282,55	2.795.208,00	**2.774.237,00**	1.254.236,00	1.520.001,00	543.388,46	976.612,54

bitte wenden

Abwassergebührenkalkulation für 2016

		Abschluss 2014 €	Ansatz 2015 €	**Ansatz 2016 €**	Kostenstellen RW €	SW €	Anteil des SW für Transport €	Anteil des SW für Reinigung €
2.	**Finanzaufwand**							
2.01	Kalk. Abschreibung des Anlagekapitals	2.953.223,60	3.012.593,00	**3.021.381,00**	1.771.081,00	1.250.300,00	382.863,09	867.436,91
2.02	Kalk. Verzinsung des Anlagekapitals	3.245.512,52	3.234.921,00	**3.179.782,00**	1.954.798,00	1.224.984,00	375.110,90	849.873,10
2.03	Zuweisungen an Abwasserverbände	658.134,24	710.000,00	**720.000,00**	465.480,00	254.520,00		254.520,00
2.04	Zuweisungen "Klärschlamm-Entschädigungsfonds"	0,00	0,00	**0,00**	0,00	0,00		0,00
	Rückstellungen	201.808,12	208.581,00	**201.808,00**	153.934,00	47.874,00	14.660,00	33.214,00
	Auflösung von Rückstellungen	-208.580,76	-208.581,00	**-201.808,00**	-153.934,00	-47.874,00	-14.660,00	-33.214,00
	Zwischenergebnis - 2 - :	6.850.097,72	6.957.514,00	**6.921.163,00**	4.191.359,00	2.729.804,00	757.973,99	1.971.830,01
3.	**Gesamtaufwand**	9.268.380,27	9.752.722,00	**9.695.400,00**	**5.445.595,00**	**4.249.805,00**	1.301.362,45	2.948.442,55

II. Erträge (ohne Gebühren)

Gesamtaufwand (vgl. I.3)	9.695.400,00	5.445.595,00	4.249.805,00	1.301.362,45	2.948.442,55
abzgl. sonstige Erträge	57.650,00	-32.380,00	-25.270,00	-7.738,10	-17.531,90
Überschuss(-)/Zuschussbedarf(+) aus Vorjahren		-330.000,00	-100.000,00	-30.621,70	-69.378,30
Gebührenfähiger Aufwand:		**5.083.215,00**	**4.124.535,00**	**1.263.002,65**	**2.861.532,35**

III. Gebührensätze für 2016

a) Niederschlagswasser :	**5.083.215 € :**	**5.625.000,00 m²**	**= 0,90 €/m²**	**befestigter Fläche**		
b) Schmutzwasser :	**4.124.535 € :**	**2.160.000,00 m³**	**= 1,91 €/m³**	**bezogener Frischwassermenge**	**= 0,58 €/m³**	**= 1,33 €/m³**

Die Niederschlagswassergebühr verbleibt auch im Jahre 2016 auf 0,90 €/m² befestigter Fläche.
Die Schmutzwassergebühr verbleibt auch im Jahre 2016 auf 1,91 €/m³ bezogener Frischwassermenge.

Aufgestellt

Erkelenz, den 28.09.2015

Schmitz
Kfm. Betriebsleiter

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/025/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 06.10.2015 Verfasser: Amt 20 Stefanie Rolfs

Feststellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2016 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms für die Jahre 2015 bis 2019

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
27.10.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gemäß § 14 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) hat der Eigenbetrieb vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Dieser besteht insbesondere aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung. Nach § 4 der EigVO ist der Wirtschaftsplan vom Rat festzustellen.

Der Erfolgsplan als Teil des Wirtschaftsplanes setzt die Erträge in Höhe von 10.537.835 Euro und die Aufwendungen in Höhe von 8.244.445 Euro fest. Daraus ergibt sich ein Gewinn in Höhe von 2.293.390 Euro.

Der Vermögensplan, ebenfalls Teil des Wirtschaftsplanes, sieht Einzahlungen in Höhe von 7.796.934 Euro und Auszahlungen in Höhe von 11.064.000 Euro vor. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Einzahlungen und unter Einsatz der aus Abschreibungen erwirtschafteten Eigenmittel ergibt sich ein Kreditbedarf in Höhe von 6.374.934 Euro. Verpflichtungsermächtigungen werden in 2016 in Höhe von 2.850.000 Euro veranschlagt.

Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000 Euro festgesetzt.

Die Stellenübersicht als Teil des Wirtschaftsplanes enthält keine Stellen, da diese im Stellenplan der Stadt enthalten sind. Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes

bedient er sich des Personals der Stadt. Die hierfür anfallenden Personalkosten werden vom Eigenbetrieb erstattet.

Nach § 18 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) ist eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zusammen mit dem Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Entwurf dieser fünfjährigen Planung liegt als Anlage vor und kann ggfls. im Einzelnen erläutert werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Aufgrund der §§ 1, 4 und 18 der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) vom 16.11.2004 (GV. NRW. S. 644, ber. 2005 S.15), in der derzeit aktuellen Fassung, wird:

I. der Wirtschaftsplan (Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht) des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz für das Wirtschaftsjahr 2016 wie folgt festgestellt:

1. <u>Erfolgsplan</u>
   a) die Erträge auf 10.537.835 EUR
   b) die Aufwendungen auf 8.244.445 EUR

2. <u>Vermögensplan</u>
   a) die Einzahlungen auf 7.796.934 EUR
   b) die Auszahlungen auf 11.064.000 EUR

3. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2016 zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird auf 6.374.934 Euro festgesetzt.

4. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.850.000 Euro festgesetzt.

5. Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000 Euro festgesetzt.

II. die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung, einschließlich eines Investitionsprogramms, für die Jahre 2015 - 2019 beschlossen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlage:
Wirtschaftsplan 2016 einschließlich der mittelfristigen Finanzplanung 2015 bis 2019

- Entwurf -

Wirtschaftsplan

des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz
(Eigenbetriebsähnlicher Betrieb gemäß § 107 (2) GO NW)

für das Wirtschaftsjahr 2016

Aufgrund des § 4 der Eigenbetriebsverordnung vom 16.11.2004 (GV.NRW.S.644, ber. 2005 S. 15), in der derzeit aktuellen Fassung, wird der Wirtschaftplan des Städtischen Abwasserbetriebes Erkelenz für das Geschäftsjahr 2016 wie folgt festgestellt:

1. Erfolgsplan

a) die Erträge in Höhe von	10.537.835	€
b) die Aufwendungen in Höhe von	8.244.445	€

2. Vermögensplan

a) die Einzahlungen in Höhe von	7.796.934	€
b) die Auszahlungen in Höhe von	11.064.000	€

3. Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 2016 zur Finanzierung von Investitionen erforderlich ist, wird auf 6.374.934 € festgesetzt.

4. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.850.000 € festgesetzt.

5. Der Höchstbetrag der Liquiditätsdarlehen, die im laufenden Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 3.000.000 € festgesetzt.

Erkelenz, den 16.12.2015

Bürgermeister

Entwurf

Erfolgsplan 2016

gemäß § 15 EigVO für den

Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

		Erfolgsplan 2016			Erfolgsplan 2015			Jahresabschluss 2014	
		€	€	€	€	€	€	€	€
1.	Umsatzerlöse		9.738.543			9.729.277		9.679.876,83	
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0			0		0,00	
3.	andere aktivierte Eigenleistungen		310.642			288.248		262.221,90	
4.	Sonstige betriebliche Erträge		431.000	10.480.185		481.000	10.498.525	164.030,93	10.106.129,66
5.	Materialaufwand								
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	90.000			80.000			74.991,62	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	384.000	474.000		374.000	454.000		320.792,55	395.784,17
6.	Personalaufwand								
	a) Löhne, Bezüge und Gehälter	787.376			750.768			725.311,53	
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	238.171			226.437			223.561,54	
	c) Personalverwaltungskostenpauschale	152.140	1.177.687		148.556	1.125.761		146.810,83	1.095.683,90
7.	Abschreibungen								
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.267.066			3.220.498			3.228.803,59	
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten	0	3.267.066		0	3.220.498		0,00	3.228.803,59
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.153.192	7.071.945		2.216.379	7.016.638	1.852.360,16	6.572.631,82
9.	Erträge aus Beteiligungen		0			0		0,00	
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzvermögens		0			0		0,00	
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		57.650	57.650		48.100	48.100	77.140,87	77.140,87

		Erfolgsplan 2016		Erfolgsplan 2015		Jahresabschluss 2014	
		€	€	€	€	€	€
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	0		0		0,00	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.172.000	1.172.000	1.266.000	1.266.000	1.186.242,29	1.186.242,29
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		+ 2.293.890		+ 2.263.987		+ 2.424.396,42
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen	0		0		0,00	
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	0,00	0,00
17.	Außerordentliche Erträge	0		0		0,00	
18.	Außerordentliche Aufwendungen	0		0		0,00	
19.	Außerordentliches Ergebnis		0		0		0,00
20.	Steuern vom Einkommen und Ertrag	0		0		0,00	
21.	Sonstige Steuern	500	500	500	500	704,98	704,98
22.	Jahresgewinn/Jahresverlust		+ 2.293.390		+ 2.263.487		+ 2.423.691,44
	Ergebnis						
	Aufwendungen		8.244.445		8.283.138		7.759.579,09
	Erträge		10.537.835		10.546.625		10.183.270,53

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
Erläuterungen					
1.	Umsatzerlöse				
1.1	Niederschlagswassergebühren	110201 432107	5.062.500	5.040.000	5.000.487,01
1.2	Schmutzwassergebühren	110201 432207	4.125.600	4.163.800	4.112.166,96
1.3	Gebühren für die Entsorgung privater Grundstücke	110201 432307	3.000	3.000	2.084,71
1.4	Auflösung empfangener Anschlußbeiträge	110201 446307	547.443	522.477	565.138,15
	Summe 1 :		9.738.543	9.729.277	9.679.876,83
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen			0	0,00
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen (Anteil des Personals für vermögenswirksame Maßnahmen)	110201 446407	310.642	288.248	262.221,90
4.	Sonstige betriebliche Erträge				
4.1	Verkaufserlöse	110201 442107	0	0	0,00
4.2	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen)	110201 448707	430.000	480.000	126.735,71
4.3	Erstattung der Kosten für die Instandsetzung von Hausanschlüssen, Schadenersätze u.ä.	110201 446207	1.000	1.000	37.295,22
4.4	Zuweisungen Land	110201 414107	0	0	0,00
4.5	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	----------	0	0	0,00
4.6	Erstattung zuviel gezahlter Abwasserabgabe aus Vorjahren	110201 414307	0	0	0,00
	Summe 4 :		431.000	481.000	164.030,93

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
5.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren				
5.1	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	110201 527907	90.000	80.000	74.991,62
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen				
5.2	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	110201 524307	4.000	4.000	2.278,85
5.3	Schlammbeseitigung	110201 524407	280.000	270.000	228.372,47
5.4	Kanalreinigung	110201 524507	100.000	100.000	90.141,23
	Summe 5:		474.000	454.000	395.784,17

	Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
6. Personalaufwand				
a) Bezüge, Löhne und Gehälter				
Erstattung an Stadt				
- Beamte	110201 501107	97.823	94.772	107.241,71
- tariflich Beschäftigte	110201 501207	689.553	655.996	618.069,82
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung				
Erstattung an Stadt				
- Beamte - Altersversorgung	110201 501107	41.203	40.250	43.087,29
- tariflich Beschäftigte - Altersversorgung	110201 501207	52.902	50.262	50.153,76
- tariflich Beschäftigte - Sozialversicherung	110201 501207	137.828	129.800	123.257,99
- Beihilfen Beamte	110201 501107	2.325	2.550	3.300,00
- Beihilfen tariflich Beschäftigte	110201 501207	3.913	3.575	3.762,50
c) Personalverwaltungskostenpauschale	110201 501907	152.140	148.556	146.810,83
Summe 6:		1.177.687	1.125.761	1.095.683,90

	Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
7. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110201 571107			
- auf Kläranlagen, Pumpwerke u.a.		616.270	603.876	621.652,56
- auf Einrichtungen und Geräten (einschl. GWG)		3.212	5.038	7.017,47
- auf Fahrzeuge		8.611	8.611	8.611,00
- auf Hausanschlüsse		163.896	159.048	162.166,12
- auf sonstige Kanalanlagen		2.472.689	2.442.984	2.427.985,44
- EDV-Software		1.000	941	1.255,00
- Konzessionen		1.388	0	116,00
b) auf Vermögensgegenstände des Umlauf-vermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		0	0	0,00
Summe 7:		3.267.066	3.220.498	3.228.803,59

	Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen				
8.01 Besondere Aufwendungen für Bedienstete	110201 526107	10.000	15.000	11.443,41
8.02 Abwasserabgabe	110201 544507	120.000	150.000	201.808,12
8.03 Haltung von Fahrzeugen	110201 525107	12.000	12.000	19.456,75
8.04 Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	110201 525607	18.000	18.000	7.021,67
8.05 Sachkostenumlage Stadt Erkelenz	110201 545207	116.192	104.379	107.501,86
8.06 Geschäftsaufwendungen	110201 543107	30.000	25.000	20.886,64
8.07 Versicherungen, Schadensleistungen	110201 544107	1.000	1.000	4.495,27
8.08 Lfd. Unterhaltung der Abwasserkanäle	110201 522207	200.000	200.000	36.837,40
8.09 Lfd. Unterhaltung der Kläranlagen	110201 522307	140.000	160.000	71.789,51
8.10 Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	110201 522407	85.000	150.000	67.433,81
8.11 Bewirtschaftungskosten Kläranlagen u.ä.	110201 524907	55.000	50.000	33.151,68
8.12 Bewirtschaftungskost.Grundstücksentwässerungsanlag.	110201 524607	15.000	15.000	14.655,31
8.13 Bewirtschaftung - Energiekosten - Kläranlagen	110201 524707	335.000	335.000	324.755,63
8.14 Bewirtschaftung - Energiekosten -Pumpwerke etc.	110201 524807	200.000	195.000	154.232,73
8.15 Kanalkataster, Gutachten	110201 543307	60.000	40.000	54.181,90
8.16 Zuweisungen an Abwasserverbände	110201 531307	720.000	710.000	658.134,24
8.17 Dienstreisen	110201 526307	6.000	6.000	2.082,44
8.18 Mieten	110201 542207	25.000	25.000	29.765,25
8.19 Mitgliedsbeiträge	110201 543407	5.000	5.000	12.555,90
8.20 Aufwendungen aus Forderungsverlusten	----------	0	0	20.170,64
Summe 8 :		2.153.192	2.216.379	1.852.360,16

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
9.	Erträge aus Beteiligungen		0	0	0,00
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0	0	0,00
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
11.1	Zinserstattung vom Niersverband	110201 461307	1.650	2.100	2.543,86
11.2	Stundungszinsen	110201 461507	1.000	1.000	21.997,10
11.3	Säumniszuschläge	110201 456207	15.000	5.000	16.860,65
11.4	Andere sonstige ordentliche Erträge	110201 459107 u. a.	40.000	40.000	34.750,91
11.5	Sonstige Zinserträge	110201 461807	0	0	988,35
	Summe 11:		57.650	48.100	77.140,87
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
13.1	Kreditzinsen (einschl. aufgelaufener Zinsen gem. § 255 Abs.3 HGB aus Finanzierungsveträgen)				
	Zinsaufwendungen an sonst.öffentl. Sonderrech.	110201 551607	125.000	132.000	100.621,95
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	110201 551707	186.000	205.000	224.001,53
	Zinsaufwendungen für Liquiditätsdarlehen	110201 551717	50.000	50.000	12.461,40
	Zinsaufwendungen sonst. inländ. Bereich	110201 551807	811.000	879.000	849.157,41
13.2	Sonstige Zinsen	110201 551807	0	0	0,00
	Summe 13:		1.172.000	1.266.000	1.186.242,29

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit errechnet sich aus der Aufrechnung der Ertragspositionen 1 bis 4 und 9 bis 11 und den Aufwandspositionen 5 bis 8 und 12 und 13: somit Erträge von: 10.537.835 € abzüglich Aufwendungen von: 8.243.945 € somit 2.293.890 €		+ 2.293.890	+ 2.263.987	+ 2.424.396,42
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0	0	0,00
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0	0,00
17.	Außerordentliche Erträge	110201 491107	0	0	0,00
18.	Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0,00
19.	Außerordentliches Ergebnis (Ermittelt durch Gegenüberstellung der Punkte 17 und 18)		0	0	0,00
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0,00
21.	Sonstige Steuern	110201 544107	500	500	704,98

	Erfolgsplan 2016 €	Vergleich Erfolgsplan 2015 €	Vergleich Jahresabschluss 2014 €
Zusammenstellung			
Aufwendungen			
- Aufwendungen für bezogene Waren und für bezogene Leistungen	474.000	454.000	395.784,17
- Personalaufwand	1.177.687	1.125.761	1.095.683,90
- Abschreibungen	3.267.066	3.220.498	3.228.803,59
- Sonst. Betriebliche Aufwendungen	2.153.192	2.216.379	1.852.360,16
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.172.000	1.266.000	1.186.242,29
- Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0,00
- Steuern	500	500	704,98
Summe Aufwendungen:	8.244.445	8.283.138	7.759.579,09
Erträge			
- Umsatzerlöse	9.738.543	9.729.277	9.679.876,83
- Andere aktivierte Eigenleistungen	310.642	288.248	262.221,90
- Sonst. betriebliche Erträge	431.000	481.000	164.030,93
- Sonst.Zinsen und ähnliche Erträge	57.650	48.100	77.140,87
- Außerordentliche Erträge	0	0	0,00
Summe Erträge	10.537.835	10.546.625	10.183.270,53
Nachrichtlich			
Jahresgewinn	2.293.390	2.263.487	2.423.691,44

Stellenübersicht

Nach § 15 (1) der Betriebssatzung des Städtischen Abwasserbetriebs Erkelenz beschäftigt der Abwasserbetrieb kein eigenes Personal.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient er sich des Personals der Stadt Erkelenz. Den hierfür anfallenden Personalaufwand erstattet der Städtische Abwasserbetrieb der Stadt Erkelenz.

Entwurf

Vermögensplan 2016

gemäß § 16 EigVO für den

Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

Pos.	Bezeichnung	Auftragssachkonten A1102	Ansatz 2016	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2016			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
	a) Grundstücke ohne Bauten									
1	Sonstiger Grunderwerb	A11020900	**200.000**	200.000	200.000	-	-	-	-	200.000
	b) Beweql.Sachen des Anlagevermögens									
1	Erwerb von Vermögensgegenständen	A11020901	**10.000**	10.000	10.000	-	-	-	-	10.000
	c) Abwasseranlagen - Kläranlagen									
1	Anpassungsmaßnahmen ARA Erkelenz-Mitte	A11020902	**1.830.000**	1.450.000	3.839.000		-	-	-	1.830.000
2	Anpassungsmaßnahmen Abwasserbetriebsstellen	A11020903	**30.000**	80.000	578.000	-	-	-	-	30.000
	d) Kanalisationsanlagen									
01	**Stadtbezirk Erkelenz-Mitte, Oerath, Borschemich, Borschemich (neu), Bellinghoven**									
1	Kanalsanierung Oerath	A11020010	**200.000**	200.000	200.000	-	-	-	-	200.000
2	Erschließung GIPCO, westl. Teil	A11020013	**30.000**	30.000	165.000	-	-	-	-	30.000
3	Kanalsanierung Aachener Straße, Bereich Am Hagelkreuz	A11020027	**60.000**	60.000	60.000	-	-	-	-	60.000
4	Kanalsanierung Am Schneller	A11020028	**110.000**	110.000	110.000	-	-	-	-	110.000
5	Kanalerweiterung Roermonder Straße	A11020040	**190.000**	190.000	415.000	-	-	-	-	190.000
6	Kanalsanierung Erkelenz-Mitte, Südpromenade	A11020043	**200.000**	700.000	900.000		-	-	-	200.000
7	Kanalsanierung Von-Reumont-Straße	A11020044	**0**	80.000	80.000	-	-	-	-	0
8	Kanalsanierung Zehnthofweg	A11020047	**0**	120.000	121.000	-	-	-	-	0

Pos.	Bezeichnung	Auftragssachkonten A1102	Ansatz 2016	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2016			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
9	Kanalsanierung Brückstraße (Im Mühlenfeld bis Ziegelgasse)	A11020049	**400.000**	600.000	1.109.000	600.000	-	-	-	400.000
10	Kanalbau Erkelenz, Schulring	A11020071	**0**	0	5.000	-	-	-	-	0
11	Kanalsanierung Schulring - Höfe	A11020072	**0**	0	300.000	-	-	-	-	0
12	Hochwasserrückhaltebecken Beeckbach	A11020076	**3.000.000**	2.000.000	5.066.000	2.000.000	1.050.000	-	-	1.950.000
13	St.-Rochus-Weg, Marienweg	A11020088	**0**	0	134.000	-	-	-	-	0
14	Kanalbau Erkelenz, Anton-Raky-Allee Unterführung	A11020089	**0**	50.000	250.000	250.000	-	-	-	0
15	Kanalbau Erkelenz, Am Flachsfeld (Aachener Straße bis Am Schneller)	A11020090	**120.000**	0	120.000	-	-	-	-	120.000
16	Erkelenz Baugebiet VI/1 Bauxhof, Erschließung Kanalbau	A11020094	**0**	150.000	150.000	-	-	-	-	0
17	Kanalbau Erkelenz, Marienweg (St.-Rochus-Weg bis Krefelder Str. einschließlich Ratiborweg)	A11020095	**0**	0	75.000	-	-	-	-	0
18	Kanalbau Erkelenz, Breslauer Straße	A11020096	**0**	0	60.000	-	-	-	-	0
02	**Stadtbezirk Gerderath, Fronderath, Gerderhahn, Moorheide, Vossem**									
1	RÜB Spartastr./Barbararing	A11020103	**0**	250.000	452.000	-	-	-	-	0
2	Gerderath, Am Floßbach (östl. Teil)	A11020108	**0**	0	369.000	-	-	-	-	0
3	Kanalbau Gerderath, Schulstraße	A11020109	**0**	0	100.000	-	-	-	-	0
4	Kanalbau Gerderath, Florianstraße	A11020110	**2.000**	0	62.000	-	-	-	-	2.000
03	**Stadtbezirk Schwanenberg, Geneiken, Genfeld, Genhof, Grambusch, Lentholt**									
1	Regenklärbecken Schwanenberg (Bodenfilter)	A11020201	**600.000**	800.000	834.000	-	270.000	-	-	330.000
04	**Stadtbezirk Golkrath, Houverath, Houverather Heide, Hoven, Matzerath**									
1	Kanalbau Golkrath, St.-Stephanus-Str. (Terreicken - Am Kloster)	A11020303	**50.000**	50.000	50.000	-	-	-	-	50.000

Pos.	Bezeichnung	Auftragssachkonten A1102	Ansatz 2016	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2016			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
05	**Stadtbezirk Granterath und Hetzerath, Commerden, Genehen, Scheidt, Tenholt**									
1	Zum Wahnenbusch (östl. Teil)	A11020403	**25.000**	25.000	25.000	-	-	-	-	25.000
06	**Stadtbezirk Lövenich, Katzem, Kleinbouslar**									
1	Kanalbau Lövenich, Bruchstraße	A11020506	**0**	0	630.000	-	-	-	-	0
2	Kanalisierung Katzem, Zum Eichhof	A11020508	**0**	0	94.000	-	-	-	-	0
3	Kanalbau Katzem, Am Dreieck (In Katzem - Ortsende)	A11020510	**0**	80.000	80.000	-	-	-	-	0
4	Kanalsanierung Katzem, Hohlstraße (In Katzem - Vorstadt)	A11020512	**180.000**	0	180.000	-	-	-	-	180.000
5	Kanalisierung Lövenich, Kasernenstraße	A11020515	**0**	0	84.000	-	-	-	-	0
6	Kanalisierung Lövenich, Hauptstraße	A11020516	**0**	0	667.000	-	-	-	-	0
7	Kanalisierung Lövenich, Am Hasenloch	A11020517	**15.000**	0	15.000	-	-	-	-	15.000
8	Kanalisierung Lövenich, Am Lerchenpfad	A11020518	**0**	0	70.000	-	-	-	-	0
9	Kanalsanierung Lövenich, Hasseler Straße	A11020519	**0**	0	50.000	-	-	-	-	0
10	Hydraulische Kanalisierung Lövenich, Körrenziger Straße	A11020520	**0**	0	93.000	-	-	-	-	0
11	Kanalbau Lövenich, Meinweg	A11020521	**15.000**	0	15.000	-	-	-	-	15.000
12	Kanalisierung Lövenich, Stettenerberg	A11020522	**0**	0	40.000					0
13	Hydraulische Kanalsanierung Lövenich, In Lövenich	A11020523	**0**	0	450.000	-	-	-	-	0
14	Hydraulische Kanalsanierung Lövenich, Kirchplatz	A11020524	**0**	0	200.000	-	-	-	-	0
15	Kanalbau Lövenich, Gartenstraße	A11020526	**0**	0	40.000	-	-	-	-	0
16	Kanalbau Lövenich, Am Lerchenpfad (Baugebiet - An der Hofkirche)	A11020527	**0**	0	30.000	-	-	-	-	0

Pos.	Bezeichnung	Auftragssachkonten A1102	Ansatz 2016	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2016			
							Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
07	**Stadtbezirk Kückhoven**									
1	In Kückhoven, östl. Spitzberg bis Ortsende	A11020603	**0**	0	200.000	-	-	-	-	0
2	Kanalisierung Kückhoven, Spitzberg	A11020608	**0**	0	140.000	-	-	-	-	0
3	Hydraulische Vernetzung Kückhoven, Finkenweg	A11020611	**17.000**	17.000	17.000	-	-	-	-	17.000
4	Netzerweiterung Kückhoven, Thingstraße nördl. L19	A11020615	**10.000**	10.000	10.000	-	-	-	-	10.000
5	Kanalbau Kückhoven, Zur Malter	A11020620	**0**	130.000	130.000	-	-	-	-	0
6	Kückhoven, Stülpend (Thingstraße - In Kückhoven)	A11020621	**0**	0	350.000	-	-	-	-	0
08	**Stadtbezirk Keyenberg und Venrath, Berverath, Etgenbusch, Kaulhausen, Kuckum, Mennekrath, Neuhaus, Oberwestrich, Terheeg, Unterwestrich, Wockerath**									
1	Kanalsanierung Wockerath, Kölner Heerweg/Annastraße	A11020709	**0**	0	250.000	-	-	-	-	0
2	Kanalbau Venrath, An St. Valentin/Hilmmelspfad	A11020710	**145.000**	0	145.000	-	-	-	-	145.000
3	Kanalbau Wockerath, In Wockerath (Jacobstr. - Ortsausgang)	A11020711	**0**	0	75.000	-	-	-	-	0
4	Wockerath, Jacobstraße (Ortsanfang West - Ende Ost)	A11020712	**0**	0	700.000	-	-	-	-	0
5	Venrath, Wickrathberger Straße	A11020713	**0**	0	70.000	-	-	-	-	0

Pos.	Bezeichnung	Auftragssachkonten A1102	Ansatz 2016	Ansatz Vorjahr	Gesamtaus-gabebedarf	Verpflichtungs-ermächtigung	Finanzierungsmittel 2016 Zuweisungen	Beiträge/ Erstattungen	Tilgungs-erstattungen	Darlehen
			€	€	€	€	€	€	€	€
09	**Stadtbezirk Holzweiler, Immerath, Immerath (neu), Lützerath, Pesch,**									
	-									
	Alle Stadtteile									
1	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanal-verlängerungen)	A11020905	**30.000**	30.000	30.000	-	-	22.000	-	8.000
2	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanal-sanierungen)	A11020906	**50.000**	50.000	50.000	-	-	-	-	50.000
3	Generalentwässerungsplan	A11020907	**30.000**	30.000	390.000		-	-	-	30.000
4	Hausanschlüsse	A11020908	**80.000**	80.000	80.000	-	-	80.000	-	0
5	Netzoptimierung	A11020912	**200.000**	100.000	812.000	-	-	-	-	200.000
	e) Sonstiges									
1	Außerordentliche Tilgung von Darlehen - Umschuldung	----	**0**	**0**	-	-	-	-	-	0
			7.829.000	**7.682.000**		**2.850.000**	**1.320.000**	**102.000**	**0**	**6.407.000**
	Tilgung von Darlehen	----	**3.235.000**	**2.989.000**			abzüglich erwirtschafteter Abschreibungen gemäß Erfolgsplan		3.267.066	
	Gesamtauszahlungsbedarf		**11.064.000**	**10.671.000**			davon für die Tilgung von Krediten		3.235.000	32.066
						Kreditbedarf:				**6.374.934**

Ü b e r s i c h t

über die aus Verpflichtungsermächtigungen
voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
- in 1.000 € -

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Verpflichtungs-ermächtigung in 2016	voraussichtlich fällige Auszahlungen 2017	2018	2019
1	A11020049 - Kanalsanierung Brückstraße (Im Mühlenfeld bis Ziegelgasse)	**600**	600	0	0
2	A11020076- Hochwasserrückhaltebecken Beeckbach	**2.000**	2.000	0	0
3	A11020089 - Kanalbau Erkelenz, Anton-Raky-Allee Unterführung	**250**	250	0	0
		2.850	2.850	0	0

Entwurf

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung (einschl. eines Investitionsprogramms) für die Jahre 2015 - 2019

gemäß § 18 EigVO für den Städtischen Abwasserbetrieb Erkelenz

Teil A - Ergebnisplan

Erläuterungen		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
1.	Umsatzerlöse						
1.1	Niederschlagswassergebühren	110201 432107	5.040.000	5.062.500	5.113.125	5.164.256	5.215.899
1.2	Schmutzwassergebühren	110201 432207	4.163.800	4.125.600	4.166.856	4.208.525	4.250.610
1.3	Gebühren für die Entsorgung privater Grundstücke	110201 432307	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
1.4	Auflösung empfangener Anschlußbeiträge	110201 446307	522.477	547.443	524.726	504.935	472.845
	Summe 1 :		9.729.277	9.738.543	9.807.707	9.880.716	9.942.354
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		0	0	0	0	0
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen (Anteil des Personals für vermögenswirksame Maßnahmen)	110201 446407	288.248	310.642	313.748	316.885	320.054
4.	Sonstige betriebliche Erträge						
4.1	Verkaufserlöse	110201 442107	0	0	0	0	0
4.2	Sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen)	110201 448707	480.000	430.000	257.000	150.000	0
4.3	Erstattung der Kosten für die Instandsetzung von Hausanschlüsseen, Schadenersätze u.ä.	110201 446207	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
4.4	Zuweisungen Land	110201 414107	0	0	0	0	0
	Summe 4 :		481.000	431.000	258.000	151.000	1.000

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
5.	Materialaufwand						
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren						
5.1	Flockungsmittel, Betriebsstoffe u.a.	110201 527907	80.000	90.000	90.900	91.809	92.727
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen						
5.2	Abwasser- und Bodenuntersuchungen	110201 524307	4.000	4.000	4.040	4.080	4.121
5.3	Schlammbeseitigung	110201 524407	270.000	280.000	250.000	252.500	255.025
5.4	Kanalreinigung	110201 524507	100.000	100.000	101.000	102.010	103.030
	Summe 5:		454.000	474.000	445.940	450.399	454.903
6.	Personalaufwand						
	a) Bezüge, Löhne und Gehälter						
	Erstattung an Stadt						
	- Beamte	110201 501107	94.772	97.823	98.801	99.789	100.787
	- tariflich Beschäftigte	110201 501207	655.996	689.553	696.449	703.413	710.447

	Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung						
Erstattung an Stadt						
- Beamte - Alterversorgung	110201 501107	40.250	41.203	41.615	42.031	42.451
- tariflich Beschäftigte - Altersversorgung	110201 501207	50.262	52.902	53.431	53.965	54.505
- tariflich Beschäftigte - Sozialversicherung	110201 501207	129.800	137.828	139.206	140.598	142.004
- Beihilfen Beamte	110201 501107	2.550	2.325	2.348	2.371	2.395
- Beihilfen tariflich Beschäftigte	110201 501207	3.575	3.913	3.952	3.992	4.032
c) Personalverwaltungskostenpauschale	110201 501907	148.556	152.140	153.661	155.198	156.750
Summe 6:		1.125.761	1.177.687	1.189.463	1.201.357	1.213.371
7. Abschreibungen						
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	110201 571107					
- auf Kläranlagen, Pumpwerke u.a.		603.876	616.270	620.761	628.890	646.511
- auf Einrichtungen und Geräte (einschl. GWG)		5.038	3.212	2.586	1.816	1.472
- auf Fahrzeuge		8.611	8.611	3.961	1.160	967
- auf Hausanschlüsse		159.048	163.896	163.896	163.122	162.348
- auf sonstige Kanalanlagen		2.442.984	2.472.689	2.493.441	2.417.570	2.425.911
- EDV-Software		941	1.000	1.000	1.000	1.000
- Konzessionen		0	1.388	1.272	0	0
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten		0	0	0	0	0
Summe 7:		3.220.498	3.267.066	3.286.916	3.213.557	3.238.208

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen						
8.01	Besondere Aufwendungen für Bedienstete	110201 526107	15.000	10.000	10.100	10.201	10.303
8.02	Abwasserabgabe	110201 544507	150.000	120.000	121.200	122.412	123.636
8.03	Haltung von Fahrzeugen	110201 525107	12.000	12.000	12.120	12.241	12.363
8.04	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegen-stände, sonstige Gebrauchsgegenstände	110201 525607	18.000	18.000	18.180	18.362	18.546
8.05	Verwaltungskostenpauschale	110201 545207	104.379	116.192	117.354	118.528	119.713
8.06	Geschäftsaufwendungen	110201 543107	25.000	30.000	30.300	30.603	30.909
8.07	Versicherungen, Schadensleisteungen	110201 544107	1.000	1.000	1.010	1.020	1.030
8.08	Lfd. Unterhaltung der Abwasserkanäle	110201 522207	200.000	200.000	202.000	204.020	206.060
8.09	Lfd. Unterhaltung der Kläranlagen	110201 522307	160.000	140.000	141.400	142.814	144.242
8.10	Lfd. Unterhaltung sonst. Abwasserbetriebsstellen	110201 522407	150.000	85.000	85.850	86.709	87.576
8.11	Bewirtschaftungskosten Kläranlagen u.ä.	110201 524907	50.000	55.000	55.550	56.106	56.667
8.12	Bewirtschaftungskost.Grundstücksentwässerungsanlag.	110201 524607	15.000	15.000	15.150	15.302	15.455
8.13	Bewirtschaftung - Energiekosten - Kläranlagen	110201 524707	335.000	335.000	338.350	341.734	345.151
8.14	Bewirtschaftung - Energiekosten -Pumpwerke etc.	110201 524807	195.000	200.000	202.000	204.020	206.060
8.15	Kanalkataster, Gutachten	110201 543307	40.000	60.000	30.000	30.300	30.603
8.16	Zuweisungen an Abwasserverbände	110201 531307	710.000	720.000	727.200	734.472	741.817
8.17	Dienstreisen	110201 526307	6.000	6.000	6.060	6.121	6.182
8.18	Mieten	110201 542207	25.000	25.000	25.250	25.503	25.758
8.19	Mitgliedsbeiträge	110201 543407	5.000	5.000	5.050	5.101	5.152
	Summe 8 :		2.216.379	2.153.192	2.144.124	2.165.569	2.187.223

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
9.	Erträge aus Beteiligungen		0	0	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		0	0	0	0	0
11.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge						
11.1	Zinserstattung vom Niersverband	110201 461307	2.100	1.650	1.150	650	100
11.2	Stundungszinsen	110201 461507	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
11.3	Säumniszuschläge	110201 456207	5.000	15.000	15.000	15.000	15.000
11.4	Andere sonstige ordentliche Erträge	110201 459107	40.000	40.000	40.000	40.000	40.000
	Summe 11:		48.100	57.650	57.150	56.650	56.100
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen						
13.1	Kreditzinsen (einschl. aufgelaufener Zinsen gem. § 255 Abs.3 HGB aus Finanzierungsverträgen)						
	Zinsaufwendungen an sonst.öffentl. Sonderrech.	110201 551607	132.000	125.000	114.000	103.000	92.000
	Zinsaufwendungen an Kreditinstitute	110201 551707	205.000	186.000	168.000	149.000	123.000
	Zinsaufwendungen für Liquiditätsdarlehen	110201 551717	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
	Zinsaufwendungen sonst. inländ. Bereich	110201 551807	879.000	811.000	716.000	629.000	551.000
13.2	Sonstige Zinsen	110201 551807	0	0	0	0	0
	Summe 13:		1.266.000	1.172.000	1.048.000	931.000	816.000
14.	Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
	Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit errechnet sich aus der Aufrechnung der Ertragspositionen 1 bis 4 und 9 bis 11 und den Aufwandspositionen 5 bis 8 und 12 und 13: somit 2.293.890 €		2.263.987	2.293.890	2.322.162	2.443.369	2.409.803
15.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		0	0	0	0	0

		Produktsachkonten	Erfolgsplan 2015 €	Erfolgsplan 2016 €	Erfolgsplan 2017 €	Erfolgsplan 2018 €	Erfolgsplan 2019 €
16.	Aufwendungen aus Verlustübernahme		0	0	0	0	0
17.	Außerordentliche Erträge	110201 491107	0	0	0	0	0
18.	Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0
19.	Außerordentliches Ergebnis (Ermittelt durch Gegenüberstellung der Punkte 17 und 18)		0	0	0	0	0
20.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0	0	0
21.	Sonstige Steuern	110201 544107	500	500	500	500	500
	Jahresgewinn		2.263.487	2.293.390	2.321.662	2.442.869	2.409.303

Teil B - Finanzplanung mit Investitionsprogramm

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung							Finanzierung						
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Auftragssachkonten A 1102	Gesamt-ausgabe-bedarf	Über den Ansatz 2015 be-reitgestellt/ eingespart (+/-)	2016 und später neu veran-schlagt	bisher bereit-gestellt	2015	2016	2017	2018	2019	Vor-jahre	2015	2016	2017	2018	2019	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
	I. Sachanlagen																	
	a) Grundstücke ohne Bauten																	
1	Sonstiger Grunderwerb	A11020900	200		-200	3	200	**200**	10	10	10	3	200	**200**	10	10	10	10
	b) Beweg.Sachen des Anlagevermögens																	
1	Erwerb von Vermögensgegenständen	A11020901	10			62	10	**10**	50	10	10	62	10	**10**	50	10	10	10
	c) Abwasseranlagen - Kläranlagen																	
1	Anpassungsmaßnahmen ARA Erkelenz-Mitte	A11020902	3.839		-1.000	1.009	1.450	**1.830**	350	100	100	1.009	1.450	**1.830**	350	100	100	10
2	Anpassungsmaßnahmen Abwasserbetriebs-stellen	A11020903	578		-30	368	80	**30**	70	30	30	368	80	**30**	70	30	30	10
	d) Abwasseranlagen - Kanalanlagen -																	
01	**Stadtbezirk Erkelenz-Mitte, Oerath, Borschemich, Borschemich (neu), Bellinghoven**																	
1	Kanalsanierung Oerath	A11020010	200		-200	0	200	**200**	-	-	-	0	200	**200**	-	-	-	10
2	Erschließung GIPCO, westl. Teil	A11020013	165			105	30	**30**	-	-	-	105	30	**30**	-	-	-	10
3	Kanalsanierung Aachener Str., Bereich Am Hagelkreuz	A11020027	60		-60	0	60	**60**	-	-	-	0	60	**60**	-	-	-	10
4	Kanalsanierung Am Schneller	A11020028	110		-110	0	110	**110**	-	-	-	0	110	**110**	-	-	-	10
5	Kanalerweiterung Roermonder Straße	A11020040	415		-190	225	190	**190**	-	-	-	225	190	**190**	-	-	-	10
6	Kanalsanierung Erkelenz-Mitte, Südpromenade	A11020043	900			0	700	**200**	-	-	-	0	700	**200**	-	-	-	10
7	Kanalsanierung Von-Reumont-Straße	A11020044	80			0	80	**-**	-	-	-	0	80	**-**	-	-	-	10

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung						Finanzierung						
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Auftragssachkonten A 1102	Gesamt-ausgabe-bedarf	Über den Ansatz 2015 be-reitgestellt/ eingespart (+/-)	2016 und später neu veran-schlagt	bisher bereit-gestellt	2015	2016	2017	2018	2019	Vor-jahre	2015	2016	2017	2018	2019	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
8	Kanalsanierung Zehnthofweg	A11020047	121			1	120	-	-	-	-	1	120	-	-	-	-	10
9	Kanalsanierung Brückstraße (Im Mühlenfeld bis Ziegelgasse)	A11020049	1.109		-500	9	600	**400**	600	-	-	9	600	**400**	600	-	-	10
10	Kanalbau Erkelenz, Schulring	A11020071	5			0	-	-	5	-	-	0	-	-	5	-	-	10
11	Kanalsanierung Schulring - Höfe	A11020072	300			0	0	-	-	-	300	0	0	-	-	-	300	10
12	Hochwasserrückhaltebecken Beeckbach	A11020076	5.066		-1.950	16	2.000	**3.000**	2.000	-	-	0	700	**1.050**	700	-	-	2
												16	1.300	**1.950**	1.300	-	-	10
13	St.-Rochus-Weg, Marienweg	A11020088	134			134	-	-	-	-	-	134	-	-	-	-	-	10
14	Kanalbau Erkelenz, Anton-Raky-Allee Unterführung	A11020089	250		-50	0	50	-	250	-	-	-	-	-	146	-	-	2
												0	50	-	104	-	-	10
15	Kanalbau Erkelenz, Am Flachsfeld (Aachener Straße bis Am Schneller)	A11020090	120			0	-	**120**	-	-	-	0	-	**120**	-	-	-	10
16	Erkelenz Baugebiet VI/1 Bauxhof, Erschließung Kanalbau	A11020094	150			0	150	-	-	-	-	0	150	-	-	-	-	10
17	Kanalbau Erkelenz, Marienweg (St.- Rochus-Weg bis Krefelder Str. einschließlich Ratiborweg)	A11020095	75				-	-	75	-	-	0	-	-	75	-	-	10
18	Kanalbau Erkelenz, Breslauer Straße	A11020096	60			0	-	-	60	-	-	0	-	-	60	-	-	10
02	**Stadtbezirk Gerderath, Fronderath, Gerderhahn, Moorheide, Vossem**																	
1	Regenüberlaufbecken Spartastraße/Barbararing	A11020103	452			202	250	-	-	-	-	202	250	-	-	-	-	10
2	Gerderath, Am Floßbach (östl. Teil)	A11020108	369			369	-	-	-	-	-	369	-	-	-	-	-	10
3	Kanalbau Gerderath, Schulstraße	A11020109	100			0	-	-	100	-	-	0	-	-	100	-	-	10
4	Kanalbau Gerderath, Florianstraße	A11020110	62			0	-	**2**	60	-	-	0	-	**2**	60	-	-	10

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung						Finanzierung						
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Auftragssachkonten A 1102	Gesamt-ausgabe-bedarf	Über den Ansatz 2015 bereitgestellt/ eingespart (+/-)	2016 und später neu veranschlagt	bisher bereitgestellt	2015	2016	2017	2018	2019	Vorjahre	2015	2016	2017	2018	2019	Finanzierungsart
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
03	**Stadtbezirk Schwanenberg, Geneiken, Genfeld, Genhof, Grambusch, Lentholt**																	
1	Regenklärbecken Schwanenberg, (Bodenfilter)	A11020201	834		-600	34	800	**600**	-	-	-	34	360	**270**	-	-	-	2
													440	**330**	-	-	-	10
04	**Stadtbezirk Golkrath, Houverath, Houverather Heide, Hoven, Matzerath**																	
1	Kanalbau Golkrath, St.- Stephanus-Str. (Terreicken - Am Kloster)	A11020303	50		-50	0	50	**50**	-	-	-	0	50	**50**	-	-	-	10
05	**Stadtbezirk Granterath und Hetzerath, Commerden, Genehen, Scheidt, Tenholt**																	
1	Zum Wahnenbusch (östl. Teil)	A11020403	25		-25	0	25	**25**	-	-	-	0	25	**25**	-	-	-	10
06	**Stadtbezirk Lövenich, Katzem, Kleinbouslar**																	
1	Kanalbau Lövenich, Bruchstraße	A11020506	630			0	-	**-**	-	-	630	0	-	**-**	-	-	630	10
2	Kanalisierung Katzem, Zum Eichhof	A11020508	94			94	-	**-**	-	-	-	94	-	**-**	-	-	-	10
3	Kanalbau Katzem, Am Dreieck	A11020510	80			0	80	**-**	-	-	-	0	80	**-**	-	-	-	10
4	Kanalsanierung Katzem, Hohlstraße (In Katzem - Vorstadt)	A11020512	180			0	-	**180**	-	-	-	0	-	**180**	-	-	-	10
5	Kanalisierung Lövenich, Kasernenstraße	A11020515	84			84	-	**-**	-	-	-	84	-	**-**	-	-	-	10
6	Kanalisierung Lövenich, Hauptstraße	A11020516	667			667	-	**-**	-	-	-	667	-	**-**	-	-	-	10
7	Kanalsanierung Lövenich, Am Hasenloch	A11020517	15			0	-	**15**	-	-	-	0	-	**15**	-	-	-	10
8	Kanalisierung Lövenich, Am Lerchenpfad	A11020518	70			70	-	**-**	-	-	-	70	-	**-**	-	-	-	10
9	Kanalsanierung Lövenich, Hasseler Straße	A11020519	50			0	-	**-**	-	-	50	0	-	**-**	-	-	50	10
10	Hydraulische Kanalisierung Lövenich, Körrenziger Straße	A11020520	93			93	-	**-**	-	-	-	93	-	**-**	-	-	-	10
11	Kanalbau Lövenich, Meinweg	A11020521	15			0	-	**15**	-	-	-	0	-	**15**	-	-	-	10
12	Kanalisierung Lövenich, Stettenerberg	A11020522	40			0	-	**-**	-	-	40	0	-	**-**	-	-	40	10
13	Hydraulische Kanalsanierung Lövenich, In Lövenich	A11020523	450			0	-	**-**	-	450	-	0	-	**-**	-	450	-	10
14	Hydraulische Kanalsanierung Lövenich, Kirchplatz	A11020524	200			0	-	**-**	-	200	-	0	-	**-**	-	200	-	10
15	Kanalbau Lövenich, Gartenstraße	A11020526	40			0	-	**-**	-	-	40	0	-	**-**	-	-	40	10
16	Kanalbau Lövenich, Am Lerchenpfad (Baugebiet - An der Hofkirche)	A11020527	30			0	-	**-**	-	30	-	0	-	**-**	-	30	-	10
07	**Stadtbezirk Kückhoven**																	
1	In Kückhoven, östl. Spitzberg bis Ortsende	A11020603	200				-	**-**	-	200	-	0	-	**-**	-	200	-	10
2	Kanalisierung Kückhoven, Spitzberg	A11020608	140			0	-	**-**	-	140	-	0	-	**-**	-	140	-	10

				nachrichtlich		Mittelbereitstellung							Finanzierung					
Lfd. Nr	Bezeichnung der Maßnahme	Auftragssachkonten A 1102	Gesamt-ausgabe-bedarf	Über den Ansatz 2015 be-reitgestellt/ eingespart (+/-)	2016 und später neu veran-schlagt	bisher bereit-gestellt	2015	2016	2017	2018	2019	Vor-jahre	2015	2016	2017	2018	2019	Finan-zierungs-art
			T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	
3	Hydraulische Vernetzung Kückhoven, Finkenweg	A11020611	17		-17	0	17	**17**	-	-	-	0	17	**17**	-	-	-	10
4	Netzerweiterung Kückhoven, Thingstraße nördl. L19	A11020615	10		-10	0	10	**10**	-	-	-	0	10	**10**	-	-	-	10
5	Kanalbau Kückhoven, Zur Malter	A11020620	130			0	130	**-**	-	-	-	0	130	**-**	-	-	-	10
6	Kückhoven, Stülpend (Thingstraße - In Kückhoven)	A11020621	350			0	-	**-**	-	350	-	0	-	**-**	-	350	-	10
08	**Stadtbezirk Keyenberg und Venrath, Berverath, Etgenbusch, Kaulhausen, Kuckum, Mennekrath Neuhaus, Oberwestrich, Terheeg, Unterwestrich, Wockerath**																	
1	Kanalsanierung Wockerath, Kölner Heerweg/Annastraße	A11020709	250			0	-	**-**	-	250	-	0	-	**-**	-	250	-	10
2	Kanalbau Venrath, An St. Valentin/Himmelspfad	A11020710	145			0	-	**145**	-	-	-	0	-	**145**	-	-	-	10
3	Kanalbau Wockerath, In Wockerath (Jacobstr. - Ortsausgang)	A11020711	75			0	-	**-**	75	-	-	0	-	**-**	75	-	-	10
4	Wockerath, Jacobstraße (Ortsanfang West - Ende Ost)	A11020712	700			0	-	**-**	-	700	-	0	-	**-**	-	700	-	10
5	Venrath, Wickrathberger Straße	A11020713	70			0	-	**-**	70	-	-	0	-	**-**	70	-	-	10
09	**Stadtbezirk Holzweiler, Immerath, Immerath (neu), Lützerath, Pesch** **-**																	
	Alle Stadtteile																	
1	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanal-verlängerungen)	A11020905	30			138	30	**30**	30	30	30	138	22 8	**22** **8**	22 8	22 8	22 8	7 10
2	Sonstige Kanalvorhaben (kleinere Kanal-sanierungen)	A11020906	50			15	50	**50**	50	50	50	15	50	**50**	50	50	50	10
3	Generalentwässerungsplan	A11020907	390		-30	0	30	**30**	300	30	30	0	30	**30**	300	30	30	10
4	Hausanschlüsse	A11020908	80			469	80	**80**	80	80	80	469	80	**80**	80	80	80	10
5	Netzoptimierung	A11020912	812		-100	12	100	**200**	200	200	200	12	100	**200**	200	200	200	10
	Sonstiges																	
1	Tilgung von Darlehen	-	3.235			0	2.989	**3.235**	3.397	3.105	3.045	0	2.989	**3.235**	3.397	3.105	3.045	10
2	Außerordentliche Tilgung von Darlehen - Umschuldung	-	0			0	0					0	0					7
	Gesamtsummen:		25.261			4.179	10.671	**11.064**	7.832	5.965	4.645	4.179	10.671	**11.064**	7.832	5.965	4.645	
	Aufgliederung der Finanzierung																	
	Landesmittel												1.060	**1.320**	846	0	0	2
	Zuweisungen Gemeindeverbände												0	**0**	0	0	0	3
	Beiträge												80	**80**	80	80	80	5
	Tilgungserstattungen												22	**22**	22	22	22	7
	Finanzierung durch Fa. RWE Power AG												0	**0**	0	0	0	8
	Eigenmittel/Kredite												9.509	**9.642**	6.884	5.863	4.543	10
	- davon Abschreibungsmittel												3.220	**3.267**	3.287	3.214	3.238	
	- davon Kredite												6.289	**6.375**	3.597	2.649	1.305	

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/351/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 01.12.2015 Verfasser: Amt 61 Manfred Orth

9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In seiner Sitzung am 15.12.2010 hat der Rat der Stadt Erkelenz dem in der Sitzung vorgestellten Entwurf der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte zugestimmt und beschlossen, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zu beteiligen.

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 11 vom 08.05.2015 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am 19.05.2015 im Rathaus der Stadt Erkelenz durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 22.04.2015 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.

Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während

des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses
Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte wurde mit Schreiben vom 23.04.2015 beteiligt. Seitens des Bezirksausschusses wurde keine Stellungnahme abgegeben.

4. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Nach Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe vom 16.06.2015 und des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.06.2015 wurde der Entwurf der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 19 vom 21.08.2015 in der Zeit vom 31.08.2015 bis 30.09.2015 öffentlich ausgelegt.
Während der öffentlichen Auslegung wurden abwägungsrelevante Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragen. Diese Stellungnahmen sind in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit - und in der Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentliche Belange – zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte, aufgelistet.

In dieser Sitzung soll über die vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden werden.

Die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte soll in dieser Sitzung beschlossen werden.

Aspekte Stadtmarketing/Lokale Agenda 21
Aspekte des Stadtmarketings sind durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Durch die Bebauungsplanänderung werden agendarelevante Aspekte berücksichtigt. Aufgrund der Gesetze, die in der Bauleitplanung zu beachten sind, ist eine nachhaltige ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Ausführung von Planungen gewährleistet.

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Beschlussentwurf:
„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der Anlage -

Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden.
Die Anlage zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte,.- Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte, wird hiermit beschlossen.
3. Die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz ist der Bezirksregierung Köln zur Genehmigung vorzulegen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 18.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir als unmittelbar betroffene Anwohner der o.g. Bauleitplanverfahren nachfolgende Stellungnahme abgeben mit der Bitte, uns im weiteren Verfahren entsprechend zu informieren. Die in der beigefügten Unterschriftenliste (Anlage) namentlich genannten Personen aus der betroffenen Nachbarschaft schließen sich dieser Stellungnahme an.

Zunächst begrüßen wir es, dass die Stadt Erkelenz ein Bauleitplanverfahren eingeleitet hat, um eine sinnvolle städtebauliche Nachfolgenutzung des brachliegenden Logistikzentrums/Zentrallager der REWE-Zentral AG zu ermöglichen. Das Ziel an diesem Standort eine Mischung aus gewerblichen Nutzungen und großflächigen Einzelhandel zu etablieren erscheint plausibel, jedoch muss aus unserer Sicht gewährleistet sein, dass die geplanten Nutzungen auch mit der angrenzenden Wohnbebauung vereinbar sind. Hierzu erfolgen in der Begründung zum o.g. Bebauungsplan umfangreiche Aussagen, die jedoch insbesondere in einigen Einzelaspekten (insb. Verkehr und Lärm) von uns kritisch hinterfragt werden.

Verkehr

Wir befürchten, dass sich im Zuge des geplanten Vorhabens die bereits heute erhebliche Verkehrsbelastung der Aachener Straße, sowie des Kreuzungsbereichs Aachener Straße/Carl-Benz-Straße weiter verschlechtert. Die insbesondere zu Stoßzeiten starke Belastung der Aachener Straße führt bereits heute zu erheblichen Lärm- bzw. Immissionsbelastungen der angrenzenden Wohnbebauung im Bereich der Jean-Monnet-Straße sowie der Commerdener Höhe. Aus diesem Grund sehen wir die Ausführungen der vorliegenden Bauleitplanung zum Thema Verkehr sehr kritisch.

Unter Punkt 4.1 der Begründung zum Bebauungsplan wird u.a. die verkehrliche Erschließung des Plangebietes näher erläutert. Demnach soll die äußere Erschließung über den bereits vorhandenen Kreisverkehr an der Aachener Str./Gewerbestraße Süd/Zufahrt LIDL (Knotenpunkt 1) sowie zusätzlich über die Carl-Benz-Straße erfolgen. In o.g. Kapitel wird auf S. 14 außerdem ausgeführt, dass „Im Rahmen der Realisierung des Vorhabens (….) ein Umbau des Knotenpunktes Carl-Benz-Straße/Aachener Straße geplant“ ist (Knotenpunkt 2). Ein entsprechender städtebau-

licher Entwurf stellt nach unserer Kenntnis für diesen Knotenpunkt 2 bereits zeichnerisch einen Kreisverkehr dar. Punkt 12 (Kosten) der Begründung erläutert diesbzgl. ergänzend, dass „Umbaumaßnahmen des vorhandenen Knotenpunktes Aachener Straße/Carl-Benz-Straße (…) auch vom Investor getragen werden „ sollen.

(An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass auf S. 39/40 der Begründung die Kapitelnummerierungen nicht korrekt ist (Punkt 12/13)).

Die „Untersuchung der Verkehrsauswirkungen“ (Punkt 5 der Begründung) gibt die wesentlichen Inhalt des Verkehrsgutachtens (Verkehrliche Untersuchung um Bebauungsplan VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“) wieder und kommt zum Ergebnis, dass die prognostizierte erhöhte Verkehrsbelastung durch die geplanten Ansiedlungen bei keinem der untersuchten Knotenpunkte eine ausschlaggebende Verschlechterung der Verkehrssituation verursacht und daher auch bei keinem Knotenpunkt eine zwingende Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrsqualität zu ergreifen sei.

Für den Knotenpunkt 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ lautet die Prognose, dass sich hier mit der heutigen Betriebsform (Vorfahrt-Regelung) weiterhin die Qualitätsstufe D (ausreichend) einstellen wird, dies die Mindestqualität ohne weiteren Handlungsbedarf darstellt und daher Änderungen an der Betriebsform nicht erforderlich seien. Hingegen wird für den Knotenpunkt 1 „Aachener Straße/Gewerbestraße Süd/Zufahrt LIDL“ unter Berücksichtigung der Belastungserhöhung die Qualitätsstufe B (gut) erwartet (Ausgangszustand war Qualitätsstufe A (sehr gut)), also faktisch eine Verschlechterung.

Hier bleibt unserer Ansicht nach unklar, ob es nun – wie unter Punkt 4.1 und 12 der Begründung erläutert – Umbaumaßnahmen im Bereich des Knotenpunkt 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ geben wird oder nicht?

Das Gutachten bestätigt unseren Eindruck, dass der Knotenpunkt 2 bereits heute eine eher schlechte Verkehrsqualität aufweist. Die Qualitätsstufe D – wie in diesem Fall Vorfahrtgeregelt – bewertet die Situation als lediglich „noch stabil“ (vgl. Tab. 5. S. 21, Verkehrsgutachten). Mit Realisierung des geplanten Vorhabens wird es insgesamt zu mehr Verkehr kommen, sodass aus unserer Sicht die Verkehrsqualität am Knotenpunkt 2 früher oder später „kippen“ muss und nicht mehr „stabil“ aufrecht erhalten werden kann, wenn kein Umbau erfolgt.

Als direkt betroffene Anwohner, die täglich mehrfach den Knotenpunkt 2 aus Richtung Commerdener Höhe nutzen und oftmals lange Wartezeiten mit deutlichem Zeitverlust – insbesondere beim Linksabbiegen – hinnehmen müssen, fordern wir vor dem Hintergrund der geplanten Neuansiedlungen und der damit zu erwartenden Erhöhung des Verkehrsaufkommens dringend einen Umbau des Knotenpunktes 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“, optimaler Weise als Kreisverkehr!

Die Annahme des o.g. Gutachtens, dass der Knotenpunkt 1 „Aachener Straße/“Gewerbestr. Süd/Zufahrt LIDL“ eine minimale Verschlechterung aufgrund der Zufahrt von der Aachener Straße und (!) Nord erfährt und am Knotenpunkt 2 hingegen keine erkennbare Verschlechterung eintreten soll, wird unsererseits hinterfragt. Wenn es eine zweite Einfahrt zur Erschließung des Planbereiches bzw. der geplan-

ten ca. 400 Stellplatzanlagen im Bereich der Carl-Benz-Straße gibt, werden aus unserer Sicht doch vor allem die Zu- und Abfahrten Richtung Aachener Straße Nord hier konzentriert, was zu einer zusätzlichen Belastung des Knotenpunktes 2 führen wird.

Die Anlage eines neuen Kreisverkehrs könnte neben der Optimierung des Verkehrsflusses in der näheren Umgebung zudem zu einer spürbaren Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherung der Aachener Straße beitragen. Diese wird nach wie vor mit z.T. deutlich überhöhten Geschwindigkeiten (> 50 km/h) befahren, was wiederum auch zu erheblichen Lärmbelästigungen in den angrenzenden Wohnbereichen (Gärten) führt.

Zudem gibt es im Bereich des Knotenpunktes 2 bislang keine verkehrssichere Fuß-/Radwegüberquerung der Aachener Straße. Auch dies könnte durch einen Umbau in einen Kreisverkehr optimiert werden, sodass auch die fußläufige Erschließung bzw. Radwegerschließung des neu geplanten Einzelhandelsstandortes und auch der bereits bestehenden kundenorientierten Nutzungen im Bereich der Aachener Straße (i2-fitness GmbH Fitness-Center, Autohaus Bonsels & Weitz, Autohaus ecars GmbH & Co. KG etc.) sinnvoll und verkehrssicher ergänzt werden kann. Für den fußläufigen Kundenverkehr der näheren Umgebung würde der Umbau in einen Kreisverkehr eine schnellere Erreichbarkeit des neuen Einzelhandelsstandortes bedeuten. Aus unserer Sicht stellt beispielsweise der Kreuzungsbereich bzw. Kreisverkehr Neumühle/Aachener Straße/Am Hagelkreuz eine optimale Lösung hinsichtlich der Verkehrssituation dar.

Lärm

In der Vergangenheit gab es unsererseits mehrfach Kontakt mit der Stadt Erkelenz aufgrund der z.T. unzumutbaren Lärmbelästigung durch diverse Zwischennutzungen (z.B. Spedition Schenker u. a.) des betroffenen Geländes (z.B. Nichteinhaltung von Ruhezeiten etc.).

Mit der geplanten Umstrukturierung sollen neben der geplanten großflächigen Einzelhandelsnutzung auch weiterhin gewerbliche Betriebe im Plangebiet angesiedelt werden. Der Immissionsschutz ist bei der gesamten Planung von zentraler Bedeutung, sodass der Bebauungsplan hier einen nutzungsbezogenen Ausschluss von Gewerbebetrieben gemäß Abstanderlass 2007 und zusätzlich eine Gliederung des Plangebietes mit einer Belegung mit Emissionskontingenten LEK vorsieht. Zudem sollen neue Störquellen (Stellplatzanlagen, neue Gewerbebetriebe, Warenanlieferung, technische Anlagen z. Lüftungen) „über aktive und passive Schutzmaßnahmen so stark eingedämmt werden, dass eine Störung der nachbarlichen Wohnnutzungen sowie auch der neuen Nutzungen selbst im rechtlichen Sinne ausgeschlossen werden“ können (vg. Punkt 9.1, S. 34).

Die beschriebenen Maßnahmen erscheinen auf den ersten Blick plausibel und werden unsererseits grundsätzlich begrüßt, jedoch sehen wir aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit weiterhin die große Gefahr, dass z.B. Ruhezeiten und vorgeschriebene Lärmpegel nicht eingehalten werden. Insbesondere die Regelung, dass die beiden Teilflächen TF GE 1 und TF GE 2 mit einem Emissionskontingent LE von

48 dB(A) auch einen eingeschränkten Nachtbetrieb mit entsprechenden Betriebsgebäuden und in beschränktem Umfang weniger geräuschintensive Tätigkeiten im Freien erlaubt (vgl. Punkt 9.1, S. 36), lehnen wir strikt ab! Wenn geräuschintensive

Nutzungen ermöglicht werden sollen, fordern wir mindestens die Auflage entsprechende aktive Lärmschutzmaßnahmen (Schallschirme, Lärmschutzwände) zu ergreifen und diese auch umzusetzen. Nächtliche lärmintensive Betriebsabläufe o.Ä. sind aus unserer Sicht nicht mit der angrenzenden schutzbedürftigen Nutzung Wohnen vereinbar.

Eine weitere wesentliche Lärmquelle stellt der Verkehr der Aachener Straße dar. Die bereits heute erhebliche Verkehrsbelastung führt ebenfalls zu einer enormen Lärmbelästigung der angrenzenden Wohnbebauung im Bereich der Jean-Monnet-Straße sowie der Commerdener Höhe. Wie unter Punkt 9.1 auf S. 36 beschrieben, kann der „planbedingte Verkehrsanteil auf bestehenden öffentlichen Straßen (….) allerdings für einen Bebauungsplan besonders abwägungsrelevant sein, wenn die grundrechtliche Zumutbarkeitsschwelle (sogenannte zumutbare Belastung) von 70 dB(A) am Tage oder 60 dB(A) in der Nacht überschritten wird.“ Nach Aussage der Begründung wird dieses Kriterium mit der vorliegenden Bestandssituation und den neu geplanten Nutzungen jedoch nicht erreicht.

Dies kann aus unserer Sicht zu jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht abschließend beurteilt werden, da für die neu geplanten Nutzungen lediglich eine Prognose vorliegt. Ob die erwartet neue/zusätzliche Verkehrsbelastung wie prognostiziert eintritt, bleibt abzuwarten. Aus unserer Sicht ist es bei Realisierung der Planung dringend erforderlich, entsprechende verkehrstechnische Maßnahmen (z.B. Kreisverkehr am Knotenpunkt 2) für die Aachener Straße umzusetzen, die zu einer Verkehrsberuhigung und damit gleichzeitig auch zu einer Lärmminderung beitragen können.

Sollte es nach Realisierung der Planung zu einer erheblichen Mehrbelastung hinsichtlich Verkehr und Lärm kommen, fordern wir ein erneutes Lärmgutachten und zusätzliche aktive Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Lärmschutzwand im Bereich des Fuß-/Radweges entlang der Aachener Straße.

Wir bitten diese Stellungnahme im weiteren Verfahren entsprechend zu berücksichtigen und um Information, wie die von uns angeführten Aspekte im weiteren Planverfahren berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Knotenpunkt Carl-Benz-Straße/Aachener Straße

Im Zuge der Erschließungsplanung hat sich ergeben, dass nach derzeitigem Sachstand des Gutachtens am Knotenpunkt Carl-Benz-Straße/Aachener Straße keinerlei Anpassungen (auch keine Änderungen der Markierungen o.ä.) erforderlich sind. Die Begründung wird daher auf den Seiten 14 und 39 redaktionell angepasst. Im Übrigen

ist darauf hinzuweisen, dass eine Kreisverkehrskonzeption nicht Bestandteil der ausgelegten Entwurfsunterlagen war.

Für den o.g. Knotenpunkt ist gemäß Gutachten davon auszugehen, dass sich weiterhin ein ausreichender Verkehrsablauf einstellen wird. Der Gutachter schreibt dazu in seinem Gutachten: »In der Analyse war der Linkseinbieger von der Commerdener Höhe in die Aachener Straße für diese Einstufung maßgebend. In der Prognose wird neben dem zuvor genannten Verkehrsstrom auch beim Linkseinbieger aus der Carl-Benz-Straße die Qualitätsstufe D erreicht. Die mittlere Wartezeit beträgt für den Linkseinbieger Commerdener Höhe rd. 39 Sekunden und für den Linkseinbieger Carl-Benz-Straße rd. 40 Sekunden. Diese Werte liegen noch im mittleren Bereich der Qualitätsstufe D, welche eine mittlere Wartezeit zwischen 30 und 45 Sekunden aufweist. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass sich am Knotenpunkt Aachener Straße/Carl-Benz-Straße weiterhin ein ausreichender Verkehrsablauf einstellen wird.« Im Bestand existieren zudem verschiedene Alternativen, um die Kreuzung Carl-Benz-Straße/Commendener Höhe/Aachener Straße im Zweifelsfall zu umgehen.

Aufteilung der Verkehrsmengen
Die seitens des Anregers angezweifelte Aufteilung der Verkehre gemäß Verkehrsgutachten auf die verschiedenen Ausfahrten und Wege vom Plangebiet auf das Straßennetz erfolgt aufgrund von plausiblen Annahmen, die im Gutachten transparent dargelegt werden: Die Ausfahrt vom Gelände auf die Carl-Benz-Straße wird seitens des Gutachters als untergeordnete Grundstückszufahrt eingeordnet, über die nur rund 28 % des gesamten Verkehrsaufkommens abgewickelt werden kann/soll. Über die Aachener Straße kommen aus/fahren in Richtung Stadtmitte gemäß Gutachten insgesamt 25,8 % des gesamten Verkehrsaufkommens des Standortes (2,2 % fahren demnach über die Paul-Rüttchen-Straße). Die Haupterschließung bildet der leistungsfähige Knotenpunkt/Kreisverkehr Lidl-Markt/Gewerbestraße Süd/Aachener Straße. Den Annahmen legt der Gutachter die mit den zulässigen Verkaufsflächen verbundenen Verkehrsmengen zugrunde. Das Gutachten analysiert zudem die Einzugsgebiete des Standortes und die damit verbundenen Wege (anteilig differenziert nach allen Städten im Einzugsbereich sowie für Erkelenz nach Stadtteilen). Die Annahmen basieren auf dem ungünstigsten Szenario in der für den Standort wesentlichen Hauptverkehrszeit (zwischen 17:00 und 18:00 Uhr).

Vorschläge zur Verkehrsberuhigung
Zu hohe gefahrene Geschwindigkeiten auf der Aachener Straße sind kein Regelungsinhalt des Bauleitplanverfahrens. Es entspricht ständiger verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung, dass im Rahmen der Bauleitplanung von einem ordnungsgemäßen Verhalten der Bürger, d.h. insbesondere davon ausgegangen werden darf, dass die straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben (Geschwindigkeitsbegrenzungen etc.) Beachtung finden.

Fuß- und Radverkehr
Entlang der Aachener Straße existiert im Bereich und auf der Straßenseite des Plangebietes kein Fuß- und Radweg. Für den Fuß- und Radverkehr wird nördlich und südlich des Plangebietes beidseitig entlang der Aachener Straße ein Fuß- und Radweg geführt. Eine Querung der Aachner Straße ist in rund 200 m Entfernung nördlich des Knotenpunktes Aachener Straße/Carl-Benz-Straße sowie im südlichen Bereich

des Kreisverkehres Aachener Straße/Gewerbestraße Süd möglich. Über diese Knotenpunkte ist das Plangebiet ausreichend an das Fuß- und Radwegenetz angeschlossen (die Wohnbebauung westlich des Plangebietes über die Carl-Benz-Straße, die Innenstadt über die Fuß- und Radwege entlang der Aachener Straße und die Querung nördlich des Plangebietes, die Wohngebiete östlich über Fuß- und Radwege im Grünzug zwischen Gewerbegebiet Süd und der Wohnbebauung und über den Kreisverkehr Gewerbestraße Süd/Aachner Straße). Eine zusätzliche Querung ist für die geplanten Nutzungen im Bebauungsplan somit nicht erforderlich, zumal die Festsetzungen des Bebauungsplanes keine Sortimente vorsehen, die üblicherweise durch Laufkundschaft oder mit Fahrrädern transportiert werden können (Möbelmarkt und Garten-/Baumarkt).

Schallemissionskontingentierung
Ziel der Emissionskontingentierung ist es, einen immissionsschutzrechtlichen Rahmen für mögliche Nutzungen auf den Flächen des Bebauungsplanes vorzugeben. Dabei handelt es sich um den rechtlich zulässigen maximalen Rahmen für mögliche Ansiedlungen von Betrieben, ohne weitergehende Kenntnisse zu konkreten Nutzungen. Die berechneten Emissionskontingente bilden dabei den ungünstigsten, rechtlich noch zulässigen Fall ab.

Da den Planungen des Bebauungsplanes keine konkreten emittierenden Betriebe bzw. Vorhaben im Sinne eines Vorhaben- und Erschließungsplanes zugrunde liegen, werden auch keine konkreten Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stellen vielmehr sicher, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte an den relevanten Immissionspunkten sowohl tagsüber als auch nachts eingehalten werden, unabhängig von der konkreten Lösung, die ein möglicher Betrieb im Einzelnen ergreift, um diese Richtwerte einzuhalten (etwa baulich-architektonischen Lösungen, Begrenzung von Betriebszeiten oder der Anlieferung, weitergehende Schallschutzmaßnahmen etc.). Weitergehende Schallschutzmaßnahmen auf Ebene der Bauleitplanung sind nicht erforderlich. Im Idealfall unterschreiten die anzusiedelnden Betriebe die Emissionskontingente bereits ohne weitergehende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Die Einhaltung der Lärmemissionskontingente, die im Bebauungsplan verbindlich festgesetzt ist, wird im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren geprüft. In diesem Rahmen werden auch ggfs. erforderliche Schallschutzmaßnahmen abschließend festgelegt.

Die tatsächliche Umsetzung erforderlicher Lärmschutzmaßnahmen durch den jeweiligen Betrieb sowie die Einhaltung der zulässigen Immissionsrichtwerte wird für die Dauer der Betriebstätigkeit bauaufsichtlich überwacht.

Schallemissionen durch das Verkehrsaufkommen außerhalb des Plangebietes
Zur Bewertung der zu erwartenden Verkehrslärmemissionen im öffentlichen Straßennetz außerhalb des Plangebietes wurden vom Schallgutachter die Zumutbarkeitsschwellen gemäß der 16. BImSchV zugrunde gelegt. Zudem ist auf eine vorhandene Vorbelastung der Straße durch die bisherige Nutzung des ehemaligen REWE-Zentrallagers hinzuweisen, die als Vergleichsmaßstab zur Bewertung des Eingriffes heranzuziehen ist.

Der planbedingte Verkehrsanteil auf bestehenden öffentlichen Straßen kann für den Bebauungsplan dann besonders abwägungsrelevant sein, wenn die grundrechtliche Zumutbarkeitsschwelle (sogenannte zumutbare Belastung) von 70 dB(A) am Tage sowie 60 dB(A) in der Nacht überschritten wird. Liegt die derzeitige Belastung bereits ohne den planbedingten Verkehrsanteil oberhalb der Zumutbarkeitsschwelle, ist jeder weitere relevante Zusatzverkehr und die daraus resultierende rechnerische Pegelerhöhung abwägungsrelevant.

Ausweislich der im Zuge des Bauleitplanverfahrens eingeholten Lärmprognose wird die Zumutbarkeitsschwelle von 70 dB(A) am Tage sowie 60 dB(A) in der Nacht unter Berücksichtigung sowohl der zu erwartenden Verkehrserzeugung des Plangebietes als auch des sonstigen Bestandverkehrs auf der Aachener Straße und weiteren angrenzenden Straßen bei den vorliegenden Fahrbahnabständen der Bestand-Wohnbebauung nicht erreicht. Dabei stützt sich der Gutachter auf übliche und erprobte Berechnungs- und Prognoseverfahren entsprechend der einschlägigen Literatur/Vorschriften. Diese enthalten Sicherheitsaufschläge/Annahmen, die vom ungünstigsten Fall ausgehen, sodass sich in der Realität üblicherweise geringere Immissionen einstellen.

Aktive oder passive Schallschutzmaßnahmen entlang der Aachener Straße sind gemäß Gutachter somit nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Begründung wird hinsichtlich des nicht erforderlichen Umbaus des Knotenpunktes Carl-Benz-Straße/Aachener Straße redaktionell angepasst. Den Anregungen der Stellungnahme zum Verkehr und Lärm wird nicht gefolgt, die weiteren Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Bezirksregierung Arnsberg, Postfach 44025 Dortmund
Schreiben vom: 08. Mai 2015

Inhalt:

Der Planbereich liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-Jacoba A“, sowie über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Erka 3“ und „Matzerath 2“.

Eigentümer des Bergwerksfeldes „Sophia-Jacoba A“ ist die RAG Immobilien GmbH, vertreten durch die Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1, 45899 Gelsenkirchen.

Eigentümer der Bergwerksfelder „Erka 3“ und „Matzerath 2“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abtl. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln.

Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist im Planungsbereich kein einwirkungsrelevanter Bergbau verzeichnet. Mit bergbaulichen Einwirkungen auf die Planungsfläche ist danach nicht zu rechnen.

Über zukünftige bergbauliche Maßnahmen im Bereich dieser Planmaßnahme ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, falls nicht bereits geschehen, die o. a. Bergwerkseigentümer an der Planmaßnahme zu beteiligen.

Ferner liegt das Plangebiet über dem Feld der Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken „Saxon 2“. Inhaber der Erlaubnis ist die Dart Energy (Europo) Limited.

Diese Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes.

Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf.

Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, so dass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides (– Az.: 61.42.63 – 2000 -1 -)
von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Folgendes sollte berücksichtigt werden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungs-/Vorhabengebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2, 50935 Köln sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6, 50126 Bergheim, zu stellen.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven, einzuholen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

In die Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplan werden Hinweise zu den Auswirkungen durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserbeeinflussung und dem Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus aufgenommen.

Beschlussvorschlag:
In die Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan sind entsprechende Hinweise aufzunehmen.

Lfd.-Nr.: 2
Träger: WestEnergie und Verkehr GmbH, Postfach 1191, 52501 Geilenkirchen
Schreiben vom: 05.05.2015

Inhalt:

Für die Zusendung der Planentwürfe bedanken wir uns.

Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Bedenken vorzubringen haben.

Allerdings führt der Linienweg des EK 4/ErkaBus von der Straße „Commerdener Höhe“ kommend über die „Carl-Benz-Straße“ zur „Paul-Rüttchen-Straße“. Wir regen deshalb an, die Möglichkeit der Einrichtung einer Haltestelle nahe des neuen Einzelhandel-Gebietes an der „Carl-Benz-Straße“ zu berücksichtigen.

Außerdem möchten wir Sie bitten, uns über die weiteren Planungen und Baumaßnahmen zu informieren, da wir ggfls. den dort verkehrenden Linienverkehr umleiten müssen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Die vorliegende Planung schließt die Einrichtung einer neuen Haltestelle in der Nähe der geplanten Nutzungen nicht aus. Eine weitergehende Prüfung kann im weiteren Verfahren der Realisierung der Bauleitplanung erfolgen.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 3
Träger: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Schreiben vom: 11.05.2015

Inhalt:

Zu den von Ihnen bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Entwicklung von Gewerbebranchen wird ausdrücklich begrüßt, da so die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen vermieden wird.

Bezüglich der Kompensation haben wir unterschiedliche Angaben gefunden: in der Begründung zum Bebauungsplan steht auf Seite 52: „Die nach dem LANUV-Verfahren für die Bauleitplanung ermittelte Differenz zwischen dem Gesamtwert Bestand (56.510 Punkte) und dem Gesamtwert Planung (44.125 Punkte) beträgt – 12.385 Punkte. Diese Punkte sollen außerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden“. In dem Gutachten des Büros Grünplan steht auf Seite 3: „Die nach dem LANUV-Verfahren für die Bauleitplanung ermittelte Differenz zwischen dem Gesamtwert Bestand (56.510 Punkte) und dem Gesamtwert Planung (45.845 Punkte) beträgt – 10.665 Punkte.“ Die Differenz von 1.720 Punkten resultiert aus unterschiedlichen Daten für die Planung. Wir bitten freundlich um Klarstellung.

Bezüglich des verbliebenen externen Kompensationsbedarfs regen wir an, auf landwirtschaftliche Belange im Sinne von § 15 (3) BNatSchG Rücksicht zu nehmen und die externe Kompensation vorzugsweise über ein Ökokonto oder durch Aufwertung bestehender Kompensationsflächen zu realisieren.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Vor dem Hintergrund geringfügiger Änderungen von Flächenzuschnitten zum Entwurfsstadium wurde die Kompensationsberechnung aktualisiert. Gutachten und Begründung wurden in diesem Zuge aneinander abgeglichen. Die Umsetzung des erforderlichen Ausgleiches wird im weiteren Verfahren festgelegt. Der Anregung wird somit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Kreispolizeibehörde Heinsberg, Postfach 15 10, 52519 Heinsberg
Schreiben vom: 12.05.2015

Inhalt:

Aus verkehrspolizeilicher Sicht und aus Gründen der Verkehrsunfallprävention bestehen bezüglich der Änderung des Flächennutzungsplanes grundsätzlich keine Einwände.

Zum Knotenpunkt Aachener Straße/Carl-Benz-Straße nehme ich wie folgt Stellung:

Im Vorentwurf zur Begründung des Bebauungsplanes empfiehlt der Gutachter zur Steigerung der Leistungsfähigkeit den Umbau des Knotens zu einem Kreisverkehr. Problematisch sieht der Gutachter einen möglichen Umbau zu einem Minikreisverkehr mit einem Durchmesser von 22 m hinsichtlich einer richtliniengerechten Führung des Radverkehrs. Diese Einschätzung wird aus verkehrspolizeilicher Sicht nach den Erfahrungen und Beobachtungen an anderen Minikreisverkehrsplätzen geteilt.

Dabei ist herauszustellen, dass auch bei der Beachtung der Richtlinien und Empfehlungen zum Einsatz und zur Gestaltung und Anlage von KVP sich die Funktion solcher Kreisel nicht bewährt hat. Immer wieder treten an solchen Plätzen Verkehrsunfälle mit Verletzten auf, vielfach bilden sich über Jahre Unfallhäufungsstellen, die nur schwerlich oder auch nur mit hohem finanziellem Aufwand zu beseitigen sind.

Hier sind insbesondere bei der Anlage von Minikreisverkehren die immanent unfallbegünstigenden Faktoren

- geringer Durchmesser des KVP
- kleiner, durchschaubarer und überfahrbarer Kreismittelpunkt
- kaum Lenkbewegungen erforderlich
- unangepasste Durchfahrtsgeschwindigkeit
- Nähe der zu-/abführenden Äste zueinander

zu benennen.

Gerade unter Beteiligung von einspurigen Fahrzeugen (Zweiräder) kommt es deshalb immer wieder vermehrt zu Verkehrsunfällen mit Verletzten und Schwerverletzten.

Als Beispiel sei hier der Minikreisverkehrsplatz Aachener Straße/Neumühle genannt.

Die Empfehlung des Gutachters zum Umbau der Kreuzung zu einem „kleinen Kreisverkehr“ mit einem Durchmesser von mindestens 26 m wird aus verkehrspolizeilicher Sicht und aus Gründen der Verkehrsunfallprävention unterstützt, wenn nicht alternativ eine verkehrsabhängige Lichtsignalanlage möglich ist.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Der abschließende Umgang mit dem in Rede stehenden Knotenpunkt erfolgt auf Grundlage der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens, das zur Offenlage vorliegt. Die o.g. Anregungen werden im Zuge der weiteren Überlegungen zu o.g. Knotenpunkt berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 5
Träger: Stadt Hückelhoven, Parkhofstr. 76, 41836 Hückelhoven
Schreiben vom: 12.05.2015

Inhalt:

Zu den o. g. Bauleitplänen wird wie folgt Stellung genommen:

Aus den von Ihnen zugesandten Verkehrsunterlagen ist zu entnehmen, dass bereits am 15.12.2010 der Rat der Stadt Erkelenz beschlossen hat, für den aufgezeigten Geltungsbereich einen Bebauungsplan aufzustellen (bei gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes) und mit den beiliegenden Entwürfen das Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Das beigefügte Gutachten der BBE Handelsberatung GmbH datiert aus dem Frühjahr 2011. Dementsprechend sind im Gutachten Aussagen und Annahmen getroffen worden, welche auf einer Wettbewerbsanalyse und Grundlagendatenermittlung basieren, die dem aktuellen Einzelhandelsbestand – zumindest in der Stadt Hückelhoven – so nicht mehr entsprechen.

Die Stadt Hückelhoven bittet darum, die Auswirkungsanalyse zu aktualisieren und auf den aktuellen Einzelhandelsbestand (u. a. mit Einarbeitung des Bau- und Gartenfachmarktes OBI sowie des Möbelfachmarktes Roller) zu bringen.

Nur so können Aussagen darüber getroffen werden, ob hinsichtlich Ihrer Festsetzung eines Sondergebietes mit der Ausweisung „großflächiger Einzelhandel“ negative Auswirkungen auf die Einzelhandelsstruktur in Hückelhoven zu erwarten sind und somit Bedenken gegen das Bauleitplanverfahren bestehen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Der Anregung wird gefolgt, für den Bebauungsplan-Entwurf zur Offenlage liegt ein vollständig aktualisiertes Verträglichkeitsgutachten vor. Dieses untersucht die dem Bebauungsplan zugrunde liegende Nutzungskonzeption. Im Rahmen der genannten Verträglichkeitsanalyse wird zudem eine aktuelle Situation des Einzelhandels in allen relevanten Nachbargemeinden vorgenommen. Der Anregung der Behörde wird damit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 6
Träger: IHK Aachen, Postfach 10 07 40, 52007 Aachen
Schreiben vom: 21. Mai 2015

Inhalt:

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen grundsätzlich keine Bedenken.

Wir möchten jedoch darum bitten, im Flächennutzungsplan die Zweckbestimmung des Sondergebietes wie folgt zu ergänzen: „Sondergebiet für großflächigen nicht zentrenrelevanten Einzelhandel“. Dadurch wird potentiellen Investoren bereits auf Ebene des Flächennutzungsplanes verdeutlicht, dass im Plangebiet nur die Ansied-

lung von nicht zentrenrelevantem Kernsortiment vorgesehen ist. Andernfalls könnte das Interesse von Investoren für eine Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben mit zentrenrelevantem Sortiment geweckt werden, was an diesem Standort außerhalb eines zentralen Versorgungsbereichs nicht zulässig wäre.

Ebenfalls möchten wir darum bitten, im Bebauungsplan das Randsortiment für Elektrogroßgeräte zu begrenzen, da es sich hierbei nicht um ein Kernsortiment für Bau- und Gartenbetriebe handelt. Ohne Festsetzungen einer solchen Verkaufsflächenobergrenze wäre theoretisch auch die Nutzung eines 10.500 qm großen Fachmarktes für Elektrogeräte am Standort vorstellbar, was jedoch nicht der gewünschten städtebaulichen Entwicklung entspricht.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wird das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Sondergebiet für großflächigen nicht zentrenrelevanten Einzelhandel“ konkretisiert. Auf Ebene des Bebauungsplanes werden Elektrogroßgeräte als nichtzentrenrelevante Randsortimente definiert. Den Anregungen der IHK wird somit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 7
Träger: Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Autobahnniederlassung Krefeld, Postfach 101352, 47713 Krefeld
Schreiben vom: 20.05.2015

Inhalt:

Die Autobahnniederlassung Krefeld ist für den Betrieb und die Unterhaltung der durch das Stadtgebiet Erkelenz verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 5 und damit für die anbaurechtliche Beurteilung zuständig. Baulastträger der Autobahn ist die Bundesrepublik Deutschland.

Östlich der B 57 liegt das Gewerbegebiet teilweise innerhalb der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 und 100 m von äußersten befestigten Fahrbahnrand der zur Autobahn 46 gehörenden Rechtsabbiegespur). Die anbaurechtlichen Bestimmungen und Beschränkungen des § 9 Bundesfernstraßengesetz sind zu beachten und einzuhalten. Hierzu verweise ich auf die als Anlage beigefügten „Allgemeinen Forderungen“.

Für das im Nahbereich der Autobahn – unmittelbar an der Anschlussstelle Erkelenz-Süd – liegende Plangebiet soll das Planungsrecht dahingehend geändert werden, dass zukünftig u. a. die Ansiedlung von Betrieben des großflächigen Einzelhandels (SO – gfl. EH) ermöglicht wird. Der südliche Teil des Plangebietes bleibt weiterhin gewerbliche Baufläche.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Die straßenbauliche Erschließung des Plangebietes soll über den Knotenpunkt „Aachener Straße“/Gewerbestraße Süd“ und den Knotenpunkt „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ erfolgen. Die beigefügten Ausführungen zur verkehrlichen Verträglichkeit des Vorhabens in dem Gutachten – Verkehrliche Untersuchung Bebauungsplan Nr. VII/D in Erkelenz – sind unzureichend. Betrachtet werden hier lediglich die unmittelbar zur Erschließung des Plangebietes dienenden Knotenpunkte. Auswirkungen auf die BAB-Anschlussstellen sowie die Heerstraße B 57 sind nicht in die Untersuchung einbezogen worden. Bei der Aktualisierung des Gutachtens im weiteren konkretisierten Verfahren ist nachweislich zu dokumentieren, dass auch die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz verkehrsverträglich wie auch leistungsfähig realisiert werden kann. Ggfl. erforderlich werdende Ertüchtigungsmaßnahmen gehen zu Lasten der Stadt Erkelenz/des Vorhabenträgers“.

Im GE (vgl. S 19 der Begründung) ist die Errichtung eines bis zu 30 m hohen Werbepylons vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass sicherzustellen ist, dass durch die Werbeanlage die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Autobahn nicht beeinträchtigt werden darf. Zu gegebener Zeit bitte ich mir den genauen Standort der Werbeanlage und die detaillierten Angaben zur Art der Werbung zur Zu-/Abstimmung mitzuteilen.

Falls noch nicht geschehen, ist die Regionalniederlassung Niederrhein Mönchengladbach wegen der B 57 ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.

Auf Seite 29 Pkt. 10 „Nachrichtliche Übernahmen“ ist auf die Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone der A 46 hinzuweisen.

Ob die Straßenbauverwaltung im Rahmen der damaligen Verfahren zum derzeit rechtskräftigen BPL VII/3 Neumühle (21.2.1974) sowie den Bebauungsplänen VII/A, VII/C aus 2011 beteiligt worden ist, kann wegen hier nicht vorliegender Unterlagen nicht festgestellt werden.

Zu gegebener Zeit sind die geplanten externen Kompensationsmaßnahmen (ermitteltes Ausgleichsdefizit von 12385 Punkten) mitzuteilen.

Die o. a. Bauleitplanung wird in Kenntnis der in unmittelbarer Nähe vorhandenen Autobahn 46 und der negativen Auswirkungen aufgestellt. Gegenüber der Straßenbauverwaltung können weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz oder ggf. erforderliche Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden.
Eine Aktualisierung der Schalltechnischen Untersuchung Stand 2011 soll im weiteren Verfahren erfolgen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die in Rede stehende Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 und 100 m von äußersten befestigten Fahrbahnrand der zur Autobahn 46 gehörenden Rechts-

abbiegespur) werden im Rahmen des Bebauungsplan-Entwurfes nachrichtlich übernommen. Entsprechende Ausführungen werden in der Begründung ergänzt.

Bis zur Offenlage erfolgt eine aktualisierte Erarbeitung der verkehrlichen Untersuchung. Hierbei werden auch die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens vor dem Hintergrund aktueller Verkehrsbelastungszahlen betrachtet. In diesem Rahmen wird auch die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz – in diesem Fall BAB-Anschlussstellen sowie die Heerstraße B 57 – wie gefordert gutachterlich betrachtet. Ggfl. erforderlich werdende Ertüchtigungsmaßnahmen werden zwischen der Stadt Erkelenz und dem Vorhabenträger vertraglich geregelt.

Die konkrete Planung des Werbepylons im GE 2 erfolgt in nachgelagerten Genehmigungsverfahren. Sofern diese innerhalb der o.g. Anbaubeschränkungszone liegt, erfolgt – wie angeregt – eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW.

Die Regionalniederlassung Niederrhein Mönchengladbach (Zuständigkeit für die B 57) wurde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung ebenfalls in das Verfahren einbezogen. Weitergehende Anregungen von dieser Behörde erfolgten aber nicht. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass eine frühzeitige Behördenbeteiligung zu diesem Plangebiet im Jahr 2011 nicht durchgeführt worden ist.

Vor dem Hintergrund geringfügiger Änderungen von Flächenzuschnitten zum Entwurfsstadium wurde die Kompensationsberechnung aktualisiert.

Ebenso erfolgt zum Entwurf eine Aktualisierung des Schallschutzgutachtens. In diesem Zusammenhang werden die Aussagen in Bezug auf die Geltendmachung von Ansprüchen in Bezug auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz oder ggf. erforderliche Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung gegenüber der Straßenbauverwaltung zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 8
Träger: Stadt Mönchengladbach, Der Oberbürgermeister, 41050 Mönchengladbach
Schreiben vom: 21.05.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz und zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ kann seitens der Stadt Mönchengladbach keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

In der Auswirkungsanalyse (Stand Mai 2011), die im Zuge einer anderen Planungskonzeption erstellt wurde, ist die Stadt Mönchengladbach nicht in das potenzielle Einzugsgebiet einbezogen worden. Rückschlüsse auf mögliche Auswirkungen für das Mönchengladbacher Stadtgebiet sind auf dieser Grundlage nicht möglich – das Gutachten bedarf daher einer Überarbeitung.
Wie in der Begründung des Bebauungsplanes erläutert, soll im weiteren Verfahren eine Aktualisierung der Auswirkungsanalyse erfolgen. Die Stadt Mönchengladbach wird sich daher im weiteren Beteiligungsverfahren nach Vorliegen der entsprechenden Unterlagen erneut äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Rahmen der aktualisierten Verträglichkeitsanalyse wird die Stadt Mönchengladbach weiterhin nicht zum Einzugsgebiet der Vorhaben im Plangebiet gezählt. Es wird davon ausgegangen, dass die Mönchengladbacher Bevölkerung überwiegend bzw. zu großen Teilen nicht das Planvorhaben aufsuchen wird. Das ist damit zu erklären, dass die Stadt Mönchengladbach, auch wenn sie sich in direkter Nachbarschaft zur Stadt Erkelenz befinden, selbst über eine Reihe größerer und attraktiver Bau- und Gartenfachmärkte bzw. Möbelanbietern verfügt, auf die sich die Stadtbevölkerung im Wesentlichen orientiert.

In der Auswirkungsanalyse umfasst das Untersuchungsgebiet neben der Stadt Erkelenz auch die zum Einzugsgebiet zählenden Nachbarkommunen Hückelhoven, Wegberg, Wassenberg, Linnich und Titz. Zudem werden aber auch die projektrelevanten großen strukturprägenden Wettbewerber in die Wettbewerbsbetrachtung einbezogen, die in Mönchengladbach, d. h. außerhalb dieses Einzugsgebiets ansässig sind. Dies ist damit zu begründen, dass diese aufgrund ihrer Dimensionierung und Ausstrahlungskraft derzeit auch von Kunden aus dem Einzugsgebiet des Planvorhabens in größerem Maße aufgesucht werden.

Das aktualisierte Gutachten kommt diesbezüglich zum Ergebnis, dass lediglich bei der Ansiedlung des Möbelmitnahmemarktes nachweisbare Auswirkungen auf die Stadt Mönchengladbach festzustellen sind. Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im weiteren Untersuchungsgebiet werden sich die Umverteilungswirkungen aber in einer Größenordnung bewegen, die von den in Mönchengladbach ansässigen leistungsstarken Möbelhäusern aufzufangen ist. Das aktualisierte Gutachten wird zur Offenlage der Bauleitplanung beigefügt.

Beschlussfassung:
Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd.-Nr. 9
Träger: Kreis Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, 52525 Heinsberg
Schreiben vom: 27.05.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o.g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Gesundheitsamt

Gegen die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz sowie den Bebauungsplan Nr. VII/D werden aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht keine Bedenken erhoben, wenn die in der schalltechnischen Untersuchung der Kramer Schalltechnik GmbH vorgeschlagenen Schallminderungsmaßnahmen bei den sich künftig ansiedelnden Gewerbebetrieben berücksichtigt werden, so dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden und gesundheitlich relevante Geräuschbelästigungen der Anwohner benachbarter Wohngebiete nicht zu besorgen sind.

Amt für Umwelt und Verkehrsplanung

Aus den
- von der Unteren Wasserbehörde
- von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde
- von der Abgrabungsbehörde
- von der Straßenbaubehörde
- von der Unteren Landschaftsbehörde

des Kreises Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die o.g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Im Übrigen wird seitens der **Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten** auf nachfolgendes hingewiesen:

Der betroffene Geltungsbereich ist in der Vergangenheit als Logistikzentrum und Zentrallager der REWE-Zentral AG, als auch in den Jahren 2007 bis 2009 von der Pro Quality Logistik GmbH, als Spedition, genutzt worden.
Die Informationen entstammen der Internetrecherche sowie den Auswertungen der ahu AG Aachen, welche im Auftrag des Kreises Heinsberg eine Erfassung von Altstandorten (stillgelegte Gewerbe- und Industriebetriebe) durchgeführt hat. Die Erfassung erfolgte durch Auswertung von Adressbüchern, Daten der Gewerbemeldestellen und historischen Akten aus verschiedenen Archiven.

Aufgrund der fehlenden Kenntnisse bezüglich der verwendeten Unterbaumaterialien und der vormals gewerblichen Nutzung, hauptsächlich als Speditionsunternehmen, empfehle ich, vor einer Nutzungsänderung bzw. eines Eigentümerwechsels, durch einen unabhängigen Gutachter mittels historischer Recherche das Kontaminationspotential abschätzen zu lassen, bzw. eine Gefährdungsabschätzung durchzuführen. Ansonsten können keine genaueren Aussagen über die Belastungssituation, die Bebaubarkeit bzw. die Möglichkeit einer Nutzungsänderung getroffen werden.

Die erteilten Auskünfte beinhalten nur den momentanen Kenntnisstand. Der Kreis Heinsberg übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Auskünfte aus dem Altlast-Verdachtsflächenkataster bzw. dem Verzeichnis der Flächen mit Bodenbelastungsverdacht.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde

Die Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde liegt mir zurzeit nicht vor. Sie wird Ihnen direkt von dort zugeleitet.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
In Bezug auf die Anregungen des Gesundheitsamtes ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfes eine auf die abschließend festgelegte Nutzungskonzeption für das Plangebiet aktualisierte Geräuschkontigentierung durch das Büro Kramer Schalltechnik GmbH erfolgt ist. Im Bebauungsplanentwurf werden entsprechende Emissionskontingente festgesetzt. Damit wird gewährleistet, dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden und gesundheitlich relevante Geräuschbelästigungen der Anwohner benachbarter Wohngebiete vermieden werden.

Den Anregungen der Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten wird gefolgt. Es erfolgen derzeit weitergehende Untersuchungen zu möglichen Bodenbelastungen durch das Unternehmen Grüning consulting. Hieraus für die Bauleitplanung relevante Ergebnisse werden bis zur Offenlage in der Begründung des Bebauungsplan- Entwurfes berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes wird zur Kenntnis genommen, der Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Industrie- und Handelskammer Aachen, Postfach 10 07 40, 52007 Aachen
Schreiben vom: 29.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen grundsätzlich keine Bedenken.

Wir möchten jedoch erneut darum bitten, im Bebauungsplan das Randsortiment für Elektrogroßgeräte zu begrenzen, da es sich hierbei nicht um ein Kernsortiment für Bau- und Gartenbetriebe handelt. Ohne Festsetzung einer solchen Verkaufsflächenobergrenze wäre theoretisch auch die Nutzung eines Bau- und Gartenmarktes mit einem nicht-zentrenrelevantem Randsortiment von bis zu 5.000 qm für Elektrogroßgeräte am Standort vorstellbar. Bei einer solchen Größenordnung könnten jedoch schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in angrenzenden Kommunen, in denen Elektrogroßgeräte als zentrenrelevant definiert sind, nicht ausgeschlossen werden.

Da es sicherlich nicht im Bestreben des Betreibers ist, Elektrogroßgeräte in einem größeren Umfang anzubieten, empfehlen wir, die Verkaufsfläche für Elektrogroßgeräte im Rahmen der allgemeinen Kleinflächigkeit im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO auf 800 qm Verkaufsfläche zu begrenzen.

Freundliche Grüße

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Die Anregung einer Begrenzung der Randsortimente explizit für Elektrogroßgeräte ist nicht erforderlich, da durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes einerseits eine Einschränkung auf *branchenübliche* Randsortimente erfolgt und diese lediglich auf 10 % der Gesamtverkaufsfläche zulässig sind. Elektrogroßgeräte wurden als Hauptsortiment durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes in der Entwurfsfassung des Bebauungsplanes für das SO 1 und das SO 2 bereits ausgeschlossen. Aufgrund dieser Beschränkungen können gravierende Beeinträchtigungen der zentralen Versorgungsbereiche ausgeschlossen werden.

Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes ergibt sich für das SO 1 (Bau- und Gartenmarkt) eine maximale Verkaufsfläche für alle Randsortimente zusammengenommen von 1.050 qm, für das SO 2 (Möbelmarkt) eine maximale Verkaufsfläche für die Randsortimente von 1.000 qm. Es ist davon auszugehen, dass diese Randsortimente durch zentrenrelevante oder durch zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente genutzt werden. Zudem sind für die Randsortimente in den Sondergebieten keine eigenständigen Ladeneinheiten zulässig.

Die Unbedenklichkeit der geplanten Märkte wurde einschließlich der zulässigen Randsortimente im Rahmen einer Auswirkungsanalyse nachgewiesen.

Beschlussvorschlag:
Der Anregung wird nicht gefolgt.

Lfd. Nr.: 2
Träger: Kreisverwaltung Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen
Schreiben vom: 05.10.2015

Inhalt:

zu der o. g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Das Gesundheitsamt und das Amt für Umwelt und Verkehrsplanung haben keine Einwendungen erhoben.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde –

Den Planunterlagen liegt ein schalltechnisches Gutachten der KRAMER Schalltechnik GmbH vom 07. Juli 2015 vor. In diesem Gutachten wird aufgezeigt, dass aufgrund der umliegenden Wohngebiete und der vorhandenen gewerblichen Nutzungen die zukünftigen Nutzungen im Plangebiet eingeschränkt werden müssen. Aus diesem Grunde wurde das Plangebiet in Teilflächen gegliedert und diesen Teilflächen abgestufte Emissionskontingente zugeordnet. Mit diesem Gutachten wurde nachgewiesen, dass von den Planungen keine schädlichen Umwelteinwirkungen ausgehen, wenn die festgelegten Emissionskontingente eingehalten werden. Die Ergebnisse des Gutachtens (vorgeschlagene Festsetzungen) wurden in die Planungen übernommen. Vor diesem Hintergrund bestehen gegen die Planungen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

In den textlichen Festsetzungen bzw. in der Begründung zum Bebauungsplan sind jedoch „Schreib- oder Tippfehler“ vorhanden, die m. E. vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit des Bebauungsplanes bei den weiteren Planungen geändert werden müssen. Insofern bestehen gegen die vorgelegten Unterlagen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht erhebliche Bedenken.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Meine Bedenken können ausgeräumt werden, wenn folgende Änderungen in der Fortschreibung des Bebauungsplanes durchgeführt werden.

1. In der Begründung zum Bebauungsplan ist unter 4.2 Art der baulichen Nutzung auf Seite 16, 2. Abschnitt und in den planungsrechtlichen Festsetzungen des B-Planes 1.1 Gewerbegebiete – Wohnungen im Gewerbegebiet…….einen Innenpegel in Schlafräumen von 35 dB (A) nachts festgeschrieben.

   Nach den Anforderungen der TA-Lärm Nr. 6.2 sind jedoch folgende Immissionsrichtwerte für schutzbedürftige Immissionsorte innerhalb von Gebäuden einzuhalten: tags 35 dB (A) und nachts 25 dB (A).

   Ich bitte, diese Werte an den o. g. Stellen im Bebauungsplan festzusetzen.

2. In der Begründung zum Bebauungsplan sind auf Seite 35, letzter Abschnitt Emissionskontingente LEK von tags 55 - 63 dB (A) genannt. Nach den Ergebnissen des Gutachtens der KRAMER Schalltechnik GmbH vom 07. Juli 2015 müsste dort „tags 54-63 dB (A)…..“ stehen. Dieser Fehler steht auch im Gutachten in der Zusammenfassung auf Seite 25 des Kramer Gutachtens.

   Ich bitte, diesen Fehler in der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes auszuräumen.

3. In der Begründung zum Bebauungsplan ist auf Seite 36, erste Zeile die Teilflächen TF SO1 und TF S01 genannt. Die zweite Teilfläche müsste m. E. TF SO2 heißen. Dieser Fehler steht auch im Gutachten in der Zusammenfassung auf Seite 25 des Kramer Gutachtens.

   Ich bitte, diesen Fehler in der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes auszuräumen.

Weiter Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

1. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in Begründung und auf dem Plan angepasst.

2. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in der Begründung angepasst.

3. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in der Begründung angepasst.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 3
Träger: Landschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg, Gereonstr. 80, 41747 Viersen
Schreiben vom: 16.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Anregung zur Überprüfung der unterschiedlichen Eingriffs- und Ausgleichsbilanzen wurden berücksichtigt.
Neue Gesichtspunkte haben sich aus unserer Sicht inzwischen nicht ergeben.
Die Umsetzung des erforderlichen externen Ausgleichs soll im weiteren Verfahren festgelegt werden. Daher regen wir an, auf landwirtschaftliche Belange im Sinne von § 15 (3) BNatSchG Rücksicht zu nehmen und die externe Kompensation vorzugsweise über ein Ökokonto, durch Aufwertung bestehender Kompensationsflächen oder Zahlung von Ersatzgeld zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Das Verfahren zur Umsetzung des Ausgleichserfordernisses und dabei ggf. mögliche Ersatzgeldzahlungen oder die Aufwertung bestehender Kompensationsflächen sind nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens. Der Hinweis kann im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt werden.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme besitzt für das Bauleitplanverfahren keine Relevanz, soll aber im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein, Postfach 101027, 41010 Mönchengladbach
Schreiben vom: 24.09.2015

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.g. Bauleitplänen wird wie folgt Stellung genommen:

9. Änderung des Flächennutzungsplanes

Das Plangebiet wird im Westen von einem Abschnitt (Nr. 32) der freien Strecke der Bundesstraße 57 begrenzt. Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland.

Gegen die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes werden keine Bedenken erhoben.

Bebauungsplan Nr. VII/D

Das Plangebiet wird im Westen von einem Abschnitt der freien Strecke der Bundesstraße 57 begrenzt: Abschnitt 32, Station 01,90 bis Station 0,340.

Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland.

Gegen den o.a. Bebauungsplan werden keine Bedenken erhoben, es ist jedoch folgendes zu beachten:

Evtl. Änderungen im Signalprogramm des Knotenpunktes BAB A 46 Erkelenz-Süd/B 57/Aachener Straße sind mit der hiesigen Niederlassung abzustimmen. Die Kosten der Änderung gehen zu Lasten der Stadt Erkelenz.

Evtl. Eingriffe in die Straßenrandbepflanzung der B 57 sind frühzeitig mit der hiesigen Niederlassung abzustimmen.

Ferner verweise ich auf meine Stellungnahme vom 28.04.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Änderungen im Signalprogramm des Knotenpunktes BAB A 46 Erkelenz-Süd/B57/Aachener Straße werden vom Verkehrsgutachter als mögliche Maßnahmen vorgeschlagen, um eine bessere Qualitätsstufe im Knotenpunkt zu erhalten. Die Änderung der Umlaufzeiten bzw. des Signalprogrammes in der Lichtsignalanlage sind im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nicht zu regeln.

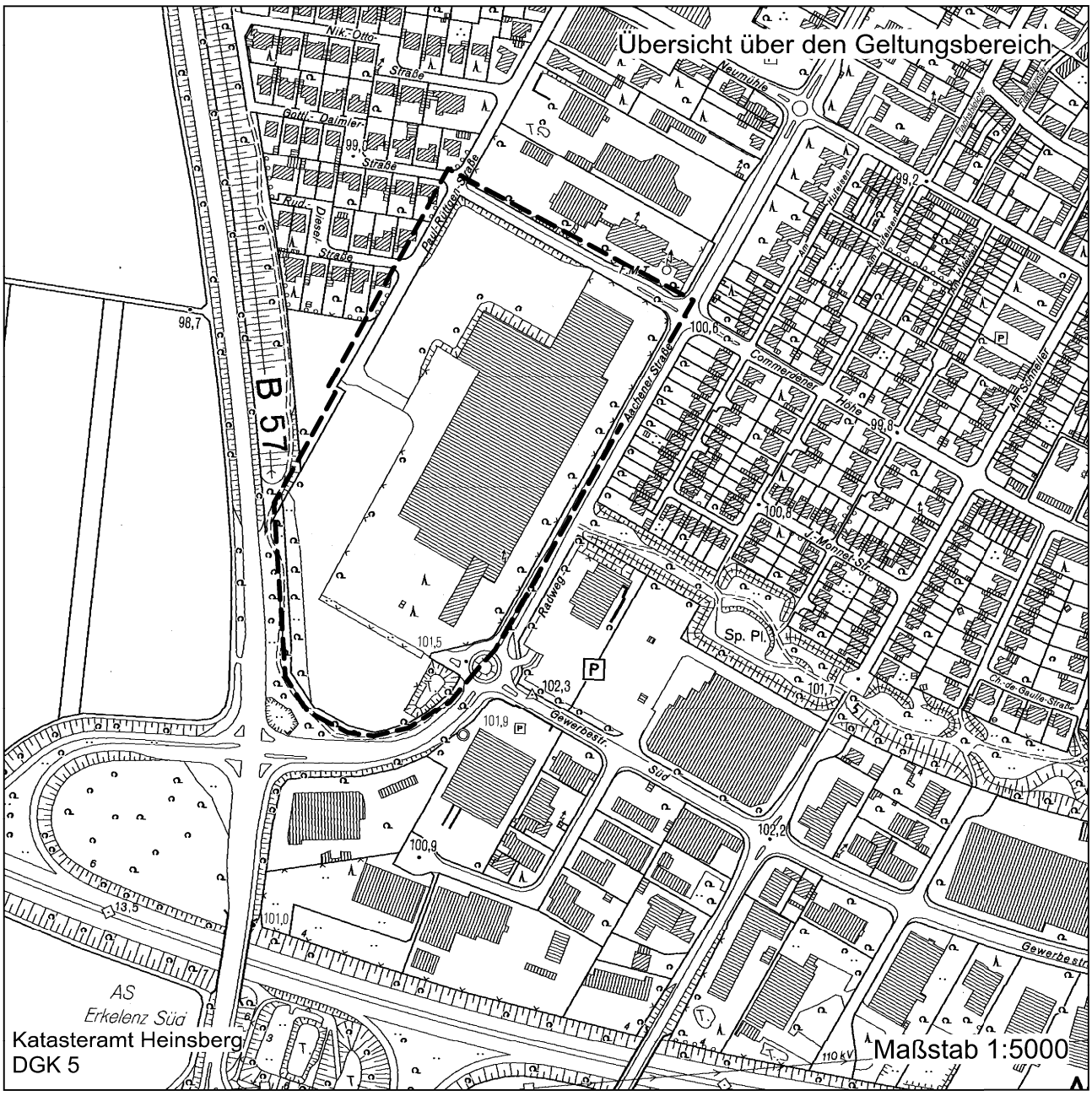
Eine Abstimmung zu relevanten Straßenrandbepflanzungen mit der Regionalniederlassung kann im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nicht geregelt werden und soll daher in den nachgelagerten Genehmigungsverfahren erfolgen.

Die im April 2015 gegebenen Hinweise und Änderungswünsche an den Planunterlagen sind bereits im Rahmen der Entwurfsfassung zum Bebauungsplan berücksichtigt worden, der Stellungnahme wurde gefolgt. Die Stellungnahme wurde erneut überprüft, eine weitergehende Berücksichtigung ist nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Übersicht über den Geltungsbereich der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet-gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/ Aachener Straße), Erkelenz-Mitte



ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Planungsamt	Vorlage-Nr: A 61/352/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 01.12.2015 Verfasser: Amt 61 Manfred Orth

Bebauungsplan Nr. VII/D "Carl-Benz-Straße Süd", Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In seiner Sitzung am 15.12.2010 hat der Rat der Stadt Erkelenz die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, beschlossen und beschlossen, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zu beteiligen.

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 11 vom 08.05.2015 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am 19.05.2015 im Rathaus der Stadt Erkelenz durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 22.04.2015 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses

Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte wurde mit Schreiben vom 23.04.2015 beteiligt. Seitens des Bezirksausschusses wurde in seiner Sitzung am 23.06.2015 folgender Beschluss gefasst:

„1. Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte ist mit dem Bebauungsplan Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ einverstanden.

2. Er bittet die Verwaltung folgende Punkte zu berücksichtigen:

Im Hinblick auf Lärmemission und Verkehrsbelastung sind die Belange der Anwohner - sowohl im Bereich Commerdener Höhe als auch im Bereich Rudolf-Diesel-Straße - verstärkt zu berücksichtigen. Der Kreuzungspunkt Aachener Straße und Carl-Benz-Straße ist kritisch zu betrachten und soll so geplant werden, dass ein reibungsloser Verkehrsfluss gewährleistet wird.“

4. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Nach Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe vom 16.06.2015 und des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.06.2015 wurde der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 19 vom 21.08.2015 in der Zeit vom 31.08.2015 bis 30.09.2015 öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung wurden abwägungsrelevante Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragen. Diese Stellungnahmen sind in der Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit - und in der Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentliche Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte aufgelistet.

In dieser Sitzung soll über die vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden werden.

Der Bebauungsplan Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, soll in dieser Sitzung als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen werden.

Aspekte Stadtmarketing/Lokale Agenda 21

Aspekte des Stadtmarketings sind durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Durch die Bebauungsplanänderung werden agendarelevante Aspekte berücksichtigt. Aufgrund der Gesetze, die in der Bauleitplanung zu beachten sind, ist eine nachhaltige ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Ausführung von Planungen gewährleistet.

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Beschlussentwurf:

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden.
Die Anlage zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Bebauungsplan Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte, wird hiermit gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.“

Finanzielle Auswirkungen:

Die Realisierung des Bebauungsplanes hinsichtlich der Erschließung wird durch einen städtebaulichen Vertrag n. § 11 BauGB zwischen Stadt Erkelenz und dem Grundstückseigentümer sichergestellt.

Anlagen:

Anlage – Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Stellungnahmen der Öffentlichkeit während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 18.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des o.g. Beteiligungsverfahrens möchten wir als unmittelbar betroffene Anwohner der o.g. Bauleitplanverfahren nachfolgende Stellungnahme abgeben mit der Bitte, uns im weiteren Verfahren entsprechend zu informieren. Die in der beigefügten Unterschriftenliste (Anlage) namentlich genannten Personen aus der betroffenen Nachbarschaft schließen sich dieser Stellungnahme an.

Zunächst begrüßen wir es, dass die Stadt Erkelenz ein Bauleitplanverfahren eingeleitet hat, um eine sinnvolle städtebauliche Nachfolgenutzung des brachliegenden Logistikzentrums/Zentrallager der REWE-Zentral AG zu ermöglichen. Das Ziel an diesem Standort eine Mischung aus gewerblichen Nutzungen und großflächigen Einzelhandel zu etablieren erscheint plausibel, jedoch muss aus unserer Sicht gewährleistet sein, dass die geplanten Nutzungen auch mit der angrenzenden Wohnbebauung vereinbar sind. Hierzu erfolgen in der Begründung zum o.g. Bebauungsplan umfangreiche Aussagen, die jedoch insbesondere in einigen Einzelaspekten (insb. Verkehr und Lärm) von uns kritisch hinterfragt werden.

Verkehr

Wir befürchten, dass sich im Zuge des geplanten Vorhabens die bereits heute erhebliche Verkehrsbelastung der Aachener Straße, sowie des Kreuzungsbereichs Aachener Straße/Carl-Benz-Straße weiter verschlechtert. Die insbesondere zu Stoßzeiten starke Belastung der Aachener Straße führt bereits heute zu erheblichen Lärm- bzw. Immissionsbelastungen der angrenzenden Wohnbebauung im Bereich der Jean-Monnet-Straße sowie der Commerdener Höhe. Aus diesem Grund sehen wir die Ausführungen der vorliegenden Bauleitplanung zum Thema Verkehr sehr kritisch.

Unter Punkt 4.1 der Begründung zum Bebauungsplan wird u.a. die verkehrliche Erschließung des Plangebietes näher erläutert. Demnach soll die äußere Erschließung über den bereits vorhandenen Kreisverkehr an der Aachener Str./Gewerbestraße Süd/Zufahrt LIDL (Knotenpunkt 1) sowie zusätzlich über die Carl-Benz-Straße erfolgen. In o.g. Kapitel wird auf S. 14 außerdem ausgeführt, dass „Im Rahmen der Realisierung des Vorhabens (….) ein Umbau des Knotenpunktes Carl-Benz-Straße/Aachener Straße geplant“ ist (Knotenpunkt 2). Ein entsprechender städtebau-

licher Entwurf stellt nach unserer Kenntnis für diesen Knotenpunkt 2 bereits zeichnerisch einen Kreisverkehr dar. Punkt 12 (Kosten) der Begründung erläutert diesbzgl. ergänzend, dass „Umbaumaßnahmen des vorhandenen Knotenpunktes Aachener Straße/Carl-Benz-Straße (…) auch vom Investor getragen werden „ sollen.

(An dieser Stelle weisen wir darauf hin, dass auf S. 39/40 der Begründung die Kapitelnummerierungen nicht korrekt ist (Punkt 12/13)).

Die „Untersuchung der Verkehrsauswirkungen“ (Punkt 5 der Begründung) gibt die wesentlichen Inhalt des Verkehrsgutachtens (Verkehrliche Untersuchung um Bebauungsplan VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“) wieder und kommt zum Ergebnis, dass die prognostizierte erhöhte Verkehrsbelastung durch die geplanten Ansiedlungen bei keinem der untersuchten Knotenpunkte eine ausschlaggebende Verschlechterung der Verkehrssituation verursacht und daher auch bei keinem Knotenpunkt eine zwingende Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrsqualität zu ergreifen sei.

Für den Knotenpunkt 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ lautet die Prognose, dass sich hier mit der heutigen Betriebsform (Vorfahrt-Regelung) weiterhin die Qualitätsstufe D (ausreichend) einstellen wird, dies die Mindestqualität ohne weiteren Handlungsbedarf darstellt und daher Änderungen an der Betriebsform nicht erforderlich seien. Hingegen wird für den Knotenpunkt 1 „Aachener Straße/Gewerbestraße Süd/Zufahrt LIDL“ unter Berücksichtigung der Belastungserhöhung die Qualitätsstufe B (gut) erwartet (Ausgangszustand war Qualitätsstufe A (sehr gut)), also faktisch eine Verschlechterung.

Hier bleibt unserer Ansicht nach unklar, ob es nun – wie unter Punkt 4.1 und 12 der Begründung erläutert – Umbaumaßnahmen im Bereich des Knotenpunkt 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ geben wird oder nicht?

Das Gutachten bestätigt unseren Eindruck, dass der Knotenpunkt 2 bereits heute eine eher schlechte Verkehrsqualität aufweist. Die Qualitätsstufe D – wie in diesem Fall Vorfahrtgeregelt – bewertet die Situation als lediglich „noch stabil“ (vgl. Tab. 5. S. 21, Verkehrsgutachten). Mit Realisierung des geplanten Vorhabens wird es insgesamt zu mehr Verkehr kommen, sodass aus unserer Sicht die Verkehrsqualität am Knotenpunkt 2 früher oder später „kippen“ muss und nicht mehr „stabil“ aufrecht erhalten werden kann, wenn kein Umbau erfolgt.

Als direkt betroffene Anwohner, die täglich mehrfach den Knotenpunkt 2 aus Richtung Commerdener Höhe nutzen und oftmals lange Wartezeiten mit deutlichem Zeitverlust – insbesondere beim Linksabbiegen – hinnehmen müssen, fordern wir vor dem Hintergrund der geplanten Neuansiedlungen und der damit zu erwartenden Erhöhung des Verkehrsaufkommens dringend einen Umbau des Knotenpunktes 2 „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“, optimaler Weise als Kreisverkehr!

Die Annahme des o.g. Gutachtens, dass der Knotenpunkt 1 „Aachener Straße/“Gewerbestr. Süd/Zufahrt LIDL“ eine minimale Verschlechterung aufgrund der Zufahrt von der Aachener Straße und (!) Nord erfährt und am Knotenpunkt 2 hingegen keine erkennbare Verschlechterung eintreten soll, wird unsererseits hinterfragt. Wenn es eine zweite Einfahrt zur Erschließung des Planbereiches bzw. der geplan-

ten ca. 400 Stellplatzanlagen im Bereich der Carl-Benz-Straße gibt, werden aus unserer Sicht doch vor allem die Zu- und Abfahrten Richtung Aachener Straße Nord hier konzentriert, was zu einer zusätzlichen Belastung des Knotenpunktes 2 führen wird.

Die Anlage eines neuen Kreisverkehrs könnte neben der Optimierung des Verkehrsflusses in der näheren Umgebung zudem zu einer spürbaren Verkehrsberuhigung und Verkehrssicherung der Aachener Straße beitragen. Diese wird nach wie vor mit z.T. deutlich überhöhten Geschwindigkeiten (> 50 km/h) befahren, was wiederum auch zu erheblichen Lärmbelästigungen in den angrenzenden Wohnbereichen (Gärten) führt.

Zudem gibt es im Bereich des Knotenpunktes 2 bislang keine verkehrssichere Fuß-/Radwegüberquerung der Aachener Straße. Auch dies könnte durch einen Umbau in einen Kreisverkehr optimiert werden, sodass auch die fußläufige Erschließung bzw. Radwegerschließung des neu geplanten Einzelhandelsstandortes und auch der bereits bestehenden kundenorientierten Nutzungen im Bereich der Aachener Straße (i2-fitness GmbH Fitness-Center, Autohaus Bonsels & Weitz, Autohaus ecars GmbH & Co. KG etc.) sinnvoll und verkehrssicher ergänzt werden kann. Für den fußläufigen Kundenverkehr der näheren Umgebung würde der Umbau in einen Kreisverkehr eine schnellere Erreichbarkeit des neuen Einzelhandelsstandortes bedeuten. Aus unserer Sicht stellt beispielsweise der Kreuzungsbereich bzw. Kreisverkehr Neumühle/Aachener Straße/Am Hagelkreuz eine optimale Lösung hinsichtlich der Verkehrssituation dar.

Lärm

In der Vergangenheit gab es unsererseits mehrfach Kontakt mit der Stadt Erkelenz aufgrund der z.T. unzumutbaren Lärmbelästigung durch diverse Zwischennutzungen (z.B. Spedition Schenker u. a.) des betroffenen Geländes (z.B. Nichteinhaltung von Ruhezeiten etc.).

Mit der geplanten Umstrukturierung sollen neben der geplanten großflächigen Einzelhandelsnutzung auch weiterhin gewerbliche Betriebe im Plangebiet angesiedelt werden. Der Immissionsschutz ist bei der gesamten Planung von zentraler Bedeutung, sodass der Bebauungsplan hier einen nutzungsbezogenen Ausschluss von Gewerbebetrieben gemäß Abstanderlass 2007 und zusätzlich eine Gliederung des Plangebietes mit einer Belegung mit Emissionskontingenten LEK vorsieht. Zudem sollen neue Störquellen (Stellplatzanlagen, neue Gewerbebetriebe, Warenanlieferung, technische Anlagen z. Lüftungen) „über aktive und passive Schutzmaßnahmen so stark eingedämmt werden, dass eine Störung der nachbarlichen Wohnnutzungen sowie auch der neuen Nutzungen selbst im rechtlichen Sinne ausgeschlossen werden“ können (vg. Punkt 9.1, S. 34).

Die beschriebenen Maßnahmen erscheinen auf den ersten Blick plausibel und werden unsererseits grundsätzlich begrüßt, jedoch sehen wir aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit weiterhin die große Gefahr, dass z.B. Ruhezeiten und vorgeschriebene Lärmpegel nicht eingehalten werden. Insbesondere die Regelung, dass die beiden Teilflächen TF GE 1 und TF GE 2 mit einem Emissionskontingent LE von

48 dB(A) auch einen eingeschränkten Nachtbetrieb mit entsprechenden Betriebsgebäuden und in beschränktem Umfang weniger geräuschintensive Tätigkeiten im Freien erlaubt (vgl. Punkt 9.1, S. 36), lehnen wir strikt ab! Wenn geräuschintensive

Nutzungen ermöglicht werden sollen, fordern wir mindestens die Auflage entsprechende aktive Lärmschutzmaßnahmen (Schallschirme, Lärmschutzwände) zu ergreifen und diese auch umzusetzen. Nächtliche lärmintensive Betriebsabläufe o.Ä. sind aus unserer Sicht nicht mit der angrenzenden schutzbedürftigen Nutzung Wohnen vereinbar.

Eine weitere wesentliche Lärmquelle stellt der Verkehr der Aachener Straße dar. Die bereits heute erhebliche Verkehrsbelastung führt ebenfalls zu einer enormen Lärmbelästigung der angrenzenden Wohnbebauung im Bereich der Jean-Monnet-Straße sowie der Commerdener Höhe. Wie unter Punkt 9.1 auf S. 36 beschrieben, kann der „planbedingte Verkehrsanteil auf bestehenden öffentlichen Straßen (….) allerdings für einen Bebauungsplan besonders abwägungsrelevant sein, wenn die grundrechtliche Zumutbarkeitsschwelle (sogenannte zumutbare Belastung) von 70 dB(A) am Tage oder 60 dB(A) in der Nacht überschritten wird.“ Nach Aussage der Begründung wird dieses Kriterium mit der vorliegenden Bestandssituation und den neu geplanten Nutzungen jedoch nicht erreicht.

Dies kann aus unserer Sicht zu jetzigen Zeitpunkt noch gar nicht abschließend beurteilt werden, da für die neu geplanten Nutzungen lediglich eine Prognose vorliegt. Ob die erwartet neue/zusätzliche Verkehrsbelastung wie prognostiziert eintritt, bleibt abzuwarten. Aus unserer Sicht ist es bei Realisierung der Planung dringend erforderlich, entsprechende verkehrstechnische Maßnahmen (z.B. Kreisverkehr am Knotenpunkt 2) für die Aachener Straße umzusetzen, die zu einer Verkehrsberuhigung und damit gleichzeitig auch zu einer Lärmminderung beitragen können.

Sollte es nach Realisierung der Planung zu einer erheblichen Mehrbelastung hinsichtlich Verkehr und Lärm kommen, fordern wir ein erneutes Lärmgutachten und zusätzliche aktive Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Lärmschutzwand im Bereich des Fuß-/Radweges entlang der Aachener Straße.

Wir bitten diese Stellungnahme im weiteren Verfahren entsprechend zu berücksichtigen und um Information, wie die von uns angeführten Aspekte im weiteren Planverfahren berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Knotenpunkt Carl-Benz-Straße/Aachener Straße

Im Zuge der Erschließungsplanung hat sich ergeben, dass nach derzeitigem Sachstand des Gutachtens am Knotenpunkt Carl-Benz-Straße/Aachener Straße keinerlei Anpassungen (auch keine Änderungen der Markierungen o.ä.) erforderlich sind. Die Begründung wird daher auf den Seiten 14 und 39 redaktionell angepasst. Im Übrigen

ist darauf hinzuweisen, dass eine Kreisverkehrskonzeption nicht Bestandteil der ausgelegten Entwurfsunterlagen war.

Für den o.g. Knotenpunkt ist gemäß Gutachten davon auszugehen, dass sich weiterhin ein ausreichender Verkehrsablauf einstellen wird. Der Gutachter schreibt dazu in seinem Gutachten: »In der Analyse war der Linkseinbieger von der Commerdener Höhe in die Aachener Straße für diese Einstufung maßgebend. In der Prognose wird neben dem zuvor genannten Verkehrsstrom auch beim Linkseinbieger aus der Carl-Benz-Straße die Qualitätsstufe D erreicht. Die mittlere Wartezeit beträgt für den Linkseinbieger Commerdener Höhe rd. 39 Sekunden und für den Linkseinbieger Carl-Benz-Straße rd. 40 Sekunden. Diese Werte liegen noch im mittleren Bereich der Qualitätsstufe D, welche eine mittlere Wartezeit zwischen 30 und 45 Sekunden aufweist. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass sich am Knotenpunkt Aachener Straße/Carl-Benz-Straße weiterhin ein ausreichender Verkehrsablauf einstellen wird.« Im Bestand existieren zudem verschiedene Alternativen, um die Kreuzung Carl-Benz-Straße/Commendener Höhe/Aachener Straße im Zweifelsfall zu umgehen.

Aufteilung der Verkehrsmengen
Die seitens des Anregers angezweifelte Aufteilung der Verkehre gemäß Verkehrsgutachten auf die verschiedenen Ausfahrten und Wege vom Plangebiet auf das Straßennetz erfolgt aufgrund von plausiblen Annahmen, die im Gutachten transparent dargelegt werden: Die Ausfahrt vom Gelände auf die Carl-Benz-Straße wird seitens des Gutachters als untergeordnete Grundstückszufahrt eingeordnet, über die nur rund 28 % des gesamten Verkehrsaufkommens abgewickelt werden kann/soll. Über die Aachener Straße kommen aus/fahren in Richtung Stadtmitte gemäß Gutachten insgesamt 25,8 % des gesamten Verkehrsaufkommens des Standortes (2,2 % fahren demnach über die Paul-Rüttchen-Straße). Die Haupterschließung bildet der leistungsfähige Knotenpunkt/Kreisverkehr Lidl-Markt/Gewerbestraße Süd/Aachener Straße. Den Annahmen legt der Gutachter die mit den zulässigen Verkaufsflächen verbundenen Verkehrsmengen zugrunde. Das Gutachten analysiert zudem die Einzugsgebiete des Standortes und die damit verbundenen Wege (anteilig differenziert nach allen Städten im Einzugsbereich sowie für Erkelenz nach Stadtteilen). Die Annahmen basieren auf dem ungünstigsten Szenario in der für den Standort wesentlichen Hauptverkehrszeit (zwischen 17:00 und 18:00 Uhr).

Vorschläge zur Verkehrsberuhigung
Zu hohe gefahrene Geschwindigkeiten auf der Aachener Straße sind kein Regelungsinhalt des Bauleitplanverfahrens. Es entspricht ständiger verwaltungsgerichtlicher Rechtsprechung, dass im Rahmen der Bauleitplanung von einem ordnungsgemäßen Verhalten der Bürger, d.h. insbesondere davon ausgegangen werden darf, dass die straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben (Geschwindigkeitsbegrenzungen etc.) Beachtung finden.

Fuß- und Radverkehr
Entlang der Aachener Straße existiert im Bereich und auf der Straßenseite des Plangebietes kein Fuß- und Radweg. Für den Fuß- und Radverkehr wird nördlich und südlich des Plangebietes beidseitig entlang der Aachener Straße ein Fuß- und Radweg geführt. Eine Querung der Aachner Straße ist in rund 200 m Entfernung nördlich des Knotenpunktes Aachener Straße/Carl-Benz-Straße sowie im südlichen Bereich

des Kreisverkehres Aachener Straße/Gewerbestraße Süd möglich. Über diese Knotenpunkte ist das Plangebiet ausreichend an das Fuß- und Radwegenetz angeschlossen (die Wohnbebauung westlich des Plangebietes über die Carl-Benz-Straße, die Innenstadt über die Fuß- und Radwege entlang der Aachener Straße und die Querung nördlich des Plangebietes, die Wohngebiete östlich über Fuß- und Radwege im Grünzug zwischen Gewerbegebiet Süd und der Wohnbebauung und über den Kreisverkehr Gewerbestraße Süd/Aachner Straße). Eine zusätzliche Querung ist für die geplanten Nutzungen im Bebauungsplan somit nicht erforderlich, zumal die Festsetzungen des Bebauungsplanes keine Sortimente vorsehen, die üblicherweise durch Laufkundschaft oder mit Fahrrädern transportiert werden können (Möbelmarkt und Garten-/Baumarkt).

Schallemissionskontingentierung
Ziel der Emissionskontingentierung ist es, einen immissionsschutzrechtlichen Rahmen für mögliche Nutzungen auf den Flächen des Bebauungsplanes vorzugeben. Dabei handelt es sich um den rechtlich zulässigen maximalen Rahmen für mögliche Ansiedlungen von Betrieben, ohne weitergehende Kenntnisse zu konkreten Nutzungen. Die berechneten Emissionskontingente bilden dabei den ungünstigsten, rechtlich noch zulässigen Fall ab.

Da den Planungen des Bebauungsplanes keine konkreten emittierenden Betriebe bzw. Vorhaben im Sinne eines Vorhaben- und Erschließungsplanes zugrunde liegen, werden auch keine konkreten Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes stellen vielmehr sicher, dass die zulässigen Immissionsrichtwerte an den relevanten Immissionspunkten sowohl tagsüber als auch nachts eingehalten werden, unabhängig von der konkreten Lösung, die ein möglicher Betrieb im Einzelnen ergreift, um diese Richtwerte einzuhalten (etwa baulich-architektonischen Lösungen, Begrenzung von Betriebszeiten oder der Anlieferung, weitergehende Schallschutzmaßnahmen etc.). Weitergehende Schallschutzmaßnahmen auf Ebene der Bauleitplanung sind nicht erforderlich. Im Idealfall unterschreiten die anzusiedelnden Betriebe die Emissionskontingente bereits ohne weitergehende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Die Einhaltung der Lärmemissionskontingente, die im Bebauungsplan verbindlich festgesetzt ist, wird im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren geprüft. In diesem Rahmen werden auch ggfs. erforderliche Schallschutzmaßnahmen abschließend festgelegt.

Die tatsächliche Umsetzung erforderlicher Lärmschutzmaßnahmen durch den jeweiligen Betrieb sowie die Einhaltung der zulässigen Immissionsrichtwerte wird für die Dauer der Betriebstätigkeit bauaufsichtlich überwacht.

Schallemissionen durch das Verkehrsaufkommen außerhalb des Plangebietes
Zur Bewertung der zu erwartenden Verkehrslärmemissionen im öffentlichen Straßennetz außerhalb des Plangebietes wurden vom Schallgutachter die Zumutbarkeitsschwellen gemäß der 16. BImSchV zugrunde gelegt. Zudem ist auf eine vorhandene Vorbelastung der Straße durch die bisherige Nutzung des ehemaligen REWE-Zentrallagers hinzuweisen, die als Vergleichsmaßstab zur Bewertung des Eingriffes heranzuziehen ist.

Der planbedingte Verkehrsanteil auf bestehenden öffentlichen Straßen kann für den Bebauungsplan dann besonders abwägungsrelevant sein, wenn die grundrechtliche Zumutbarkeitsschwelle (sogenannte zumutbare Belastung) von 70 dB(A) am Tage sowie 60 dB(A) in der Nacht überschritten wird. Liegt die derzeitige Belastung bereits ohne den planbedingten Verkehrsanteil oberhalb der Zumutbarkeitsschwelle, ist jeder weitere relevante Zusatzverkehr und die daraus resultierende rechnerische Pegelerhöhung abwägungsrelevant.

Ausweislich der im Zuge des Bauleitplanverfahrens eingeholten Lärmprognose wird die Zumutbarkeitsschwelle von 70 dB(A) am Tage sowie 60 dB(A) in der Nacht unter Berücksichtigung sowohl der zu erwartenden Verkehrserzeugung des Plangebietes als auch des sonstigen Bestandverkehrs auf der Aachener Straße und weiteren angrenzenden Straßen bei den vorliegenden Fahrbahnabständen der Bestand-Wohnbebauung nicht erreicht. Dabei stützt sich der Gutachter auf übliche und erprobte Berechnungs- und Prognoseverfahren entsprechend der einschlägigen Literatur/Vorschriften. Diese enthalten Sicherheitsaufschläge/Annahmen, die vom ungünstigsten Fall ausgehen, sodass sich in der Realität üblicherweise geringere Immissionen einstellen.

Aktive oder passive Schallschutzmaßnahmen entlang der Aachener Straße sind gemäß Gutachter somit nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Begründung wird hinsichtlich des nicht erforderlichen Umbaus des Knotenpunktes Carl-Benz-Straße/Aachener Straße redaktionell angepasst. Den Anregungen der Stellungnahme zum Verkehr und Lärm wird nicht gefolgt, die weiteren Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Bezirksregierung Arnsberg, Postfach 44025 Dortmund
Schreiben vom: 08. Mai 2015

Inhalt:

Der Planbereich liegt über dem auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeld „Sophia-Jacoba A“, sowie über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Erka 3“ und „Matzerath 2“.

Eigentümer des Bergwerksfeldes „Sophia-Jacoba A“ ist die RAG Immobilien GmbH, vertreten durch die Vivawest GmbH, Nordsternplatz 1, 45899 Gelsenkirchen.

Eigentümer der Bergwerksfelder „Erka 3“ und „Matzerath 2“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, hier vertreten durch die RWE Power AG, Abtl. Liegenschaften und Umsiedlung in 50416 Köln.

Nach den hier vorliegenden Unterlagen ist im Planungsbereich kein einwirkungsrelevanter Bergbau verzeichnet. Mit bergbaulichen Einwirkungen auf die Planungsfläche ist danach nicht zu rechnen.

Über zukünftige bergbauliche Maßnahmen im Bereich dieser Planmaßnahme ist hier nichts bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, falls nicht bereits geschehen, die o. a. Bergwerkseigentümer an der Planmaßnahme zu beteiligen.

Ferner liegt das Plangebiet über dem Feld der Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken „Saxon 2“. Inhaber der Erlaubnis ist die Dart Energy (Europo) Limited.

Diese Erlaubnis gewährt das befristete Recht zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Kohlenwasserstoffe“ innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes.

Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf.

Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, so dass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Der Planungsbereich ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides (– Az.: 61.42.63 – 2000 -1 -)
von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Folgendes sollte berücksichtigt werden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungs-/Vorhabengebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden.

Ich empfehle Ihnen, diesbezüglich eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2, 50935 Köln sowie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Erftverband 6, 50126 Bergheim, zu stellen.

Der Planbereich befindet sich in einem früheren Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus, in dem nach derzeitigem Kenntnisstand durch einen Anstieg des Grubenwassers Hebungen an der Tagesoberfläche zu erwarten sind. Diese Bodenbewegungen können, insbesondere bei bestimmten geologischen Situationen wie Unstetigkeiten, zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Dies sollte bei Planungen und Vorhaben berücksichtigt werden. Inwieweit der vorliegende Planbereich hiervon betroffen ist, kann von hier aus nicht beurteilt werden. Ich empfehle Ihnen, hierzu eine entsprechende Auskunft bei der EBV GmbH, Myhler Straße 83, 41836 Hückelhoven, einzuholen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

In die Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes und in den Bebauungsplan werden Hinweise zu den Auswirkungen durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserbeeinflussung und dem Einwirkungsbereich des Steinkohlenbergbaus aufgenommen.

Beschlussvorschlag:
In die Begründung zur Änderung des Flächennutzungsplanes und den Bebauungsplan sind entsprechende Hinweise aufzunehmen.

Lfd.-Nr.: 2
Träger: WestEnergie und Verkehr GmbH, Postfach 1191, 52501 Geilenkirchen
Schreiben vom: 05.05.2015

Inhalt:

Für die Zusendung der Planentwürfe bedanken wir uns.

Als öffentliches Verkehrsunternehmen teilen wir Ihnen nach Prüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen mit, dass wir im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange keine Bedenken vorzubringen haben.

Allerdings führt der Linienweg des EK 4/ErkaBus von der Straße „Commerdener Höhe“ kommend über die „Carl-Benz-Straße“ zur „Paul-Rüttchen-Straße“. Wir regen deshalb an, die Möglichkeit der Einrichtung einer Haltestelle nahe des neuen Einzelhandel-Gebietes an der „Carl-Benz-Straße“ zu berücksichtigen.

Außerdem möchten wir Sie bitten, uns über die weiteren Planungen und Baumaßnahmen zu informieren, da wir ggfls. den dort verkehrenden Linienverkehr umleiten müssen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Die vorliegende Planung schließt die Einrichtung einer neuen Haltestelle in der Nähe der geplanten Nutzungen nicht aus. Eine weitergehende Prüfung kann im weiteren Verfahren der Realisierung der Bauleitplanung erfolgen.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 3
Träger: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen
Schreiben vom: 11.05.2015

Inhalt:

Zu den von Ihnen bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Die Entwicklung von Gewerbebranchen wird ausdrücklich begrüßt, da so die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen vermieden wird.

Bezüglich der Kompensation haben wir unterschiedliche Angaben gefunden: in der Begründung zum Bebauungsplan steht auf Seite 52: „Die nach dem LANUV-Verfahren für die Bauleitplanung ermittelte Differenz zwischen dem Gesamtwert Bestand (56.510 Punkte) und dem Gesamtwert Planung (44.125 Punkte) beträgt – 12.385 Punkte. Diese Punkte sollen außerhalb des Plangebietes ausgeglichen werden“. In dem Gutachten des Büros Grünplan steht auf Seite 3: „Die nach dem LANUV-Verfahren für die Bauleitplanung ermittelte Differenz zwischen dem Gesamtwert Bestand (56.510 Punkte) und dem Gesamtwert Planung (45.845 Punkte) beträgt – 10.665 Punkte.“ Die Differenz von 1.720 Punkten resultiert aus unterschiedlichen Daten für die Planung. Wir bitten freundlich um Klarstellung.

Bezüglich des verbliebenen externen Kompensationsbedarfs regen wir an, auf landwirtschaftliche Belange im Sinne von § 15 (3) BNatSchG Rücksicht zu nehmen und die externe Kompensation vorzugsweise über ein Ökokonto oder durch Aufwertung bestehender Kompensationsflächen zu realisieren.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Vor dem Hintergrund geringfügiger Änderungen von Flächenzuschnitten zum Entwurfsstadium wurde die Kompensationsberechnung aktualisiert. Gutachten und Begründung wurden in diesem Zuge aneinander abgeglichen. Die Umsetzung des erforderlichen Ausgleiches wird im weiteren Verfahren festgelegt. Der Anregung wird somit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Kreispolizeibehörde Heinsberg, Postfach 15 10, 52519 Heinsberg
Schreiben vom: 12.05.2015

Inhalt:

Aus verkehrspolizeilicher Sicht und aus Gründen der Verkehrsunfallprävention bestehen bezüglich der Änderung des Flächennutzungsplanes grundsätzlich keine Einwände.

Zum Knotenpunkt Aachener Straße/Carl-Benz-Straße nehme ich wie folgt Stellung:

Im Vorentwurf zur Begründung des Bebauungsplanes empfiehlt der Gutachter zur Steigerung der Leistungsfähigkeit den Umbau des Knotens zu einem Kreisverkehr. Problematisch sieht der Gutachter einen möglichen Umbau zu einem Minikreisverkehr mit einem Durchmesser von 22 m hinsichtlich einer richtliniengerechten Führung des Radverkehrs. Diese Einschätzung wird aus verkehrspolizeilicher Sicht nach den Erfahrungen und Beobachtungen an anderen Minikreisverkehrsplätzen geteilt.

Dabei ist herauszustellen, dass auch bei der Beachtung der Richtlinien und Empfehlungen zum Einsatz und zur Gestaltung und Anlage von KVP sich die Funktion solcher Kreisel nicht bewährt hat. Immer wieder treten an solchen Plätzen Verkehrsunfälle mit Verletzten auf, vielfach bilden sich über Jahre Unfallhäufungsstellen, die nur schwerlich oder auch nur mit hohem finanziellem Aufwand zu beseitigen sind.

Hier sind insbesondere bei der Anlage von Minikreisverkehren die immanent unfallbegünstigenden Faktoren

- geringer Durchmesser des KVP
- kleiner, durchschaubarer und überfahrbarer Kreismittelpunkt
- kaum Lenkbewegungen erforderlich
- unangepasste Durchfahrtsgeschwindigkeit
- Nähe der zu-/abführenden Äste zueinander

zu benennen.

Gerade unter Beteiligung von einspurigen Fahrzeugen (Zweiräder) kommt es deshalb immer wieder vermehrt zu Verkehrsunfällen mit Verletzten und Schwerverletzten.

Als Beispiel sei hier der Minikreisverkehrsplatz Aachener Straße/Neumühle genannt.

Die Empfehlung des Gutachters zum Umbau der Kreuzung zu einem „kleinen Kreisverkehr“ mit einem Durchmesser von mindestens 26 m wird aus verkehrspolizeilicher Sicht und aus Gründen der Verkehrsunfallprävention unterstützt, wenn nicht alternativ eine verkehrsabhängige Lichtsignalanlage möglich ist.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Der abschließende Umgang mit dem in Rede stehenden Knotenpunkt erfolgt auf Grundlage der Ergebnisse des Verkehrsgutachtens, das zur Offenlage vorliegt. Die o.g. Anregungen werden im Zuge der weiteren Überlegungen zu o.g. Knotenpunkt berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 5
Träger: Stadt Hückelhoven, Parkhofstr. 76, 41836 Hückelhoven
Schreiben vom: 12.05.2015

Inhalt:

Zu den o. g. Bauleitplänen wird wie folgt Stellung genommen:

Aus den von Ihnen zugesandten Verkehrsunterlagen ist zu entnehmen, dass bereits am 15.12.2010 der Rat der Stadt Erkelenz beschlossen hat, für den aufgezeigten Geltungsbereich einen Bebauungsplan aufzustellen (bei gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes) und mit den beiliegenden Entwürfen das Beteiligungsverfahren durchzuführen.

Das beigefügte Gutachten der BBE Handelsberatung GmbH datiert aus dem Frühjahr 2011. Dementsprechend sind im Gutachten Aussagen und Annahmen getroffen worden, welche auf einer Wettbewerbsanalyse und Grundlagendatenermittlung basieren, die dem aktuellen Einzelhandelsbestand – zumindest in der Stadt Hückelhoven – so nicht mehr entsprechen.

Die Stadt Hückelhoven bittet darum, die Auswirkungsanalyse zu aktualisieren und auf den aktuellen Einzelhandelsbestand (u. a. mit Einarbeitung des Bau- und Gartenfachmarktes OBI sowie des Möbelfachmarktes Roller) zu bringen.

Nur so können Aussagen darüber getroffen werden, ob hinsichtlich Ihrer Festsetzung eines Sondergebietes mit der Ausweisung „großflächiger Einzelhandel“ negative Auswirkungen auf die Einzelhandelsstruktur in Hückelhoven zu erwarten sind und somit Bedenken gegen das Bauleitplanverfahren bestehen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Der Anregung wird gefolgt, für den Bebauungsplan-Entwurf zur Offenlage liegt ein vollständig aktualisiertes Verträglichkeitsgutachten vor. Dieses untersucht die dem Bebauungsplan zugrunde liegende Nutzungskonzeption. Im Rahmen der genannten Verträglichkeitsanalyse wird zudem eine aktuelle Situation des Einzelhandels in allen relevanten Nachbargemeinden vorgenommen. Der Anregung der Behörde wird damit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 6
Träger: IHK Aachen, Postfach 10 07 40, 52007 Aachen
Schreiben vom: 21. Mai 2015

Inhalt:

Gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen grundsätzlich keine Bedenken.

Wir möchten jedoch darum bitten, im Flächennutzungsplan die Zweckbestimmung des Sondergebietes wie folgt zu ergänzen: „Sondergebiet für großflächigen nicht zentrenrelevanten Einzelhandel“. Dadurch wird potentiellen Investoren bereits auf Ebene des Flächennutzungsplanes verdeutlicht, dass im Plangebiet nur die Ansied-

lung von nicht zentrenrelevantem Kernsortiment vorgesehen ist. Andernfalls könnte das Interesse von Investoren für eine Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben mit zentrenrelevantem Sortiment geweckt werden, was an diesem Standort außerhalb eines zentralen Versorgungsbereichs nicht zulässig wäre.

Ebenfalls möchten wir darum bitten, im Bebauungsplan das Randsortiment für Elektrogroßgeräte zu begrenzen, da es sich hierbei nicht um ein Kernsortiment für Bau- und Gartenbetriebe handelt. Ohne Festsetzungen einer solchen Verkaufsflächenobergrenze wäre theoretisch auch die Nutzung eines 10.500 qm großen Fachmarktes für Elektrogeräte am Standort vorstellbar, was jedoch nicht der gewünschten städtebaulichen Entwicklung entspricht.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Auf Ebene des Flächennutzungsplanes wird das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Sondergebiet für großflächigen nicht zentrenrelevanten Einzelhandel“ konkretisiert. Auf Ebene des Bebauungsplanes werden Elektrogroßgeräte als nichtzentrenrelevante Randsortimente definiert. Den Anregungen der IHK wird somit gefolgt.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 7
Träger: Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Autobahnniederlassung Krefeld, Postfach 101352, 47713 Krefeld
Schreiben vom: 20.05.2015

Inhalt:

Die Autobahnniederlassung Krefeld ist für den Betrieb und die Unterhaltung der durch das Stadtgebiet Erkelenz verlaufenden Autobahn 46, Abschnitt 5 und damit für die anbaurechtliche Beurteilung zuständig. Baulastträger der Autobahn ist die Bundesrepublik Deutschland.

Östlich der B 57 liegt das Gewerbegebiet teilweise innerhalb der Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 und 100 m von äußersten befestigten Fahrbahnrand der zur Autobahn 46 gehörenden Rechtsabbiegespur). Die anbaurechtlichen Bestimmungen und Beschränkungen des § 9 Bundesfernstraßengesetz sind zu beachten und einzuhalten. Hierzu verweise ich auf die als Anlage beigefügten „Allgemeinen Forderungen“.

Für das im Nahbereich der Autobahn – unmittelbar an der Anschlussstelle Erkelenz-Süd – liegende Plangebiet soll das Planungsrecht dahingehend geändert werden, dass zukünftig u. a. die Ansiedlung von Betrieben des großflächigen Einzelhandels (SO – gfl. EH) ermöglicht wird. Der südliche Teil des Plangebietes bleibt weiterhin gewerbliche Baufläche.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Die straßenbauliche Erschließung des Plangebietes soll über den Knotenpunkt „Aachener Straße“/Gewerbestraße Süd“ und den Knotenpunkt „Aachener Straße/Carl-Benz-Straße“ erfolgen. Die beigefügten Ausführungen zur verkehrlichen Verträglichkeit des Vorhabens in dem Gutachten – Verkehrliche Untersuchung Bebauungsplan Nr. VII/D in Erkelenz – sind unzureichend. Betrachtet werden hier lediglich die unmittelbar zur Erschließung des Plangebietes dienenden Knotenpunkte. Auswirkungen auf die BAB-Anschlussstellen sowie die Heerstraße B 57 sind nicht in die Untersuchung einbezogen worden. Bei der Aktualisierung des Gutachtens im weiteren konkretisierten Verfahren ist nachweislich zu dokumentieren, dass auch die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz verkehrsverträglich wie auch leistungsfähig realisiert werden kann. Ggfl. erforderlich werdende Ertüchtigungsmaßnahmen gehen zu Lasten der Stadt Erkelenz/des Vorhabenträgers“.

Im GE (vgl. S 19 der Begründung) ist die Errichtung eines bis zu 30 m hohen Werbepylons vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass sicherzustellen ist, dass durch die Werbeanlage die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Autobahn nicht beeinträchtigt werden darf. Zu gegebener Zeit bitte ich mir den genauen Standort der Werbeanlage und die detaillierten Angaben zur Art der Werbung zur Zu-/Abstimmung mitzuteilen.

Falls noch nicht geschehen, ist die Regionalniederlassung Niederrhein Mönchengladbach wegen der B 57 ebenfalls am Verfahren zu beteiligen.

Auf Seite 29 Pkt. 10 „Nachrichtliche Übernahmen“ ist auf die Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone der A 46 hinzuweisen.

Ob die Straßenbauverwaltung im Rahmen der damaligen Verfahren zum derzeit rechtskräftigen BPL VII/3 Neumühle (21.2.1974) sowie den Bebauungsplänen VII/A, VII/C aus 2011 beteiligt worden ist, kann wegen hier nicht vorliegender Unterlagen nicht festgestellt werden.

Zu gegebener Zeit sind die geplanten externen Kompensationsmaßnahmen (ermitteltes Ausgleichsdefizit von 12385 Punkten) mitzuteilen.

Die o. a. Bauleitplanung wird in Kenntnis der in unmittelbarer Nähe vorhandenen Autobahn 46 und der negativen Auswirkungen aufgestellt. Gegenüber der Straßenbauverwaltung können weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz oder ggf. erforderliche Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden.
Eine Aktualisierung der Schalltechnischen Untersuchung Stand 2011 soll im weiteren Verfahren erfolgen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die in Rede stehende Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone (40 und 100 m von äußersten befestigten Fahrbahnrand der zur Autobahn 46 gehörenden Rechts-

abbiegespur) werden im Rahmen des Bebauungsplan-Entwurfes nachrichtlich übernommen. Entsprechende Ausführungen werden in der Begründung ergänzt.

Bis zur Offenlage erfolgt eine aktualisierte Erarbeitung der verkehrlichen Untersuchung. Hierbei werden auch die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens vor dem Hintergrund aktueller Verkehrsbelastungszahlen betrachtet. In diesem Rahmen wird auch die Anbindung an das übergeordnete Straßennetz – in diesem Fall BAB-Anschlussstellen sowie die Heerstraße B 57 – wie gefordert gutachterlich betrachtet. Ggfl. erforderlich werdende Ertüchtigungsmaßnahmen werden zwischen der Stadt Erkelenz und dem Vorhabenträger vertraglich geregelt.

Die konkrete Planung des Werbepylons im GE 2 erfolgt in nachgelagerten Genehmigungsverfahren. Sofern diese innerhalb der o.g. Anbaubeschränkungszone liegt, erfolgt – wie angeregt – eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW.

Die Regionalniederlassung Niederrhein Mönchengladbach (Zuständigkeit für die B 57) wurde im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung ebenfalls in das Verfahren einbezogen. Weitergehende Anregungen von dieser Behörde erfolgten aber nicht. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang, dass eine frühzeitige Behördenbeteiligung zu diesem Plangebiet im Jahr 2011 nicht durchgeführt worden ist.

Vor dem Hintergrund geringfügiger Änderungen von Flächenzuschnitten zum Entwurfsstadium wurde die Kompensationsberechnung aktualisiert.

Ebenso erfolgt zum Entwurf eine Aktualisierung des Schallschutzgutachtens. In diesem Zusammenhang werden die Aussagen in Bezug auf die Geltendmachung von Ansprüchen in Bezug auf aktiven und / oder passiven Lärmschutz oder ggf. erforderliche Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung gegenüber der Straßenbauverwaltung zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:
Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 8
Träger: Stadt Mönchengladbach, Der Oberbürgermeister, 41050 Mönchengladbach
Schreiben vom: 21.05.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz und zum Vorentwurf des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ kann seitens der Stadt Mönchengladbach keine abschließende Stellungnahme abgegeben werden.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

In der Auswirkungsanalyse (Stand Mai 2011), die im Zuge einer anderen Planungskonzeption erstellt wurde, ist die Stadt Mönchengladbach nicht in das potenzielle Einzugsgebiet einbezogen worden. Rückschlüsse auf mögliche Auswirkungen für das Mönchengladbacher Stadtgebiet sind auf dieser Grundlage nicht möglich – das Gutachten bedarf daher einer Überarbeitung.
Wie in der Begründung des Bebauungsplanes erläutert, soll im weiteren Verfahren eine Aktualisierung der Auswirkungsanalyse erfolgen. Die Stadt Mönchengladbach wird sich daher im weiteren Beteiligungsverfahren nach Vorliegen der entsprechenden Unterlagen erneut äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Rahmen der aktualisierten Verträglichkeitsanalyse wird die Stadt Mönchengladbach weiterhin nicht zum Einzugsgebiet der Vorhaben im Plangebiet gezählt. Es wird davon ausgegangen, dass die Mönchengladbacher Bevölkerung überwiegend bzw. zu großen Teilen nicht das Planvorhaben aufsuchen wird. Das ist damit zu erklären, dass die Stadt Mönchengladbach, auch wenn sie sich in direkter Nachbarschaft zur Stadt Erkelenz befinden, selbst über eine Reihe größerer und attraktiver Bau- und Gartenfachmärkte bzw. Möbelanbietern verfügt, auf die sich die Stadtbevölkerung im Wesentlichen orientiert.

In der Auswirkungsanalyse umfasst das Untersuchungsgebiet neben der Stadt Erkelenz auch die zum Einzugsgebiet zählenden Nachbarkommunen Hückelhoven, Wegberg, Wassenberg, Linnich und Titz. Zudem werden aber auch die projektrelevanten großen strukturprägenden Wettbewerber in die Wettbewerbsbetrachtung einbezogen, die in Mönchengladbach, d. h. außerhalb dieses Einzugsgebiets ansässig sind. Dies ist damit zu begründen, dass diese aufgrund ihrer Dimensionierung und Ausstrahlungskraft derzeit auch von Kunden aus dem Einzugsgebiet des Planvorhabens in größerem Maße aufgesucht werden.

Das aktualisierte Gutachten kommt diesbezüglich zum Ergebnis, dass lediglich bei der Ansiedlung des Möbelmitnahmemarktes nachweisbare Auswirkungen auf die Stadt Mönchengladbach festzustellen sind. Aufgrund des intensiven Wettbewerbs im weiteren Untersuchungsgebiet werden sich die Umverteilungswirkungen aber in einer Größenordnung bewegen, die von den in Mönchengladbach ansässigen leistungsstarken Möbelhäusern aufzufangen ist. Das aktualisierte Gutachten wird zur Offenlage der Bauleitplanung beigefügt.

Beschlussfassung:
Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Lfd.-Nr. 9
Träger: Kreis Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, 52525 Heinsberg
Schreiben vom: 27.05.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o.g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Gesundheitsamt

Gegen die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz sowie den Bebauungsplan Nr. VII/D werden aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht keine Bedenken erhoben, wenn die in der schalltechnischen Untersuchung der Kramer Schalltechnik GmbH vorgeschlagenen Schallminderungsmaßnahmen bei den sich künftig ansiedelnden Gewerbebetrieben berücksichtigt werden, so dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden und gesundheitlich relevante Geräuschbelästigungen der Anwohner benachbarter Wohngebiete nicht zu besorgen sind.

Amt für Umwelt und Verkehrsplanung

Aus den
- von der Unteren Wasserbehörde
- von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde
- von der Abgrabungsbehörde
- von der Straßenbaubehörde
- von der Unteren Landschaftsbehörde

des Kreises Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die o.g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Im Übrigen wird seitens der **Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten** auf nachfolgendes hingewiesen:

Der betroffene Geltungsbereich ist in der Vergangenheit als Logistikzentrum und Zentrallager der REWE-Zentral AG, als auch in den Jahren 2007 bis 2009 von der Pro Quality Logistik GmbH, als Spedition, genutzt worden.
Die Informationen entstammen der Internetrecherche sowie den Auswertungen der ahu AG Aachen, welche im Auftrag des Kreises Heinsberg eine Erfassung von Altstandorten (stillgelegte Gewerbe- und Industriebetriebe) durchgeführt hat. Die Erfassung erfolgte durch Auswertung von Adressbüchern, Daten der Gewerbemeldestellen und historischen Akten aus verschiedenen Archiven.

Aufgrund der fehlenden Kenntnisse bezüglich der verwendeten Unterbaumaterialien und der vormals gewerblichen Nutzung, hauptsächlich als Speditionsunternehmen, empfehle ich, vor einer Nutzungsänderung bzw. eines Eigentümerwechsels, durch einen unabhängigen Gutachter mittels historischer Recherche das Kontaminationspotential abschätzen zu lassen, bzw. eine Gefährdungsabschätzung durchzuführen. Ansonsten können keine genaueren Aussagen über die Belastungssituation, die Bebaubarkeit bzw. die Möglichkeit einer Nutzungsänderung getroffen werden.

Die erteilten Auskünfte beinhalten nur den momentanen Kenntnisstand. Der Kreis Heinsberg übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der Auskünfte aus dem Altlast-Verdachtsflächenkataster bzw. dem Verzeichnis der Flächen mit Bodenbelastungsverdacht.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde

Die Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde liegt mir zurzeit nicht vor. Sie wird Ihnen direkt von dort zugeleitet.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
In Bezug auf die Anregungen des Gesundheitsamtes ist darauf hinzuweisen, dass im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfes eine auf die abschließend festgelegte Nutzungskonzeption für das Plangebiet aktualisierte Geräuschkontigentierung durch das Büro Kramer Schalltechnik GmbH erfolgt ist. Im Bebauungsplanentwurf werden entsprechende Emissionskontingente festgesetzt. Damit wird gewährleistet, dass die Immissionsrichtwerte eingehalten werden und gesundheitlich relevante Geräuschbelästigungen der Anwohner benachbarter Wohngebiete vermieden werden.

Den Anregungen der Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten wird gefolgt. Es erfolgen derzeit weitergehende Untersuchungen zu möglichen Bodenbelastungen durch das Unternehmen Grüning consulting. Hieraus für die Bauleitplanung relevante Ergebnisse werden bis zur Offenlage in der Begründung des Bebauungsplan- Entwurfes berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes wird zur Kenntnis genommen, der Stellungnahme der Unteren Bodenschutzbehörde/Altlasten wird gefolgt.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Industrie- und Handelskammer Aachen, Postfach 10 07 40, 52007 Aachen
Schreiben vom: 29.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

gegen die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des oben genannten Bebauungsplanes bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen grundsätzlich keine Bedenken.

Wir möchten jedoch erneut darum bitten, im Bebauungsplan das Randsortiment für Elektrogroßgeräte zu begrenzen, da es sich hierbei nicht um ein Kernsortiment für Bau- und Gartenbetriebe handelt. Ohne Festsetzung einer solchen Verkaufsflächenobergrenze wäre theoretisch auch die Nutzung eines Bau- und Gartenmarktes mit einem nicht-zentrenrelevantem Randsortiment von bis zu 5.000 qm für Elektrogroßgeräte am Standort vorstellbar. Bei einer solchen Größenordnung könnten jedoch schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche in angrenzenden Kommunen, in denen Elektrogroßgeräte als zentrenrelevant definiert sind, nicht ausgeschlossen werden.

Da es sicherlich nicht im Bestreben des Betreibers ist, Elektrogroßgeräte in einem größeren Umfang anzubieten, empfehlen wir, die Verkaufsfläche für Elektrogroßgeräte im Rahmen der allgemeinen Kleinflächigkeit im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO auf 800 qm Verkaufsfläche zu begrenzen.

Freundliche Grüße

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Die Anregung einer Begrenzung der Randsortimente explizit für Elektrogroßgeräte ist nicht erforderlich, da durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes einerseits eine Einschränkung auf *branchenübliche* Randsortimente erfolgt und diese lediglich auf 10 % der Gesamtverkaufsfläche zulässig sind. Elektrogroßgeräte wurden als Hauptsortiment durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes in der Entwurfsfassung des Bebauungsplanes für das SO 1 und das SO 2 bereits ausgeschlossen. Aufgrund dieser Beschränkungen können gravierende Beeinträchtigungen der zentralen Versorgungsbereiche ausgeschlossen werden.

Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes ergibt sich für das SO 1 (Bau- und Gartenmarkt) eine maximale Verkaufsfläche für alle Randsortimente zusammengenommen von 1.050 qm, für das SO 2 (Möbelmarkt) eine maximale Verkaufsfläche für die Randsortimente von 1.000 qm. Es ist davon auszugehen, dass diese Randsortimente durch zentrenrelevante oder durch zentren- und nahversorgungsrelevante Sortimente genutzt werden. Zudem sind für die Randsortimente in den Sondergebieten keine eigenständigen Ladeneinheiten zulässig.

Die Unbedenklichkeit der geplanten Märkte wurde einschließlich der zulässigen Randsortimente im Rahmen einer Auswirkungsanalyse nachgewiesen.

Beschlussvorschlag:
Der Anregung wird nicht gefolgt.

Lfd. Nr.: 2
Träger: Kreisverwaltung Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen
Schreiben vom: 05.10.2015

Inhalt:

zu der o. g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Das Gesundheitsamt und das Amt für Umwelt und Verkehrsplanung haben keine Einwendungen erhoben.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde –

Den Planunterlagen liegt ein schalltechnisches Gutachten der KRAMER Schalltechnik GmbH vom 07. Juli 2015 vor. In diesem Gutachten wird aufgezeigt, dass aufgrund der umliegenden Wohngebiete und der vorhandenen gewerblichen Nutzungen die zukünftigen Nutzungen im Plangebiet eingeschränkt werden müssen. Aus diesem Grunde wurde das Plangebiet in Teilflächen gegliedert und diesen Teilflächen abgestufte Emissionskontingente zugeordnet. Mit diesem Gutachten wurde nachgewiesen, dass von den Planungen keine schädlichen Umwelteinwirkungen ausgehen, wenn die festgelegten Emissionskontingente eingehalten werden. Die Ergebnisse des Gutachtens (vorgeschlagene Festsetzungen) wurden in die Planungen übernommen. Vor diesem Hintergrund bestehen gegen die Planungen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken.

In den textlichen Festsetzungen bzw. in der Begründung zum Bebauungsplan sind jedoch „Schreib- oder Tippfehler“ vorhanden, die m. E. vor dem Hintergrund der Rechtssicherheit des Bebauungsplanes bei den weiteren Planungen geändert werden müssen. Insofern bestehen gegen die vorgelegten Unterlagen aus immissionsschutzrechtlicher Sicht erhebliche Bedenken.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Meine Bedenken können ausgeräumt werden, wenn folgende Änderungen in der Fortschreibung des Bebauungsplanes durchgeführt werden.

1. In der Begründung zum Bebauungsplan ist unter 4.2 Art der baulichen Nutzung auf Seite 16, 2. Abschnitt und in den planungsrechtlichen Festsetzungen des B-Planes 1.1 Gewerbegebiete – Wohnungen im Gewerbegebiet…….einen Innenpegel in Schlafräumen von 35 dB (A) nachts festgeschrieben.

   Nach den Anforderungen der TA-Lärm Nr. 6.2 sind jedoch folgende Immissionsrichtwerte für schutzbedürftige Immissionsorte innerhalb von Gebäuden einzuhalten: tags 35 dB (A) und nachts 25 dB (A).

   Ich bitte, diese Werte an den o. g. Stellen im Bebauungsplan festzusetzen.

2. In der Begründung zum Bebauungsplan sind auf Seite 35, letzter Abschnitt Emissionskontingente LEK von tags 55 - 63 dB (A) genannt. Nach den Ergebnissen des Gutachtens der KRAMER Schalltechnik GmbH vom 07. Juli 2015 müsste dort „tags 54-63 dB (A)…..“ stehen. Dieser Fehler steht auch im Gutachten in der Zusammenfassung auf Seite 25 des Kramer Gutachtens.

   Ich bitte, diesen Fehler in der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes auszuräumen.

3. In der Begründung zum Bebauungsplan ist auf Seite 36, erste Zeile die Teilflächen TF SO1 und TF S01 genannt. Die zweite Teilfläche müsste m. E. TF SO2 heißen. Dieser Fehler steht auch im Gutachten in der Zusammenfassung auf Seite 25 des Kramer Gutachtens.

   Ich bitte, diesen Fehler in der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes auszuräumen.

Weiter Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

1. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in Begründung und auf dem Plan angepasst.

2. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in der Begründung angepasst.

3. Die Festsetzung wird im Sinne eines redaktionellen Fehlers in der Begründung angepasst.

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 3
Träger: Landschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg, Gereonstr. 80, 41747 Viersen
Schreiben vom: 16.09.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Anregung zur Überprüfung der unterschiedlichen Eingriffs- und Ausgleichsbilanzen wurden berücksichtigt.
Neue Gesichtspunkte haben sich aus unserer Sicht inzwischen nicht ergeben.
Die Umsetzung des erforderlichen externen Ausgleichs soll im weiteren Verfahren festgelegt werden. Daher regen wir an, auf landwirtschaftliche Belange im Sinne von § 15 (3) BNatSchG Rücksicht zu nehmen und die externe Kompensation vorzugsweise über ein Ökokonto, durch Aufwertung bestehender Kompensationsflächen oder Zahlung von Ersatzgeld zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Das Verfahren zur Umsetzung des Ausgleichserfordernisses und dabei ggf. mögliche Ersatzgeldzahlungen oder die Aufwertung bestehender Kompensationsflächen sind nicht Bestandteil des Bauleitplanverfahrens. Der Hinweis kann im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens berücksichtigt werden.

Beschlussvorschlag:
Die Stellungnahme besitzt für das Bauleitplanverfahren keine Relevanz, soll aber im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein, Postfach 101027, 41010 Mönchengladbach
Schreiben vom: 24.09.2015

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 9. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Sondergebiet gfl. EH Carl-Benz-Straße Süd/Aachener Straße), Erkelenz und des Bebauungsplanes Nr. VII/D „Carl-Benz-Straße Süd“ Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Inhalt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu den o.g. Bauleitplänen wird wie folgt Stellung genommen:

9. Änderung des Flächennutzungsplanes

Das Plangebiet wird im Westen von einem Abschnitt (Nr. 32) der freien Strecke der Bundesstraße 57 begrenzt. Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland.

Gegen die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes werden keine Bedenken erhoben.

Bebauungsplan Nr. VII/D

Das Plangebiet wird im Westen von einem Abschnitt der freien Strecke der Bundesstraße 57 begrenzt: Abschnitt 32, Station 01,90 bis Station 0,340.

Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland.

Gegen den o.a. Bebauungsplan werden keine Bedenken erhoben, es ist jedoch folgendes zu beachten:

Evtl. Änderungen im Signalprogramm des Knotenpunktes BAB A 46 Erkelenz-Süd/B 57/Aachener Straße sind mit der hiesigen Niederlassung abzustimmen. Die Kosten der Änderung gehen zu Lasten der Stadt Erkelenz.

Evtl. Eingriffe in die Straßenrandbepflanzung der B 57 sind frühzeitig mit der hiesigen Niederlassung abzustimmen.

Ferner verweise ich auf meine Stellungnahme vom 28.04.2015.

Mit freundlichen Grüßen

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Änderungen im Signalprogramm des Knotenpunktes BAB A 46 Erkelenz-Süd/B57/Aachener Straße werden vom Verkehrsgutachter als mögliche Maßnahmen vorgeschlagen, um eine bessere Qualitätsstufe im Knotenpunkt zu erhalten. Die Änderung der Umlaufzeiten bzw. des Signalprogrammes in der Lichtsignalanlage sind im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nicht zu regeln.

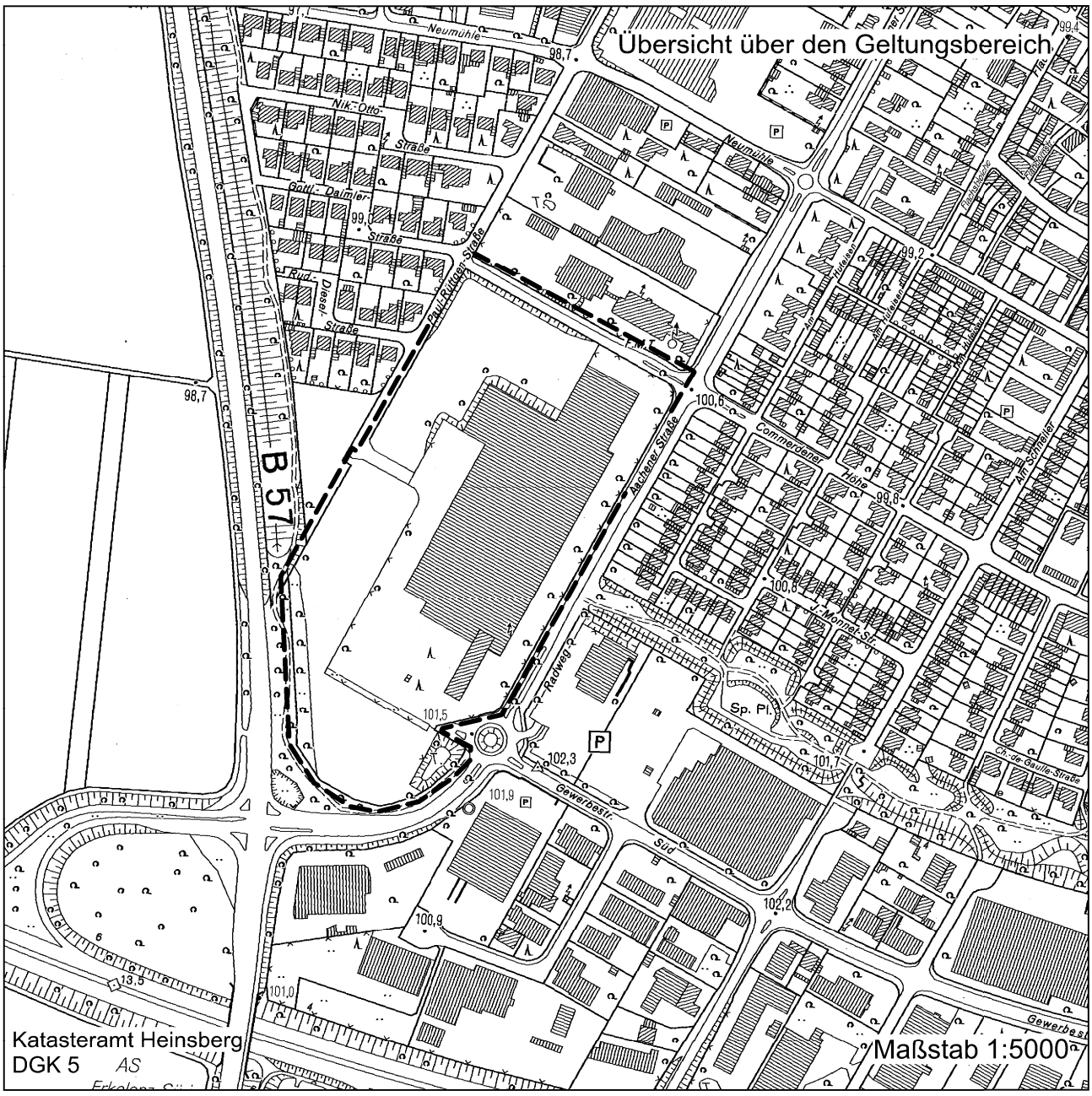
Eine Abstimmung zu relevanten Straßenrandbepflanzungen mit der Regionalniederlassung kann im Rahmen des Bauleitplanverfahrens nicht geregelt werden und soll daher in den nachgelagerten Genehmigungsverfahren erfolgen.

Die im April 2015 gegebenen Hinweise und Änderungswünsche an den Planunterlagen sind bereits im Rahmen der Entwurfsfassung zum Bebauungsplan berücksichtigt worden, der Stellungnahme wurde gefolgt. Die Stellungnahme wurde erneut überprüft, eine weitergehende Berücksichtigung ist nicht erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren berücksichtigt.

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. VII/D "Carl-Benz-Straße Süd", Erkelenz-Mitte



ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/349/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 25.11.2015 Verfasser: Amt 61 Manfred Orth

Bebauungsplan Nr. 0240.1 "Zum Driesch", Erkelenz-Bellinghoven

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
08.12.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:

In seiner Sitzung am 08.09.2015 hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe der Stadt Erkelenz die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Bellinghoven beschlossen und die Verwaltung beauftragt auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes den Bebauungsplan zu erarbeiten sowie die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte zu beteiligen.

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 22 vom 02.10.2015 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am 13.10.2015 in der Zeit von 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr in der Stadtverwaltung Erkelenz, Planungsamt, Johannismarkt 17, durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 01.10.2015 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen, die in der Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Abwägung und Beschlussfassung aufgelistet sind.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses
Der Bezirksausschuss Erkelenz-Mitte wurde mit Schreiben vom 01.10..2015 beteiligt.
Seitens des Bezirksausschusses wurde in seiner Sitzung am 05.11.2015 dem Bebauungsplan Nr. 0240.1 „Zum Driesch“ zugestimmt.

In dieser Sitzung soll über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB gemäß § 1 Abs. 7 BauGB vorgetragenen Stellungnahmen entschieden und der Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gefasst werden.

Aspekte Stadtmarketing/Lokale Agenda 21

Aspekte des Stadtmarketings sind durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Durch den Bebauungsplan werden agendarelevante Aspekte berücksichtigt. Aufgrund der Gesetze, die in der Bauleitplanung zu beachten sind, ist eine nachhaltige ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Ausführung von Planungen gewährleistet.

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):

„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch““, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in den als Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Mitte, beigefügten Abwägungstabellen vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Mitte, ist unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Die Realisierung des Bebauungsplanes hinsichtlich der Erschließung wird durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co. KG (GEE) sichergestellt.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahme der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Mitte im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe am 08.12.2015, Hauptausschuss am 10.12.2015 und Rat am 16.12.2015

Lfd. Nr.: 1
Träger: Bezirksregierung Arnsberg, Postfach, 44025 Dortmund
Schreiben vom: 03.11.2015

Inhalt:

Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über den auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Rombach III“ und „Rombach 6“, über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld „Union 18“ sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeld „Saxon 2“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin der Bergwerksfelder „Rombach III“ und „Rombach 6“ ist die CBB Holding AG i. L.. Die CBB Holding AG i. L. hat der Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW, der Bezirksregierung Arnsberg, mitgeteilt, dass die nicht in der Lage ist, Auskünfte über die bergbaulichen Verhältnisse und Bergschadensgefährdung zu erteilen, da ihr keine Unterlagen über den umgegangenen Bergbau vorliegen. Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Union 18“ ist die RV Rheinbraun Handel- und Dienstleistungen GmbH, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Saxon 2“ ist die Dart Energy (Europe) Limited, Laurelhill Business Park, Polmaise Road, Stirling, FK 7 9 JQ in Großbritannien.

Ausweislich der hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich der Planmaßnahme kein Abbau von Mineralien dokumentiert.

Jedoch ist der Bereich des Planungsgebietes nach den hier vorliegenden Unterlagen (Grundwasserdifferenzenpläne mit Stand: Oktober 2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – 61.42.63 – 2000-1 -) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlentagebaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Daher sollte bei den Planungen folgendes bereits Berücksichtigung finden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung als auch bei einem späteren Grundwasseranstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln eine Anfrage zu stellen und für konkrete Grundwasserdaten den Erstverband um Stellungnahme zu bitten.

Darüber hinaus ist hier nichts über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH als Eigentümerin des bestehenden Bergwerkseigentums an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Abschließend sei erwähnt, dass eine Erlaubnis, das befristete Recht zur Aufsuchung des bezeichneten Bodenschatzes innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen gewährt. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Anschreiben vom 01.10.2015 wurden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB über die Planungsabsicht informiert und gebeten zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Bellinghoven, Stellung zu nehmen.

Dazu wurde Hauptverwaltung in 50416 Köln, am Verfahren beteiligt und aufgefordert fristgerecht Stellung zu nehmen. Die beteiligte RWE Power AG, als Eigentümerin des Bergwerksfeldes „Union 18“, die heutige RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH vertreten durch die RWE Power AG, reichte keine Stellungnahme ein.

Das Gebiet liegt innerhalb der durch Sümpfungsmaßnahmen bedingten Einflussnahme auf den Grundwasserstand. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Der zurzeit vorhandene Grundwasserflurabstand kann in den nächsten Jahren weiterhin absinken, und sich somit noch vergrößern. Innerhalb des Stadtgebietes werden fortlaufende Überwachungen der Topographie des Bodens durch verursachende Bergbautreibende durchgeführt und die Bewegungen des Bodens beobachtet. Diese im Verfahren, nach Kenntnisnahme der mit Schreiben vom 14.10.2015 durch den Erftverband eingereichten aktualisierten Angaben, wurde in der Begründung und dem Umweltbericht berücksichtigt und als Hinweis angeführt.

Die im Verfahren beteiligte EBV GmbH, Postfach 6204, 41829 Hückelhoven EBV GmbH teilte, auch im Namen der Vivawest GmbH, in ihrem Schreiben vom 27.10.2015 mit, dass für der betroffene Bereich außerhalb ihrer Berechtsame auf Steinkohle läge.
Die als Bergbaurechtinhaberin angegebene CBB Holding AG i. L. wird derzeit über den Insolvenzverwalter Dr. Christoph Nierung, Sachssenring 69, 50677 Köln vertreten. Die Bezirksregierung Arnsberg teilte als Oberes Bergamt in ihrem Schreiben vom 03.11.2015 mit, dass Auskünfte über die bergbaulichen Verhältnisse und Bergschadensgefährdung durch die derzeitige Eigentümerin der Berechtsame für die Bergwerksfelder „Rombach III“ und „Rombach 6“ nicht zu erteilen sind, da dieser keine Unterlagen über den umgegangenen Bergbau vorlägen.

Für alle bergrechtlichen Entscheidungen innerhalb NRW ist die Bezirksregierung Arnsberg mit der landesweit tätigen Abteilung Bergbau und Energie in NRW zuständig. Die Bezirksregierung Arnsberg (Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW) weist auf ein über das Bergrecht in 2010 für das auf Kohlenwasserstoffe erteilte Erlaubnisfeld „Saxon 2“ (Claim) hin. Ein Abbau von Mineralien ist bisher nicht dokumentiert, jedoch obliegt der Eigentümerin des Förderrechtes, die Dart Energy (Europe) Limited in Großbritannien, die prinzipielle Berechtigung Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten aufzusuchen. Mit diesem Recht ist derzeit keine Genehmigung der technischen Umsetzung verbunden.
Für die Zulassung konkreter betrieblicher Maßnahmen im Rahmen der Aufsuchung oder Gewinnung benötigt der Bergbauunternehmer grundsätzlich eine durch die Bezirksregierung Arnsberg gestattende Entscheidung in Form einer, unter Anwendung des § 55 Abs. 1 BBergG, geprüften Betriebsplanzulassung.
Solche Zulassungen wurden nach Aussage der BZR Arnsberg nicht erteilt oder in Aussicht gestellt.
Eine Betroffenheit der vorliegenden Bauleitplanung ist nicht erkennbar. Von der Beteiligung der Eigentümerin des Erlaubnisfeldes „Saxon 2“ kann daher abgesehen werden.

Beschlussvorschlag:

Die Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen. Die Hinweise den Braunkohlebergbau betreffend wurden aktualisiert und in der Begründung und der Planurkunde berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 2
Träger: Kreisverwaltung Heinsberg, 52523 Heinsberg
Schreiben vom: 21.10.2015

Inhalt:

Zu der o. g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Das Gesundheitsamt hat keine Einwendungen erhoben.

Amt für Umwelt und Verkehrsplanung

Aus den

- von der Unteren Wasserbehörde
- von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde
- von der Abgrabungsbehörde
- von der Straßenbaubehörde

des Kreises Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die o. g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Im Übrigen wird auf Nachfolgendes hingewiesen:

Untere Landschaftsbehörde

Gegen die Planung bestehen aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde keine grundsätzlichen Bedenken, wenn die entsprechenden Maßnahmen zur Vermeidung und zur Kompensation des Eingriffs in Natur und Landschaft zur Umsetzung kommen. Das Ökodefizit habe ich im Ökokonto der Stadt vermerkt. Die Rodung des Gehölzbestandes sollte während der Wintermonate erfolgen.

Untere Bodenschutzbehörde/Altlasten

Erkenntnisse über Altlast-Verdachtsflächen liegen mir zurzeit nicht vor.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das o. g. Vorhaben keine Bedenken, wenn die nachfolgende Auflage in der textlichen Festsetzung des Bebauungsplanes übernommen wird.

1. Geräuschimmissionen

Die Errichtung und der Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken hat unter Beachtung des „Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz – LAI (www.lai-immissionsschutz.de) zu erfolgen.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Untere Landschaftsbehörde

Bei zukünftigen baulichen Maßnahmen die mit der Entfernung von Vegetationsbestand verbunden sind, empfiehlt die Untere Landschaftsbehörde eine Rodung des Gehölzbestandes während der Wintermonate. In Abstimmung mit der Analyse und Bewertung der vorliegenden Artenschutzrechtlichen Vorprüfung zum Bebauungsplan Nr. 0240.1 „Zum Driesch“, Erkelenz-Bellinghoven, Büro für Landschaftsarchitektur/Umweltplanung, Andreas Hermanns, Schwalmtal vom 15.09.2015, wurde diese Empfehlung bereits als Bestandteil der Begründung und der Planurkunde übernommen.

Amt für Bauen und Wohnen –Untere Immissionsschutzbehörde-

Der „Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ der Bund/Länder Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz, Stand 28.08.2013, dient der Anwendung der TA-Lärm und soll die unteren Immissionsschutzbehörden bei der Einzelfallbeurteilung von Geräuscheinwirkungen durch Klimageräte, Kühlgeräte, Lüftungsgeräte, Luft-Wärme-Pumpen und Mini-Blockheizkraftwerke unterstützen. Immissionsschutzrechtlich sind Klima-, Kühl-, Lüftungsgeräte, Luft- und Wärmepumpen sowie Mini-Blockheizkraftwerke Anlagen im Sinne des § 3 Abs. 5 BImSchG, in Wohngebieten betrieben handelt es sich in der Regel immissionsschutzrechtlich um nichtgenehmigungspflichtige Anlagen, die den Anforderungen des § 22 Abs. 1 BImSchG unterliegen. Demnach dürfen diese Anlagen nur so errichtet und betrieben werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen verhindert, unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Pflichten der Betreiber dieser Anlagen sind gesetzlich geregelt. Im Einzelfall kann die zuständige Behörde nach § 24 Abs. 2 BImSchG die zur Durchführung des § 22 BImSchG erforderlichen Anordnungen treffen oder soll den Betrieb nach § 25 Abs. 2 BImSchG untersagen.

Der „Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ hat keinen bindenden Charakter als Rechtsnorm bzw. normkonkretisierende Verwaltungsvorschrift, eine Anwendbarkeit in der Bauleitplanung ist nicht ersichtlich.

Beschlussvorschlag:

Der Anregung der Unteren Landschaftsbehörde wird zur Kenntnis genommen.

Der Anregung des Amtes für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde- wird nicht gefolgt.

Lfd. Nr.: 3
Träger: NEW Netz GmbH, Postfach 11 04, 5251 Geilenkirchen
Schreiben vom: 08.10. und 22.10.2015

Inhalt:

Gegen den o.g. BBP Nr. 0240.1 „Zum Driesch“ erheben wir aus versorgungstechnischer Sicht Einwände.

Im östlichen Bereich haben wir auf dem Flurstück 15 – Flur 25 – Gemarkung Erkelenz ein Mittelspannungskabel liegen, welches über eine Dienstbarkeit abgesichert ist. Laut Entwurf des Bebauungsplanes soll in diesem Bereich eine Bebauung bzw. eine Begrünung stattfinden. Sollte dies der Fall sein, ist eine Umlegung des Mittelspannungskabels notwendig, die Kosten trägt der Verursacher. Ein Übersichtsplan liegt als Anlage bei.

Im nördlichen Bereich des Bebauungsplanes befindet sich von Westen nach Osten eine Gashochdruckleitung. Dies bitten wir besonders zu berücksichtigen, gerade bei der Planung möglicher Zuwegungen zu den einzelnen Grundstücken.

Des Weiteren weisen wir Sie darauf hin, dass im Bereich des Bebauungsplanes weitere Versorgungsleitungen liegen. Die genaue Lage aller Leitungen müssen bei der Planauskunft der NEW Netz eingeholt werden.

Ansprechpartner Planauskunft
Herr Paul-Uwe Thiel
Telefon: 02451-624-5280
Telefax: 02451-624-5350
E-Mail: planauskunft@new-netz-gmbh.de

Wir bitten Sie, uns an den weiteren Planungen zu beteiligen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Inhalt:

Wie bei unserem Telefonat vom 21.10.2015 besprochen, teile ich Ihnen ergänzend den benötigten Sicherheitsabstand zu unserem Mittelspannungskabel mit.

Es ist ein Schutzstreifen von 3 m einzuhalten. Grundsätzlich gilt, dass unsere Leitungen nicht überbaut und die entsprechenden Schutzabstände einzuhalten sind.

Sind Leitungen umzulegen, so verfahren wir nach dem Verursacherprinzip.

Die genaue Lage unserer Leitungen erfahren Sie bei der Planauskunft der NEW Netz.

Ansprechpartner Planauskunft
Herr Paul-Uwe Thiel
Telefon: 02451 – 624-5280
Telefax: 02451 – 624 – 5350
E-Mail: planauskunft@new-netz-gmbh.de

Des Weiteren bitten wir um Beachtung folgender Informationen:

- Bei der Ausführung der Arbeiten sind die vorgeschriebenen Regelwerke aus den Bereichen Allgemeiner Tiefbau, Elektrobau, Rohrleitungsbau und Straßenbau zu beachten. Bei Arbeiten in der Nähe unserer Gas- und Wasserleitungen sind u.a. die technischen Regeln des DVGW-Arbeitsblattes GW 315 „Maßnahmen zum Schutz von Versorgungsanlagen bei Bauarbeiten“ zu beachten.

- Zwischen unseren Versorgungsanlagen und anderen Ver- und Entsorgungsanlagen (einschließlich den Absperrarmaturen) muss ein lichter, waagerechter Abstand von mind. 0,40 m eingehalten werden. Bei Kreuzungen unserer Versorgungsleitungen beträgt der lichte, senkrechte Abstand mind. 0,20 m.

- Unmittelbar vor den Aufgrabungsarbeiten sind bei der Planauskunft der NEW Netz GmbH aktuelle Planauszüge anzufragen. Es ist darauf zu achten, dass immer aktuelle Pläne vor Ort liegen.

- Bei Arbeiten in Kabelnähe dürfen keine spitzen oder scharfen Werkzeuge benutzt werden. Jede Beschädigung von Kabeln oder Rohrleitungen, auch geringe Druckstellen oder Beschädigungen der Ummantelung ist sofort der Netzleitstelle zu melden.

Störung Erdgas	0800 688 1001
Störung Strom	0800 688 1002
Störung Strom (Tönisvorst)	0180 207 0951
Störung Trinkwasser	0800 688 1003
Störung Straßenbeleuchtung	0800 688 1005

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Mit Schreiben vom 08.10.2015 äußerte die NEW Netz GmbH, Abteilung 771/1 Grundsatzplanung, aus versorgungstechnischer Sicht Einwände und weist auf den Bestand

und der Lage einer im östlichen Bereich des Flurstückes 15, Flur 25 im Bebauungsplan liegenden Mittelspannungsleitung hin, welche mit einer Dienstbarkeit abgesichert ist.
Angaben zur exakten Lage der bestehenden Versorgungsleitung (Mittelspannung) liegen zurzeit nicht vor. In einer ergänzenden Stellungnahme vom 22.10.2015 präzisiert die NEW Netz GmbH ihre Stellungnamen mit der Angabe eines 3,00 m breiten Schutzstreifens und der zur Sicherung der Leitung geforderten Auflagen.
Der Stellungnahme wurde insofern entsprochen, dass die Planurkunde und ergänzten Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB mit einer über das Flurstück 15, Flur 25, Gemarkung Erkelenz zwischen der östlichen Grundstücksgrenze und der Straße In Bellinghoven verlaufenden 3,00 m breiten Abschnitt mit der darstellenden Festsetzung „Leitungsrechte“, und der Festsetzung, das dieser Bereich zukünftig von jeglicher Bebauung und Bepflanzung freizuhalten ist, geändert und ergänzt wird.

Zudem weist die NEW auf den Bestand einer Gashochdruckleitung hin. Die Thyssengas Erdgaslogistik wurde mit Schreiben vom 01.10.2015 am Verfahren beteiligt. Mit Schreiben vom 07.10.2015 wurden keine Bedenken gegen das Verfahren erhoben und festgestellt, dass keine von der Thyssengas GmbH geführten Gasfernleitungen betroffen sind.
Nach derzeitigem Kenntnisstand befindet sich diese Gashochdruckleitung innerhalb der zukünftigen Verkehrsflächen. Angaben über die exakte Lage der im Schreiben angegebenen Gashochdruckleitung liegen zurzeit nicht vor. Mit Beginn der Baumaßnahmen werden von Tiefbaumaßnahmen betroffene Träger öffentlicher Belange über das zuständige Fachamt der Stadt Erkelenz (Tiefbauamt) frühzeitig über zukünftige Erschließungsmaßnahmen informiert.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und über eine ergänzende Darstellung und Festsetzungen der Planurkunde und Begründung gefolgt.

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 0240.1 "Zum Driesch", Erkelenz-Bellinghoven



STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/350/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 23.11.2015 Verfasser: Amt 61 Manfred Orth

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen

hier: Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
08.12.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Alle Bundesländer sind verpflichtet Landesentwicklungspläne aufzustellen, die i.d.R. für einen Zeithorizont von 15 Jahren konzipiert sind. In Nordrhein-Westfalen ist derzeit der Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Jahre 1995 gültig.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) legt die mittel- und langfristigen strategischen Ziele zur räumlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen fest. Seine übergreifenden Festlegungen, seine Festlegungen für bestimmte Sachbereiche sowie die zeichnerischen Festlegungen sind in der nachgeordneten Regional-, Bauleit- und Fachplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Rechtswirkungen nach § 4 ROG haben die textlich festgelegten Ziele und Grundsätze des LEP sowie die zeichnerischen Festlegungen, wobei die Grundsätze der kommunalen Abwägung zugänglich sind.

Bisher waren die Ziele und Grundsätze der Landesplanung in zwei verschiedenen Planwerken, dem Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und dem Landesentwicklungsplan (LEP) 1995 geregelt. Mit der Zusammenführung von LEPro und LEP in dem neuen LEP soll das Regelwerk gestrafft, in einem Planwerk konzentriert und zur Vereinfachung von Rechtsvorschriften beigetragen werden.

Die Landesregierung hat am 25.06.2013 den Entwurf eines neuen Landesentwicklungsplans (LEP) beschlossen und die Landesplanungsbehörde beauftragt, ein Beteiligungsverfahren durchzuführen.
In dem Beteiligungsverfahren wurden von Kommunen, Interessenverbänden und Bürgern 1.400 Stellungnahmen mit insgesamt 10.000 Anregungen und Bedenken eingebracht.
Der Städte- und Gemeindebund NRW hatte am 28.02.2014 eine umfassende Stellungnahme zum LEP-Entwurf abgegeben, dieser Stellungnahme hatten sich zahlreiche Kommunen angeschlossen.

Die Landesregierung hat in ihren Sitzungen am 28.04.2015, am 23.06.2015 und am 22.09.2015 den Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) vom 25.06.2013 beraten und nach Auswertung der im Beteiligungsverfahren abgegebenen 1.400 Stellungnahmen Änderungen am Entwurf beschlossen.

Der überarbeitete LEP-Entwurf in der Fassung vom 22.09.2015 hat einen Umfang von 232 Seiten und kann auf der Internetseite des Landes, dem Landesportal, unter www.land.nrw/de/thema/landesplanung aufgerufen werden.

Die Beschlüsse des Landeskabinetts ändern den Entwurf des neuen LEP in wesentlichen Teilen, so dass die Landesregierung am 22.09.2015 ebenfalls beschlossen hat, ein zweites Beteiligungsverfahren zu den geänderten Teilen des Entwurfes durchzuführen.

Kommunen, weitere in ihren Belangen berührte öffentliche Stellen und auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes und angrenzender Gebiete können bis zum 15.01.2016 eine Stellungnahme zu den geänderten Teilen des Entwurfs des LEP NRW abgeben.

Nach der sich anschließenden Ressortabstimmung wird der überarbeitete Planentwurf dem Landtag zur Beratung zugeleitet. Die Landesregierung geht davon aus, dass der entsprechende Beschluss des Kabinetts je nach Umfang der Stellungnahmen vor der Sommerpause 2016 gefasst wird.

Der LEP wird gemäß § 17 Abs. 2 LPlG von der Landesregierung mit Zustimmung des Landtags als Rechtsverordnung beschlossen. Mit seiner Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW wird er rechtswirksam.

Der Städte- und Gemeindebund stellt zu dem geänderten Entwurf des LEP fest: „Die Landesregierung hat wichtige Forderungen aus der Stellungnahme vom 28.02.2014 aufgegriffen und in den überarbeiteten LEP-Entwurf aufgenommen. Insoweit stellen sie eine Verbesserung der kommunalen Planungshoheit dar und sind zu begrüßen. Allerdings wurden Anregungen zur Überarbeitung von Festlegungen teilweise nicht aufgegriffen bzw. teilweise in abgeschwächter Form umgesetzt. In diesen Fällen bleibt der Planentwurf hinter den kommunalen Erwartungen zurück.“

Der Städte- und Gemeindebund beabsichtigt im Rahmen des zweiten Beteiligungsverfahrens zu den Änderungen des LEP-Entwurfs eine Stellungnahme abzugeben.

Zur Vorbereitung für die Beratung in den kommunalen Gremien und die anschließende Abgabe einer kommunalen Stellungnahme hat der Städte- und Gemeindebund eine Gesamtbewertung zu den Änderungen des LEP-Entwurfs vorab zur weiteren Verwendung zur Verfügung gestellt. In der Gesamtbewertung werden die kommunalrele-

vanten Änderungen erläutert und zu neuen oder geänderten raumordnerischen Festlegungen, soweit erforderlich, Änderungsvorschläge und weitere Forderungen aufgestellt. Wegen der Beurteilung der einzelnen Festlegungen wird auf die Ausführungen in der Bewertung verwiesen.
Der Städte- und Gemeindebund führt aus, dass die Landesplanungsbehörde sowohl in der Begründung des LEP-Entwurfs als auch in allen 10 Kapiteln des Planentwurfs Änderungen vorgenommen hat: „Kapitel 1 „Einleitung“ wurde inhaltlich überarbeitet und erhielt eine neue Gliederung. In den Kapiteln 2 bis 10, in denen die raumordnerischen Festlegungen (Ziele und Grundsätze der Raumordnung) sowie deren Erläuterungen nach inhaltlichen Themenbereichen geordnet sind, wurden Änderungen sowohl an den Festlegungs- als auch an den Erläuterungstexten vorgenommen. Bei den raumordnerischen Festlegungen wurden Ziele und Grundsätze teilweise gestrichen, neu aufgenommen, zusammengelegt, in neue Festlegungen aufgeteilt oder inhaltlich durch Streichungen oder Ergänzungen geändert. Auf diese Weise wurden insgesamt 53 Festlegungen geändert. Darüber hinaus waren 80 Erläuterungen von Festlegungen von Änderungen betroffen.
In der Summe wurden 9 Ziele der Raumordnung ersatzlos gestrichen, weitere 4 in Grundsätze der Raumordnung abgestuft und 1 neues Ziel geschaffen. Da bei den Grundsätzen 3 gestrichen wurden und 1 neuer Grundsatz hinzukam, erhöhte sich die Anzahl der Grundsätze im Ergebnis um 2.
Aufgrund dieser Änderungen hat der neue LEP-Entwurf nunmehr 116 raumordnerische Festlegungen (49 Ziele und 67 Grundsätze) und damit 10 Festlegungen (minus 12 Ziele, plus 2 Grundsätze) weniger als der LEP-Entwurf 2013 (126 Festlegungen, davon 61 Ziele und 65 Grundsätze).“

Für die Abgabe einer Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum geänderten Entwurf des LEP wird vorgeschlagen, sich der Bewertung und Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes mit Ergänzungen anzuschließen.
Die Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW soll in dieser Sitzung beschlossen werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):
„Die Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) wird beschlossen. Die Stellungnahme ist der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen zuzuleiten. Die Anlage - Stellungnahmen der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) - ist Bestandteil dieses Beschlusses.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlage:
Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)

STADT ERKELENZ · DER BÜRGERMEISTER

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Planungsamt

Stadt Erkelenz Amt 61 - Postfach 1151/ 1156 - 41801 Erkelenz

Staatskanzlei
des Landes Nordrhein-Westfalen
Landesplanungsbehörde
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf

- per E-Mail: landesplanung@stk.nrw.de -

Ihr Ansprechpartner	Johannismarkt 17	Tel.: 02431/85292	Mein Zeichen	Datum
Herr Manfred Orth	41812 Erkelenz		611202	01.12.2015
manfred.orth@erkelenz.de[1]	Zimmer: 308	Fax:02431/859292[1]		

[1]Eine rechtsverbindliche Kommunikation ist über die genannten Adressen nicht möglich!

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen
Beteiligung der öffentlichen Stellen

Stellungnahme zu dem Entwurf des Landesentwicklungsplans – LEP NRW

Die Stadt Erkelenz begrüßt die Anpassung der Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans an die seit den 90er Jahren sich veränderten Rahmenbedingungen und Herausforderungen für die räumliche Entwicklung des Landes.
Ebenso begrüßt die Stadt Erkelenz die Zusammenfassung der Festlegungen zu den mittel- und langfristigen strategischen Zielen der räumlichen Entwicklung des Landes der verschiedenen Planwerke und damit Vereinfachung der Rechtsvorschriften in einem Landesentwicklungsplan.

Die Stadt Erkelenz sieht jedoch unterschiedliche Planungserfordernisse für Teilräume des Landes, hier des im Braunkohlentagebau Garzweiler II gelegenen Raumes, sowie für unterschiedliche demographische Entwicklungen in diesen Teilräumen, nicht ausreichend berücksichtigt.

Die Stadt Erkelenz ist weiterhin der Auffassung, dass der Braunkohlentagebau Garzweiler II energiepolitisch nicht erforderlich ist und im Wiederspruch zu den nordrhein-westfälischen Klimaschutzzielen steht. Die an die Leitentscheidung der Landesregierung nicht angepasste zeichnerische Festlegung „Braunkohlenabbau“ wird daher abgelehnt.

Der Braunkohlentagebau beansprucht ein rd. ein Drittel der Fläche des Stadtgebietes, auch nach der Leitentscheidung der Landesregierung sind noch 8 Ortsteile der Stadt Erkelenz umzusiedeln.
Bereits seit den 90er Jahren ist die Entwicklung in den vom Braunkohlentagebau betroffenen 9 Orten infolge der Vorabwirkungen des drohenden Tagebaus erheblich gestört.

Die Stadt Erkelenz fordert daher in den Festlegungen zum Siedlungsraum in Kapitel 6 des LEP eine Klarstellung, dass die im Siedlungsflächenmonitoring der Regionalplanungsbehörde Bezirksregierung Köln festgestellten Bauflächenreserven für die vom Braunkohletagebau betroffenen Orte der Stadt Erkelenz auch zukünftig den 8 Orten an den Umsiedlungsstandorten für eine örtliche Entwicklung zur Verfügung stehen bzw. i. S. des Ziel 6.1-1 des LEP für einen Flächentausch anerkannt werden können.

Die unverzichtbare Eigenentwicklung der Orte und langfristige Entwicklungsperspektive ist auch für eine nachhaltig erfolgreiche sozialverträgliche Umsiedlung Voraussetzung.

Die Stadt Erkelenz schließt sich den Bewertungen des Städte- und Gemeindebundes zu den Änderungen des Entwurfes des LEP NRW an. Mit den Änderungen des Entwurfes des LEP sind zwar wichtige kommunale Forderungen i. S. einer Verbesserung der kommunalen Planungshoheit aufgegriffen und in den überarbeiteten LEP-Entwurf aufgenommen worden, allerdings wurden Anregungen zur Überarbeitung von Festlegungen teilweise nicht aufgegriffen bzw. teilweise in abgeschwächter Form umgesetzt. In diesen Fällen bleibt der Planentwurf hinter den kommunalen Erwartungen zurück.

Die Stadt Erkelenz schließt sich daher der nachfolgenden Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes zu den Änderungen des Entwurfes des LEP an:

> „Die aus kommunaler Sicht wichtigsten Änderungen werden nachfolgend unter Bezugnahme auf die veröffentlichte Änderungsfassung vom 22.09.2015 dargestellt und bewertet. Dies erfolgt anhand der Gliederung des Planentwurfs.

1. Kapitel 1 „Einleitung“

Eigenes Unterkapitel zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

Da die Belange des Mittelstandes und der Wirtschaft im LEP-Entwurf bislang nicht ausreichend berücksichtigt waren, hatte die Geschäftsstelle im Rahmen der Stellungnahme der Clearingstelle Mittelstand ein eigenes Kapitel zu wirtschaftlichen Aspekten für den LEP gefordert und gemeinsam mit den beiden anderen kommunalen Spitzenverbänden und den Wirtschaftskammern den inhaltlichen Text für ein entsprechendes Kapitel „Wirtschaft“ erarbeitet, in dem der Bedarf an Wirtschaftsflächen für ein differenziertes Gewerbe- und Industrieflächenangebot dargestellt wird. Das Präsidium hat diesen Entwurf in seiner Sitzung am 07.05.2015 einstimmig beschlossen. Diese LEP-Ergänzung wurde der Landesplanungsbehörde mit der Stellungnahme der Clearingstelle vorgelegt.

Im Rahmen der Auswertung der Anregungen des Beteiligungsverfahrens hat die Landesplanungsbehörde die „Einleitung“ des LEP-Entwurfs (Kapitel 1) neu gefasst und im Zuge einer neuen Gliederung des Kapitels auch ein eigenes Unterkapitel („1.3 Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen“) geschaffen, in dem konkrete Ausführungen zur Bedeutung der räumlichen Entwicklung für einen attraktiven Wirtschaftsstandort gemacht werden. Darin heißt es u. a., dass „ein am Bedarf der Wirtschaft orientiertes Flächenangebot unter Berücksichtigung der teilräumlichen Gegebenheiten in NRW ein Ziel der Landesregierung“ (Seite 6 des Entwurfs vom 22.09.2015) ist. Dies ist zu begrü-

ßen. Darüber hinaus sind entsprechende Änderungen bei den Festlegungen für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgt, s. u..

Neues Unterkapitel zum Demographischen Wandel

Die Ausführungen zum demographischen Wandel, die bislang unter „1.1 Neue Herausforderungen“ zu finden waren, wurden auf der Grundlage einer aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW für den Zeitraum 2014 bis 2040/60 überarbeitet und ebenfalls in einem eigenen Unterkapitel „1.2 Demographischen Wandel gestalten“ neu platziert. Danach soll die Bevölkerung in NRW von 2014 bis 2025 um etwa 0,9 % zunehmen, bis 2035 wieder auf das Niveau von 2015 absinken und danach kontinuierlich zurückgehen. Insofern soll es bei den Grundtendenzen des demographischen Wandels bleiben. Allerdings sollen die Wirkungen später eintreten als bisher erwartet mit der Folge, dass langfristig auch die Wohnflächennachfrage zurückgehen wird. Aufgrund der aktualisierten Daten des demographischen Wandels wurden daher keine Änderungen an den Festlegungen getroffen.

Die Ausführungen gehen nicht auf den seit dem Jahr 2014 massiv angestiegenen Zuzug von Menschen aus Krisenländern im süd- und außereuropäischen Raum nach NRW ein, der nach aktueller Schätzung in diesem Jahr mehr als 200.000 Menschen erreichen wird und auch in den nächsten Jahren auf einem ähnlichen Niveau bleiben könnte. Soweit erkennbar, bildet die aktualisierte Bevölkerungsvorausberechnung von IT.NRW diese Entwicklung nicht ab.

Da davon auszugehen ist, dass viele dieser Menschen ein dauerhaftes Bleiberecht haben, muss für sie angemessener Wohnraum geschaffen werden. Hierfür sind weitere Flächen erforderlich, die bislang im LEP offensichtlich nicht berücksichtigt worden sind.

Die Landesregierung hat daher sicherzustellen, dass die raumordnungsrechtlichen Festlegungen im neuen LEP und den nachfolgenden Regionalplänen den so entstehenden Mehrbedarf an neuen Wohnflächen berücksichtigen. Entsprechende Ergänzungen im neuen Unterkapitel 1.2 als auch bei den Festlegungen für eine bedarfsgerechte und flächensparende Siedlungsentwicklung und das 5-ha-Ziel sind daher erforderlich.

Neue Gliederung des Kapitels 1 „Einleitung“

Aufgrund dieser Änderungen hat Kapitel 1 nun folgende Gliederung:

1.1 Neue Herausforderungen
1.2 Demographischen Wandel gestalten
1.3 Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen
1.4 Natur, erneuerbare Ressourcen und Klima schützen

2. Kapitel 2 „Räumliche Struktur des Landes“

Ziel 2-3 Siedlungsraum und Freiraum

Das Ziel fordert die planerische Unterscheidung von Siedlungsraum, der vorrangig Siedlungsfunktionen wie Wohnen und Gewerbe erfüllen soll, und Freiraum, der vorrangig der Freiraumnutzung zur Verfügung stehen soll.

Die Festlegung wird nunmehr um die Klarstellung ergänzt, dass sich in den im Freiraum „gelegenen Ortsteilen eine Siedlungsentwicklung vollziehen“ kann. Bei diesen Ortsteilen handelt es sich um solche mit weniger als 2.000 Einwohnern. Nach den Kategorien der Raumordnung werden sie nicht dem Siedlungsraum (ASB und GIB) zugerechnet, sondern dem Freiraum. Mit dieser Ergänzung des Ziels 2-3 korrespondiert die Streichung des Grundsatzes „6.2-3 Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile“ in Kapitel 6, (s. u.).

Die Änderung ist zu begrüßen. Wir hatten kritisiert, dass aufgrund der Regelung des jetzt gestrichenen Grundsatzes 6.2-3 in kleineren, dem regionalplanerischen Freiraum zugeordneten Ortsteilen eine Entwicklung kaum noch möglich ist und eine Erhöhung des kommunalen Planungsspielraums gefordert.

Die Ergänzung in Ziel 2-3 stellt nunmehr auch klar, dass die Siedlungsentwicklung von diesen Ortsteilen nicht nur am Bedarf der dort ansässigen Bevölkerung ausgerichtet wird, sondern auch den Bedarf von vorhandenen Betrieben berücksichtigen soll. Dies ist eine Verbesserung, reicht aber noch nicht vollständig aus. Denn in großen, dünnbesiedelten Flächengemeinden gibt es Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern, die eine Versorgungsfunktion für andere, noch kleinere Ortsteile übernehmen. Zur Sicherung des vorhandenen Angebots an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen in diesen versorgenden Ortsteilen muss ihnen eine Siedlungsentwicklung - auch im Außenbereich - zugestanden werden, die über den Eigenbedarf der Einwohner dieses Ortsteils hinaus geht. Diese Ergänzung sollte in die Erläuterungen zu dieser Festlegung aufgenommen werden.

Außerdem wird in Ziel 2-3 ein Ausnahmetatbestand neu aufgenommen, wonach im regionalplanerisch gesicherten Freiraum im Wege der Bauleitplanung ausnahmsweise Sonderbauflächen für bestimmte Vorhaben ausgewiesen werden können. Dies betrifft zum einen Bauvorhaben, die einer zugehörigen Freiflächennutzung untergeordnet sind, wie z. B. Clubgebäude an Golfplätzen oder Naturschutzstationen. Zum anderen werden damit Vorhaben des Bundes oder Landes nach § 37 BauGB erfasst, bei denen die „besondere öffentliche Zweckbestimmung“ die Sonderbaufläche im Freiraum ausnahmsweise erfordert. Hierbei kann es sich beispielsweise um Justizvollzugsanstalten, forensische Kliniken oder Landesaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge handeln, die ihren Standort nicht im Siedlungsraum haben können.

Der Ausnahmetatbestand für Gebäude mit besonderer Zweckbestimmung des Bundes und des Landes ist um kommunale Flüchtlingsunterkünfte, die gemäß § 246 Abs. 14 BauGB als Abweichung in dringenden Fällen zugelassen werden können, zu erweitern. Diese Bestimmung wurde im Rahmen des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes (AsylVerfBeschlG) vom 20. Oktober 2015 in das BauGB aufgenommen und bildet seinem Regelungsgehalt nach die Bestimmung des § 37 BauGB nach. Auch hier handelt es sich bei vergleichbarer Bedarfslage um ein Gebäude mit besonderer Zweckbestimmung, so dass auch eine kommunale Flüchtlingsunterkunft im regionalplanerisch festgelegten Freiraum ausnahmsweise als Sonderbaufläche festgelegt werden können muss.

3. Kapitel 4 „Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel“

Ziel 4-3 Klimaschutzplan

Die Zielbestimmung, wonach die Raumordnungspläne diejenigen Festlegungen des Klimaschutzplans umsetzen, die gemäß § 6 Abs. 6 Klimaschutzgesetz NRW für ver-

bindlich erklärt worden sind, soweit sie durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können, soll ersatzlos gestrichen werden. Dies ist zwar zu begrüßen, allerdings bleibt die o.g. Verpflichtung aufgrund einer gleichlautenden Regelung in § 12 Abs. 7 Landesplanungsgesetz (LPlG), der im Zuge der Verabschiedung des Klimaschutzgesetzes im Jahr 2013 entsprechend geändert worden war, bestehen. Die im LEP-Entwurf gestrichene Zielbestimmung wirkt also durch die gesetzliche Regelung weiter. Insoweit halten wir an der Forderung aus unserer Stellungnahme zum Entwurf des Klimaschutzgesetzes vom 16.02.2012 fest, in der wir die gesetzliche Vorgabe zur Festlegung von Vorgaben aus dem Klimaschutzplan in Raumordnungsplänen abgelehnt haben.

Die in § 12 Abs. 7 LPlG vorgesehene Umsetzungspflicht von Festlegungen des Klimaschutzplans in den Regionalplänen widerspricht dem in den §§ 4 und 5 Raumordnungsgesetz (ROG) normierten Verhältnis von Fachplanung zur Raumordnung. Diese Normen schreiben den umgekehrten Fall vor, nämlich die Bindungswirkung der Fachplanungsträger an raumordnerische Festlegungen. Wenn aber - wie im vorliegenden Fall - die Raumordnung Maßnahmen des Klimaschutzplans konkretisieren muss, kann sie nicht mehr ihre Aufgabe als Gesamtplanung erfüllen und unterschiedliche Fachplanungen und Nutzungsansprüche an den Raum koordinieren und ausgleichen. Sie wird zum Ausführungsinstrument einer Fachplanung degradiert. Dieser Systembruch begegnet rechtlichen Bedenken.

Raumordnung und Landesplanung bilden im Gegensatz zur fachlich-sektoral ausgerichteten Fachplanung (z. B. für Klimaschutz, Verkehr, Wirtschaft, Verteidigung oder Abfallentsorgung) eine übergeordnete, überörtliche und zusammenfassende räumliche Gesamtplanung, deren Sinn und Ziel es ist, die vielfältigen Raumnutzungsansprüche, die an den knappen und nicht beliebig vermehrbaren Raum gestellt werden, frühzeitig bestmöglich zu harmonisieren und zu koordinieren. Die Belange des Klimaschutzes und der Klimaanpassung müssen daher ebenso Gegenstand von planerischen Abwägungsprozessen sein, wie andere Belange. Daher können bestimmte Maßnahmen des Klimaschutzplans nicht als raumordnerische Festlegungen zur Umsetzung vorgegeben werden, sondern müssen selbst Gegenstand des Abwägungsprozesses im Rahmen der Aufstellung oder Änderung eines Raumordnungsplans sein. Der Landesplanungsbehörde bzw. den Regionalplanungsbehörden kann der Abwägungsvorgang, in welchem Verhältnis eine Maßnahme des Klimaschutzplans zu anderen legitimen Ansprüchen an den Raum steht oder wie sich die Klimaschutzmaßnahme dann diesen Ansprüchen gegenüber durchsetzt, nicht abgenommen werden. Mit der Beschneidung des regionalplanerischen Abwägungserfordernisses und Ermessensspielraums wird mittelbar auch die kommunale Planungshoheit in unzulässiger Weise eingeschränkt.

Insofern besteht das Erfordernis, auch § 12 Abs. 7 LPlG zu streichen. Die Landesregierung hat mit ihrem Beschluss, die Zielbestimmung „4-3 Ziel Klimaschutzplan“ aufzugeben, einen ersten wichtigen Schritt getan. Dies ist zu begrüßen. Die mit dem Wegfall dieser Regelung verfolgte Aufhebung der Verknüpfung von Klimaschutzplanung und Raumordnungsplanung entfaltet aber nur dann seine Wirkung, wenn sie auch für § 12 Abs. 7 LPlG zum Tragen kommt.

4. Kapitel 6 „ Siedlungsraum“

<u>Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung</u>

Die bisher vorgesehenen Festlegungen zur Siedlungsentwicklung „6.1-1 Ziel Ausrichtung der Siedlungsentwicklung“, „6.1-2 Ziel Rücknahme von Siedlungsflächenreserven“, „6.1-10 Ziel Flächentausch“ und „6.1-11 Ziel Flächensparende Siedlungsentwicklung“ werden in einem neuen „Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung“ zusammengefasst. Hierdurch sollen Doppelungen vermieden und die Vorgehensweise für eine flächensparende und bedarfsgerechte Neuausweisung von Siedlungsraum verständlicher dargestellt werden.

Die Systematisierung ist zu begrüßen. Allerdings werden die Voraussetzungen für die Siedlungsentwicklung hierdurch nicht wesentlich erleichtert. Insbesondere soll die Rücknahmepflicht von Darstellungen im Flächennutzungsplan (FNP) für Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht (bisheriges Ziel 6.1-2), nicht aufgehoben werden. Dies ist eine der Hauptforderungen des StGB NRW bei den Festlegungen zur Siedlungsentwicklung, auf deren Einhaltung zur Sicherung kommunaler Bauleitplanung nicht verzichtet werden kann.

Im Ergebnis werden mit der Neuregelung im Ziel 6.1-1 folgende drei Fälle unterschieden:

- Sofern der prognostizierte Bedarf die bisher planerisch gesicherten Flächenreserven übersteigt, können zusätzliche neue Flächen im Regionalplan ausgewiesen werden.

- Bei einem Gleichstand zwischen vorhandenen Flächenreserven und prognostiziertem Bedarf ist ein Flächentausch möglich, um die Ansiedlungsqualität zu verbessern.

- Sofern die planerisch gesicherten Flächenreserven den prognostizierten Bedarf übersteigen, sollen Flächen im Regionalplan bzw. im Flächennutzungsplan, die noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind, wieder zurückgenommen werden. Nach den Erläuterungen im LEP-Entwurf hat die Regionalplanungsbehörde die Rücknahme „im Benehmen mit den Kommunen“ umzusetzen.

Wesentliche Neuerungen enthalten die Erläuterungen des neuen Ziels 6.1-1 im Bezug auf die Frage, was „Bedarfsgerechtigkeit“ im Rahmen der Siedlungsentwicklung ist. Insoweit werden konkrete Hinweise zur Berechnung des Wohnflächenbedarfs und des Gewerbeflächenbedarfs aufgenommen, die im Ergebnis eine Überarbeitung der Methoden für den regionalplanerischen Flächenbedarf darstellen und sich an dem Gutachten von Prof. Dr. Vallée von der RWTH Aachen zur „Bedarfsberechnung für die Darstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen (GIB) in Regionalplänen“ orientieren (siehe Schnellbrief Nr. 165 vom 15.11.2012).

- <u>Wohnbauflächenermittlung</u>

  Für die Ermittlung der Wohnflächenbedarfe wird eine landeseinheitliche Berechnungsmethode vorgegeben, von der die Regionalplanungsbehörden in begründeten Fällen, z. B. auf der Grundlage empirischer Ermittlungen, abweichen dürfen.

  Zwar ist ein einheitliches Modell zur Bedarfsberechnungen für ASB, das für alle Regionalplanungsbehörden gilt, zu begrüßen. Es kann aber die zukünftigen Flächenbedarfe nur auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung anhand allgemeiner Prognosen abbilden. Örtliche Besonderheiten bleiben systembedingt ebenso unbe-

rücksichtigt wie beispielsweise die Änderung des Wanderungs- oder Ansiedlungsverhaltens.

Außerdem muss das Berechnungsmodell den durch den anhaltenden Zuzug von Menschen aus Krisenländern im süd- und außereuropäischen Raum entstehenden Bedarf an zusätzlichem Wohnraum bei der Bedarfsermittlung für Wohnbauflächen berücksichtigen.

In die Erläuterungen ist daher die Klarstellung aufzunehmen, dass die Berechnungsmethode (nur) einen grundsätzlichen Orientierungsrahmen darstellt und daher offen ist für die Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Entwicklungen und Bedarfe. Insoweit muss sichergestellt sein, dass die Bezirksplanungsbehörden auf der Grundlage belastbarer kommunaler Bedarfsanalysen von den Gemeinden nachgewiesene Flächenbedarfe nach dem Gegenstromprinzip zu berücksichtigen haben.

- Wirtschaftsflächenermittlung

Dem gegenüber soll der Bedarf an neuen Wirtschaftsflächen auf der Grundlage einer Trendfortschreibung der Daten des Siedlungsflächenmonitorings ermittelt werden. Dazu wird für jeweils eine Region (mindestens einen Kreis) die durchschnittliche jährliche Inanspruchnahme der letzten mindestens zwei Monitoringperioden mit der Zahl der Jahre des Planungszeitraums multipliziert. Die so ermittelten Bedarfe können um einen Planungs- bzw. Flexibilitätszuschlag von bis zu 10 %, in begründeten Ausnahmefällen maximal bis zu 20 % erhöht werden.

Bereits nach der (noch) geltenden GIFPRO-Methode (Gewerbe- und Industrieflächenprognose) wird bei der Ausweisung von Wirtschaftsflächen generell ein regionalplanerischer Zuschlag von 20 % berücksichtigt. Auf einen Zuschlag in dieser Höhe kann – unabhängig davon, wie er bezeichnet wird – auch in Zukunft nicht verzichtet werden. Darüber hinaus muss er in begründeten Ausnahmenfällen auf 30 % erhöht werden können.

Aus planungspraktischer, wirtschaftsfördernder und kommunalpolitischer Sicht müssen Flächen für Planungsvarianten zur Verfügung stehen, von denen nur die tatsächlich benötigten Flächen zu Gewerbe- und Industriegebieten entwickelt werden. Nur eine solche Flächenverfügbarkeit trägt dazu bei, Abhängigkeiten von Bodeneigentumsverhältnissen zu minimieren, Bodenpreissteigerungen einzudämmen und Entwicklungsblockaden zu verhindern. Diese grundlegenden Rahmenbedingungen müssen auch weiterhin gewährleistet sein. Kommunen müssen auf örtliche Bedarfe und Entwicklungen flexibel und zeitnah reagieren können. Im Übrigen ist mit der Festlegung von GIB ein Gewerbe- oder Industriegebiet weder bauleitplanerisch gesichert noch tatsächlich entwickelt. Die Festlegung verbessert nur den kommunalen Planungsspielraum, um schneller auf konkrete Bedarfe reagieren zu können, da Regionalplanänderungsverfahren langwierig sind und Investitionsmaßnahmen unnötig verzögern.

Des Weiteren muss die Bedarfsermittlung auf der Grundlage der Daten des Siedlungsflächenmonitorings berücksichtigen, dass hier nur ein Trend (aus der Vergangenheit in die Zukunft) fortgeschrieben wird. Hierdurch dürfen Kommunen nicht benachteiligt werden, die aufgrund von faktischen oder planerischen Entwicklungshindernissen Wirtschaftsflächen nicht bedarfsgerecht ausweisen konnten. Die Ursachen einer unterdurchschnittlichen Flächenentwicklung müssen daher analysiert und ggf. als Sonderbedarfe ausgeglichen werden.

Hinzu kommt, dass bei der Berechnung des Flächenbedarfs die Gefahr besteht, dass die in den Regionalplänen für die Wirtschaft zur Verfügung gestellten Bruttoflächen nicht zu einem ausreichenden Flächenangebot auf der Netto-Seite führen. Am Beispiel von 24 regionalplanerisch gesicherten Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen (GIB) aus allen Landesteilen in NRW ist im Auftrag von IHK NRW von dem Büro für Gewerbe- und Freiraumplanung, Prof. Dr. Hennings, untersucht worden, welche Unterschiede zwischen regionalplanerisch gesicherter und tatsächlich gewerblich nutzbarer Fläche bestehen. Über alle Untersuchungsgebiete ergab sich im Mittel, dass nur rund 2/3 der GIBs tatsächlich auch gewerblich genutzt werden können. Das andere Drittel wird anderweitig, etwa für Grünflächen, Ausgleichsflächen oder Verkehrsflächen, eingesetzt. Die Ursachen für diese Flächenverluste sieht der Gutachter in vielfältigen neueren planungs- und umweltrechtlichen Regelungen, die die Entwicklung der Flächen erheblich einschränken. Diese Restriktionen müssen daher durch eine Erhöhung des Umfangs der zukünftigen Flächenausweisungen regionalplanerisch ausgeglichen werden.

In den weiteren Erläuterungen werden Vorgaben für die Anrechnung von planerisch verfügbaren Brachflächen und betriebsgebundenen Erweiterungsflächen auf den Wirtschaftsflächenbedarf gemacht. Während betriebsgebundene Erweiterungsflächen i. d. R. zur Hälfte anzurechnen sind, werden Brachflächen mit der Teilmenge angerechnet, die sich für eine bauliche Nutzung eignet und bereits als Siedlungsfläche festgelegt ist.

Damit wird die jetzt aufgehobene Regelung in Absatz 2 des Grundsatzes 6.1-8 (s. u.) in abgeschwächter Form fortgesetzt. Vorhandene Brachflächen verhindern nun nicht mehr die Inanspruchnahme von Freiraum, sie reduzieren aber den Bedarf. Dabei bleibt unklar und ohne Definition, was unter dem Begriff der „Eignung für eine bauliche Nutzung“ zu verstehen ist. Solange aber nicht gesichert ist, dass faktisch nicht verfügbare (z. B. entgegenstehender Eigentümerwille) oder zu wirtschaftlichen Konditionen nicht entwickelbare Brachflächen (z. B. Altlasten) von einer Eignung ausgenommen sind, muss diese Regelung abgelehnt werden.

Ziel 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung

Die bisher als Zielbestimmung vorgesehene Regelung, wonach Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich haben, soll als Grundsatz der Raumordnung umgewandelt werden. Dies ist zu begrüßen. Die Abstufung entspricht unserer Forderung.

Grundsatz 6.1-8 Wiedernutzung von Brachflächen

Der Grundsatz sieht vor, dass durch Flächenrecycling Brachflächen neuen Nutzungen zugeführt werden sollen. Auf die Vorgabe in Abs. 2, dass eine Neudarstellung von Siedlungsflächen auf Freiflächen nur erfolgen soll, wenn auf der Grundlage des Siedlungsflächenmonitorings nachgewiesen wird, dass keine geeigneten Brachflächen zur Verfügung stehen, wird verzichtet. Dies ist zu begrüßen und entspricht unserer Anregung. Allerdings müssen die Ausführungen in den Erläuterungen zum neuen Ziel 6.1-1 zur Bedarfsermittlungen der Wirtschaftsflächen berücksichtigt werden (s. o.), die nunmehr eine Anrechnung von geeigneten Brachflächen auf den Wirtschaftsflächenbedarf vorsehen, ebenso die Zielbestimmung 6.3-3 (s. u.).

Ziel 6.1-11 Flächensparende Siedlungsentwicklung

Die als Zielbestimmung in „Ziel 6.1-11 Flächensparende Siedlungsentwicklung“ vorgesehene Pflicht, das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche in NRW bis zum Jahr 2020 auf 5 ha und langfristig auf „netto null“ zu reduzieren, soll aufgegeben und als Grundsatz der Raumordnung in eine neue Regelung „6.1-2 Grundsatz Leitbild Flächensparende Siedlungsentwicklung“ aufgenommen werden. Wir hatten die als raumordnerisches Ziel vorgesehene strikte Festlegung des 5-ha-Ziels aus rechtlichen Gründen (mangelnde Bestimmbarkeit) abgelehnt, das 5-ha-Ziel allerdings als politisches Leitbild grundsätzlich mitgetragen. Insofern stellt die Abstufung des 5-ha-Ziels auf einen Grundsatz der Raumordnung zwar eine Verbesserung dar. Sie bleibt aber rechtlich bedenklich. Denn auch die Festlegung eines Grundsatzes setzt voraus, dass dessen inhaltliche Vorgabe umsetzbar ist. Dies ist vorliegend aber nicht der Fall, da weder der Festlegungstext noch die Erläuterungen ausführen, welchen Anteil die sechs Planungsregionen und die 396 Kommunen in NRW von diesem 5-ha-Ziel jeweils umsetzen sollen und wie dieser Anteil bestimmt werden soll. Die Aussage in den Erläuterungen, dass dies über die Auswertung des Monitorings erfolgen soll, reicht nicht aus, um zu bestimmen, in welchem Umfang wo welche Flächen zukünftig entwickelt werden können bzw. wo nicht und wie diese Mengenvorgabe bzw. -verteilung im Verhältnis zum Ziel der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung steht. Hierfür wären konkrete Kriterien erforderlich. Allerdings ist keine Methodik erkennbar, wie dies erfolgen sollte. Hätte die Landesplanungsbehörde eine solche Methode im Blick, müsste sie sie in den LEP aufnehmen, um dem Bestimmtheitsgrundsatz zu genügen.

Grundsatz 6.2-1 Ausrichtung auf zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Landesplanungsbehörde kommt unserer Forderung nach, die bislang als Zielbestimmung ausgekleidete Festlegung „6.2-1 Zentralörtlich bedeutsame allgemeine Siedlungsbereiche“ als Grundsatz der Raumordnung abzustufen. Darüber hinaus wird das Ziel „6.2-4 Räumliche Anordnung neuer Allgemeiner Siedlungsbereiche“ als neuer Absatz 2 in den neuen Grundsatz 6.2-1 integriert und damit ebenfalls zu einem Grundsatz abgestuft. Der so geschaffene neue Grundsatz erhält die in der Zwischenüberschrift genannte neue Bezeichnung.

Diese Änderungen sind zu begrüßen, da sie die Regelungen zur Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf solche Allgemeinen Siedlungsbereiche, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen, einer Abwägung zugänglich machen.

Darüber hinaus werden in den Erläuterungen konkrete Ausnahmen aufgeführt, in denen von der vorrangigen Entwicklung dieser zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (zASB) zugunsten von (herkömmlichen) ASB abgesehen werden kann. Dies kann z. B. dann der Fall sein, wenn topographische oder naturräumliche Gegebenheiten oder vorrangige Schutz- oder Nutzungsfunktionen (Naturschutz- oder Hochwasserschutzgebiete) einer Angliederung an einen zASB entgegen stehen, ebenso wenn ein neuer ASB in der Hauptsache für gewerbliche Betriebe vorgesehen ist.

Zu begrüßen ist auch die Klarstellung in den Erläuterungen, dass kleinere Ortsteile (mit weniger als 2.000 Einwohnern) als ASB dargestellt werden sollen, wenn sie im Zuge ihrer Eigenentwicklung über die Darstellungsschwelle von 2.000 Einwohnern hinauswachsen.

Grundsatz 6.2-3 Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile

Mit den Änderungen des 6.2-1 und des 6.2-4 korrespondiert die Streichung des Grundsatzes „6.2-3 Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile“. Dies ist ebenfalls zu begrüßen. Wir hatten kritisiert, dass damit in kleineren, dem regionalplanerischen Freiraum zugeordneten Ortsteilen mit weniger als 2.000 Einwohnern eine Entwicklung kaum noch möglich ist. Korrespondierend zu dieser Streichung wird in Ziel „2-3 Siedlungsraum und Freiraum“ eine Ergänzung aufgenommen, die die Siedlungsentwicklung von diesen Ortsteilen unter Berücksichtigung des Bedarfs der dort ansässigen Bevölkerung und der vorhandenen Betriebe ausrichtet (s. o.).

Ziel 6.3-3 Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die bisher geplante Zielbestimmung, nach der neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB festzulegen sind, wurde zum einen um eine Ausnahme für die Nutzung von Brachflächen erweitert, die im Freiraum liegen. Zum anderen wurde die Ausnahme gestrichen, dass eine gewerbliche oder industrielle Nutzung im Freiraum infolge einer betriebsgebundenen Erweiterung notwendig ist.

Im Fall der Brachflächenausnahme ist Voraussetzung für die gewerbliche und industrielle Nutzung, dass über eine ergänzende Zweckbindung sichergestellt wird, dass nur eine Nachnutzung bereits versiegelter Flächen einschließlich vorhandener Infrastruktur erfolgt, die aus dieser Brachfläche vorhandenen naturschutzwürdigen Teilflächen von der Nachnutzung ausgenommen werden und eine kurzwegige verkehrliche Anbindung gegeben ist. Zwar ist die von uns geforderte Erweiterung der Flächennutzung für GIB-Bereiche grundsätzlich zu begrüßen. Leider schränken aber die vorgesehenen engen Voraussetzungen das hierdurch neu geschaffene Nutzungspotenzial wieder erheblich ein. Auf den Voraussetzungskanon sollte daher verzichtet werden.

Die Streichung der Ausnahme, dass eine gewerbliche oder industrielle Nutzung im Freiraum zulässig ist, sofern sie infolge einer betriebsgebundenen Erweiterung notwendig ist, ist abzulehnen. Nunmehr ist die Erweiterung eines durch Bebauungsplan oder FNP gesicherten Betriebes nicht mehr möglich, wenn sich der Bauleitplan nicht in einem GIB befindet. Es muss aber möglich sein, über eine ergänzende Bauleitplanung betrieblich benötigte Erweiterungsflächen zu schaffen und die Regionalplanungsbehörde in die Lage zu versetzen, eine entsprechende Festlegung zu treffen. Betriebliche Nutzungen, die nach § 30 BauGB zu beurteilen sind, dürfen nämlich nicht schlechter gestellt werden als im Außenbereich gelegene Betriebe, die nach § 35 Abs. 4 Nr. 6 BauGB erweitert werden können. Daher ist sicherzustellen, dass in Fällen einer vorhandenen Bauleitplanung eine Betriebserweiterung möglich bleibt, auch wenn sich der zulässigerweise errichtete gewerbliche oder industrielle Betrieb auf einer Fläche befindet, die (noch) nicht als GIB festgelegt ist.

Diese Fallkonstellation und der sehr umfangreiche Ausnahmekatalog zeigt das Grundproblem dieser Festlegung. Eine Zielbestimmung, die neue GIB ausschließlich unmittelbar anschließend an vorhandene ASB oder GIB zulässt, ist als strikt zu beachtende Vorgabe praktisch nicht in jedem Fall umsetzbar und rechtlich kaum haltbar. Sie könnte in Einzelfällen trotz vorliegenden Bedarfs zu einem faktischen Planungsstopp führen. Dies soll aufwendig mit einem Katalog mit vier verschiedenen Ausnahmetatbeständen vermieden werden. Ob dies gelingen kann, ist sehr fraglich.

Die begrüßenswerte Intention, den Freiraum zu schützen und vorhandene Infrastrukturen kosteneffizient zu nutzen, ließe sich auch mit einem Grundsatz der Raumordnung

verfolgen, der der Regionalplanungsbehörde die Möglichkeit offen halten würde, in atypischen Fällen die bedarfsgerechte Entwicklung von Wirtschaftsflächen zuzulassen. Die bislang als Festlegung vorgesehenen Ausnahmen könnten in den Erläuterungen die Abweichung von der Anwendung des Grundsatzes beispielhaft konkretisieren.

5. Kapitel 7 „Freiraum“

Grundsatz 7.1-8 Nutzung von militärischen Konversionsflächen

Diese Festlegung, nach der auf militärischen Konversionsflächen im Freiraum Festlegungen und Maßnahmen zugunsten des Natur- und Landschaftsschutzes und/oder der Nutzung für Erneuerbare Energien zum Tragen kommen sollen, wird nunmehr auf überwiegend landschaftlich geprägte militärische Konversionsflächen (beispielsweise Truppenübungsplätze) beschränkt. Damit wird eine gewerbliche Nachnutzung erleichtert. Die Änderung entspricht einer Anregung des StGB NRW und ist zu begrüßen.

Ziel 7.2-2 Gebiete für den Schutz der Natur

Die Vorgabe, dass Gebiete für den Schutz der Natur (GSN) durch besondere Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege soweit wie möglich zu verbinden sind, wird gestrichen. Die Streichung erfolgte zutreffend aus rechtlichen Erwägungen, da die Kriterien und Maßstäbe für diese Vorgabe nicht hinreichend in der Festlegung bestimmt werden konnten.

Weiterhin werden Festlegungen zu Nationalparken getroffen. Durch entsprechende Festlegungen in den jeweiligen Regionalplänen soll der bestehende Nationalpark Eifel erhalten und entwickelt werden und das Gebiet des derzeitigen Truppenübungsplatzes Senne in seiner Einzigartigkeit und naturräumlichen Funktionsvielfalt als Biotopkomplex so erhalten werden, dass eine Unterschutzstellung als Nationalpark möglich ist. Zu letzterem liegen einstimmige Landtagsbeschlüsse aus den Jahren 1991 und 2005 vor.

Ziel 7.5-3 Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen

Die Zielbestimmung, dass Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen im Regionalplan als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich für zweckgebundene Nutzungen „Gewächshausanlage“ zeichnerisch festzulegen sind, soll ersatzlos gestrichen werden. Diese Änderung stärkt die kommunale Planungshoheit.

6. Kapitel 8 „Verkehr und technische Infrastruktur“

Ziel 8.1-9 Landesbedeutsame Häfen und Wasserstraßen

In die Zielbestimmung werden die Städte Emmerich, Rheinberg und Voerde aufgenommen, in denen sich mit Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Köln, Krefeld, Minden, Neuss und Wesel ebenfalls landesbedeutsame, öffentlich zugängliche Häfen befinden. Dies ist zu begrüßen.

Ziel 8.1-11 Schienennetz

In Ziel 8.1-11 wird nunmehr festgelegt, dass Mittel- und Oberzentren statt an den Schienenverkehr (nur noch) an den Öffentlichen Verkehr anzubinden sind, da aus Sicht

der Landesregierung in vielen Mittelzentren eine Anbindung an den Schienenverkehr kaum möglich ist. Das Ziel wird insoweit folgerichtig in „8.1-11 Öffentlicher Verkehr“ umbenannt.

Diese Einschätzung ist nachvollziehbar und nach Ausführung der Landesplanungsbehörde soll hierdurch auch die Trassenreaktivierung nicht tangiert werden. Insoweit kann mit der Erweiterung dieses Ziels auf alle Formen des ÖPNV - und damit auch den straßengebundenen Linienverkehr und den Verkehr mit Schnellbussen - umfassend die Zentralität, die Erreichbarkeit und die Versorgungsfunktion der Mittel- und Oberzentren erreicht werden.

Gleichwohl führt die Änderung der Zielbestimmung dazu, dass bislang nicht an das Schienennetz angeschlossene Mittelzentren kaum noch eine Chance auf Anbindung haben. Um dies zu ermöglichen, hatten wir in unserer Stellungnahme vom 28.02.2014 ausdrücklich die Zielfestlegung auf den Schienenverkehr begrüßt. Immerhin sollte bzw. soll die Anbindung (sowohl des Schienenverkehrs als auch des Öffentlichen Verkehrs) „bedarfsgerecht“ erfolgen. Um durch die aus der Zielqualität erwachsenen Beachtenspflicht keine unrealistische Selbstbindung des Landes zu begründen, sollte aus Sicht der Geschäftsstelle die raumordnerische Festlegung zur Anbindung von Mittelzentren an den Schienenverkehr als abgestufter Grundsatz der Raumordnung beibehalten werden, nicht aber als Festlegung gänzlich abgeschafft werden. Dann gäbe es weiterhin eine – jetzt abwägbare – Verpflichtung des Landes zum Ausbau des Schienennetzes auch zugunsten von bislang nicht angeschlossenen Mittelzentren.

Ziel 8.2-3 Höchstspannungsleitungen

Aus Rechtsgründen soll das ursprüngliche Ziel in einen Grundsatz und neues Ziel aufgeteilt werden. Zur Konfliktminimierung müssen neue Trassen grundsätzlich einen Abstand zur Wohnbebauung von 400 m und zu einzelnen Wohngebäuden im Außenbereich von 200 m einhalten. Hierzu enthält der LEP ein entsprechendes neues Ziel 8.2-4. Bei vorhandenen Trassen sollen diese Abstände im Rahmen des möglichen eingehalten werden. Dies soll in einem Grundsatz 8.2-3 geregelt werden. Diese Neuregelung entspricht einer Forderung der kommunalen Spitzenverbände und erhöht den kommunalen Planungsspielraum für Arrondierungsmaßnahmen.

7. Kapitel 9 „Rohstoffversorgung“

Ziel 9.2-2 Versorgungszeiträume

Von der Festlegung von Versorgungszeiträumen für „Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze für nichtenergetische Rohstoffe“ (BSAB) von mindestens 20 Jahren für Lockergesteine (z. B. Kies, Sand, Ton) und von mindestens 35 Jahren für Festgesteine (z. B. Naturstein, Basalt, Kalkstein, Tonschiefer) wird in den Erläuterungen eine Abweichung für regionalplanerisch bereits gesicherte längere Versorgungszeiträume zugelassen. Das erhöht die Sicherheit der betroffenen Unternehmen und ist daher zu begrüßen.

Ziel 9.2-3 Tabugebiete und Grundsatz 9.2-4 Zusätzliche Tabugebiete

Auf die Festlegung von Tabugebieten, in denen keine Vorranggebiete für BSAB festgelegt werden dürfen, soll im neuen LEP (Ziel 9.2-3) und in Regionalplänen (Grundsatz 9.2-4) verzichtet werden. Daher sollen beide Festlegungen gestrichen werden. Dies ist

zu begrüßen, da über die fachrechtlichen Regelungen des Arten-, Natur-, Wasser- und Bodenschutzes ein ausreichender Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Anforderungen des Trinkwasserschutzes, der Landwirtschaft und des Naturschutzes erzielt werden kann. So sieht § 35 Abs. 2 des Referentenentwurfs zur Novelle des Landeswassergesetzes ein grundsätzliches Verbot der Abgrabung von Bodenschätzen mit Ausnahme- und Befreiungsvorschriften vor, wenn durch die Abgrabung keine nachteilige Veränderung des Wasserhaushalts und der Wasserbeschaffenheit zu erwarten ist.

8. Kapitel 10 „Energieversorgung“

Ziel 10.2-2 Vorranggebiete für die Windenergienutzung

Dieses Ziel soll aufgeteilt werden in ein Ziel und in einen Grundsatz. Damit wird einerseits am Ziel festgehalten, bis 2020 mindestens 15 % der Stromversorgung durch Windenergie zu decken. Andererseits werden die Flächenvorgaben für die Planungsregionen als Grundsatz formuliert. Insofern soll es keine qualifizierten Zielvorgaben mehr für die Windenergievorrangflächen in den einzelnen regionalen Planungsgebieten geben. Dies erhöht die Rechtssicherheit, da nunmehr Detailfragen wie Flugsicherung, Landschafts- und Artenschutz, die auf den Umfang der ausweisbaren Fläche Einfluss nehmen können, berücksichtigt werden können. Dies ist zu begrüßen.

Gleichwohl bleibt zu kritisieren, dass die bisher bestehende Flächenkulisse (in der Summe 54.000 ha, in Teilkontingenten aufgeteilt auf die sechs Planungsregionen in NRW) grundsätzlich bestehen bleiben und an der Festlegung von Vorranggebieten durch die Regionalplanungsbehörden festgehalten werden soll.

Aus kommunaler Sicht ist auf raumordnerische Festlegungen für die Windenergienutzung gänzlich zu verzichten. Sie schränken die kommunale Planungshoheit unangemessen ein und führen durch die Ausweisung von Vorranggebieten zu einem erheblichen Abstimmungsbedarf der Kommunen mit den Regionalplanungsbehörden, zu Verzögerungen bei der kommunalen Bauleitplanung und zu praktischen Umsetzungsproblemen. So besteht beispielsweise für die Regionalplanung keine rechtliche Verpflichtung zur Durchführung einer Artenschutzprüfung. Diese gilt erst für die nachgelagerten Planungs- und Zulassungsverfahren. Daher wird bei Ausweisung von Windenergie-Vorrangzonen auf Ebene der Regionalplanung nur eine überschlägige Vorabschätzung durchgeführt, die beim anschließenden Änderungsverfahren des Flächennutzungsplans und der dort durchzuführenden Artenschutzprüfung zu dem Ergebnis führen kann, dass die Vorrangfläche aus dem Regionalplan aufgrund eines rechtlichen Hindernisses nicht vollzugsfähig ist, da diese Fläche dann ein hartes Tabukriterium darstellt.

Ziel 10.3-4 Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten

Als neues Ziel 10.3-4 ist folgende Regelung in den überarbeiteten LEP-Entwurf aufgenommen worden: „Die Gewinnung von Erdgas, welches sich in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten befindet, ist ausgeschlossen, weil durch den Einsatz der Fracking-Technologie erhebliche Beeinträchtigungen des Menschen und seiner Umwelt zu besorgen sind und die Reichweite hiermit verbundener Risiken derzeit nicht abschätzbar ist.“

In NRW werden Erdgasvorkommen in unkonventionellen Lagerstätten in Form von Schiefer- und Flözgas vermutet. Die Förderung dieser Vorkommen ist nach derzeitigem Stand der Technik nur unter Einsatz der so genannten Fracking-Technologie möglich.

Beim Fracking (Hydraulic Fracturing) wird nach vertikalen und anschließenden horizontalen Bohrungen ein Fracking-Fluid, ein Gemisch, bestehend aus Wasser, Quarzsand und chemischen Additiven, in das Erdreich eingeleitet und unter erheblichem Druck verpresst. Hierbei entstehen Risse in impermeablen Gesteinsschichten, durch die das gebundene Erdgas entweichen und im Anschluss gefördert werden kann.

Im LEP-Entwurf vom 25.06.2013 war eine raumordnerische Festlegung zum Fracking nicht vorgesehen. Die kommunalen Spitzenverbände hatten in ihrer Stellungnahme vom 28.02.2014 u.a. gefordert, eine Festlegung aufzunehmen, die Fracking nur in Gebieten zulässt, in denen eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung, des Grundwassers, des Bodenschutzes, des Naturschutzes, der Landwirtschaft und der Wohnbevölkerung ausgeschlossen ist.

Im Zuge der Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen hat das Landeskabinett beschlossen zu prüfen, ob und welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, Fracking-Vorhaben in unkonventionellen Lagerstätten landesweit in Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Landesentwicklungsplanes auszuschließen. Das insofern vom MKULNV eingeholte Gutachten von Frau Professor Dr. Sabine Schlacke vom Institut für Umwelt- und Planungsrecht der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster hat diese Zielsetzung bestätigt. Zwar liegt der Geschäftsstelle das Gutachten trotz Nachfrage beim MKULNV nicht vor. Nach dessen Aussage diente es aber als Grundlage für eine entsprechende Zielformulierung im LEP-Entwurf sowie deren Erläuterungen. Diese hat das Kabinett in seiner Sitzung am 22.09.2015 beschlossen.

Nach dem Stand der Forschung können Fracking-Vorhaben erhebliche Beeinträchtigungen bei Menschen und an der Umwelt erzeugen, welche über ober- und unterirdische Wirkpfade vermittelt werden. Insbesondere kann das Frack-Fluid den Bodenhaushalt und den Wasserhaushalt, die als Grundbedingung menschlicher Existenz auch Voraussetzung für diverse andere Raumfunktionen z. B. zugunsten von Natur und Landwirtschaft sind, gefährden. Nach dem Stand der Wissenschaft werden irreversible Schäden für den Boden- und Wasserhaushalt nicht ausgeschlossen. Auch besteht wissenschaftliche Unsicherheit bezüglich der durch Fracking induzierten seismischen Aktivität.

Die Landesregierung hatte vor diesem Hintergrund bereits 2012 ein Gutachten mit einer Risikostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Nordrhein-Westfalen und deren Auswirkungen auf den Naturhaushalt insbesondere auf die öffentliche Trinkwasserversorgung in Auftrag gegeben. Im Ergebnis ist von erheblichen Risiken insbesondere für das Grundwasser auszugehen. Nach aktuellem wissenschaftlichem Kenntnisstand kann sowohl das Gefährdungs- als auch das Risikopotenzial der Technologie nicht abschließend bewertet werden. Insofern besteht weiterhin erheblicher Untersuchungsbedarf.

In Anbetracht der Hochwertigkeit der bedrohten Rechtsgüter und der nicht auszuschließenden, möglicherweise irreversiblen Beeinträchtigungen von diversen Räumen und ihren Funktionen kommt die Landesregierung zu dem Schluss, aufgrund ihres Schutz- und Risikovorsorgeauftrags Fracking-Vorhaben in unkonventionellen Lagerstätten landesweit auszuschließen.

Dies ist aus Gründen des Schutzes der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der weiteren o.g. Belange zu begrüßen. Allerdings muss sicher gestellt sein, dass ein solcher genereller Ausschluss rechtssicher festgesetzt werden kann und keine unzulässige Verhinderungsplanung darstellt. Des Weiteren ist zu prüfen, ob in die geplante Neufassung des Wasserhaushaltsgesetzes (im Rahmen des „Gesetzes zur Änderung von wasser- und naturschutzrechtlichen Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie“ - Entwurf vom 10.12.2014) eine entsprechende Länderöffnungsklausel aufgenommen werden muss.

Die Landesregierung führt in den Erläuterungen zu dem Ziel aus, dass eine Neubewertung des Raumwiderstandes von Fracking-Vorhaben erfolgen kann, sofern Risiko- und Gefahrenpotenziale von Fracking-Nutzungen zukünftig wissenschaftlich und technologisch ausreichend abgeschätzt bzw. beherrscht werden können.

Das Ziel 10.3-4 bezieht sich nicht auf Tiefbohrungen für andere Zwecke wie z. B. der Nutzung von Tiefengeothermie oder auf die konventionelle Erdgasgewinnung. Sichere Technologien für die Gewinnung von Erdgas aus sogenannten konventionellen Lagerstätten, d. h. vor allem aus Sand- und Karbonatgesteinen, kommen schon seit den 1960er Jahren in Deutschland zum Einsatz.“

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/329/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 25.11.2015 Verfasser: Amt 20 Stefanie Rolfs

13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz für den Städtischen Abwasserbetrieb

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
08.12.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Mit der beigefügten Satzungsänderung sollen zwei verschiedene Sachverhalte der aktuellen Entwässerungssatzung neu geregelt werden:

1. **Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen nach tatsächlichen Kosten**
   § 24 Absatz 1 der Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der aktuellen Fassung sieht vor, dass die Aufwendungen für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasser- anlagen der Stadt zu ersetzen sind. Während Absatz 4 des § 24 vorsieht, dass die Aufwendungen für die Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung einer Anschlussleitung und die Kosten für die Unterhaltung der Anschlussleitung in der tatsächlich geleisteten Höhe zu ersetzen sind, sieht Absatz 2 des § 24 vor, dass der Aufwand für die Herstellung nach Einheitssätzen abzurechnen ist. Diese Einheitssätze verringern oder erhöhen sich entsprechend, wenn die Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes um mindestens +/- 5 % vom zuletzt zugrunde gelegten Preisindex abweichen.

   Die tatsächlichen Herstellungskosten für Grundstücksanschlussleitungen sind mittlerweile jedoch in der Regel deutlich höher, als dies unter Berücksichtigung der Einheitssätze in Rechnung gestellt werden darf. Die Differenzbeträge müssen demzufolge vom Städtischen Abwasserbetrieb, und damit von der Gesamtheit der Abwassergebührenzahler, übernommen werden. Die

   Mustersatzung des Städte- und Gemeindebundes NRW sieht allerdings vor,

dass auch der Aufwand für die Herstellung von Grundstücksanschlussleitungen nach den tatsächlichen Kosten abgerechnet werden kann. Dementsprechend soll die Entwässerungssatzung angepasst werden.

2. Aufteilung der Schmutzwassergebühr

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe am 27.10.2015 wurde beschlossen, dass aufgrund der Abwassergebührenkalkulation für 2016 die Gebührenanteile für den Transport des Schmutzwassers von 0,61 €/m³ auf 0,58 €/m³ Schmutzwasser gesenkt werden können. Der Beschluss wird durch den geänderten § 28 Abs. 14 der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz umgesetzt.

Die unter den zwei Punkten aufgeführten Änderungen sind in der beigefügten 13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz eingearbeitet. Daneben ist noch eine synoptische Darstellung der einzelnen Änderungen beigefügt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die dem Original dieser Niederschrift als Anlage beigefügte 13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 wird hiermit erlassen“.

Finanzielle Auswirkungen:
Keine

Anlagen:
13. Änderung zur Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004
Synoptische Darstellung der Änderungen

Entwurf

13. Änderungssatzung

vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung in Verbindung mit der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 16. Dezember 2015 folgende Änderung der Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen - Entwässerungssatzung - beschlossen:

Artikel 1

1. § 24 der Entwässerungssatzung vom 19.03.2004, in der Fassung der 12. Änderungssatzung vom 18.12.2013, wird aufgehoben.

2. § 24 der Entwässerungssatzung erhält folgende Neufassung:

§ 24

Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen

(1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind der Stadt zu ersetzen und werden auf der Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.

(2) Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Grundstücksanschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung nach Absatz 1 berechnet.

(3) Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.

(4) Der Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides fällig.

Artikel 2

§ 28 Absatz 14 erhält folgende Neufassung:

(14) Bei Gebührenpflichtigen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein Westfalen (KAG NRW) von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an die Stadt zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang der Gebührenpflichtige selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport ab dem 01.01.2016 0,58 € je Kubikmeter Schmutzwasser.

Artikel 3

Inkrafttreten:

Die vorgenannten Regelungen treten zum 01.01.2016 in Kraft.

Peter Jansen
Bürgermeister

Synoptische Darstellung der Änderungen
des Entwurfes zur 13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz

Altfassung	Neufassung (Entwurf)	Anmerkungen
Satzung über die Entwässerung der Grundstücke, deren Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage und die Entsorgung von Grundstücksentwässerungs-anlagen - Entwässerungssatzung - der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004 - in der Fassung der 12. Änderung vom 18.12.2013 (in Kraft getreten am 28.12.2013)	13. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz vom 19.03.2004	*Die Beschlussfassung durch den Rat ist am 16.12.2015 geplant.*
Teil II **Kostenersatz und Gebühren** § 24 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen (1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Veränderung und Beseitigung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücks-anschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind der Stadt zu ersetzen.	**Teil II** **Kostenersatz und Gebühren** § 24 Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen (1) Der Aufwand für die Herstellung, Erneuerung, Beseitigung, Veränderung und die Kosten für die Unterhaltung der Grundstücksanschlussleitung an die öffentlichen Abwasseranlagen sind der Stadt zu ersetzen und werden auf der Grundlage der tatsächlich ent-standenen Kosten abgerechnet.	*Aufgrund der Ermittlung des Kosten-ersatzes nach den tatsächlichen Kosten wird der § 24 alter Fassung komplett durch den § 24 neuer Fassung ersetzt. Zur weiteren Begründung wird auf die Sitzungsvorlage verwiesen.*

(2)	Der Aufwand für die Herstellung wird nach Einheitssätzen ermittelt. Dabei gelten Abwasserleitungen, die nicht in der Mitte der Straße verlaufen, als in der Straßenmitte verlaufend. Sofern seitens der Stadt die Herrichtung eines Prüfschachtes nicht verlangt wird, ist der Einheitssatz von Straßenmitte bis Grundstücksgrenze zu berechnen. Sofern sich die Grundstücke der Erschließungsanlagen (im Sinne des § 2 der Satzung der Stadt Erkelenz über die Erhebung der Erschließungs-beiträge nach dem Baugesetzbuch) ganz oder teilweise noch nicht im Eigentum der Stadt Erkelenz befinden, gilt als Grundstücksgrenze die im Bebauungsplan festgelegte Straßen-begrenzungslinie; sofern ein Bebauungsplan nicht besteht, gilt die Straßenbegrenzungslinie des Straßen-bauplanes; sofern es beides nicht gibt, gilt die örtlich tatsächlich vorhandene Straßenbegrenzung, wobei allerdings wenigstens von einer Mindestbreite der Erschießungsanlage von 4,50 m auszugehen ist. Der Einheitssatz beträgt je Meter Grundstücksanschlussleitung, gemessen von der Straßenmitte bis	(2)	Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Grundstücksanschluss-leitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung nach Absatz 1 berechnet.	*Der Absatz 2 der alten Fassung ist komplett weggefallen.* *Der Absatz 2 der neuen Fassung entspricht inhaltlich dem Absatz 3 der alten Fassung.*

	zum Prüfschacht bzw. bis zur Grundstücksgrenze, für den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage 1. bei Anschlüssen außerhalb befestigter Oberflächen 272,56 EUR 2. bei Anschlüssen im Bereich befestigter Oberflächen 385,77 EUR 3. bei Anschlüssen im Trennsystem außerhalb befestigter Oberflächen, sofern die Anschlussleitungen in einem Graben verlegt werden 419,32 EUR 4. bei Anschlüssen im Trennsystem im Bereich befestigter Oberflächen, sofern die Anschlussleitungen in einem Graben verlegt werden 592,07 EUR Im Trennsystem gelten Niederschlags- und Schmutzwasseranschlüsse als selbständige Anlagen.		
(3)	Erhält ein Grundstück auf Antrag mehrere Anschlussleitungen, so wird der Ersatzanspruch für jede Anschlussleitung berechnet.	(3) Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Grundstücksanschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.	*Der Absatz 3 der alten Fassung entspricht inhaltlich dem Absatz 2 der neuen Fassung. Der Absatz 3 der neuen Fassung entspricht inhaltlich dem Absatz 6 der alten Fassung.*

(4) Der Aufwand für die Erneuerung, Veränderung oder Beseitigung einer Anschlussleitung und die Kosten für die Unterhaltung der Anschlussleitung sind in der tatsächlich geleisteten Höhe zu ersetzen.	(4) Der Kostenersatz für Grundstücksanschlussleitungen wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides fällig.	*Der Absatz 4 der alten Fassung ist komplett weggefallen. Der Absatz 4 der neuen Fassung entspricht inhaltlich dem Absatz 7 der alten Fassung.*
(5) Die Einheitssätze nach Absatz 2 erhöhen oder verringern sich prozentual entsprechend, wenn die Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden - Preisindizes für den Neubau von Ortskanälen in konventioneller Bauart einschließlich Umsatz-(Mehrwert-) steuer - Basis 2010 = 100 - um mindestens +/- 5 % vom zuletzt zugrunde gelegten Preisindex abweichen. Dabei ist von einer Festsetzung der Einheitspreise zum August 2013 mit einem Indexstand zum Basisjahr von 106,9 Punkte auszugehen. Bei Angleichungen ist von dem jeweiligen neuen Indexstand auszugehen. Durch Schwankungen des Preis-indexes veranlasste Änderungen der Einheitssätze sind im Amtsblatt der Stadt Erkelenz unter der Bezeichnung		*Der Absatz 5 der alten Fassung ist komplett weggefallen.*

„Vollzug der Entwässerungssatzung - Änderung der Einheitssätze für die Herstellung von Haus- und Grundstücksanschlussleitungen“ öffentlich bekannt zu machen (Anlage 1 zur Entwässerungssatzung der Stadt Erkelenz). Die Bekanntmachung hat Angaben zum bisherigen und neuen Preisindex, zur prozentualen Erhöhung und zu den bisherigen und neuen Einheitssätzen zu enthalten. Der Bürgermeister stellt die Änderung im vorgenannten Sinne fest. Die Änderung tritt nach Bekanntgabe der neuen Indexzahlen durch das Statistische Bundesamt Wiesbaden mit dem Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Erkelenz in Kraft.		
(6) Der Ersatzanspruch entsteht mit der endgültigen Herstellung der Anschlussleitung, im Übrigen mit der Beendigung der Maßnahme.		*Entspricht inhaltlich dem Absatz 3 der neuen Fassung.*
(7) Der Kostenersatz für Haus- und Grundstücksanschlussleitungen wird einen Monat nach Zugang des Heranziehungsbescheides fällig.		*Entspricht inhaltlich dem Absatz 4 der neuen Fassung.*

§ 28 Schmutzwassergebühr	§ 28 Schmutzwassergebühr	
(14) Bei Gebührenpflichtigen, die in den Fällen des § 7 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein Westfalen (KAG NRW) von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Abs.1 Satz 4 KAG NRW die an die Stadt zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang der Gebührenpflichtige selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport bis zum 31.12.2013 0,47 € je Kubikmeter Schmutzwasser und ab dem 01.01.2014 0,61 € je Kubikmeter Schmutzwasser.	(14) Bei Gebührenpflichtigen, die in den Fällen des § 7 Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein Westfalen (KAG NRW) von einem Entwässerungsverband zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen werden, ermäßigt sich gemäß § 7 Absatz 1 Satz 4 KAG NRW die an die Stadt zu zahlende Gebühr, soweit nach Art und Umfang der Gebührenpflichtige selbst von dem Verband für die Inanspruchnahme seiner Einrichtungen und Anlagen oder für die von ihm gewährten Vorteile zu Verbandslasten oder Abgaben herangezogen wird. Sofern der Verband lediglich die Abwasserreinigung übernimmt, beträgt die Gebühr für die Schmutzwassersammlung und den Schmutzwassertransport ab dem 01.01.2016 0,58 € je Kubikmeter Schmutzwasser.	*Satzungsrechtliche Umsetzung der im Ausschuss* für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe am 27.10.2015 beschlossenen Änderung des Gebührensatzes.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Haupt- und Personalamt	Vorlage-Nr: A 10/302/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 09.11.2015 Verfasser: Amt 10 Thomas Rolfs

Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Erkelenz: Umsetzungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
25.11.2015	Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Der Rat hat die Verwaltung am 26.02.2014 mit der Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes beauftragt. Entsprechende Fördermittel wurden durch die Verwaltung beantragt und durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit im August 2014 bewilligt.

Seit Dezember 2014 wurde das Konzept gemeinsam mit dem Institut Nowum-Energy der Fachhochschule Aachen unter Leitung von Frau Prof. Dr. Isabel Kuperjans erarbeitet.

Bei der Konzepterstellung wurde von Beginn an Wert auf eine Einbeziehung möglichst vieler verschiedener Akteure gelegt. Im Zeitraum März bis Juni 2015 fanden daher eine öffentliche Auftaktveranstaltung und vier verschiedene Themenworkshops statt. Bei den Veranstaltungen haben sich insgesamt rund 240 Teilnehmer/-innen aus Bürgerschaft, Unternehmen, Politik, Verwaltung und anderen Institutionen eingebracht.

<u>Maßnahmen und Ziele</u>

Durch das integrierte Klimaschutzkonzept wird es möglich sein, die im Stadtgebiet vorhandenen Einzelaktivitäten im Bereich Energie und Klimaschutz zu bündeln und die lokalen Akteure zusammenzuführen. Im vorliegenden Abschlussbericht werden die Ergebnisse der Energie- und CO2-Bilanz, die für Erkelenz ermittelten Minderungspotenziale, die in den Workshops gemeinsam mit den Akteuren entwickelten Maßnahmen und die realistischen Klimaschutzziele zusammengefasst.

Der Maßnahmenkatalog enthält insgesamt 41 Maßnahmenvorschläge, die den Handlungsfeldern Bewusstseinsbildung und Verbraucherverhalten, Bauen und Wohnen, Mobilität und Verkehr, Gewerbe und Industrie sowie Verwaltung zugeordnet werden können. Eine Priorisierung der Maßnahmen nach Dringlichkeit und Wichtigkeit wurde im Rahmen einer Expertenrunde vorgenommen.

Es wird deutlich, dass auf die Stadtverwaltung in erster Linie viele auf Initiierung, Koordination und Motivation ausgerichtete Aufgaben zukommen. Für die Umsetzung konkreter Maßnahmen müssen jedoch auch die verschiedenen Akteure insbesondere aus Bürgerschaft und Unternehmen ihren Beitrag leisten.

Die Energie- und CO2-Bilanz, die Potenzialanalyse und der Maßnahmenkatalog wurden bereits in der Sitzung des Hauptausschusses am 18.06.2015 und 29.10.2015 durch die FH Aachen vorgestellt.

Nach einem rund einjährigen Projektzeitraum liegt nun die vorläufige Endfassung des Klimaschutzkonzeptes zur Beschlussfassung vor. Die Endfassung wurde den sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern des Ausschusses für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales sowie den Mitgliedern des Rates im Vorfeld in elektronischer Form zur Verfügung gestellt. Frau Prof. Dr. Kuperjans von der FH Aachen wird die Kernaussagen des Klimaschutzkonzeptes im Fachausschuss anhand einer Power-Point-Präsentation zusammenfassend darstellen. Fragen, Anregungen und Änderungswünsche können in der Sitzung behandelt werden.

Klimaschutzmanager/in

Um die Begleitung und Umsetzung der Maßnahmen bzw. die Einführung des Klimaschutz-Controllings zu gewährleisten, ist die Einstellung eines/r Klimaschutzmanagers/in notwendig, der/die die Maßnahmenumsetzung überwacht und koordiniert. Die Koordinationsstelle ist für die Kommunikation, die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und die Vernetzung der entsprechenden Akteure verantwortlich.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) unterstützt im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative die Kommunen bei der Einstellung von Klimaschutzmanagern/innen durch eine Förderung für zunächst 3 Jahre mit 65 % der Kosten. Eine zweijährige Folgeförderung ist möglich.
Weiterhin sind Ausgaben für Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit mit einem Maximalumfang von 20.000 Euro zuwendungsfähig. Zusätzlich kann nach Einstellung des/der Klimaschutzmanagers/in ein Zuschuss zur Umsetzung einer ausgewählten Klimaschutzmaßnahme beantragt werden.

Der Förderantrag wird nach entsprechender Beschlussfassung durch die Verwaltung vorbereitet und beim Projektträger Jülich (PtJ) gestellt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):
„1. Das integrierte Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz dient als Grundlage der kommunalen Klimaschutzpolitik bis 2030. Die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes sowie die Einführung eines Klimaschutz-Controllings werden beschlossen.

2. Zur Gewährleistung der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist in 2016 ein/e Klimaschutzmanager/in befristet für drei Jahre einzustellen. Die Verwaltung wird be-

auftragt, einen entsprechenden Förderantrag beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zu stellen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt, soweit die Stadt Erkelenz betroffen ist, vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen. Die finanziellen Aufwendungen sind dabei abhängig von der konkreten Ausgestaltung der Einzelmaßnahme. In erster Linie entstehen Aufwendungen für das städtische Personal, insbesondere eine/n Klimaschutzmanager/in, sowie Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit. Der Eigenanteil für den/die Klimaschutzmanager/in beläuft sich dabei voraussichtlich auf jährlich 19.250 Euro. Die Aufwendungen sind für 2016 eingeplant.

Anlage:
Abschlussbericht_Erkelenz_04112015.pdf



Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

NATIONALE
KLIMASCHUTZ
INITIATIVE



Herausgeber

Stadt Erkelenz

Förderung

Zuwendungsgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Nationale Klimaschutzinitiative (NKI),
Förderkennzeichen: 03K00237

Integriertes Klimaschutzkonzept
Erkelenz (01.12.2014-31.12.2015)

http://www.bmu-klimaschutzinitiative.de/
http://www.ptj.de/klimaschutzinitiative





Bearbeitung / Autoren

NOWUM-Energy
FH Aachen University of Applied Science
Campus Jülich
Heinrich-Mußmann-Str. 1 | 52428 Jülich | Germany

Prof. Dr.-Ing. Isabel Kuperjans (Institutsleitung);
Bertram Beckmann B.Eng.
Stefan Ohlenschläger B.Eng.



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis **1**

1 Einleitung **1**

2 Ausgangssituation und Zielsetzung **2**

2.1 Profil der Stadt Erkelenz *2*

2.2 Motivation zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes *3*

2.3 Bereits erfolgte Maßnahmen in Erkelenz *4*

2.4 Vorgehensweise für dieses Konzept *6*

2.5 Ziele des Klimaschutzkonzeptes *7*

3 Energie- und CO_2-Bilanz der Stadt Erkelenz **8**

3.1 Bilanzierungsprinzip *8*

3.2 Endenergiebilanzierung *8*

3.3 Endenergiebilanz der Stadt Erkelenz *11*

3.4 CO_2-Gesamtbilanz der Stadt Erkelenz *17*

3.5 Kommunale Bilanz *20*

3.6 Erkelenz im nationalen Vergleich *20*

4 CO_2-Minderungspotenziale und Szenarien **22**

4.1 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von Windenergie *22*

4.2 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von Solarenergie *23*

4.3 CO_2-Minderungspotenzial durch energetische Sanierung *26*

4.4 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von oberflächennaher Geothermie *26*

4.5 CO_2-Minderungspotenziale durch Biomasse *28*

4.6 CO_2-Minderungspotenziale im Verkehrssektor *28*

4.7 CO_2-Minderungspotenzial Erkelenz *28*

4.8 Szenarien *29*

5 Maßnahmenprogramm **32**

5.1 Maßnahmenfindung *32*

5.2 Maßnahmendarstellung *33*

5.3 Klimaschutzfahrplan *38*

6 Klimaschutzziele **42**

7 Controllingkonzept **45**

8 Öffentlichkeitsarbeit 51

9 Literaturverzeichnis 54

10 Abbildungsverzeichnis 55

11 Tabellenverzeichnis 56

12 Anhang 57

1 Einleitung

Das Thema Klimaschutz nimmt schon lange eine wichtige Rolle in Erkelenz ein. Durch den angrenzenden Tagebau, der zusehends auch das Gemeindegebiet der Stadt Erkelenz beeinflusst, sind die Bürger von Erkelenz direkt von der heute vorherrschenden Energieversorgung betroffen. Um weitreichende Veränderungen der Umwelt, die nicht immer so direkt wie bei einem Tagebau ersichtlich sind, weltweit zu verhindern oder zumindest abzuschwächen, wurden internationale Vereinbarungen zum Klimaschutz getroffen. Um die Klimaschutzziele Deutschlands zu erreichen wurde 2008 die Nationale Klimaschutzinitiative ins Leben gerufen, in deren Rahmen dieses integrierte Klimaschutzkonzept gefördert wird.

Der weltweite Klimawandel ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht zu leugnen, erste Auswirkungen sind bereits heute spürbar. Unabhängig davon, ob der Klimawandel und die tendenziell höhere Durchschnittstemperatur auf der Erde anthropogen, also vom Menschen gemacht, sind, gilt es gemeinsam den weiteren Ausstoß von Treibhausgasen zu bremsen. Die Stadt Erkelenz möchte ihren Teil dazu beitragen, ein weiterer Schritt ist der Beschluss dieses integrierten Klimaschutzkonzeptes.

2 Ausgangssituation und Zielsetzung

2.1 Profil der Stadt Erkelenz

Erkelenz ist mit rund 43.000 Einwohnern die größte Stadt im Kreis Heinsberg, dem westlichsten an die Niederlande angrenzenden Kreis Deutschlands. Das Stadtgebiet umfasst derzeit eine Fläche von ca. 117 km².

Die Stadt ist überregional sehr gut angebunden. Kurze Wege zu den Autobahnen A 46, A 44, A61 und A52 und die Erreichbarkeit der Flughäfen Mönchengladbach, Düsseldorf, Köln und Maastricht/Aachen in einem Umkreis von 20 bis 70 km bieten beste Verbindungen in alle Welt. Erkelenz ist darüber hinaus mit einem eigenen Bahnhof an das Schienennetz der Deutschen Bahn angeschlossen.

Erkelenz bietet ein umfassendes und abwechslungsreiches Kulturprogramm mit attraktiven, auch überregional bekannten Veranstaltungen in der Innenstadt und den Ortschaften. Ein lebendiges Vereinsleben, Sportplätze, Turn- und Mehrzweckhallen in allen Stadtbezirken, ein Freibad sowie zwei Hallenbäder und eine Vielzahl von Sportmöglichkeiten in privater Trägerschaft bieten einen hohen Freizeitwert.

Abbildung 2-1 Lage der Stadt Erkelenz im Kreis Heinsberg



Quelle: TUBS - CC BY-SA 3.0
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Erkelenz_in_HS.svg

Nachfolgend sind die wichtigsten Zahlen und Fakten in *Tabelle 2-1* aufgeführt:

Tabelle 2-1 Zahlen und Fakten der Stadt Erkelenz

Einwohner	42.917
Fläche	117 km²
Gliederung	**9 Stadtbezirke mit 47 Ortschaften**
Land	NRW
Kreis	Heinsberg
Regierungsbezirk	Köln
Schulen	-8 Grundschulen an 10 Standorten - 1 Hauptschule - 1 Realschule - 2 Gymnasien - 1 Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen
Kindergärten	13 Kindertagesstätten in städtischer, 10 in freier Trägerschaft
Tourismus	Komfortables Radwegenetz für Alltags- und Freizeitradfahrer, touristische Radthemenrouten West Rad– und Freizeitbus, Rhein. Feuerwehrmuseum, Haus Hohenbusch

2.2 Motivation zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes

Gemäß dem 2010 beschlossenen Energiekonzept der Bundesregierung verfolgt Deutschland das Ziel, bis zum Jahr 2050 den Primärenergieeinsatz um 50 % gegenüber 2008 zu senken, den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 60 % und den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf 80 % zu erhöhen sowie die Treibhausgasemissionen gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 um 80 % zu reduzieren. Diese Ziele lassen sich nur durch Beteiligung aller Akteure erreichen. Die Stadt Erkelenz möchte das Energiekonzept getreu dem Motto „Global denken – lokal handeln" [1] durch die Entwicklung anspruchsvoller, innovativer und kommunaler Effizienzmaßnahmen sowie den Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen unterstützen. Die Unterstützung von klimarelevanten Aktivitäten von Bürgern, Unternehmen und anderen Akteuren soll ausdrücklich unterstützt werden. Ideen, Anregungen und Vorschläge konnten nicht nur während der Erstellung dieses Konzeptes eingebracht werden, sondern sollen ausdrücklich auch in Zukunft an die unter 5 genannten und weitere Akteure herangetragen werden.

2.3 Bereits erfolgte Maßnahmen in Erkelenz

Die Stadt Erkelenz möchte als Teil der Bundesrepublik und des Landes Nordrhein-Westfalen ihrer Verantwortung nachkommen und ihren Teil zum Klimaschutz leisten. Dies ist nicht mit einer einmaligen Aktion abgetan, sondern nachhaltiger Klimaschutz ist ein langwieriger Prozess. Ein Teil dieses Prozesses und ein neuer Keimpunkt für zukünftige Projekte stellt dieses Integrierte Klimaschutzkonzept dar. Doch auch in den Jahren vor diesem Konzept haben die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger von Erkelenz zahlreiche Projekte und Maßnahmen ergriffen, um den CO_2-Ausstoß zu vermindern und das Klima zu schützen.

Im Folgenden sind die bis zum Jahre 2015 auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz bereits durchgeführten Klimaschutzaktivitäten dargestellt.

Kommunale Gebäude und Anlagen

- Energiemanagement für alle städtischen Gebäude seit 1993
- Controlling im Energieverbrauch der städtischen Gebäude und Erstellung jährlicher Energieberichte seit 1998
- Zahlreiche energetische Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Verwaltungsgebäude und bei Schulgebäuden (u.a. Fassadensanierung, Dachsanierung, Wärmedämmung, Erneuerung von Fenstern und Heizungsanlagen, Einbau MSR-Technik)
- Dienstanweisung Energie vom 01.01.2006
- Solarsiedlung Erkelenz im Baugebiet Nord seit Ende 2007 (*privater Investor*)
- Leuchtturmprojekte in Immerath (neu) und Borschemich (neu), KiGa u. Kaisersaal bzw. Mehrzweckhalle unterschreiten die Anforderungen an die EnEV 2009 um 10%
- Wärmelieferungs-Contracting (Blockheizkraftwerk u. Biogas) für das neue ERKA-Bad
- Berücksichtigung erneuerbarer Energien (Ökostrom, TÜV Nord-Label) beim neuen Stromlieferungsvertrag für Lieferstellen der Stadt Erkelenz im Tarifkundenbereich ab 01.01.2012
- Installation von LED-Straßenbeleuchtung z.B. Schwarzer Weg, Matzerath; Baaler Weg, Tenholt; Oerather Mühlenfeld Süderweiterung
- 100%-Ökostrom mit OK Power Label für alle städtischen Verbrauchsstellen inklusive Straßenbeleuchtung seit 01/2014
- Überarbeitung der Sanierungsplanung für die städtischen Liegenschaften in 11/2014

Erneuerbare Energien

- 27 Windkraftanlagen in 3 Konzentrationszonen, Nennleistung: 35,1 MW
- Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern durch Erkelenzer Sonnenschein eG seit 2008, aktuelle Anlagenzahl: 7
- 2 Photovoltaikanlagen in Zusammenarbeit mit WestEnergie auf Verwaltungsgebäude und Cornelius-Burgh-Gymnasium

- Veräußerung des städtischen Grundstücks am Bauxhof mit dem Ziel der Errichtung einer Klimaschutzsiedlung im Rahmen des Programms „100 Klimaschutzsiedlungen in NRW"

Ver- und Entsorgung

- Angebot von Biotonnen seit dem 01.01.2006
- Einrichtung einer Grünannahmestelle
- Einsatz einer Mikrogasturbine bei der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Erkelenz-Mitte von 2011 bis 2012 (außer Betrieb, da defekt und keine Ersatzteile beschaffbar)
- Einsatz eines BHKW bei der ARA Erkelenz-Mitte als Ersatz für die Mikrogasturbine ab 10/2014 (Wärme wird komplett in Kläranlage genutzt)

Mobilität

- Verkehrsentwicklungsplan von 1995, Fortschreibung zwischen 2005 und 2008, Schwerpunkt: Förderung Radverkehr und Erhöhung Fahrradanteil
- Dynamisches Parkleitsystem seit 2007
- 2 Dienstfahrräder seit 2009, 2 Pedelecs seit 2013
- Fahrradfreundliche Stadt seit 2011
- Unterstützung des Projekts „Smart Grid- Infrastrukturkosten einer Kleinstadt für E-Mobility" im Rahmen einer Bachelor-Arbeit eines Studenten der Fontys International Business School Venlo
- Beschaffung eines Hybridautos als Dienstfahrzeug für den Bürgermeister in 05/2013
- Durchführung einer Eco-Drive-Schulung für die MitarbeiterInnen des Tiefbauamtes und Abwasserbetriebes in 08/2013
- Beschaffung eines Elektroautos für den Fuhrpark der Verwaltung in 09/2014
- Einrichtung eines ERKA-Stadtbus in Kooperation mit der WestVerkehr GmbH ab 12/2014
- Durchführung einer Eco-Drive-Schulung für die MitarbeiterInnen des Baubetriebshofes in 11/2014
- Sensibilisierung der städtischen Bediensteten bei Benutzung von Dienstfahrzeugen durch Ergänzung der Dienstanweisung „Dienstfahrzeuge"
- Ausbau der lokalen Fahrradwegweisung im Frühjahr 2015 auf ein jetzt rund 160 km umfassendes Radverkehrsnetz
- Steigerung/Ausbau der Elektromobilität im Fuhrpark der Verwaltung / im Stadtgebiet

Kommunikation und Kooperationen

- finanzielle Unterstützung des Gewerberinges bei Umrüstung auf LED-Weihnachtsbeleuchtung
- Teilnahme am European Energy Award seit 01.06.2012
- Energieberatung für Privathaushalte in Kooperation mit Verbraucherzentrale NRW seit 04/2013
- Themenseite Klimaschutz auf neuer Internetseite der Stadt ab 09/2013

- Solarpotenzialkataster als kostenfreies Angebot für Einwohner seit 09/2013
- Neuer Konzessionsvertrag mit West Energie und Verkehr in 2011
- Ausgehandelte Unterstützung im Klimaschutz durch RWE im neuen Rahmenvertrag
- Unterstützung der Europaschule Erkelenz beim Comeniusprojekt „Handeln für die Zukunft"

Tagebau und Umsiedlung

- Aushandlung einer Rahmenvereinbarung mit RWE Power u.a. zur zukunftsweisenden und nachhaltigen Entwicklung der Umsiedlungsstandorte und der Aufstellung und Umsetzung von zukunftsweisenden und innovativen Dorfentwicklungsplänen für die Tagebaurandorte
- Gründung einer moderierten Arbeitsgruppe „Energie und Freiraum" und „Mobilität und Wohnformen" im Rahmen des Umsiedlungsverfahrens Keyenberg, Kuckum, Berverath, Unter- und Oberwestrich in 11/2014 unter Beteiligung der BürgerInnen

2.4 Vorgehensweise für dieses Konzept

In Erkelenz wurde schon von privater wie auch von städtischer Seite viel im Bereich Klimaschutz unternommen. Das vorliegende Integrierte Klimaschutzkonzept soll nun alle Aktivitäten bündeln, Akteure zusammenbringen, neue Ideen hervorbringen und schließlich in einem strategischen Leitfaden für eine langfristig angelegte Energiepolitik in Erkelenz münden.

In diesem Rahmen fand am 03. März 2015 eine Auftaktveranstaltung statt. Mehr als hundert Interessierte aus Unternehmen, Politik, Bürgerschaft und Institutionen waren in das Foyer der Stadthalle gekommen, um sich informieren zu lassen und eigene Ideen in das künftige Klimaschutzkonzept einzubringen. Die vielen Anregungen und Ideen des Publikums wurden nach fünf im Vorfeld definierten Themenfeldern sortiert und von Themenpaten – Experten auf dem jeweiligen Gebiet – grob ausgewertet und anschließend dem Publikum zusammenfassend vorgetragen. Zu allen Themenfeldern

- ✓ Mobilität und Verkehr
- ✓ Erneuerbare Energien
- ✓ Gewerbe und Industrie
- ✓ Bauen/ Wohnen und Energieeffizienz
- ✓ Bewusstseinsbildung und Verbraucherverhalten

gab es interessante und vielfältige Beiträge.
In den nächsten drei Monaten fanden Workshops zu den einzelnen Themen statt.

Das Ziel der Workshops war die Akquirierung & Konkretisierung möglicher Maßnahmen in obengenannten Themenfeldern. Durch die Einbindung von

Akteuren und den Bürgern der Stadt Erkelenz sollte sichergestellt werden, dass angestrebte Maßnahmen Zuspruch und Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren.

Im Rahmen jeden Workshops wurden zunächst Impulsvorträge gehalten, in denen die Kerndaten der Workshopthemen dargelegt wurden, danach wurden die Maßnahmenideen aus der Auftaktveranstaltung vorgestellt. Im Workshop wurden die einzelnen Maßnahmenideen konkretisiert.

Im Anschluss wurde zu jeder Maßnahme ein beschreibendes Maßnahmenblatt erstellt. Die Maßnahmen wurden dann mit Experten für die Themenfelder, den Themenpaten aus der Auftaktveranstaltung, priorisiert und Akteuren zugeordnet.

Anschließend wurden durch Vergleich der Potenziale und der Maßnahmen konkrete Klimaschutzziele erarbeitet. Ziele und Maßnahmen wurden der Verwaltung und Politik vorgestellt und diskutiert. Das Konzept in dieser Form wurde am *(geplant 16.12.2015)*___ vom Rat der Stadt Erkelenz beschlossen.

2.5 Ziele des Klimaschutzkonzeptes

Grundsätzlich soll durch das Klimaschutzkonzept eine Entscheidungshilfe für zukünftige Planungen zu Aktivitäten rund um den Klima- und Umweltschutz geschaffen werden. Zur Entwicklung und Koordination von sinnvollen Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig den Primärenergiebedarf der Stadt Erkelenz senken und CO_2-Emissionen einsparen, müssen jedoch genaue Kenntnisse über die derzeitigen Energieflüsse und CO_2-Ausstöße vorliegen. Ziel ist es, unmittelbar nach Erstellung des Konzeptes mit der Umsetzung verschiedener Maßnahmen zu beginnen.

3 Energie- und CO_2-Bilanz der Stadt Erkelenz

3.1 Bilanzierungsprinzip

Die Energie- und CO_2-Bilanz bildet die fundierte Grundlage für alle weiteren Schritte des Klimaschutzkonzeptes. Eine CO_2-Bilanz für Erkelenz gibt es bisher noch nicht. Im Rahmen dieses Integrierten Klimaschutzkonzeptes werden eine Endenergie- und CO_2-Bilanz für Erkelenz mit Hilfe des Tools „ECOSPEED Region" erstellt. Diese soll auch in Zukunft so weitergeführt werden. Für die detaillierte Bilanzierung wurde der Zeitraum zwischen dem 01.01.2010 und dem 31.12.2013 betrachtet. Es werden die Endenergieverbräuche und durch energetische Nutzung verursachten Emissionen betrachtet, die durch die Bürger, Verwaltung und das Gewerbe in Erkelenz verursacht werden.

ECOSPEED Region ist ein Bilanzierungstool des Schweizer Unternehmens ECOSPEED. Es wird allen Gemeinden in NRW durch das Land NRW kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die grundsätzlich verwendete Bilanzierungsmethodik und Datengrundlage basiert auf der Methode des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) [2]. Durch ECOSPEED Region kann zunächst eine sogenannte „Startbilanz" für alle Jahre ab 1990 erstellt werden. Dieser Startbilanz liegen Mengengerüste wie Einwohnerzahl und Erwerbstätige zugrunde, die zentral bereitgestellt werden. Zusammen mit regionalen und nationalen Durchschnittsfaktoren wird daraus die Startbilanz berechnet, die durch gemeindespezifische Eingaben zur Endbilanz verfeinert wird. Diese Endbilanz wird folgend als Endenergiebilanz vorgestellt. Die einzelnen Energieträger werden anschließend mit CO_2-Emissionsfaktoren multipliziert, um eine CO_2-Bilanz zu erhalten. Diese Faktoren enthalten die gesamten Vorketten der Energieträger, so erhält z.B. auch Strom, der vor Ort keine Emissionen verursacht, eine CO_2-Emission zugewiesen. Die CO_2-Bilanz wird in ECOSPEED Region entsprechend CO_2-LCA-Energiebilanz genannt (LCA= engl. Life Cycle Assessment = Ökobilanz).

Die genauen Methoden und Datengrundlagen können dem Benutzerhandbuch zu ECOSPEED Region entnommen werden.

3.2 Endenergiebilanzierung

Als Endenergie wird die Energie bezeichnet, die nach einem Umwandlungsprozess, zum Beispiel Abbau von Kohle mit anschließender Verstromung und Übertragung, beim Endverbraucher abgenommen wird. Also die Energie, die der Verbraucher bezieht bzw. kauft. Weitere Beispiele sind:

- Strom

- Erdgas (am Hausanschluss)
- Leichtes Heizöl (zur Verwendung in Heizkesseln im Tank)
- Benzin und Diesel (Kraftstoff)
- Fernwärme
- Getrocknetes Holz (zur Verfeuerung im Kamin)

Die Datenerfassung und Besonderheiten zu den einzelnen Energieträgern werden folgend erläutert.

Strom

Der Stromverbrauch von Erkelenz wurde beim Netzbetreiber NEW Netz GmbH angefragt. Der in Erkelenz verbrauchte Strom wird nicht zwangsweise in Erkelenz erzeugt, sondern aus dem deutschen Verbundnetz bezogen. Um eine einheitliche Bilanzierungsmethode zu erhalten wird Strom nicht am Produktionsort bilanziert, sondern der gesamte CO_2-Ausstoß der Produktionskette wird am Ort des Verbrauchs bilanziert (Verursacherprinzip) [3].

Brennstoffe + Fernwärme

Der Erdgasverbrauch von Erkelenz wurde ebenfalls beim Netzbetreiber NEW Netz GmbH abgefragt. Für liefergebundene Heizstoffe (z.B. Heizöl, Holz) liegen keine zentral erfassten Verbrauchsdaten vor, der Verbrauch wird daher in ECOSPEED Region über Durchschnittswerte (Mengengerüst Einwohner, Erwerbstätige, Zugelassene KFZ) berechnet. ECOSPEED Region sieht bei einem signifikant höheren/niedrigeren realen Gasverbrauch als über das Mengengerüst berechnet, eine entsprechende Minderung/Steigerung bei Öl vor. Eine hohe Abweichung liegt in Erkelenz nicht vor, so dass die in ECOSPEED Region hinterlegten Daten für die liefergebunden Heizstoffe beibehalten werden.
Da in Erkelenz keine Fernwärme installiert ist, wird die im Mengengerüst durch Fernwärme bereit gestellte Endenergie zum Ölverbrauch addiert.

Verkehr

Da es in Erkelenz kein entsprechendes Verkehrsmodell gibt, das die realen Personenkilometer ausgibt, werden die Fahrleistungen über die Anzahl der zugelassenen Fahrzeuge und durchschnittliche Fahrleistung pro Fahrzeug berechnet. Diese Fahrleistung wird dann mit einem Durchschnittsverbrauch je Fahrzeugkategorie multipliziert. Dies entspricht der verursacherbasierten Bilanzierung.
Da die Struktur der angrenzenden Gemeinden aber ähnlich der von Erkelenz sind, kann angenommen werden, dass Ein- und Auspendlerbewegungen sich ausgleichen. Lediglich die Tatsache, dass die durchschnittliche Fahrleistung pro Fahrzeug in Erkelenz von der in Deutschland abweichen kann, wird dabei nicht

abgebildet.
Maßnahmen, die Einwohner dazu bewegen, weniger das eigene KFZ zu nutzen, während ihr Fahrzeug angemeldet bleibt, können so nicht in zukünftigen Bilanzen abgebildet werden. Fahrleistungen für Flug- und Wasserverkehr werden als Null angenommen, da es im Stadtgebiet keine Flughäfen und Wasserstraßen gibt.

CO2-Bilanz

Für die CO_2-Bilanz werden die erfassten Endenergieverbräuche inkl. Vorketten durch ECOSpeed Region mit hinterlegten Emissionsfaktoren in CO_2-Emissionen umgerechnet (siehe *Tabelle 3-1*).

Tabelle 3-1 CO_2-Emissionsfaktoren inkl. Vorketten aus ECOSPEED Region [g/kWh]

Energieträger	2010	2011	2012	2013
Strom	542	558	562	559
Heizöl EL	315	315	315	315
Benzin	339	339	339	339
Diesel	326	326	326	326
Kerosin	311	311	311	311
Erdgas	245	245	245	245
Fernwärme	0	0	0	0
Holz	26	26	26	26
Kohle	428	428	428	428
Umweltwärme	167	167	167	167
Sonnenkollektoren	23	23	23	23
Biogas	26	26	26	26
Abfall	111	111	111	111
Flüssiggas	263	263	263	263
Pflanzenöl	26	26	26	26
Biodiesel	26	26	26	26
Braunkohle	431	431	431	431
Steinkohle	426	426	426	426

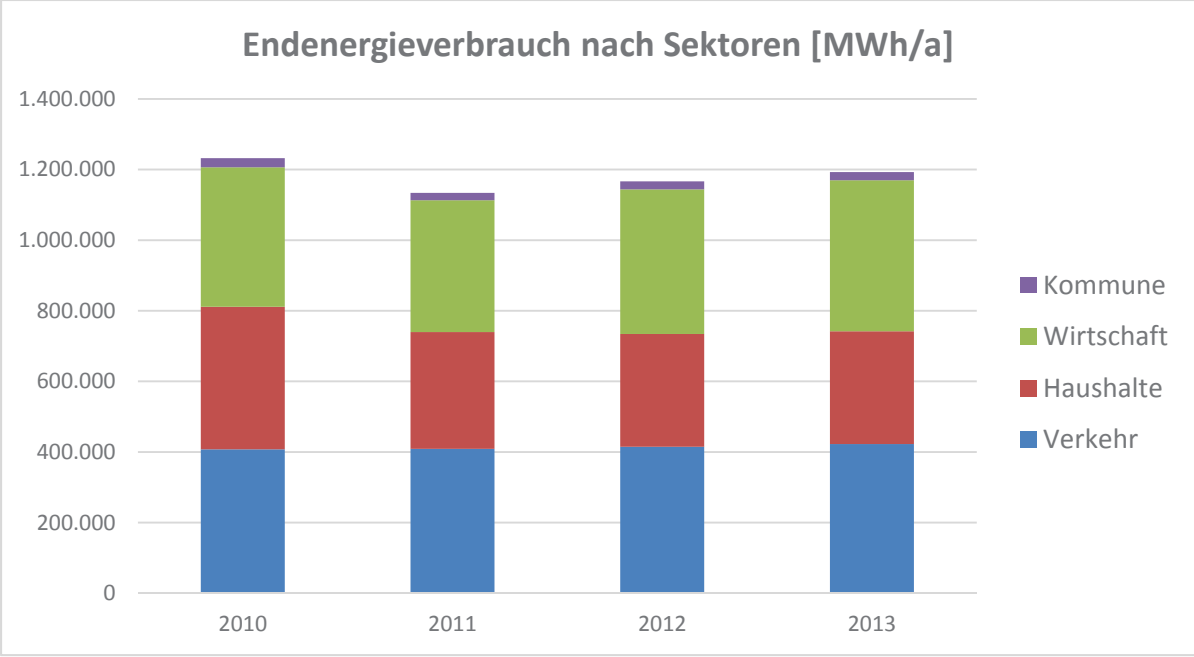
Die in Erkelenz regenerativ erzeugte Energie führt zu einer globalen CO_2-Einsparung, wirkt sich in der CO_2-Bilanz der Stadt aber als solche nicht aus, da der Strom ins Bundesnetz eingespeist wird und somit den CO_2-Faktor des bundesweiten Strommixes verbessert. Der eingespeiste Strom geht also nicht in die lokale, sondern in die bundesweite Bilanz ein.
So sollte auch bei der Evaluierung von Einsparungen durch Maßnahmen beachtet

werden, dass z.B. neu errichtete Windkraftanlagen lokal keine Auswirkung auf die Bilanz haben, regional und global aber natürlich das Klima schützen.

3.3 Endenergiebilanz der Stadt Erkelenz

In *Abbildung 3-1* ist der Endenergieverbrauch der Stadt Erkelenz, wie er von ECOSPEED Region berechnet wird, für die Jahre 2010 bis 2013 dargestellt. Der Endenergieverbrauch der Kommune selbst, also durch kommunale Liegenschaften, Straßenbeleuchtung und den kommunalen Fuhrpark, beträgt nur ca. 1,9% von den insgesamt 1.192.600 MWh im Jahr 2013. Dies verdeutlicht, dass die Verwaltung der Stadt Erkelenz nicht der alleinige Ansatzpunkt zu Energie- und somit CO_2-Einsparungen sein kann.

Abbildung 3-1 Endenergieverbrauch der Stadt Erkelenz 2010-2013



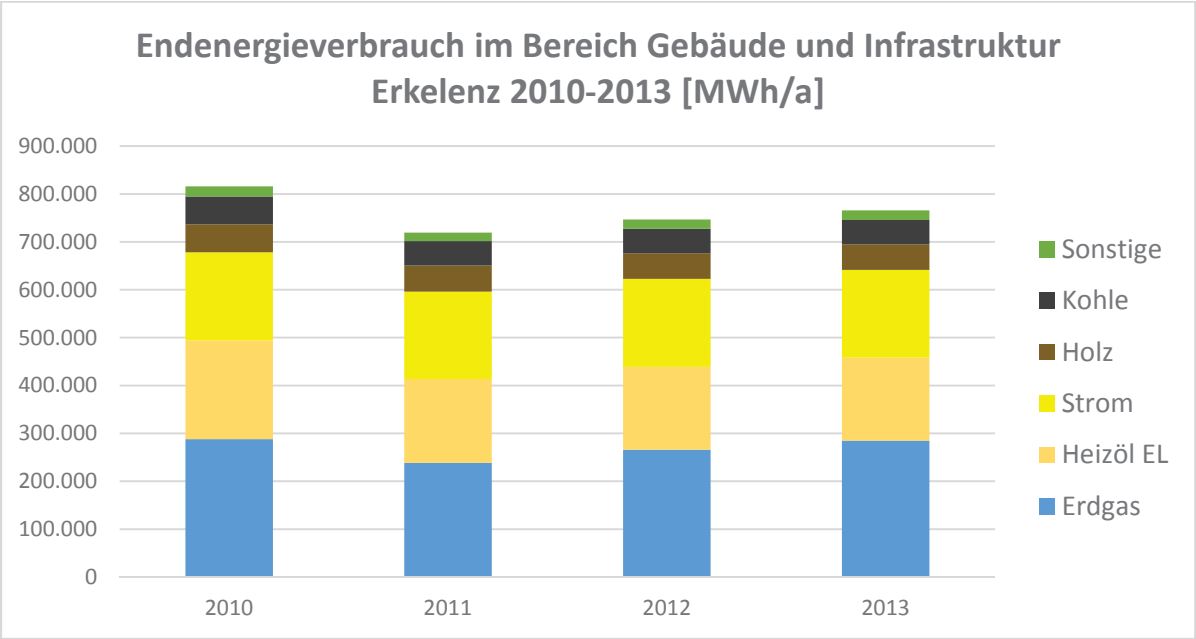
Der Hauptanteil des Endenergieverbrauchs verteilt sich gleichmäßig auf die drei Sektoren Wirtschaft, Haushalte und Verkehr. Der Endenergieverbrauch im Sektor Haushalte ist leicht rückläufig, während er im Bereich Wirtschaft leicht steigt.

Endenergiebilanz für den Bereich Gebäude und Infrastruktur

Dieser Bereich umfasst alle Endenergieverbräuche aus den Sektoren Kommune, Wirtschaft und Haushalte außer dem Verkehr.
Die Aufteilung nach Energieträgern in den Jahren 2010 bis 2013 ist in *Abbildung 3-2* dargestellt. Der Endenergieverbrauch für Gebäude und Infrastruktur beträgt ca. 766.000 MWh im Jahr 2013. Auf Strom entfallen dabei 183.000 MWh, entsprechend ca. 24%. Der restliche Energieverbrauch teilt sich auf Brennstoffe

auf, wobei Erdgas unter diesen zu 49% zum Einsatz kommt, gefolgt von Heizöl mit 30%.

Abbildung 3-2 Endenergieverbrauch im Bereich Gebäude und Infrastruktur



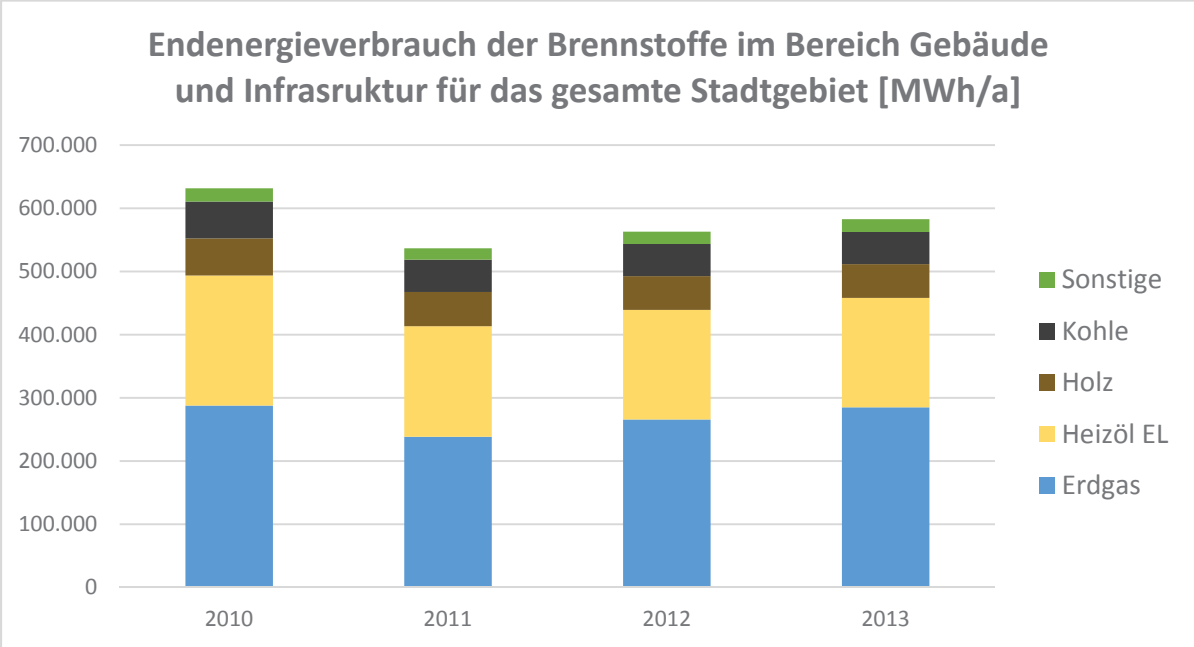
Endenergiebilanz für den Wärmesektor

Der Endenergiebedarf für die Wärmeversorgung wird größtenteils durch Erdgas und Öl gedeckt. Fernwärme ist in Erkelenz nicht vorhanden. Die Verbrauchsdaten für Gas wurden vom Netzbetreiber NEW Netz GmbH bereitgestellt.

Nachfolgend werden in *Abbildung 3-3* die Verbräuche der Stadt Erkelenz zur Wärmeerzeugung dargestellt. Der große Rückgang 2011 im Vergleich zum Vorjahr ist durch einen sehr kalten Winter 2010 zu erklären. Der Anstieg in den Folgejahren durch die Eröffnung des neuen Erka-Bades und neue Siedlungen.

Unter „Sonstige" sind hier Brennstoffe wie Heizgase, Fernwärme, Solarkollektoren und andere zusammengefasst.

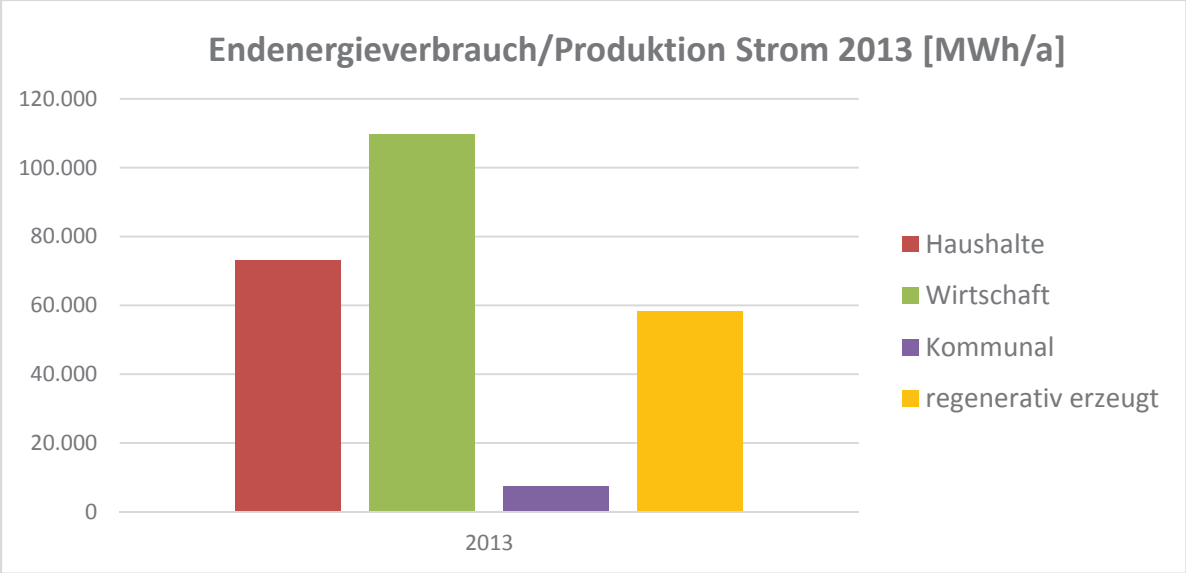
Abbildung 3-3 Endenergieverbrauch im Wärmesektor nach Brennstoffen



Bilanz für den Stromsektor

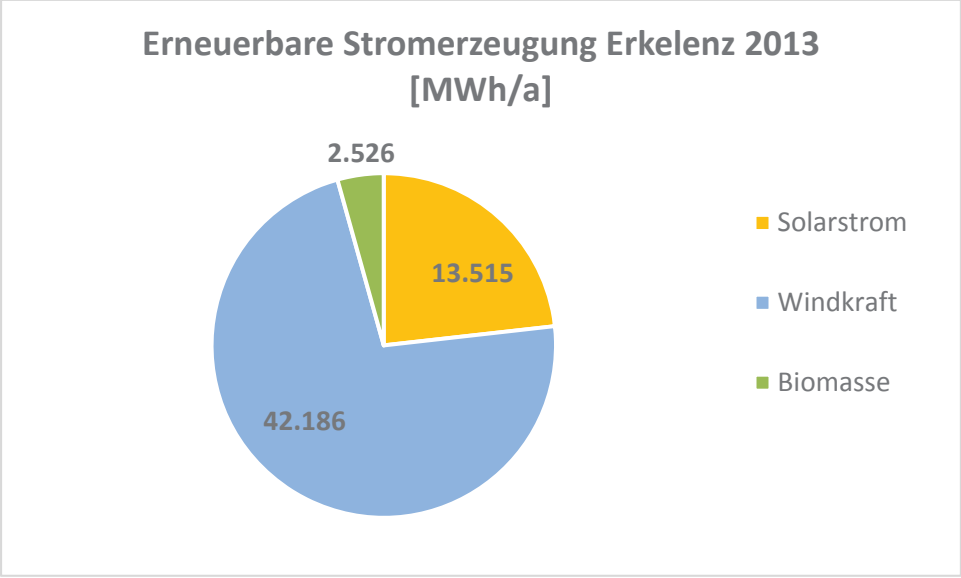
In *Abbildung 3-4* ist die Bilanzierung des Stromverbrauchs nach Sektoren und die in Erkelenz erzeugte Strommenge dargestellt. Der Regenerativ erzeugte Strom geht im Kapitel 3 „Energie- und CO_2-Bilanz der Stadt Erkelenz" nicht in die CO_2-Bilanz in ECOSPEED Region ein, wie in Kapitel 3.4 näher erläutert. Die regenerativ erzeugte Strommenge von 58.227 MWh/a (laut [4]) entspricht 31% der in Erkelenz verbrauchten Strommenge.

Abbildung 3-4 Verbrauch und Eigenproduktion an Strom in Erkelenz 2013



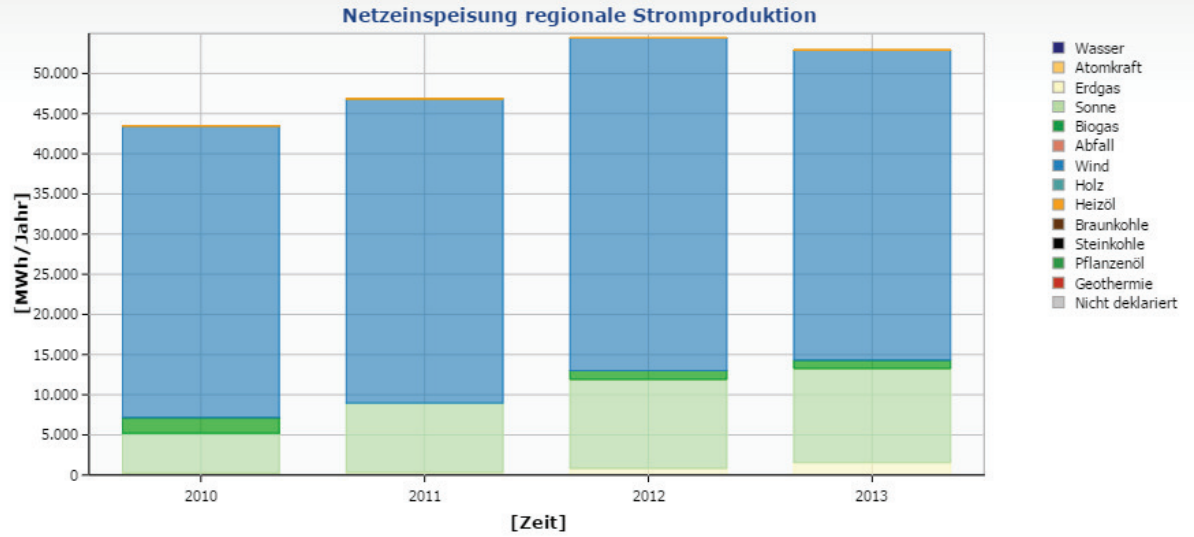
Wird nun die regenerative Stromerzeugung näher betrachtet, lässt sich in *Abbildung 3-5* erkennen, dass die Windkraft den größten Teil der erneuerbar erzeugten Strommenge ausmacht. Die Daten stammen von EnergyMap.info, da hier die umfangreichste Datenzusammenstellung zur Einspeisung von erneuerbaren Energien zu finden ist.

Abbildung 3-5 Erneuerbare Stromproduktion 2013



Die produzierte Strommenge aus erneuerbaren Energien steigt in Erkelenz stetig an, wie in *Abbildung 3-6* zu erkennen. Die Werte weichen leicht von denen auf EnergyMap ab, da nicht aller Strom eingespeist wird.

Abbildung 3-6 Netzeinspeisung regionaler Stromproduktion



Endenergiebilanz für den Bereich Verkehr

In *Abbildung 3-7* ist dargestellt, dass der weitaus größte Anteil der 420.000 MWh/a Endenergie durch PKW und Nutzfahrzeuge verbraucht wird. Unter „Sonstige" sind Schienenverkehr, Busse und Motorräder zusammengefasst.

Abbildung 3-7 Endenergieverbrauch durch Verkehr nach Fahrzeugkategorien

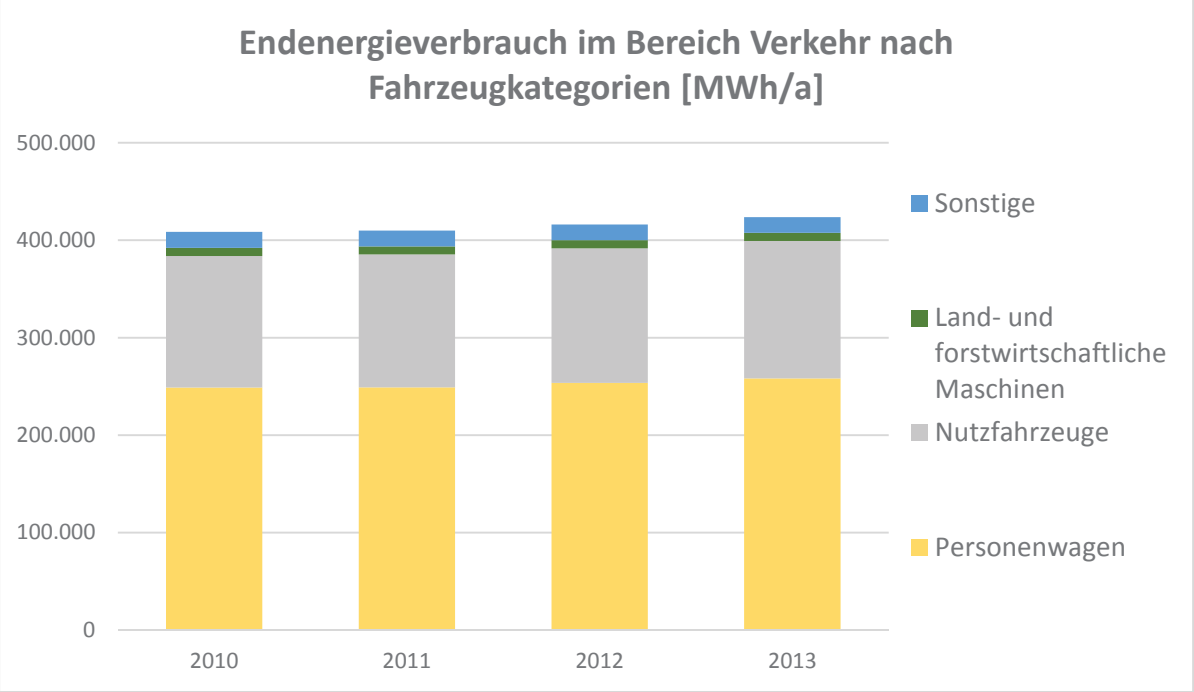
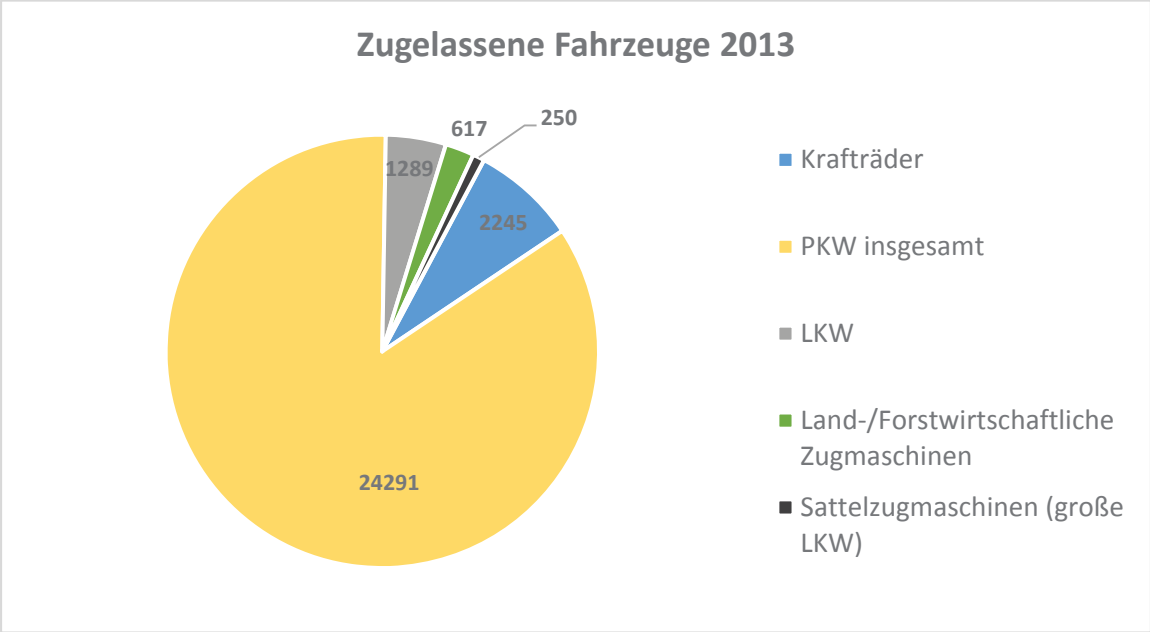


Abbildung 3-8 gibt Aufschluss über die Anzahl und Art der in der Stadt Erkelenz zugelassenen Kraftfahrzeuge.

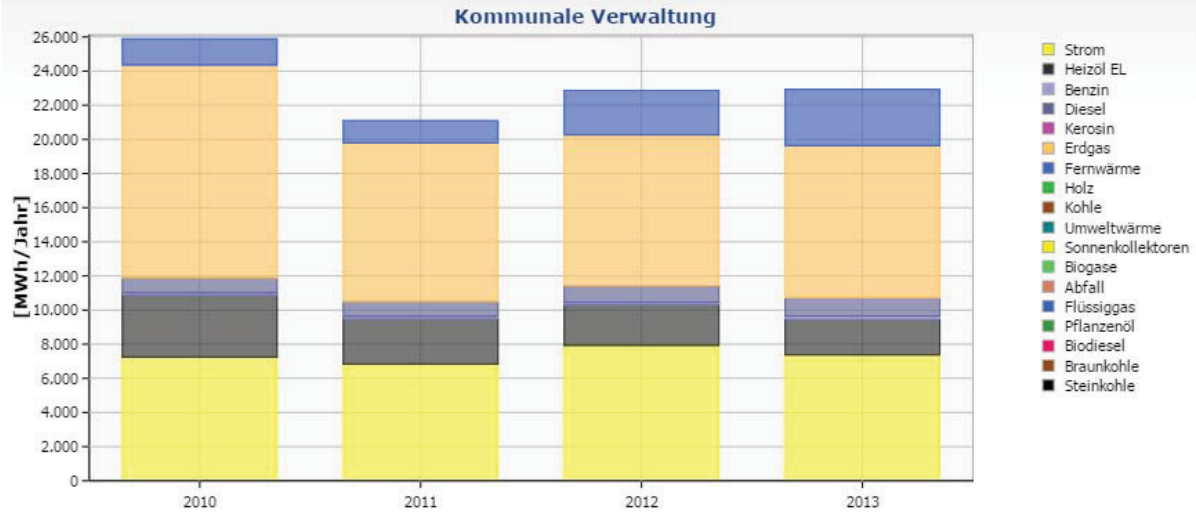
Abbildung 3-8 Zugelassene Fahrzeuge in absoluten Zahlen



Kommunale Bilanz

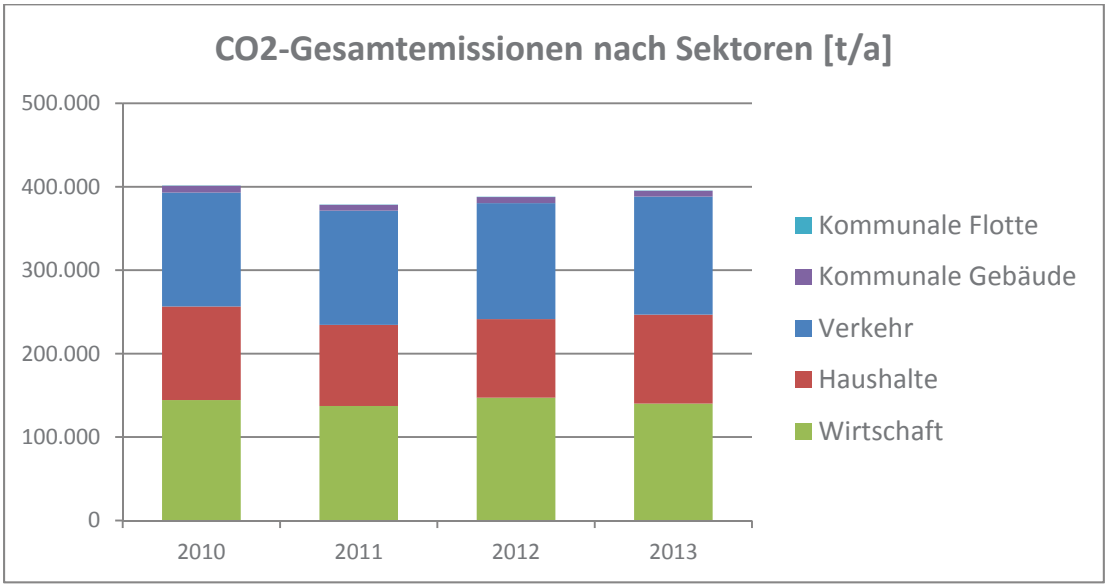
Der Endenergieverbrauch der Kommune selbst wird von Erdgas und Strom dominiert. Der Anstieg des Stromverbrauchs im Jahr 2012 ist durch die Inbetriebnahme des neuen Erka-Bades sowie die Beleuchtung in neuen Siedlungen zu erklären. Der starke Rückgang des Erdgasverbrauchs seit 2010 ist auf eine besonders kalte Witterung in 2010 zurückzuführen. Der Posten „Fernwärme" beinhaltet die von der Stadt betriebenen BHKWs.

Abbildung 3-9 Endenergieverbrauch der kommunalen Verwaltung



3.4 CO_2-Gesamtbilanz der Stadt Erkelenz

Abbildung 3-10 Gesamt-CO_2-Bilanz der Stadt Erkelenz



Die Gesamtemissionen an Treibhausgasen der Stadt Erkelenz belaufen sich im Jahr 2013 auf 395.547 t CO_2-Äquivalent, die Aufteilung nach Sektoren in den einzelnen Jahren findet sich in Abbildung 3-10. Im Jahr 2010 waren die Emissionen etwas höher, dies ist auf einen kalten Winter 2009/2010 zurückzuführen.

Die in Erkelenz emittierte CO_2-Menge im Jahr 2013 ist in *Abbildung 3-11* nach den Bereichen Strom, Verkehr und Wärme aufgeteilt dargestellt. Die Einsparung durch lokale (erneuerbare) Stromerzeugung und Nutzung von Blockheiz-Kraftwerken ist unter „Einsparung Erneuerbare" zusammengefasst. Eine Aufteilung nach Energieträgern ist in *Abbildung 3-12* dargestellt. Strom hat einen Anteil von 27% und Erdgas von 18%. Diesel und Benzin, also der Bereich Verkehr, haben zusammen einen Anteil von 35%. Unter Sonstige sind die Energieträger Holz, Flüssiggas, Umweltwärme, Biogase und Sonnenkollektoren zusammengefasst.

Abbildung 3-11 CO_2-Emissionen/Einsparungen nach Sektoren 2013

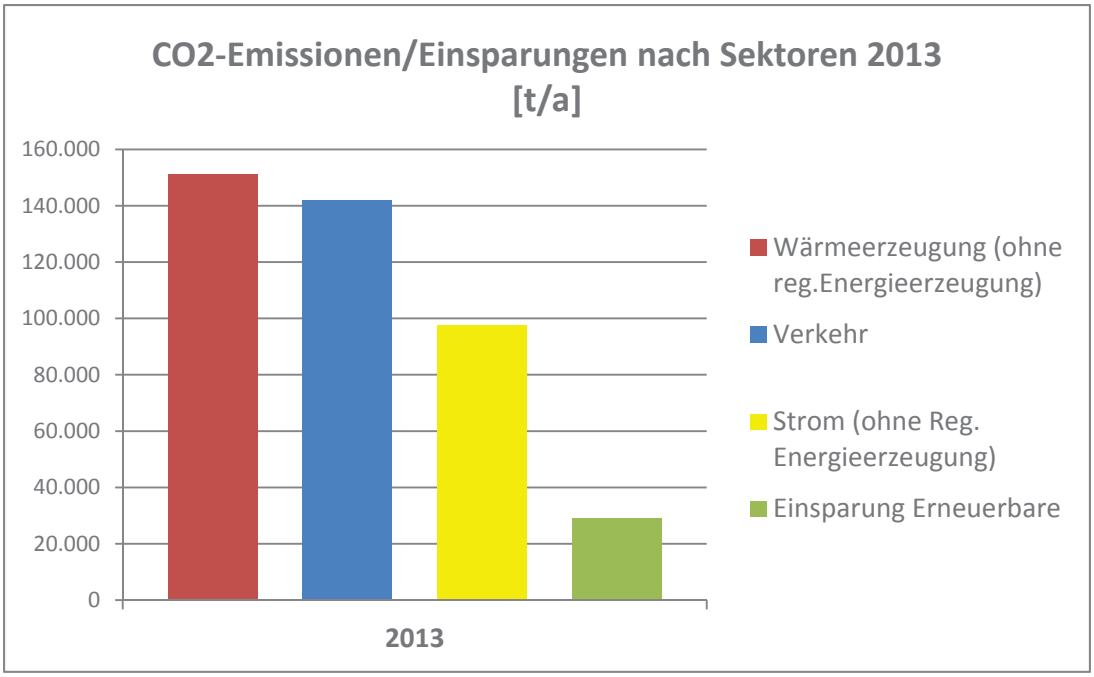
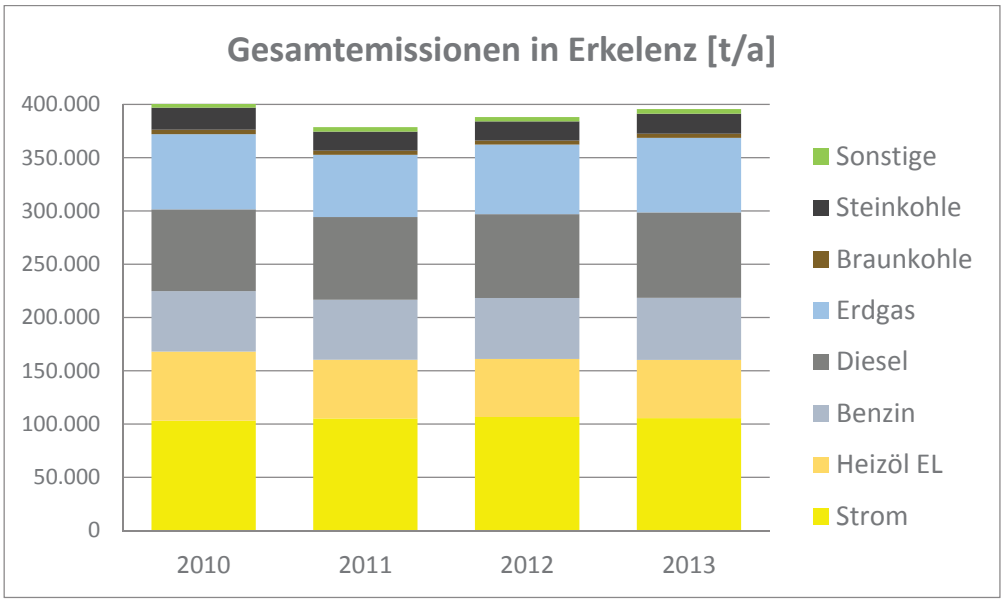
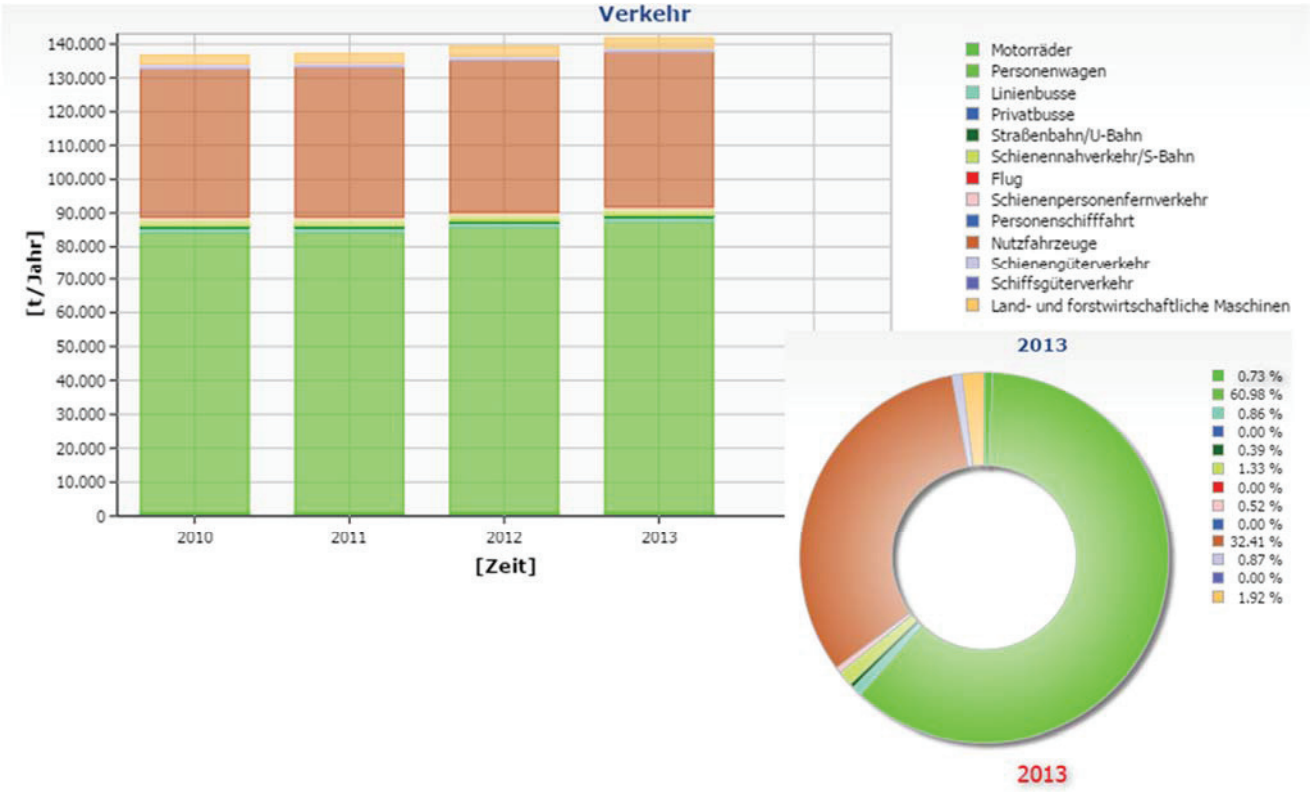


Abbildung 3-12 Gesamtemissionen Erkelenz nach Energieträgern 2010-2013



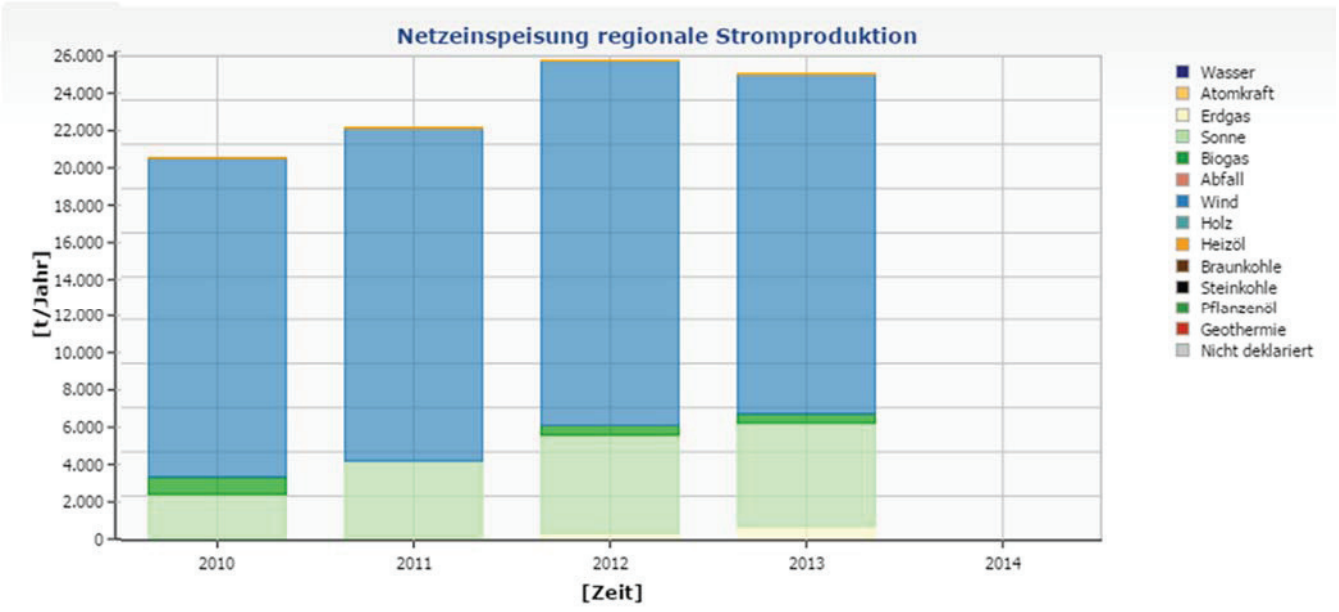
Die meisten Emissionen im Sektor Verkehr verursachen mit knapp 61% Personenkraftwagen (siehe *Abbildung 3-13*).Mit mehr als 32% stellen Nutzfahrzeuge (z.B. LKW) die zweitgrößten Emittenten dar.

Abbildung 3-13 CO_2-Emissionen im Bereich Verkehr



Die Einsparungen, die global durch den in Erkelenz produzierten Strom entstehen, sind in *Abbildung 3-14* dargestellt. Die größten Einsparungen von den insgesamt ca. 25.000 t/a entstehen durch Windenergie.

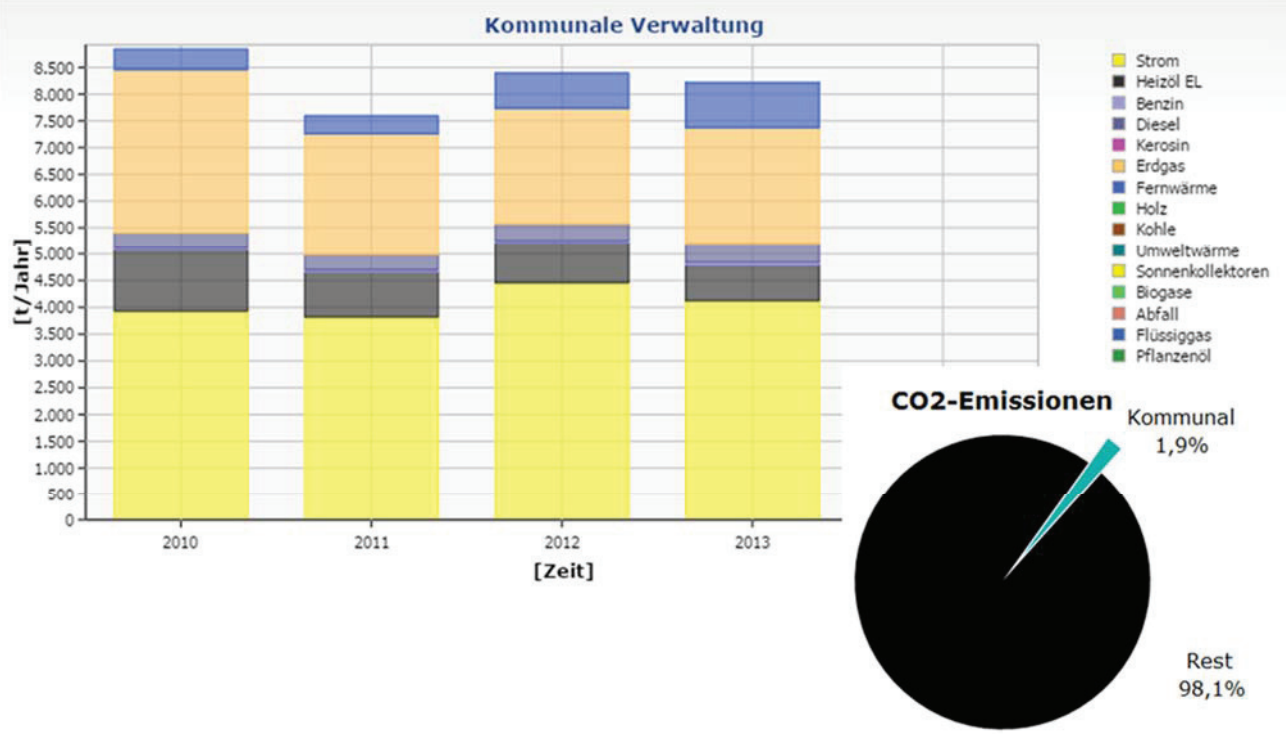
Abbildung 3-14 Einsparung durch Netzeinspeisung Strom



3.5 Kommunale Bilanz

Die CO_2-Bilanz für den kommunalen Bereich ist in *Abbildung 3-15* separat dargestellt. Die Emissionen im Jahr 2013 betragen ca. 8.200 t.

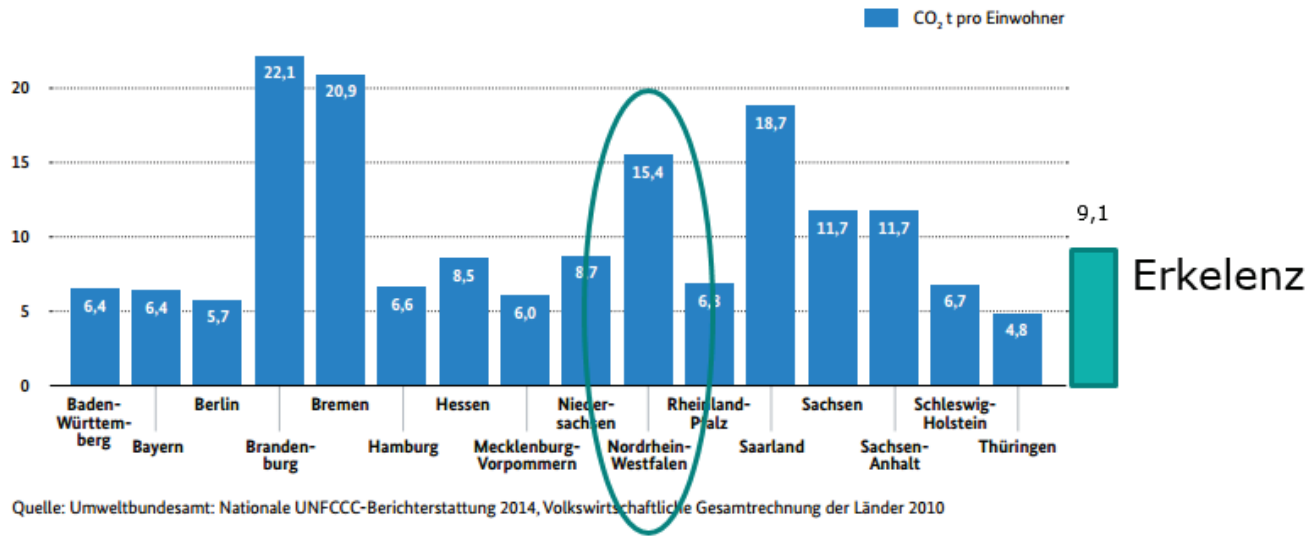
Abbildung 3-15 CO_2-Emissionen in der Verwaltung



3.6 Erkelenz im nationalen Vergleich

Verteilt man die CO_2-Emissionen von 395.500 t im Jahr 2013 auf die ca. 43.000 Einwohner, ergibt dies eine Pro-Kopf-Emission von 9,1 t. Erkelenz liegt mit diesem Wert sowohl unterhalb des Durchschnittswertes von 15,4 t in NRW, als auch unter dem Durchschnitt von 11,7 t in ganz Deutschland. Ein Vergleich mit Werten aller Länder in 2010 findet sich in *Abbildung 3-16*.

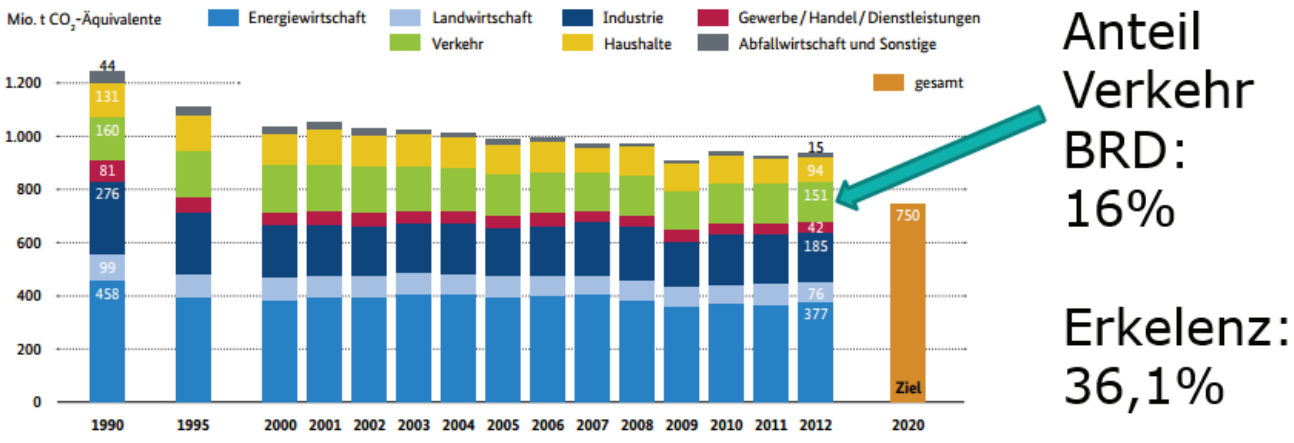
Abbildung 3-16 Pro-Kopf-Emissionen im Vergleich mit den Ländern



Quelle: Umweltbundesamt: Nationale UNFCCC-Berichterstattung 2014, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2010

Der Anteil der verkehrsbedingten Emissionen ist in Erkelenz im Vergleich zu ganz Deutschland besonders hoch (vgl. *Abbildung 3-17*). Dies könnte in der Bilanzierungsmethodik begründet sein, hierzu werden die zugelassenen Fahrzeuge mit durchschnittlichen Verbrauchswerten und Fahrzeugkilometern multipliziert. Um verlässlichere Daten zu erzeugen müsste eine umfassende Verkehrszählung durchgeführt werden.

Abbildung 3-17 CO_2 Anteil Verkehr Erkelenz und BRD



Quelle: http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/entwickl_treibhausgasemissionen_sektoren_bf.pdf

4 CO_2-Minderungspotenziale und Szenarien

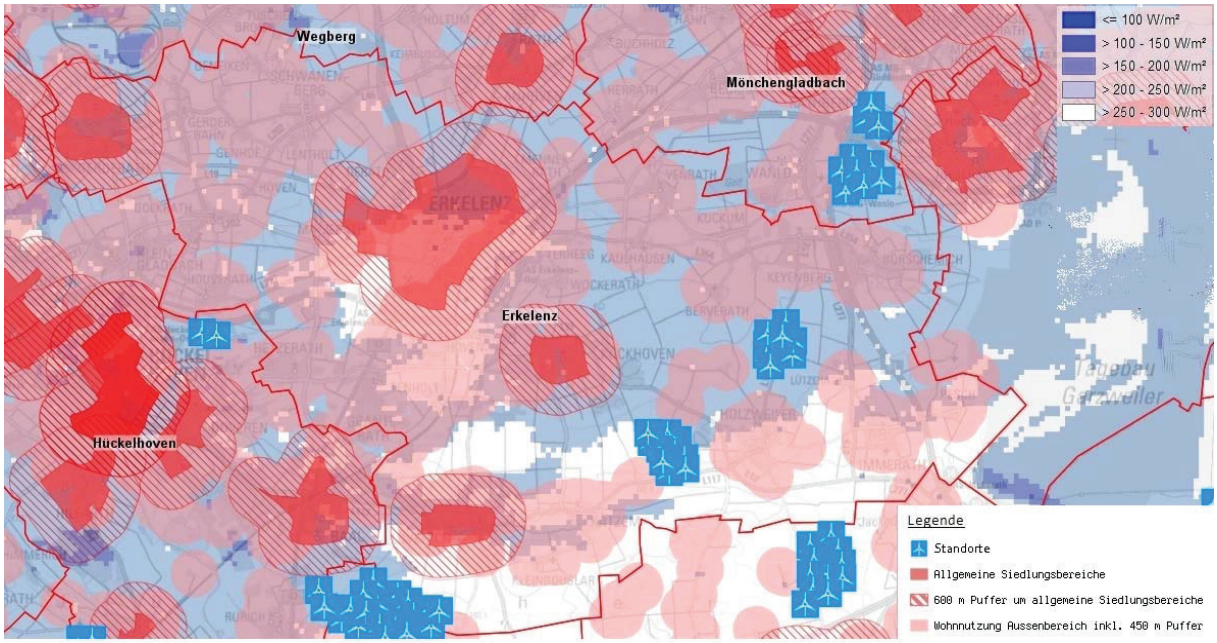
Minderungspotenziale für CO_2-Emissionen bestehen zum einen durch Effizienzmaßnahmen, also der Verringerung von Energieeinsatz, zum anderen aus der Nutzung und Umwandlung von emissionsfreien Energien, hierunter fallen z.B. Windkraft und Photovoltaik.

Jede Kilowattstunde, die auf Gemeindegebiet durch erneuerbare Energien produziert wird, verringert die globalen bzw. lokalen CO_2-Emissionen. So wird z.B. die Wärme aus Solarthermie Anlagen direkt vor Ort verbraucht und ersetzt einen gewissen Anteil fossiler Brennstoffe, der sonst CO_2-Emissionen in Erkelenz verursachen würde. Produzierter Strom, z.B. aus Windkraftanlagen, wird zumeist in das öffentliche Netz eingespeist und ersetzt somit konventionell erzeugten Strom, der höhere Emissionen verursacht. Da dieser Strom aber nicht unbedingt in Erkelenz selbst verbraucht wird, verringert die Kilowattstunde aus der Windkraftanlage zwar den CO_2-Ausstoß, die Einsparung kommt Erkelenz aber nur über die Verringerung des CO_2-Faktors für Strom zugute. Dies wird bei der Zieldefinition für das Klimaschutzkonzept berücksichtigt.

4.1 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von Windenergie

Windkraft spielt nach wie vor eine der wichtigsten Rollen in der Erzeugung von regenerativem Strom. Neben dem Neubau von Anlagen werden auch Altanlagen gegen neue Anlagen ausgetauscht. Durch das sogenannte Repowering kann die installierte Leistung der Windkraftanlagen erhöht werden, ohne dass neue Windkraftanlagen gebaut, also keine neuen Windvorrangflächen geschaffen werden müssen. Windkraftanlagen haben einen hohen Einflussradius, unter Umständen auch über die Gemeindegrenzen hinaus, so dass neue Projekte nicht immer einfach und vor allem nur über längere Zeiträume realisiert werden können.

Abbildung 4-1 Windpotenzial in Erkelenz



Quelle: Energieatlas Nordrhein-Westfalen (www.energieatlasnrw.de), Herausgeber: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV NRW)
Datengrundlagen und Kartenmaterial: Bezirksregierung Köln (Abt. 7 GEObasis.NRW), Landesbetrieb Wald und Holz NRW, LANUV NRW, Regionalpläne der 6 Planungsträger, RWE Power

Wie in *Abbildung 4-1* ersichtlich, ist das Potenzial für Strom aus Windkraft in Erkelenz größtenteils ausgenutzt. An günstigen Standorten (weiße Flächen), die nicht mit Siedlungsgebieten (rote Flächen) kollidieren, sind bereits Windkraftanlagen vorhanden. Das Potenzial besteht hauptsächlich im Repowering von bestehenden Anlagen. Ob dies sinnvoll und wirtschaftlich ist, ist im Einzelfall zu überprüfen.
Eine neue Windkraftanlage mit 2,05 MW installierter Leistung spart 2.667 t CO_2-Emissionen im Jahr ein, dies entspricht 0,7% der Gesamtemissionen von Erkelenz. In diesem Konzept wird angenommen, dass durch Repowering und Neuanlagen ein Äquivalent von zehn neuen Windkraftanlagen möglich ist. Dies ergäbe eine neu installierte Leistung von 20,5 MW und somit eine jährliche Produktion von 47.150 MWh und eine Einsparung von 26.670 t CO_2 auf globaler Ebene.
Das Potenzial ist in Erkelenz von der Entwicklung des Tagebaus abhängig, da dort gegebenenfalls weitere Flächen genutzt werden können.

4.2 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von Solarenergie

Solarenergie lässt sich im privaten Bereich auf zwei Arten nutzen. Zum einen kann die Sonnenenergie mit Hilfe von Solarkollektoren thermisch zur Warmwasserbereitung genutzt werden, zum anderen über Photovoltaikanlagen (PV) zur Stromerzeugung.

Für die Stadt Erkelenz wurde ein Solarpotenzialkataster erstellt. In diesem wurde das Potenzial für Photovoltaikanlagen abgeschätzt. Hierzu wird zuerst die

gesamte Grundrissfläche aller in Erkelenz befindlichen Gebäude ermittelt. Anhand von Eignungsfaktoren wird anschließend das Flächenpotenzial für Photovoltaikanlagen ermittelt.

Für Erkelenz wurde im Rahmen des Solarpotenzialkatasters durch die tetraeder.solar GmbH [5] eine Potentialfläche von insgesamt 2.2 Mio. m², bzw. 180MW auf Dächern ermittelt. Es wird hier nur das Potenzial auf vorhanden Dachflächen betrachtet, da Freiflächenanlagen derzeit nur unter strengen Auflagen im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens der Bundesnetzagentur erbaut werden können. Durch die unterschiedlichen Eignungsgrade der Dächer ergibt sich eine installierbare Photovoltaikleistung von ca. 180 MW, oder ca. 208.000 MWh/a. Pro installiertem Quadratmeter Photovoltaikanlage könne ca. 66 kg CO_2 pro Jahr eingespart werden. Es ergibt sich ein Gesamteinsparpotential von ca. 118.000 t/a CO_2 auf globaler Ebene, dies entspricht 30% der Emissionen von 2013. Da in Zukunft ein erhöhter Eigenverbrauch von Strom angestrebt wird, wird ein Teil dieser Einsparungen auch direkt in der Bilanz von Erkelenz sichtbar. Es ist zu beachten, dass dieses Potenzial nur bei Ausnutzung aller vorhandenen Dächer besteht.

Photovoltaik-Freiflächenanlagen, z.B. als Bürgersolarpark, können dieses Potenzial ergänzen. Für eine Leistung von 1MW werden aufgrund der Aufständerung und einzuhaltender Abstände ca. 2 ha Fläche benötigt.
Das Potenzial einzelner Dachflächen kann online unter www.solare-stadt.de/erkelenz/ eingesehen werden. *Abbildung 4-2* zeigt die entsprechende Darstellung für das Stadtgebiet Erkelenz.

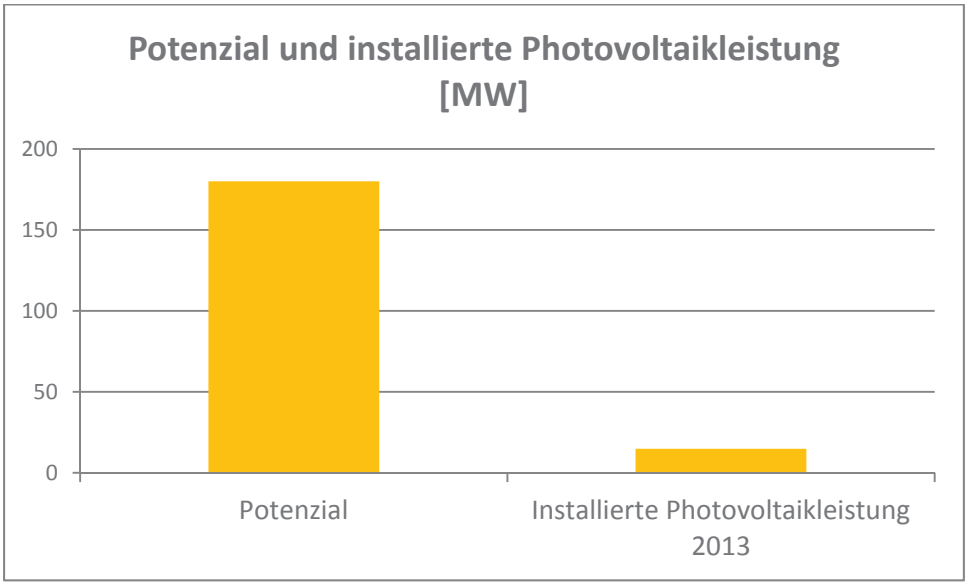
Durch Solarthermieanlagen können bis zu 98 kg CO_2 pro Quadratmeter Kollektorfläche jährlich eingespart werden. Allerdings kommen die Anlagen nicht für alle Gebäude in Frage und können konventionelle Anlagen nur ergänzen. Eine Überdimensionierung verschenkt im Sommer wertvolle Sonnenenergie. Daher werden die maximalen Einsparungen für die vollständige Umsetzung von PV berechnet.

Abbildung 4-2 Onlinemaske Solarkataster Erkelenz



In *Abbildung 4-3* ist die 2013 bereits installierte Leistung von Photovoltaikanlagen dem Potenzial gegenüber gestellt.

Abbildung 4-3 Vergleich von PV-Potenzial und installierter Leistung 2013



4.3 CO_2-Minderungspotenzial durch energetische Sanierung

Laut Zensus 2011 [6] sind ca. 86% der 13.750 Gebäude mit Wohnraum in Erkelenz vor dem Jahr 2000 erbaut worden. Das Energiekonzept der Bundesregierung [7] strebt eine Sanierungsquote von 2% jährlich an. Sollte diese Quote in Erkelenz ab 2020 für vor dem Jahr 2000 errichtete Gebäude erreicht werden, könnten jährlich zusätzlich ca. 1.000 t CO2 eingespart werden. Im Jahr 2030 entspräche dies 13.600 t/a weniger im Vergleich zum Jahr 2013, entsprechend 19% der heutigen Emissionen durch Wärmeversorgung in Haushalten. Diese Einsparung würde auch in der Bilanz sichtbar.

Tabelle 4-1 Gebäude mit Wohnraum in Erkelenz 2011

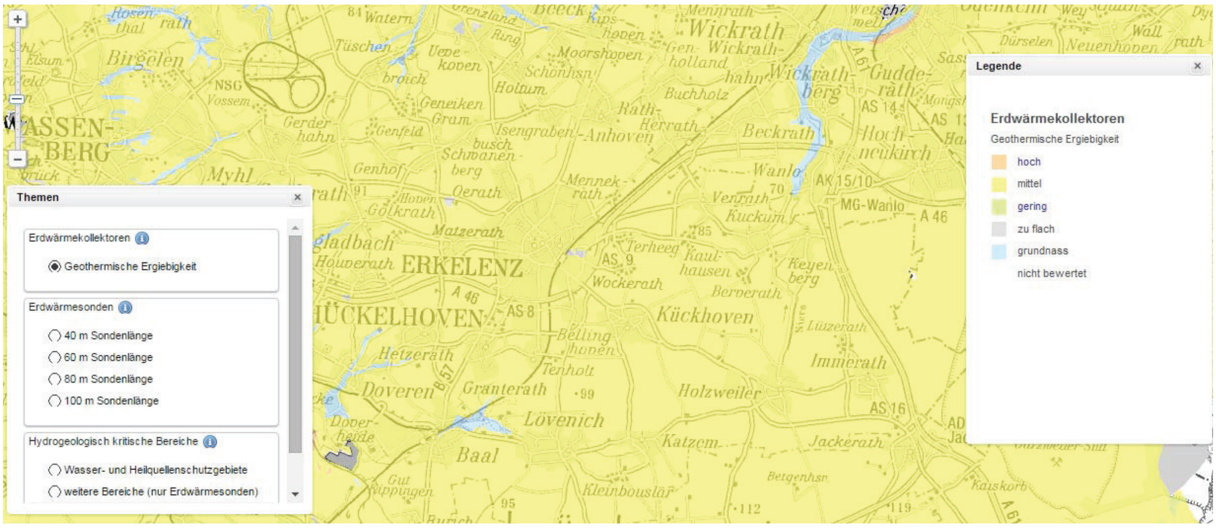
Baujahr	Gebäude mit Wohnraum
vor 1919	1314
1919 bis 1948	998
1949 bis 1978	5708
1979 bis 1986	1392
1987 bis 1990	531
1991 bis 1995	994
1996 bis 2000	940
2001 bis 2004	838
2005 bis 2008	712
2009 und später	323
Insgesamt	13750

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)
dl-de/by-2-0

4.4 CO_2-Minderungspotenzial durch Nutzung von oberflächennaher Geothermie

Grundsätzlich sind zwei Arten der Geothermie zu unterscheiden, die Oberflächennahe- und die Tiefen-Geothermie. Bei der Oberflächennahen-Geothermie kommen entweder horizontal im Erdboden verlegte, großflächige Wärmekollektoren zum Einsatz oder es werden Erdsonden vertikal in den Boden eingelassen. Diese Wärmequellen haben ein relativ niedriges Temperaturniveau und werden deshalb in Kombination mit Wärmepumpen betrieben. Die geothermische Ergiebigkeit von Erdwärmekollektoren ist in *Abbildung 4-4* dargestellt, sie ist in Erkelenz durchgehend durchschnittlich. Die Nutzung von Tiefen-Geothermie, die für größere Kraftwerke in Frage kommt, ist auf dem Gemeindegebiet nicht wirtschaftlich.

Abbildung 4-4 Geothermische Ergiebigkeit von Erdwärmekollektoren in Erkelenz



Quelle:Geologischer Dienst NRW, www.geothermie.nrw.de

Im Rahmen dieses Klimaschutzkonzeptes wird daher nur das CO_2-Minderungspotenzial durch die Nutzung von Erdwärmekollektoren mittels Wärmepumpe zur Brauchwasserbereitung und Heizwasserbereitung in Wohngebäuden betrachtet. Für die optimale Nutzung ist es sinnvoll diese Technologie in Kombination mit einer Wärmepumpe in Niedertemperaturheizsystemen einzubinden.

Für den Betrieb einer Wärmepumpe wird elektrischer Strom benötigt. Bei der Erzeugung von Strom wird CO_2 freigesetzt, soweit dieser nicht zu 100 % regenerativ erzeugt wird. Dieser CO_2-Ausstoß muss bei der durch Wärmepumpen bereitgestellten Wärme mit berücksichtigt werden, sodass diese Wärme nicht CO_2-neutral ist.

Die Leistungszahl (COP) einer Wärmepumpe ist das Verhältnis von abgegebener Wärmeenergie zur zugeführten elektrischen Energie im Verlauf eines Jahres. Um eine Verbesserung der CO_2-Bilanz durch den Einsatz von Geothermie zu erreichen, muss die Wärmepumpe einen COP > 2,5 haben. Bei einem COP < 2,5 würde durch den Einsatz einer Wärmepumpe mehr CO_2 freigesetzt werden, als durch die Wärmebereitstellung mit einem Ölheizkessel.

Erdwärmepumpen sollten vor allem Ölheizungen ersetzen, da diese meist dort vorhanden sind, wo kein Gas verfügbar ist. Erdwärmekollektoren sind generell auf dem gesamten Gemeindegebiet möglich. Mit jeder MWh Wärme, die durch Wärmepumpen anstatt durch (Brennwert-)Ölheizungen bereitgestellt wird, werden aktuell ca. 175 kg CO_2-Emissionen eingespart (COP=4; CO_2-Emissionsfaktoren siehe Tabelle 3-1). Die Tendenz ist steigend, da verbesserte Technik den COP verbessern und Eigenstromverbrauch aus dezentralen Anlagen, wie er z.Z. durch das EEG erwünscht wird, die Emissionen des eingesetzten Stromes weiter reduzieren.

In Erkelenz werden ca. 173.000 MWh Heizöl/a zum Heizen eingesetzt. Werden 50% davon durch Erdwärmekollektoren ersetzt, entspricht dies einem Einsparpotenzial von 15.150 t CO_2/a.

4.5 CO_2-Minderungspotenziale durch Biomasse

Der gesteigerte Anbau von Nachwachsenden Rohstoffen zur energetischen Verwertung ist in Erkelenz mittelfristig nicht erwünscht. Alternativ können Biogasanlagen mit Gülle betrieben werden. Diese Gülle-Anlagen haben recht kleine Leistungen und werden dezentral direkt auf den Landwirtschaftshöfen betrieben. Deren Betrieb ist zumeist unwirtschaftlich, was sich auch im geringen Ausbaustatus in NRW zeigt [8]. Eine erste Abschätzung anhand gemeldeter Viehhaltungen [9] ergibt ein Potential von ca. 1000 t/a CO_2-Einsparung. Aufgrund des relativ geringen Potenzials und der problematischen Stellung von reinen Gülle-Anlagen, wird das Potenzial aus Biomasse in Erkelenz nicht weiter betrachtet.

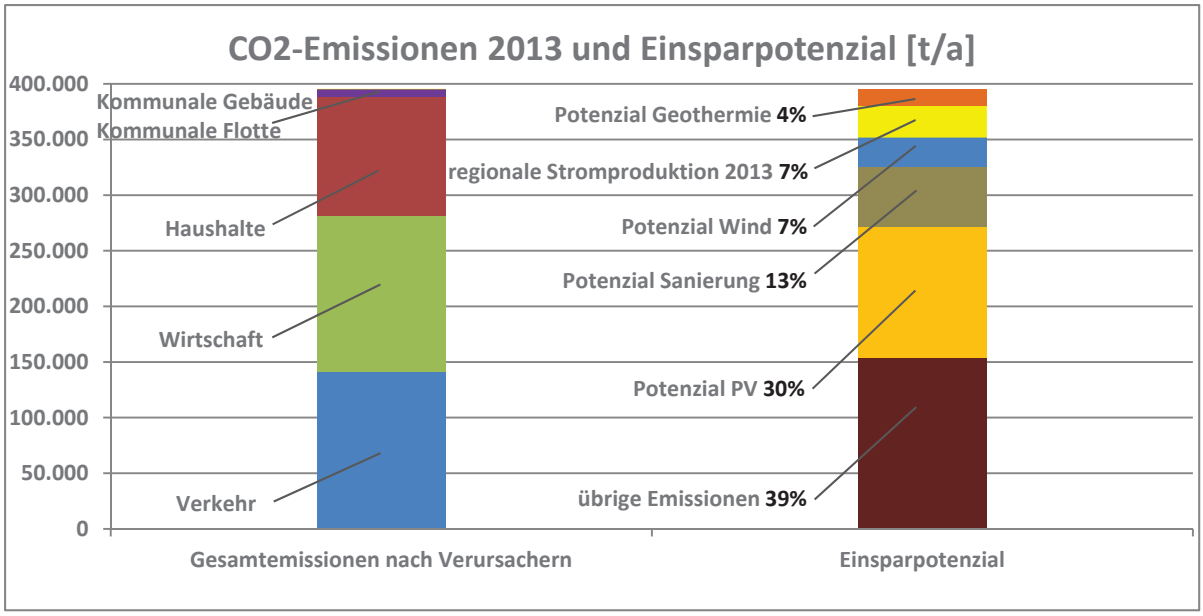
4.6 CO_2-Minderungspotenziale im Verkehrssektor

Eine signifikante CO_2-Minderung im Verkehrssektor ist im Wesentlichen durch die Reduktion des Individualverkehrs möglich. Welchen Einfluss Maßnahmen in diesem Bereich haben ist schwer abzuschätzen. Eine weitere Möglichkeit ist der Umstieg auf Elektrofahrzeuge, wobei diese mit Strom aus regenerativer Erzeugung betrieben werden müssen um eine wesentliche Verbesserung der CO_2-Emissionen erreichen zu können. Der CO_2-Faktor des deutschen Strommixes wird sich in den nächsten Jahren voraussichtlich nicht wesentlich ändern. Der erhöhte Erneuerbare-Anteil wird durch die Abschaltung der Atomkraftwerke kompensiert. Für eine präzisere Betrachtung des Verkehrssektors sind eine detaillierte Verkehrszählung sowie eine Bürgerbefragung zum Fahrverhalten notwendig, da hierfür eine bessere Datengrundlage erforderlich ist.

4.7 CO_2-Minderungspotenzial Erkelenz

Im Folgenden werden die möglichen globalen und lokalen CO_2-Einsparpotenziale zusammengefasst betrachtet. Dazu stellt *Abbildung 4-5* die CO_2-Bilanz des Jahres 2013 zusammengefasst dar. Im Jahr 2013 wurden rund 6 % CO_2-Emissionen durch regenerative Energieerzeugung vermieden.

Abbildung 4-5 CO2-Emissionen gesamt und Potential 2013



Bei Ausschöpfung aller zuvor beschriebenen Potenziale besteht die Möglichkeit, bezogen auf die Energieverbräuche aus dem Jahr 2013, rund 61% CO_2-Emissionen einzusparen, dabei entfallen 43% auf globaler Ebene (also nicht in der Bilanz Erkelenz ersichtlich) durch PV und Wind, 17% werden durch Sanierungen und Geothermie lokal bilanziert. Die bereits im Jahr 2013 durch regionale Stromproduktion eingesparten Emissionen von rund 28.700 t CO_2 pro Jahr sind in diesem Einsparpotenzial enthalten. Die somit mögliche Bilanz ist in *Abbildung 4-5* der aktuellen Bilanz gegenübergestellt.

Die hier beschriebenen und dargestellten zusätzlich erschließbaren Potenziale beinhalten die Bereiche Photovoltaik, Windkraft, Geothermie und Gebäudesanierung. Im Verkehrssektor werden keine Potenziale aufgeführt und betrachtet, da diese mit der bisherigen Art der Bilanzierung nicht quantifizierbar sind.

4.8 Szenarien

Aufbauend auf den Potenzialen wurden zwei Szenarien entwickelt. Das „Trend-Szenario" stellt die zukünftige Entwicklung der Emissionen ohne besondere Anstrengungen zum Klimaschutz in Erkelenz dar. Das „Klimaschutz-Szenario" wird durch erhöhte Umsetzungsquoten der Einsparpotenziale gebildet. Um möglichst früh Erfolge zu forcieren wurde das Jahr 2030 als Zieljahr zur Erreichung von Klimaschutzzielen gewählt. Die Bundesregierung hat sich für dieses Jahr zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen im Vergleich zu 1990 um 55% zu reduzieren. Dies entspricht einer Pro-Kopf-Emission von 5,9 t/a.

Es werden die Einsparpotenziale durch PV, Wind, Geothermie und Sanierungen im Gebäudebereich betrachtet. Die Einsparungen in diesen Bereichen sind einfach nachzuweisen und können als sichere Umsetzungsmöglichkeiten gesehen werden. Ein Großteil der Emissionen entsteht im Verkehr. Hier sind Maßnahmen allerdings schwer zu evaluieren, ohnehin ist die Datengüte für die CO_2-Bilanz in diesem Bereich gering. Der tatsächliche Verbrauch könnte daher erheblich von dem abweichen, der in diesem Konzept ermittelt wurde. Einsparungen im Bereich Verkehr sollten trotzdem forciert werden, da Potenziale bestehen, diese aber nicht quantifiziert werden können.

Für beide Szenarien wurden eine gleichbleibende Infrastruktur und eine in etwa gleichbleibende Einwohnerzahl von ca. 43.000 angenommen [10].

Trend-Szenario

Für das Trend-Szenario wird eine gleichbleibende Sanierungsquote von 0,8% angenommen. Bis zum Jahr 2030 sinken so die CO_2-Emissionen im Gebäudebereich von 97.000 t im Jahr 2013 auf 90.000 t/a. Durch die Substitution von 10% der Ölheizungen durch Wärmepumpen (Geothermie) können die Emissionen in diesem Bereich um weitere 3.000 t/a gesenkt werden.
Für die Nutzung des PV-Gesamtpotentials wird eine Steigerung von 8% des Gesamtpotentials im Jahr 2013 auf 20% im Jahr 2030 angenommen, somit werden 23.600 t/a CO_2 eingespart. Für die Windkraft wird angenommen, dass keine weiteren Anlagen gebaut oder erneuert werden, die jährliche Einsparung bleibt bei 23.500 t CO_2.

Die Emissionen sinken somit von 395.000t im Jahr 2013 auf 385.000 t im Jahr 2030, d.h. um 2,5%. Zusätzlich werden 47.000 t CO_2 durch die Produktion von erneuerbarem Strom eingespart, dies entspricht 14% der Gesamtemissionen 2013, so dass die CO_2-Emissionen um insgesamt um 16,5% verringert werden.

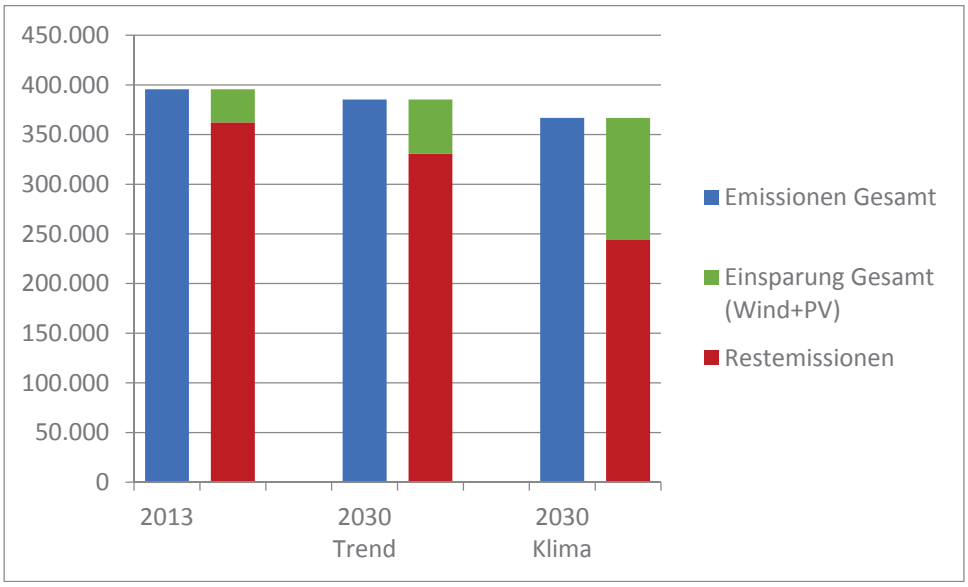
Klimaschutz-Szenario

Im Klimaschutz-Szenario wird ab 2020 z.B. durch Informationskampagnen eine Sanierungsrate von 2% erreicht. Dies bewirkt Einsparungen in Höhe von 13.600 t CO_2 im Jahr 2030. Der Einsatz von Erdwärme wird auf 50% erhöht, dies bringt Einsparungen von 15.200 t/a CO_2. Die Emissionen werden somit auf 366.700 t/a bzw. um 7,2% verringert.

Für die erneuerbare Stromproduktion wird angenommen, dass das PV-Potenzial zu 50% ausgenutzt wird, die installierte Windleistung wird um 20,5 MW erhöht. Insgesamt werden so 122.900 t/a CO_2 durch die Einspeisung von erneuerbaren Energien eingespart, d.h. 31% der Emissionen 2013. Rechnerisch ergibt sich eine Gesamtemission von 243.800 t/a CO_2, entsprechend einer Einsparung von 38,2% gegenüber 2013.

Die Auswirkungen auf den verbleibenden CO_2-Ausstoß sind in *Abbildung 4-6* dargestellt.

Abbildung 4-6 Vergleich der Szenarien



5 Maßnahmenprogramm

5.1 Maßnahmenfindung

In Erkelenz werden bereits kontinuierlich klimaschützende Maßnahmen und Aktionen durchgeführt (siehe *2.3*). Ein Ziel bei der Entwicklung dieses Klimaschutzkonzeptes war es, Klimaschutzmaßnahmen zu identifizieren und zu entwickeln, die eine hohe Akzeptanz und somit Umsetzungswahrscheinlichkeit erreichen. Um dies zu erreichen, sollten von Anfang an Akteure und vor allem Bürger aus Erkelenz involviert werden. Dazu wurde öffentlich zu einer Auftaktveranstaltung am 03.März 2015 im Foyer der Stadthalle eingeladen. Den weit über einhundert Teilnehmern aus Unternehmen, Politik, Bürgerschaft und Institutionen wurde das Vorgehen des Konzeptes erläutert. Es wurden drei „Experteninterviews" geführt. Anschließend wurden zu den fünf Themenfeldern „Mobilität und Verkehr", „Erneuerbare Energien", „Gewerbe und Industrie", „Bauen/Wohnen und Energieeffizienz" und „Bewusstseinsbildung und Verbraucherverhalten" jeweils ein fachkundiger Themenpate zur Verfügung gestellt, mit dem die Teilnehmer diskutieren und Ideen entwickeln konnten. Experten und Themenpaten sind in *Tabelle 5-1* dargestellt. Ihre Ideen, Wünsche und Befürchtungen brachten die Teilnehmer zu Papier und ordneten sie an Pinnwänden den einzelnen Themenfeldern zu.

Tabelle 5-1 Themenpaten und Experten bei der Auftaktveranstaltung

Name	Vorname	Funktion	Institution
Themenpaten*			
Winkens	Udo	Geschäftsführer	WestVerkehr GmbH
Grimble	Ian-Paul	Geschäftsführer	psm Nature Power Service & Management GmbH & Co. KG
Dr. Steiner	Joachim	Geschäftsführer	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH
Wimmers	Dieter	Architekt	Energieberater der Verbraucherzentrale NRW
Schuflitz	Andreas	1. Vorsitzender	KlimaTisch Erkelenz e.V.
Experten			
Pufja	Tafil	Geschäftsführer	NEW Re GmbH
Sommer	Adolf W.	Geschäftsführer	Sommer Passivhaus GmbH
Lurweg	Ansgar	Technischer Beigeordneter	Stadt Erkelenz

*Reihenfolge der Handlungsfelder: Mobilität & Verkehr, Erneuerbare Energien, Gewerbe & Industrie, Bauen/Wohnen & Energieeffizienz, Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung wurde im Abstand von jeweils ein bis zwei Wochen ein Workshop zu jedem Themenfeld veranstaltet. Hierzu wurden potenzielle zukünftige Akteure im Themenbereich Klimaschutz eingeladen. Die Workshops waren ebenfalls für jedermann zugänglich und gut besucht, einen Überblick liefert *Tabelle 5-2*.
Die Ideen der Auftaktveranstaltung wurden hier weiter konkretisiert und ergänzt, so dass sie vom Institut NOWUM-Energy und der Verwaltung der Stadt Erkelenz zu Maßnahmen ausformuliert werden konnten.

Tabelle 5-2 Übersicht Workshops

Thema	Datum	Anzahl Teilnehmer	Ort
Gewerbe/Industrie & Erneuerbare Energien	29.04.2015	28	psm GmbH Erkelenz
Mobilität & Verkehr	06.05.2015	40	Kreissparkasse Heinsberg
Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten	20.05.2015	38	Altes Rathaus Erkelenz
Bauen/Wohnen & Erneuerbare Energien	10.06.2015	32	Volksbank Erkelenz

Um die Maßnahmen zu priorisieren und in einen zeitlichen Horizont zu setzen, wurden die Experten aus der Auftaktveranstaltung und den Workshops erneut eingeladen. Den einzelnen Maßnahmen wurde die Priorität 1 oder 2 vergeben, wobei 1 als besonders wichtig und bald umzusetzen definiert ist. Einige Maßnahmen erfordern zur Initiierung oder auf lange Sicht einen Klimaschutzmanager, dazu wurde dieser unter „Akteuren" unterstrichen. Die Maßnahmen sind im folgenden Kapitel kurz und im Anhang detailliert dargestellt. Die zeitliche Abfolge zur Umsetzung der Maßnahmen ist dem Klimaschutzfahrplan in *Kapitel 5.3* zu entnehmen.

5.2 Maßnahmendarstellung

Das Klimaschutzkonzept enthält die in *Tabelle 5-3* aufgelisteten Maßnahmen. Sie wurden nach Bereichen sortiert, innerhalb dieser dann nummeriert:

- A (blau) steht für Maßnahmen im Bereich Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten
- B (grün) steht für Bauen & Wohnen

- C (grau) steht für Verkehr & Mobilität
- D (gelb) steht für Gewerbe & Industrie
- Und E (rot) steht für Verwaltung

In der letzten Spalte der Tabelle ist jeweils die Priorität, die zusammen mit den Experten und der Verwaltung festgelegt wurde, angegeben.

Der Katalog mit den detaillierten Beschreibungen ist im Anhang zu finden. Die Maßnahmen sind dort jeweils auf einer Doppelseite dargestellt. Der Maßnahmenkatalog stellt keine abschließende Auflistung dar, sondern soll als „lebendes" Dokument angesehen werden. Weitere Maßnahmen können in Zukunft in den einzelnen Bereichen hinzugefügt werden, der Status der vorhandenen Maßnahmen soll aktualisiert werden. Die Ergebnisse der Maßnahmen und die Evaluierung der Erfolge kann jeweils in das letzte Feld der Blätter übertragen werden. Der Maßnahmenkatalog stellt somit auch ein Instrument zum Controlling dar und unterstützt einen Klimaschutzmanager und andere Zuständige bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

Tabelle 5-3 Maßnahmenübersicht

HF	#	Maßnahme	Akteure	Priorisierung
A	01	**Klimaschutzkampagne**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreditinstitute, Klimaschutzmanager	1
	02	**Projekte & Wettbewerbe**	Schulen, Kitas, Klimaschutzmanager, Fachschaftsvorsitzende, Verwaltung	1
	03	**"Mein Gesicht fürs Klima"**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Presse	1
	04	**Einrichtung von bürgernahen Projekten**	KlimaTisch Erkelenz, Runder Tisch, Verwaltung, Klimaschutzmanager	2
	05	**Klimaparcours**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Klimaschutzmanager	2
	06	**Klimaschutz Logo und Slogan**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Schulamt, Stadtmarketing	1
	07	**Klimaschutz Woche**	KlimaTisch Erkelenz, Klimaschutzmanager	2
B	01	**Aufklärung zu Sanierungsmöglich-keiten**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Verbraucherzentrale NRW, Kreishandwerkerschaft, NEW, Kreditinstitute, Energieberater, Presse	1
	02	**Austausch von ineffizienten Haushaltsgeräten**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Einzelhandel, NEW	2
	03	**Bürgerenergieanlagen**	Verwaltung, Erkelenzer Sonnenschein eG	1
	04	**Klimaschutz in der Stadtplanung**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Rat	1
	05	**Effizienz-Netzwerk Handwerk**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreditinstitute, Kreishandwerkerschaft, Verbraucherzentrale NRW, effeff.ac	2
	06	**Bereitstellung von Dachflächen für PV**	KlimaTisch Erkelenz, Kreishandwerkerschaft (Dachdecker), Erkelenzer Sonnenschein eG, Kreditinstitute, NEW	1
	07	**Wärmecontracting**	Verwaltung, Energieversorger (NEW)	2
	08	**Eigenstromerzeugung**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreishandwerkerschaft	2
	09	**Pilotprojekt: Kleinwindanlagen**	Verwaltung, Hausherren	2
	10	**Anreizprogramm "Energieeffizientes Bauen"**	Verwaltung, Banken, GEE	1

HF	#	Maßnahme	Akteure	Priorisierung
C	01	**Attraktivitätssteigerung Fuß- & Radwege**	Fahrradbeauftragter, Ordnungsamt, Tiefbauamt, Klimaschutzmanager	1
	02	**Verbesserung / Bekanntmachung ÖPNV**	WestVerkehr GmbH, Kreis Heinsberg	1
	03	**Walking Bus**	Schulen, Eltern, Freiwillige, Verkehrsdienst der Polizei	1
	04	**Bewusste Mobilität**	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, WestVerkehr, Gewerbering	1
	05	**Intelligente Mobilitätssteuerung**	WestVerkehr GmbH, Verwaltung, Politische Entscheidungsträger, Einzelhandel, Gewerbering	1
	06	**Betriebliches Mobilitätsmanagement**	Unternehmen, IHK, WestVerkehr, KlimaTisch Erkelenz, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg	1
	07	**kommunales Elektromobilitätskonzept**	Verwaltung, NEW	1
D	01	**Eigenstromerzeugung**	Verwaltung, Unternehmen, Gewerbering	2
	02	**Energiemanagement-systeme**	IHK, NEW, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg	1
	03	**Windkraft- & Photovoltaikfreiflächenanlagen**	Verwaltung	1
	04	**Teilnahme an Netzwerken**	Verwaltung, Wirtschaftsbeirat Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg, Unternehmen	1
	05	**Contractinglösungen**	Verwaltung, NEW	2
	06	**Energietreffen**	Verwaltung, IHK, Finanzinstitute, Klimaschutzmanager	2
	07	**Einbindung Einzelhandel**	NEW, Gewerbering, Klimaschutzmanager	2

HF	#	Maßnahme	Akteure	Priorisierung
E	01	**Schaffung einer Stelle Klimaschutzmanagement**	Verwaltung, Politische Entscheidungsträger	1
	02	**Einrichtung Klimaschutzbeirat**	Verwaltung, Aktive Bürger und Unternehmer, Kreditinstitute, Energieversorger	1
	03	**kommunales Energiemonitoring**	Verwaltung	1
	04	**Umsetzung Sanierungsplan**	Politik, Verwaltung	1
	05	**Straßenbeleuchtung**	Politik, Verwaltung, Bürger, NEW	1
	06	**Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark**	Politik, Verwaltung	2
	07	**Klimaschutzapp**	Aktive Bürger und Unternehmer, Hochschulen	2
	08	**Prüfung der Gebaudebeleuchtung**	Verwaltung	2
	09	**Fortführung eea**	Verwaltung, Klimaschutzmanager, kommunale Betriebe	1
	10	**Fortschreibung Solarkataster**	Verwaltung, Volksbank, NEW, WestEnergie GmbH	2

5.3 Klimaschutzfahrplan

Der Klimaschutzfahrplan stellt den zeitlichen Ablauf der im Konzept dargestellten Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Erkelenz dar. Er ist monatsscharf auf den folgenden Seiten für die Jahre 2016 bis 2018 dargestellt.
Manche der Maßnahmen stellen die Weiterführung bereits vorhandener Abläufe dar, und/oder können ohne einen Klimaschutzmanager begonnen werden. Diese Maßnahmen enthalten lila Markierungen. Einige Maßnahmen benötigen zur Initiierung oder zur Weiterführung einen Klimaschutzmanager oder eine ihm gleichgestellte Person, diese sind durch türkise Felder erkennbar.
So wie der Maßnahmenkatalog ist auch der Klimaschutzfahrplan ein lebendes Dokument, das ständig angepasst und ergänzt werden soll. So entstehen z.B. aus der Maßnahme A02 „Projekte und Wettbewerbe" heraus neue Maßnahmen, die in den Klimaschutzfahrplan und den Maßnahmenkatalog aufgenommen werden können.

Folgende Farbtabelle dient zum Lesen des Klimaschutzfahrplans:

Initiierung / Verstetigung durch KSM	
Initiierung / Verstetigung unabhängig vom KSM	
Laufende Maßnahme / Durchführung	
Neue Maßnahme entsteht	
Maßnahme wird durch KSM weitergeführt	
Maßnahme läuft weiter	

		Kalenderjahr	2016												2017												2018											
		Quartal	I			II			III			IV			I			II			III			IV			I			II			III			IV		
		Monat	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
HF	#	Maßnahme																																				
A	01	Klimaschutzkampagne																																				
	02	Projekte & Wettbewerbe																																				
	03	"Mein Gesicht fürs Klima"																																				
	04	Einrichtung von bürgernahen Projekten																																				
	05	Klimaparcours																																				
	06	Klimaschutz Logo und Slogan																																				
	07	Klimaschutz Woche																																				
B	01	Aufklärung zu Sanierungsmöglichkeiten																																				
	02	Austausch von ineffizienten Haushaltsgeräten																																				
	03	Bürgerenergieanlagen																																				
	04	Klimaschutz in der Stadtplanung																																				
	05	Effizienz-Netzwerk Handwerk																																				
	06	Bereitstellung von Dachflächen für PV																																				
	07	Wärmecontracting																																				
	08	Eigenstromerzeugung																																				
	09	Pilotprojekt: Kleinwindanlagen																																				
	10	Anreizprogramm "Energieeffizientes Bauen"																																				

		Kalenderjahr	2016												2017												2018											
		Quartal	I			II			III			IV			I			II			III			IV			I			II			III			IV		
		Monat	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
HF	#	Maßnahme																																				
C	01	Attraktivitätssteigerung Fuß & Radwege																																				
	02	Verbesserung / Bekanntmachung ÖPNV																																				
	03	Walking Bus																																				
	04	Bewusste Mobilität																																				
	05	Intelligente Mobilitätssteuerung																																				
	06	Betriebliches Mobilitätsmanagement																																				
	07	kommunales Elektromobilitätskonzept																																				
D	01	Eigenstromerzeugung																																				
	02	Energiemanagement-systeme																																				
	03	Windkraft- & Photovoltaikfreiflächen-anlagen																																				
	04	Teilnahme an Netzwerken																																				
	05	Contractinglösungen																																				
	06	Energietreffen																																				
	07	Einbindung Einzelhandel																																				

		Kalenderjahr	2016												2017												2018											
		Quartal	I			II			III			IV			I			II			III			IV			I			II			III			IV		
		Monat	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
HF	#	Maßnahme																																				
E	01	Schaffung einer Stelle Klimaschutzmanagement																																				
	02	Einrichtung Klimaschutzbeirat																																				
	03	kommunales Energiemonitoring																																				
	04	Umsetzung Sanierungsplan																																				
	05	Straßenbeleuchtung																																				
	06	Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark																																				
	07	Klimaschutzapp																																				
	08	Prüfung der Gebäudebeleuchtung																																				
	09	Fortführung EEA																																				
	10	Fortschreibung Solarkataster																																				
CONTROLLING																																						

6 Klimaschutzziele

In Kapitel 4.8 wird dargestellt, dass durch Einsparmaßnahmen und die Erzeugung erneuerbaren Stroms eine Einsparung von 16,5% des gesamten (Brutto-)CO_2-Ausstoßes im Trend-Szenario möglich ist. Im Klimaschutz-Szenario sogar 38,3%. Beide Szenarien beinhalten den Ausbau der erneuerbaren Energien (PV, Geothermie und Wind), die gut zu beeinflussen sind, allerdings größtenteils die Emissionen durch Strom beeinflussen und somit auch nicht direkt in die CO_2-Bilanz in ECOSPEED Region eingehen. Durch Maßnahmen im Bereich Verkehr, Effizienz in allen Bereichen und den Ausbau anderer erneuerbarer Energien wird dieses Potenzial weiter gesteigert.
Es wird bewusst ein Ausbau der Erneuerbaren und keine CO_2-Einsparung als Ziel gesetzt, da die Einsparung durch produzierten Strom nach der derzeitigen Bilanzierungsmetzhode nicht in der Bilanz erfasst wird. Die CO_2-Einsparungen in *Tabelle 6-1* sind daher nicht als Zielwerte bei ausschließlicher Bilanzierung mit ECOSPEED Region zu sehen. Alle Zielwerte hängen von den CO_2-Faktoren ab, die Einsparungen in diesem Konzept beruhen auf den Angaben in *Tabelle 3-1* . Für den Bereich Verkehr sind umfassende Datenerhebungen erforderlich, um verlässliche Zahlen zu liefern.

Aufbauend auf den Szenarien und dargestellten Maßnahmen setzt sich die Stadt Erkelenz folgende Ziele, die zwischen Trend-Szenario und Klimaschutzszenario angesiedelt sind:

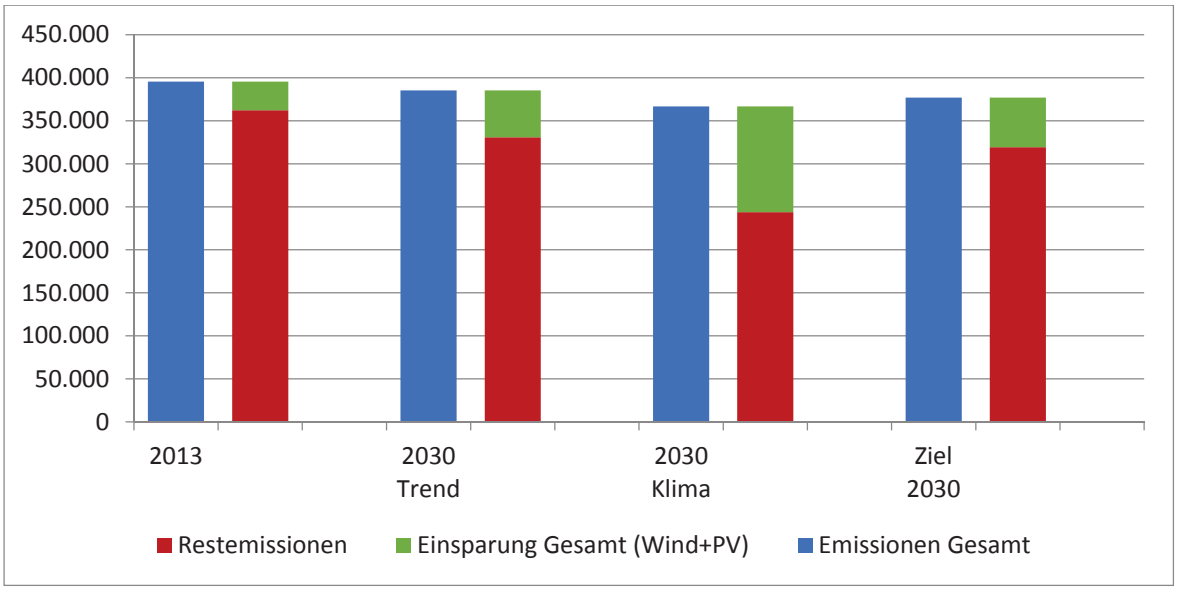
Tabelle 6-1 Klimaschutzziele der Stadt Erkelenz

	2013	2020	2030
PV (Anteil Gesamtpotential)	8,2%[1]	15%	25%
Wind	33,9 MW[2]	+3 MW	+ 10 MW
Geothermie (Ersatz von Ölheizungen)	Basis	10%	25%
Sanierungsquote	0,8%	0,8%	1,5%
Verhältnis EEG-Stromerzeugung zu Stromverbrauch	30,8%	40,3%	57,5%
CO_2-Emissionen [t/a]	395.500	389.500	377.000
Vermeidung durch EEG-Einspeisung [t/a]	25.000	36.900	57.800
Gesamteinsparung gegenüber 2013	25.000	42.900	76.300
Netto-Emissionen [t/a]	370.500	352.600	319.200
Netto-Einsparung im Vergleich zu 2013	100%	-10,8%	-19,3%

Die verminderten CO_2-Emissionen in den Jahren 2020 und 2030 werden durch eine erhöhte Sanierungsquote und Wärmebereitstellung durch Wärmepumpen (Geothermie) erreicht. Zusammen mit den global vermiedenen CO_2-Emissionen durch die Netzeinspeisung von erneuerbaren Energien ergeben sich so für das Jahr 2020 Netto-CO_2-Emissionen von 352.600 t/a. Für das Jahr 2030 ergeben sich Netto-CO_2-Emissionen von 319.200 t/a, im Vergleich zu 395.500 t Brutto-CO_2-Emissionen im Jahr 2013 entspricht dies einer Einsparung von 19,3%.
Ein Vergleich dieser Zielsetzung mit den Szenarien ist in *Abbildung 6-1* dargestellt.

[1] 14,83 MW, laut EnergyMaps.info
[2] Laut EnergieAtlas NRW, Stand 25.10.2015

Abbildung 6-1 Vergleich der Szenarien und der Zielsetzung 2030



7 Controllingkonzept

Für die Erreichung von Klimaschutzzielen in einem langfristigen Prozess ist die stetige Kontrolle der initiierten und umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen ein zentrales Element. Dazu dient das entwickelte Controlling Konzept für die Stadt Erkelenz.

Durch die Umsetzung des Controlling Konzeptes sollen einerseits die Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirkung evaluiert und die Klimaschutzziele bzw. -strategien entsprechend der daraus gewonnenen Erkenntnisse angepasst werden. Andererseits sollen auch Erfolge aufgezeigt und anhand von stetiger Bilanzierung öffentlich darstellbar gemacht werden.

Dazu sind folgende Arbeitsschritte im Rahmen des Controllings vorgesehen:

Bilanzierung

Durch eine Fortschreibung der Energie- und Treibhausgasbilanz können Erfolge der Stadt Erkelenz sichtbar gemacht werden. Es wird empfohlen, die Bilanzierung mit dem für die Stadt kostenlosen Software-Tool „ECOSPEED Region" vorzunehmen.

Bestehende Bilanzen seit 2010 sind im eingesetzten Software-Tool ECOSPEED Region mit Hilfe der Startbilanz sowie der Erfassung weiterer Daten erzeugt worden und dienen als Grundlage für zukünftige Bilanzen.

Zum Fortschreiben der Energie- und CO2-Bilanz ist es notwendig, die Werte der Energieverbräuche und der regenerativ erzeugten Energie des Stadtgebietes zu erfassen. Die entsprechenden Daten müssen teilweise bei verschiedenen Institutionen angefragt werden. Nachfolgend wird ein Überblick über die zu erfassenden Daten und deren Bezugsquelle gegeben:

> Einwohnerzahl

Aussagen zur Einwohnerzahl können direkt aus der Verwaltung der Stadt Erkelenz eingeholt werden. Dabei sollte der Wert stets auf einen festen Stichtag gelegt werden.

> Erwerbstätige

Die Anzahl und Aufschlüsselung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten einer Region werden für die Stadt Erkelenz über den Statistischen-Service-West mit Sitz in Düsseldorf bezogen. Wichtig zu wissen ist, dass die Zahlen der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten unter Umständen deutlich voneinander abweichen können. Der für die Daten zuständige Ansprechpartner kann von der Agentur für Arbeit erfragt werden. Die

Bundesagentur für Arbeit teilt mit, dass für die Bereitstellung der angefragten Daten je nach Aufwand Kosten anfallen können.

> Zugelassene Fahrzeuge

Die Anzahl der in Erkelenz zugelassenen Fahrzeuge kann beim Straßenverkehrsamt des Kreises Heinsberg angefragt oder beim Kraftfahrtbundesamt (KBA) selbst eingeholt werden. Die benötigten Daten sind nach folgenden Kategorien anzufragen / zu ermitteln:

Personenkraftwagen

Lastkraftwagen

Sattelzugmaschinen (große LKW)

Land- und forstwirtschaftliche Maschinen

Diese Daten sind dem Dokument „Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern nach Gemeinden (FZ 3)" zu entnehmen, das jährlich erscheint.

> Strom

Angaben zum absoluten Stromverbrauch innerhalb der Kommune können vom regionalen Stromnetzbetreiber erfragt werden. Die für Erkelenz erforderlichen Daten werden von der NEW Netz GmbH bereitgestellt.

Die Energiemengen der einspeisenden regenerativen Anlagen, wie Photovoltaik, Biomasse, Blockheizkraftwerke und teilweise Windanlagen werden ebenfalls vom regionalen Netzbetreiber erfasst und bereitgestellt.

Allerdings ist speziell bei großen regenerativen Anlagen, die in Hochspannungsnetze einspeisen, darauf zu achten, dass nicht zwingend alle Anlagen vom regionalen Netzbetreiber erfasst werden. Die Daten hierfür müssen entweder über den Anlagenbetreiber oder direkt bei der Netzgesellschaft unter Zustimmung des Betreibers abgefragt werden.

Aktuell gibt es auf dem Gebiet der Stadt Erkelenz keine Anlagen die nicht vom Stromnetzbetreiber erfasst werden.

> Liefergebundene Rohstoffe

Unter lieferungsgebundenen Rohstoffen werden die Rohstoffe verstanden, die zur Befeuerung von Heizungsanlagen verwendet und per Kraftfahrzeug angeliefert werden, wie z.B. Heizöl. Bei der Ermittlung der jährlichen verbrauchten Brennstoffmengen für private Heizungsanlagen müssen entweder die Bezirksschornsteinfeger befragt und anhand der installierten Heizungsanlagen die Verbräuche überschlägig berechnet werden. Alternativ können die stetig in

ECOSPEED Region eingepflegten Bundesdurchschnittswerte genutzt werden, dies wurde im Rahmen der Konzepterstellung gemacht.

> Erdgas

Der Erdgasverbrauch in Erkelenz kann über den Gasnetzbetreiber, die NEW Netz GmbH, abgefragt werden.

> Fernwärme

Die gelieferten Wärmemengen sind beim jeweiligen Betreiber einer Anlage oder gegebenenfalls auch beim Fernwärmenetzbetreiber abzufragen. Darunter fallen auch alle Wärmemengen von KWK-Anlagen, wie beispielsweise BHKW, die in Betrieb sind. Da es in Erkelenz bisher keine Fernwärme gibt, ist dieser Punkt bisher nicht relevant.

> Umweltwärme

Umweltwärme kann insbesondere durch Erdsonden und Wärmepumpen genutzt werden. Die Umweltwärme muss in der Regel abgeschätzt werden. Am wichtigsten für die Berechnung sind die installierten Wärmepumpen in der Region. Diese können auf zwei Arten eruiert werden:

Im Rahmen der Baubewilligung und -abnahme werden die Leistungen der Wärmepumpen sowie die Jahresarbeitszahl des entsprechenden Fabrikats erfasst. Daraus kann später der entsprechende Wärmegewinn berechnet werden.

Da die meisten Sonden weniger als 100m tief sind, können Angaben zu genehmigungspflichtigen Anlagen von der Unteren Wasserbehörde erfragt werden. Die Wasserbehörde verfügt über Anzahl und installierte Leistung geothermischer Anlagen. Über die Betriebsstunden aus VDI 4640 (Thermische Nutzung des Untergrundes - Erdgekoppelte Wärmepumpenanlagen, http://www.vdi.de) und die Jahresarbeitszahl (typischerweise 4) kann damit die thermische Energie berechnet werden.

> Sonnenkollektoren

Auch die Wärme aus solarthermischen Anlagen muss abgeschätzt werden. Die Gesamtflächen aller auf dem Stadtgebiet installierten Solarthermie-Kollektorflächen können von der Energieagentur NRW erfragt werden. Daraus kann der entsprechende Wärmegewinn berechnet werden.

> Weitere Daten

Je nach Bedarf und Detaillierungsgrad der Bilanzierung sind Anmerkungen und Hinweise im Software-Tool ECOSPEED Region enthalten.

Mit diesen Daten kann die Stadt Erkelenz eine jährliche Bilanz erzeugen, die einen Überblick über aktuelle Energieverbräuche und Emissionen gibt.

Eine entsprechende Aufteilung in die unterschiedlichen Sektoren ist für alle ermittelten Daten je nach Datengüte vorzunehmen. Wenn keine entsprechende Einteilung möglich ist, wird dies durch die Mengengerüste Einwohner und Erwerbstätigte durch das Tool ECOSPEED Region automatisch zugeordnet.

Maßnahmenaudit

Eine Hauptaufgabe des Controllings wird es sein, die initiierten Klimaschutzmaßnahmen auf Wirkung, Funktion und Erfolg hin zu analysieren und zu bewerten. Dies ist nicht nur wichtig, um für eine breite Akzeptanz in der Öffentlichkeit und in der Politik zu sorgen, sondern auch für die kontinuierliche Fortführung des Klimaschutzprozesses als solchen.

Es ist absolut notwendig, im Vorfeld der Klimaschutzmaßnahme ein festes zu erreichendes Ziel zu definieren. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht für alle Klimaschutzmaßnahmen die gleichen Maßstäbe gelten können. Im Bereich der Energieeinsparung an z.B. öffentlichen Gebäuden kann der Erfolg der Maßnahme beispielsweise an der Energiekosteneinsparung und der CO_2-Emissionseinsparung gemessen werden. Hingegen kann dieser Maßstab nicht dazu genutzt werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu bewerten, die z.B. auf die Sensibilisierung von Bürgern abzielen. Hier kann ein Maß für die Bewertung der Maßnahme sein, wie viele Bürger an einer Informations-veranstaltung teilgenommen haben.

In jedem Fall ist es wichtig, kontinuierlich eine Erfassung und Bewertung der Klimaschutzmaßnahmen durchzuführen und diese zu veröffentlichen. Dazu ist die Erfassung von Abweichungen zur Planung sowie deren Ursachen vorgesehen.

Einmal im Jahr erfolgt eine objektive Erfolgskontrolle, indem quantitative und qualitative Wirkungen entsprechend folgender Indikatoren ermittelt werden:

> Quantifizierung von Veranstaltungen, Abstimmungsgesprächen, Treffen, Teilnehmern und Berichten.

> Qualitative Aussagen zu eingesparten Emissionen, Energieverbräuchen, Erzeugten regenerativen Energiemengen und eingesetzten Finanzen.

Anhand der Ergebnisse ist zu prüfen, ob die Maßnahmen anzupassen sind, die Priorisierung geändert werden und neue Maßnahmen im Katalog aufgenommen werden sollten. Dadurch wird eine zielorientierte Anpassung der Handlungsstrategie ermöglicht.

Klimaschutzbericht

Die im Konzept beschriebenen Maßnahmen zielen größtenteils auf eine Potenzierung durch ihre öffentliche Wirkung ab, wodurch eine öffentliche Darstellung der Ergebnisse der durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen zwingend erforderlich ist. Durch die öffentliche Darstellung der Fort- aber auch Rückschritte unterstützt das Controlling effektiv auf lokaler Ebene den Klimaschutz im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu halten.

In einem jährlichen Kurzbericht sollen die Ergebnisse der Bilanzierung, deren Entwicklung und das Maßnahmenaudit zusammengestellt werden. Dieser soll mit den kommunalen Entscheidungsträgern beraten werden und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Dieses Vorgehen ermöglicht, die Klimaschutzstrategie in Abstimmung zwischen Verwaltung und Politik zu überprüfen und ggf. anzupassen. Die Veröffentlichung sollte anhand der Methoden der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt werden. Dadurch können lokale Akteure integriert und die Öffentlichkeit der Stadt Erkelenz bestmöglich mit in den Klimaschutzprozess eingebunden werden. Anmerkungen und Rückmeldungen seitens der Bürger sollten beispielsweise im Rahmen von Veranstaltungen oder Rückmeldungen per Brief oder Mail Raum gegeben werden.

Der Klimaschutzbericht soll nicht nur als Bewertungsgrundlage für zukünftige Strategien und Maßnahmen dienen, sondern das bestehende Klimaschutzkonzept zu einem „lebenden Dokument" machen, dem stetig Neues hinzugefügt wird.

Das Controlling ermöglicht zudem auch einen Vergleich mit anderen Kommunen in der Region bzw. bundesweit. So kann ein weiterer Anreiz geschaffen werden, den Klimaschutz in der Kommune weiter voran zu treiben.

Daher wird angeraten, wenn möglich den Klimaschutz-Planer zu nutzen, der voraussichtlich ab 2016 verfügbar ist:

www.klimabuendnis.org/klimaschutz-planer.html?&L=1#c4872

„Das Tool umfasst folgende **Module**:

Bilanzierung: Hiermit können die Kommunen/Regionen fortschreibbare Energie- und CO_2-Bilanzen nach einheitlichen Berechnungsverfahren erstellen. Das Tool gibt dabei ebenfalls Auskunft über die Datengüte der Bilanz und macht so Energie- und CO_2-Bilanzen vergleichbar. Außerdem soll die Kompatibilität zu den derzeit weit verbreiteten Instrumenten wie insbesondere ECOSPEED Region gewährleistet werden.

Szenarienentwicklung: Dieses Modul umfasst die Bausteine Potenzialermittlung, regionale Wertschöpfung und Maßnahmenmatrix. Es soll in Form eines Simulators angelegt sein, mit dem – aufbauend auf den tatsächlichen Potenzialen in der Kommune/Region – die Wirkungen und Wechselwirkungen von

einzelnen Maßnahmen(-paketen) visualisiert werden können. Es ist damit ein Instrument zur Sensibilisierung der verschiedenen Akteure für die notwendigen Maßnahmen zur Zielerreichung und gibt den Entscheidungsträgern konkrete Hilfestellung bei der Prioritätensetzung und Strategieentwicklung.

Benchmark: In diesem Modul soll das bereits bestehende „Benchmark Kommunaler Klimaschutz" weiterentwickelt und v.a. für Landkreise zur Verfügung gestellt werden. Das Benchmark dient der Darstellung der eigenen Aktivitäten und Erfolge im Vergleich zu anderen Kommunen bzw. Regionen. Die Darstellung des Erreichten in Relation zum Erreichbaren dient dabei der Motivation zur Ergreifung von (weiterführenden) Maßnahmen. Dabei können sich Kommunen konkrete Projektanregungen aus bereits erfolgreichen umgesetzten Maßnahmen einholen."

Die Zuständigkeit für sämtliche Controlling-Aufgaben der Stadt Erkelenz sollten wenn möglich durch einen Klimaschutzmanager o.Ä. übernommen werden. Dieser sollte durch Verankerung in der Verwaltung ämterübergreifend unterstützt werden.

Der Zeitplan der geplanten Arbeitsabläufe ist im Klimaschutzfahrplan hinterlegt.

8 Öffentlichkeitsarbeit

Öffentlichkeitsarbeit ist das geplante und bewusste Vorgehen, kontinuierlich Verständnis, Vertrauen und Akzeptanz in der Öffentlichkeit aufzubauen, zu pflegen und ein positives Image zu fördern. Im Mittelpunkt steht ehrliche, offene und vollständige Information über Fakten, Sachlagen, Menschen oder Gruppen in konkreten Situationen und sozialen Zusammenhängen. Die Wirkung von Öffentlichkeitsarbeit ist nicht direkt und punktuell messbar, es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, der die Einstellungen der relevanten Zielgruppen verändert und (unterstützende) Handlungen initiiert.

Öffentlichkeitsarbeit ist auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens notwendig, um die Aufgaben und Ziele des Klimaschutzes bekannter zu machen. Klimaschutz wird in der Öffentlichkeit oftmals noch als ein Aufgabengebiet betrachtet, das von der Politik, großen Industriebetrieben und Energieversorgern und/oder ökologisch engagierten Akteuren umgesetzt werden soll. Klimaschutzmaßnahmen gelten generell als teuer, die nur dann umsetzbar sind, wenn genügend Geld dafür vorhanden ist. Dass jedoch zahlreiche Bereiche bestehen, in denen ökologische und ökonomische Erfolge gleichzeitig erzielt werden können, wird häufig nicht gesehen, weil andere Interessen die Entscheidungen überlagern und nach wie vor Informationsdefizite bestehen. Durch Aufklärungsarbeit und Informationskampagnen können diese Lücken geschlossen werden. Derartige Kampagnen sind nur erfolgreich, wenn sie breit angelegt sind und langfristig/nachhaltig umgesetzt werden.

Bei der Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes ist eine aktive und zielgruppenspezifische Einbindung der Öffentlichkeit in Orten der Stadt Erkelenz vorgesehen, um eine breite Informationsgrundlage sowie eine hohe Akzeptanz zu gewährleisten. Das Öffentlichkeitsarbeitskonzept ist daher ein wichtiger Baustein der lokalen Klimaschutzpolitik. So wird angeraten, das Integrierte Klimaschutzkonzept in allen Ortslagen der Stadt Erkelenz, beispielsweise durch den Klimaschutzmanager, vorzustellen.

Das Konzept der Öffentlichkeitsarbeit verfolgt dabei folgende Ziele:

> Verbreitung von Informationen zum Klimaschutz

> Bewusstseinsbildung rund um die Thematik Klimaschutz

> Integration und Motivation der Erkelenzer Bürger zum individuellen Handeln

> Information über die Ergebnisse der Klimaschutz-Maßnahmen

> Kommunikation des Vorbildcharakters der Stadt Erkelenz

> Beitrag zur nachhaltigen Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes

Zur Erreichung einer nachhaltigen Wirkung ist es von zentraler Bedeutung, insbesondere folgende vorhandene lokale Multiplikatoren einzubinden:

> Stadtverwaltung Stadt Erkelenz

> KlimaTisch Erkelenz e.V., Erkelenzer Sonenschein eG

> Heinsberger Zeitung/Nachrichten, Rheinische Post, Westdeutsche Zeitung

> NEW Gruppe, WestVerkehr GmbH

> Volksbanken Raiffeisenbanken Kreis Heinsberg, Kreissparkasse Heinsberg

> Energieagentur NRW, Verbraucherzentrale

> Schulen und Kindergärten, ev. & kath. Jugendzentren

> Handwerk im Kreis Heinsberg

> Unternehmen und Gewerbebetriebe in Erkelenz, wie beispielsweise ECON Solarwind, psm Nature Power, MHWirth

Für ein zielgruppenorientiertes Handeln ist eine vielseitige Methodenwahl entscheidend. Dabei sollte nicht nur auf Regelmäßigkeit, sondern auch auf Abwechslung bei der Anwendung gesetzt werden. Methoden, Akteure (Multiplikatoren) und Zielgruppen sind in der Tabelle auf der nächsten Seite aufgelistet.

Darin enthalten sind verschiedene Methoden, die zur Öffentlichkeitsarbeit angewendet werden können. Passend zu jeder Klimaschutzmaßnahme wird angeraten, jeweils mindestens zwei Methoden auszuwählen, um begleitend und im Anschluss an das Vorhaben darüber zu informieren.

Beispielsweise ist bei einer geplanten Sanierung eines Schulgebäudes die Bandbreite an Öffentlichkeitsarbeitsmethoden sehr groß. Es könnte zusätzlich neben Zeitungsartikeln eine Internethomepage über den Sanierungsfortschritt und die Planungen geben. Die Schüler könnten im Rahmen einer Projektwoche auf die Bedeutung und die Auswirkungen informiert und sensibilisiert werden. Dazu können diverse lokale Akteure eingebunden werden und dadurch partizipieren.

Weitere Klimaschutzmaßnahmen und eventuell folgende Schritte können in den Prozess integriert und eine breite Masse an Bürgern über die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Erkelenz erreicht werden.

			Zielgruppen / Sektoren			
Methoden	**Inhalte**	**lokale Akteure**	**Bürger allgemein**	**Private Haushalte**	**Gewerbe & Industrie**	**Kindergärten & Schulen**
Kampagnen	Durchführung von Wettbewerben	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Produzierende Unternehmen, Energieversorger, Kreissparkasse, Volksbank, KlimaTisch, WestEnergie, ...**	X	X	X	X
	Aufgreifen von bestehenden Angeboten			X	X	X
Informationsmaterial	Erstellung und Verteilung von Informationsmaterial (Flyer, Prospekte, Poster, Plastiken, ...)	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Kreissparkasse, Volksbank, Verbraucherzentrale, NEW, KlimaTisch, Handwerk, ...**	X	X	X	X
Pressearbeit	Termine (Veranstaltungen, Projektwochen, …)	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Heinsberger Nachrichten/Zeitung, Rheinische Post, Westdeutsche Zeitung, ...**	X	X	X	X
	Mitteilungen / Artikel (Maßnahmen, Bilanzen,…)		X	X	X	X
Internetauftritt	Themen-Homepage (Aktuelles, Archiv/Verlauf, Downloads, weiterführende Links, Berichte)	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Kreissparkasse, Volksbank, Energieversorger, ...**	X	X	X	X
Beratungsangebote & Beratungsstellen	Koordinierung, Informationen & Ansprechpartner	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Kreissparkasse, Volksbank, Energieversorger, Verbraucherzentrale, Handwerk, ...**		X	X	X
	Zielgruppenspezifische Beratung			X	X	X
Bildungsangebote	Themenbezogene Projekte & veranstaltungen	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, Lehrer, Erzieher, Kreissparkasse, Volksbank, Europaschule, ...**	X			X
Veranstaltungen	Zielgruppen- / Themenspezifisch	**Klimaschutzmanager, Stadtverwaltung, lokale Experten/Referenten, Kreissparkasse, Volksbank, KlimaTisch...**		X	X	X
	Aktueller Stand Klimaschutz in der Stadt Erkelenz		X			

9 Literaturverzeichnis

[1] Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, „Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt," in *Agenda 21*, Rio de Janeiro, 1992.

[2] ECOSPEED AG, Handbuch ECOSPEED Region.

[3] ifeu - Institut für Energie und Umweltforschung Heidelberg GmbH, „Empfehlungen zur Methodik der kommunalen Treibhausgasbilanzierung für den Energie- und Verkehrssektor in Deutschland," Heidelberg, 2014.

[4] Deutsche Gesellschaft für Sonnenenergie e.V. (DGS), „EnergyMap.info," 01 Januar 2015. [Online]. Available: http://www.energymap.info/energieregionen/DE/105/117/182/406/16272.html.

[5] tetraeder.solar Gmbh, „Zusammenfassender Bericht zum Solatpotenzialkataster Erkelenz".

[6] Statistisches Bundesamt, „www.zensus2011.de," 28 Mai 2014. [Online]. Available: https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilung/DemografischeGrunddaten/xlsx_GebaudeWohnungen.xlsx?__blob=publicationFile&v=4. [Zugriff am März 2015].

[7] Presse- und Informationsamt derBundesregierung, „Energiekonzept der Bundesregierung," 2010. [Online]. Available: http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2012/02/energiekonzept-final.pdf?__blob=publicationFile&v=5.

[8] Nordrhein-Westfalen, Landwirtschaftskammer, [Online]. Available: https://www.landwirtschaftskammer.de/landwirtschaft/technik/biogas/pdf/biogas-in-nrw-2015.pdf.

[9] Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Pressestelle, Bonn, 2015.

[10] Wegweiser Kommune, [Online]. Available: http://www.wegweiser-kommune.de/home.

10 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1 Lage der Stadt Erkelenz im Kreis Heinsberg 2
Abbildung 3-1 Endenergieverbrauch der Stadt Erkelenz 2010-2013 11
Abbildung 3-2 Endenergieverbrauch im Bereich Gebäude und Infrastruktur 12
Abbildung 3-3 Endenergieverbrauch im Wärmesektor nach Brennstoffen 13
Abbildung 3-4 Verbrauch und Eigenproduktion an Strom in Erkelenz 2013 14
Abbildung 3-5 Erneuerbare Stromproduktion 2013 14
Abbildung 3-6 Netzeinspeisung regionaler Stromproduktion 15
Abbildung 3-7 Endenergieverbrauch durch Verkehr nach Fahrzeugkategorien 15
Abbildung 3-8 Zugelassene Fahrzeuge in absoluten Zahlen 16
Abbildung 3-9 Endenergieverbrauch der kommunalen Verwaltung 16
Abbildung 3-10 Gesamt-CO_2-Bilanz der Stadt Erkelenz 17
Abbildung 3-11 CO_2-Emissionen/Einsparungen nach Sektoren 2013 18
Abbildung 3-12 Gesamtemissionen Erkelenz nach Energieträgern 2010-2013 18
Abbildung 3-13 CO_2-Emissionen im Bereich Verkehr 19
Abbildung 3-14 Einsparung durch Netzeinspeisung Strom 19
Abbildung 3-15 CO_2-Emissionen in der Verwaltung 20
Abbildung 3-16 Pro-Kopf-Emissionen im Vergleich mit den Ländern 21
Abbildung 3-17 CO_2 Anteil Verkehr Erkelenz und BRD 21
Abbildung 4-1 Windpotenzial in Erkelenz 23
Abbildung 4-2 Onlinemaske Solarkataster Erkelenz 25
Abbildung 4-3 Vergleich von PV-Potenzial und installierter Leistung 2013 25
Abbildung 4-4 Geothermische Ergiebigkeit von Erdwärmekollektoren in Erkelenz 27
Abbildung 4-5 CO2-Emissionen gesamt und Potential 2013 29
Abbildung 4-6 Vergleich der Szenarien 31
Abbildung 6-1 Vergleich der Szenarien und der Zielsetzung 2030 44

11 Tabellenverzeichnis

Tabelle 2-1 Zahlen und Fakten der Stadt Erkelenz.....3
Tabelle 3-1 CO_2-Emissionsfaktoren inkl. Vorketten aus ECOSPEED Region [g/kWh].....10
Tabelle 4-1 Gebäude mit Wohnraum in Erkelenz 2011 26
Tabelle 5-1 Themenpaten und Experten bei der Auftaktveranstaltung 32
Tabelle 5-2 Übersicht Workshops.....33
Tabelle 5-3 Maßnahmenübersicht 35
Tabelle 6-1 Klimaschutzziele der Stadt Erkelenz 43

12 Anhang

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	01

Klimaschutzkampagne

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Der wichtigste Baustein zur Bewusstseinsbildung ist eine stetige und gezielte öffentliche Präsenz. Dazu ist es sinnvoll eine Kampagne zum Thema lokaler Klimaschutz zu starten, die sämtliche Akteure aller Sektoren anspricht. In diesem Rahmen werden weitere sektorspezifische Kampagnen erarbeitet und umgesetzt, die sowohl die Bürger der gesamten Kommune als auch spezielle Zielgruppen ansprechen. Dazu können sämtliche Methoden der Öffentlichkeitsarbeit ausgeschöpft werden, um eine möglichst große Multiplikatorwirkung zu erzielen. Es können Anregungen geschaffen werden, dass jeder Bürger in Erkelenz seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Assoziierte Aktionen und Partner könnten mit einem "Klimaschutz Logo Erkelenz" ausgezeichent werden (siehe A06) Eine umfassende Kampagne stellt eine der ersten Aufgaben eines Klimaschutzmanagers dar, einzelne Aktionen sollten aber bereits direkt im Anschluss an das Klimaschutzkonzept durchgeführt werden.
Zielgruppe	Bürger allgemein, diverse spezifische Zielgruppen wie Verkehrsteilnehmer, Einzelhandel, Eltern, Schüler,…
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreditinstitute, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	1. Aufteilen der Zuständigkeiten 2. Bereitstellen von (Personal-)Mitteln 3. Organisation von Aktionen in Absprache mit anderen Akteuren 4. Übergabe der Zuständigkeiten an den Klimaschutzmanager sobald dieser eingestellt ist

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit Klimaschutzkampagne	01

Kosten / Wertschöpfung	Es entstehen Personal-, Werbe- und Sachmittelkosten. Tendenz **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	Förderung über die Kommunalrichtlinie im Modul "Förderung einer Stelle für Klimaschutzmanagement", Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (www.klimaschutz.de)	
CO_2-Minderung	INDIREKT - Durch die Aktivierung Einzelner kann eine Gruppendynamik entstehen. Tendenz **MITTEL** bis **HOCH**	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS durch die Option erfolgreiche Modelle aufzugreifen PLUS durch eine Vernetzung verschiedener Akteure zur Anregung neuer Ideen	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Schulen & Kindergärten	02

Projekte und Wettbewerbe

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Durch die Thematisierung von Klimaschutz an Schulen & Kindergärten kann frühzeitig ein Bewusstsein für Klimaschutz geschaffen werden. Neben bereits vorhandenen Lehrinhalten ist es sinnvoll schulübergreifende Wettbewerbe und Projekte zum Thema Klimaschutz zu initiieren. Mit diesen Veranstaltungen können die Kinder über Spiel & Spaß mehr zum Klimaschutz erfahren und gelerntes Wissen zuhause anwenden und somit langfristig einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mögliche Inhalte und Verknüpfungen sollten schulübergreifend gemeinsam erarbeitet werden. Der erste Wettbewerb direkt im Anschluss an ds IKS könnte die Entwicklung eines Klimaschutzlogos sein (A06) Folgende weitere Möglichkeiten wurden für die Stadt Erkelenz identifiziert: *Energiesparwettbewerbe Schulen/Stufen/Klassen; Buchprojekte; Nutzung von Klimakisten zum Experimentieren; Gemeinsames Lüften; Einrichtung von Umwelt AGs;* *Einbindung von Schulen & KiGa in einen Erkelenzer Klimaparcours (A05);* *Einrichtung eines "Walkingbus" (C03);*
Zielgruppe	Schüler, Kindergartenkinder, Erzieher, Lehrer, Eltern
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Leitung Schulen/KiGa, Fachschaftsvorsitzende, Verwaltung, NEW Schulprogramm, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	Kontakt zu Bildungsstätten aufbauen und diese über entsprechende Aktionen informieren Unterstützung bei der Kommunikation zwischen den Einrichtungen und der Umsetzung von Projekten und Wettbewerben

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Schulen & Kindergärten Projekte und Wettbewerbe	02
Kosten / Wertschöpfung	Organisations- und Personalkosten Tendenz Kosten: **GERING**	
Förder-möglichkeiten	Mehrere Fördermöglichkeiten, z.B. durch das Bundesumweltministerium, Klima & Co., den Projektträger Jülich (PtJ), die EnergieAgentur NRW etc. Des weiteren Informationen zu aktuellen Projekten an Schulen: http://www.klimaschutzschulenatlas.de/	
CO_2-Minderung	Keine direkte Einsparungen, jedoch werden die jungen Menschen in Erkelenz nachhaltig CO_2-Emissionen einsparen.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	Spaß, Schaffung eines Technikgefühls, Motivation zur Gruppenarbeit, Steigerung des Selbstwertgefühls der jungen Menschen	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	03

"Mein Gesicht fürs Klima"

Status: Neu | Umsetzung: 1.Halbjahr 2016

Beschreibung der Maßnahme	Es ist sinnvoll hervorzuheben, wer sich bereits lokal für den Klimaschutz einsetzt und als Vorbild agieren kann. Im Rahmen einer Medienkampagne können "Klimaschutzvorbilder" Ideen und Motivation für einen klimafreundlicheren Alltag liefern. Lokale Medien und Plakataktionen bieten hier Möglichkeiten zur Publikation. Erfolgreich umgesetzte Klimaschutzprojekte sollen als Vorbilder dienen und zur Aktivierung der Bürger/innen beitragen. Diese sollten im Rahmen der Maßnahme recherchiert und in einer entsprechenden Kampagne publiziert werden, um das Interesse unter Bürger/innen zu wecken und als Motiv zur Eigentinitiative zu wirken. Besonders hervorzuheben sind solche Projekte, die ausserordentlich erfolgreich durchgesetzt wurden, beispielsweise Null-Energie-Häuser, energieautarke Siedlungen oder besonders effektiv errichtete Windkraft- und Photovoltaikanlagen, als erstes Beispiel kann der neue ERKA-Bus dienen.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Presse
Arbeitsschritte	Recherche und Kontaktaufnahme zu Akteuren im Klimaschutz in und um Erkelenz. "Vorbilder" als Mitwirkende gewinnen. Lokale Medien und (Stadtmarketing-)Veranstaltungen für Promotion nutzen.

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A		03
	"Mein Gesicht fürs Klima"	
Kosten / Wertschöpfung	Planungs-, Umsetzungs- Werbekosten Tendenz: Kosten **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	Förderung über die Kommunalrichtlinie im Modul "Förderung einer Stelle für Klimaschutzmanagement", Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (www.klimaschutz.de)	
CO_2-Minderung	Keine direkten Einsparungen möglich, jedoch ist die Maßnahme eine Investition für zukünftige CO2-Einsparungen.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Weitere Ideen zu Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten können sich durch Kontakt zu den aktiven Bürgern ergeben.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Bürgernahe Projekte	04

Einrichtung von bürgernahen Projekten

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Bürgernahe Projekte geben den Menschen die Möglichkeit der aktiven Beteiligung am Klimaschutz in der Kommune und stellen eine attraktive Informationsmöglichkeit dar. Sie bilden eine Grundlage zum Gedanken- und Wissensaustausch unter Bürgerinnen und Bürgern mit fachlich geschulten Teilnehmern. Beispiele hierfür: *Repair-Café* *Müllsammelaktionen* *Food-Sharing* *CO2-Spar-Schulungen* *Bürgerpflanzaktionen*
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Runder Tisch, Verwaltung, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	Kommunikation mit Akteuren und Bürgern. Projekte umsetzen. Reflexion über Bürgerinteresse und Umsetzungserfolg der Projekte.

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Bürgernahe Projekte	04
	Einrichtung von bürgernahen Projekten	

Kosten / Wertschöpfung	Planungs-, Ausführungs- und Personalkosten treten auf. Zum Teil können Kurse kostenpflichtig angeboten werden
Förder-möglichkeiten	keine Fördermöglichkeiten bekannt
CO_2-Minderung	Keine direkten Einsparungen möglich, jedoch ist die Maßnahme eine Investition für zukünftige CO2-Einsparungen.
Zusatznutzen / Hemmnisse	Die Kurse bieten einen idealen Treffpunkt für Bürger jeden Alters und Standes.

Priorität	**1**	**2**	

Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	05

Klimaparcours

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Ein informativer Klimaparcours durch Erkelenz kann zum Energiesparen & -erzeugen anregen. "Best-Practice" Vorbilder im Bereich des Klimaschutzes sollen durch die Anbringung von *Infoschildern* z.B. an Passivhäusern und Grundstücken mit ökologischen Technologien bekannt gemacht werden. Bürger werden "im Vorbeigehen" über persönliche Möglichkeiten zum Klimaschutz aufgeklärt. Neben den Recherchen zu bereits durchgeführten Klimaschutzmaßnahmen und -projekten im Stadtgebiet ist eine von den charakteristischen Punkten abhängige Route als Orientierungshilfe zu erstellen. Der Klimaparcours kann ggfs. als Radthemenroute konzipiert und zusätzlich in eine Klimaschutz-App aufgenommen werden. Diese Maßnahme schließt die Bekanntmachung des Klimaparcours über lokale Medien ein.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Gebäude-/Grundstückseigentümer
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	1. Recherche zu bereits umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen und -projekten in Erkelenz 2. Erstellung von Infoschildern und Ausarbeitung eines Klimaparcours in der Stadt 3. (Konzeption einer Radthemenroute) 4. (Einbindung der Route in eine App)

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit Klimaparcours	05

Kosten / Wertschöpfung	Planungskosten für Beteiligte und für die Ausführung und Werbung. Tendenz: **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	keine spezifischen Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Keine direkten Einsparungen, jedoch ist die Maßnahme eine Investition für zukünftige CO_2-Einsparungen	
Zusatznutzen / Hemmnisse	Weiteres Informations/Freizeitangebot für Einwohner und Touristen	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	06

Klimaschutz Logo + Slogan

Status: Neu | Umsetzung: 1. Quartal 2016

Beschreibung der Maßnahme	Um Aktionen und Projekte im Bereich Klimaschutz besonders hervorzuheben, können diese mit einem speziell für Erkelenz entwickelten "Klimaschutz Logo" ausgezeichnet werden. Die Entwicklung eines Logos und Slogans kann im Rahmen eines Schülerwettbewerbes stattfinden. Die Einführung und Bekanntmachung könnte mit der Klimaschutzkampagne (A01) verknüpft werden, die Kombination der beiden Maßnahmen verstärken die Öffentlichkeitswirksamkeit.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Gewerbe, Einzelhändler
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Amt für Bildung und Sport, Stadtmarketing
Arbeitsschritte	Konzeption eines Logos Werbekampagne in Verbindung mit Klimaschutzkampagne (A01) Kontinuierliche Auszeichnung und Bekanntmachung von Projekten

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	06
	Klimaschutz Logo + Slogan	

Kosten / Wertschöpfung	Planungskosten für Beteiligte und für die Ausführung und Werbung. Tendenz: **GERING**	
Förder-möglichkeiten	keine spezifischen Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Keine direkten Einsparungen, jedoch ist die Maßnahme eine Investition für zukünftige CO_2-Einsparungen	
Zusatznutzen / Hemmnisse	Ein Klimaschutz Logo stärkt das Stadtmarketing generell und Aktionen im Klimaschutz im speziellen	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit	07

Klimaschutzwoche

Status: Neu | Umsetzung: 2018

Beschreibung der Maßnahme	Um viele Akteuere aus dem Klimaschutz gebündelt für die Öffentlichkeit verfügbar zu machen, könnte eine jährliche Klimaschutzwoche in Erkelenz stattfinden. Als Themenwoche z.B. in Schulen könnte die Klimaschutzwoche in einem Klimaschutztag enden, eine Art Informationsmesse an dem Akteure sich an Ständen präsentieren. Da ein unterstützendes Rahmenprogramm (Vorträge, Interaktive Aktionen, etc.) lange Vorbereitungszeit benötigt, sollte dies eine Folgemaßnahme darstellen, nachdem der Klimaschutzmanager die Strukturen und Akteure in Erklenz kennt.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten

A	Öffentlichkeitsarbeit Klimaschutzwoche	07
Kosten / Wertschöpfung	Planungskosten für Beteiligte und für die Ausführung und Werbung. Tendenz: **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	keine spezifischen Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Keine direkten Einsparungen, jedoch ist die Maßnahme eine Investition für Zukünftige CO_2-Einsparungen	
Zusatznutzen / Hemmnisse	weiteres Freizeitangebot	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Sanierung	01

Aufklärung zu Sanierungsmöglichkeiten

Status: wird fortgesetzt Umsetzung: 2. Quartal 2016

Beschreibung der Maßnahme	Die Sanierung von Altbauten stellt eine Möglichkeit erheblicher Einsparungen im Energieverbrauch und bei den laufenden Kosten dar und trägt zu einem behaglichen Raumklima bei. Mithilfe einer motivierenden Aufklärungs- und Informationskampagne können die Bürger und Bürgerinnen erreicht werden, um so das Bewusstsein über Sanierungen zu festigen. Es sollte überlegt werden, wie das bestehende Angebot, z.B. durch die Verbraucherzentrale, populärer gemacht werden kann. In der Presse könnte regelmäßig ein "Energiefenster" erscheinen, in dem bestimmte Themen oder Projekte vorgestellt werden (evtl. auch in Verbindung mit A03)
Zielgruppe	Hauseigentümer, Bauherren und lokales Handwerk
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Verbraucherzentrale NRW, Kreishandwerkerschaft, NEW, Kreditinstitute, Energieberater, Presse
Arbeitsschritte	Errichtung eines Beratungsnetzwerks zur Gebäudesanierung von Privateigentümern Für erfolgreich umgesetzte Sanierungen werben Ausarbeitung einer Informationskampagne "Sanierung" Gezielte Beratung und Information zum Thema „Geld und Energie sparen durch optimierte Heizungsanlagen“

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Sanierung	01

Aufklärung zu Sanierungsmöglichkeiten

Kosten / Wertschöpfung	Es treten Personal- sowie Sach- und Werbekosten auf Tendenz **MITTEL** bis **HOCH** Z.T. kann ein hohes Einsparpotential vorliegen Tendenz **NIEDRIG** bis **HOCH**
Förder-möglichkeiten	Fördermöglichkeiten durch BAFA(Bargeldauszahlung) und KfW (günstige Kredite, aber auch Geldleistungen in Form von Zuschüssen oder Tilgungsverzicht) möglich
CO_2-Minderung	Durch Sanierungen ist ein hohes Einsparpotential gegeben Tendenz **HOCH**
Zusatznutzen / Hemmnisse	**PLUS** ausgewählte "Leuchtturm"-Objekte können als Referenz dienen und Maßnahmen in anderen Themenfeldern als Beispiel dienen. Synergie mit B03
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Bauen & Wohnen

B	Öffentlichkeitsarbeit	02

Austausch von ineffizienten Haushaltsgeräten

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Ältere, ineffiziente Haushaltsgeräte durch energiesparende Alternativen zu ersetzen reduziert den Energiebedarf im privaten Sektor. Im Rahmen dieser Maßnahme ist eine Informationskampagne auszuarbeiten, die Bürgerinnen und Bürger motiviert gemeinsam Energie und somit CO_2-Emissionen einzusparen. Wettbewerbe zur Findung der ältesten Geräte stellen eine gängige Praxis dar. Bereits vorhandene Angebote (z.B. Förderung der NEW zum Gerätetausch; Infobroschüre im Rathaus) müssen bekannter gemacht werden. Ein lokales Logo (vgl. A06) für Einzelhändler oder Geräte würde die Entscheidung zum Austausch von Geräten fördern. Einen ersten Ansatz bildet die Orientierung an der Energieverbrauchskennzeichnung (A+++; A++; A+) die eine Auskunft über die Energieeffizienz eines Gerätes gibt. Ein positives Praxisbeispiel aus Rheine: Jährliche Austauschaktionen von elektrischen Haushaltsgeräten (z.B. Kühlschrank, Gefrierschrank, Waschmaschine ...) in Kooperation mit lokalen Fachhändlern: "Erkelenz gewinnt durch Klimaschutz".
Zielgruppe	Bürger/innen
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Einzelhandel, NEW
Arbeitsschritte	Informationskampagnen zum Thema "Austausch von ineffizienten Haushaltsgeräten" ausarbeiten.

Bauen & Wohnen

B	Öffentlichkeitsarbeit	02

Austausch von ineffizienten Haushaltsgeräten

Kosten / Wertschöpfung	Gerätspezifisch. Tendenz **NIEDRIG** bis **MITTEL** Amortisationszeit-Berechnung beim Neukauf von Elektrogeräten: http://www.energiespar-rechner.de/berechnungen/haushalt/elektrogeraete/	
Förder-möglichkeiten	Kooperationen mit lokalen Fachhändlern möglich.	
CO_2-Minderung	Potential zur Einsparung von 3-5t CO_2/a durch die Aktion „Kühlschrank sanieren". Bei einer angenommenen Lebensdauer von fünf Jahren entspricht dies 15 bis 25 Tonnen CO_2.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Komfortable Bedienung moderner Geräte.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	03

Bürgerenergieanlagen

Status: Neu | Umsetzung: 1. Quartal 2017

Beschreibung der Maßnahme	Bürgerenergieanlagen bieten dem Einzelnen eine Beteiligung an einem Projekt zur Erzeugung von Nutzenergie. Dabei handelt es sich um eine Anlage zur Produktion erneubarer Energie, die von mehreren Bürgern gemeinsam geplant und betrieben wird. So können beispielsweise Anteile an einem kommunalen Wind- oder Solarpark erworben werden. Projekte dieser Art sind zum einen dadurch vorteilhaft, dass größere Anlagen schneller realisiert werden können, wobei der Einzelne keine hohen Investitionskosten zu tragen hat und zum anderen durch eine Akzeptanzförderung bei der Bevölkerung hinsichtlich Energieerzeugungsanlagen in nächster Umgebung. Eine Kampagne mit Workshops, ggf. in Kooperation mit der Erkelenzer Sonnenschein eG, soll den Bürgerinnen und Bürgern die Idee zu Gemeinschaftsprojekten nahebringen. Einen möglichen Ansatz zur Umsetzung können hier Freiflächen-Solaranlagen darstellen, auf die in Maßnahme D03 weiter eingegangen wird.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Grundstückseigentümer
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Erkelenzer Sonnenschein eG
Arbeitsschritte	Kampagne zum Thema "Bürgerenergieanlagen" ausarbeiten.

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung Bürgerenergieanlagen	03

Kosten / Wertschöpfung	Relativ schnelle Amortisationszeit durch effektivere Großanlagen möglich. Kosten und Wertschöpfung: Tendenz **NIEDRIG** bis **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	Es existieren private Fördermöglichkeiten. Mehr Informationen unter: http://www.energiedialog.nrw.de/broschuere-klimaschutz-mit-buergerenergieanlagen/	
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** Die CO_2-Emissionen aus dem Deutschen Strommix für eine kWh elektrischer Energie sind aufgrund der auftretenden Verluste sehr groß.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS bei Eigennutzung wandert die regenerative Stromproduktion direkt zum Endverbraucher, was Bewusstsein bildet und Vorurteile abbaut MINUS Auftreten unerwünschter Emissionen (Schall, Licht, Geruch, etc.), Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch Windenergie und Zunahme des Lokalen Verkehrs (Anlieferungen für Biomasseanlagen).	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Stadtplanung & Neubau	04

Klimaschutz in der Stadtplanung

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Siedlungen bieten gute soziale Strukturen für Meinungs- und Wissenstransfer zwischen ihren Bewohnern. Zusätzlich bietet ein Zusammenhaltgefühl innerhalb der Siedlungen eine gute Basis zur Motivation des Einzelnen. Die Stadt Erkelenz hat die Möglichkeit im Rahmen stadtplanerischer Maßnahmen Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Reduzierung des Energiebedarfs bzw. den Einsatz erneuerbarer Energien unterstützen. Die in Erkelenz bereits vorhanden Klimaschutzsiedlungen sind ein gutes Beispiel für die positive Resonanz aus der Bevölkerung. Während in bereits existierenden Siedlungen insbesondere das Thema Sanierung aufgegriffen werden kann, besteht bei Neubaugebieten die Möglichkeit, Bauherren im Planungsprozess über Passiv- & PlusEnergiehäuser, PV-, Solarthermie- und Kleinwindanlagen sowie Wärmepumpen, Wärmecontracting und Nahwärmenetze zu informieren. Um weitere Klimaschutzsiedlungen attraktiv zu halten könnte ein Anreizprogramm geschaffen werden (vgl. B10).
Zielgruppe	Bürger/innen in Siedlungsbereichen
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Rat
Arbeitsschritte	Ausarbeitung einer Kampagne mit dem Thema "Klimaschutzsiedlungen"

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Stadtplanung & Neubau	04
	Klimaschutz in der Stadtplanung	

Kosten / Wertschöpfung	Es treten Werbe- und Planungskosten auf Tendenz **MITTEL**	
Förder-möglichkeiten	Über die KfW, Bafa und teilweise über die örtlichen Energieversorgungsunternehmen. Weitere Informationen unter: http://www.100-klimaschutzsiedlungen.de/klimaschutzsiedlungen/themen/progres-foerderung-13042.asp	
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH**	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Eine Klimaschutzsiedlung kann durch das "gemeinsame Ziel" das Zusammenhaltsgefühl der Bewohner stärken.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Sanierung	05

Effizienz-Netzwerk Handwerker

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Die Etablierung eines "Effizienz-Netzwerkes" zur Information und Unterstützung von Bauherren ermöglicht die effektive Umsetzung von Sanierungs- und Bauvorhaben. Ein Netzwerk von Beratern aus dem Bereich Energie- und Ressourceneffizienz. Mitglieder sind Vertreter von Beratungsunternehmen, Fachverbänden, Kreishandwerkerschaften und Handwerkskammern. Dies kann helfen, Ressourcen, finanzielle Mittel, Zeit und CO_2-Emmissionen einzusparen. Dieses Netzwerk sollte unabhängige, aktuelle Beratungen und Dienstleistungen zu einem breit gefächerten Themenfeld anbieten. Als Beispiel dienen die Dienstleistungen des Netzwerkes "effeff.ac" für die Stadt Aachen und Umgebung. Der Vorteil für Dienstleister besteht in der Auszeichnung mit einem "Qualitätslogo". Eine Möglichkeit bei der Initiierung viele Akteure und die Zielgruppe zu erreichen, stellt die Baumesse in Erkelenz dar.
Zielgruppe	Hauseigentümer, Bauherren und lokales Handwerk
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreditinstitute, Kreishandwerkerschaft, Verbraucherzentrale NRW, effeff.ac
Arbeitsschritte	1. Ausarbeitung eines möglichen "Effizienz-Netzwerk-Szenarios" 2. Kontakte zu möglichen Mitwirkenden knüpfen 3. Start des Projekts Effizienz-Netzwerk 4. Kontakte zu den Mitwirkenden nutzen, um das Netzwerk mithilfe von Fachwissen und Kompetenz zu optimieren

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Sanierung	05
	Effizienz-Netzwerk Handwerker	

Kosten / Wertschöpfung	Während im Anfangsstadium Kosten durch die Etablierung eines Netzwerkes auftreten, ist mit einer nicht geringen Wertschöpfung in späteren Phasen des Projekts durch die kostenpflichtigen Angebote des Netzwerkes zu rechnen.
Förder-möglichkeiten	Finanzierung ggf. durch lokale Kreditinstitute.
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** Wo kompetent, effizient und effektiv gebaut und saniert wird, entfallen große Teile der CO_2-Emissionen.
Zusatznutzen / Hemmnisse	
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	06

Bereitstellung von Dachflächen für PV

Status: Neu | Umsetzung: 2016

Beschreibung der Maßnahme	Die (kostenlose) Bereitstellung von Dachflächen, sei es durch Privatleute oder Unternehmen, stellt eine Möglichkeit für Investoren dar, Photovoltaikanlagen auch ohne entsprechende Flächen zu errichten. Hauseigentümer können so die Stromerzeugung aus umweltfreundlicher Solarenergie fördern, ohne selbst zu investieren. Dachbesitzer müssen motiviert werden auch ohne hohe Renditen, wie sie in den letzten Jahren möglich waren, Ihre Dächer mit Photovoltaik auszustatten. Eine zentrale Rolle als Multiplikator spielen hier Handwerksunternehmen, die Dächer mit Potential identifizieren und Eigentümer darauf aufmerksam machen. Eine Lösung, bei der Dachbesitzer und Unternehmer profitieren können, wird bereits durch das "Energiedach" der NEW bereit gestellt. Es gilt dieses und weitere Angebote bekannter zu machen. Pro 10 m² Dachfläche sind ca. 1kW peak installierte Leistung möglich. Dies entspricht einer jährlichen Stromproduktion von ca. 900kWh. Lebenszeit der Photovoltaikmodule: ca. 20 Jahre
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Kreishandwerkerschaft (Dachdecker), Erkelenzer Sonnenschein eG, Kreditinstitute, NEW
Arbeitsschritte	1. "Energie-Community" fördern (Bürgerabende, Lokalzeitung, Facebook...) 2. Potentiell nutzbare Dachflächen erkennen http://www.solare-stadt.de/erkelenz/Solarpotenzialkataster 3. Hausherren über PV & Potential informieren 4. Zwischen Anbieter & Interessierten vermitteln 5. Ergebnisse in Zwischenberichten festhalten (z.B. halbjährlich)

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	06
	Bereitstellung von Dachflächen für PV	

Kosten / Wertschöpfung	**Kosten:** 1.600€ pro 1kWp (10m² Dachfläche) **Wertschöpfung:** ca. 110€ pro Jahr bei Einspeisung **Amortisationszeit:** ca. 15a (Einspeisevergütung stand Juli 15')	
Förder-möglichkeiten	Infos z.B. hier: http://www.photovoltaik-foerderung.net/	
CO_2-Minderung	504 kg CO_2 pro Jahr (auf 10m² Dachfläche bei 900 Volllaststunden)	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS öffentliches Auftreten als "Solarkommune"	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	07

Wärmecontracting

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Hauseigentümer haben die Möglichkeit, Heizwärme per Langzeitvertrag (10-15 Jahre) von Anbietern (Contractor) zu beziehen. Das Wärmeversorgungsunternehmen (sog. Contractor) stellt dem Hauseigentümer eine Zentralheizung zur Verfügung oder modernisiert die vorhandene Heizungsanlage. Dies spart Investitionskosten für Heizungsanlagen sowie Aufwand für den Betrieb und spätere Heizkostenabrechnung. Zusätzlich werden Sanierungen durch den geringeren Kosten- und Arbeitsaufwand erheblich beschleunigt. Positives Praxisbeispiel: öffentlichkeitswirksame Suche nach der ältesten Heizung im Stadtgebiet, für deren Austausch es einen zusätzlichen Bonus gibt.
Zielgruppe	(zukünftige) Bauherren, Hauseigentümer
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Energieversorger (NEW)
Arbeitsschritte	Bauherren und Hauseigentümer informieren Vermittlung zwischen Contractor und Bauherren

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung Wärmecontracting	07

Kosten / Wertschöpfung	Objektspezifisch, Kosten: Tendenz **GERING** Wertschöpfung: Tendenz **HOCH**		
Förder-möglichkeiten	Es existieren auf Bundes- und Länderebene in Deutschland kaum eigenständige ,,Contracting-Förderprogramme''. Contractoren als Anlageneigentümer und -betreiber haben Anspruch auf die gesetzlich garantierten Einspeisevergütungen aus dem EEG sowie KWKG.		
CO_2-Minderung	Abhängig von der ersetzten konventionellen Heizungsanlage. Im Falle einer Versorgung durch unkonventionelle Energieanlagen (z.B Biogas) ist mit einer hohen CO_2-Minderung zu rechnen.		
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Minimierung des Ausfallrisikos durch Zentrale Versorgung (teilweise)		
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	08

Eigenstromerzeugung

Status: wird Fortgesetzt | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Decken Bürger ihren elektrischen Energiebedarf selbstständig mit erneuerbaren Energien ist dies nicht immer wesentlich günstiger als der Bezug aus dem öffentlichen Stromnetz, jedoch deutlich CO_2-sparender als Energie aus dem deutschen Strommix. Dieses Bewusstsein, verknüpft mit einer Sammlung an Wissen über Energieerzeugungsanlagen, muss an den Bürger herangetragen werden, um CO_2-arm und unabhängiger von Braunkohle und Kernkraft leben zu können. Im Rahmen einer Kampagne könnte für Eigenstromerzeugung geworben werden. Es existieren BHKW Contracting-Lösungen von lokalen Energieversorgern.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, Kreishandwerkerschaft
Arbeitsschritte	Ausarbeitung einer Kampagne zum Thema Eigenstromerzeugung.

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Energieerzeugung & -nutzung	08
	Eigenstromerzeugung	

Kosten / Wertschöpfung	Weil die Preise für Solaranlagen innerhalb weniger Jahre drastisch gefallen und gleichzeitig die Preise für Strom vom Versorger in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen sind, kostet der selbst erzeugte Strom vom Dach für den Endverbraucher heute weniger als aus dem Netz bezogener Strom
Förder-möglichkeiten	Jeder, der selbst Strom produziert, darf seinen Strom an den regionalen Netzbetreiber verkaufen. Dieser ist durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) dazu verpflichtet, Kunde der Privaterzeuger zu werden. 20 Jahre lang muss der regionale Netzbetreiber einen festen Preis für den Strom aus der Photovoltaikanlage bezahlen.
CO_2-Minderung	Vermiedener CO_2-Ausstoß in 20 Jahren für eine Dachfläche von 96,00m²: 236.985 kg
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Zusätzlich zu Stromeinsparung Vergütung durch das EEG
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Bauen & Wohnen

B	Stadtplanung und Neubau	09

Pilotprojekt: Kleinwindanlagen

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Kleinwindkraftanlagen nutzen die kinetische Energie des Windes zur Stromerzeugung und tragen so zur CO_2-armen Stromproduktion in der Kommune bei. Hausherren werden über die Möglichkeiten zur CO_2-Einsparung durch Eigennutzung/Netzeinspeisung von elektrischem Strom aus Windenergie aufgeklärt. Das hierzu notwendiges Wissen setzt sich aus dem Windpotential, diversen Anlagentypen, Netzanschluss und Speichermöglichkeiten zur Eigennutzung (z.B. durch Warmwasserspeicher, Nachtspeicherheizungen, E-mobility) zusammen. Max. 70kW darf eine Kleinwindkraftanlage erzeugen um noch als "klein" durchzugehen. Im Rahmen eines Pilotvorhabens, könnte eine Kleinwindanlage innerhalb einer bestehenden Siedlung aufgestellt werden. Energiepotential: http://www.energieatlasnrw.de/site/nav2/planung/KarteMG.aspx Weiterführende Informationen: http://www.klein-windkraftanlagen.com/
Zielgruppe	Haus-/Grundstückseigentümer
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Hausherren
Arbeitsschritte	"Energie-Community" fördern (Bürgerabende, Lokalzeitung, Facebook...). Hausherren über Windenergie und ihre Nutzung informieren. Beratungen und Diskussionsrunden anbieten. Potentiell nutzbare Standorte erkennen und prüfen (Langzeitmessungen). Ergebnisse in Zwischenberichten festhalten.

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Stadtplanung und Neubau	09
	Pilotprojekt: Kleinwindanlagen	

Kosten / Wertschöpfung	**Kosten**: 3.000€ bis 9.000€ pro installiertem kW. **Einspeisevergütung**: Ca. 9ct/kWh in den ersten 5 Jahren (Anlagen <50kW für 20 Jahre)	
Förder-möglichkeiten	Die staatliche KfW-Bank bietet Kleinwindkraftanlagen-Förderung in ihrem Programm Erneuerbare Energien – Standard. Voraussetzung ist eine zumindest teilweise Einspeisung ins öffentliche Netz.	
CO_2-Minderung	**0,56 kg** CO_2 pro erzeugter kWh. **560 kg** CO_2 pro installiertem kW im Jahr (bei 1000 Volllaststunden)	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Unabhängigkeit der Kommune wächst MINUS Schallemissionen, mögliche langwierige Genehmigungsverfahren, Hohe Amortisationsdauer bei Einspeisung	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Bauen & Wohnen

B	Öffentlichkeitsarbeit	10

Anreizprogramm "Energieeffizientes Bauen"

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Eine spezielle Regelung für besonders energieeffiziente Neubauten, die einen Passivhaus- oder Plusenergiehaus-Status erreichen, könnte angedacht werden. Bei der Erbringung entsprechender Nachweise (siehe KfW) könnte im Falle des Grundstückerwerbs über die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft (GEE) der Stadt Erkelenz, eine zusätzliche städtische Förderung angeboten werden. Diese Förderung könnte beispielsweise in Form einer Prämie pro Quadratmeter Grundstücksfläche angeboten werden. Zusammen mit Maßnahme B04 werden CO_2-Einsparmöglichkeiten sowohl bei Bestands- als auch bei Neubauten abgedeckt.
Zielgruppe	Grundstückseigentümer und Bauherren
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Banken, GEE
Arbeitsschritte	Ausarbeitung eines Förderprogramms Aushänge zu den Förderprogrammen entwerfen und platzieren.

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Bauen & Wohnen

B	Öffentlichkeitsarbeit	10

Anreizprogramm "Energieeffizientes Bauen"

Kosten / Wertschöpfung	Abhängig vom Förderprogramm. Je attraktiver die Förderungen desto effektiver die Maßnahme.	
Förder-möglichkeiten	Förderungen für Hausbesitzer: KfW-Förderkredit für energieeffizientes Bauen	
CO_2-Minderung	Relativ hoch. Immernoch werden ca. 50% des durchschnittlichen Energiebedarfs in Deutschland für Heizwärme genutzt, was einen großen Anteil an den CO_2-Emissionen im privaten Sektor darstellt.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS gesteigerte Aktraktivität eines energieeffizienten Gebäudes	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Verbesserung Infrastruktur	01

Attraktivitätssteigerung Fuß- & Radwege

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Eine gezielte Bewerbung des vorhandenen Angebots kann dazu beitragen, die Anteile im Modalsplit in Richtung Fuß- und Radverkehr zu verschieben. Bei Umbauvorhaben sollte das Augenmerk auf komfortableren und barrierefreien Wegen, sowie auf Vorteilen für Fußgänger und Radfahrer gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern liegen. Eine mögliche Maßnahme wäre hier die Reduzierung von Parkflächen im Stadtkern, was gemeinnützige Flächen bereitstellen kann und die Freiheit gibt, das Stadtbild zu verschönern (Stichwort "Barrierefreiheit"). Diese Maßnahme ist mit dem Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel (C02) und der bewussten Mobilität (C04) verknüpft. Schwerpunkte sind u. a. Aufbau eines flächendeckenden, sicheren Fußwegenetzes im ganzen Stadtgebiet; Schaffung neuer Bereiche mit Vorrang des Fußverkehrs (z. B. verkehrsberuhigte Bereiche); Ausbau der bisherigen Fußwegbeschilderung zu einem dichten, gesamtstädtischen Netz (Fokus Alltagsverkehr, z. B. innerhalb der Stadtteile); Abbau von Barrieren (Querungshilfen, Verkürzung der Ampelwartezeiten, Ahnden von Gehwegparken ...). Es sollten Aktionen, die autofreien Verkehr unterstützen, durchgeführt und unterstützt werden, z.B. durch die Maßnahmen A03 und A06.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Fahrradbeauftragter, Ordnungsamt, Tiefbauamt, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	1. Analyse der aktuellen Lage 2. Kontakte zu Entscheidungsträgern und Mitwirkenden mit Fachkompetenz aufbauen 3. Planung der Umbaumaßnahmen 4. Umsetzung der Pläne

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Mobilität & Verkehr

C	Verbesserung Infrastruktur	01

Attraktivitätssteigerung Fuß- & Radwege

Kosten / Wertschöpfung	Tendenziell **HOHE** Kosten	
Förder-möglichkeiten	Es gibt mehrere Fördermöglichkeiten : http://www.klimaschutz.de/de/programme https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/index-2.html	
CO_2-Minderung	INDIREKT Relativ hohes Potential, richtig gesetzte Impulse und attraktive Vorteile wirken effektiv auf die alltägliche Fahrzeugwahl der Bürgerinnen und Bürger	
Zusatznutzen / Hemmnisse		
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	ÖPNV	02

Verbesserung des ÖPNV-Angebots

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Öffentlicher Nahverkehr in ländlichen Gebieten, wozu Erkelenz mit den umliegenden Ortschaften verkehrstechnisch gehört, birgt die Gefahr, die potentiellen Nutzer nicht optimal bedienen zu können. Das Problem sind unregelmässige und nicht flächendeckende Routen. Seit Dezember wird diesem Problem mit dem ErkaBus entgegengewirkt. Es gilt, dieses neue Angebot zusammen mit den anderen öffentlichen Verkehrsmitteln bekannter zu machen und die Attraktivität weiter zu steigern. Die (Weiter-)Entwicklung des ErkaBus-Angebots sollte beobachtet und Änderungen z.B. im Fahrplan zeitnah fokussiert werden. Da der Bus eine umweltfreundliche Alternative darstellt, könnte er mit dem in A06 entwickelten Klimaschutz-Logo ausgezeichnet werden und gleichzeitig durch dieöffentliche Präsenz bekannter machen.
Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	WestVerkehr GmbH, Kreis Heinsberg
Arbeitsschritte	Kontakt zu ÖPNV-Anbietern herstellen (Gemeinsame) Optimierung des ÖPNV-Angebots

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Mobilität & Verkehr

C	ÖPNV	02
	Verbesserung des ÖPNV-Angebots	

Kosten / Wertschöpfung	Fahrgelderträge sowie Nebenerträge des Verkehrsbetriebs (Pacht, Werbung) decken die Kosten des ÖPNV meistens nur zu 20-50 %	
Förder-möglichkeiten	z.Z. keine Möglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Tendenz: **GERING** bis **MITTEL**	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS die Verringerung von Individualverkehr, Attraktivitätssterigerung als Einkaufsstadt	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement	03

Walking Bus

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Der Walkingbus ist eine Gehgemeinschaft auf dem Weg zur Schule oder zum Kindergarten. Von einem oder mehreren Erwachsenen begleitete Schülergruppen laufen wie ein Linienbus nach Fahrplan feste „Haltestellen" an. So füllt sich nach und nach der „Walking Bus" und bringt die Jungen und Mädchen sicher zur Schule und nach dem Unterricht wieder nach Hause. Die Verkehrsproblematik des "Eltern-Taxis" kann auf diese Weise sinnvoll entschärft werden. Aktionen zum Walking Bus sollten möglichst gebündelt an allen Schulen stattfinden, durch die geringen Investitionskosten ist es eine der ersten Maßnahmen, die der Klimaschutzmanager (auch im Rahmen von A02) umsetzen sollte.
Zielgruppe	Kindergartenkinder, Schüler und Eltern, Verkehrspolizisten
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Schulen, Eltern, Freiwillige, Verkehrsdienst der Polizei
Arbeitsschritte	Handlungsleitfaden unter: http://www.verkehrssicherheit.nrw.de/download/5100_Walkingbus_Handlungsleitfaden_12_05.pdf

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement Walking Bus	03

Kosten / Wertschöpfung	Organisationskosten	
Förder-möglichkeiten	Die Koordinierungsstelle des Netzwerks „Verkehrssicheres Nordrhein-Westfalen",bietet kostenlose Seminare an, in denen die Entwicklung eines Schulwegratgebers vermittelt wird. Zudem hat sie auch einen Handlungsleitfaden zur Erstellung eines Schulratgebers veröffentlicht und hilft unter anderem mit der Bereitstellung von Fragebögen zum Schulweg und zum Mobilitätsverhalten sowie mit weiteren Materialien oder bei der Vermittlung von potentiellen Partnern.	
CO_2-Minderung	Tendenz: **MITTEL**, langfristig CO2-Einsparungen druch Mobilitätsbewusstsein der Jugendlichen	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS mehr Bewegung und Gemeinschaftsgefühl, Verkehrserziehung im Alltag	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Elektromobilität	04

Bewusste Mobilität

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: 2016

Beschreibung der Maßnahme	Um im Punkt Mobilität Energie zu sparen ist es wichtig Routinen aufzubrechen und Alternativen aufzuzeigen. Neben dem Wechsel vom Privatwagen zum öffentlichen Nahverkehr spielen Elektromobilität, der Griff zum Fahrrad und andere Alternativen eine große Rolle. Der Fokus kann hierbei auf der Vermeidung des konventionellen Kraftfahrzeugverkehres in der Innenstadt liegen. Parkplätze können zu nutzbaren Grünflächen umfunktioniert werden und das Stadtbild verschönern. Der weichende Verkehr schafft Raum für Fußgänger, Radfahrer und Elektrofahrzeuge. Kampagnen, Infoflyer und alternative Angebote zu bestehenden Strukturen sind einige Möglichkeiten, um langfristig eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Diese Maßnahme ist eng mit dem Themenfeld Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten verknüpft. Durch die WestVerkehr ist angedacht, einen Aktionstag "Frei Fahrt" zu veranstalten, an dem kostenlose Busfahrscheine verteilt werden oder der Bus generell kostenlos genutzt werden kann.
Zielgruppe	Alle Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	KlimaTisch Erkelenz, Verwaltung, WestVerkehr, Gewerbering
Arbeitsschritte	Bewusstseinsbildung und Information der Bürger Werbung in lokalen Medien und an öffentlichen Plätzen regelmäßige Aktionstage um auf Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln hinzuweisen

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Mobilität & Verkehr

C	Elektromobilität Bewusste Mobilität	04
Kosten / Wertschöpfung	Planungs-und Werbekosten Tendenz: **GERING**	
Förder-möglichkeiten	z.Z. keine Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** - durch jeden Kilometer PKW-Verkehr werden bis zu. 200g CO_2 emittiert. Bereits durch die Vermeidung eines PKW-Kilometers pro Einwohner der Stadt lassen sich im Jahr 8,8 Tonnen CO_2 einsparen.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS beim Aufterten als Fahrradfreundliche Stadt Steigerung des Wohlbefindens und der Gesundheit durch mehr Bewegung PLUS durch Bewusstseinsbildung PLUS durch Synergien mit Lärmschutz, Luftreinhaltung und Verkehrssicherheit.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Konzeptionell	05

Intelligente Mobilitätssteuerung

Status: Neu | Umsetzung: 2018

Beschreibung der Maßnahme	In Erkelenz existiert bereits ein Parkleitsystem um Besucher der Innenstadt auf die Parkplätze um den Stadtkern herum zu verteilen. Da aber weiterhin Parkplatzangebote direkt im Stadtkern und in der Nähe der Einkaufsstraßen vorhanden sind, werden diese weiterhin angefahren. Um dies effektiv zu verhindern müssten diese Parkplätze abgeschafft oder zumindest in Anwohnerparkplärtze umgewandelt werden, um "Parksuchverkehr" zu vermindern. Alternativ müssen Anreize geschaffen werden, das vorhandene Parkleitsystem zu nutzen. Eine Anbindung in eine Web-App o.ä. sollte überprüft werden. Ein Bonus-Sytem (positiver Anreiz) für Nutzer der Parkflächen, die ins Parkleitsystem eingebunden sind, könnte ähnliche Wirkung zeigen wie Einschränkungen der anderen Parkangebote (Verbot). Ein Beispiel wären Gutscheine für Einzelhändler bei Einfahrt durch Schranken.
Zielgruppe	Bürger und Besucher der Stadt Erkelenz, Einzelhandel
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	WestEnergie & Verkehr, Stadtverwaltung, Politische Entscheidungsträger, Einzelhandel, Gewerbering
Arbeitsschritte	Analyse des Ist-Zustandes und Ermittlung der Gründe für Nichtnutzung Evtl. weitere Informationsbereitstellung für Nutzer (Web-App)

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Mobilität & Verkehr

C	Konzeptionell	05
	Intelligente Mobilitätssteuerung	

Kosten / Wertschöpfung	Variabel - je nach Planung und Umsetzung Tendenz **HOCH**	
Förder-möglichkeiten	z.Z. keine Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** - durch jeden Kilometer PKW-Verkehr werden bis zu 200g CO_2 emittiert. Bereits durch die Vermeidung eines PKW-Kilometers pro Einwohner der Stadt lassen sich im Jahr 8,8 Tonnen CO_2 einsparen.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Auftreten als Fahrradfreundliche Stadt PLUS Bewusstseinsbildung PLUS Übertragbarkeit in andere Bereiche, wie Wohnsiedlungen PLUS durch Synergien mit Lärmschutz, Luftreinhaltung und Verkehrssicherheit.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement	06

Betriebliches Mobilitätsmanagement

Status: Neu — Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Einpendlern, vor allem ins Stadtgebiet, sollten atraktive Alternativen zum motorisierten Individualverkehr geboten werden. Das bereits existierende Jobticket sollte aktiv vor Ort beworben werden. Spezielle Fahrrad-Leasing Angebote, z.B. für hochpreisige Elektrofahrräder, für Arbeitnehmer sollten unterstützt und beworben werden. Die Förderung von Radfahren und Klimaschutz zur Gesundheitsförderung sind auch für Arbeitgeber attraktiv, Aktionen in diesem Bereich, wie durch den Klimatisch und das Hermann-Josef-Krankenhaus, sollten ausgebaut werden.
Zielgruppe	Unternehmen
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Unternehmen, IHK, Westverkehr, KlimaTisch Erkelenz, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Heinsberg
Arbeitsschritte	Identifizieren relevanter Unternehmen Gespräche mit Akteuren Möglichkeiten sind Mitfahrbörsen, Fahrradkonzepte (Abstellmöglichkeiten, Duschen, bereitgestellte Fahrräder), aber auch Informationsveranstaltungen für Mitarbeiter (Spritsparkurse).

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement	06
	Betriebliches Mobilitätsmanagement	

Kosten / Wertschöpfung	Planungs- , Ausführungskosten Tendenz: Mit ausreichender Werbung **MITTEL** bis **HOCH**	
Förder-möglichkeiten	z.Z. keine Fördermöglichkeiten bekannt	
CO_2-Minderung	**MITTEL**, durch Verlagerung von motorisiertem Individualverkehr zu ÖPNV und nicht-motorisiertem Verkehr	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Möglichkeit einer Gruppenbildung für Interessierte PLUS Steigerung des Wohlbefindens und der Gesundheit durch mehr Bewegung	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement	07

kommunales Elektromobilitätskonzept

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	In Kooperation mit der NEW und weiteren Kommunen im Einzugsgebiet der NEW, gibt es die Möglichkeit an einer Studie teilzunehmen. Gegenstand der Studie ist eine Bedarfs- und Standortermittlung in Bezug auf die Erweiterung und den Einsatz von E-Fahrzeugen sowie die Schaffung einer öffentlichen Ladeinfrastruktur in der Stadt Erkelenz. Hierfür wurde bereits ein Förderantrag durch die NEW im Rahmen der Förderrichtlinie Elektromobilität des BMWi gestellt.
Zielgruppe	Verwaltung, NEW, Bürgerinnen und Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, NEW
Arbeitsschritte	1. Teilnahme an der Studie 2. Erstellung eines Elektromobilitätskonzeptes 3. Umsetzung des Elektromobilitätskonzeptes

Mobilität & Verkehr

C	Mobilitätsmanagement kommunales Elektromobilitätskonzept	07
Kosten / Wertschöpfung	Planungs- , Ausfüruhngskosten Tendenz: **GERING** (bezogen auf die Stadt Erkelenz)	
Förder-möglichkeiten	Förderrichtlinie Elektromobilität des BMWi	
CO_2-Minderung	**MITTEL** bis **HOCH**, durch Verlagerung von konventionellem Verkehr zu elektrifiziertem Verkehr	
Zusatznutzen / Hemmnisse		
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Gewerbe & Industrie

D	Energieerzeugung	01

Eigenstromerzeugung

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Strom aus dem deutschen Stromnetz hat einen relativ hohen CO_2-Emissionsfaktor (auch die Umstellung auf "Ökostrom" unterstützt bestenfalls nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien). Da eine Vollversorgung aus erneuerbaren Energien durch fehlende Speichertechnologien eine Witterungsabhängigkeit schafft, kann ein sogenanntes Blockheizkraftwerk (BHKW) eine zusätzliche Absicherung schaffen. Blockheizkraftwerke verbrennen einen flüssigen oder gasförmigen Brennstoff (Biogas, Benzin, Diesel) und wandeln diesen in elektrische und thermische Energie um. Anfallende Heizwärme aus Solarthermie- und BHKW-Anlagen können im Sommer zusätzlich mit Hilfe einer Sorptionskältemaschine zur Raumkühlung eingesetzt werden um ein gleichmäßig angenehmes Raumklima zu schaffen. Alternativ, für große Verbraucher auch zusätzlich, kann eine PV-Anlage mit Stromspeicher zur Eigenstromversorgung installiert werden.
Zielgruppe	Unternehmen in Erkelenz
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Unternehmen, Gewerbering
Arbeitsschritte	Ausarbeitung einer Kampagne zum Thema "Eigenstromerzeugung in Gewerbe und Industrie" als Information und Motivation für Unternehmen in Erkelenz

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieerzeugung Eigenstromerzeugung	01

Kosten / Wertschöpfung	Für die Gemeinde Planungs- und Werbekosten Tendenz: **GERING** bis **MITTEL** Für die Unternehmen Planungs- und Umsetzungskosten Tendenz: **MITTEL** bis **HOCH**
Förder-möglichkeiten	BAFA: Förderung für Mini-BHKW KfW: Zuschüsse und zinsgünstige Kredite für BHKW Energiesteuererstattung progres.nrw
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** Der Energieverbrauch aus fossilen Energieträgern von einzelnen Unternehmen ist teilweise sehr hoch, trotz Alternativen durch Erneuerbare Energien
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS überproduzierter Strom kann eingespeist und vergütet werden MINUS Eigenstromproduktion bedarf einer ausgiebigen Planung
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz	02

Energiemanagementsysteme

Status: Neu | Umsetzung: Frühjahr 2016

Beschreibung der Maßnahme	Ziel ist, die energiebezogene Leistung von Gewerbe und Industrie durch den Aufbau eines strukturierten Energiemanagementsystems zu verbessern. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Verringerung energetischer Verluste. Die "DIN EN ISO 50001" bietet als Internationale Norm einen Leitfaden, um Energiemanagementsysteme in Unternehmen zu etablieren. Zusätzlich ist eine Zertifizierung nach der ISO 50001 Vorraussetzung für die teilweise Befreiung von der EEG-Umlage. Die neuen Anforderungen im Rahmen des Energiedienstleistungsgesetzes und die entsprechenden Audits sollten als Anlass genommen werden, Energiemanagementsysteme dauerhaft auch in KMU umzusetzen, ggf. auch regelmäßiger als gesetzlich gefordert.
Zielgruppe	Unternehmen in Erkelenz
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	IHK, NEW, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg
Arbeitsschritte	Ausarbeitung einer Kampagne zum Thema "Energiemanagementsysteme in Gewerbe und Industrie" als Information und Motivation für Unternehmen in Erkelenz Verstetigung durch den Klimaschutzmanager (ab 2017)

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz Energiemanagementsysteme	02

Kosten / Wertschöpfung	Für die Gemeinde Planungs- und Werbekosten Tendenz: **GERING** Für die Unternehmen Planungs- und Umsetzungskosten Tendenz: **MITTEL** bis **HOCH**	
Förder-möglichkeiten	Förderung der Umsetzung durch Bafa möglich: http://www.bafa.de/bafa/de/energie/energiemanagementsysteme/	
CO_2-Minderung	Tendenz **HOCH** Der spezifische Energieverbrauch von Unternehmen ist teilweise sehr hoch, woraus ein hohes Einsparpotential resultiert.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Bewusstseinbildung bei Mitarbeitern im Unternehmen	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Gewerbe & Industrie

D	Erneuerbare Energien	03

Windkraft + PV-Freiflächenanlagen

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Solar- und Windkraftanlagen können durch Zusammenarbeit mit Wirtschaftspartnern in der öffentlichen Wahrnehmung gestärkt werden. PV-Freiflächenanlagen können dabei eine Leuchtturmstellung einnehmen, um auch den Ausbau auf Dachflächen weiter voranzutreiben. Bei der Auswahl geeigneter Flächen sollte darauf geachtet werden, dass nur Flächen mit geringer Konkurrenz z.B. mit landwirtschaftlichen Flächen ausgewählt werden. Diese Maßnahme kann, als Bürgerenergieanlage ausgeführt, weitere Synergieeffekte auslösen. Energiepotential: http://www.energieatlasnrw.de/site/nav2/planung/KarteMG.aspx Weiterführende Informationen zur Windenergie: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/potenzial_der_windenergie.pdf
Zielgruppe	Unternehmen in Erkelenz
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung
Arbeitsschritte	Prüfung geeigneter Flächen sowie Möglichkeiten zum Repowering nötig Ausschreibung neuer Windvorrangflächen (unter Abstimmung mit Nachbargemeinden)

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Erneuerbare Energien Windkraft + PV-Freiflächenanlagen	03
Kosten / Wertschöpfung	Kosten können durch Ausschreibung möglichst gering gehalten werden und sind sehr vorhersehbar hohe Werschöpfung in der Region	
Förder-möglichkeiten	Förderungen durch die KfW, Landwirtschaftliche Rentenbank: Energie vom Land, NRW.BANK.Energieinfrastruktur und andere möglich	
CO_2-Minderung	abhängig von der Fläche der Anlage Tendenz: Mittel bis Hoch	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Unabhängigkeit der Kommune wächst; anderweitig nicht-nutzbare Flächen können für die Stromproduktion genutzt werden MINUS Mögliche langwierige Genehmigungsverfahren, Hohe Amortisationsdauer bei Einspeisung, z.T. umweltschädigende Bodenversiegelung nötig, z.T. unnötige Belegung vorhandener Freiflächen (z.B. Konkurrenz zum Nahrungsanbau)	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz	04

Teilnahme an Netzwerken

Status: Neu | Umsetzung: 2016

Beschreibung der Maßnahme	Netzwerke zwischen den Unternehmen in Erkelenz fördern die Energieeffizienz in der Kommune durch Informationsaustausch. Aufbauend auf einer ausführlichen energetischen Bewertung der einzelnen Betriebe durch einen qualifizierten energietechnischen Berater setzen sich die einzelnen Betriebe, und das Netzwerk insgesamt, ein Energieeffizienzsteigerungs- und CO_2-Emissionsminderungsziel für die Laufzeit des Netzwerkes. Die Unternehmen werden durch Austausch und Ideenentwicklung "gemeinsam effizienter". Um einen Informationsrückhalt durch Konkurrenz zu verhindern nehmen konkurrierende Unternehmen an unterschiedlichen Netzwerken teil. Ein Netzwerk setzt sich so aus Unternehmen unterschiedlicher Bereiche zusammen. Unter anderem existieren "Lernende Energieeffizienz-Netzwerke" (LEEN), die nicht nur zur Energieeffizienzsteigerung und Emissionsminderung beitragen, sondern auch zur Senkung der Treibhausgase auf Bundesebene einen erheblichen Beitrag leisten
Zielgruppe	Unternehmen in Erkelenz
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Heinsberg, Unternehmen, Wirtschaftsbeirat
Arbeitsschritte	Information bzw. Aufruf der lokalen Unternehmen Finden von Netzwerkträger, Moderator und Beratern

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz Teilnahme an Netzwerken	04

Kosten / Wertschöpfung	Es treten Planungs- und Organisationskosten auf. Daneben treten Kosten für die Zertifizierung des Netzwerkes auf. Wertschöpfung in den Unternehmen durch Einsparungen möglich, Tendenz **MITTEL** bis **HOCH**	
Förder-möglichkeiten	Förderungen für "LEEN" gibt es durch das BMUB mit dem Projekt "LEEN 100 Plus"	
CO_2-Minderung	Indirekt, **HOHES** Potenzial	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Kommunikationsförderung zwischen Unternehmen MINUS z.T. nicht umsetzbare Maßnahmen für spezielle Betriebe	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz	05

Contractinglösungen

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Durch Contracting-Lösungen bietet sich die Möglichkeit ohne hohe Investitionen einen Austausch alter Energieversorgungsanlagen umzusetzen und damit den Energieverbrauch zu senken. Es gibt bereits verschiedene Unternehmen, wie beispielsweise die NEW, die verschiedene Contractingmodelle anbieten. Diese Angebote sollen gezielt stärker beworben und zusammen mit den Unternehmen ausgebaut werden.
Zielgruppe	kleine und mittlere Unternehmen, Gebäudeeigentümer
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, NEW
Arbeitsschritte	Information von potentiellen Kunden

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz Contractinglösungen	05

Kosten / Wertschöpfung	Kostensenkung durch Contracting
Förder-möglichkeiten	Förderung durch Bafa & KfW und weitere möglich. http://www.bafa.de/bafa/de/energie/contracting_beratungen/index.html
CO_2-Minderung	Abhängig von der ersetzen Anlage. Tendenz: **MITTEL** bis **HOCH**
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Versorgungssicherheit MINUS Abhängigkeit von Contractor, zum Teil lange Vertragslaufzeiten
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz	06

Energietreffen

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Die Einrichtung eines Energie- und finanzpolitischen Treffens. Im Rahmen eines solchen Gesprächskreises kann ein Informationsaustausch zwischen Unternehmen, Finanzierungsinstituten und ggf. weiteren Akteuren zu verschiedenen Themen stattfinden. Durch das Aufgreifen spezieller Energie- und Klimaschutz-Themen können die teilnehmenden Unternehmen gezielt informiert und beraten werden. Die Durchführung kann beispielsweise in Form von themen- und zielgruppenspezifischen Workshops stattfinden. Dabei könnten beispielsweise die Themen Kraft-Wärme-Kopplung, Abwärmenutzung, Contracting-Modelle oder Energiemanagementsysteme behandelt werden. Es ist durchaus denkbar für verschiedene Zielgruppen, beispielsweise für bestimmte Unternehmensgruppen, eigene Treffen zu organisieren. Ein erster Ansatzpunkt ist der Unternehmerstammtisch, in dessen Rahmen Umweltschutz teilweise thematisiert wird. Im Gegensatz zu D04 können die Treffen offener und auch mit größerem Teilnehmerkreis stattfinden.
Zielgruppe	jegliche Arten von Unternehmen, Finanzinstitute
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, IHK, Finanzinstitute, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	(Durch Klimaschutzmanager) Definition eines Moderators Organisation regelmäßiger Treffen evtl. Kontaktaufnahme zu Experten zu verschiedenen Themen und Technologien

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz Energietreffen	06

Kosten / Wertschöpfung	Es entstehen planungs- und Organisationskosten. Tendenz **GERING**		
Förder-möglichkeiten	z. Z. keine spezifischen Fördermöglichkeiten bekannt		
CO_2-Minderung	Indirekt- aus den Treffen können mögliche Ideen für hohe CO2-Einsparungen resultieren.		
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Durch den Wissenstransfer können neue Ideen für Klimaschutzmaßnahmen entstehen		
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz	07

Einbindung Einzelhandel ins IKS

Status: Neu | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Der Einzelhandel spielt als Schnittstelle zu den Verbrauchern eine wichtige Rolle als Multiplikator. Klimaschonender Konsum ist teilweise sogar erst mit dem entsprechenden Angebot möglich. Die Einzelhändler in Erkelenz sollten direkt angesprochen und in den Umsetzungsprozess des Klimaschutzkonzeptes einbezogen werden. Neben Energie- und somit Kosteneinsparungen profitiert der Einzelhandel durch eine Imagesteigerung, die z.B. auch einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz aus dem Onlinehandel darstellt. Konkrete Maßnahmen, die den Einzelhändlern angeboten werden können, sind ein Beleuchtungsmonitoring oder spezifische Beratungsangebote.
Zielgruppe	Einzelhandel
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	NEW, Gewerbering, Klimaschutzmanager
Arbeitsschritte	1. Bekanntmachung der Thematik bei Einzelhändlern/Gewerbering 2. Durchführung von Informationsveranstaltungen 3. Klimaschutzmanager steht als Anprechperson bereit

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Gewerbe & Industrie

D	Energieeffizienz Einbindung Einzelhandel ins IKS	07

Kosten / Wertschöpfung	Es entstehen planungs- und Organisationskosten. Tendenz **GERING**		
Förder-möglichkeiten	z. Z. keine spezifischen Fördermöglichkeiten bekannt		
CO_2-Minderung	direkte Einsparungen **GERING**, durch Multiplikatorwirkung langfristig **MITTEL**		
Zusatznutzen / Hemmnisse			
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Verwaltung

Organisation	01

Schaffung einer Stelle Klimaschutzmanager

Status:	Neu	Umsetzung:	2016

Beschreibung der Maßnahme	Klimaschutz ist ein langfristiger Prozess. Daher ist eine nachhaltige, zielgerichtete Koordinierung der anstehenden Aufgaben von größter Wichtigkeit. Dafür müssen ausreichend Ressourcen und Zeit innerhalb der Verwaltung zur Verfügung stehen. Durch eine Anordnung der Stelle mit weitreichenden Kompetenzen, können zu treffende Entscheidungen schnellstmöglich getroffen und anstehende Aufgaben schneller umgesetzt werden. Eine Stelle für Klimaschutz dient dabei nicht nur als Anlaufstelle für die Bürger, sondern auch für alle verwaltungsinternen Angelegenheiten, die zur Thematik Klimaschutz passen. Bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts sind neben den Klimaschutzmaßnahmen auch die Öffentlichkeitsarbeit und das Controlling vom Klimaschutzmanager zu koordinieren.
Zielgruppe	Verwaltung, Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Politische Entscheidungsträger
Arbeitsschritte	1. Politischer Beschluss zur Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes 2. Strategische Planung der Verankerung im Verwaltungsapparat 3. Erstellung eines Finanzierungskonzepts (Stellung des Förderantrags beim Projektträger Jülich für einen Klimaschutzmanager) 4. Ausschreibung und Besetzung der Stelle

Verwaltung

Organisation	01
Schaffung einer Stelle Klimaschutzmanager	

Kosten / Wertschöpfung	Kosten ca. 55.000EUR pro Jahr Werschöpfung abhängig von den angestoßenen Projekten die mit regionalen Unternehmen durchgeführt werden. Tendenz HOHE Wertschöpfung
Förder-möglichkeiten	Erstvorhaben: 3 Jahre 65% Förderquote https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/klimaschutzmanagement http://www.klimaschutz.de/sites/default/files/page/downloads/140912_MB_KSM.pdf
CO_2-Minderung	keine direkte Minderung - Nur durch die Koordination der anstehenden Aufgaben, kann auf lange Sicht schneller und nachhaltiger eine Emissionsminderung eintreten
Zusatznutzen / Hemmnisse	Es entsteht eine Stelle mit einem zentralen Ansprechpartner für alle Fachbereiche der Stadt für Fragen rund um die Thematik Klimaschutz. Ein weiterer Verwaltungszweig, der ins kommunale System integriert werden muss. Politischer Rückhalt ist ausschlaggebend für das nachhaltige Bestehen der Stelle.
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Verwaltung

Organisation	02

Einrichtung Klimaschutzbeirat

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ist es ratsam, eine Abstimmung der Interessen vorzunehmen. Dazu ist die Einrichtung eines Klimaschutzbeirates sinnvoll. Dieses Gremium sollte aus Vertretern der Stadt, des lokalen EVU, größerer lokaler Firmen, Kreditinstituten und sachkundigen Bürgern bestehen. Die jeweiligen Personenkreise waren bereits bei den durchgeführten Workshops involviert und dienten während der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes als Experten. Im Rahmen von jährlich 2-3 Sitzungsterminen sollten Interessen und Vorgehensweisen abgestimmt und ausgetauscht werden. Die aktuelle Klimabilanz sowie Maßnahmen, die gerade durchgeführt werden oder worden sind, werden vorgestellt und diskutiert. Es empfiehlt sich den Klimaschutzbeirat als Meinungsgeber für anstehende Klimaschutzentscheidungen im Rat hinzuzuziehen.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Aktive Bürger und Unternehmer, Kreditinstitute, Energieversorger
Arbeitsschritte	1. Findung von passenden Akteuren 2. Gründung eines Beirates mit Festlegung von Aufgaben 3. Festlegung von Terminen und Diskussionsfeldern

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation Einrichtung Klimaschutzbeirat			**02**
Kosten / Wertschöpfung	Es entstehen Personal- sowie Sachkosten. Tendenz **GERING**		
Förder-möglichkeiten			
CO_2-Minderung	keine direkten Einsparungen Tendenz **GERING**		
Zusatznutzen / Hemmnisse	Steigerung der Koordination im Bereich Klimaschutz		
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Verwaltung

Organisation	03
kommunales Energiemonitoring	
Status: wird Fortgesetzt	Umsetzung: im Gange
Beschreibung der Maßnahme	Die Ziele des Energiemonitoringss sind der Klimaschutz, die Ressourcenschonung und Kostensenkung. Abgedeckt wird alles von der Bilanzierung der Ausgangslage und Analyse der Ergebnisse über Maßnahmenausarbeitung hin zur Umsetzung der Maßnahmen, um energieintensive Systeme zu optimieren und energetische Verluste auf ein Minimum zu reduzieren. Bilanzieren und Energiesparen ist in nahezu jedem Bereich möglich, eine öffentliche Berichterstattung stärkt die Vorbildfunktion und soll Bürger zum Klimaschutz motivieren. Ausdrücklich sollten auch Energieausweise für die Gebäude erstellt werden. Zu dieser Maßnahme gehören auch Energieaudits, die z.Z. für sechs städtische Gesellschaften in Frage kommen. Durch das Monitoring und Controlling sollen Optimierungspotentiale frühzeitig erkannt werden und so neue Maßnahemn entstehen, wie z.B. optimiertes Beleuchten, Heizen und Lüften in öffentlichen Einrichtungen.
Zielgruppe	Mitarbeiter der Verwaltung, Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung
Arbeitsschritte	Monitoring und Berichterstattung für alle städtischen Gebäude läuft bereits. Zukünftig: - Durchführen von Audits im Rahmen des Energiedienstleistungsgesetzes - Analyse der Ergebnisse - evtl Einleiten von Schritten zur Optimierung

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation kommunales Energiemonitoring			03
Kosten / Wertschöpfung	Auftretende Kosten sind abhängig vom Energiemanagementsystem und dessen Umsetzung. Mit der Wertschöpfung verhällt es sich ebenso, da diese z.B. von Einsparmaßnahmen abhängig ist.		
Förder-möglichkeiten	Es existieren unterschiedliche Förderprogramme des KfW und des BMUB. Weitere Informationen finden sich unter: http://www.energieeffiziente-kommune.de/energiemanagement/schritt-5-finanzieren-planen/finanzierung-foerderung/		
CO_2-Minderung	keine direkten Einsparungen - durch die Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen können erhebliche Einsparungen erreicht werden		
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS die Kommunale Verwaltung agiert als Vorbild und schafft durch Öffentliche Klimaschutzaktivitäten Bewusstsein sowie einen klaren Standpunkt des Klimaschutzes in Erkelenz.		
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Verwaltung

Kommunale Gebäude	04

Umsetzung Sanierungsplan

Status: wird Fortgesetzt | Umsetzung: im Gange

Beschreibung der Maßnahme	Der bestehende Sanierungsplan für städtische Liegenschaften soll umgesetzt werden. Dabei bedarf es einer stetigen Prüfung der aktuellen Möglichkeiten und Techniken für die anvisierten Planungen. Die Stadt Erkelenz unterhält: 6 Verwaltungsgebäude und Nebenstellen, 5 Dienstwohnungen, 34 Mietwohnungen und Mietobjekte, 3 Schwimmbäder inkl. 1 Freibad, 13 Kindergärten und sonstige Einrichtungen der Jugendpflege, 16 Mehrzweckhallen und -gebäude, 28 Obdächer, Übergangs- und Asylantenwohnheime, 3 Baubetriebshöfe und Nebenstellen, 6 Toilettenanlagen, 19 Feuerwehrgerätehäuser, 14 Friedhofshallen und -kapelle, 13 Sportumkleiden und Geräteräume, 15 Turnhallen, 4 Wartehallen, 8 Grundschulen an 10 Standorten, 1 Hauptschule, 1 Förderschule, 1 Realschule, 2 Gymnasien, 1 Tiefgarage, 1 Kläranlage und die Stadtbücherei.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger, Nutzer der Einrichtungen
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Politik, Verwaltung
Arbeitsschritte	laufender Prozess

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Kommunale Gebäude Umsetzung Sanierungsplan	**04**

Kosten / Wertschöpfung	Abhängig von der Durchführung. Es fallen Personal-, Sach- und Materialkosten an. Tendenz **HOCH,** Wertschöpfung ebenfalls **HOCH**	
Förder-möglichkeiten	Förderungen über die KfW sind möglich	
CO_2-Minderung	Direkten Einsparungen - durch die Umsetzung von Maßnahmen können **HOHE** Einsparungen erreicht werden.	
Zusatznutzen / Hemmnisse	Vorbildfunktion der Stadt wird gestärkt.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Verwaltung

Organisation	05

Straßenbeleuchtung

Status: wird fortgesetzt | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Die Straßenbeleuchtung ist ein wichtiger Faktor im Bereich Sicherheit und wird unmittelbar durch die Öffentlichkeit wahrgenommen. Falls möglich, ist neben den Anschaffungskosten, Nutzungskosten und resultierenden Energieeinsparungen der neuen Beleuchtungssysteme, auf die Lebensdauer und die CO_2-Emissionen während der Produktion und des Transports der Leuchtmittel zu achten. In Erkelenz wird bereits auf Produkte gemäß der "Ökodesign"-Richtlinie geachtet. Die bereits laufende Verbesserung der nächtlichen Leuchtstärke sollte weiter verfolgt werden. Ein Sanierungs- und Finanzierungsplan wird z.Z. erarbeitet. Dabei sollte beachtet werden, dass der Austausch oder die Errichtung von neuer LED-Beleuchtungstechnik ab Oktober 2015 durch das BMUB-Programm "Investive Klimaschutzmaßnahmen" gefördert werden. Eine kontinuierliche Überprüfung der Wirtschaftlichkeit von bestehenden Beleuchtungen und eine Rückstellung von finanziellen Mitteln sollte unabhängig davon erfolgen.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger, Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Politik, Verwaltung, Bürger, NEW
Arbeitsschritte	1. Bilanzierung und Analyse der Ausgangslage 2. Ausarbeitung eines Alternativszenarios 3. Antrag auf finanzielle Mittel zur Optimierung der Straßenbeleuchtung in der Kommune 4. Umsetzung des Alternativszenarios

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation Straßenbeleuchtung	05

Kosten / Wertschöpfung	Es entstehen Personal- sowie Sachkosten. Tendenz **HOCH,** bei hoher Wertschöpfung	
Förder-möglichkeiten	**Neu 10/2015**: Förderung durch das Bundesumweltministerium für die Sanierung von Außen- und Straßenbeleuchtung Weitere Infos : https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/investive_massnahmen	
CO_2-Minderung	keine direkten Einsparungen - durch die Initiierung und Umsetzung von Maßnahmen können erhebliche Einsparungen erreicht werden	
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS eine Optimierung der Straßenbeleuchtung kann bei richtiger Ausführung zu einer höheren Sicherheit im Verkehr führen.	
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Verwaltung

Organisation	06

Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Elektromobilität fungiert als Katalysator und Innovationstreiber, um zukunftsfähige und multimodale Mobilitätskonzepte zu fördern und über Awareness- und Informationskampagnen die Bürger zu sensibilisieren. Städte können beispielsweise durch Unterstützung des Aufbaus einer Netz- und Ladeinfrastruktur, Schaffung von Privilegien für Zero-Emission-Fahrzeuge und Anschaffung von Elektrofahrzeugen für den eigenen Fuhrpark langfristige Entwicklungen anstoßen, die nicht nur auf eine Verringerung von CO_2-Emissionen abzielen. Sie geben auch Anstoß zum Umdenken in der Bevölkerung, so dass im Bereich der Individualmobilität Konzepte von „Nutzen statt Haben" befördert werden, die durch Car-Sharing bislang nicht den erhofften Verbreitungsgrad gefunden hatten. Im Rahmen dieser Maßnahme soll der Kontakt zu entsprechenden Akteuren und Entscheidungsträgern aufgebaut werden um den kommunalen Fuhrpark Schritt für Schritt auf Elektromobilität umzustellen. Außerdem muss ein Konzept für die Bereitstellung von Ladestationen im Stadtgebiet erarbeitet werden.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Politik, Verwaltung
Arbeitsschritte	1. Analyse des aktuellen kommunalen Fuhrparks 2. Ausarbeitung eines Szenarios "Elektromobilität im Fuhrpark Erkelenz" (inkl. Ladesäulenkonzept für Öffentlichkeit) 3. Vorstellung des Szenarios bei Entscheidungsträgern der Stadt

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation	06
Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark	

Kosten / Wertschöpfung			
Förder-möglichkeiten	Förderrichtlinie des BMVI http://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Artikel/G/foerderrichtlinie-elektromobilitaet.html Antrag für Forschungsprojekt PREMIUM des BMUB ist gestellt		
CO_2-Minderung	zunächst GERING, auf lange Sicht aber hohes Potential durch Vorbildwirkung und Vorreiterrolle		
Zusatznutzen / Hemmnisse			
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Verwaltung

Organisation	07

Klimaschutzapp

Status: Neu | Umsetzung: Langfristig

Beschreibung der Maßnahme	Entwicklung einer Klimaschutz-App in Verbindung mit geplantem WLAN-Angebot im Innenstadtbereich. In die App können Klimaschutzmaßnahmen integriert werden, um den Nutzer während des Energiesparens aktiv zu unterstützen. So kann die App beispielsweise aktiv durch den Klimaparcours führen, auf ein Online-Parkleit-System zugreifen, um den Nutzer zum nächsten freien Parkplatz zu navigieren, Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und deren Fahrpläne in der Umgebung anzeigen und zukünftige Veranstaltungen mit den wichtigsten Daten einblenden.
Zielgruppe	Bürger
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Aktive Bürger und Unternehmer, Hochschulen
Arbeitsschritte	1. Ausarbeitung "Sinnvolle Funktionen einer Klimaschutzapp" 2. Kostenanfrage bei Software-Entwicklungsunternehmen stellen 3. Entscheidungsträgern der Stadt Erkelenz die Nutzen und Kosten nahebringen und für die Umsetzung werben. 4. Auf die Umsetzung folgt die Werbekampagne bei der Bevölkerung

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation Klimaschutzapp	07

Kosten / Wertschöpfung	Die kosten für Softwareentwicklung variieren zum Teil sehr stark, abhängig von der Plattform (z.B. Apple App-Store, Android Market) und vom Umfang der Funktionen. Unterschiedliche Quellen geben Mindestkosten von ca. 2000€ an, weitere Zuschläge sind wahrscheinlich.
Förder-möglichkeiten	keine Fördermöglichkeiten bekannt.
CO_2-Minderung	keine direkten Einsparungen - jedoch kann mit MITTLEREN Einsparungen in Folge der Nutzung einer solchen App gerechnet werden
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Gerade junge Leute, die sonst schwer zu erreichen sind, können mit einer App leicht angesprochen werden.
Priorität	**1** **2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme	

Verwaltung

Kommunale Gebäude	08

Prüfung der Gebäudebeleuchtung

Status: Neu | Umsetzung: Kurzfristig

Beschreibung der Maßnahme	Die Innen- und Außenbeleuchtung von Gebäuden der kommunalen Liegeschaften kann zum Teil ineffizient oder wenig sinnvoll arbeiten. Um dies zu überprüfen, soll die Beleuchtung an allen Gebäuden "bilanziert" werden, es sollen also Verbrauch und abgegebene Lichtleistung aufgenommen und mit aktueller, energiesparender Beleuchtungstechnik verglichen werden. Desweiteren sollen die Beleuchtungszeiträume optimiert werden, um Energie zu sparen wenn die Beleuchtung nicht benötigt wird. Die Umstellung auf LED-Beleuchtung wird seit Oktober 2015 erneut für innen und außen gefördert (Siehe Fördermöglichkeiten).
Zielgruppe	Verwaltung
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung
Arbeitsschritte	1. Aufnahme der Beleuchtung an allen Kommunalen Liegeschaften 2. Optimierung der Beleuchtungsmittel und-zeiträume 3. Vergleich mit aktueller Beleuchtungstechnik

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Kommunale Gebäude Prüfung der Gebäudebeleuchtung			**08**
Kosten / Wertschöpfung	Kosten entstehen durch Arbeitszeit bei Bilanzierung und Optimierung. Tendenz **MITTEL**		
Förder-möglichkeiten	**Neu 10/2015:** Förderung durch das Bundesumweltministerium für die Sanierung von Außen- und Straßenbeleuchtung Weitere Infos : https://www.ptj.de/klimaschutzinitiative-kommunen/investive_massnahmen		
CO_2-Minderung	Abhängig von der aktuellen Beleuchtung ist ein **MITTLERES** Einsparpotential möglich.		
Zusatznutzen / Hemmnisse	PLUS Verschönerung des Stadtbildes		
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Verwaltung

Organisation	09

Fortführung eea

Status: wird Fortgesetzt Umsetzung: Sommer 2016

Beschreibung der Maßnahme	Der European Energy Award (eea) ist ein Planungs- und Kontrollinstrument, ein Qualitätsmanagementsystem und ein Zertifizierungsverfahren für Landkreise, Städte und Gemeinden. Die wesentlichen Bausteine sind die Durchführung eines regelmäßigen Arbeitsprogramms und eine jährliche Berichterstattung auf Basis interner Audits. Die Stadt kann sich im Rahmen der Zertifizierung auszeichnen lassen. Ab einer Zielerreichung von 50 % der zu Grunde gelegten Erfolgs- und Punkteskala wird der European Energy Award Silber, bei 75 %-Zielerreichung ein sog. Gold-Standard verliehen. Die Stadt Erkelenz nimmt bereits erfolgreich am eea teil. Diese Teilnahme sollte fortgeführt werden um eine stetige interne Kontrolle der kommunalen Klimaschutzaktivitäten zu unterstützen.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger, Verwaltung
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Energiemanager, kommunale Betriebe
Arbeitsschritte	1. Externes Audit 2. Beschluss über die Fortsetzung 3. Antrag auf Folgeförderung

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation	09
Fortführung eea	

Kosten / Wertschöpfung	Die Kosten setzen sich zusammen aus dem jährlichen Programmbeitrag, den Moderations- und Beratungsleistungen für den eea-Berater sowie den Kosten für die Zertifizierung durch den eea-Auditor. Darüber hinaus entstehen Sach- und Personalkosten für das Energieteam. Für das internationale Gold-Audit fällt eine zusätzliche pauschale Gebühr an – abhängig von der Größe der Stadt. Tendenz **GERING**	
Förder-möglichkeiten	Über die Energieagentur NRW kann für den eea eine Folgeförderung beantragt werden: *http://www.energieagentur.nrw.de/european-energy-award/themen/foerderung-5828.asp*	
CO_2-Minderung	eea-Kommunen in Nordrhein-Westfalen erzielen eine höhere Einsparung der CO_2-Emissionen als die Durchschnittskommune in Nordrhein-Westfalen	
Zusatznutzen / Hemmnisse		
Priorität	**1**	**2**
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme		

Verwaltung

Organisation	10

Fortschreibung Solarkataster

Status: wird Fortgesetzt | Umsetzung: Mittelfristig

Beschreibung der Maßnahme	Ein Solarkataster kann helfen, die Potentiale der Sonnenenergie für Warmwasser und Photovoltaik abzuschätzen und zu erschließen. Der Vorteil des Solarkatasters liegt in seiner einfachen Handhabung und der geringen Schwelle im Vergleich zum Besuch eines Beratungszentrums oder eines Handwerkers. Ziele: - Information der Bevölkerung zum Thema regenerative Energieerzeugung und Klimaschutz - Steigerung der solaren Nutzung (Strom und Wärme) - Planungshilfe und neutrale Information für Installationsfirmen, Energieberater, Banken, Energieversorger und hierdurch Förderung der regionalen Wertschöpfung Für die Stadt Erkelenz gibt es bereits ein solches Solarkataster beruhend auf Daten von 2011, welches fortgeschrieben werden sollte. Auf Besitzer von geigneten Objekten sollte gezielt zugegangen werden.
Zielgruppe	Politische Entscheidungsträger, Verwaltung
Akteure / Zuständigkeit in der Kommune	Verwaltung, Volksbank, NEW, WestEnergie
Arbeitsschritte	1. Gespräche mit möglichen Akteuren zur finanziellen und administrativen Beteiligung (Energieversorger (NEW), Banken (Raiffeisen/Volksbank), Solarteure) 2. Einbindung des Tools in eine Klimaschutzapp 3. Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen, zielgruppenspezifische Beratung

Maßnahmenkatalog Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

Verwaltung

Organisation Fortschreibung Solarkataster			**10**
Kosten / Wertschöpfung	Tool ist vorhanden! Tendenz: **GERING**		
Förder-möglichkeiten	Neben der Stadt engagierten sich auch ortsansässige Kreditinstitute, Stadtwerke, Innungen oder Wirtschaftsförderer für die Erstellung und Fortschreibung von Solarkatastern.		
CO_2-Minderung	keine direkten Einsparungen –indirekt durch Zubau von Solaranlagen		
Zusatznutzen / Hemmnisse			
Priorität	**1**	**2**	
Ergebnisse der Durchführung / Auditierung & Bewertung der Maßnahme			

Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Erkelenz

FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales

25. November 2015

Prof. Dr.-Ing. Isabel Kuperjans

Gefördert durch:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

NATIONALE KLIMASCHUTZ INITIATIVE

Klimaschutzkonzept Erkelenz

Struktur des Konzeptes

Ist-Analyse

- Energiebilanz, CO_2-Bilanz

Potenzialanalyse

- theoretisch erreichbare CO_2-Minderung, Szenarien

Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen

- Beschreibung der Maßnahmen
- Priorisierung
- Fahrplan

Festlegung Klimaschutzziele

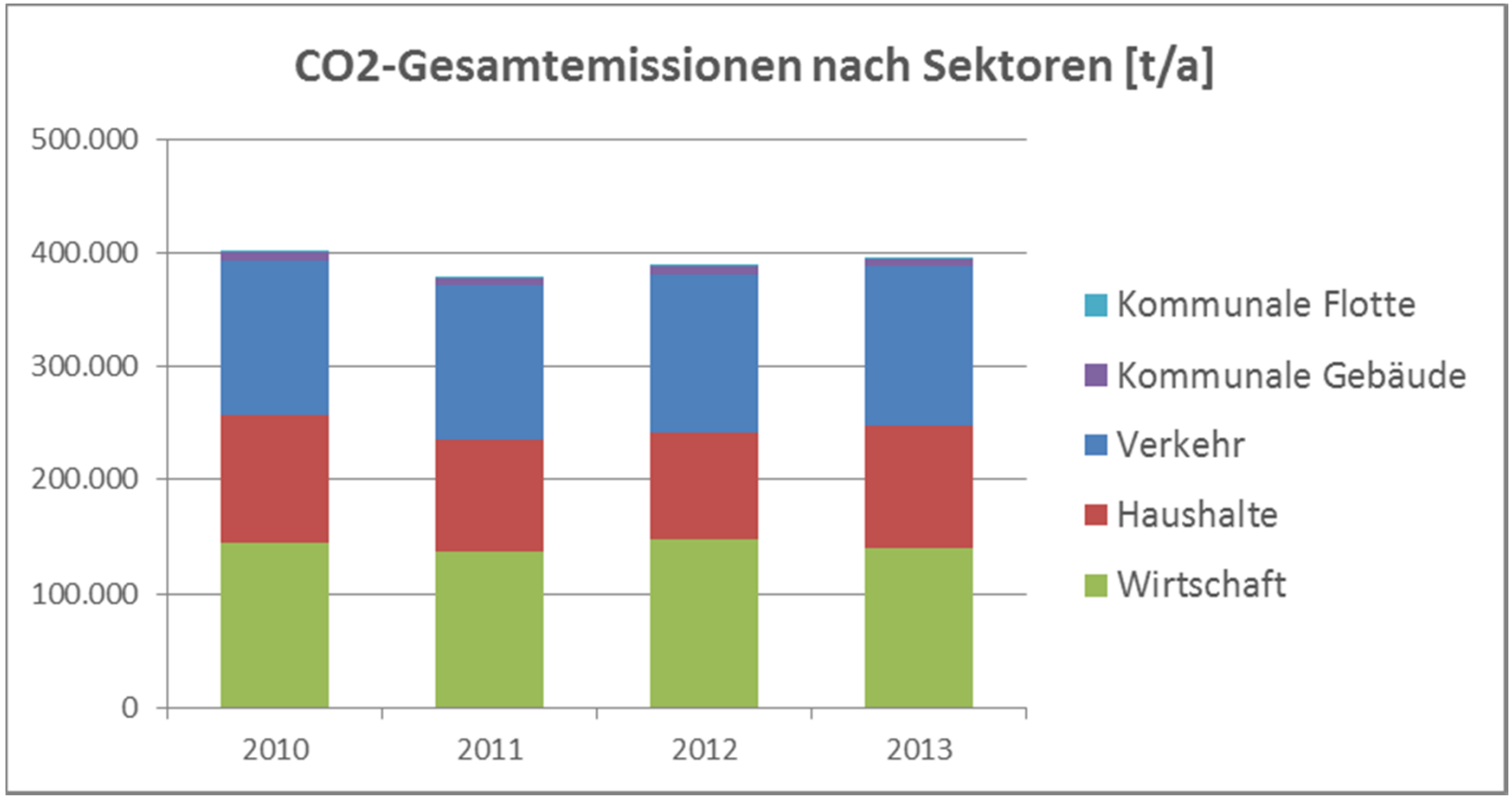
Controllingkonzept

Öffentlichkeitsarbeit

Klimaschutzkonzept Erkelenz

CO_2-Bilanz nach Sektoren

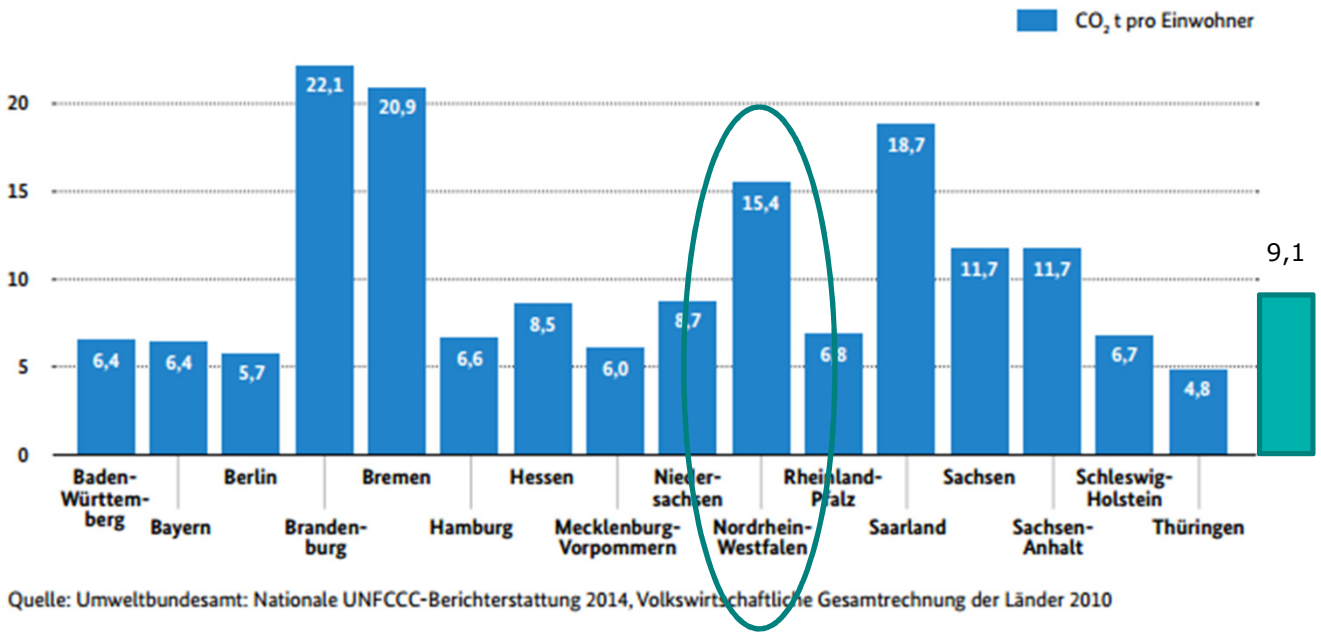
2010 insgesamt ca. 398.350 tCO_2
2013 insgesamt ca. 401.500 tCO_2



Klimaschutzkonzept Erkelenz

Erkelenz im nationalen Vergleich – CO_2 pro Kopf

Abb. 30: **Aufteilung der CO_2-Emissionen nach Bundesländern**



Quelle: Umweltbundesamt: Nationale UNFCCC-Berichterstattung 2014, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 2010

> BRD: 11,7tCO_2 pro Kopf

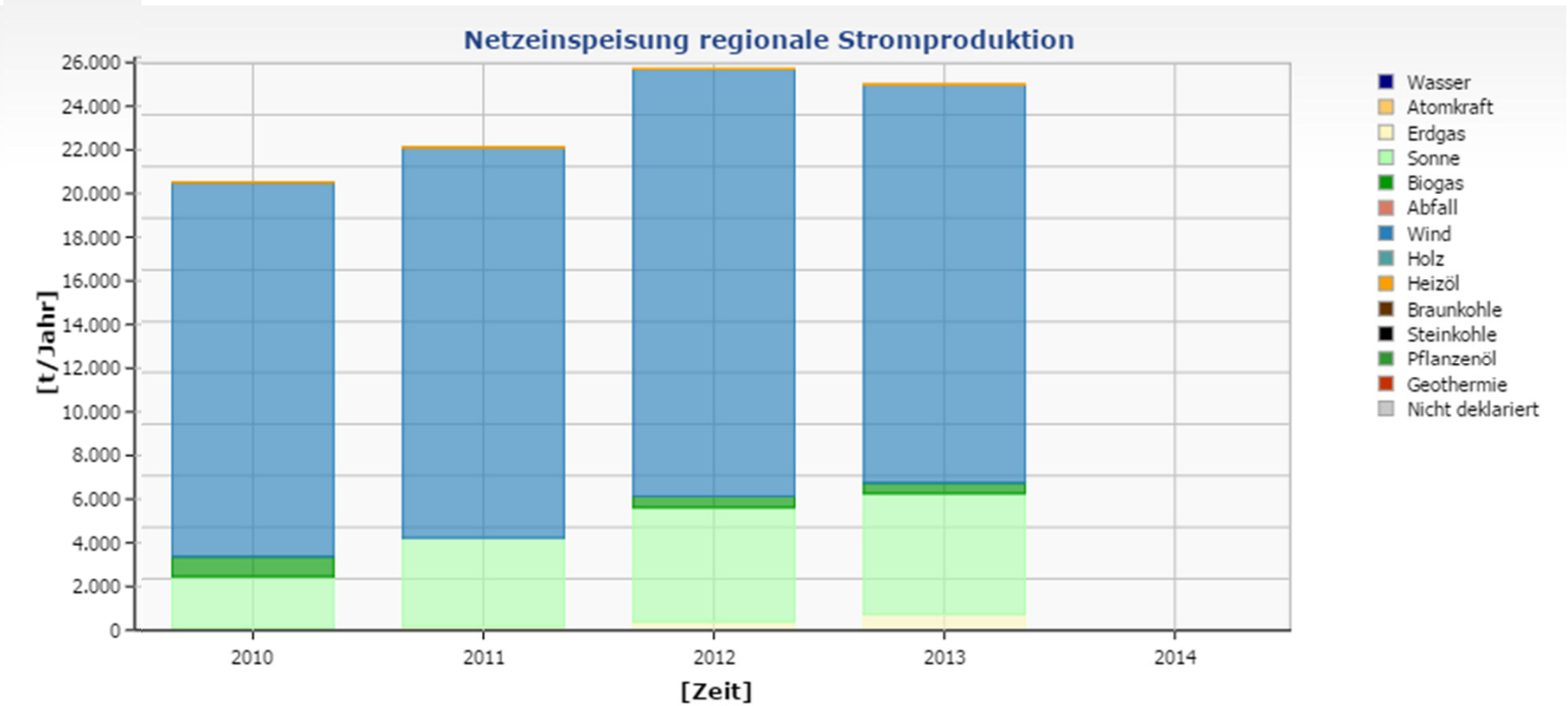
> NRW: 15,4tCO_2 pro Kopf

> Erkelenz: 9,1tCO_2 pro Kopf

Klimaschutzkonzept Erkelenz
Regionale Stromproduktion

FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

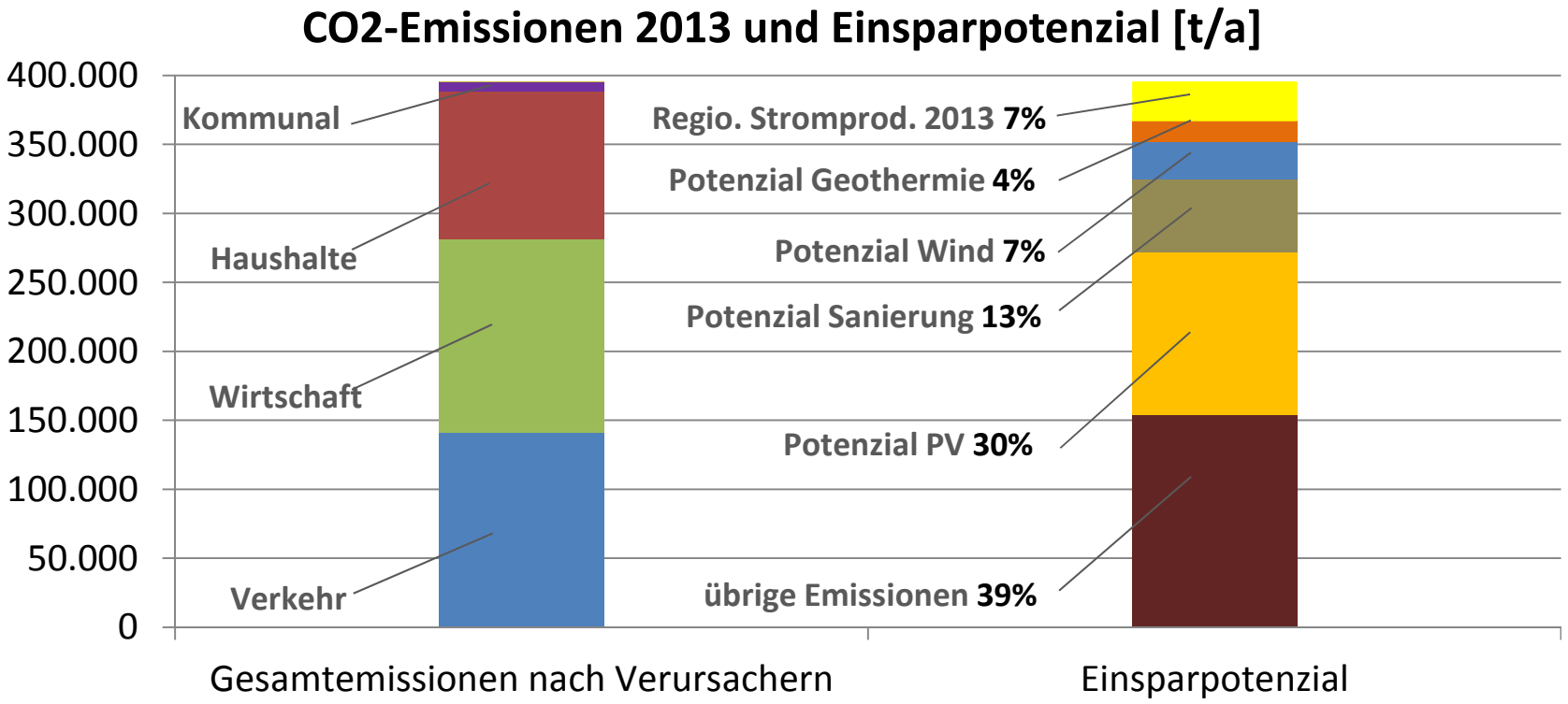
Insgesamt ca. 53.000 MWh
entspricht 28% vom Stromverbrauchverbrauch
→ Hauptsächlich durch Windenergie



Klimaschutzkonzept Erkelenz
Potenzial

FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

z.Zt. 7% der Emissionen durch Erneuerbare vermieden
Weiteres Potenzial durch PV, Wind und Sanierungen



Klimaschutzkonzept Erkelenz
Szenarien



FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

TREND-Szenario:

- Sanierungsquote bleibt bei 0,8%
- 10% der Ölheizungen werden durch Geothermie (Wärmepumpen) ersetzt
- Keine weitere Windkraft
- PV von 8% auf 20% des Potenzials auf Dachflächen

→ Insgesamt 57.000 t bzw. 16,5% Einsparung

Szenarien

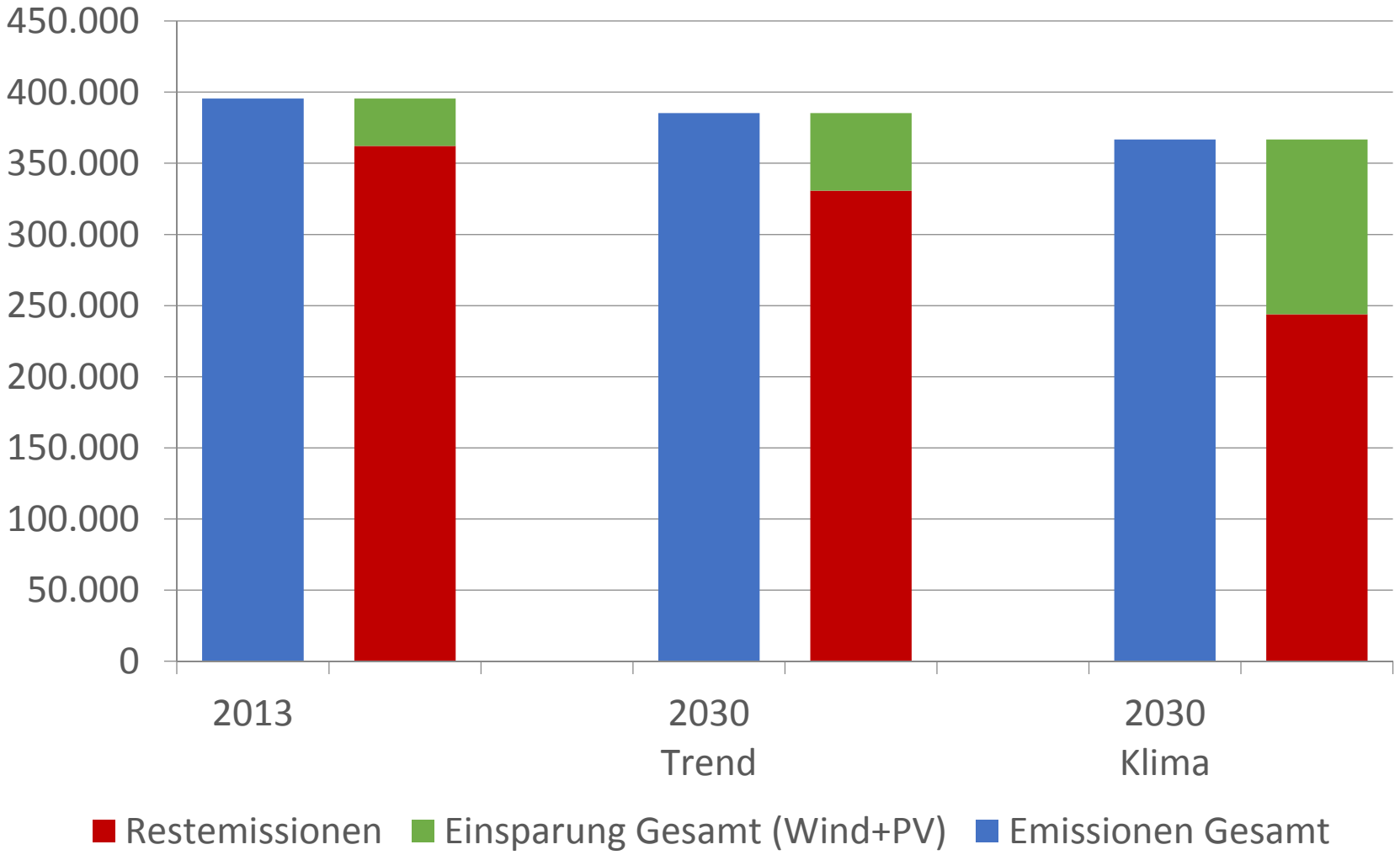


KLIMA-Szenario:

- Sanierungsquote von 2% ab 2020
- 50% der Ölheizungen werden durch Geothermie ersetzt
- Wind-Repowering = 20,5 MW
- PV von 8% auf 50% des Potenzials Dachflächen

→ Insgesamt 151.000 t bzw. 38,2% Einsparung

Klimaschutzkonzept Erkelenz
Szenarien Übersicht



Klimaschutzkonzept Erkelenz
Ziele



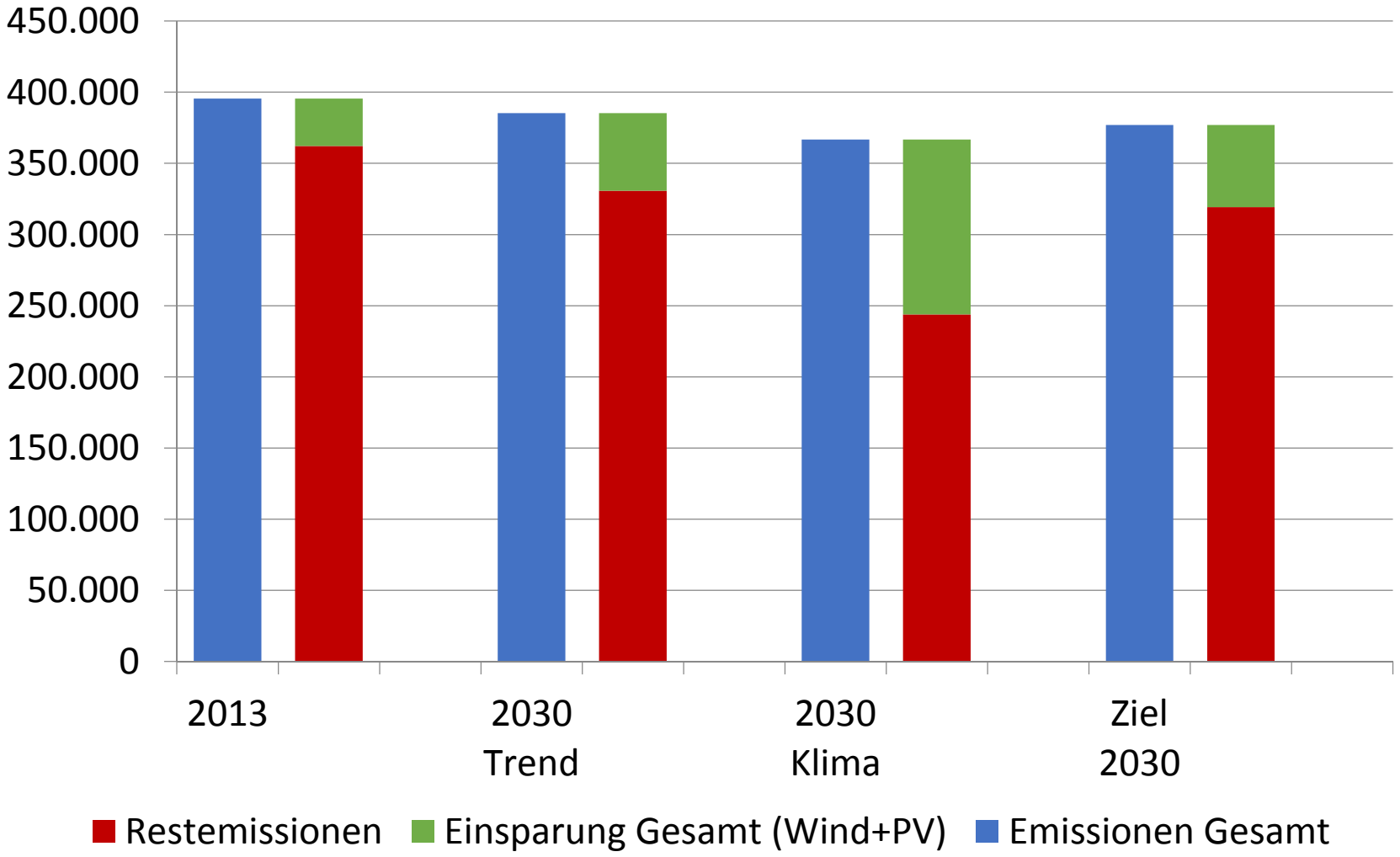
FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

ZIEL-Szenario:

- Sanierungsquote von 1,5% ab 2020
- 25% der Ölheizungen werden durch Geothermie ersetzt
- Wind-Repowering 10 MW
- PV von 8% auf 25% des Potenzials Dachflächen
- → Insgesamt 76.300 t bzw. 19,3% Einsparung

Klimaschutzkonzept Erkelenz

Ziele



Klimaschutzkonzept Erkelenz
Herausforderung Zielerreichung



FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

- Erneuerbare Energien können nur einen Teil zur CO_2-Reduktion leisten
- Um die Ziele zu erreichen, ist Bewusstseinsschaffung bei den Einwohnern notwendig
- Ein Klimaschutzmanager kann diesen Prozess unterstützen, für viele Maßnahmen ist ein „Kümmerer" notwendig

Klimaschutzkonzept Erkelenz
Themenfelder Maßnahmen

A Bewusstseinsbildung & Verbraucherverhalten (blau)
B Bauen & Wohnen (grün)
C Verkehr & Mobilität (grau)
D Gewerbe & Industrie (gelb)
E Verwaltung (rot)

Klimaschutzkonzept Erkelenz
Fazit Maßnahmen

41 Maßnahmen für Erkelenz
durch Erkelenzer Bürger ermittelt

Klimaschutzmanager ist wichtig,
wird für viele Maßnahmen als Vermittler und Kümmerer benötigt

Maßnahmen müssen zur Erreichung der Klimaschutzziele umgesetzt werden

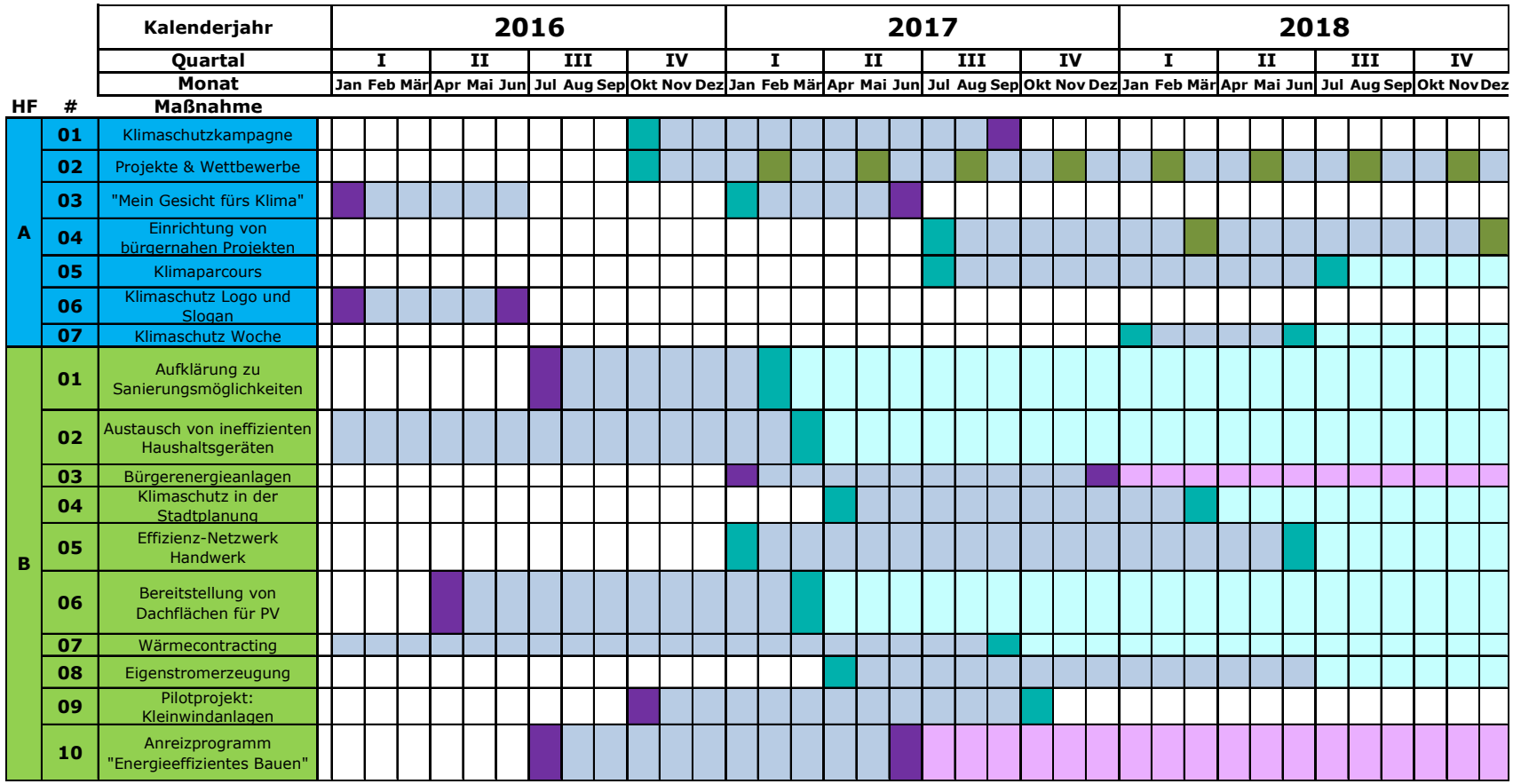
Klimaschutzfahrplan setzt die Maßnahmen in zeitliche Abfolge

Klimaschutzkonzept Erkelenz

Klimaschutzfahrplan

Initiierung / Verstetigung durch Klimaschutzmanager

Initiierung / Verstetigung unabhängig vom Klimaschutzmanager



Klimaschutzkonzept Erkelenz

Klimaschutzfahrplan



FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

		Kalenderjahr	2016												2017												2018										
		Quartal	I			II			III			IV			I			II			III			IV			I			II			III			IV		
		Monat	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
HF	#	Maßnahme																																				
C	01	Attraktivitätssteigerung Fuß- & Radwege																																				
	02	Verbesserung / Bekanntmachung ÖPNV																																				
	03	Walking Bus																																				
	04	Bewusste Mobilität																																				
	05	Intelligente Mobilitätssteuerung																																				
	06	Betriebliches Mobilitätsmanagement																																				
	07	kommunales Elektromobilitätskonzept																																				
D	01	Eigenstromerzeugung																																				
	02	Energiemanagement-systeme																																				
	03	Windkraft- & Photovoltaikfreiflächen-anlagen																																				
	04	Teilnahme an Netzwerken																																				
	05	Contractinglösungen																																				
	06	Energietreffen																																				
	07	Einbindung Einzelhandel																																				

Klimaschutzkonzept Erkelenz

Klimaschutzfahrplan

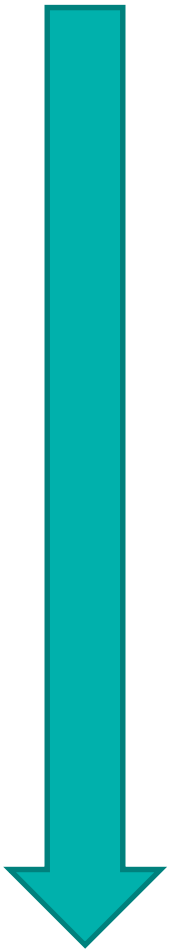


FH AACHEN
UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

	Kalenderjahr	2016				2017				2018			
	Quartal	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Monat	Jan Feb Mär	Apr Mai Jun	Jul Aug Sep	Okt Nov Dez	Jan Feb Mär	Apr Mai Jun	Jul Aug Sep	Okt Nov Dez	Jan Feb Mär	Apr Mai Jun	Jul Aug Sep	Okt Nov Dez
HF	#	Maßnahme											
E	01	Schaffung einer Stelle Klimaschutzmanagement											
	02	Einrichtung Klimaschutzbeirat											
	03	kommunales Energiemonitoring											
	04	Umsetzung Sanierungsplan											
	05	Straßenbeleuchtung											
	06	Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark											
	07	Klimaschutzapp											
	08	Prüfung der Gebäudebeleuchtung											
	09	Fortführung EEA											
	10	Fortschreibung Solarkataster											
CONTROLLING													

Klimaschutzkonzept Erkelenz
Zeitplan - Meilensteine

März 2015:	Energie- & CO_2-Bilanz erstellt
Mai 2015:	Potenzialanalyse abgeschlossen
Mai/Juni 2015:	Akteursbeteiligungen / Workshops
November 2015:	Maßnahmenkatalog erstellt
25.11.2015:	Vorstellung Konzept vorm DUS
Dezember 2015:	Beschluss Klimaschutzkonzept mit Zielen
	Projektabschluss



MIT ENERGIE IN DIE ZUKUNFT

Institut NOWUM-Energy
FH Aachen - Fachbereich Energietechnik

Prof. Dr.-Ing. Isabel Kuperjans
Heinrich-Mußmann-Str. 1
52428 Jülich

T +49. 241. 6009 53954
F +49. 241. 6009 53288
kuperjans@fh-aachen.de
www.fh-aachen.de
www.nowum-energy.com

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/339/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 19.11.2015 Verfasser: Amt 61 Thomas Balzhäuser

Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf der Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlenrevier

hier: Beschluss zur Stellungnahme

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
01.12.2015	Braunkohlenausschuss
08.12.2015	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen haben sich gegenüber den Leitentscheidungen in 1987 und 1991 grundlegend geändert. Entscheidende neue Rahmenbedingungen sind der zunehmende Ausbau der erneuerbaren Energien, der vollständige Ausstieg aus der Kernenergie, die Klimaschutzziele des Landes, des Bundes und der EU und die Liberalisierung der Energiemärkte. U. a. aus diesen Gründen wird die Landesregierung im nächsten Jahr eine neue Leitentscheidung zum Braunkohleabbau im Rheinischen Revier verkünden.

Dazu liegt aktuell ein Entwurf der Landesregierung mit Kabinettsbeschluss vom 22.09.2015 vor, zu welchem in einem Beteiligungsverfahren bis zum 08.12.2015 Stellungnahmen abgegeben werden können. Die Stadt Erkelenz hat auf Grundlage des Ratsbeschlusses vom 24.09.2014 zur Leitentscheidung eine Stellungnahme erarbeitet und durch Anregungen aus der Sitzung der AG Tagebaurand vom 16.11.2015 ergänzt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe, Hauptausschuss und Rat):
„Die Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf der Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlenrevier wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahme der Stadt Erkelenz an die Landesregierung zu übermitteln.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
1) Stellungnahme der Stadt Erkelenz zur Leitentscheidung zum Braunkohleabbau im Rheinischen Revier
2) Entwurf der Leitentscheidung zum Braunkohleabbau im Rheinischen Revier

Stadt Erkelenz

Johannismarkt 17

41812 Erkelenz

Land Nordrhein-Westfalen

Staatskanzlei des Landes NRW, Abt. III

Stadttor 1

40219 Düsseldorf

Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Entwurf der Leitentscheidung für das Rheinische Braunkohlenrevier

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Zustimmung des Braunkohlenausschuss in der Sitzung vom 01.12.2015 sowie vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Erkelenz in der Sitzung vom 16.12.2015 gibt die Stadt Erkelenz hiermit ihre Stellungnahme zum Entwurf der Leitentscheidung ab. Die Stellungnahme lautet wie folgt:

Vorwort:

Grundsätzlich lehnt die Stadt Erkelenz den Tagebau Garzweiler II weiterhin ab. Dennoch werden im Folgenden, mit dem Ziel einer konstruktiven Beteiligung am Prozess der Leitentscheidung, zu den einzelnen Entscheidungssätzen Stellungnahmen abgegeben. Generell erwartet die Stadt Erkelenz, dass alle mit dem fortschreitenden Tagebau, den Infrastrukturmaßnahmen sowie der Umsetzung des Restsees in Zusammenhang stehenden Planungen auf der Grundlage und unter Heranziehung aktueller wissenschaftlicher Gutachten und Erkenntnisse erfolgen.

Es ist mit der anstehenden Leitentscheidung dafür Sorge zu tragen, dass alle damit zusammenhängenden Auswirkungen auf die Infrastruktur, wie Tagebaurandstraße, Entwicklung des Konzeptes für die Tagebaurandgestaltung und Flächennutzungen sowie alle nötigen Maßnahmen zur Vermeidung von Lärm und Staub zeitgleich mit entschieden werden und frühzeitig – bestenfalls sofort – mit der Umsetzung begonnen wird, so dass diesbezüglich für die betroffenen Randorte später nicht nochmals Veränderungen anstehen.

1. **Entscheidungssatz 1 (Erfordernisse einer langfristige Energieversorgung):**

„Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert und der Tagebau Garzweiler II wird so verkleinert, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden."

Die Stadt Erkelenz begrüßt die Entscheidung der Landesregierung, die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II und den daraus resultierenden Verzicht auf die Umsiedlung der Ortschaft Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und dem Hauerhof in den Entscheidungssatz 1 der Leitentscheidung aufzunehmen.

Gleichzeitig fordert die Stadt Erkelenz, zur Wahrung der lokalen Identität und zur Sicherung der Ortslage Holzweiler mit ihrem historisch gewachsenen Umfeld und den entsprechenden sozioökonomischen Zusammenhängen ebenfalls auf die bergbauliche Inanspruchnahme und die damit verbundene Umsiedlung des Eggeratherhof, des Roitzerhof als auch des Weyerhof zu verzichten. Diese Forderung steht im wesentlichen Zusammenhang mit der Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Bevölkerung sowie der Wahrung zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten der Ortslage und den damit verbundenen Chancen zum Werterhalt unter immobilienwirtschaftlichen als auch naherholungsrelevanten und ökologischen Aspekten.

Weiterhin erwartet die Stadt Erkelenz hinsichtlich der Erfordernisse einer langfristigen Energieversorgung, die entsprechende energiepolitische Notwendigkeit des Tagebaus in regelmäßigen Abständen zu überprüfen. Diese Prüfung findet bisher im Rahmen anstehender Umsiedlungen statt. Da es im Rahmen des Tagebaus Garzweiler II nun neben der Umsiedlung von Keyenberg, Kuckum, Unter-/ Oberwestrich und Berverath keine weiteren Umsiedlungen geben wird, wäre die Überprüfung der energiepolitischen Notwendigkeit des Tagebaus nicht mehr notwendig. Dies lehnt die Stadt Erkelenz ab – auch aufgrund stattfindender technologischer Entwicklungsprozesse und nicht zuletzt im Rahmen der Erreichung von Zielen des Klimaschutzes muss die Leitentscheidung hier Vorsorge treffen.

2. **Entscheidungssatz 2 (Umwelt: Wasserwirtschaft (Restsee), Naturschutz, Geologie, Boden):**

„Der Restsee ist westlich einer A 61 neu, angrenzend an das unverritzte Gebirge und ohne Kontakt zu ungekalkten Kippenbereichen unter Wahrung einer naturnahen Gestaltung, zu planen. Der Restsee ist dabei in kompakter Form und mit möglichst großer Tiefe zu planen.

Die Tagebauböschungen einschließlich der Restseeböschungen sind dauerhaft standsicher zu dimensionieren und zu gestalten."

Die Stadt Erkelenz fordert im Rahmen der zu aktualisierenden Restseeplanung Studien zu Machbarkeit und Nutzbarkeit auf Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse heranzuziehen. Ziel muss neben der Einhaltung aller wasserwirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Belange die Ausrichtung der Restseeplanung als Bestandteil einer zukunftsfähigen Raumentwicklung sein. Dazu zählt u.a. eine Berücksichtigung der Erfordernisse und Ansprüche der Anrainerkommunen mit den entsprechenden Partizipationsmöglichkeiten.

Zudem findet im kommenden Jahr ein Masterplanungsprozess des informellen Planungsverbands statt, der sich u. a. mit Zwischennutzung, Ufergestaltung, Ufernutzungen des Restsees befassen wird. Wie im 4. Entscheidungssatz beschrieben, besteht bei der Landesregierung die Absicht, „solche regionalen Entwicklungskonzepte (…) in der Regionalplanung wie Fachbeiträge zu berücksichtigen". Eine entsprechende Anmerkung ist unter dem 2. Entscheidungssatz zu ergänzen.

Darüber hinaus muss es Ziel sein, dass die Wasserqualität des zukünftigen Restsees den Anforderungen an Freizeit- bzw. Naherholungsnutzungen genügt (s. RICHTLINIE 2006/7/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung) und dies im Rahmen geeigneter Monitoringkonzepte nachgewiesen werden kann.

Weiterhin fordert die Stadt Erkelenz die zuständigen Landesdienststellen auf, im Rahmen der Genehmigung von der nach dem Bundesberggesetz bestehenden Möglichkeit der Forderung von Sicherheitsleistungen Gebrauch zu machen, damit bis zum Schluss der Rekultivierungsmaßnahmen tatsächlich ausreichend finanzielle Mittel des Bergbautreibenden zur Verfügung stehen.

3. Entscheidungssatz 3 (Holzweiler lebenswert erhalten):

„Um eine positive Entwicklung von Holzweiler zu gewährleisten, ist der Abbaubereich des Tagebaus Garzweiler II so zu verkleinern, dass der Tagebau an Holzweiler nur von zwei Ortsseiten heranrückt und eine Insellage vermieden wird. Dabei ist eine Sicherheitslinie so festzulegen, dass ein Mindestabstand von 400 m zur Abbaugrenze gewährleistet wird.

Eine direkte Anbindung an Kückhoven und Erkelenz ist zu gewährleisten, soweit möglich soll die L 19 erhalten bleiben.

Der Uferbereich des Restsees ist so zu modellieren, dass eine Zwischennutzung des Sees während des Füllvorgangs möglich ist.

Bei den vom Abbau betroffenen Höfen ist die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten."

Die Stellungnahme der Stadt Erkelenz versteht sich als Mindestforderung für Holzweiler, um ein Leben im Ort ohne weitere Einschränkung der Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Die Stadt Erkelenz bekräftigt in diesem Sinne daher auch ihre Forderung nach einem Mindestabstand zur nächsten Wohnbebauung aller Tagebaurandorte (Venrath, Kaulhausen, Kückhoven, Katzem) von 500 m zum Tagebaurand (Sicherheitslinie).

Im Sinne der beabsichtigten positiven Entwicklung der Ortslage Holzweiler sowie aller durch die Tagebaurandlage betroffenen Orte und den damit verbundenen Entwicklungshemmnissen erwartet die Stadt Erkelenz eine besondere finanzielle Förderung des Landes Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass durch die landesplanerischen Vorgaben keine weiteren Entwicklungshemmnisse in den Tagebaurandorten geschaffen werden.

In Ergänzung der Stellungnahme zum Leitsatz 1 und der darin enthaltenen Forderung nach Erhalt des Eggeratherhof, des Roitzerhof und des Weyerhof fordert die Stadt Erkelenz den Erhalt des aktuellen Verlaufs der L19 als direkte Anbindung an Kückhoven und Erkelenz sowie deren Anschluss an eine

„Tagebaurandstraße“ in Form der Verlängerung der L354n von Venrath nach Kückhoven. Dies ist auch unter Gesichtspunkten des Immissionsschutzes zu sehen. Ein Heranrückens des Tagebaus an Holzweiler von Westen her ist mit erheblichen zusätzlichen Belastungen durch Staub und Lärm verbunden. In diesem Zusammenhang fordert die Stadt Erkelenz auch, dass ein weiteres Heranrücken des Bandsammelpunktes an die Ortschaft Holzweiler zu vermeiden ist. Darüber hinaus würde ein Fortschreiten des Tagebaus in den Raum zwischen Holzweiler, Katzem und Kückhoven der im Entscheidungssatz 2 formulierten Intention einer kompakten Restseeplanung widersprechen.

4. **Entscheidungssatz 4 (Strukturwandel im Rheinischen Revier in örtlicher und regionaler Zusammenarbeit):**

„Entwicklungsperspektiven für das Rheinische Revier sind ausgehend von der örtlichen und regionalen Ebene gemeinsam zu erarbeiten. Das Land wird den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiter begleiten.“

Grundsätzlich begrüßt die Stadt Erkelenz die Begleitung des Strukturwandels durch das Land sowie die beabsichtigte Berücksichtigung regionaler Entwicklungskonzepte in der Regionalplanung. Darüber hinaus erwartet die Stadt Erkelenz aufgrund der erheblichen Betroffenheit durch den Tagebau eine besondere Berücksichtigung der Orte und Räume am Tagebaurand und eine damit verbundene Prüfung der Sozialverträglichkeit der Randlage für die betroffenen Ortschaften. Es wurde schon im Schreiben an Frau Ministerpräsidentin Kraft vom 29.05.2015 dargestellt, dass die Leitentscheidung und das folgende Braunkohlenplanverfahren eine explizite Betrachtung der Tagebaurandsituation und der dadurch betroffenen Gemeinden außen vor lassen.

Wie im damaligen Schreiben bereits erläutert, haben die von Garzweiler II betroffenen Kommunen weniger das Problem, durch den Rückgang des Bergbaus Arbeitsplätze und industriellen Umbau bewältigen zu müssen, sondern sie leiden unter der Vielfalt der Schäden und Belastungen/ Entwicklungshemmnissen des aktiven Tagebaus bis hin zu Ewigkeitslasten, die sich z. B. aus Geländesenkungen oder dem Austritt sulfathaltigen Kippenwassers sowie der Zuführung von Rheinwasser ergeben. Die Stadt fordert deshalb in den Leitentscheidungen - und detaillierter im kommenden Braunkohlenplanverfahren - eine explizite Mitbetrachtung/ (Neu-)Bewertung der Tagebaurandgemeinden in Bezug auf

− Ausgleich für den Eingriff in die Planungs- und Entwicklungsmöglichkeiten,

− den wirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen und naturräumlichen Schaden

− sowie eine Bewertung der Sozialverträglichkeit des Vorhabens insbesondere für die

direkten Tagebauanrainer, und fordert hier Regelungen, die für Ausgleich sorgen. Mit Hilfe der Masterplanung des informellen Planungsverbands und seine Integration in den Braunkohlenplanprozess soll eine strukturentwicklerische Perspektive geschaffen werden. Der Entscheidungssatz 4 ist in diesem Sinne zu erweitern.

Sonstiges

Verkehr

Die Verkehrsanbindungen an das regionale als auch überregionale Verkehrsnetz spielen für die Entwicklung der Stadt Erkelenz eine herausragende Rolle. Daher fordert die Stadt Erkelenz im Rahmen der Leitentscheidung eine Aussage zur Kompensation des mit dem Tagebau einhergehenden Verlusts von Verkehrsverbindungen sowie Untersuchungen zu den damit einhergehenden Folgen, u.a. in verkehrstechnischer und ökonomischer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang sowie zur Aufrechterhaltung der Verkehrsbeziehungen, der allgemeinen Strukturverbesserung und dem Erhalt der dörflichen Lebensqualität der zukünftigen Tagebauranddörfer fordert die Stadt Erkelenz die Planung einer „Tagebaurandstraße“, zunächst in Form des Lückenschluss zwischen der L19 bei Kückhoven und der geplanten L354n bei Kaulhausen. Langfristig ist in Abstimmungen mit den Anrainerkommunen die Erschließung des zukünftigen Tagebaurandes sowie des Restsees zu planen.

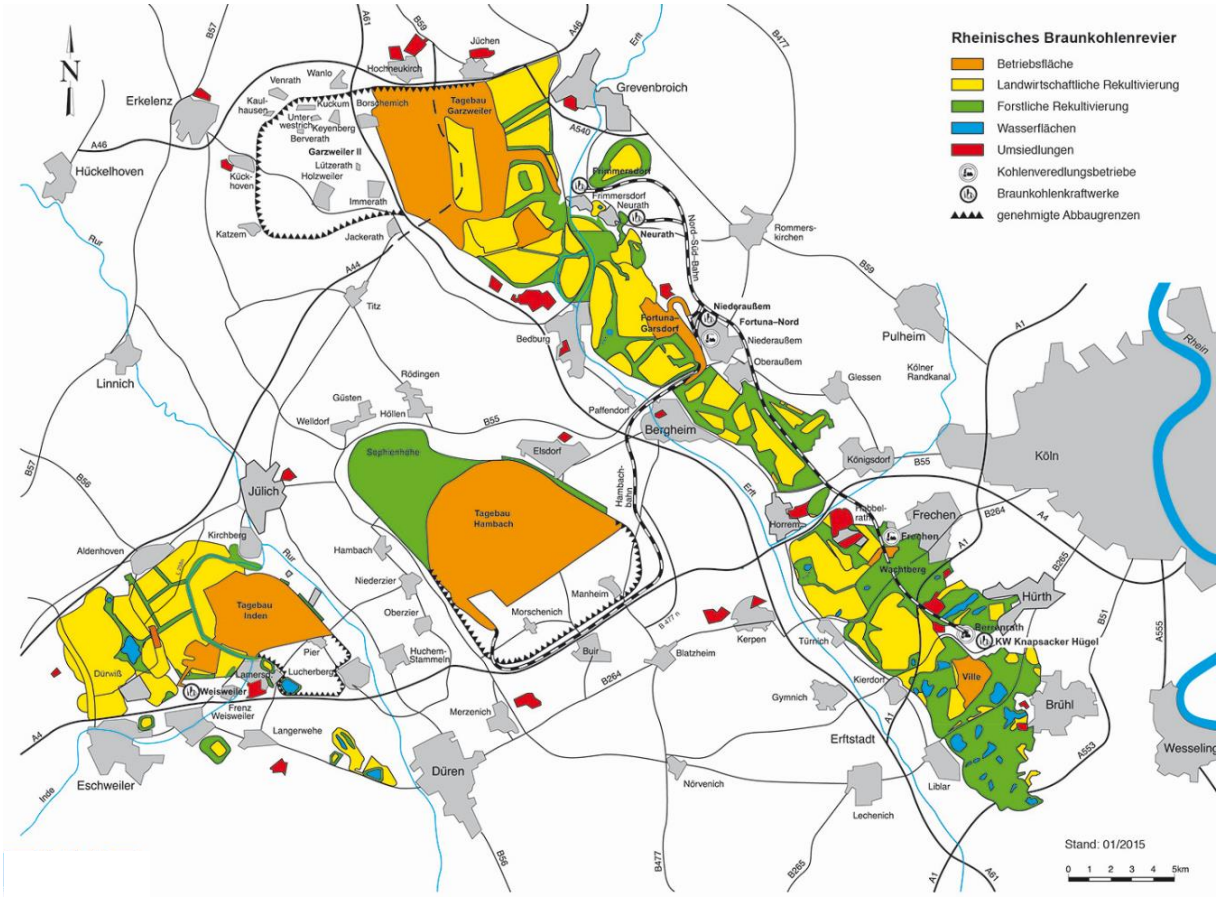
Leitentscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviers / Garzweiler II

Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier

Grundlagen der neuen Leitentscheidung

Die bisherigen Leitentscheidungen der Landesregierung

Die Landesregierung hat bereits in der Vergangenheit in zwei Leitentscheidungen Vorgaben für den Braunkohlenabbau im Rheinischen Revier beschlossen. In Leitentscheidungen werden die Erfordernisse der Raumordnung für eine langfristige Energieversorgung und die Erfordernisse der sozialen Belange der vom Braunkohlentagebau Betroffenen und des Umweltschutzes festgelegt. Gemäß § 29 Abs. 2 Landesplanungsgesetz sind Leitentscheidungen landesplanerische Vorgaben für die Braunkohlenplanung. Der Braunkohlenausschuss bei der Bezirksregierung Köln, der Träger der Braunkohlenplanung, erarbeitet auf der Grundlage der Leitentscheidungen die Braunkohlenpläne für die Tagebaue und die Umsiedlungen.



Übersichtskarte Rheinisches Revier, Quelle: RWE

Die Landesregierung hatte Leitentscheidungen in 1987 und 1991 beschlossen. Die Grundannahmen dieser beiden Leitentscheidungen haben die Braunkohle als sicheren, kostengünstigen und verfügbaren Rohstoff bewertet und den energiewirtschaftlich und energiepolitisch erforderlichen Einsatz festgestellt. Beide Leitentscheidungen haben die Braunkohle als volkswirtschaftlich günstigsten

Energieträger hervorgehoben. Alternativen in der Stromerzeugung wurden in erster Linie durch Erdgas gesehen.

In der Leitentscheidung aus dem Jahr 1991 wurden auch bereits die mit der Braunkohleverstromung verbundenen CO_2-Emissionen und ein Ausbau der erneuerbaren Energien diskutiert. Es war zum damaligen Zeitpunkt jedoch nicht absehbar, dass einerseits die erneuerbare Energien den heutigen signifikanten Beitrag zur Stromversorgung leisten würden und andererseits der subventionierte Steinkohlenbergbau in Deutschland bereits bis 2018 beendet wird. Braunkohle ist damit der einzige heimische fossile Rohstoff für die Stromerzeugung.

Die energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen haben sich gegenüber den Leitentscheidungen in 1987 und 1991 grundlegend geändert. Entscheidende neue Rahmenbedingungen sind der zunehmende Ausbau der erneuerbaren Energien, der vollständige Ausstieg aus der Kernenergie im Jahr 2022, die Klimaschutzziele der EU, des Bundes und des Landes und die Liberalisierung der Energiemärkte. Das Ergebnis sind erhebliche Änderungen in der Energiewirtschaft und damit Verschiebungen des Anteils der einzelnen Energieträger an der Stromversorgung.

Energiewirtschaftliche Notwendigkeit für eine neue Leitentscheidung

Zur fachlichen Vorbereitung dieser Leitentscheidung ist eine Auswertung von Studien zur langfristigen Energieversorgung in Deutschland/Nordrhein-Westfalen (siehe Anlage) erstellt worden. Diese Untersuchung aktueller Energiestudien verschafft einen Überblick über die Spannweite möglicher bzw. wahrscheinlicher Entwicklungen zur Zukunft des komplexen Themas Energiemarkt. Die Auswertung berücksichtigt ausgewählte Studien unterschiedlicher Art mit sowohl prognostischen als auch auf Szenarien gestützten Ansätzen. Szenarien und Prognosen geben einen Orientierungsrahmen vor und zeigen mögliche Entwicklungskorridore auf. Sie dienen dazu, politische Handlungsalternativen zu bewerten. Mit den Erkenntnissen – insbesondere zum zukünftigen Beitrag einzelner Energieträger zur Deckung der Energie- und Stromversorgung – soll die energiepolitische Entscheidung der Landesregierung Nordrhein-Westfalens im Sinne von „Abwägungsmaterial“ auf eine breite Datenbasis gestellt werden. Die Studienauswertung bildet damit die fachliche Grundlage für die energiepolitische Bewertung und Entscheidung der Landesregierung in dieser Leitentscheidung.

Vor diesem Hintergrund wurden neun Studien ausgewertet, die sich mit der Energieversorgung bis in die 2050er Jahre auseinandersetzen und als Grundlage für die Leitentscheidung zur Zukunft des Rheinischen Reviers / Garzweiler II dienen:

Studie (1): „Langfristszenarien und Strategien für den Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland bei Berücksichtigung der Entwicklung in Europa und global“ (Veröffentlichung: März 2012; Auftraggeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, jetzt Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; Auftragnehmer: Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V., Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik, Ingenieurbüro für neue Energien)

Studie (2): „Integration der erneuerbaren Energien in den deutschen / europäischen Strommarkt“ (Veröffentlichung: August 2012; Auftraggeber: RWE AG; Auftragnehmer: Deutsche Energie-Agentur GmbH)

Studie (3): „Bedeutung der thermischen Kraftwerke für die Energiewende“ (Veröffentlichung: November 2012; Auftraggeber: Verein der Kohlenimporteure e.V.; Auftragnehmer: Prognos AG)

Studie (4): „Positionspapier zur Vorbereitung von Initialgesprächen mit der energieintensiven Wirtschaft“ (Veröffentlichung: Februar 2013; Auftraggeber: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen; Auftragnehmer: Prognos AG)

Studie (5): „Effizientes Regime für den Ausbau der EE, Weiterentwicklung des Energy-Only-Marktes und Erhaltung des EU-ETS“ (Veröffentlichung: April 2013; Auftraggeber: RWE AG; Auftragnehmer: Frontier Economics Ltd, r2b energy consulting GmbH)

Studie (6): Klimaschutzplan NRW: „Zusammenfassung der Szenarioberechnungen des Beteiligungsverfahrens“ (Veröffentlichung: Januar 2014; Auftraggeber: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen; Auftragnehmer: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH)

Studie (7): „Entwicklung der Energiemärkte – Energiereferenzprognose“ (Veröffentlichung: Juni 2014; Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie; Auftragnehmer: Prognos AG, Energiewirtschaftliches Institut an der Universität zu Köln, Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH)

Studie (8): „Klimaschutzszenario 2050“ (Veröffentlichung: August 2014; Auftraggeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; Auftragnehmer: Öko-Institut e.V., Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung)

Studie (9): „Zukünftige Rolle der Braunkohle in Energiemix – Energiewirtschaftliche Bedeutung der Braunkohle nach 2030“ (Veröffentlichung: Mai 2015; Auftraggeber: RWE Power AG; Auftragnehmer: Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Universität Stuttgart)

Die vorgenommene Studienauswahl erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, bildet aber ein möglichst breites Bild der möglichen zukünftigen Energieversorgung ab. Die Studien untersuchen i.d.R. eine Vielzahl von Szenarien- bzw.

Prognosevarianten. Exemplarisch wurden im Rahmen der vorliegenden Untersuchung jeweils die Szenarien / Prognosen einer jeden Studie detailliert analysiert, deren Parameter Werte annehmen, die die größte Übereinstimmung mit den „Energiewende-Zielen“ der Bundesregierung aufweisen.

Zur weiteren Eingrenzung wurden nur die Studien berücksichtigt, deren Veröffentlichung nicht weiter als bis 2012 zurückgeht und damit das Energiepaket der Bundesregierung zur Energiewende aus 2010 sowie den Kernenergieausstieg aus 2011 beinhalten. Um die Ergebnisse der Auswertung durch "Dopplungen" nicht zu verfälschen, wurden zudem keine Studien berücksichtigt, die sich der bereits untersuchten Studien als Grundlage bedienen.

Einen Überblick über die Auswertung der einzelnen Studien gibt die folgende aus der Auswertung der Energiestudien entnommene Tabelle[1]

Tab. 26: Überblick der Studienergebnisse zur Stromerzeugung aus Braunkohle von 2020-2050 in Deutschland

Braunkohlestromerzeugung & *Stromverbrauch* in TWh (Anteil Stromerzeugung an Verbrauch)

Jahr	2020	2030	2040	2050
Studie / *Szenario*				
(1) ***Szenario 2011 A***	**75 brutto** (13 %) *564 brutto*	**35 brutto** (6 %) *548 brutto*	**14 brutto** (3 %) *562 brutto*	**0** (0) *574 brutto*
(2) ***Keine Varianten***	**86 brutto** (14 %) *607 brutto*	**56 brutto** (9 %) *607 brutto*	**34 brutto** (6 %) *607 brutto*	**11 brutto** (2 %) *607 brutto*
(3) ***Retrofit-Szenario***	**126 netto** (22 %) *569 brutto*	**72 netto** (13 %) *556 brutto*	**42 netto** (7 %) *562 brutto*	**18 netto** (3 %) *555 brutto*
(4) ***Referenzszenario***	**84** (15 %) *569 brutto*	**49** (9 %) *556 brutto*	**- - -** (- - -) *562 brutto*	**21** (4 %) *555 brutto*
(5) ***Szenario Positiv realistisch mit CCS***	**123** (22 %) *558*	**152** (27 %) *558*	**151** (27 %) *558*	**149** (27 %) *558*
(6) ***Szenario C***	**129 netto** (22 %) *596 brutto*	**92 netto** (16 %) *576 brutto*	**72 netto** (12 %) *601 brutto*	**26 netto** (4 %) *641 brutto*
(7) ***Referenzprognose und Trendszenario***	**156 brutto** (27 %) *577 brutto*	**140 brutto** (25 %) *559 brutto*	**104 brutto** (19 %) *546 brutto*	**31 brutto** (6 %) *554 brutto*
(8) ***Klimaschutzszenario 80***	**95 netto** (18 %) *544 brutto*	**61 netto** (12 %) *518 brutto*	**44 netto** (8 %) *549 brutto*	**16 netto** (3 %) *584 brutto*
(9) ***Referenz-Szenario***	**136 netto** (- - -) - - -	**145 netto** (29 %) *496 netto*	**127 netto** (- - -) - - -	**125 netto** (28 %) *443 netto*

Diese Tabelle liefert einen Überblick über die erwartete Entwicklung der Braunkohleverstromung von 2020 bis 2050 in Deutschland. Dabei wird deutlich, dass die ausgewählten Studien zu unterschiedlichen Ergebnissen bzw. Spannbreiten bezüglich der Einschätzung des Anteils der Braunkohle an der zukünftigen Stromerzeugung kommen.

[1] Siehe in der Anlage die Auswertung von Studien zur langfristigen Energieversorgung in Deutschland/Nordrhein-Westfalen, Seite 39

Die Auswertung der Energiestudien kommt jedoch insgesamt zu folgenden zentralen Schlussfolgerungen[2]:

„Vor diesem Hintergrund kann festgehalten werden, dass

1. die oben dargestellten Studienergebnisse, die bis in das Jahr 2050 reichen, für die Leitentscheidung Garzweiler II zwar grundsätzlich mit größeren Unsicherheiten verbunden sind als vergleichbare Berechnungen für das Jahr 2030 (z.B. in Bezug auf Preis- oder Technologieentwicklungen). Gleichzeitig haben sie aber eine wesentliche Bedeutung, da sie einen Orientierungsrahmen vorgeben und mögliche Entwicklungskorridore aufzeigen. Szenarien und Prognosen können damit helfen, politische Handlungsalternativen zu bewerten.

2. die Ergebnisse der Studien also vorrangig Folge unterschiedlicher Vorgehensweisen, Annahmen bzw. Bedingungen und Zielsetzungen sind. Dieser Hintergrund ist bei ihrer Interpretation, dem Vergleich der Studienergebnisse und ihrer energiepolitischen Bewertung zu berücksichtigen. Die Zusammenhänge im Energiemarkt und die Bedingungen seiner weiteren Entwicklung sind höchst komplex und unterliegen – wie die Ergebnisse der Studien – Unsicherheiten.

3. Der Studienvergleich zeigt, dass die Braunkohleverstromung bis 2050 – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – kontinuierlich zurückgeht. Dies gilt für alle Studien über alle Jahrzehnte hinweg.“

Planerische Begründung für eine neue Leitentscheidung

Die erheblichen Änderungen der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfordern eine Überprüfung der bisherigen Leitentscheidung von 1991 und der Braunkohleplanung. Die gesetzliche Grundlage findet sich im § 30 Landesplanungsgesetz. Danach muss ein Braunkohlenplan überprüft und erforderlichenfalls geändert werden, wenn die Grundannahmen für den Braunkohlenplan sich wesentlich ändern.

In der Genehmigung des Braunkohlenplans Garzweiler II wird diese Voraussetzung für eine Planänderung erläutert:

„Die Planung geht von der grundlegenden Annahme aus, dass die Gewinnung der Braunkohle zur Sicherstellung der Energieversorgung und ganz überwiegend zur Verstromung erforderlich ist. Es gehört zu den Besonderheiten der Braunkohlenplanung, dass diese langfristig verlässlich und verbindlich sein muss. Dieses entspricht nicht nur der notwendigen Investitionssicherheit für die betroffenen

[2] Siehe in der Anlage Auswertung von Studien zur langfristigen Energieversorgung in Deutschland/Nordrhein-Westfalen, Seite 42.

Unternehmen, sondern auch den Grundsätzen der allgemeinen Energievorsorge, die ebenfalls einem längerfristigen Beurteilungshorizont entsprechen muss. Und schließlich bedarf die Lebensplanung der betroffenen Bürger einer verlässlichen Perspektive.

Die Genehmigung eines Braunkohlenplans geht somit davon aus, dass dieser langfristig Bestand hat. Die Genehmigung begründet damit einen umfassenden Vertrauensschutz. Weder unterliegt sie einer regelmäßigen, noch einer beliebigen Änderbarkeit. Für eine solche Überprüfung muss eine bedeutende Entwicklung eingetreten sein, die die dem Braunkohlenplan zugrundeliegenden Annahmen in einem Maße verändert haben, dass das öffentliche Interesse an einer Umplanung höher zu gewichten ist als der Vertrauensschutz des Bergbautreibenden.

Der Gesetzgeber hat für diese Änderbarkeit bewusst hohe Maßstäbe gesetzt. Anderseits werden mit einer Genehmigung keine Festschreibungen vorgenommen, die auf Dauer irreversibel bzw. unveränderlich sind. Die Änderbarkeit muss möglich bleiben, je langfristiger eine Planung ist, je konsequenter das System der begleitenden Umweltkontrollen wird und je wahrscheinlicher zukunftsweisende Entwicklungen im Bereich der Energietechnologie sind.

Die im Planverfahren verschiedentlich von Dritten geäußerte Annahme, mit der Genehmigung sei auf Dauer die Festschreibung einer umweltbelastenden Technologie verbunden, widerspricht dem tatsächlichen Sachzusammenhang. Die heutige, der Genehmigung zugrundeliegende energiewirtschaftliche Einschätzung stellt eine Grundannahme dar, deren wesentliche Änderungen unzweifelhaft zu einer Planüberprüfung führen.

Die Landesregierung wird auch nach der Genehmigung des Braunkohlenplans die energiewirtschaftliche Entwicklung beobachten. Über gravierende Änderungen der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere über ihre Auswirkungen auf die Braunkohlennutzung, wird die Landesregierung berichten. Das bedeutet, dass die Genehmigung von Teilplänen, die zu gegebener Zeit die Umsiedlungen weiterer Ortschaften (über Otzenrath, Spenrath und Holz hinaus) regeln, mit dem energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Erfordernis des Braunkohlenbergbaus im Einklang stehen muss.“[3]

Erforderlichkeit einer neuen Leitentscheidung

[3] Genehmigung des Braunkohlenplans Garzweiler II vom 31. März 1995, Az.: VI A 3 – 92.32.09.11.abgedruckt im Braunkohlenplan Garzweiler II, vergleiche auch Braunkohlenplan Garzweiler II, Kapitel 0.2 (18) Überprüfung und Änderung.

Die Landesregierung hatte mit den beiden Leitentscheidungen von 1985 und 1991 die energiepolitische und energiewirtschaftliche Erforderlichkeit des Braunkohlenabbaus in den Tagebauen im Rheinischen Revier grundlegend begründet.

In den beiden Leitentscheidungen erfolgte aber noch keine abschließende Entscheidung über die Erforderlichkeit aller Umsiedlungen von Ortschaften oder Siedlungen in den Tagebauen. Im Hinblick auf die lange Laufzeit der Tagebaue erfolgt diese Entscheidung erst anlässlich der Braunkohlenplanverfahren für die Umsiedlung dieser Ortschaften oder Siedlungen. Damit ist sichergestellt, dass die Entscheidung der Landesregierung über die Erforderlichkeit einer Umsiedlung zeitnah zur geplanten bergbaulichen Inanspruchnahme erfolgt, nur mit dem durch die erforderlichen Planverfahren geschuldeten Vorlauf.

Für die geplante gemeinsame Umsiedlung der Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath im nördlichen Bereich des Tagebaus Garzweiler II hat die Landesregierung diese Prüfung aktuell vorgenommen. Im Ergebnis wird dafür die Erforderlichkeit des Braunkohlenabbaus und der Verstromung bestätigt:

„In Deutschland und in Nordrhein-Westfalen steht, neben den Erneuerbaren Energien, längerfristig nur die Braunkohle als heimischer, sicher verfügbarer und importunabhängiger Energieträger zur Verfügung. Erdgas und Steinkohle werden weitüberwiegend importiert. Die inländische Gewinnung und Verwendung der Braunkohle leistet bislang einen wesentlichen Beitrag für eine gesicherte und preisgünstige Energieversorgung von Industrie und Haushalten. Aufgrund ihrer Bedeutung für die Versorgungssicherheit (gesicherte Verfügbarkeit des Energieträgers selbst und hoher Beitrag der Braunkohlenkraftwerke zur gesicherten Leistung) und zur Preisstabilität (andere fossile Energieträger wie Erdgas und Steinkohle weisen gegenüber der Braunkohle deutliche Kostennachteile auf) bleibt die Braunkohle in Nordrhein-Westfalen unter Auswertung der vorliegenden Erkenntnisse und nach energiewirtschaftlicher und energiepolitischer Einschätzung der Landesregierung trotz der von ihr ausgehenden Umweltbelastungen auch für den hier betrachteten Zeitraum (2020iger Jahre) ein wesentlicher Bestandteil des Energiemixes und damit noch erforderlich.

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen ist die Umsiedlung der Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath notwendig, um im Betrachtungszeitraum den erforderlichen Braunkohlenabbau im Tagebau Garzweiler II fortzuführen und über eine gesicherte und ausreichende Rohstoffversorgung von Braunkohlenkraftwerken einen wesentlichen Beitrag zur gesicherten Energieversorgung zu gewährleisten. Durch die Gewinnung und Verstromung von Braunkohle aus Garzweiler II wurde bisher ein wesentlicher Beitrag zum Energiemix des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch der gesamten Bundesrepublik Deutschland geleistet.

Im Hinblick auf die Umsiedlung der o.g. Erkelenzer Ortschaften ist die Landesregierung der Auffassung, dass die weitere Gewinnung von Braunkohle im Tagebau Garzweiler II aus heutiger Sicht mit dem energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Erfordernis einer langfristigen Energieversorgung im Einklang steht und damit die Notwendigkeit zur bergbaulichen Inanspruchnahme der o.g. Erkelenzer Ortschaften weiterhin gegeben ist.“[4]

Das Braunkohlenplanverfahren zur Umsiedlung der Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath hat der Braunkohlenausschuss am 22. Juni 2015 aufgestellt.

In den Tagebauen im Rheinischen Revier wäre zeitlich folgend dann nur noch eine Umsiedlung erforderlich. Im Tagebau Garzweiler II war bisher nach dem Braunkohlenplan Garzweiler II die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortschaft Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und dem Hauerhof ca. 2029 geplant. Umsiedlungen werden mit einem zeitlichen Vorlauf von ca. 15 Jahren geplant (Planung und Erschließung des Umsiedlungsstandortes ca. 6 Jahre, tatsächliche Umsiedlung ca. 9 Jahre). Daran gemessen, hätte ein Braunkohlenplanverfahren „Umsiedlung Holzweiler“ zeitnah erarbeitet werden müssen. Für die Ortschaft Holzweiler und die dort lebenden Menschen hätte das bedeutet, dass die ersten Vorarbeiten für eine spätere Umsiedlung nun begonnen hätten.

Die Landesregierung ist damit aktuell aufgefordert, eine energiepolitische und energiewirtschaftliche Entscheidung zum Braunkohleabbau und zur Umsiedlung der Ortschaft und der Siedlungen für die Zukunft zu treffen.

[4] Stellungnahme der Landesregierung zum Braunkohlenplan Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich und Berverath vom 29. April 2015, abgedruckt als Kapitel 1.2 im Braunkohlenplan Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, ober- und Unterwestrich und Berverath.

Leitentscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Zukunft von Garzweiler II

Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier

Einleitung

Die wesentlichen Änderungen der energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit auch die wesentliche Änderung der Grundannahmen der bisherigen Leitentscheidungen machen eine neue Leitentscheidung der Landesregierung für das Rheinische Revier erforderlich.

In Vorbereitung dieser neuen Leitentscheidung sind u. a. Expertengespräche mit den in der Region maßgeblichen Akteuren geführt worden. Die Expertengespräche wurden zu den Themen „Energie“, „Geologie und Restsee / Wasserwirtschaft“ sowie „Kommunale Planungen und weitere Planverfahren“ geführt (siehe https://land.nrw/de/thema/landesplanung).

In den Expertengesprächen sind die Fragestellungen herausgearbeitet worden, zu denen Vorgaben der Landesregierung für die nachfolgenden Planverfahren erforderlich sind:

- Langfristige Energieversorgung Nordrhein-Westfalens
- Umwelt: Wasserwirtschaft (Restsee), Naturschutz, Geologie, Boden
- Holzweiler lebenswert erhalten
- Strukturwandel im Rheinischen Revier in örtlicher und regionaler Zusammenarbeit

Hierzu trifft die Landesregierung mit den nachfolgenden Entscheidungssätzen und Erläuterungen die politische Leitentscheidung für eine nachhaltige Perspektive für das gesamte Rheinische Revier und zur Verkleinerung zu Garzweiler II

Erfordernisse einer langfristige Energieversorgung

Entscheidungssatz 1:

Braunkohlenabbau ist im rheinischen Revier weiterhin erforderlich, dabei bleiben die Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach unverändert und der Tagebau Garzweiler II wird so verkleinert, dass die Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof nicht umgesiedelt werden.

Die energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen haben sich gegenüber den Leitentscheidungen der Landesregierung in 1987 und 1991 wesentlich geändert. Insbesondere verschieben sich die Anteile der verschiedenen Energieträger an der Stromversorgung. Diese energiewirtschaftlichen Änderungen betreffen die Grundannahmen der bisherigen Leitentscheidungen und der Braunkohlenplanung. Nach § 30 LPlG wird damit eine Überprüfung mit dieser neuen Leitentscheidung erforderlich.

Nordrhein-Westfalen ist das Land mit der größten Stromproduktion Deutschlands. Mit der Abschaltung aller Kernkraftwerke ist klar, dass bis zur vollständigen Deckung des Strombedarfs durch die erneuerbaren Energien noch fossile Kraftwerke benötigt werden. Mit dem fortschreitenden Zubau volatiler erneuerbarer Energien entwickelt sich der Strommarkt dahin, dass fossile Grundlast zunehmend weniger nachgefragt wird. Folglich wird auch der Bedarf an hochflexiblen und -effizienten fossilen Kraftwerken zunehmen. Dabei wird Braunkohle auch weiterhin zur Stromerzeugung – wenn auch in abnehmendem Maße - gebraucht.

Nordrhein-Westfalen kommt eine Schlüsselrolle zu, um in Deutschland die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, nicht von Stromimporten abhängig zu werden und die Klimaschutzziele auch tatsächlich zu erreichen. Nordrhein-Westfalen spielt eine besondere Rolle in der Energiewende. Hier stehen umfangreiche Kraftwerkskapazitäten. Auch für die heimische energieintensive Industrie sind eine hohe Versorgungssicherheit und -qualität sowie ein moderater Strompreis für die Wettbewerbsfähigkeit und den wirtschaftlichen Fortbestand von zentraler Bedeutung.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat sich mit dem Klimaschutzgesetz des Landes eigene ambitionierte Ziele zum Klimaschutz gesetzt. Der dafür erforderliche Transformationsprozess zu einer weitgehend durch regenerative Energien geprägten Stromversorgung ist so zu gestalten, dass Versorgungssicherheit jederzeit gewährleistet werden kann.

Die Auswertung verschiedener Studien zur Entwicklung der langfristigen Energieversorgung in Deutschland und Nordrhein-Westfalen (Anlage 1) zeigt, dass Braunkohle jedenfalls bis zum Anfang der 2020er Jahre auf heutigem Niveau und damit mittelfristig ein bedeutender Bestandteil des Energiemixes bleibt. In den 2020er Jahren sind Änderungen zu erwarten. Braunkohle wird auch noch voraussichtlich nach 2030 verstromt. Diese Auswertung zeigt aber auch, dass die Braunkohleverstromung voraussichtlich ab den 2020er Jahren bis 2050 kontinuierlich zurückgeht, während parallel von einem stetig steigenden Anteil erneuerbarer Energien in der Stromversorgung auszugehen ist. Die langfristig zu erwartende Stromerzeugung aus Braunkohle wird dabei von den verschiedenen Gutachtern in einem weiten Spektrum unterschiedlich prognostiziert. Dieses breite Spektrum ist mit Blick auf den langen Prognosezeitraum und die von Studie zu Studie unterschiedlichen Annahmen nicht überraschend. Dem zurückgehenden Bedarf an Braunkohle kann deshalb keine zahlenmäßig fixierte Braunkohlenmenge mit hinreichender Genauigkeit zugeordnet werden. Dies ist für die energiepolitische Bewertung der Notwendigkeit der weiteren Braunkohlegewinnung und -verstromung auch nicht erforderlich.

Die Leitentscheidungen von 1987 und 1991 haben die Braunkohle als sicheren, heimisch verfügbaren und preiswerten Rohstoff bewertet. Diese Bewertung gilt weiterhin. Damit bleibt Braunkohlenabbau in den Tagebauen Garzweiler II, Hambach und Inden in Nordrhein-Westfalen zur langfristigen Energieversorgung weiter erforderlich. Gleichzeitig erfordert der erkennbare Rückgang der Braunkohleverstromung eine Neubewertung der Notwendigkeit der Umsiedlung der im bisherigen Braunkohlenplangebiet des Tagebaus Garzweiler II liegenden Ortschaft Holzweiler.

Nach 2030 wird im Rheinischen Braunkohlenrevier Braunkohle voraussichtlich nur noch in den Tagebauen Garzweiler II und Hambach abgebaut werden. Der Tagebau Inden ist voraussichtlich 2030 planmäßig ausgekohlt. Als letzte Umsiedlung wären nach den Leitentscheidungen von 1987 und 1991 noch die der Ortschaft Holzweiler, die Siedlung Dackweiler und der Hauerhof im Tagebau Garzweiler II zu planen.

Die Umsiedlung ist ein schwerer Eingriff in das soziale Gefüge und das verfassungsrechtlich garantierte Eigentum der unmittelbar betroffenen Menschen. Sie ist nur gerechtfertigt, wenn die Sicherung der langfristigen Energieversorgung die Umsiedlung erforderlich macht.

In der Abwägung werden dieser zurückgehende Bedarf an Braunkohle und die erheblichen materiellen und immateriellen Auswirkungen der Umsiedlung auf den Einzelnen und die Dorfgemeinschaft dem Vertrauensschutz des Bergbautreibenden und der übrigen Beteiligten auf den Fortbestand der genehmigten Braunkohlenpläne gegenüber gestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Entscheidung einen deutlich in der Zukunft liegenden Sachverhalt betrifft. Die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortschaft Holzweiler sollte nach den derzeitigen Plänen ca. 2029 erfolgen, die erforderlichen Planverfahren hätten aktuell begonnen werden

müssen. Mit dieser Leitentscheidung können sich der Bergbautreibenden und die übrigen Beteiligten mit ausreichendem zeitlichen Vorlauf auf eine Änderung einstellen. Zudem weist der Braunkohlenplan Garzweiler II und seine Genehmigung von 1995 ausdrücklich darauf hin, dass über die energiepolitische und energiewirtschaftliche Erforderlichkeit der bergbaulichen Inanspruchnahme einzelner Ortschaften oder Siedlungen erst anlässlich der einzelnen Braunkohlenplanverfahren für die Umsiedlung entschieden wird.

Als Ergebnis dieser Abwägung beurteilt die Landesregierung die Umsiedlung der Ortschaft Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und des Hauerhofs als nicht mehr erforderlich. Der Tagebau Garzweiler II ist daher so zu verkleinern, dass die Ortschaft, die Siedlung und der Hof nicht umgesiedelt werden. Die in den genehmigten Braunkohlenplänen und zugelassenen Betriebsplänen festgelegten Abbaugrenzen der Tagebaue Inden und Hambach bleiben unverändert.

Die Leitentscheidung gibt eine räumliche Begrenzung der Abbaufläche vor, es geht nicht um eine zeitliche Begrenzung des Braunkohlenabbaus im Rheinischen Revier. Die räumliche Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II reduziert die Kohlefördermenge im Rheinischen Revier und senkt damit absolut die CO_2-Emissionen aus der Braunkohlenverstromung.

Für die Gesamtbewertung der klimapolitischen Auswirkungen der Braunkohlenutzung im rheinischen Revier sind neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland insbesondere die weitere Entwicklung des europäischen Emissionshandels und die bundespolitische Diskussion um die Überführung alter, ineffizienter Braunkohlekraftwerke im Zusammenhang mit den Klimaschutzzielen auf Bundesebene mit in den Blick zu nehmen.

Der Weiterentwicklung des Emissionshandels mit einer sich ab 2020 verschärfenden jährlichen Degression führt zu einer Mengensteuerung an CO_2-Zertifikaten, die zu einem gesicherten Beitrag der Energiewirtschaft zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele führt. Darüber hinaus werden aufgrund der auf Bundesebene beschlossenen Einführung einer temporären Kapazitätsreserve bereits innerhalb der nächsten Jahre deutschlandweit stufenweise 2,7 Gigawatt Braunkohlekraftwerkskapazität zunächst in eine Reserve überführt und nach 4 Jahren endgültig stillgelegt.

Umwelt: Wasserwirtschaft (Restsee), Naturschutz, Geologie, Boden

Entscheidungssatz 2:

Der Restsee ist westlich einer A 61 neu, angrenzend an das unverritzte Gebirge und ohne Kontakt zu ungekalkten Kippenbereichen unter Wahrung einer naturnahen Gestaltung, zu planen.

Der Restsee ist dabei in kompakter Form und mit möglichst großer Tiefe zu planen.

Die Tagebauböschungen einschließlich der Restseeböschungen sind dauerhaft standsicher zu dimensionieren und zu gestalten.

Der Restsee ist westlich einer A 61 neu, angrenzend an das unverritzte Gebirge, ohne Kontakt zu ungekalkten Kippenbereichen unter Wahrung einer naturnahen Gestaltung, zu planen. Der Restsee ist dabei in kompakter Form und mit möglichst großer Tiefe zu planen.

Entscheidend für die zukünftige Gestaltung und Lage des Restsees in einem verkleinerten Tagebau Garzweiler II sind die Anforderungen für einen dauerhaft wasserwirtschaftlich und ökologisch günstigen Zustand dieses Sees sowie die dauerhaft standsichere Gestaltung der Tagebauböschung.

Dabei gelten für den Restsee folgende Vorgaben:

- Der Restsee hat in möglichst großem Umfang an unverritztes Gelände zu grenzen, um den Zufluss von Kippenwasser in den Restsee zu Gunsten der Wasserqualität soweit wie möglich zu reduzieren.
- Die Seelage ist so zu planen, dass ein ausreichender Abstand zu den östlichen ungekalkten Kippenbereichen entsteht, um damit einer langfristigen Versauerung des Seewassers entgegen zu wirken.
- Der zusammenhängende Restsee soll westlich einer neu zu führenden A 61 entstehen.
- Um eine stabile, chemische Schichtung des Restsees zu unterstützen, sollte der Restsee eine kompakte Form und insbesondere eine möglichst große Tiefe aufweisen, die durch die großen Abbautiefen im Nordwesten des Tagebaus Garzweiler II erreicht wird.

- Der Restsee soll mit Rheinwasser befüllt werden, um die Füllzeit für den See und den Grundwasserkörper zu verkürzen.
- Der Abfluss des Restsees in die Niers ist dauerhaft zu sichern.
- Süd-östlich der Ortschaft Holzweiler ist, auch aus wasserwirtschaftlichen Gründen, ein Abbau und eine Wiederanfüllung zu vermeiden.

Der Restsee soll in dem nach Abschluss des Braunkohlenabbaus verbleibende Restloch angelegt werden. Das Volumen des Restlochs wird durch die fehlenden Massen im Tagebau Garzweiler II und seinen Vorgängern, den Tagebauen Garzweiler I (Frimmersdorf I und II) bestimmt. Das Massendefizit entsteht durch den erstmaligen Aufschluss der Tagebaue und die abgebauten Kohleflöze. Eine Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II reduziert daher das nach den bisherigen Planungen entstehende Restloch und damit auch das Restseevolumen um die Masse der dann nicht abgebauten Kohleflöze. Das bedeutet, dass sich der Restsee bei einer Verkleinerung des Tagebaus nicht in gleichem Umfang wie die Tagebaureduzierung verkleinern wird. Das bedeutet auch, dass die veränderte Restseelage zu einer veränderten Abbauplanung des Bergbautreibenden und damit insbesondere auch zu einer veränderten Lage des künftigen Bandsammelpunktes führen muss.

Die konkrete Restseeplanung bleibt dem nachfolgenden Braunkohlenplanverfahren vorbehalten. Nach dem derzeitigen Planungsstand im geltenden Braunkohlenplan, beträgt die Restseefläche ca. 23 km². Auch bei einer Verkleinerung des Tagebaus, muss noch eine Restseefläche von ca. 20 km² berücksichtigt werden.

Dabei haben die in den bisherigen Leitentscheidungen festgeschriebenen Ziele zum Schutz von Wasser- und Naturhaushalt in ihren grundsätzlichen Aussagen Bestand und sind im Detail an die Veränderungen durch die Tagebauverkleinerung von Garzweiler II anzupassen.

Das wasserwirtschaftlich-ökologische Monitoring ist im vollen Umfang fortzuführen. Die durch die Leitentscheidung von 1991 und im Braunkohlenplan Garzweiler II getroffenen Aussagen zum Schutz und zum Erhalt der vom Tagebau beeinflussten schützenswerten Feuchtbiotope insbesondere im Schwalm-Nette-Gebiet sind weiterhin im vollen Umfang gültig und notwendig.

Seit der Leitentscheidung von 1991 haben sich neue gesetzliche Vorgaben entwickelt, die zu berücksichtigen sind: Zwischen 1999 und 2004 wurden im Bereich der Feuchtbiotope des Nordraumes acht FFH-Gebiete und das Vogelschutzgebiet Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg bei der EU-Kommission gemeldet. Im Rahmen der veränderten Braunkohlenplanung sind entsprechend der Planungsebene FFH-Verträglichkeitsprüfungen im Hinblick auf erhebliche

Beeinträchtigungen des Erhaltungszustandes der maßgeblichen Bestandteile (Arten und Lebensräume) durchzuführen.

Vergleichbar der FFH-Verträglichkeitsprüfung sind Artenschutzprüfungen entsprechend der Planungsebene zu Braunkohlenplänen durchzuführen.

Die Tagebauböschungen einschließlich der Restseeböschungen sind dauerhaft standsicher zu dimensionieren und zu gestalten.

Im Rahmen der nachfolgenden Verfahren wie Braunkohlenplan- und Rahmenbetriebsplanverfahren werden alle geologischen Faktoren wie mögliche Erdbeben oder tektonische verlaufende Sprünge im Raum Holzweiler bei der Dimensionierung des Böschungssystems angemessen berücksichtigt, sodass Tagebaurand- und endböschungen einschließlich der Restseeböschungen dauerhaft standsicher dimensioniert und gestaltet werden.

Die ökologischen Bodenfunktionen sind wieder herzustellen.

Die durch den Tagebau in Anspruch genommenen Lößböden zeichnen sich durch eine außerordentlich hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit und Ertragssicherheit aus. Dank der sehr großen Lößvorkommen im Abbaugebiet, sind die günstigen Voraussetzungen gegeben, im Zuge der Rekultivierung wertvolle Lössstandorte mit hoher Bodenfruchtbarkeit wiederherzustellen.

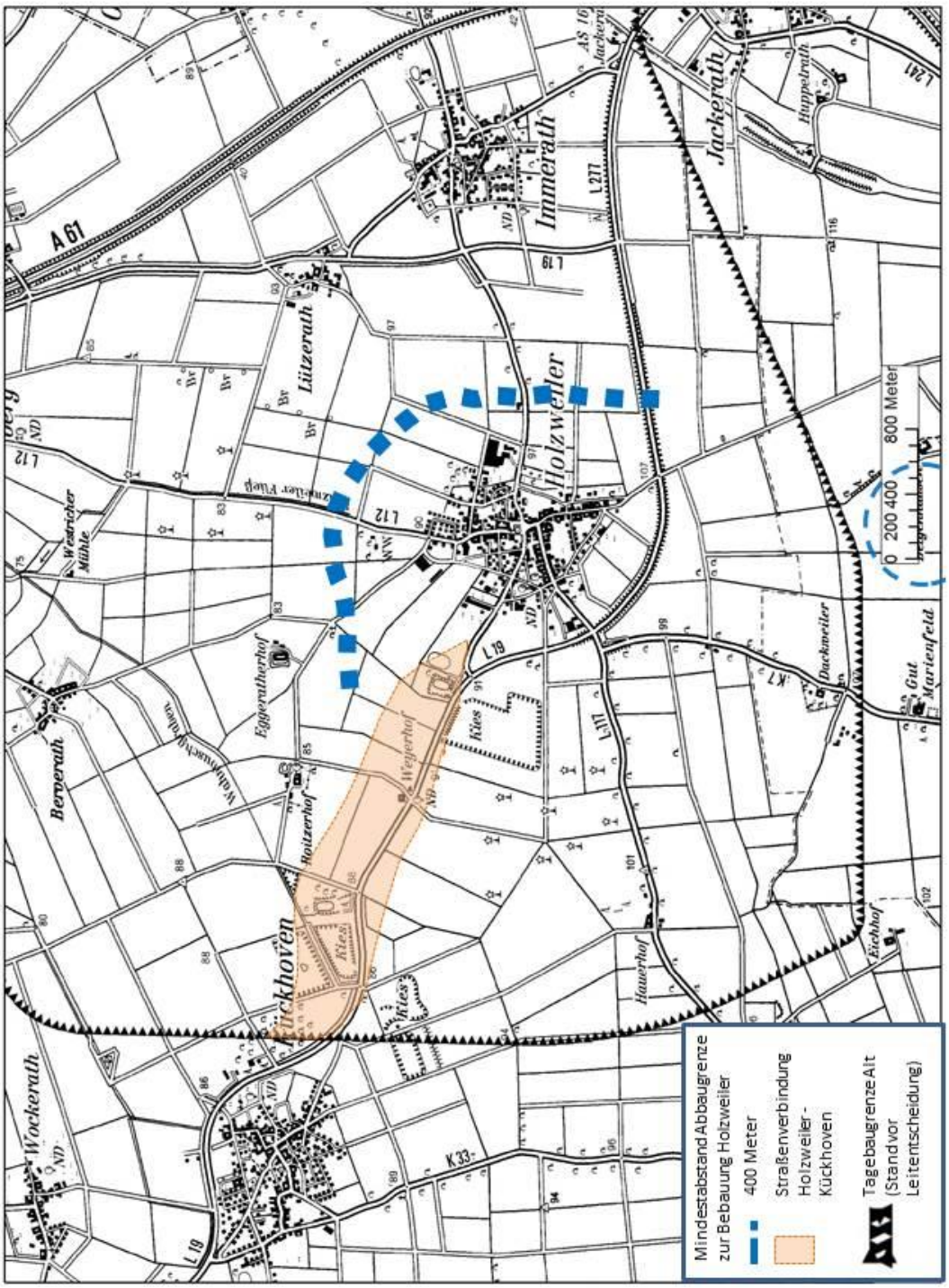


Abbildung Tagebau Garzweiler II, Schematische Zeichnung, zum Entscheidungssatz 3

Holzweiler lebenswert erhalten

Entscheidungssatz 3 (siehe dazu Abbildung Tagebau Garzweiler II)

Um eine positive Entwicklung von Holzweiler zu gewährleisten, ist der Abbaubereich des Tagebaus Garzweiler II so zu verkleinern, dass der Tagebau an Holzweiler nur von zwei Ortsseiten heranrückt und eine Insellage vermieden wird. Dabei ist eine Sicherheitslinie so festzulegen, dass ein Mindestabstand von 400 m zur Abbaugrenze gewährleistet wird.

Eine direkte Anbindung an Kückhoven und Erkelenz ist zu gewährleisten, soweit möglich soll die L 19 erhalten bleiben.

Der Uferbereich des Restsees ist so zu modellieren, dass eine Zwischennutzung des Sees während des Füllvorgangs möglich ist.

Bei den vom Abbau betroffenen Höfen ist die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

Um eine positive Entwicklung von Holzweiler zu gewährleisten, ist der Abbaubereich des Tagebaus Garzweiler II so zu verkleinern, dass der Tagebau an Holzweiler nur von zwei Ortsseiten heranrückt und eine Insellage vermieden wird. Dabei ist eine Sicherheitslinie so festzulegen, dass ein Mindestabstand von 400 m zur Abbaugrenze gewährleistet wird.

Die Menschen in der Ortschaft Holzweiler, der Siedlung Dackweiler und dem Hauerhof mussten bisher davon ausgehen, umgesiedelt zu werden. Dies gilt nun nicht mehr. Diese neue Situation ändert die Lebensperspektive der Bewohnerinnen und Bewohner, die sich zuvor auf ein Leben an einem neuen Ort vorbereitet mussten. Die individuelle Bewertung dieser geänderten Lebensperspektive wird sehr unterschiedlich ausfallen und kann durchaus auch als eine neue Belastung empfunden werden.

Die Ortschaft Holzweiler wird zudem zukünftig in Tagebaurandlage liegen. Eine Tagebaurandlage bedeutet eine viele Jahrzehnte dauernde Belastung für die dort wohnenden Menschen. Auch bei Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Immissionswerte und bei zusätzlichen Schutzmaßnahmen durch den Bergbautreibenden verbleibt dennoch eine individuell unterschiedliche Beeinträchtigung oder Störung durch den Tagebau.

Entscheidende Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung von Holzweiler schafft daher vor allem ein sozialverträglicher Abstand des Ortsrandes zum Tagebau. Dies zeigen die Erfahrungen aus den bisherigen Braunkohlenplanverfahren, aber auch die Diskussion im dritten Expertengespräch „Kommunale Planung und Fachplanung“ zur Vorbereitung dieser Leitentscheidung.

Der Abstand des Ortsrandes zur Abbaukante wird durch die Lage der in der Braunkohlenplanung festzulegenden Sicherheitslinie und die Breite der Zone zwischen Sicherheitslinie und Abbaugrenze bestimmt (Sicherheitszone). Die Sicherheitszone hat neben ihrer Bedeutung zur Gefahrenabwehr zugleich als Pufferzone die Aufgabe, die Bergbautätigkeit mit den außerhalb der Sicherheitszone angrenzenden Nutzungen verträglich zu machen. Die Pufferzone bietet zudem nach Beendigung des Bergbaus dem Ort Entwicklungsoptionen. Deshalb ist die Sicherheitszone so zu bemessen, dass dort die Maßnahmen zum Schutz angrenzender Nutzungen – insbesondere vor Immissionen – vorgenommen werden können. Insbesondere bereits vor dem Abbau errichtete und begrünte Schutzwälle gewähren effektiven Immissionsschutz für die dahinter liegende Wohnbebauung. Es ist davon auszugehen, dass es in Verbindung mit dem gewählten Abstand grundsätzlich möglich sein wird, die Werte der TA Lärm einzuhalten.

Entscheidend ist zudem die Dauer der Betriebsphase des Tagebaus. Um den Menschen in Holzweiler auch während der Betriebsphase des Tagebaus akzeptable Lebensbedingungen zu sichern, ist der Abbaubereich so zu begrenzen, dass die Ortslage Holzweiler lediglich maximal an zwei Ortsseiten – von Osten und Norden – und mit einem Mindestabstand von 400m an den Abbaubereich grenzt. Eine darüber hinaus gehende Weiterführung des Tagebaus in süd-westlicher Richtung würde den Bewohnern von Holzweiler eine übermäßige Belastung zumuten, die bislang keiner am Tagebaurand liegenden Ortschaft zugemutet wurde.

Eine direkte Anbindung an Kückhoven und Erkelenz gewährleisten, soweit möglich soll die L 19 erhalten bleiben.

Entscheidend für die städtebauliche Entwicklungsperspektive der Ortslage Holzweiler ist eine direkte Anbindung (L 19) an das benachbarte Kückhoven und den Hauptort Erkelenz. Kückhoven ist Nahversorgungszentrum und Grundschulstandort für Holzweiler. Die Stadt Erkelenz ist Mittelzentrum und gewährleistet die Versorgung mit Gütern des mittelfristigen Bedarfs. Im Expertengespräch „Kommunale Planung und Fachplanung“ wurde die Bedeutung dieser Verbindung von Bürgerinnen und Bürgern aus Holzweiler und von der Stadt deutlich herausgestellt. Danach würde eine durch den Tagebau nur über Umwege gewährleistete Anbindung an diese beiden Zentren Holzweiler zu einem isoliert liegenden Wohnstandort machen und einer nachhaltigen Stärkung der Ortslage deutlich entgegenwirken.

Eine direkte Anbindung zwischen Holzweiler und Kückhoven gewährleistet derzeit die L 19.Im Braunkohlenplanverfahren wird zu prüfen sein, ob diese Straße bestehen bleiben kann oder ob die neue Restseeplanung eine Verlegung erforderlich macht.

Der Uferbereich des Restsees ist so zu modellieren, dass eine Zwischennutzung des Sees während des Füllvorgangs möglich ist.

Holzweiler wird zukünftig See-Anrainer sein. Die Befüllung des Sees erfolgt mit Rheinwasser, eine uneingeschränkte Nutzung des Sees wird erst ca. 40 Jahre nach Ende der Auskohlung möglich sein. Um vielfältige Wassernutzungen zu ermöglichen, muss der Restsee sowohl während der Befüllung als auch in seinem Endzustand eine gute Wasserqualität aufweisen. Bereits während der aus heutiger Perspektive lang andauernden Befüllzeit sind wasserwirtschaftlich verträgliche Nutzungen am Seeufer zu ermöglichen. Hierfür ist das Seeufer durch Anschüttungen so zu modellieren, dass ein ständiger Wasserzugang eingerichtet werden kann und Uferbereiche für die Erholungsnutzung und für Ökologische Zwecke hergerichtet werden können.

Bei den vom Abbau betroffenen Höfen ist die Existenz der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

In Holzweiler und Umgebung wirtschaften verschiedene landwirtschaftliche Betriebe, deren Existenz zu erhalten ist. Die nordwestlich von Holzweiler liegenden Betriebe werden mit ihren Hofstellen vom Abbau erfasst. Bei anderen Betrieben werden Betriebsflächen in unterschiedlichem Maß durch den Abbau und die damit verbundenen Maßnahmen in Anspruch genommen. In den nachfolgenden Verfahren sind Regelungen zur Verlagerung der Hofstellen und zu Ersatzflächen in Absprache mit den Betroffenen zu erarbeiten.

Strukturwandel im Rheinischen Revier in örtlicher und regionaler Zusammenarbeit

Entscheidungssatz 4:

Entwicklungsperspektiven für das Rheinische Revier sind ausgehend von der örtlichen und regionalen Ebene gemeinsam zu erarbeiten. Das Land wird den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiter begleiten.

Entwicklungsperspektiven für das Rheinische Revier sind ausgehend von der örtlichen und regionalen Ebene gemeinsam zu erarbeiten. Das Land wird den Strukturwandel im Rheinischen Revier weiter begleiten.

Die Braunkohle hat im Gebiet zwischen Aachen, Düsseldorf, Köln und Bonn – und damit für Nordrhein-Westfalen insgesamt – eine enorm wichtige Rolle für Wirtschaft und Beschäftigung. Heute steht sie unmittelbar für rund 11.000 Arbeitsplätze. Mit der Branche sind in der Region noch deutlich mehr Arbeitsplätze verbunden.

Der Braunkohlenabbau und die Braunkohleverstromung werden in einigen Jahrzehnten auslaufen. Damit ist ein tiefgreifender Strukturwandel im Rheinischen Revier absehbar und infolgedessen auch planbar.

Dieser anstehende Wandel trifft eine Region, die heute vergleichsweise ökonomisch stark ist. In der Region arbeiten insgesamt mehr als 600.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Als starke Branchen sind insbesondere die Chemieindustrie und Biotechnologie, Handel und Logistik, aber auch der Maschinenbau vertreten. Von herausragender Bedeutung für die weitere Entwicklung dieser Region sind u.a. die RWTH Aachen, mit ihrem technologischen und anwendungsorientierten Schwerpunkt und der Exzellenzinitiative und das ebenfalls anwendungsorientierte Forschungszentrum in Jülich sowie die Universität zu Köln und die Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Diese Ausgangslage gilt es zu nutzen.

Die Enquetekommission des Landtags *„Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren“* (Ergebnisbericht vom April 2015[5]) hat eine stoffliche Nutzung der Braunkohle untersucht. Die Enquetekommission empfiehlt die weitere Prüfung und zu diesem Zweck die Schaffung eines verfahrenstechnischen Lehrstuhls für Kohlechemie und die Förderung einer Demonstrationsanlage.

[5] Abschlussbericht der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren (Enquetekommission II) zu dem Auftrag des Landtags Nordrhein-Westfalen vom 04. Dezember 2012 Drucksache 16/1630 (Neudruck), Stand 17.04.2015.

Zukunftschancen für die Region entstehen auch bereits begleitend zu den Tagebauen durch die Neugestaltung des Raums durch die großräumige Rekultivierungsplanung des Braunkohlenausschusses. Besondere touristische Chancen bieten insbesondere die geplanten Restseen, die einen einzigartigen Erholungsraum im Rheinischen Revier entstehen lassen. Der Braunkohlenabbau selbst hinterlässt keine Industriebrachen. Allerdings wird für die vier Kraftwerkstandorte mittel- bis langfristig eine neue Nutzung zu planen sein.

Die Landesregierung steht zu Ihrer industriepolitischen Verantwortung. Der Strukturwandel im Rheinischen Revier ist ohne soziale und ökonomische Brüche zu gestalten. Im Sinne einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik hat die Landesregierung 2011 mit der Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR) wichtige Vorarbeit geleistet. Die IRR soll die unterschiedlichen Player aus Wissenschaft und Technologieentwicklung mit Unternehmen und Gewerkschaften zusammenbringen und Entwicklungsperspektiven anhand konkreter Projekte aufzeigen.

Diese Entwicklungsperspektiven für das Rheinische Revier sind von den regional Handelnden insbesondere von unten („Bottom up“) und gemeinsam zu entwickeln. Zur Bewältigung des absehbaren Strukturwandels ist es notwendig, dass öffentliche Akteure untereinander und mit Privaten kooperieren und sich strategisch vernetzen. Benachbarte Gemeinden, die räumlich und funktional durch den Tagebau verflochten sind, können Ausgangspunkte für regionale Kooperationen bilden, die beispielhaft Lösungsansätze für den Strukturwandel entwickeln. Solche regionalen Entwicklungskonzepte sind in der Regionalplanung wie Fachbeiträge zu berücksichtigen.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Planungsamt	Vorlage-Nr: A 61/353/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 30.11.2015 Verfasser: Amt 61 Manfred Orth

Bebauungsplan Nr. XXII "Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath", Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In seiner Sitzung am 24.09.2014 hat der Rat der Stadt Erkelenz dem in der Sitzung vorgestellten städtebaulichen Entwurf (Gestaltungsplan Stand August 2014) des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte, zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des städtebaulichen Entwurfes den Bebauungsplan zu erarbeiten.

In seiner Sitzung am 24.09.2014 hat der Rat beschlossen, die Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich zu beteiligen.

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 12 vom 12.06.2015 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am 25.06.2015 in der Zeit von 14.30 Uhr bis 18.30 Uhr im Pfarrheim Keyenberg, An St. Kreuz, durchgeführt.
Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen.

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom

30.06.2015 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses
Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich wurde mit Schreiben vom 30.06.2015 beteiligt.
Seitens des Bezirksausschusses wurde in seiner Sitzung am 17.11.2015 dem Bebauungsplan zugestimmt.

4. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Nach Beschluss des Rates der Stadt Erkelenz vom 16.09.2015 wurde der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 21 vom 18.09.2015 in der Zeit vom 28.09.2015 bis 30.10.2015 öffentlich ausgelegt.
Während der öffentlichen Auslegung wurden abwägungsrelevante Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragen. Diese Stellungnahmen sind in der Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte, aufgelistet.

In dieser Sitzung soll über die vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden werden. Der Bebauungsplan Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte, soll in der Sitzung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen werden.

In die Erarbeitung des Entwurfes des Bebauungsplanes zur Offenlage wurden die Ergebnisse einer eingehenden Erörterung des Bebauungsplanes mit dem Bürgerbeirat Keyenberg / Kuckum / Unter-/Oberwestrich / Berverath vom 30.07.2015 einbezogen.
Mit Schreiben vom 18.10.2015 nimmt der Bürgerbeirat nochmals Stellung zum Entwurf des Bebauungsplanes: „zur derzeitigen Fassung des B-Planes haben wir folgende Änderungswünsche: 1. Berverath; Änderung der Baugrenze wie im Plan rot eingezeichnet für den nordwestlichen Teil von Berverath, ggf. Ergänzung einer Garagenfläche gem. Skizze. 2. B-Plan insgesamt; da bei den Einfriedungen weiterhin Gehölz- oder Heckenanpflanzungen vorgeschrieben sind, schlagen wir vor, zusätzlich Gabionenwände, evtl. auch in Kombination mit Gehölzen oder Hecken (s. Foto) zuzulassen. Wir hatten beabsichtigt, unsere Änderungswünsche in einer der ausgefallenen Arbeitssitzungen vorzubringen. Ersatzweise nun unsere Vorschläge in Schriftform mit der Bitte um Weiterleitung.“

Über die Anregungen des Bürgerbeirates ist in der Sitzung ein Beschluss zu fassen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu 1.:
In den Baugebieten für den Ort Berverath wurden die überbaubaren Grundstücksflächen bereits im Entwurf des Bebauungsplanes zur Offenlage erweitert.
Die seitens des Bürgerbeirates angeregte nochmalige Änderung betrifft das westliche Baugebiet in Berverath, das Dorfgebiet MD3 angrenzend an den Grünzug und die RVA, bzw. an die „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Ent-

wicklung von Boden, Natur und Landschaft.“
Die städtebauliche Konzeption sieht vor, dass in Berverath landwirtschaftliche Betriebe und sonstige Gewerbebetriebe in den Dorfgebieten MD1 und MD2 angesiedelt werden.
In den MD3 sind diese Nutzungen nur ausnahmsweise zulässig, die Wohnnutzung steht hier im Vordergrund. Das Erfordernis überbaubare Grundstücksflächen wie angeregt über die gesamten Grundstücksflächen auszudehnen besteht demzufolge in den MD3 für die geplanten Nutzungen nicht.
Nebengebäude für die Wohnnutzung sind in allen Baugebieten MD auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. Auch sollte ein Vor- und Zurückspringen der Wohngebäude über die gesamte Grundstückstiefe vermieden werden.
Der Anregung des Bürgerbeirates für eine Erweiterung der überbaubaren Grundstücksflächen in Baugebieten MD3 sollte daher nicht gefolgt werden.

Zu 2.:
Die im Bebauungsplan getroffenen bauordnungsrechtlichen Regelungen zu Einfriedungen betreffen nur private Grundstücksgrenzen die eine gemeinsame Grenze mit dem öffentlichen Raum bilden.
Diese Abschnitte der privaten Grundstücksgrenzen nehmen damit Teil an der Gestaltung und Wahrnehmung des öffentlichen Raumes, hiermit besteht eine besondere Verpflichtung des privaten Eigentums.
Die angeregte Änderung der Regelungen zu Einfriedungen ist ohne eine weitergehende Öffnung der Regelungen auch für andere Lösungen und Materialien und in Folge dessen einem Verzicht auf gestalterische Anforderungen im Übergangsbereich zum öffentlichen Raum kaum begründbar.
Der Anregung des Bürgerbeirates weitere Einfriedungen zuzulassen, sollte daher nicht gefolgt werden.

Aspekte Stadtmarketing/Lokale Agenda 21
Aspekte des Stadtmarketings sind durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Durch den Bebauungsplan werden agendarelevante Aspekte berücksichtigt. Aufgrund der Gesetze, die in der Bauleitplanung zu beachten sind, ist eine nachhaltige ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Ausführung von Planungen gewährleistet.

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Beschlussentwurf:
„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und die während der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentli-

chen und privaten Belange, wie in den als Anlage – Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Den Anregungen des Bürgerbeirates Keyenberg / Kuckum / Unter- / Oberwestrich / Berverath vom 18.10.2015 zur Änderung des Bebauungsplanes wird nicht gefolgt.
3. Der Bebauungsplan Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte wird unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Die Realisierung des Bebauungsplanes hinsichtlich der Erschließung wird durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Erkelenz und RWE Power sichergestellt.

Anlagen:
Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte

Anlage - Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte im Rat am 16.12.2015

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Da wir gerne ein Haus mit Flachdach bauen würden und eine Traufhöhe von 6,5 m benötigen, ist die Auswahl an Grundstücken sehr begrenzt. Wir würden sehr gerne mit umsiedeln, jedoch muss uns auch ein passendes Grundstück zur Verfügung gestellt werden. Die Grundstücksbreite sollte 22 m betragen. Zurzeit haben wir ein kleines Grundstück. Der Garten sollte die Möglichkeit einer südlichen Ausrichtung haben. Ich bitte um eine deutliche Erweiterung der Grundstücke im Gebiet WA 1.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5 m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt. Für den oben aufgeführten Bauwunsch sind somit ausreichend Grundstücke vorhanden, sodass eine Erweiterung der Grundstücke im Gebiet WA 1 nicht notwendig ist. Grundstücksbreiten werden im Bebauungsplan nicht festgesetzt, dies ist Gegenstand der Grundstücksteilung, - vormerkung und –vergabe sowie der Regelungen zur Entschädigung der Umsiedler.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 2
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Ich erhebe Widerspruch gegen die geplante Einschränkung der Bauarten der Häuser. Die Individualität der Bauweise sollte schon gewährleistet sein (Haus im bayr. Stil!)

Ich halte den gesamten Braunkohletagebau für klimaschädlich, negativ nachhaltig für spätere Jahrzehnte, also total überflüssig!

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Der Bebauungsplan mit seinen planungsrechtlichen und bauaufsichtlichen Festsetzungen ermöglicht individuelle Bauvorhaben. Gebäude im bayrischen Stil sind nicht ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Die Stellungnahme ist berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 3
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Bei der WA 2 Bebauung sollte die Traufhöhe 6,0 – 6,5 m betragen, damit eine volle 2-Geschossigkeit erreicht werden kann (bei TH von 4,5 m nicht erreichbar).

Stadthaus sollte zweigeschossig in WA 2 möglich sein (2 Vollgeschosse).

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 4
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Diese Stellungnahme ist zurückgezogen worden.

Lfd. Nr.: 5
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Zu o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

- Warum Flachdächer nur „ausnahmsweise“?
- Fassadengestaltung: Bei Ausschluss von Kunststoffmaterialien ist eine TRESPA-Fassade nicht möglich
- Traufhöhen: 4,5 m → Drempelhöhen im Obergeschoss zu gering

→WA 1 und WA 2 nur bis 4,5 m und 5,5 m – 6,5 m möglich: es fehlt die Spanne dazwischen

- Flachdach (teilweise) nur bis 4,00 m: Warum?

Staffelgeschoss?

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt. Die Definition von Staffelgeschossen ist in §2 Abs. 5 BauO NW geregelt. Staffelgeschosse sind in den Festsetzungen des BBP nicht ausgeschlossen. Der Bebauungsplan setzt keine Zahl der Vollgeschosse fest.

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 6
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

- Durch Ausschluss von Kunststoff an der Fassade ist Trespa nicht möglich, sollte aber möglich sein!

- Flachdächer nur „Ausnahmsweise“? Wer entscheidet über die „Ausnahme“ und Warum? Generell ermöglichen!
- Warum kann/darf ich kein 1-geschossiges Flachdach und Staffelgeschoss bauen? 4 m oberster Punkt verhindert dies! Diese Begrenzung muss aufgehoben bzw. umgestaltet werden!
- Durch die Festlegung der Traufhöhe auf 4,5 m ist eine anständige Nutzung des Obergeschosses nicht möglich! Schräge beginnt ab 1,55 m bei normaler Hausgestaltung und Aufbauten. Dringend ändern bzw. erhöhen!
- Traufhöhe entweder „BIS“ 4,5 m oder „AB“ 5,5 festgelegt. Was ist mit dem Bereich dazwischen? Traufhöhen überprüfen/ändern!
- Einfriedungen des Grundstückes in „blickdichter“ Form nur durch eine Hecke möglich, welche älteren Mitbürger zu viel Arbeit machen kann. Betonzäune, Holzzäune etc. müssen dringend erlaubt werden! Auch jemand, der eine Hecke nicht pflegen kann, muss die Möglichkeit haben, sein Grundstück „blickdicht“ zu gestalten! Privatsphäre? Persönlichkeitsrechte? → Ändern!

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt.
Der Stellungnahme zu Einfriedungen wird nicht gefolgt.

Lfd. Nr.: 7
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Flachdächer generell erlauben! Traufhöhen im MI 1 besser von 4,5 m bis 7,0 m, dann mischen sich 1,5 – 2-geschossige Objekte und es können mehr MI 1 Gebiete ausgewiesen werden.

MI 2 4,5 m TH Problem, besser 5,0 - 5,5 m, bautechnisch bedingt, 1,5-geschossige Optik bleibt erhalten.

Fassade Kunststoff zulassen, für z.B. Trespa, Rockwool etc. Mehr 2-geschossige Bereiche TH 4,5 – 7,5 m, 1-geschossige aufweiten TH bis 5,5 m, Raumhöhen werden höher, Bauteile aus Dämmungsgründen dicker! Die 4,5 m sind veraltet!

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 8
Öffentlichkeit: XXX

Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

Problematik Traufhöhen: 4,5 m → im Obergeschoss bleibt zu wenig Höhe. Warum nicht 5,00 m oder 5,5 m?
Flachdächer: Warum nur 4,00 m Höhe? Warum nur „ausnahmsweise“?
Trespaplatten nicht möglich wegen Einschränkung kein Kunststoff zulässig.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 9
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

- Flachdächer teilweise nur bis 4,00 m zulässig
- Was ist mit Staffelgeschossen?
- Wieso sind Flachdächer nur **ausnahmsweise** zulässig?
- Traufhöhe von 4,5 m zu gering: Kniestock im Obergeschoss zu gering → zudem fehlt Traufhöhe zwischen 4,5 m und 5,5 m

---

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt. Die Definition von Staffelgeschossen ist in §2 Abs. 5 BauO NW geregelt. Staffelgeschosse sind in den Festsetzungen des BBP nicht ausgeschlossen. Der Bebauungsplan setzt keine Zahl der Vollgeschosse fest.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 10
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

Flachdächer nicht nur ausnahmsweise zulassen
Traufhöhen flexibler 4,5 m – 7,0 m im MI 1 – MI 2 bis 5,5 m

Im MI 1 geht nur ab 5,5 m – 6,5 m. Warum nicht ab 4,5 m bis 7,0 m?
1,5-geschossig, gemischt mit 2-geschossig!
Erleichtert die Grundstückswahl!
Flachdach im MI 2 bis TH = 4,0 m lässt kein Staffelgeschoss zu! Warum?
Wo bleiben die Optik und die Entfaltungsmöglichkeit?

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt. Die Definition von Staffelgeschossen ist in §2 Abs. 5 BauO NW geregelt. Staffelgeschosse sind in den Festsetzungen des BBP nicht ausgeschlossen. Der Bebauungsplan setzt keine Zahl der Vollgeschosse fest.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 11
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

- Warum Flachdächer nur „ausnahmsweise“?
- Fassadengestaltung: bei Ausschluss von Kunststoffmaterialien ist eine Trespa-Fassade nicht möglich

- Traufhöhen: 4,5 m Drempelhöhen im Obergeschoss zu gering
- WA 1 und WA 2 nur bis 4,5 m und 5,5 – 6,5 m möglich: es fehlt die Spanne dazwischen

- Flachdach (Teilweise) nur bis 4,00 m: Warum?
- Staffelgeschoss?

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.Die Definition von Staffelgeschossen ist in §2 Abs. 5 BauO NW geregelt. Staffelgeschosse sind in den Festsetzungen des BBP nicht ausgeschlossen. Der Bebauungsplan setzt keine Zahl der Vollgeschosse fest.

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 12

Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 26.06.2015

Inhalt:

Zur o. g. Bauleitplanung tragen wir folgende Anregungen vor:

1) Erinnerung an die feste Zusage an die Umsiedler „**Zusammenlegung bestehender Nachbarschaften“** hier:



2) **Freie Gestaltung der Vorgärten** nach dem Geschmack der Bewohner und nicht nach dem konservativen Geschmack der Planer! Kein arbeitsintensiver Heckenzwang! Es gibt viele positive Beispiele moderner, pflegeleichter Steinvorgärten mit besonderem Grün: Wegfall der Auflage: 50 % Grünfläche im Vorgarten!

3) **Genehmigung glasierter Dachpfannen**; Grund: besserer Wasserabfluss, aber vor allem deutliche Reduzierung von Moosbefall. Glasierte Dachpfannen sind mittlerweile Standard in vielen Neubaugebieten: Warum nicht in Neu-Keyenberg?

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Zusammenlegung bestehender Nachbarschaften ist nicht Gegenstand des Bebauungsplanes.

Die Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend angepasst, dass die Vorgärten auf mindestens ein Drittel ihrer Fläche gärtnerisch zu gestalten sind.

Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.

Glasierte Dachbausteine werden zugelassen, mit der Einschränkung, dass keine stark glänzenden Dachbausteine verwendet werden dürfen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Einfriedungen und Vorgärten sowie glasierten Dachbauformen wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 13
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 19.06.2015

Inhalt:

Anregungen zum Bebauungsplan Keyenberg, Kuckum, Westrich und Berverath

Keine von außen sichtbare Betonzäune am Umsiedlungsstandort, es sei denn, dass ein besonderes Bedürfnis vorliegt, dann aber in ausgewählten Bereichen.

Der Grünzug im Außenbereich sollte möglichst privatisiert werden. Das heißt, die Grundstücke werden im Grünzugbereich bis an den Weg zum Waldpreis an die Anwohner verkauft. Allerdings dürfen diese Parzellen nicht bebaut (Ausnahme: Unter-

ständе für Tiere, Hühnerställe oder Holzlagerplätze) werden und auch nicht mit Mauern oder Betonzäunen eingegrenzt werden. Stattdessen sollte die derzeit übliche Nutzung als Obstbaumwiese, Wiese, Garten mit einer Zauneingrenzung festgeschrieben werden.

Dadurch wird eine dorfübliche Außenabgrenzung geschaffen, die den Charakter des Standortes aufwertet und der Allgemeinheit die Pflegekosten erspart.

Holzhäuser sind grundsätzlich möglich, bestimmte Bereiche können aber ausgenommen werden.

Rigolenversickerung muss wieder sein; schließlich ist das ein Landesziel. Zumindest vorhandene Anlagen sollten wieder errichtet werden können.

Kupferdachrinnen sind ebenfalls möglich.

Von der Genehmigung nach Baurecht freigestellte Kleinstwindradanlagen bis 10 m Höhe werden genehmigt, damit ein dauerhafter Betrieb gesichert ist.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Einfriedung der Grundstücke ist im Bereich der Straßen, Plätze, Grün- und Parkanlagen ausschließlich in Form einer lebenden Hecke oder einer Gehölzpflanzung auch in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.
Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.
Außerhalb der o.a. Bereiche werden für Einfriedungen, z.B. zwischen privaten Grundstücken keine Festsetzungen getroffen.

Die umlaufende Ortsrandeingrünung soll als öffentliche Grünanlage für die Allgemeinheit über öffentliche Fußwege zugänglich sein. Eine Privatisierung ist gemäß den o.a. Ziel ausgeschlossen.
Eine Bebauung der Grünflächen ist nicht möglich, da diese als festgesetzte Maßnahmenfläche nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB dem Ausgleich dienen.

Der Bebauungsplan trifft bis auf Kunststoff, Fliesen, Mosaik aus keramischen Materialien und mauerwerkslimitierende Verkleidungen keine bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Fassadenmaterialien. Ein Regelungsbedarf wird für die vorliegende Ortsgestaltung nicht gesehen.

Eine Rigolenversickerung auf privaten Grundstücken ist im gesamten Bebauungsplan-gebiet ausgeschlossen, da die Bodenverhältnisse nach gutachterlicher Prüfung zu diesem Zwecke ungeeignet sind. Kupferdachrinnen sind gemäß den Bestimmungen der Wasserschutzzonen IIIa und IIIb unzulässig.

Kleinwindkraftanlagen sind als untergeordnete Nebenanlagen gem. § 14 BauNVO in allen Baugebieten zulässig, so lange sie dem primären Nutzungszweck vom Grundstück dienen. Die Genehmigung von Kleinwindkraftanlagen ist Gegenstand bauordnungsrechlicher Verfahren.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zur Privatisierung öffentlicher Grünflächen und zur Rigolenversickerung wird nicht gefolgt. Die Hinweise der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Lfd.-Nr.: 14
Öffentlichkeit: XXX

Schreiben vom: 11.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung tragen wir folgende Anregungen vor:

1. Zulässigkeit von Flachdächern, da auch bei einer Planung mit Satteldach ein Flachdach in Teilbereichen schon eine Abweichung wäre. Bauvorhaben mit Flachdach sind zeitgemäß und entsprechenden dem heutigen baulichen Zeitgeist. Diese nicht vorgesehene Bauform würde eine erhebliche Einschränkung darstellen.

2. Vorgesehene Taufhöhen anpassen:

- im Bereich WA 2 bis 5,5 Meter erweitern
- im Bereich WA 1 auf 4,5 – 7,00 Meter erweitern.

Damit erlangt man insgesamt mehr Spielraum für Dämmstärken und Raumhöhen.

3. Zaunanlagen mit Sichtschutzelementen zulassen, um insbesondere während der mehrjährigen Bebauung umliegender Grundstücke aufgrund unterschiedlicher Bauphasen einen sichtgeschützten Privatbereich zu gewährleisten.

Mit der Bitte, diese Anregungen im Bebauungsplan zu berücksichtigen, würden wir eine schriftliche Antwort sehr begrüßen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.

.

Außerhalb der o.a. Bereiche werden für Einfriedungen, z.B. zwischen privaten Grundstücken keine Festsetzungen getroffen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen wird gefolgt. Die Stellungnahme zu Einfriedungen, die nicht an öffentliche Bereiche grenzen, ist berücksichtigt.

Lfd.-Nr. 15
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 25.06.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

1. Zulassung von Trespa Fassaden und ähnlichen Materialien
2. Generelle Zulassung von Flachdächern, da es im Rahmen der Grundstücksvergabe ansonsten zu Problemen führen kann und wird
3. Zulassung von 2 Geschossen mit Flachdach, TH mind. 6,00 m
4. Traufhöhe von 4,5 m bei WA 2 sorgt für eine schlechte Ausnutzung der Räume im Obergeschoss. Hier ist eine Anhebung der Traufhöhe auf 5,5 m bis 6,00 m sinnvoll.

5. Es gibt zu wenig Bauflächen auf denen 2-Geschossigkeit erlaubt ist.
6. Zulassung von Gabionen an Grundstücksgrenzen, in Kombination mit lebenden Hecken – Verbot von Betonzäunen (in Holzoptik) kann ja ausgeschlossen werden.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt. Für den oben aufgeführten Bauwunsch sind somit ausreichend Grundstücke vorhanden, sodass eine Erweiterung der Grundstücke im Gebiet WA 1 nicht notwendig ist.

Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.
Außerhalb der o.a. Bereiche werden für Einfriedungen, z.B. zwischen privaten Grundstücken keine Festsetzungen getroffen.

TRESPA sind Schichtpressstoffplatten auf Holzbasis, der Baustoff als Fassadenmaterial ist durch den Bebauungsplan nicht ausgeschlossen.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen sowie Fassadenmaterialien wird gefolgt. Die Stellungnahme zu Einfriedungen, die nicht an öffentliche Bereiche grenzen, ist berücksichtigt.

Lfd.-Nr. 16
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 13.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

- Da das Baugebiet recht „grün" gehalten u. gestaltet werden soll, vermisse ich extensive begrünte Garagen- bzw. Flachdächer!
- Durch unser „Wunschgrundstück" verläuft die Grenze der Wasserschutzzone III b und III a. Welche Auflagen kämen da auf uns zu bzw. welche Wasserschutzzone würde dafür gelten?
- Zur optimalen Ausnutzung des nördlichsten Grundstücks in Neu-Westrich sollte die Baugrenze auf min. 25 m erweitert werden, damit man die Süd-/Westausrichtung effektiver ausnutzen kann!

- Die Punkte „Flachdach + Trauf- bzw. Firsthöhen" und „Hochpunkt" und „Einfriedungen" und „Baumstammstärken" - sind auf dem B-Plan Änderungen/Anregungen für Westrich-Neu vermerkt!!!

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Extensiv begrünte Garagen- bzw. Flachdächer sind im Bebauungsplangebiet zugelassen und erwünscht. Die bestehenden Wasserschutzgebietsverordnungen sind im Bebauungsplan nachrichtlich übernommen, die Vorschriften sind den jeweiligen Verordnungen zu entnehmen.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplan in einer Tiefe von 16 m und 18 m festgesetzt und orientieren sich in der Regel an einer straßenbegleitenden Bebauung. Mit diesem städtebaulichen Ordnungsprinzip werden u.a. gegenseitige Beeinträchtigungen, z.B. infolge rückwärtiger Bebauung, vermieden.

Die Ankündigung von Anregungen für Westrich-neu wird zur Kenntnis genommen.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme wird zu begrünten Dächern gefolgt. Der Stellungnahme zur Änderung der Baugrenzen wird nicht gefolgt.

Lfd.-Nr. 17
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 15.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

- Traufhöhe 4,5 m – 5,00 m, wegen variable Möglichkeiten der Dachneigung und einem höheren Drempel
- Baulinienüberbau in WA 1 durch Balkone

- Garagenbau in WA 2 im Bauwich (entlang der beidseitigen Grundstücksgrenzen, also auf der jeweiligen Grundstücksgrenze)
- Mistwege, damit eine rückwärtige Entsorgung von Grünabfällen auf Gartengrundstücken möglich ist (z.B. 1,5 m breit).
- Einfriedigung rückwärtiger Grundstücksflächen, auch wenn sie an das öffentliche Grün angrenzen, ohne Auflage.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Traufhöhen werden auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m festgesetzt
Die Festsetzung, dass eine Überschreitung der Baulinien unzulässig ist entfällt. Vor- und Zurücktreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß über die Baulinie in den mit WA 1 und MD 4 festgesetzten Bereichen kann gemäß § 23 (2) BauNVO zugelassen werden. Eine Festsetzung ist im Bebauungsplan nicht notwendig.

Die festgesetzten Flächen für den Garagenbau im sogenannten Bauwich werden an unkritischen Stellen im Bebauungsplangebiet ergänzt. An städtebaulich herausgehobenen Punkten sollen unmittelbar an den öffentlichen Raum angrenzende Garagenbauten vermieden werden.

Die Anlage von Mistwegen ist nicht Bestandteil des Bebauungsplanes.

Mit den bauordnungsrechtlichen Festsetzungen zu Einfriedungen soll der öffentliche Raum im Bereich von Straßen, Plätzen, Grün- und Parkanlagen vor allzu starken

Beeinträchtigungen des Ortsbildes und des städtebaulich begründeten Gestaltungsrahmen geschützt werden. Hierbei sind Grundstückseinfriedungen außerhalb des Vorgartens sowohl mit Hecken als auch mit Gehölzpflanzungen in Verbindung mit einem transparenten Zaun zulässig.
Außerhalb der o.a. Bereiche werden für Einfriedungen, z.B. zwischen privaten Grundstücken keine Festsetzungen getroffen.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen, Baulinien und Garagenbau wird gefolgt. Der Stellungnahme zu Einfriedungen wird nicht gefolgt.

Lfd.-Nr. 18
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 27.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

- Traufhöhe zu niedrig = zweigeschossig mit Flachdach muss möglich sein!!

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachformen wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 19
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 27.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

Betrifft Bereich Unterwestrich: Die Traufhöhe in den Bereichen WA 2 ist mit 4,5 m festgelegt. Ich beantrage die Erhöhung der Traufhöhe um 2 m auf insges. 6,5 m.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Traufhöhen werden auf eine maximale Höhe von 6,5 m festgesetzt.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 20
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 27.07.2015

Inhalt:

Im Rahmen der frühzeitigen Mitwirkung am Bebauungsplan Umsiedlung KKUB möchten wir um nachfolgende Änderungen bitten:

1. Bitte erweitern Sie den Bereich MD 1 auf dem Grdstk. (östlich Grdstk. Berverath vor Grünstreifen Trennung z. Kuckum) von 18 auf 35 Meter. Da es sich um ein landwirtschaftlich genutztes Grdstk. handelt, möchten wir die

Hofstelle und den Hofcharakter unter Verwendung der alten Ziegel wieder herstellen.

2. Das/bzw. die darunter gelegenen Grundstücke (aktuell MD 3) bitten wir in MD 4 abzuändern.

Dabei bitten wir First und Traufhöhe deutlich anzuheben, damit eine auch wirtschaftlich sinnvolle Bauweise möglich ist.

3. Ich bitte das Baufenster des vorgenannten Grundstückes auf die Fläche 28 x 45 m zu erweitern.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Errichtung einer Hofanlage mit 35,0 m Tiefe ist (auch mit dem genannten Material) auf dem beschriebenen Grundstück möglich.

Die Verteilung der MD 4 Gebiete folgen der städtebaulichen Konzeption und sind besonderen Orten / Gebäuden vorbehalten.

In den Gebieten WA 1 und MD 4 werden die Traufhöhen mit minimal 6,0 m und maximal 8,5 m, Flachdächer auf minimal 6,00 m und maximal 10,5 m festgesetzt. In den festgesetzten MD3 wird die Traufhöhe auf max. 6,5m erhöht, die Firsthöhe auf max. 9,5m. Eine wirtschaftlich sinnvolle Bauweise ist auch hiermit möglich.

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind im Bebauungsplan in einer Tiefe von 16m und 18m festgesetzt und orientieren sich in der Regel an einer straßenbegleitenden Bebauung. Mit diesem städtebaulichen Ordnungsprinzip werden u.a. gegenseitige Beeinträchtigungen, z.B. infolge Rückwärtiger Bebauung, vermieden.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zur Änderung der Art und Maß der baulichen Nutzung sowie überbaubaren Grundstücksflächen wird nicht gefolgt.

Lfd.-Nr. 21
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 29.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung tragen wir folgende Änderungen vor:

Nach unserem Verständnis erlaubt der o.a. Entwurf des Bebauungsplanes nur an eingeschränkten Standorten ein Nebeneinander von eingeschossiger und einer Bebauung mit zwei Vollgeschossen.

Die Umsiedlung soll sozialverträglich durchgeführt werden. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch das Familienverbände wieder so nebeneinander leben können, wie dies am Altort zurzeit auch gelebt wird. Es liegt nun einmal in der Natur der Sache, dass Großeltern in direkter Nachbarschaft mit ihren Kindern und Enkelkindern leben möchten. Da kann es nicht sein, dass Regelungen in einem Bebauungsplan dies unmöglich machen, weil die Bauanforderungen beider Parteien nicht in dieses Regelwerk passen.

Planerische Sichtweisen für den neuen Wohnort treffen hier auf die realen Lebensverhältnisse am Altstandort. Dies darf am neuen Standort nicht eingeschränkt werden. Räumliche Nähe lässt häusliche Pflege im Alter zu. Öffentliche Kassen werden dadurch entlastet.

Es kann des Weiteren nicht sein, dass eine auf die Zukunft ausgerichtete Lebensplanung in der o.a. beschriebenen Form bisher nur an bestimmten Standorten innerhalb des Bebauungsplangebietes möglich sein soll. Die Grundstücksvormerkungen wür-

den eingeschränkt, da Zusammenleben in der o.a. beschriebenen Form nur in Teilbereichen möglich sein würde. Hierin ist eine erhebliche Benachteiligung zu sehen.

Die Realisation einer sozialverträglichen Umsiedlung eines Familienverbandes muss auf allen Grundstücken im Bebauungsplangebiet gegeben sein. Ansonsten wird das Grundstückswahlrecht erheblich eingeschränkt.

Eine weitere Anregung ist der Wegfall der Regelung bezüglich einer Traufhöhe von 4,5 m Höhe. Eine Begrenzung der Traufhöhe auf 6,5 m plus minus 0,5 m sollte möglich sein.

Flachdachbebauung sollte in einem Nebeneinander mit anderen Dachformen ermöglicht werden.

In den nächsten Monaten sind die betroffenen Umsiedler mit der Abwicklung des bisherigen Altgrundstückes (evtl. Instandhaltung, Begutachtung etc.) beschäftigt.

Erst wenn die strapaziösen Verhandlungen mit RWE Power endlich abgeschlossen sind und die Umsiedler wissen, welche Entschädigungssumme für eine neue Investition zur Verfügung steht, macht man sich doch erst Gedanken, wie und in welcher Form sich ein Neubauvorhaben realisieren lässt.

Umso schlimmer ist das Erwachen, wenn dann festgestellt wird, dass durch die vielen Regelungen im Bebauungsplan Bauwünsche und/oder Bauformen nicht wie gewünscht realisiert werden können.

Umsiedler stehen unter einem enormen psychischen Druck. Dies sollte bei den Planungen für den Umsiedlungsort nicht vergessen werden.

Planerische Vorgaben sind das eine, Regelungen die nötig sind, das andere, dennoch darf nicht alles bis in kleinste vorgeschrieben werden. Es wäre nett, wenn diese Anregungen Gehör finden würden. Die Planung eines Umsiedlungsstandortes ist etwas anderes als die Planung eines einzelnen Neubaugebietes.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 22
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 28.07.2015

Inhalt:

Zur o.g. Bauleitplanung trage ich folgenden Anregungen vor:

Bei Durchsicht des Bebauungsplans ist uns aufgefallen, dass ein 2-geschossiges Wohnhaus mit Flachdach (für Familien mit Kindern) auf einem bis 20 m breiten Grundstück nicht zu realisieren ist.

1. Ein HP für Flachdächer (2-geschossig) ist mit 6,5 m recht knapp bemessen.
2. In W 2 ist ein 2-geschoss. Haus mit Flachdach gar nicht möglich. Mein Sohn kann aber nur ein Grundstück bis max. 20 m Breite erwerben.

Ein kubischer Baukörper ist architektonisch sehr interessant und modern (siehe auch Klimaschutzsiedlung Bauxhof, Erkelenz). Sollte sich keine Lösung für diese Problem finden, wird mein Sohn nicht mit umsiedeln und wir dann auch nicht.
Außerdem sollten Doppelpultdächer zulässig sein.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Doppelpultdächer sind zulässig.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt.

Lfd.-Nr. 23
Öffentlichkeit: XXX
Schreiben vom: 28.07.2015

Inhalt:

Zu der o.g. Bauleitplanung trage ich folgende Anregungen vor:

- ermöglichen von Flachdächern + versetzten Pultdächern
- freie Wahl der Dachüberstände
- Erhöhung der Traufhöhe auf max. 6,5 m auch in WA 2 !!

Begründung:

- vereinfachte Umsetzung von generationsübergreifenden Zusammenschlüssen (z.B. Bungalow neben Stadthaus) in Anlehnung an Sozialverträglichkeit gem. revierweite Regelungen außerhalb Bereich d. Geschosswohnungsbauten (MFH)
- analog zu Immerath + Borschemich Neu sowie „Altort“ Keyenberg
- mehr „Bau-Möglichkeiten“ bei eingeschränkter Grundstücksgröße

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen werden dahingehend geändert, dass Flachdächer generell zulässig sind. Versetzte Pultdächer sind allgemein zulässig. Die Traufhöhen werden darüber hinaus auf eine maximale Höhe von 6,5 m bzw. 8,5m, die Hochpunkte der Flachdächer auf maximal 6,5 m bzw. 10,5m festgesetzt.

Eine Regelung der Dachüberstände ist aus städtebaulichen und nachbarschaftsrechtlichen Gründen notwendig.

Beschlussfassung:

Der Stellungnahme zu Gebäudehöhen und Dachform wird gefolgt. Der Stellungnahme zu Dachüberständen wird nicht gefolgt.

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Erftverband, Postfach 1320, 50103 Bergheim
Schreiben vom: 13.07.2015

Inhalt:

Wie Sie aus dem beiliegenden Lageplan ersehen können, befinden sich im o. g. Plangebiet aktive oder inaktive Grundwassermessstellen. Sie sind notwendige Instrumente der Gewässerunterhaltung nach § 91 Wasserhaushaltsgesetz. Daher ist ihre Zugänglichkeit und ihr Bestand dauerhaft zu wahren. Des weiteren weisen wir darauf hin, dass inaktive Grundwassermessstellen, die nicht zurückgebaut und verfüllt worden sind, die Tragfähigkeit des Baugrundes beeinflussen können. Sollte innerhalb eines 200 m Korridors der Baumaßnahme eine Grundwassermessstelle liegen, dann ist zum Zwecke der Einweisung vor Beginn der Maßnahme mit dem zuständigen Ansprechpartner Herrn Wilhelms, Abteilung Grundwasser, Tel.-Nr. 02271/88-1284, Mail: frank.wilhelms@erftverband.de Kontakt aufzunehmen und ein Ortstermin zu vereinbaren.

Außerdem weisen wir darauf hin, dass eine evtl. geplante Versickerung des Niederschlagswassers nur über belebte Bodenschichten erfolgen soll. Gemäß § 51 a LWG ist Niederschlagswasser zu versickern, verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten, sofern dies ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit möglich ist.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Grundwassermessstellen sind zeichnerisch im Bebauungsplan dargestellt. Inaktive Messstellen sind in innerhalb der Abgrenzung des Bebauungsplanes nicht vorhanden.

In den im Norden des Bebauungsplangebietes geplanten Anlagen zur Niederschlagsversickerung erfolgt die Versickerung mittels (Transport-)Rigole in versickerungsfähigen Schichten in Tiefen von 8 m bzw. 11 m. Der Eintrag erfolgt über belebte Bodenschichten.

Beschlussvorschlag:

Die Grundwassermessstellen werden im Bebauungsplan berücksichtigt. Die Hinweise zur Niederschlagswasserversickerung werden zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 2
Träger: NEW Netz GmbH, Postfach 11 04, 52501 Geilenkirchen
Schreiben vom: 13.07.2015

Inhalt:

Gegen den o. g. Bebauungsplan erheben wir aus versorgungstechnischer Sicht keine Einwände.

Für die Sicherstellung der öffentlichen Stromversorgung möchten wir Sie bitten, uns mehrere Standorte für Trafostationen auszuweisen. Im beiliegenden Plan haben wir die Standorte, die unseren Wünschen entgegenkommen, kenntlich gemacht. Die Größe der Fläche für eine Trafostation sollte ca. 4 x 6 m betragen.

Des Weiteren bitten wir Sie, uns an den Planungsgesprächen frühzeitig zu beteiligen und uns den Ausführungstermin mitzuteilen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die notwendige Anzahl an Trafostationen wird im Bebauungsplan berücksichtigt. Aufgrund der Abstimmung der Planung der NEW-Netz GmbH mit der städtebaulichen Planung des Bebauungsplans werden Standorte verlegt, sowie eine weitere Trafostation vorgesehen. Dabei wurde die Zugänglichkeit der Stationen beachtet. Die notwendigen Flächen werden im Bebauungsplan als Versorgungsflächen gem. § 9 (1) Nr. 12 BauGB festgesetzt.

Es besteht bereits eine kontinuierliche Beteiligung im Rahmen der Ausführungsplanung.

Beschlussvorschlag:

Die Standorte für Trafostationen werden im Bebauungsplan berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 3

Träger: LVR, Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, 53115 Bonn
Schreiben vom: 22.07.2015 (mit Bezug auf Schreiben vom 19.05.2015)

Inhalt:
Schreiben vom 22.07.2015:
Vielen Dank für die Übersendung der Planungsunterlagen im Aufstellungsverfahren für den o.a. Bebauungsplan.

Parallel zu dieser Planung wurde die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt, zu dieser Planung habe ich mit Schreiben vom 19.05.2015 Anregungen vorgetragen. Diese Anregungen sind auch für die verbindliche Bauleitplanung maßgeblich. Ich verweise daher auf mein Schreiben vom 19.05.2015.

Schreiben vom 19.05.2015:
In der Fläche wurde aus Anlass der übergeordneten Braunkohleplanung bereits eine Begehung zur Prüfung der Betroffenheit des archäologischen Kulturgutes durchgeführt. Dabei wurden mehrere Fundkonzentrationen unterschiedlicher Zeitstellung ermittelt, die auf im Boden erhaltene Bodendenkmäler hinweisen. Hinweise zu Bodendenkmälern liefern in diesem Zusammenhang auf dem Acker verteilte keramische Gefäßscherben und Ziegelbruchstücke. Derartige Fundstücke gelangen dann, wenn Bodendenkmäler im Boden erhalten sind, durch die Pflugtätigkeit an die Ackeroberfläche. Die Lage der einzelnen Fundplätze sowie deren Zeitstellung ist der Anlage zu entnehmen.

Für die Planerische Abwägung ist das Ergebnis dieser Prospektion unter Berücksichtigung der §§ 1 Abs. 3 und 11 DSchG NW von Bedeutung, da diese denkmalrechtlichen Vorgaben unabhängig von der Eintragung eines Bodendenkmals Anwendung finden (§ 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG NW).

Um die Belange des Bodendenkmalschutzes angemessen in die Planung einzubinden und damit dem durch § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB gestellten Auftrag zur planerischen Abwägung gerecht zu werden, ist nun durch Sachverhaltsermittlung auf der Ebene der Flächennutzungsplanung der konkrete Umfang der Betroffenheit der Kulturgüter in Bezug auf die §§ 3, 4, 7, 8 DSchG NW zu prüfen. Dieses Ergebnis wird dann mit Bezug auf die §§ 1 Abs. 3, 11 und 29 DSchG NW zum Gegenstand der Abwägung in der verbindlichen Bauleitplanung.

Einzelheiten bezüglich der Durchführung dieser Sachverhaltsermittlung sind mit der zuständigen Außenstelle des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege in Titz, Herrn Dr. Geilenbügge (udo.geilenbrügge@lvr.de), abzustimmen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

In der Abwägung nach §1 Abs. 7 BauGB sind die Belange der Bodendenkmalpflege und des Bodendenkmalschutzes gem. § 1 (6) BauGB zu berücksichtigen. Zur Ermittlung der Belange wird derzeit eine Prospektion / Sachverhaltsermittlung durchgeführt. Die Prospektionsergebnisse sollen bis nach der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB vorliegen. Im Bebauungsplan wird hierauf hingewiesen.

Im Bebauungsplan wird auf die Bestimmungen der §§ 15,16 DSchG NW (Meldepflicht und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) wie folgt hingewiesen.

Folgender Hinweis wird in den Bebauungsplan aufgenommen:

Bodendenkmäler

Für das Plangebiet ist eine archäologische Sachverhaltsermittlung durchzuführen.

Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstr. 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/90390, Fax: 02425/9039199, unverzüglich zu melden. Die Weisung des LVR - Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

Beschlussvorschlag:

Zur Berücksichtigung des Bodendenkmalschutzes wird eine archäologische Sachverhaltsermittlung durchgeführt.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Postfach 29 63, 53019 Bonn
Schreiben vom: 28.07.2015

Inhalt:

Die Bundeswehr ist berührt aber nicht betroffen.

Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen – einschl. untergeordneter Gebäudeteile – eine Höhe von 30 m nicht überschreiten.

Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen – vor Erteilung einer Baugenehmigung – zur Prüfung zuzuleiten.

Die mögliche Änderung in der Streckenführung der B 57, die im betroffenen Bereich zugleich eine Militärstraße (MilStr. 704) ist.

Daher sind die Mindestanforderungen an Straßen des Militärstraßengrundnetzes gemäß RIST und RABS für den militärischen Schwerlastverkehr einzuhalten.

Die Richtlinien für das Militärstraßengrundnetz sind einzuhalten (Bemessungsfall II b).

Für den Anschluss des Planungsbereiches an das öffentliche Straßennetz (B 57) bitte ich um weitere Beteiligung.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

In den festgesetzten Baugebieten sind Gebäude mit einer Höhe von über 30 m im Bebauungsplan nicht zulässig. Der Träger wird im Zuge der Ausbauplanung im Bereich des Anschlusses an die B 57 erneut beteiligt.

Beschlussvorschlag:

Die Belange sind im Bebauungsplan berücksichtigt, das Bundesamt wird an der weiteren Planung beteiligt.

Lfd.-Nr. 5
Träger: Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Viersen, Gereonstr. 80, 41747 Viersen
Schreiben: 28.07.2015

Inhalt:

Zu den von Ihnen bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Zunächst verweisen wir auf unsere Stellungnahmen vom 28.04.2015 und vom 28.07.2015 zum vorgeschalteten Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes.
Unter Punkt 12 der aktuellen Begründung zum FNP wurde somit ergänzt, dass im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren Nr. XXII sicherzustellen sei, „dass die Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen in Nachbarschaft des Standortes gewährleistet ist.“ Zu diesem Zweck seien entfallende Abschnitte der vorhandenen Wirtschaftswege zu ersetzen.

Im parallel vorliegenden Bebauungsplanverfahren haben wir entsprechenden Vorgaben jedoch nicht gefunden und bitten daher um Hinweis, falls wir diese übersehen haben oder regen andernfalls die Ergänzung an.

Aufgrund der vorgesehenen naturschutzrechtlichen und artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahme, die im Landschaftspflegerischen Begleitplan bzw. im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag beschrieben sind, sind landwirtschaftliche Belange berührt.

Die Umsetzung des externen Kompensationsbedarfs durch Aufwertung des Baumschulparks wird ausdrücklich begrüßt, da sich somit die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen erübrigt. Aufgrund des außerordentlich hohen Ausgleichvolumens von 127.295 Punkten bitten wir dennoch zu prüfen, ob nicht auch die Flächen, auf denen die CEF-Maßnahmen durchgeführt werden sollen, für den externen, naturschutzrechtlichen Ausgleich in Anrechnung gebracht werden können (multifunktionale Kompensation), umso das Ausgleichspotential im Baumschulpark in späteren Verfahren nutzen zu können. Alternativ wird angeregt, die CEF-Flächen einem Ökokonto gutzuschreiben.

Konkret zu der CEF-Maßnahme „M1c – Ackerbrachen" regen wir dringend an, auf die Variante „Schwarzbrache" (besser Selbstbegrünung) zu verzichten. Bereits in der Beschreibung „Die Schwarzbrache begrünt sich durch Samenanflug…" zeichnet sich die spätere Problematik der Unkrautverbreitung – insbesondere von Disteln – in anderer Richtung ab, nämlich ausgehend von diesen Flächen auf landwirtschaftliche Flächen. Da eine solche Verbreitung zusätzlichen Herbizideinsatz der umliegenden landwirtschaftlichen Flächen nach sich ziehen würde, erscheint uns bei ganzheitlicher Betrachtung der naturschutzfachliche Wert der Selbstbegrünungsbrachen fraglich. Die sog. Schwarzbrache, die eine Bodenbearbeitung zu bestimmten Zeiten vorsieht, kann außerdem in Widerspruch stehen zu den Vorgaben für die Empfänger von Direktzahlungen und Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes an die Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand (GLÖZ) bzw. zur Aberkennung der Beihilfefähigkeit solcher Flächen führen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind südwestlich, südöstlich sowie östlich Teilstücke von Wirtschaftswegen für den landwirtschaftlichen Verkehr vorgesehen. Zu diesem Zweck werden die Wege mit einer Breite von 4,0 m angelegt und an den Einmündungsbereichen aufgeweitet. Zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen in Nachbarschaft des Standortes und zur Abstimmung weiterer notwendiger Maßnahmen sind erneute Abstimmungen mit der Landwirtschaftskammer NRW geplant.

Die Anforderungen des artenschutzrechtlichen Ausgleiches in Form von Flächen mit fehlenden Vertikalstrukturen für die Vogelarten der offenen und halboffenen Feldflur sind in diesem Fall mit dem externen Kompensationsbedarf nicht vereinbar, weil die überwiegende Fauna Vertikalstrukturen (z.B. Bäume) benötigt. Eine multifunktionale Kompensation wird nicht vorgesehen.

Die CEF-Maßnahme Ackerbrache wie auch Blühstreifen oder Luzerne sind vom LANUV anerkannte Maßnahmen, die im Anwenderhandbuch Vertragsnaturschutz (Stand Mai 2015) gelistet sind. Auf die Ackerbrache kann nicht grundsätzlich verzichtet werden, da sie dazu dient, Ausgleichslebensraum für die betroffenen Arten der offenen Feldflur herzustellen und dafür, insbesondere in Kombination mit Blühstreifen, als besonders geeignet gilt. Jedoch wird bei der Umsetzung der Artenschutzmaßnahmen darauf geachtet, dass die Ackerbrache auf ein absolut notwendiges Maß begrenzt bleiben wird und den Luzernen und Blühstreifen der Vorzug gegeben wird. Bei extremer Ausbreitung der Disteln besteht die Möglichkeit, die Distelbestände rechtzeitig zu mulchen, um die Samenbildung und –verbreitung zu verhindern. Dies hat sich in der Praxis bewährt. Der evtl. Verlust von Direktzahlungen und Zuwendungen für Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raumes ist im Einzelfall mit dem jeweiligen Bewirtschafter zu regeln.

Beschlussvorschlag:

Die landwirtschaftlichen Belange der Erreichbarkeit landwirtschaftlicher Flächen sind mit der Landwirtschaftskammer im weiteren Verfahren abzustimmen.
Auf die Anwendung der CEF-Maßnahmen „Ackerbrache“ kann grundsätzlich nicht verzichtet werden.

Lfd.-Nr. 6
Träger: Landesbetrieb Straßen NRW, Autobahnniederlassung Krefeld, Postfach 101352, 47713 Krefeld
Schreiben: 31.07.2015

Inhalt:

Östlich des Plangebietes verläuft in einer Entfernung von ca. 540 m die von der Autobahnniederlassung Krefeld zu unterhaltene Autobahn 46, Abschnitt 6.

Ziel der eingereichten Bauleitplanung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für die Umsiedlung der Orte Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich und Berverath an den Standort Erkelenz-Nord, hervorgerufen durch die bergbauliche

Inanspruchnahme der Ortslagen durch den Tagebau Garzweiler II in den Jahren 2023 bis 2028.

Grundsätzliche Bedenken bestehen bei Beachtung der nachfolgenden Stellungnahme nicht.

Die verkehrliche Anbindung der Umsiedlungsmaßnahme an die B 57 ist, wie Auf Seite 23 der Begründung unter Pkt. 3.1.7 „Verkehrsflächen“ beschrieben, einvernehmlich mit der zuständigen Regionalniederlassung (RNL) Niederrhein in Mönchengladbach als Straßenbaulastträger und damit direkt Betroffener abzustimmen. In Ihrem Schreiben vom 02.07.2015 – Az.: 61 21 17 zur Offenlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes ist dem Abwägungsergebnis (Ratsbeschluss vom 24.06.2015) zu entnehmen, dass hierzu bereits Abstimmungen mit der RNL Niederrhein durchgeführt worden sind.

Die schalltechnische Untersuchung zur Verkehrsgeräuschsituation für den Planfall 2025 (Kramer Schalltechnik GmbH, 2015 A) stellt im Ergebnis fest, dass die Orientierungswerte der DIN 18005 weitestgehend eingehalten werden. Nur an kleineren Randbereichen im Norden und im Osten/Südosten des Plangebietes treten zur Nachtzeit geringfügige Überschreitungen von unter 3 dB(A) auf (vgl. Pkt. 3 S. 21 der Begründung Teil 2).

Als Hauptverursache für diese Überschreitungen werden die Verkehrsachsen A 46, B 57 und Bahnstrecke benannt.
Eine Festsetzung von Lärmschutzmaßnahmen ist im Bebauungsplan nicht erforderlich. Dennoch weise ich vorsorglich darauf hin, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können.

Änderungen am beigefügten Verkehrsgutachten haben sich nicht ergeben, daher wiederhole ich meine Ausführungen aus der Stellungnahme zur 21. Änderung des Flächennutzungsplanes vom 30.04.2015.
Zur Vorbereitung der konkreten Planung und Findung eines geeigneten Umsiedlungsstandortes wurden u.a. auch die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens durch die „DTV-Verkehrsconsult GmbH“ untersucht.
Demzufolge wird davon ausgegangen, dass „die Auswirkungen durch den vorhabenbedingten Quell- und Zielverkehr auf die bestehenden öffentlichen Verkehrsweg“ am Standort Erkelenz-Nord verhältnismäßig gering sind. Durch den Neuverkehr des Umsiedlungsgebietes erhöht sich nach Einschätzung der DTV-Verkehrsconsult der **Verkehr auf der Autobahn 46** im Prognosejahr 2025 nicht (allgemeine Verkehrszunahme 2025 **ohne Vorhaben** 34.000 Kfz/Tag/Zunahme des Verkehrs im Prognose-Planfall 2025 ebenfalls 34.000 Kfz/Tag).

Es wird vorausgesetzt, dass die Maßnahmen zur Erschließung des Plangebietes einen nachhaltig leistungsfähigen und sicheren Verkehrsablauf im umliegenden klassifizierten Straßennetz gewährleisten.
Sollten dennoch durch den erzeugten Verkehr der Umsiedlungsmaßnahme Leistungsfähigkeitsdefizite auf der Autobahn ausgelöst werden, behält sich die Straßenbauverwaltung vor, erforderliche Ertüchtigungsmaßnahmen auf Kosten der Stadt Erkelenz zu fordern.

Verbal bitte ich auf
→ S. 4 der Verkehrsuntersuchung Pkt. 2.2 „Netzdefinition“ **A 46** statt A 44
zu ändern.

Planungskollisionen mit den für die vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) ausgewählten externen Ausgleichsflächen 1 – 9 ergeben sich nicht.

Die Flächen Gemarkung Erkelenz, Flur 3, Flurstück 4/9/10 (Flächenpool „Baumschulpark Mennekrath“) befinden sich nördlich der Anschlussstelle Erkelenz-Ost und grenzen unmittelbar an die Autobahn 46. Im Falle von Umgestaltungen in unmittelbarer Nähe der Eigentumsgrenzen der Straßenbauverwaltung sollte die Autobahnniederlassung informiert werden.

Im „Landschaftsplanerischen Fachbeitrag“ fehlt die
Anlage 2: Karte 1 Bestandsplan und die **Anlage 3**: Karte 2 Konflikt und Maßnahmenplan

---

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Rahmen der Ausbauplanung der Anschlussstelle an die B 57 erfolgt eine erneute Abstimmung mit der RNL Niederrhein. Die übrigen Hinweise bezüglich Lärmschutzmaßnahmen, Verkehrszunahme und Baumschulpark Mennekrath werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Lfd.-Nr. 7
Träger: Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Niederrhein, Postfach 101027, 41010 Mönchengladbach
Schreiben: 03.08.2016

Inhalt:

Das o.a. Plangebiet wird im Westen von einem Abschnitt der freien Strecke des Bundesstraße 57 begrenzt bzw. durchschnitten: Abschnitt 33.2, Station 0,722 bis Station 0,887.

Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland.

Gegen den o.a. Bebauungsplan werden keine Bedenken erhoben, wenn folgendes beachtet wird:

Die Erschließung des o.a. Plangebietes soll über die neue Planstraße A zur B 57 hin erfolgen. Die Anbindung dieser Planstraße an die B 57 ist mittels eines Kreisverkehrsplatzes geplant. Die Ausführungsplanung hierzu wurde zwischenzeitlich seitens der hiesigen Niederlassung geprüft und ist in einigen Punkten zu überarbeiten.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass die Grenze des Bebauungsplanes im Bereich des Kreisverkehrsplatzes nicht identisch ist mit der Grenze der Ausführungsplanung. Ich habe daher den ungefähren Verlauf der straßenbaulichen Ausbaugrenze in den beigefügten Bebauungsplanausschnitt eingetragen und bitte um Überprüfung anhand der aktuellen Ausführungsplanung.

Ferner bitte ich zu beachten:

- Die Kosten des neuen Kreisverkehrsplatzes trägt gemäß § 12 (1) FStrG die Stadt Erkelenz bzw. die RWE Power AG als Veranlasser. Gemäß § 13 (3) FStrG sind die mit der Baumaßnahme verbundenen Mehrkosten für die Erhaltung und Unterhaltung an die Straßenbauverwaltung abzulösen.

- Die Kosten für evtl. erforderlich werdende Lärmschutzmaßnahmen, die durch Emissionen der B 57 verursacht sind, werden von der Straßenbauverwaltung nicht übernommen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Abgrenzung des Bebauungsplanes wurde überprüft und auf die zwischenzeitlich veränderte Ausführungsplanung angepasst. Die Größe des Geltungsbereiches vergrößert sich geringfügig um 6.000 m². Die übrigen Hinweise bezüglich der Kostenübernahmen werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Dem Hinweis zur Abgrenzung des Bebauungsplanes gefolgt. Die übrigen Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 8
Träger: Kreis Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, 52523 Heinsberg
Schreiben vom: 30.07.2015

Inhalt:

zu der o.g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

Das **Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde** hat keine Einwendungen erhoben.

Gesundheitsamt

Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht werden gegen den Bebauungsplan der Stadt Erkelenz keine Bedenken erhoben, wenn die in der schalltechnischen Untersuchung zur Sportgeräuschsituation der Firma Kramer Schalltechnik GmbH vom 18. Juni 2015 vorgeschlagenen Maßnahmen Beachtung finden, so dass gesundheitlich relevante Geräuschbelastungen der künftigen Bewohner durch die Sportanlage nicht zu besorgen sind.

Da sich das Plangebiet innerhalb unterschiedlicher Trinkwasserschutzzonen befindet, wird auf die Belange des Grundwasserschutzes, insbesondere bei der Errichtung der Straße in der Trinkwasserschutzzone II das Wassergewinnungsanlage Mennekrath hingewiesen.

Amt für Umwelt und Verkehrsplanung

Aus den

- von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde
- von der Abgrabungsbehörde
- von der Straßenbaubehörde

des Kreises Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die v.g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Im Übrigen wird derzeit jedoch wie folgt Stellung genommen:

Untere Wasserbehörde

Gegen den vorgelegten Bebauungsplan werden aufgrund der nachstehend aufgeführten Mängel **Bedenken** erhoben.

Die Darstellung des Wasserschutzgebietes Garzweiler/Rickelrath ist im nordwestlichen Bereich falsch. Des Weiteren ist bei der Darstellung der Wasserschutzgebietszonen nicht ersichtlich, um welche anzuwendende Wasserschutzgebietsverordnung es sich handelt, da die vorläufige Anordnung von Verboten und Beschränkungen im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH vom 7. November 2011 in der Fassung der 1. Änderungsverordnung vom 10. Nov. 2014 andere Genehmigungs- und Verbotstatbestände enthält, wie die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebiete für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Gatzweiler und Rickelrath der Stadtwerke Mönchengladbach GmbH vom 27. Januar 1997.

Folgender Text ist in den Bebauungsplan aufzunehmen:

Das Baugebiet befindet sich teilweise – wie dargestellt – in der Zone III A des festgesetzten Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath der Kreiswasserwerk Heinsberg Gmbh sowie in der Zone III B des festgesetzten Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Gatzweiler und Rickelrath der Stadtwerke Mönchengladbach GmbH.

Die Vorläufige Anordnung von Verboten und Beschränkungen im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH vom 7. Nov. 2011 in der Fassung der 1. Änderungsverordnung vom 10. Nov. 2014 sowie die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Gatzweiler und Rickelrath der Stadtwerke Mönchengladbach GmbH vom 27. Jan. 1997 sind zu beachten.

In den festgesetzten Wasserschutzgebieten sind **u.a.** folgende Tatbestände **genehmigungspflichtig:**

- Errichten von baulichen Anlagen
- Erstellen von Abwasseranlagen
- Errichten von Regenklärbecken
- Errichten von Heiz-und Kühlanlagen, die die Boden- und Grundwassertemperatur ausnutzen (Wärmepumpen)
- Bauen neuer Straßen und Wege
- Errichten von Rastanlagen, Parkplätzen und Stellplätzen.

Eine Genehmigung nach Wasserschutzgebietsverordnung kann zusammen mit anderen Genehmigungen bzw. Erlaubnissen (z.B. Baugenehmigung oder wasserrechtliche Erlaubnis) ausgesprochen werden.

Allerdings ist für ein Bauvorhaben, das dem Freistellungsverfahren unterliegt, vor Baubeginn eine Genehmigung nach der entsprechenden Wasserschutzgebietsver-

ordnung beim Landrat des Kreises Heinsberg – Untere Wasserbehörde – zu beantragen.

Für den Fall, dass bei der Ausführung von Erd- und Wegearbeiten, Recyclingbaustoffe verwendet werden, ist rechtzeitig vor Einbau dieser Baustoffe beim Landrat des Kreises Heinsberg – Untere Wasserbehörde – eine wasserrechtliche Erlaubnis zu beantragen.

In der Wasserschutzzone II A des festgesetzten Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlagen Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH ist der Einbau von auslaugbaren wassergefährdenden Materialien untersagt. Von dieser Verbotsvorschrift kann auf Antrag eine Befreiung erteilt werden.

Untere Landschaftsbehörde

Aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde bestehen gegen die Planung keine Bedenken, wenn die Kompensation des Eingriffs in Natur und Landschaft über das Ökokonto der Stadt Erkelenz zur Abbuchung gelangt. Es sind 127.295 Ökopunkte abzubuchen. Nach den mir vorliegenden Datenbestand umfasst das Ökokonto nach der Abbuchung 135.259 Punkte.

Darüber hinaus sind die Maßnahmen zur Vermeidung des Eintreffens der artenschutzrechtlichen Verbote entsprechend der einschlägigen Gutachten vorzunehmen. Die hierfür vorgesehenen Flächen habe ich in das Kompensationsflächenkataster übernommen.

Untere Bodenschutzbehörde/Altlasten

Erkenntnisse über Altlast-Verdachtsflächen liegen mir zurzeit nicht vor.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die nachrichtliche Übernahme der Wasserschutzzonen wird in der Bebauungsplandarstellung korrigiert und ein entsprechender Hinweis wird in den Bebauungsplan und in die Begründung zum Bebauungsplan aufgenommen.

Die übrigen Hinweise des Gesundheitsamtes und der Unteren Landschaftsschutzbehörde werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Dem Hinweis der Unteren Wasserbehörde wird gefolgt, die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Lfd.-Nr. 9
Träger: Bezirksregierung Arnsberg, Postfach, 44025 Dortmund
Schreiben: 05.08.2015

Inhalt:

Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfelder „Union 161“, „Union 174“ und „Union 190“, über den auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeldern „Saxon 2“ (zu gewerblichen Zwecken) und „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin der Bergwerksfelder „Union 161“ und „Union 174“ und „Union 190“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Saxon 2“ ist die Dart Energy (Europe) limited. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH.

Der Bereich des Planungsgebietes ist nach den hier vorliegenden Unterlagen (Grundwasserdifferenzenpläne mit Stand: Oktober 2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – 61.42.63 – 2000-1-) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Daher sollte bei den Planungen folgendes bereits Berücksichtigung finden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungsgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung als auch bei einem späteren Grundwasseranstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln eine Anfrage zu stellen, und für konkrete Grundwasserdaten den Erftverband um Stellungnahme zu bitten.

Darüber hinaus ist hier nichts über mögliche zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, auch die o.g. RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH als Eigen-

tümerin des bestehenden Bergwerkseigentums an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls diese nicht bereits erfolgt ist.

Abschließend sei hier noch erwähnt, dass eine Erlaubnis das befristete Recht zur Aufsuchung des bezeichneten Bodenschatzes innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen gewährt. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z.B. Untersuchungsbohrungen, sodass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt die ganz konkret das „Ob“ und “Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Hinweise zu den bergbaulichen Verhältnisse werden zur Kenntnis genommen. Der Erftverband sowie die RWE Power AG wurden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens beteiligt. Der Hinweis, dass die Plangebietsflächen von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen ist, wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen, ein Hinweis zu den durch Sümpfungsmaßnahmen des Bergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen wird in den Bebauungsplan aufgenommen.

Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Heinsberg, Gereonstraße 80, 41747 Viersen
Schreiben vom: 21.10.2015

Inhalt:

Den Abwägungsvorschlag der Verwaltung und den Beschlussvorschlag zu den von uns mit Stellungnahme vom 28.07.2015 vorgebrachten Anregungen haben wir zur Kenntnis genommen.

Eine Abstimmung der landwirtschaftlichen Belange der Erreichbarkeit landwirtschaftlicher Flächen hat inzwischen stattgefunden. Wir gehen fest davon aus, dass das damit erstellte Wirtschaftswegekonzept auch außerhalb des Bebauungsplanes verbindlich ist.

Für die Darstellung in der Planzeichnung 1 wird entsprechend angeregt, die Kennzeichnung der links als Fuß- und Radweg dargestellten Verkehrsflächen am südlichen und nördlichen Ende der Planstraße E in Wirtschaftsweg zu ändern.

Unsere v.g. Anregungen und Bedenken wären damit ausgeräumt.

Die Umsetzung des externen Kompensationsbedarfs durch Aufwertung des Baumschulparks kann nach zwischenzeitlicher Erläuterung nachvollzogen werden. Diese Art der Umsetzung sollte in Zukunft – sollten die vorhandenen Ökokonten erschöpft sein, jedoch nicht dazu führen, dass für die Schaffung von Vertikalstrukturen landwirtschaftliche Flächen aufgeforstet werden. Eine multifunktionale Kompensation sollte nicht ausgeschlossen werden.

Die Hinweise auf die Vergleichbarkeit mit der Vertragsnaturschutzmaßnahme „Schwarzbrache“ und auf die vorgesehenen Regelungen zur Förderfähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen mit dieser Maßnahme räumen unsere Bedenken aus.

Neue Aspekte durch die aktuellen Planungsunterlagen haben sich erkennbar nicht ergeben.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Eine Führung vom landwirtschaftlichen Verkehr in Nord-Süd-Richtung durch den Umsiedlungsstandort, hier Keyenberger Markt und Grünachse, soll vermieden werden.
Die Befahrbar- und Erreichbarkeit der Ortslage auch für landwirtschaftliche Fahrzeuge wird sichergestellt insbesondere über die Anbindungen an das übergeordnete Netz im Westen und Osten des Standortes und die innerörtliche Haupterschließung. Das verbliebene Netz landwirtschaftlicher Wege liegt ausserhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans.
Entsprechend den Ergebnissen bisheriger Abstimmungsgespräche wurde zur Sicherstellung der Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes im südwestlichen Plangebiet eine Möglichkeit zur Umfahrung der Ortslage geschaffen durch eine Ersatzverbindung.

Gemäß der Abstimmung vom 18.09.2015 zwischen Landwirtschaftskammer, Bergbautreibendem und Stadt Erkelenz wurde vereinbart:

> „Die nördlich an den Umsiedlungsstandort grenzenden landwirtschaftlichen Flächen werden zukünftig nur über Sackgassen, ausgehend von der nördlichen verlaufenden Ost-West-Verbindung erschlossen. Da eine für den Rübenabtransport notwendige Wendeanlage in diesem Bereich zu aufwendig und nicht flächensparend umzusetzen ist, wird eine Anfahrmöglichkeit der betroffenen Flächen (ca. 5 ha) über die Planstraße E (durch den Umsiedlungsstandort) als sinnvoll erachtet. Eine dafür notwendige Anpassung der Zweckbestimmung im Bereich des Verbindungsstücks (aktuell Fuß- u. Radweg) durch die Ortsrandeingrünung ist zu gegebener Zeit vorzunehmen. Die beladenen Fahrzeuge könnten dann über das Wirtschaftswegenetz in nördlicher Richtung weiterfahren. “

Sollte weiterer Regelungsbedarf für die zu berücksichtigenden, landwirtschaftlichen Verkehre bestehen, ist dieser in weitergehenden Gesprächen zwischen Landwirtschaftskammer, Bergbautreibendem und der Stadt Erkelenz zu klären.

Die übrigen Hinweise bezüglich zukünftiger Kompensationsmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:

Der Anregung wird unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Verwaltung nicht gefolgt.
Eventueller, weiterer Regelungsbedarf bezüglich zu berücksichtigender landwirtschaftlicher Verkehre soll in weitergehenden Gesprächen zwischen Landwirtschaftskammer, Bergbautreibendem und der Stadt Erkelenz geklärt werden

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Lfd. Nr.: 2
Träger: Landrat Kreis Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, Valkenburger Str. 45, 52525 Heinsberg
Schreiben vom: 22.10.2015

Inhalt:

Aus den vom Kreis Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die o.g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Der nachfolgende Hinweis der Unteren Immissionsschutzbehörde ist in den Bebauungsplan mit aufzunehmen:

Geräuschimmissionen
Die Errichtung und der Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken hat unter Beachtung des „Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz – LAI (www.lai-immissionsschutz.de) zu erfolgen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Der Hinweis zu Geräuschimmissionen wird in die Begründung des Bebauungsplanes aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 3
Träger: Landesbetrieb Straßenbau NRW, Autobahnniederlassung Krefeld, Postfach 10 13 52, 47713 Krefeld
Schreiben vom: 29.10.2015

Inhalt:

Seitens der Autobahnniederlassung Krefeld wird auf die hiesige Stellungnahme vom 31.07.2015 verwiesen. Die darin enthaltenen Anregungen und Hinweise wurden – wie im Beschlussvorschlag dokumentiert – von der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

Redaktionell bitte ich auf Seite 11 „Landesplanerische Vorgaben“ der Begründung die für die Anbindung an das regionale Verkehrsnetz benötigte Fläche (vgl. S. 6) zu korrigieren – statt 0,9 ha – 1,5 ha –.

Der durch das Vorhaben ausgelöste externe Kompensationsbedarf, der im Nahbereich der A 46 – Flächenpool „Baumschulpark Mennekrath“ – ausgeglichen werden soll, hat sich lt. Punkt 5 der Begründung erhöht auf 138.325 Punkten (vorher 127.925 Punkte). Im „Landschaftsplanerischen Fachbeitrag“ Pkt. 5.3.2 werden hier 138.487 Punkte genannt.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

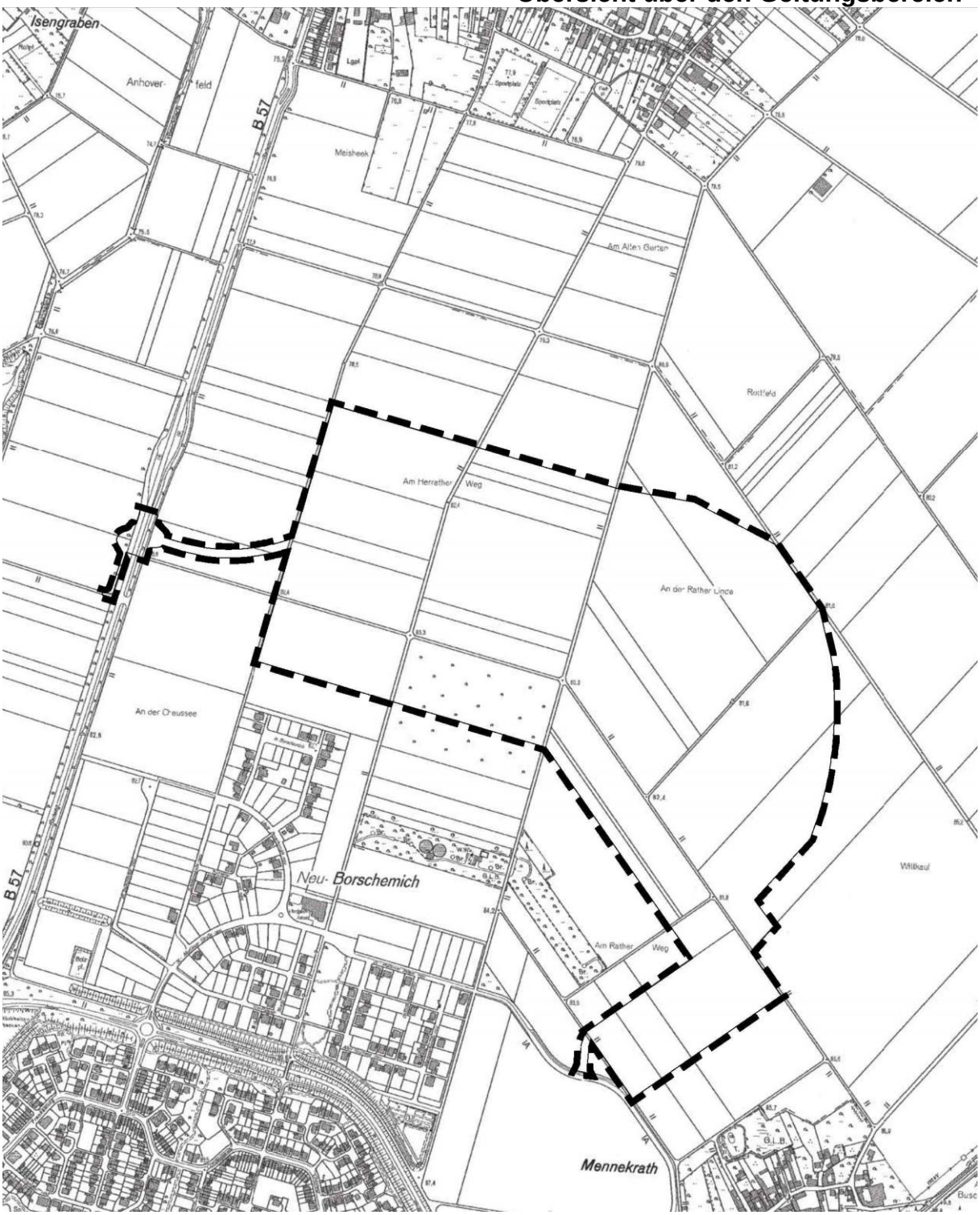
Die redaktionellen Hinweise wurden geprüft und in der Begründung zum Bebauungsplan geändert.

Beschlussvorschlag:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Übersicht über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. XXII „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/ Oberwestrich, Berverath“, Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich



STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	0/51/180/2015
	Status:	öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	20.11.2015
Amt für Kinder, Jugend, Familie und Soziales	Verfasser:	Dez. II Erster Beigeordneter Dr. Hans-Heiner Gotzen

Übernahme des Förderanteils für den zeitgleichen Parallelbetrieb der kath. Kindertagesstätte Keyenberg und der neu zu errichtenden Kindertagesstätte Borschemich (neu)

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
02.12.2015	Jugendhilfeausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In den vergangenen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses wurde bereits mehrfach darüber berichtet, dass auf Wunsch der Verwaltung die Pfarre Christ König als Ersatz für die in Keyenberg gelegene, demnächst umzusiedelnde Kindertagesstätte frühzeitig einen Neu- /Ersatzbau in Borschemich (neu) realisieren wird. Die vor Beginn des eigentlichen Umsiedlungsgeschehens erfolgende Realisierung sichert, den innerstädtischen Bedarf an Kindergartenplätzen berücksichtigen zu können und so eine zukünftige ausreichende Belegung der Einrichtung sicherzustellen zu können. Die Realisierung des Vorhabens in Borschemich (neu) sichert, eine Einrichtung in der Nähe der noch umzusiedelnden Orte Keyenberg, Kuckum, Ober- und Unterwestrich sowie Berverath vorhalten zu können. Zugleich können aber auch Bedarfe an Kindergartenplätzen aus den angrenzenden Wohngebieten gedeckt werden.
Der Träger der Einrichtung, die Pfarre Christ König, konnte zwischenzeitlich die Verhandlungen mit der RWE Power über den frühzeitigen Erwerb der Einrichtung in Keyenberg erfolgreich zu Ende führen. Die katholische Kirche wird als Trägerin in Borschemich (neu) eine zweigruppige Einrichtung mit ergänzender U3-Betreuung errichten. Die entsprechenden Pläne liegen vor und das Grundstück ist gesichert. Die Einrichtung wird nach jetzigem Kenntnisstand voraussichtlich während des Kindergartenjahres 2016/2017 ihren Betrieb aufnehmen können. Die Einrichtung wird zukünftig als Ersatz für die Kindertagesstätte im umzusiedelnden Standort Keyenberg dienen. Vorläufig wird sie jedoch, bis aus dem Umsiedlungsgeschehen ausreichend Nachfrage vorhanden ist, vornehmlich zur Versorgung auch von Kindern im gesamten Stadtgebiet dienen können. Da damit eine zusätzliche Einrichtung bis zur Aufgabe der Trägerschaft der Einrichtung in Keyenberg entsteht, wurden Gespräche über

den Trägeranteil geführt. Die vorzeitige Realisierung des Vorhabens steht im vorrangigen Interesse der Stadt Erkelenz. Es wird daher vorgeschlagen, den Trägeranteil für die neu zu errichtende Einrichtung in Borschemich (neu) vollständig zu übernehmen. Diese Zusage gilt bis zum Zeitpunkt der Aufgabe der Kindertagesstätte in Keyenberg.

Zugleich wird vom Träger ein Zuschussantrag für die Anschaffung des notwendigen Mobiliars in der neu zu errichtenden Einrichtung in Borschemich (neu) gestellt. Dieses Mobiliar wird von Seiten des Bergbautreibenden nicht mit entschädigt und muss auch in der alten Einrichtung noch vorgehalten werden, da zunächst ein Parallelbetrieb stattfinden wird. Es wird – vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt des Jahres 2016 - vorgeschlagen, 40.000 Euro als Zuschuss für Anschaffung des notwendigen Mobiliars in der Einrichtung Borschemich (neu) zu gewähren. Die Verwendung des Zuschusses soll durch einen Verwendungsnachweis nachgewiesen werden und mit der üblichen Zweckbindung versehen werden.

Damit ein nahtloser Betrieb gewährleistet ist, wird die Vorläufergruppe für die Einrichtung in Borschemich (neu) in einer zusätzlichen Gruppe in der Pestalozzi-Schule geführt. So ist sichergestellt, dass auch während des laufenden Kindergartenjahres der Betrieb in der neuen Einrichtung aufgenommen werden kann.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an Hauptausschuss und Rat):
„Der für den Betrieb der Kindertagesstätte in Borschemich (neu) für die Pfarre Christ König nach den Bestimmungen des KiBiz anfallende Trägeranteil wird von der Stadt Erkelenz ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme der Einrichtung – auch der Vorläufergruppe/n – längstens bis zur Aufgabe der Einrichtung in Keyenberg bzw. der Aufgabe der dortigen Trägerschaft übernommen.
Die Stadt Erkelenz gewährt der Pfarre Christ König für die notwendige Beschaffung von Mobiliar in der neu zu errichtenden Kindertagesstätte in Borschemich (neu) einen zweckgebundenen Zuschuss in Höhe von 40.000,00 Euro vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushalt des Jahres 2016. Die Verwendung der Mittel ist nachzuweisen und die Auszahlung erfolgt zweckgebunden.“

Finanzielle Auswirkungen:
Die Übernahme des Trägeranteils wird sich finanziell erst in 2017 auswirken, da erst dann mit einem Betrieb in der neuen Einrichtung zu rechnen ist.
Der für die Anschaffung von Mobiliar zweckgebundene Zuschuss in Höhe von 40.000 Euro ist im Haushaltsplan unter der Kostenstelle S06010003 vorgesehen.

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr:	A 14/077/2015
	Status:	nichtöffentlich/öffentlich
	AZ:	
Federführend:	Datum:	20.11.2015
Rechnungsprüfungsamt	Verfasser:	Amt 14 Martin Jansen

Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2014 gemäß § 101 i.V.m. § 96 Absatz 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2015	Rechnungsprüfungsausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gemäß § 95 Absatz 1 GO NRW hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist.

Nach § 96 Absatz 1 GO NRW stellt der Rat bis spätestens 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss fest. Zugleich beschließt er über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages.

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 wurde gemäß § 95 Absatz 3 GO NRW am 29.04.2015 vom Kämmerer aufgestellt und vom Bürgermeister bestätigt. Der Bürgermeister hat den von ihm bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses formgerecht dem Rat am 24.06.2015 zur Feststellung zugeleitet. Nach § 95 Absatz 3 Satz 2 GO NRW muss die Zuleitung innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres 2014 erfolgen, also spätestens bis zum 31.03.2015. Aufgrund der noch immer sehr umfangreichen Arbeiten und der Komplexität des Gesamtthemas konnte auch in diesem Jahr keine fristgerechte Zuleitung erfolgen. Auf der anderen Seite kann auch in diesem Jahr darauf verwiesen werden, dass der zugeleitete Jahresabschlussentwurf 2014 einer der ersten Jahresabschlüsse in ganz NRW ist.

Gemäß Beschluss des Rates vom 24.06.2015 wurde der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 nach § 101 GO NRW an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen, der sich zur Durchführung dieser Arbeiten der Örtlichen Rechnungsprüfung bedient (§ 101 Absatz 8 GO NRW).

Sofern der Rat in seiner Sitzung am 16.12.2015 den Feststellungsbeschluss gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW fasst, wird die hierfür gesetzlich vorgegebene Frist 31.12.2015 für den Jahresabschluss 2014 eingehalten.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat folgende im § 101 GO NRW beschriebene Prüfungsaufgaben wahrgenommen, die für die Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses maßgebend sind:

1. Der Entwurf des Jahresabschlusses wurde dahingehend geprüft, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt.

2. Weiterhin war zu prüfen, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

3. Es wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände in die Prüfung einbezogen.

4. Der Lagebericht wurde daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss im Einklang steht und ob seine Angaben eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen. Er hat eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses zu enthalten, die zweifelsfrei ergeben muss, ob

- ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wird,
- ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wird,
- der Bestätigungsvermerk auf Grund von Beanstandungen versagt wird oder
- der Bestätigungsvermerk deshalb versagt wird, weil der Prüfer nicht in der Lage ist, eine Beurteilung vorzunehmen.

Aufgrund ihrer Prüfungstätigkeit kommt die Örtliche Rechnungsprüfung zu dem Ergebnis, dass die durchgeführte Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat. Es kann daher ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Entwurf des Jahresabschlusses 2014 erteilt werden.

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt dem Rechnungsprüfungsausschuss, sich den Prüfbericht und den Bestätigungsvermerk zu Eigen zu machen. Der Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses ist gemäß § 101 Absatz 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen. Damit wird deutlich gemacht, dass der Rechnungsprüfungsausschuss als gesetzlich zuständiges Prüfgremium die Verantwortung trägt für das Ergebnis der Prüfung und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Weiterhin wird festgestellt, dass der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 einen Fehlbetrag von 418.248,95 € aufweist. Dieser soll aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Der Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt nach der Entnahme 10.473.819,41 €.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Hauptausschuss / Rat):
„1) Der von der Örtlichen Rechnungsprüfung vorgelegte Bericht über die Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2014, der dem Original dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist, wird anerkannt.

Die durchgeführte Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt (uneingeschränkter Bestätigungsvermerk gemäß § 101 Absatz 3 GO NRW).

Gleichzeitig wird nach § 101 GO NRW zusammengefasst, dass

1. der Entwurf des Jahresabschlusses 2014 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt;

2. die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind;

3. die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen;

4. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht und seine Angaben eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Erkelenz vermitteln.

2) Der Jahresabschluss 2014 wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 1 GO NRW festgestellt.

3) Der Jahresfehlbetrag von 418.248,95 € wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 2 GO NRW aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Bericht über die Prüfung des Entwurfes des Jahresabschlusses 2014

Stadt Erkelenz
Örtliche Rechnungsprüfung



Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 20.11.2015 zum Jahresabschluss 2014 der Stadt Erkelenz

---

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungs-ausschusses vom 03.12.2015

Anlage 1 zum Original der Niederschrift über die 2. Sitzung
des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.12.2015

H.-J. Paffen	M. Jansen
Ausschussvorsitzender	Schriftführer

Inhaltsverzeichnis:

1 Vorbemerkungen ... 3
2 Prüfungsauftrag ... 4
3 Grundsätzliche Feststellungen ... 5
3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz ... 5
3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf ... 5
3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ... 7
3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung ... 15
3.2 Unregelmäßigkeiten ... 17
4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ... 18
4.1 Gegenstand der Prüfung ... 18
4.2 Art und Umfang der Prüfung ... 18
5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 22
5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen ... 22
5.2 Jahresabschluss ... 23
5.3 Lagebericht ... 23
5.4 Anhang ... 25
5.5 Anlagenspiegel ... 25
5.6 Forderungsspiegel ... 25
5.7 Verbindlichkeitenspiegel ... 25
5.8 Rückstellungsspiegel ... 25
5.9 Übersicht über die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände ... 26
6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft ... 26
6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation ... 26
6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze ... 26
6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage ... 27
7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 28
7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses ... 28
7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen ... 32
7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva) ... 32
7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva) ... 32
8 Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes der Örtlichen Rechnungsprüfung ... 33
9 Bestätigungsvermerk ... 35
10 Anlagen zum Prüfbericht ... 36

1 Vorbemerkungen

Die Stadt Erkelenz hat 2014 ihren achten Jahresabschluss nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) unter Anwendung des § 95 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) sowie den Bestimmungen des sechsten Abschnittes der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) aufgestellt.

Mit dem Jahresabschluss 2014 wird das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres nachgewiesen. Gleichzeitig wird damit die Transparenz und Qualität der Rechenschaft erhöht. Dies sind die Grundlagen, um zu einer optimierten Steuerung und zu wirtschaftlicheren Entscheidungen zu gelangen bzw. perspektivisch dazu beizutragen, Diskussionen und Entscheidungen auf einen strategisch sinnvollen und nachhaltigen Ressourcenverbrauch auszurichten.

Der Jahresabschluss im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) orientiert sich an den Vorschriften zum handelsrechtlichen Jahresabschluss für große Kapitalgesellschaften und an den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung; er weicht in Einzelfällen nur insoweit davon ab, als die kommunalspezifischen Belange (Ziele und Aufgaben) dies erfordern.

Er gibt Aufschluss über die am Abschlussstichtag bestehende Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt und informiert über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hierzu haben auch der Anhang und der Lagebericht in geeigneter Form beizutragen.

Gemäß § 37 Abs. 1 GemHVO NRW besteht der Jahresabschluss aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Lagebericht beizufügen (§ 37 Abs. 2 GemHVO NRW).

Im Anhang sind entsprechend § 44 Abs. 1 GemHVO NRW zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit sind zu erläutern. Die Erläuterungen sind so zu fassen, dass sachverständige Dritte die Sachverhalte beurteilen können.

Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist zu beschreiben. Zu erläutern sind auch die im Verbindlichkeitenspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse sowie alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen für die Stadt ergeben können. Auch die konkreten Sachverhalte i. S. d. § 44 Abs. 2 GemHVO NRW sind anzugeben und zu erläutern.

Für die äußere Gestaltung des Anhangs, seinen Aufbau und Umfang bestehen keine besonderen Formvorgaben. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitenspiegel nach den §§ 45 bis 47 GemHVO NRW beizufügen (§ 44 Abs. 3 GemHVO NRW).

Bei der Prüfung des Jahresabschlusses 2014 wurde die Prüfsoftware „AuditSolutions für Kommunale Prüfung“ der Fa. Audicon eingesetzt.

Um den besonderen kommunalen Ansprüchen bei der Prüfung doppischer Jahresabschlüsse gerecht zu werden, hat Audicon mit der VERPA (Vereinigung der Örtlichen Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen e.V.) und Vertretern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner den VERPA-Prüferarbeitsplatz entwickelt. Gemeinsam mit der in der Wirtschaftsprüfung bewährten Software „AuditSolutions“ bildet der Prüferarbeitsplatz die Basis für die o.a. Software Lösung.

Im Rahmen des Datenimportes einer Summen-Salden-Liste aus dem bei der Stadt Erkelenz eingesetzten Buchführungssystems INFOMA werden die Salden des Vorjahres 2013 und die Salden des zu prüfenden Haushaltsjahres 2014 in die Prüfsoftware übernommen. Die importierten Datensätze (Konten) werden den jeweiligen Bilanzpositionen zugeordnet.

2 Prüfungsauftrag

Die Stadt Erkelenz ist gemäß § 95 GO NRW verpflichtet, zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss sowie einen Lagebericht aufzustellen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses obliegt gemäß § 59 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. § 101 Abs.1 GO NRW dem Rechnungsprüfungsausschuss. Er bedient sich gemäß § 59 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 101 Abs. 8 GO NRW bei der Durchführung der Prüfung der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Gem. § 101 Abs. 2 GO NRW ist vor Abgabe des Prüfberichtes durch den Rechnungsprüfungsausschuss an den Rat, dem Bürgermeister Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf des Prüfberichtes zu geben. Im Vorfeld der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurden der Kämmerer und der Bürgermeister durch den Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung über den Inhalt des Prüfberichtes informiert.

Über das Ergebnis der Prüfung berichtet dieser Prüfbericht, der in Anlehnung an die vom Institut der Rechnungsprüfer festgelegten "Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Abschlussprüfungen (IDR- Prüfungsleitlinie 260)“ erstellt wurde.

3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Stadt Erkelenz

3.1.1 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresfehlbetrag von -2.180.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresfehlbetrag von -418.248,95 € (Jahresfehlbetrag des Vorjahres -580.779,37 €) abschließen. Dies bedeutet eine Verbesserung des geplanten Geschäftsverlaufes um 1.761.751,05 €.

Das Jahresergebnis stellt sich im Einzelnen wie folgt dar:

lfd. Nr. aus Ergebnis-rechnung	Bezeichung	Haushaltsansatz	Ist-Ergebnis	Differenz in +/-
01	Steuern u.ä. Abgaben	50.112.745,00 €	49.399.159,46 €	-713.585,54 €
02	Zuwendungen und allg. Umlagen	16.997.806,00 €	16.878.749,76 €	-119.056,24 €
03	sonstige Tranfererträge	648.200,00 €	482.258,35 €	-165.941,65 €
04	öff. rechtl. Leistungsentgelte	8.611.731,00 €	8.613.232,74 €	1.501,74 €
05	privatrechtl. Leistungsentgelte	431.370,00 €	505.891,47 €	74.521,47 €
06	Kostenerstattungen u. Umlagen	2.259.097,00 €	3.361.875,04 €	1.102.778,04 €
07	sonstige ordentliche Ertäge	4.145.165,00 €	5.265.231,62 €	1.120.066,62 €
08	aktivierte Eigenleistung	350.000,00 €	278.919,50 €	-71.080,50 €
09	Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	**Summe der ordentlichen Erträge**	**83.556.114,00 €**	**84.785.317,94 €**	**1.229.203,94 €**
11	Personalaufwendungen	-21.447.356,00 €	-21.183.265,08 €	264.090,92 €
12	Versorgungsaufwendungen	-1.711.680,00 €	-2.261.152,39 €	-549.472,39 €
13	Aufw. für Sach- u. Dienstleistungen	-18.371.536,00 €	-16.595.778,15 €	1.775.757,85 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	-8.113.680,00 €	-7.297.747,52 €	815.932,48 €
15	Tranferaufwendungen	-35.668.707,00 €	-36.004.695,38 €	-335.988,38 €
16	sonstige ordentliche Aufwendungen	-5.312.668,00 €	-6.553.035,94 €	-1.240.367,94 €
17	**Summe ordentliche Aufwendungen**	**-90.625.627,00 €**	**-89.895.674,46 €**	**729.952,54 €**
19	Finanzerträge	6.064.405,00 €	5.679.751,85 €	-384.653,15 €
20	Zinsen u. sonstige Finanzaufw.	-1.174.892,00 €	-987.644,28 €	187.247,72 €
21	**Finanzergebnis**	**4.889.513,00 €**	**4.692.107,57 €**	**-197.405,43 €**
29	**Jahresergebnis**	**-2.180.000,00 €**	**-418.248,95 €**	**1.761.751,05 €**

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um 1.229 T €. Im Einzelnen ergeben sich Ertragsverbesserungen von 74 T € bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“, von 1.102 T € bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“, von 1.120 T € bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ und von 1,5 T€ bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“. Dem gegenüber ergeben sich Mindererträge von 713 T € bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, von 119 T € bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, von 166 T € bei den „sonstigen Transfererträgen“, und von 71 T € bei den „aktivierten Eigenleistungen“.

Betrachtet man das Ergebnis der ordentlichen Aufwendungen, so ergeben sich hier beim Vergleich des Ergebnisses zum Planansatz insgesamt Minderaufwendungen und somit Ergebnisverbesserungen in Höhe von 730 T€. Diese reduzierten

Aufwendungen ergeben sich rechnerisch bei den Personalaufwendungen in Höhe von 264 T€, den Aufwendungen für „Sach- und Dienstleistungen“ von 1.776 T€ und den bilanziellen Abschreibungen von 816 T€. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Versorgungsaufwendungen von 550 T€, den Transferaufwendungen von 336 T€ und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 1.240 T€.

Beim ordentlichen Ergebnis ergibt sich somit eine Verbesserung im Vergleich Planansatz und Ergebnis in Höhe von 1.959 T €.

Unter Berücksichtigung der Mindererträge bei den „Finanzerträgen“ von 384 T € und den Minderaufwendungen bei den „Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen“ von 187 T € ergibt sich die oben dargestellte Verbesserung des Geschäftsverlaufes von 1.762 T €.

Unter Einbeziehung der in 2013 nach 2014 vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen bei den Auszahlungen von 2.310.009,29 € sowie bei den Einzahlungen von 1.450.000,00 € verbesserte sich der Bestand an „eigenen Finanzmitteln“ in der Finanzrechnung gegenüber der Planung um 4.438.288,45 €. Verbesserungen beim „Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ um 3.888.493,53 € sowie beim „Saldo aus der Investitionstätigkeit“ um 3.356.155,06 € stehen Verschlechterungen beim „Saldo aus der Finanzierungstätigkeit“ um 2.806.360,14 € gegenüber.

Ausgehend von einem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an liquiden Mittel von insgesamt 6.369.771,11 €, ergeben sich unter Berücksichtigung einer Forderung gegenüber dem Städt. Abwasserbetriebes in Höhe von 2.789.746,85 € (im Vorjahr 2.937.642,53 €) und zuzüglich des negativen Bestandes an fremden Finanzmitteln (= Forderung) in Höhe von 43.132,28 € kurzfristig zu realisierende städtische Mittel von 9.202.650,24 € zum 31.12.2014.

Zum Jahresergebnis 2014 bleibt festzustellen, dass sich das geplante Defizit in Höhe von **2.180.000,00 €** um **1.761.751,05** € verringert hat und somit das Jahr **2014** mit einem **Fehlbetrag von 418.248,95 € abschließt.**

3.1.2 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Lagebericht des Kämmerers werden folgende Aussagen zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung der Stadt getroffen:

„Vor dem Hintergrund einer zum Jahresende 2014 wieder an Fahrt gewinnenden deutschen Gesamtwirtschaft (bereinigtes BIP im letzten Quartal + 0,7 % gg. drittes Quartal), sollen nachfolgend die wesentlichen Einflussfaktoren für das abgelaufene Jahresergebnis als auch die daraus resultierenden Chancen und Risiken für die weitere Entwicklung des städtischen Haushalts betrachtet werden.

Wie schon in 2013, so konnte auch in 2014 das Jahresergebnis eine erfreuliche Verbesserung gegenüber der Planung feststellen. In diesem Jahr schließt die Ergebnisrechnung mit einem Ergebnis von - 418.248,95 € ab, was gegenüber der Planung eine Verbesserung von 1.761.751,05 € bedeutet. Wo sind die Ursachen für diese erfreuliche Verbesserung gegenüber der Planung zu sehen?

Bevor dieser Frage nachgegangen wird, soll zunächst einmal ein Blick auf die Gewerbesteuer geworfen werden, deren Ertrag im letzten Jahr gegenüber den Vorjahren doch erheblich gesunken war. Analysiert und gemutmaßt wurde, dass es sich dabei um eine Konsolidierung auf hohem Niveau handelte. Erfreulicherweise kann ein Blick auf den diesjährigen Gewerbesteuerertrag diese Analyse bestätigen. Die Gewerbesteuer schließt in 2014 mit einem Ertrag von 20,4 Mio. € ab, was gegenüber dem letztjährigen Jahresergebnis eine Verbesserung von 2,1 Mio. € bedeutet. Die Analyse und Hypothese des Vorjahres konnte also durch die aktuellen Zahlen eindrucksvoll bestätigt werden.

Betrachtet man nun die Verbesserung des Jahresergebnisses 2014 von gut 1,7 Mio. € gegenüber der Planung, so fällt zunächst auf, dass sich die „ordentlichen Erträge“ um 1,2 Mio. € erhöht haben und die „ordentlichen Aufwendungen“ um 0,7 Mio. € reduziert werden konnten. Daneben ist beim Finanzergebnis noch eine geringfügige Verschlechterung von 0,2 Mio. € eingetreten. Die Verbesserung resultiert also sowohl auf eine positive Entwicklung bei den „ordentlichen Erträgen“ als auch auf eine positive Entwicklung bei den „ordentlichen Aufwendungen“ - nahezu ein Idealfall! Ertragsverbesserungen stehen gleichzeitig Aufwandsreduzierungen gegenüber!

Während bei den meisten Ertragsgruppen Punktlandungen festgestellt werden konnten, ergeben sich bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. €. Diese sind mit + 0,8 Mio. € insbesondere im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ zu verzeichnen. Zurückzuführen ist der erhöhte Ertrag darauf, dass erhöhte Fallzahlen zu erhöhten Erstattungsleistungen geführt haben. Daneben konnten bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ ebenfalls erfreuliche Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. € gebucht werden. Dafür verantwortlich ist insbesondere eine (leider) einmalige Steuererstattung von 0,7 Mio. €.

Auf der Aufwandsseite ergeben sich insgesamt Aufwandsreduzierungen von 0,7 Mio. €. Eine Betrachtung auf einige wenige Aufwandsgruppen ist hier leider nicht möglich. Für eine genaue Analyse müssten sehr viele einzelne Aufwandsarten intensiv betrachtet werden, um zu belastbaren Aussagen zu kommen. Dies würde aber hier

eindeutig den Rahmen sprengen. Soweit sich aus einzelnen Aufwandsarten aber positive oder negative Tendenzen für künftige Jahre ergeben, wird darauf noch an späterer Stelle eingegangen werden.

Positiver Ausfluss dieses Jahresergebnisses ist, dass für künftige Haushalte noch 10.473.819,41 € zum Ausgleich künftiger Defizite in der Ausgleichsrücklage zur Verfügung stehen – immerhin ca. 1,7 Mio. € mehr als ursprünglich geplant!

Auch in der Finanzrechnung können erfreuliche Kennzahlen abgelesen werden. Der „Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit" schließt mit einem Plus von 4.512.978,53 € ab, was einerseits dazu führte, dass die kompletten Tilgungsleistungen (1,4 Mio. €) damit bezahlt werden konnten und andererseits dieses Ergebnis zur Erhöhung der liquiden Mittel auf 6.369.771,11 € zum 31.12.2014 beigetragen hat. Die in 2014 vorgenommen Investitionen von 3,444 Mio. € konnten ausnahmslos durch Mittel von Dritten finanziert werden. Demzufolge brauchten in 2014 auch keine Kredite für Investitionen aufgenommen werden.

Bilanziell wirkt sich dieser insgesamt erfreuliche Jahresverlauf dahingehend aus, dass die Bilanzsumme sich auf 409.882.181,06 € (+0,60%) erhöht hat, das Eigenkapital sich nur geringfügig (-0,60 %) verringert, die „Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen" um 1,35 Mio. € auf 20,24 Mio. € reduziert werden konnten und sich die liquiden Mittel um 3.329.206,56 € erhöht haben. Der Bestand an Liquiditätskrediten betrug auch zum Jahresultimo 0,00 €.

Für die Ergebnisrechnung künftiger Jahre wird es von der Ertragsseite her weiter elementar sein, eine konstante Netto-Steuerquote zu erzielen als auch verlässliche und konstante Zuwendungen zu verzeichnen. Hier tragen Punktlandungen bei diesen Ertragsgruppen zu konstanten Jahresergebnissen künftiger Jahre wesentlich bei. Solange die Steuereinnahmen auch mittelfristig weiter in Rekordhöhe sprudeln, dürfte von dieser Seite keine Gefahr für unseren Haushalt drohen. Eine gesamtwirtschaftliche Trendumkehr ist hier derzeit jedenfalls nicht zu erkennen. Mittelfristig dürfte daher von der Ertragsseite her prägend für unseren Haushalt die Gestaltung der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Abschaffung/Änderung des Solidaritätszuschlags; Umgestaltung des Finanzausgleichs) als auch die konkrete Umsetzung der Schuldenbremse in NRW werden.

Die Aufwandsseite dagegen wird dagegen auch in künftigen Jahren maßgeblich durch die Transferaufwendungen bestimmt werden. Hier sind insbesondere drei verschiedene Arten von Fremdeinflüssen zu nennen, die künftige Haushalte beeinflussen werden:

1. *Die mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verbundenen Aufwendungen werden auch 2015 unseren Haushalt maßgeblich beeinflussen. Hier werden aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik für 2015 fast 500.000 neue Anträge prognostiziert, was gegenüber 2014 eine mehr als Verdoppelung bedeuten würde. Entscheidend für den Einfluss auf den Haushalt dürfte hier die Beantwortung der Frage werden, in welcher Höhe sich der Bund bzw. das Land an diesen erhöhten Aufwendungen, die mit dieser erhöhten Anzahl an unterzubringenden Personen einhergeht, beteiligen wird.*

2. *Weiterhin ein nicht zu unterschätzender Faktor sind die Aufwendungen des Produktbereiches 06 – Kinder- Jugend- und Familienhilfe -. Hier sind einerseits die zwingend notwendigen Personalaufwendungen, die mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen in allen Altersstufen zusammenhängen als auch andererseits die Transferaufwendungen, die insbesondere mit ambulanten Hilfen, der Vollzeitpflege und den stationären Unterbringen von Jugendlichen einhergehen, als Kostenfaktoren zu nennen. Eine rein kostenorientierte Betrachtung verbietet sich hier jedoch aufgrund der menschlichen Einzelschicksale, die jeder einzelne Fall mit sich bringt. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land sich dessen bewusst sind und die Kommunen finanziell ausreichend unterstützen.*

3. *Schließlich zählt auch die jährlich zu zahlende Kreisumlage zum Transferaufwand. Schließt das Jahresergebnis hier mit einem Ergebnis von 19,99 Mio. € (=21,99 % aller Aufwendungen) ab, so sieht der Haushaltsplan bereits 20,98 Mio. € (= 22,84 % aller Aufwendungen) an Kreisumlagezahlungen vor und Verlautbarungen aus dem Kreishaus gehen schon von einen nochmals um 10 Mio. € erhöhten Kreisumlagebedarf für 2016 aus. Sollte es so kommen, würde dies zu einer nochmals um ca. 1,75 Mio. € höheren Kreisumlage führen. In Summe würde dies 23,7 Mio. € und prozentual ca. 25 % aller unserer konsumtiven Aufwendungen bedeuten. Unvorstellbar, aber durchaus kein utopisches Szenario! Hier gilt es mit aller Macht gegenzusteuern und insbesondere die Kreispolitik und den Landrat zu einer fortlaufenden Aufgabenkritik und damit einhergehend, einer strikten Spardisziplin anzuhalten.*

Auf der anderen Seite sind jedoch als Trümpfe eine noch immer gut gefüllte Ausgleichsrücklage (10,5 Mio. € zum 31.12.2014), die es durchaus ermöglicht ein schlechtes Haushaltsjahr ohne größeren Schaden zu überstehen, als auch die Arbeitsgruppe „Sparen“, die interfraktionell zusammen mit der Verwaltung auch in kritischen Situationen tarierte Entscheidungen zum Wohle der Stadt vorbereitet hat, zu nennen.

Bilanziell und in künftigen Finanzrechnungen sollte der eingeschlagene Weg, die Schulden kontinuierlich abzubauen, Liquiditätskredite zu vermeiden und sich gleichzeitig städtebaulich weiter zu entwickeln, weiterhin beschritten werden. Hierzu können sicherlich die zum Jahresende vorhandenen liquiden Mittel auch in den Jahren 2015 und 2016 genutzt werden. Auch wenn die Zinssituation derzeit historisch niedrig ist, so bleibt es dabei, dass Zinsen, die nicht gezahlt werden müssen, noch immer wirtschaftlicher sind als die mit den niedrigsten Zinssätzen verbundenen Zahlungen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durchaus Risiken für künftige Haushalte bestehen, aber dass uns diese aufgrund der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage und der bestehenden Chancen nicht von einem erwartungsfrohen Blick in die Zukunft abhalten sollten.“

Die Örtliche Rechnungsprüfung forderte mit Schreiben vom 16.03.2015 den Bürgermeister auf, den bisher vom Kämmerer verfassten Lagebericht durch

Aussagen zu den Chancen und Risiken für die Stadt Erkelenz aus Sicht der mitverantwortlichen Mitglieder des Verwaltungsvorstandes zu ergänzen.
Dem ist der Verwaltungsvorstand gefolgt und hat den Lagebericht um folgende Punkte ergänzt:

„Ergänzung des Lageberichtes durch den weiteren Verwaltungsvorstand:

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Lagebericht zur Jahresrechnung soll nicht nur einen reinen Bericht zu den Finanzdaten enthalten, sondern vielmehr auch einen Gesamtüberblick über die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr geben. Dabei soll ein Überblick „zur Gesamtunternehmenslage“ als auch eine Einschätzung der bedeutenden Vorgänge, die sich seit der Planung ereignet haben, gegeben werden. Ebenfalls sollen Aussagen zu den zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune getroffen werden.

Nach der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und den in der Stadt festgesetzten Zuständigkeiten ergeben sich für den Verwaltungsvorstand klare Verantwortungsbereiche, die sich logischer Weise dann auch im Lagebericht widerspiegeln sollten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kommune – also auch die Stadt Erkelenz – gegenüber der Bürgerschaft sowie im staatlichen föderalen Konstrukt mit den zugewiesenen pflichtigen Pflichtaufgaben einen Gesamtauftrag zu erfüllen hat. Hieraus ergibt sich, dass trotz der getrennten Zuständigkeit immer die Gesamtsituation zu sehen ist und nicht einzelne, gerade gesellschaftspolitisch willkommene Themen so forciert werden, dass die Erfüllung des Gesamtauftrages oder die Gesamtfinanzen hierdurch mit starken negativen Auswirkungen gefährdet werden.

Der Kämmerer hat in seinem Teil des Lageberichts für die Stadt Erkelenz einen guten Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse, die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gegeben. Zur Vermeidung von Redundanzen und unnötiger nur seitenfüllender Texterstellung wird sich der ergänzende Teil des Lageberichts, der vom Bürgermeister sowie den Dezernenten zu verfassen ist, daher nur auf ergänzende bedeutende Themenfelder beziehen.

II. Bürgermeister und Dezernent des Dez.I, Peter Jansen

Die Zuständigkeit erstreckt sich entsprechend der Funktion auf besonders bedeutende Gesamthemen der Verwaltung und aus dem politischen Raum sowie bedeutende Entwicklungen aus den dem Dezernat zugeordneten Bereichen.

Der seit Jahren erkennbare Trend in NRW, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben vom Land übertragen bzw. die für die Aufgabenerledigung festgelegten Standards durch das Land erhöht werden, ohne aber gleichzeitig die dafür erforderliche Finanzausstattung signifikant zu verbessern, setzt sich weiterhin fort. Zwar wurden – auch für die Zukunft- durch Bund und Land ergänzende finanzielle Hilfen zugesagt, aber die Mehrbelastung, die insbesondere durch steigende Sozialleistungen, Kreisumlagen, Flüchtlingsbetreuung und überproportional steigende Personalkosten auf Grund der Umsetzung der Vorgaben in den Kinderbetreuungseinrichtungen entstehen, verursachen insgesamt eine steigende Belastung. Dazu bleibt, wie seit langen Jahren auch in den Medien und vom Städte-

und Gemeindebund gefordert, eine bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land NRW weiter aus. Hier hinken die Kommunen in NRW deutlich der Finanzausstattung in anderen Bundesländern hinterher. Die jetzige ***Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes*** *(GFG) in NRW bestraft fast die, die sich um eine solide Haushaltswirtschaft bemühen. Aus dieser GFG-Systematik resultieren sowohl Chancen als auch Risiken für künftige Haushalte:*

Risiko:

Die verfassungsrechtlich für das Land NRW vorgeschriebene Einhaltung der Schuldengrenze bringt für die Verteilmaße im Landeshaushalt noch mehr Finanzenge, wenn nicht endlich – wie in anderen Bundesländern bereits geschehen – eine tatsächliche Konsolidierung der Ausgaben des Landes gelingt.
Dies gilt gleichermaßen für die Kreisumlage, die nach jetziger Planung des Kreises bereits ab 2016 eine deutliche Mehrbelastung für die Kommunen signalisiert (Siehe Ausführungen des Kämmerers).

Chance:

Die Chance ist darin zu sehen, dass es dem Land endlich gelingt, die Fortsetzung der derzeitig positiven Steuereinnahmeentwicklung unterstellend, einen gerechteren Verteilungsschlüssel für die jährlichen GFG-Mittel zu finden. Dabei muss endlich „gerechter" in der Art und Weise im GFG definiert werden, dass die positive und nachhaltige Haushaltswirtschaft von Kommunen positiv belohnt wird und nicht, wie bisher, mit einzelnen Parametern im GFG Klientelpolitik betrieben wird.

Ein weiteres Zentralthema ist der ***heranrückende Tagebau****, der enorme Verwaltungsressourcen bindet. Durch eine Vereinbarung mit RWE Power konnte erstmalig erreicht werden, dass das Unternehmen sich auch dazu bekennt, die gesamtstädtischen Belange negativ zu beeinflussen und hierfür Ersatzleistungen anbietet bzw. Ansprüche schriftlich zusichert. Hieraus können sich positive Entwicklungen ergeben. RWE Power hat alle bisher zugesagten und verhandelten Leistungen erbracht, so dass aus den bisherigen Umsiedlungsprozessen in Immerath, Borschemich und Pesch, wenn überhaupt, nur noch geringfügige Risiken bestehen. Der Verlust von Einwohnern verursacht auch gleichzeitig den Verlust an Kauf- und Finanzkraft, der aber insgesamt durch die positive allgemeine Entwicklung kompensiert werden kann.*

Durch Einflüsse im Zusammenhang mit der Energie- und Klimapolitik sowie die aktuellen Diskussionen zu Sonderabgaben für das Unternehmen RWE wird seit rund zwei Jahren der Bestand des Tagebaubetreibers in Frage gestellt. In Bezug auf Anteile am Unternehmen, Arbeitsplätzen und Steuerleistungen des Unternehmens stellt dies keine unmittelbaren Finanzrisiken für Erkelenz dar. Fraglich ist jedoch, welche Auswirkungen ein Ausstieg aus der Förderung hinsichtlich der Folgelasten für die Rekultivierung, einer evtl. begonnenen Umsiedlung für den nächsten Abschnitt und für die Ewigkeitslasten haben könnte. Seit zwei Jahren verlangt hier die Stadt, dass mit der Genehmigung des Landes hier Sicherheiten geschaffen werden. Falls das Land die Sicherheiten nicht schafft bleibt abzuwarten, was daraus an konkreten Risiken für die Stadt Erkelenz entstehen kann.

*Die **Personalkosten** im städtischen Haushalt sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen, was aber letztendlich aus den gesteigerten Anforderungen gerade bei den Kindertagesstätten resultiert. Insgesamt ist die Quote der Personalkosten gut vertretbar. Bei den ca. 23 % Personalkosten in Relation zum Gesamthaushalt muss man jedoch bei einem interkommunalen Vergleich beachten, dass dabei die Personalkosten des Abwasserbetriebs berücksichtigt werden, während die im Abwasserbetrieb bewirtschafteten Sachkosten bei der prozentualen Berechnung keine Berücksichtigung finden. Die GPA NRW hat mit dem Prüfbericht 2014 sehr deutlich attestiert, dass die Effizienz der Verwaltung – und damit die Personalkosten – sehr positiv bewertet werden. Aktuell wurde das Projekt „Prozessmanagement" gestartet, das in den nächsten Jahren hier weitere Entlastungen bringen soll.*

*Die **Wohnungsmarktpolitik** mittels der städtischen Grundstücksentwicklungsgesellschaft (GEE) sowie auch die Strategie der Gewerbeansiedlungen mit der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen schafft erkennbar Stärke bei den Einkommensteueranteilen und der Gewerbesteuer. Insgesamt ist derzeit eine weitere, sich bereits auf hohem Niveau befindende, leicht positive Weiterentwicklung zu erwarten. Besonders große Einzelrisiken für Erkelenz bestehen auf Grund des aktuellen Gewerbemixes und der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur nicht. Hier sind eher positiv stabilisierende Effekte zu sehen. Zu beobachten bleibt aber, wie sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland und auch die Arbeitslosenzahl entwickeln wird. Eine negative Gesamtentwicklung hätte natürlich am Ende auch negative Auswirkungen auf die Stadt.*

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die durch die Stadt steuerbaren Bereiche gut entwickelt und positiv zu bewerten sind. Hieraus resultiert auch letztendlich die positive, fast „Alleinstellung" des Erkelenzer Haushalts in der Region. Die Kommunen im Allgemeinen, aber auch die Stadt Erkelenz im Speziellen, werden nach wie vor stark von der finanziellen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialleistungspolitik des Bundes und des Landes NRW abhängig sein.

III. Erster Beigeordneter und Dezernent des Dez. II, Dr. Hans-Heiner Gotzen

Ergänzend zu den Ausführungen zu Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz ist auf zwei besondere Themen hinzuweisen.
*Der Kämmerer hat in seinen Ausführungen bereits zutreffend auf das auch in der Tagespresse präsente Thema der steigenden Anzahl von **Asylbegehrenden** hingewiesen. Hierbei handelt es sich um ein nahezu unkalkulierbares Thema, weil es keine verbindliche Höchstquote für die Zuweisungen von asylbegehrenden Menschen gibt. Die Kommunen sind vielmehr verpflichtet, die Versorgung der ihnen zugewiesenen ausländischen Flüchtlinge sicherzustellen, unabhängig davon, ob räumliche oder finanzielle Möglichkeiten bestehen. Hierbei erweist sich für den kommunalen Haushalt als besonders problematisch, dass bislang in NRW nur der deutlich geringere Anteil der anfallenden Kosten durch das Land erstattet wird. Den größten Anteil müssen die Kommunen selbst schultern. Auch die medizinische Versorgung der ausländischen Flüchtlinge muss aus kommunalen Mitteln finanziert werden. Der Umfang der notwendigen Versorgung ist individuell geprägt und kann erhebliche Summen zur Folge haben. Erst seit Kurzem wird das maximale finanzielle Risiko pro Person bei 70.000 Euro gedeckelt und werden darüber hinausgehende*

Kosten durch das Land erstattet. Neben den direkten Leistungen in Form von Regelsätzen, Unterkunftskosten und medizinischer Versorgung ist auch zusätzliches Personal erforderlich, das zu entsprechender Steigerung der Personalausgaben führt. Dies reicht von Personal für Hausmeisterdienste in den Unterkünften, über Verwaltungspersonal und Personal für die soziale Betreuung.

*Neben den allgemein im Jugendhilfebereich bereits vom Kämmerer angesprochenen Risikofaktoren wirkt sich als nur schwer kalkulierbares Risiko auch die Sicherstellung des **Rechtsanspruchs auf Betreuung der U3 und Ü3-Kinder** aus. Da die sicherzustellende Versorgungsquote oft nur wenige Monate vor Beginn des Kindergartenjahres bekannt ist, müssen dann kurzfristig alle Anstrengungen unternommen werden, entsprechende Angebote zeitgerecht vorzuhalten. Dies führt im Einzelfall dazu, dass innerhalb weniger Monate zusätzliche Räumlichkeiten und auch das Personal gefunden werden müssen. Da die Kosten auch hier stets anteilmäßig von der Kommune getragen werden, ist die finanzielle Steuerung in diesem Bereich nur begrenzt möglich. Zusätzliche Kinder aufgrund des v.g. Flüchtlingsstroms machen auch den in früheren Jahren häufig als Kompensation der steigenden Kosten für die U3-Betreuung angepriesenen Rückgang in der Ü3-Betreuung obsolet. Die einst kalkulierten Ü3-Plätze reichen meist nicht und machen auch in diesem Bereich stets neu kurzfristiges Handeln erforderlich.*

IV. Technischer Beigeordneter und Dezernent des Dez. III, Ansgar Lurweg

*In Ergänzung zu den Ausführungen des Kämmerers ist aus Sicht des Baudezernenten die kontinuierliche Begleitung, Überprüfung und Unterhaltung des **Anlagevermögens** in Form von Gebäuden, Straßen, Grünflächen und allgemeinen Erschließungsanlagen auch für die zukünftigen Entwicklungen zu gewährleisten. Dank einer guten und vorausschauenden Finanzplanung und der Bildung von entsprechenden Rückstellungen besteht die Chance, bei notwendigen Aufgabenänderungen den Bestand sogar weiter auszubauen und den guten Zustand der Anlagen zu erhalten. Hier ist besonders das ambitionierte Fassaden-Sanierungsprogramm im Schulzentrum hervorzuheben, das im Jahr 2015 aller Vorrausicht nach abgeschlossen wird. Gleichwohl bleibt auch die Aufgabe wichtig, den erforderlichen Gebäudebestand und das damit verbundene Nutzungsspektrum weiterhin kritisch zu hinterfragen und ggfls. anzupassen.*

*Die Planung in den folgenden Jahren, aber auch im bereits abgelaufen Jahr 2014, wird sich verstärkt an der Balance zwischen **Klimaschutzanforderungen** und dem tatsächlichen Bau- und Planungsgeschehen orientieren müssen; Klimaschutzkonzept und EEA-Prozess versus Braunkohlenplanung, die Entwicklung zukunftsweisender Baugebiete, Gewerbegebiete und Umsiedlungsstandorte versus zunehmenden Flächenverbrauch. Größer kann das Spannungsfeld eigentlich kaum sein. Das birgt Risiken aber auch Chancen für die Stadt Erkelenz sich für die Zukunft nachhaltig gut aufzustellen. Dass der Klimawandel auch in Erkelenz angekommen ist, zeigen die Planungen des Abwasserbetriebes, der im Hinblick auf die Niederschlagswasserbeseitigung und Niederschlagswasserbehandlung verstärkte Anstrengungen unternehmen muss, die Abwasserreinigungsanlage für die Zukunft zu rüsten.*

Die Entwicklung der planungsrechtlichen Möglichkeiten für 2 ***Klimaschutzsiedlungen*** *auf dem Stadtgebiet, die Überlegungen für* ***Brachflächennachnutzungen*** *auf dem REWE-Gelände und auch in der Innenstadt mit dem Flächenpotenzial im Bereich des Amtsgerichts, bieten Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung, die der Gesamtstadt zu Gute kommt und somit auch den Haushalt der Stadt Erkelenz zukünftig stärkt. Das gilt ebenso für die Weiterentwicklung des GIPCO, für den die Planungen im Jahr 2015 und 2016 intensiviert werden müssen.*

Das die Stadt Erkelenz bei der ***Braunkohlenplanung*** *nicht immer alleine auf weiter Flur steht ist gut. Der Interkommunale Planungsverband mit der Stadt Mönchengladbach und den Gemeinden Jüchen und Titz ist ein richtiger Schritt, die zu erwartenden Folgeprobleme im Bereich des Tagebaues Garzweiler II in einen großräumigeren Kontext zu stellen um die Chancen aus der noch nicht ganz klaren Entwicklungsperspektive im Bereich des Tagebaurandes für die Zukunft zu nutzen. Im Zusammenhang mit der zurzeit auf politischer Ebene geführten Diskussion um die Zukunft der Braunkohle sind die Risiken nur schwer abschätzbar. Vertragliche Regelungen mit dem Bergbautreibendem und der gemeinsame Auftritt des Planungsverbandes führen hier zumindest zu einer mittelfristigen Sicherheit.*

Bäume pflanzen gegen den Tagebau für mehr Klimaschutz, eine aktuelle Forderung aus dem Workshop „Bewusstseinsbildung" zur Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts von Erkelenzer Bürgern, versus Wirtschaftlichkeit der Grünflächenunterhaltung des Baubetriebshofes. Klimaschutz im Kleinen. Die Umstrukturierungen am ***Baubetriebshof*** *vor allem im Personalbereich werden im Jahr 2015 mit den letzten Nachbesetzungen von freien Stellen zu Ende geführt. In den kommenden 2 Jahren wird sich zeigen, ob auch dort die Mitarbeiter für die zukünftigen Anforderungen im beschriebenen Spannungsfeld gerüstet sind."*

Die Örtliche Rechnungsprüfung begrüßt die durch sie angeregte erstmalige Aufnahme der Chancen und Risiken für die Stadt Erkelenz aus Sicht des Verwaltungsvorstandes.

Die Örtliche Rechnungsprüfung regt an, die geschilderten und die bisher noch nicht erkannten Risiken zukünftig im Rahmen eines Risikomanagements zu erfassen.

Risikomanagementsysteme sind anerkannter Maßen wichtige Instrumente um frühzeitig Risiken zu erkennen und ggf. rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, kurz KGSt befasst sich in Ihrem Bericht Nr. 5/2011 mit dem Thema „Kommunales Risikomanagement".

Eingangs heißt es dort, dass jede kommunale Entscheidung eng mit der Absicht verbunden ist, ein vorher bestimmtes Ziel zu erreichen. Fakt ist, dass Risiken die Zielerreichung gefährden können, unabhängig davon wie und in welcher Form Ziele definiert wurden. Daher muss es Aufgabe des Risikomanagements in enger Verbindung mit zielorientierter kommunaler Steuerung sein, solche Risiken frühzeitig zu erkennen und den Umgang damit festzulegen.

Das Ziel des kommunalen Risikomanagements ist es, durch systematisches Vorgehen Entscheidungen möglichst weit aus dem Bereich der Unsicherheit und damit aus dem Risiko herausführen zu können. Dazu bedarf es in Anlehnung an die Regelungen bei Unternehmen eines Überwachungssystems, das Entwicklungen frühzeitig erkennt, um mit geeigneten Mitteln steuern zu können. Dabei müssen die Funktionen jedoch auf die kommunalspezifischen Besonderheiten abgestimmt werden.

Ein kommunales Risikomanagement hat primär die Aufgabe, Risiken des Verwaltungshandelns zu erfassen und diese zu steuern. Es muss auch sicherstellen, dass Chancen erkannt und bewertet werden und dann in die Entscheidungsprozesse einfließen. Es ist jedoch faktisch nicht möglich und auch nicht erforderlich, alle Risiken einer Kommune zu analysieren.

Die Verantwortung für den Umgang mit Risiken folgt der Verantwortung für Leistungen und Ressourcenverbrauch – von Rat über die Verwaltungsführung, Dezernats- und Amtsleitung bis hin zu Sachgebietsleitungen.

Aus diesem Grund ist das kommunale Risikomanagementsystem in die ortsspezifische Aufbauorganisation einzubinden. Analog zu der jeweils vorhandenen Steuerungshierarchie sollen die Verantwortlichen für den Umgang mit Risiken bestimmt werden. Dabei legen Politik und Verwaltungsführung den strategischen Rahmen und die Grundsätze für das kommunale Risikomanagement fest.

Eine systematische Risikosteuerung kann jedoch dauerhaft nur funktionieren, wenn der Nutzen von Politik und Verwaltungsführung erkannt wird und die Einführung gefordert und begleitet wird. Dies setzt bei allen Verantwortlichen – auch bei den Produktverantwortlichen – ein einheitliches Risikoverständnis voraus. Es beinhaltet die Erkenntnis, dass die Leistungsfähigkeit der Kommune mittel- bis langfristig durch Risiken gefährdet werden könnte und daher ein funktionierendes Risikomanagement mit allen ineinandergreifenden Komponenten Controlling, Frühwarnsystem und internes Kontrollsystem für die Kommune unabdingbar ist.

3.1.3 Zusammenfassende Beurteilung

Der Landrat des Kreises Heinsberg teilt mit Schreiben vom 14.01.2015 mit, dass gem. § 75 Abs. 2 GO NRW der Haushalt für das Haushaltsjahr 2014 in Planung und Rechnung ausgeglichen sein muss. Er ist dann ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Satz 3 der v. g. Vorschrift sieht jedoch einen fiktiven Haushaltsausgleich vor. Dieser ist möglich, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Dies ist für das Jahr 2014 gegeben. Der Haushalt gilt somit als ausgeglichen.

Gemäß § 3 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes konnten die Jahresüberschüsse der Jahre 2007 – 2009 in Höhe von 7.822.725,81 der Ausgleichrücklage 2012 zugeführt werden. Der aktuelle Bestand der Ausgleichsrücklage beträgt zum 31.12.2014 10.892.068,36 €. Nach erfolgtem Ratsbeschluss wird der Fehlbetrag 2014 die Ausgleichsrücklage auf 10.473.819,41 € reduzieren. Dieser Bestand kann

voraussichtlich die Genehmigungspflicht der Haushaltssatzung der Stadt Erkelenz durch die Aufsichtsbehörde Kreis Heinsberg im Zeitraum der mittelfristigen Ergebnisplanung voraussichtlich verhindern.

In Jahr 2014 wurde erneut, wie erstmals im Jahresabschluss 2013 von der Neuregelung des § 43 Abs. 3 GemHVO NRW Gebrauch gemacht. § 43 Abs. 3 GemHVO NRW sieht vor, das Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nicht mehr ergebniswirksam darzustellen sind, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden können.

Die einzelnen Aufwendungen und Erträge der betroffenen Finanzvorfälle sind, wie es § 43 Abs. 3 GemHVO NRW fordert, im Anhang zum Jahresabschluss erläutert. Die Gesamtsumme der betroffenen Finanzvorfälle beträgt -870.683,53 €. Der Bestand der allgemeinen Rücklage verringert sich dadurch auf 189.406.577,58 €.

In der nachfolgenden Tabelle sind die prognostizierten Ergebnisse der Jahre 2013 und 2014, die Ergebnisse der Jahre 2013 und 2014 sowie die Ergebnisplanungen der Jahre bis 2019 auf Basis des Haushaltsplanes 2016 dargestellt.

Entwicklung und Prognose der Jahresergebnisse:

	ordentliche Erträge	ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Zinsen u. so. Aufwendungen	**Jahres-ergebnis**
Planung 2013	83.398.464,00 €	-89.249.421,00 €	5.517.005,00 €	-1.398.048,00 €	**-1.732.000,00 €**
Ergebnis 2013	83.125.363,24 €	-89.145.829,40 €	6.452.091,33 €	-1.012.404,54 €	**-580.779,37 €**
Planung 2014	83.556.114,00 €	-90.625.627,00 €	6.064.405,00 €	-1.174.892,00 €	**-2.180.000,00 €**
Ergebnis 2014	84.785.317,94 €	-89.895.674,46 €	5.679.751,85 €	-987.644,28 €	**-418.248,95 €**
Planung 2015	83.302.351,00 €	-91.066.023,00 €	6.060.132,00 €	-956.460,00 €	**-2.660.000,00 €**
Planung 2016 *	90.107.665,00 €	-98.481.200,00 €	5.965.935,00 €	-882.400,00 €	**-3.290.000,00 €**
Planung 2017	90.686.539,00 €	-97.429.540,00 €	5.995.740,00 €	-818.439,00 €	**-1.565.700,00 €**
Planung 2018	92.413.592,00 €	-98.382.663,00 €	6.023.932,00 €	-755.461,00 €	**-700.600,00 €**
Planung 2019	94.225.279,00 €	-99.521.195,00 €	5.945.069,00 €	-691.453,00 €	**-42.300,00 €**
*	Grund für die Steigerungen:				
	Siehe Erläuterung des Kämmerers im Haushaltsvorbericht zum Entwurf des Haushaltes 2016, Seiten 61-64.				

Die Ergebnisrechnung des Jahres 2014 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 418.248,95 €. Der prognostizierte Fehlbetrag betrug ursprünglich 2.180.000,00 €. Eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 1.761.751,05 €.

Entgegen der Jahresergebnisplanung für die künftigen Haushaltsjahre aus Haushaltsplan 2015 weist der aktuelle Haushaltplan für das Jahr 2016 weitere negative Jahresergebnisse bis einschließlich 2019 aus. Daher muss aus Sicht der Örtlichen Rechnungsprüfung weiterhin besonderes Augenmerk auf eine verstärkte Ausgabendisziplin gelegt werden.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit hängt zunehmend von der Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) ab. Es ist auch zukünftig damit zu rechnen, das die finanziellen Belastungen, die der Stadt Erkelenz durch den Gesetzgeber auferlegt werden, nicht entsprechend ausgeglichen werden. Es gilt dieses Risiko

genau zu beobachten und evtl. rechtzeitig, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, um der Stadt Erkelenz durch das weitere Vorhandensein einer Ausgleichrücklage Potential für die Zukunft zu ermöglichen.

Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass zwar zum Schluss des Rechnungsjahres 2014 die Ausgleichsrücklage noch einen Bestand in Höhe von 10,5 Mio. € aufweist, dennoch dürfen die städtischen Anstrengungen zum Haushaltsausgleich gem. § § 75 Abs. 2 GO trotz der ergriffenen Konsolidierungsmaßnahmen und der in Aussicht gestellten weiteren fiktiven Haushaltsausgleichsmöglichkeiten nicht nachlassen. Es gilt weiterhin die städtischen Konsolidierungspotentiale auszuschöpfen, um dem stetig drohenden Eigenkapitalverzehr entgegenzuwirken.

Bedenkt man das die Stadt Erkelenz für das Planjahr 2016 mit einem Fehlbedarf von 3.290.000,00 € rechnet, dürfen die vorgenannten Aussagen nicht unbeachtet bleiben. Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass bei weiteren Fehlbeträgen in den kommenden Jahren in ähnlicher Höhe, wie die für 2016 prognostizierten 3.290.000,00 €, die Ausgleichsrücklage 2019 aufgezehrt sein wird.

3.2 Unregelmäßigkeiten

Bei der Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurden keine Unrichtigkeiten oder schwer wiegende Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und/oder die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen festgestellt.

Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass nach § 95 Abs. 3 GO NRW der Entwurf des Jahresabschlusses innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres 2014 dem Rat zur Feststellung hätte zugeleitet werden müssen, also bis zum 31.03.2015.

Der Entwurf des Jahresabschlusses wurde am 29.04.2015 durch den Kämmerer aufgestellt, am gleichen Tage durch den Bürgermeister bestätigt und am 24.06.2015 dem Rat der Stadt Erkelenz zur Feststellung zugeleitet.

Durch Ratsbeschluss vom 24.06.2015 wurde die Prüfung des Entwurfs des Jahresabschlusses an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen. Dieser bedient sich gem. § 59 Abs. 3 Satz 2 i.V.m. § 101 Abs. 8 GO NRW der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass der Jahresabschluss 2014 nicht fristgerecht, aber wiederum zeitnah aufgestellt wurde. Von daher ergeht durch die Örtliche Rechnungsprüfung wie in den Vorjahren auch lediglich der Hinweis darauf, dass § 95 Abs. 3 GO NRW weiterhin Gültigkeit hat.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichtes liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz.

Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten, pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Dazu hat die Örtliche Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31.12.2014 bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz **(Anlage 1)** sowie dem Anhang **(Anlage 2)** und dem Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 01.01.2014 bis 31.12.2014 **(Anlage 3)** der Stadt Erkelenz geprüft.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. GemHVO NRW aufgestellt. Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Hierfür notwendige Unterlagen wurden zur Verfügung gestellt, erforderliche Aufklärungen und Nachweise erteilt. Redaktionelle Änderungen und bei der Prüfung aufkommende Fragestellungen wurden im Vorfeld mit dem Kämmerer besprochen und ausgeräumt.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach den §§ 101 und 103 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) bzw. Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Aussage trifft und somit der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlern sind.

Auf der Grundlage des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) entwickelten risikoorientierten Prüfungsansatzes und des VERPA-Prüferarbeitsplatzes ist eine am Risiko der Stadt Erkelenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt worden.

Die Prüfung eines Jahresabschlusses beginnt nicht etwa erst in dem Zeitpunkt, zu dem er aufgrund des Beschlusses des Rates der Örtlichen Rechnungsprüfung vorgelegt wird. Vielmehr werden zahlreiche Prüfbereiche bereits vorher unterjährig im Laufe des entsprechenden Haushaltsjahres betrachtet. So können im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes bereits frühzeitig mögliche Fehler-quellen festgestellt werden. Dies wiederum ermöglicht es, so rechtzeitig gegen-zusteuern, dass es bei der Erstellung des Jahresabschlusses erst gar nicht zu entsprechenden Fehlern und, in der Folge davon, zu Prüfbeanstandungen kommt.

Alle Prüfbetrachtungen und -ergebnisse fließen anschließend in die Prüfung des Jahresabschlusses ein. Vor allem folgende Prüfbereiche wurden bereits unterjährig betrachtet:

Überwachung der Finanzbuchhaltung

Kontrollen fanden hier insbesondere in den nachstehend genannten Bereichen statt:

Dauernde Überwachung der zentralen Zahlungsabwicklungsstelle anhand monatlich durchgeführter Prüfungen:

- Archivierung der Anordnungsbelege,
- Forderungsmanagement,
- Quittungsbefugnis der Bediensteten der Zahlungsabwicklungsstelle,
- Kassensicherheit im Zusammenhang mit der Aufbewahrung des Handvorschusses und der Verwahrung von Wertgegenständen während des vorübergehenden Umzuges der Zahlungsabwicklungsstelle,
- Behandlung der eigenen Postsendungen durch die Co-Sachgebietsleiterin,
- Elektronische Belegarchivierung,
- Behandlung der eigenen Postsendungen durch die Sachgebietsleiterin,
- Einhalten der Vertretungsregelung beim Amt 20, Sachgebiet 03 (Abgaben und Zahlungsabwicklung) auf der Ebene der Sachgebietsleitung (zwei eigenständige Prüfungen für die Co-Sachgebietsleiterin, eine eigenständige Prüfung für die Sachgebietsleiterin),
- Verwahrung und Verwaltung von Bürgschaften,
- Kassensicherheit im Zusammenhang mit der Aufbewahrung des Handvorschusses sowie der Verwahrung von Wertgegenständen in den neuen bzw. renovierten Räumlichkeiten der Zahlungsabwicklungsstelle.

Unvermutete Prüfungen der dezentralen Erledigung der Zahlungsabwicklung bei folgenden 11 Einnahmekassen (grundsätzlich einmal jährlich, beim Bürgerbüro zweimonatlich):
Bauaufsicht, Baubetriebshof, Bücherei, Bürgerbüro, ERKA-Bad, Hallenbad Gerderath, Ordnungsamt Außendienst, Ordnungsamt Gewerbestelle, Ordnungsamt Standesamt, Ordnungsamt Straßenverkehrsangelegenheiten, Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing.

Prüfungsinhalte sind dabei die Ermittlung der Kassen-Ist-Bestände und der Kassen-Soll-Bestände sowie Vergleiche hinsichtlich ihrer Übereinstimmung, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Buchführung einschließlich der hierzu erforderlichen Belege mit Hilfe der Auswertung aus dem Kassenprogramm „KomCash“ (es kommt bei 6 Einnahmekassen zum Einsatz, 5 Einnahmekassen arbeiten mit

Papierdokumenten) und Infoma, wirtschaftliche und ordnungsmäßige Erledigung der Kassengeschäfte.

Vergabeprüfungen

Vorbeugende und begleitende Kontrollen sowohl bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen als auch bei Bauaufträgen mit den Schwerpunkten:

- Beachtung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- Überwachung der Einhaltung der Vergaberichtlinien,
- Beteiligung an Submissionsterminen (Anzahl: 34) incl. anschließender formaler Prüfung der Angebotsunterlagen,
- Überprüfung von etwa 680 Vergabeangelegenheiten mit entsprechenden Prüfvermerken bzw. Prüffeststellungen für folgende acht Ämter: Amt 10, 30, 40, 50/51, 60, 61, 63, 66 und 80, unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz, ggf. zusätzlich mit Sitzungsvorlagen bei Entscheidungen durch den Ausschuss,
- Prüfung von Schlussrechnungen über 5.000,00 € zuzügl. Umsatzsteuer (Anzahl: ca. 400),
- Prüfung von Schlussrechnungen bei Aufträgen zwischen 2.500,00 € bis 5.000,00 € zuzügl. Umsatzsteuer mit einer Auftragsüberschreitung (Anzahl: ca. 150)
- Prüfung von Rechnungen über 1.000,00 € zuzügl. Umsatzsteuer ohne vorherige Auftragseinbuchung (Anzahl. ca. 150)

Vorprüfungen für den Landesrechnungshof

Hier wurden in verschiedenen Bereichen Prüfungen für den Landesrechnungshof NRW wahrgenommen und die Ergebnisse für diesen in Bezug auf die zweckentsprechende Verwendung der eingesetzten Landesmittel dokumentiert. Zu Beginn des Folgejahres erhält der Landesrechnungshof NRW einen Bericht über das abgelaufene Arbeitsjahr.

- Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Fischereiabgabe,
- Mittel für Kriegsgräberpflege,
- Wohngeld,
- Wohnungsbaumittel nach dem Wohnungsbindungsgesetz,
- Unterhaltung der Übergangsheime für Spätaussiedler,
- Ersatz von Aufwendungen bei Lehrgängen von Feuerwehrleuten auf Landesebene

Sonderprüfungen

Einzelprüfungen in den verschiedenen Ämtern und Sachgebieten der Verwaltung sowie projektbezogene Überprüfungen fanden statt, zu Themen wie

- Prüfung der Wartungsverträge,
- Prüfung von Verrechnungen mit der allgemeinen Rücklage,
- Prüfung der Anlagen im Bau,
- Prüfung von staatlichen Zuwendungen für projektbezogene Maßnahmen.

- Prüfung des Verwaltungshandelns auf Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit,

Prüfung des sozialen Bereiches

Im Rahmen der Rechtsgrundlagen des Zwölften Sozialgesetzbuches sowie der hierzu ergangenen Weisungen des Trägers der Sozialhilfe (Kreis Heinsberg) sind schwerpunktmäßig folgende Bereiche betrachtet worden:

Prüfung des Abrechnungsverfahrens der Sozialhilfeleistungen (Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung; Hilfe zum Lebensunterhalt für diejenigen, die keine Leistungsansprüche nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch haben; Hilfen in besonderen Lebenslagen) sowie Ermittlung der Ein- und Auszahlungen einschließlich Überprüfung der monatlichen Abrechnungen mit dem örtlichen Träger, Prüfung von Einzelfallentscheidungen, Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfung an den Kreis Heinsberg, zusätzlich: Erteilung eines Untertestates an den Kreis Heinsberg im Zusammenhang mit den Grundsicherungsleistungen gem. § 7 Abs. 2 Ausführungsgesetz SGB XII NRW.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter wurden unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die Prüfung des Jahresabschlusses erfolgte bereits unterjährig während des laufenden Jahres 2014 und nach Zuleitung des zahlenmäßigen Abschlusses durch den Rat im Zeitraum vom 25.06.2015 bis 20.11.2015 mit Unterbrechungen.

Stichprobengestützte Prüfungen der Nachweise für die Bilanzierung und der Angaben im Lagebericht wurden vorgenommen. Angewandte Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze wurden auf ihre Einhaltung überprüft.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichtes waren die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie im Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurde auf der Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt. Die Örtliche Rechnungsprüfung hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauern so vorgenommen wurde, dass eine Stetigkeit für künftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet wird.

Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der Verbindlichkeiten hat sich die Örtliche Rechnungsprüfung in Stichproben überzeugt.

Die Rückstellungen wurden auf Vollständigkeit untersucht. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde durch eine stichprobenhafte Prüfung der Berechnungen vorgenommen.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

5 Feststellung und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

5.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Stadt Erkelenz bedient sich zur Führung der Bücher der elektronischen Datenverarbeitung. Die Datenverarbeitung erfolgt seit dem 01.01.2011 mit der Buchhaltungssoftware New System Kommunal, INFOMA welches die bis dahin eingesetzte Software „KIRP“ ersetzt. Das Testat für die Buchhaltungssoftware New System Kommunal, INFOMA wurde durch die Örtliche Rechnungsprüfung der Stadt Aachen ausgestellt und wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

Daneben befindet sich Verwaltungssoftware und PC-Standard-Software wie z.B. MS-EXCEL, MS-Qutlook, MS-Word etc. im Einsatz. Als Betriebssystem wurde Windows 7 eingesetzt.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF - Kontenrahmens erstellte und für den Jahresabschluss angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Schlussbilanz zum 31.12.2013 wurden richtig in das Berichtsjahr 2014 vorgetragen. Der Jahresabschluss 2014 wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und vom Kämmerer der Stadt Erkelenz aufgestellt.

Die Dienstanweisung für die Finanzbuchhaltung der Stadt Erkelenz, zuletzt geändert am 20.11.2013, regelt die vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Die Örtliche Rechnungsprüfung prüft laufend unterjährig die Einhaltung dieser Dienstanweisung. Des Weiteren wurde eine zusätzliche Überprüfung der Buchungsbelege im Rahmen der Jahresabschlussprüfung stichprobenartig durchgeführt. Dies hat zu keinerlei wesentlichen Beanstandungen geführt.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände und die Nachweise zum Kapital, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Die von der Stadt Erkelenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen sind geeignet, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten. Die Buchführung und die weiteren geprüften

Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Örtlichen Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

5.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet.

Für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Die Investitionen wurden entsprechend einzeln in der Teilfinanzrechnung ausgewiesen.

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO NRW die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Erkelenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die mit Hilfe der Prüfsoftware erstellte Bilanz für den Jahresabschluss 2014 stimmt mit der Bilanz des Jahresabschlusses der Stadt Erkelenz 2014 überein.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses hat die Örtliche Rechnungsprüfung keine Umbuchungs- oder Umgliederungsvorschläge gemacht.

Die Örtliche Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31.12.2014 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen aufgestellt worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

5.3 Lagebericht

Gem. § 48 der GemHVO ist der Lagebericht so zu fassen, das ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten.

Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt zu enthalten.

In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO NRW, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt sind einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden.

Auch ist auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zugrunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Gem. der Handreichung für Kommunen des Innenministers für das Land NRW (6. Auflage) muss der gemeindliche Lagebericht als eigenständiges Instrument innerhalb des Jahresabschlusses, die Sicht der Gemeindeführung (Bürgermeister, Kämmerer und Verwaltungsvorstand) wiederspiegeln.

Auf Initiative der Örtlichen Rechnungsprüfung wurde der Bürgermeister am 16.03.2015 aufgefordert, den bisher vom Kämmerer verfassten Lagebericht um die Chancen- und Risikoeinschätzung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz durch eine Einschätzung durch den Verwaltungsvorstand zu ergänzen.

Anhand der vom Verwaltungsvorstand erstmals im Lagebericht 2014 aufgeführten Risikobereiche wird deutlich, dass es nicht zu unterschätzende Risiken für den laufenden und die folgenden städtischen Haushalte gibt.

Die Örtliche Rechnungsprüfung regt an, ein Risikomanagement zu installieren und die im Lagebericht zitierten Risiken weiterhin kritisch zu beobachten, um ggf. rechtzeitig tätig zu werden. Dazu ist es notwendig, die Risiken zunächst zu erkennen und nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß zu bewerten. Risikomanagement ist Aufgabe des Behördenleiters.

Abschließende Einschätzung der Örtlichen Rechnungsprüfung:
Der Lagebericht 2014 entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften und ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht;
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt;
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 48 GemHVO NRW erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Der Örtlichen Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

5.4 Anhang

Der Anhang enthält die nach § 44 GemHVO NRW erforderlichen Angaben zu den einzelnen Posten der Bilanz und gibt sonstige Pflichtangaben richtig und vollständig wieder. Die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden werden allgemein angegeben. Die Positionen der Ergebnisrechnung und die in der Finanzrechnung nachzuweisenden Einzahlungen und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit wurden erläutert. Dem Anhang ist ein Anlagenspiegel, ein Forderungsspiegel und ein Verbindlichkeitenspiegel nach den §§ 45 bis 47 GemHVO NRW beizufügen.

5.5 Anlagenspiegel

Der nach § 45 GemHVO NRW beizufügende Anlagenspiegel entspricht in der Form dem vom Innenministerium per Runderlass vom 24.02.2005 vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW, Anlage 23). Im Anlagenspiegel wird die gesetzlich geforderte Entwicklung der Posten des Anlagevermögens vollständig und richtig dargestellt.

5.6 Forderungsspiegel

Der nach § 46 GemHVO NRW beizufügende Forderungsspiegel entspricht in der Form dem vom Innenministerium per Runderlass vom 24.02.2005 vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW, Anlage 24). Der Forderungsspiegel enthält alle öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen unterteilt nach der jeweiligen Restlaufzeit und entspricht damit den gesetzlichen Forderungen.

5.7 Verbindlichkeitenspiegel

Der nach § 47 GemHVO NRW beizufügende Verbindlichkeitenspiegel entspricht in der Form dem vom Innenministerium per Runderlass vom 24.02.2005 vorgegebenen Muster (VV Muster zur GO NRW und GemHVO NRW, Anlage 25). Der Verbindlichkeitenspiegel enthält die gesetzlich geforderte Aufstellung aller bilanzierungspflichtigen Verbindlichkeiten. Sie sind entsprechend ihrer Restlaufzeit unterteilt. Nachrichtlich angegeben wurden die Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Ausfallbürgschaften.

5.8 Rückstellungsspiegel

Ein Rückstellungsspiegel ist gesetzlich nicht gefordert. Ein Rückstellungsspiegel trägt zur Übersichtlichkeit der in der gemeindlichen Bilanz angesetzten Rückstellungen bei, denn er macht die einzelnen Wertansätze transparent und nachvollziehbar. Das Schema des Rückstellungsspiegels kann die Gemeinde auf ihre örtlichen Bedürfnisse übertragen und ausgestalten (S. 3550 der 6. Auflage der Handreichung

des Innenministers NRW). Davon hat der Kämmerer Gebrauch gemacht. Der Rückstellungsspiegel ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

5.9 Übersicht über die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände

Die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurde auf der Grundlage der vom Innenministerium bekannt gegebenen Abschreibungstabelle unter Berücksichtigung der tatsächlichen örtlichen Verhältnisse erstellt. Die Örtliche Rechnungsprüfung hat sich davon überzeugt, dass die Bestimmung der Nutzungsdauern entsprechend vorgenommen wurde.

6 Feststellungen und Erläuterungen zur Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft

6.1 Haushaltswirtschaftliche Organisation

Die Gemeindeordnung NRW, die Hauptsatzung sowie die als Satzung beschlossene Zuständigkeitsordnung regeln die Zuständigkeitsverteilung zwischen Rat, Ausschüssen und Bürgermeister. Zur Geschäftsführung von Rat und Ausschüssen hat der Rat eine Geschäftsordnung erlassen.

Rat und Ausschüsse tagen regelmäßig. Gefasste Beschlüsse werden jeweils in einer Niederschrift aufgenommen. Die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse werden vom Bürgermeister vorbereitet und ausgeführt. Der Bürgermeister unterrichtet den Rat über alle wichtigen Angelegenheiten.

Rat und Ausschüsse überwachen die Durchführung ihrer Beschlüsse. In der Verwaltung bestehen ein Dezernatsverteilungsplan, ein Organisations- und Geschäftsverteilungsplan sowie diverse Dienst- und Geschäftsanweisungen. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen der Stadt.

6.2 Haushaltswirtschaftliche Grundsätze

Die Haushaltsgrundsätze (Vollständigkeit, Wirtschaftlichkeit, Haushaltswahrheit und -klarheit, Finanzmittelbeschaffung) wurden beachtet. Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung entspricht den geltenden Vorschriften. Planabweichungen werden systematisch untersucht. Haushaltsatzung und Haushaltsplan enthalten alle erforderlichen Angaben, ihre Form entspricht den gesetzlichen Vorgaben.

Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) wurden im Haushaltsjahr 2014 für zwei Zeiträume aufgenommen. Zum einen für die Zeit vom 31.01.-17.02.2014 zum anderen für die Zeit vom 31.03.-30.04.2014. Die Kassenkredite wurden von der städtischen Tochter der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE) zur Verfügung gestellt.

Die Haushaltssatzung 2014 sah einen festgelegten Höchstbetrag bis zu 12.000.000,00 € vor, der nicht überschritten wurde.

6.3 Haushaltswirtschaftliche Lage

Ungewöhnliche Kennzahlen zur Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage sowie ungewöhnliche Bilanzposten liegen nicht vor.

Zum 31.12.2014 beträgt die Eigenkapitalquote 1 = 49,16 %, (Vorjahr 49,79%), die Eigenkapitalquote 2 (Eigenkapital + Sonderposten) = 79,60% (Vorjahr 78,81%).

Die ordentlichen Erträge haben die ordentlichen Aufwendungen nicht decken können. Die mittelfristige Ergebnisplanung zeigt auf, dass bis einschließlich 2019 voraussichtlich kein Jahresüberschuss erwirtschaftet werden kann.

Erfreulich ist die Entwicklung der Verbindlichkeiten. Der Stand der Verbindlichkeiten konnte seit dem Jahr 2009 weiterhin reduziert werden. Zur besseren Darstellung wird auf die folgende Tabelle verwiesen:

	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom öffentlichen Bereich	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von Banken und Kreditinstituten	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen von übirgen Kreditgebern	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditäts-sicherung	Verbindlichkeiten aus Lieferung u. Leistungen	Verbindlichkeiten aus Tranferleistungen	Sonstige Verbindlichkeiten	Erhaltene Anzahlungen	Summe Verbindlichkeiten
2009	1.023.463,18 €	8.692.093,06 €	16.095.486,84 €		1.072.456,81 €	958.459,93 €	15.156.189,68 €		42.998.149,50 €
2010	975.859,86 €	8.393.188,58 €	14.844.841,15 €		1.048.507,67 €	149.818,07 €	14.959.937,74 €		40.372.153,07 €
2011	928.256,54 €	10.079.139,60 €	11.610.605,72 €		831.074,17 €	248.727,98 €	12.313.260,30 €		36.011.064,31 €
2012	880.653,22 €	9.733.309,54 €	10.436.486,17 €		861.408,45 €	752.511,50 €	5.124.961,70 €		27.789.330,58 €
2013	2.833.049,90 €	9.370.181,34 €	9.396.807,84 €		1.046.533,25 €	658.344,71 €	3.237.687,01 €		26.542.604,05 €
2014	2.722.946,58 €	17.520.732,36 €	*		953.610,90 €	266.376,71 €	233.555,08 €	1.040.529,88 €	22.737.751,51 €
			* Änderung der Darstellung im Muster für den Verbindlichkeitenspiegel, daher Ausweis in Vorspalte						

Im Anhang zum Jahresabschluss 2014 wird erläutert, dass die Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt sind. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Eine gesonderte Position bei den Verbindlichkeiten nehmen die erhaltenen Anzahlungen ein, in die noch nicht verbrauchte und für investive Zwecke gebundenen Zuwendungen einzubuchen sind, bis das geförderte Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist. Sobald das entsprechende Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist, werden die erhaltenen Anzahlungen in die Sonderposten umgebucht. Bis 2013 wurden diese „erhaltenen Anzahlungen“ im Bilanzposten „sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

7 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

7.1 Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

Bei der Stadt Erkelenz wurde zum 01.01.2007 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt, so dass seit diesem Zeitpunkt alle Geschäftsvorfälle nach dem System der doppelten Buchführung (Doppik) erfasst werden. Daraus ergibt sich auch die Verpflichtung, zum Ende eines jeden Haushaltsjahres eine Bilanz aufzustellen.

Die Bilanz der Stadt Erkelenz zum 31.12.2014 schließt mit einer Bilanzsumme von 409.882.181,06 € ab. Zusammengefasst stellt sich die Bilanz 2014 der Stadt Erkelenz vergleichsweise wie folgt dar:

Aktiva	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Differenz Vorjahr
Anlagevermögen	392.287.936,06 €	390.433.939,77 €	382.716.147,38 €	383.395.893,65 €	679.746,27 €
Umlaufvermögen	15.491.679,35 €	13.213.894,79 €	20.334.149,75 €	22.326.242,96 €	1.992.093,21 €
Aktive Rechnungs-abgrenzungsposten	3.668.193,67 €	4.139.765,77 €	4.218.705,31 €	4.160.044,45 €	-58.660,86 €
Summe	411.447.809,08 €	407.787.600,33 €	407.269.002,44 €	409.882.181,06 €	2.613.178,62 €

Passiva	31.12.2011	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Differenz
Eigenkapital	206.726.232,37 €	203.646.952,58 €	202.796.411,03 €	201.511.967,81 €	-1.284.443,22 €
Sonderposten	115.443.487,81 €	119.800.446,89 €	119.118.728,85 €	125.636.779,08 €	6.518.050,23 €
Rückstellungen	45.600.832,77 €	48.158.398,60 €	50.346.680,02 €	50.998.136,35 €	651.456,33 €
Verbindlichkeiten	36.011.064,31 €	27.789.330,58 €	26.542.604,05 €	22.737.751,51 €	-3.804.852,54 €
Passive Rechnungs-abgrenzungsposten	7.666.191,82 €	8.392.471,68 €	8.464.578,49 €	8.997.546,31 €	532.967,82 €
Summe	411.447.809,08 €	407.787.600,33 €	407.269.002,44 €	409.882.181,06 €	2.613.178,62 €

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der Örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen in NRW ein NKF-Kennzahlenset erarbeitet worden.

Dieses Kennzahlenset macht eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Gemeinde nach einheitlichen Kriterien möglich, auch wenn dies durch unterschiedliche Stellen vorgenommen wird. Bei den Betrachtungen bietet es sich an, die Kennzahlen mit Hilfe von Zeitreihen zu bewerten. Zur besseren Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage hat die Örtliche Rechnungsprüfung wesentliche betriebswirtschaftliche Kennzahlen und ausgewählte Eckdaten im folgenden Überblick erfasst.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die Kennzahlen „Eigenkapitalquote 1“ und „Eigenkapitalquote 2“ seit der Einführung des NKF im Jahr 2007 betrachtet. Diese Kennzahlen analysieren die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation.

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsindikator sein.

Eigenkapitalquote 1 =

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{201.511.967{,}81\ € \times 100}{409.882.181{,}06\ €} = \mathbf{49{,}16\ \%}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 4 GemHVO NRW zu erfassen.

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.

Eigenkapitalquote 2 =

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sopo Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} =$$

$$\frac{(201.511.967{,}81\ € + 88.378.335{,}45\ € + 36.370.689{,}01\ €) \times 100}{409.882.181{,}06\ €} = \mathbf{79{,}60\%}$$

Ermittlung der Kennzahl:

Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sopo Zuwendungen/ Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 2.1 und 2.2 GemHVO NRW zu erfassen. Unter der Wertgröße „Bilanzsumme“ ist die Summe der Passivseite der Bilanz nach § 41 Abs. 4 GemHVO NRW zu erfassen.

Eigenkapital-quote	2007	2008	2009	2010	2011	2012	**2013**	**2014**	IKVS Vergleich 2014
1	52,50%	52,42%	51,96%	51,40%	50,24%	49,94%	**49,79%**	**49,16%**	39,03%
2	79,50%	78,80%	77,54%	77,69%	77,94%	79,02%	**78,81%**	**79,60%**	69,53%

Sowohl die „Eigenkapitalquote 1“ als auch die „Eigenkapitalquote 2“ liegen im interkommunalen Vergleich damit erfreulicherweise weit über den Durchschnittswerten.

Die Ergebnisse des Interkommunalen Vergleichsportals (IKVS) basieren auf den Daten von 14 kreisangehörige Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Größenordnung 40.000 – 50.000 Einwohner.

Erstmals mit dem Jahresabschluss 2014 wurden neben den oben genannten Kennzahlen weitere Kennzahlen in den Jahresabschluss mit aufgenommen:

Dies sind im Einzelnen:

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität AbI“ ist im Analysebereich „Kennzahl zur Vermögenslage“ angesiedelt und gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Abschreibungsintensität (AbI) =

Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen ×100 =
Ordentliche Aufwendungen

7.224.979,65 € x 100 = **8,04 %**
89.895.674,46 €

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen“ sind die Aufwendungen nach § 38 Abs. 1 S. 3 GemHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen, die in einem unmittelbaren Bezug zum Anlagevermögen der Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO stehen. Diese Werte sind dem Anlagespiegel nach § 45 GemHVO zu entnehmen.

Die Kennzahl Anlagedeckungsgrad 1 (AnD1) gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital gedeckt ist. Langfristiges Vermögen soll auch langfristig finanziert sein.

Anlagendeckungsgrad 1 =

Eigenkapital ×100 = 201.511.967,81 € x 100 = **52,56 %**
Anlagevermögen 383.395.893,65 €

Die Kennzahl Anlagedeckungsgrad 2 (AnD2) gibt an, wieviel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Anlagendeckungsgrad 2 =

Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge + Langfristiges Fremdkaptial ×100 =
Anlagevermögen

(201.511.967,81 € + 88.378.335,45 € + 36.370.689,01 € + 12.388.150,93 € + 37.517.750,00 €) x 100
= 383.395.893,65 €

= 98,11 %

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Eigenkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Sonderposten Zuwendungen /Beiträge“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 2.1 u. 2.2 GemHVO zu erfassen. Unter der Wertgröße „Langfristiges Fremdkapital“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 4 Nrn. 3.1, 3.2 und 4 GemHVO zu erfassen.
Die langfristigen Verbindlichkeiten nach § 41 Abs. 4 Nr. 4 GemHVO müssen eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren haben und sind dem Verbindlichkeitenspiegel nach § 47 GemHVO zu entnehmen. Unter der Wertgröße „Anlagevermögen“ sind die Ansätze der Bilanzposten nach § 41 Abs. 3 Nr. 1 GemHVO zu erfassen.

Die Kennzahl Zinslastquote (ZlQ) zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Zinslastquote =

Finanzaufwendungen ×100 =
Ordentliche Aufwendungen

987.644,28 € + x 100 = **1,10 %**
89.895.674,46 €

Ermittlung der Kennzahl:
Unter der Wertgröße „Finanzaufwendungen“ sind die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 17 GemHVO (Ergebnisplan) bzw. § 38 Abs. 1 Satz 3 GemHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.
Unter der Wertgröße „ Ordentliche Aufwendungen sind die Aufwendungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 bis 15 GemHVO (Ergebnisplan) bzw. § 38 Abs. 1 Satz 3 GemHVO (Ergebnisrechnung) zu erfassen.

Die Netto-Steuerquote (NSQ) gibt an, zu welchen Teilen sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist.
Da dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutscher Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

Netto-Steuerquote =

(Steuererträge – GewSt.Umlage – Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit) ×100 =
Ordentliche Erträge – GewSt.Umlage - Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit

(49.399.159,46 € - 1.712.097,75 € – 1.663.180,67 €) x 100 **= 56,53 %**
84.785.317,94 € - 1.712.097,75 € - 1.663.180,67 €

Zusammenfassende Aufstellung der Bilanzkennzahlen:

Bilanzkennzahl	2013	2014
Abschreibungsintensität (AbI)	8,45%	8,04%
Anlagendeckungsgrad 1 (AnD1)	52,99%	52,56%
Anlagendeckungsgrad 2 (AndD2)	96,84%	98,11%
Zinslastqoute (ZIQ)	1,14%	1,10%
Netto-Steuer-Qoute (NSQ)	53,74%	56,53%

7.2 Wesentliche sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Im Berichtsjahr waren keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

7.3 Vermögensstruktur der Bilanz (Aktiva)

Der Schwerpunkt auf der Vermögensseite der Bilanz (Aktiva) liegt mit 383.395.893,65 € (31.12.2014 = 382.716.147,38 €) beim Anlagevermögen. Zum 31.12.2014 liegt eine Reduzierung des Anlagevermögens im Vergleich zum 31.12.2013 um 679.746,26 € (-0,18%) vor (s. Anlagespiegel).

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 1.992.093,21 € von 20.334.149,75 € auf 22.326.242,96 €.
Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt am 31.12.2014 4.160.044,45 € (Vorjahr 4.218.705,31 €).

Die Prüfung ergab, dass im Anhang die wesentlichen Bilanzpositionen der Aktivseite ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

7.4 Kapitalstruktur/Finanzierung der Bilanz (Passiva)

Die Passivseite gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen finanziert wurde; hier erkennt man also die Mittelherkunft. Die anteilige Zusammensetzung des Kapitals aus Eigenkapital und Fremdkapital ist von besonderer Bedeutung. Ein hoher Eigenkapitalanteil wirkt sich vorteilhaft aus. Er verbessert in der Privatwirtschaft die Kreditwürdigkeit und gewährt finanzielle Unabhängigkeit. Ein hoher Fremdkapitalanteil verursacht hohe Zinsaufwendungen, die den Ergebnisplan belasten. Darüber hinaus ist die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes von der Entwicklung des Eigenkapitals abhängig.

An erster Stelle steht auf der Passivseite das Eigenkapital (saldiert) mit 201.511.967,81€ (31.12.2013 = 202.796.411,03 €). Davon entfällt auf die Ausgleichsrücklage ein Bestand von 10.892.068,36 €. Nach dem noch gemäß § 96 Abs. 1 Satz 2 GO NRW zu fassenden Beschluss des Rates über die Behandlung des Jahresfehlbetrages in Höhe von 418.248,95 € wird die Ausgleichrücklage dann 10.473.819,41 € betragen.

Entwicklung des Eigenkapitals:

	Allgemeine Rücklage	Sonderrücklage	**Ausgleichsrücklage**	Jahresüberschuss / -fehlbetrag	Summe Eigenkapital
2007	186.945.557,30 €	1.450.352,02 €	14.705.653,00 €	3.405.053,67 €	206.506.615,99 €
2008	191.618.001,27 €	1.601.643,66 €	14.705.653,00 €	2.748.703,34 €	210.674.001,27 €
2009	194.458.339,41 €	1.579.622,34 €	14.705.653,00 €	1.668.968,80 €	212.412.583,55 €
2010	198.359.406,10 €	1.593.293,91 €	14.705.653,00 €	-2.336.460,55 €	212.321.892,46 €
2011	198.359.406,10 €	1.606.244,55 €	12.369.192,45 €	-5.608.610,73 €	206.726.232,37 €
2012	198.359.406,10 €	1.637.424,56 €	6.760.581,72 €	-3.110.459,80 €	203.646.952,58 €
2013	190.277.261,11 €	1.627.081,56 €	11.472.847,73 €	-580.779,37 €	202.796.411,03 €
2014	189.406.577,58 €	1.631.570,82 €	10.892.068,36 €	-418.248,95 €	201.511.967,81 €

Die Verbindlichkeiten konnten weiter von bisher 26.542.604,05 € auf 22.737.751,51 reduziert werden.

Die Prüfung ergab, dass im Anhang die wesentlichen Bilanzpositionen der Passivseite ordnungsgemäß dargestellt und erläutert werden.

8 Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes der Örtlichen Rechnungsprüfung

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Örtliche Rechnungsprüfung dem als Anlage beigefügten Jahresabschluss 2014 der Stadt Erkelenz und dem ebenfalls beigefügten Lagebericht den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Bestätigung der Örtlichen Rechnungsprüfung

„Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss 2014, bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht der Stadt Erkelenz unterjährig im Jahr 2014 und den zahlenmäßigen Abschluss in der Zeit vom 25.06.2015 bis 20.11.2015 geprüft.

Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz. Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss einschließlich Anhang unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach den Vorschriften des § 101 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze

ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Als Arbeitsgrundlage diente der VERPA-Prüferarbeitsplatz.

Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss einschließlich Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Erkelenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses einschließlich Anhang und Lagebericht. Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die vorgenommene Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Örtlichen Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Erkelenz. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Erkelenz, den 20.11.2015

Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt dem Rechnungsprüfungsausschuss sich den Prüfbericht und den Bestätigungsvermerk zu Eigen zu machen. Der Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses ist gemäß § 101 Abs. 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen.

Erkelenz, den 20.11.2015

Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

9 Bestätigungsvermerk

„Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss 2014, bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht der Stadt Erkelenz unterjährig im Jahr 2014 und den zahlenmäßigen Abschluss in der Zeit vom 25.06.2015 bis 20.11.2015 geprüft.

Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz. Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss einschließlich Anhang unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach den Vorschriften des § 101 GO NRW und in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Als Arbeitsgrundlage diente der VERPA-Prüferarbeitsplatz.

Die Prüfung ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss einschließlich Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Erkelenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände sowie Anhang und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters der Stadt Erkelenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses einschließlich Anhang und Lagebericht. Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die vorgenommene Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Örtlichen Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Erkelenz. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und vermittelt insgesamt ein

zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Erkelenz und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar."

Erkelenz, den 03.12.2015

H.-J. Paffen
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

10 Anlagen zum Prüfbericht

Anlage 1	Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2014
Anlage 2	Anhang incl. Anlagen-, Forderungs-, Verbindlichkeiten- und Rückstellungsspiegel
Anlage 3	Lagebericht

Anlage 1

Jahresabschluss (Bilanz) zum 31.12.2014

Bilanz zum 31.12.2014

Bezeichnung	31.12.2014	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2014	Vorjahres-zahlen
AKTIVA			PASSIVA		
1. Anlagevermögen			1. Eigenkapital		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	84.148,90	107.230,03	1.1 Allgemeine Rücklage	189.406.577,58	190.277.261,11
1.2 Sachanlagen			1.2 Sonderrücklage	1.631.570,82	1.627.081,56
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. gr.stücksgl. Rechte			1.3 Ausgleichsrücklage	10.892.068,36	11.472.847,73
1.2.1.1 Grünflächen	55.407.275,65	54.856.538,71	1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-418.248,95	-580.779,37
1.2.1.2 Ackerland	1.510.216,01	2.035.189,22	Summe Eigenkapital	201.511.967,81	202.796.411,03
1.2.1.3 Wald, Forsten	546.468,87	546.468,87	2. Sonderposten		
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.247.256,59	3.247.256,29	2.1 für Zuwendungen	88.378.335,45	80.324.644,62
Summe unbebaute Grundstücke	60.711.217,12	60.685.453,09	2.2 für Beiträge	36.370.689,01	37.833.428,08
1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgl. Rechte			2.3 für den Gebührenausgleich	662.542,38	736.413,16
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.114.788,35	7.502.995,39	2.4 Sonstige Sonderposten	225.212,24	224.242,99
1.2.2.2 Schulen	61.953.475,92	60.482.384,15	Summe Sonderposten	125.636.779,08	119.118.728,85
1.2.2.3 Wohnbauten	1.982.345,60	3.333.001,24	3. Rückstellungen		
1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Gesch.- u.a. Betriebsgeb.	45.549.630,56	46.557.346,95	3.1 Pensionsrückstellungen	37.517.750,00	35.799.084,00
Summe Bebaute Grundstücke u. grundstücksgl. Rechte	117.600.240,43	117.875.727,73	3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten		
1.2.3 Infrastrukturvermögen			3.3 Instandhaltungsrückstellung.	4.765.985,91	4.954.707,74
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	27.050.785,94	25.525.665,98	3.4 Sonstige Rückstellungen	8.714.400,44	9.592.888,28
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	791.592,32	821.772,21	Summe Rückstellungen	50.998.136,35	50.346.680,02
1.2.3.3 Gleisanl. m. Streckenausr. u.Sicherh.anl.			4. Verbindlichkeiten		
1.2.3.4 Entwässerungs- u. Abwasserbeseitigungsanlag.	1.824.442,81	1.876.187,62	4.1 Anleihen		
1.2.3.5 Straßennetz m. Wegen, Plätzen, Verk.anl.	74.225.668,30	72.215.852,36	4.2 Verbindlichkeiten a. Krediten f. Investitionen		
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.847,22	2.252,97	4.2.1 von verbundenen Unternehmen		
Summe Infrastrukturvermögen	103.894.336,59	100.441.731,14	4.2.2 von Beteiligungen		
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	995.539,08	1.052.905,96	4.2.3 von Sondervermögen		
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	45.365,80	45.365,80	4.2.4 vom öffentlichen Bereich	2.722.946,58	2.833.049,90
1.2.6 Maschinen und techn. Anlagen, Fahrzeuge	2.056.278,97	1.988.073,43	4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	17.520.732,36	18.766.989,18
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.201.891,53	4.082.812,06	Summe Verbindlichk. a. Krediten f. Investitionen	20.243.678,94	21.600.039,08
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.461.153,17	7.095.615,34	4.3 Verbindl. a. Krediten z. Liquiditätssicherung		
Summe Sachanlagen	293.966.022,69	293.267.684,55	4.4 Verbindl. a.Vorg., die Kreditaufn. gleichkommen		
1.3 Finanzanlagen			4.5 Verbindl. aus Lieferung und Leistungen	953.610,90	1.046.533,25

Bezeichnung	31.12.2014	Vorjahres-zahlen	Bezeichnung	31.12.2014	Vorjahres-zahlen
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	4.675.365,56	4.6 Verbindl. aus Transferleistungen	266.376,71	658.344,71
1.3.2 Beteiligungen	2.622.364,13	990.793,31	4.7 Sonstige Verbindlichk.	233.555,08	3.237.687,01
1.3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	37.421.530,74	4.8 Erhaltene Anzahlungen	1.040.529,88	0,00*
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	234.206,43	234.206,43	Summe Verbindlichkeiten	22.737.751,51	26.542.604,05
1.3.5 Ausleihungen					
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	46.019.336,76	46.019.336,76	5. Passive Rechnungsabgrenzung	8.997.546,31	8.464.578,49
1.3.5.2 an Beteiligungen			SUMME PASSIVA	409.882.181,06	407.269.002,44
1.3.5.3 an Sondervermögen					
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen					
Summe Anlagevermögen	383.395.893,65	382.716.147,38			
2. Umlaufvermögen					
2.1 Vorräte					
2.1.1 Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe, Waren					
2.1.2 Geleistete Anzahlungen					
2.2 Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände					
2.2.1 Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.					
2.2.1.1 Gebühren	504.028,27	492.733,08			
2.2.1.2 Beiträge	257.982,03	388.644,32			
2.2.1.3 Steuern	7.188.609,72	7.740.284,70			
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	447.994,83	519.046,58			
2.2.1.5 Sonstige öff. rechtl. Forderungen	2.440.658,34	3.095.454,86			
Summe Öff.rechtl. Ford. u. Ford. aus Transferlstg.	10.839.273,19	12.236.163,54			
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen					
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	792.968,69	825.945,82			
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich					
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen					
2.2.2.4 gegen Beteiligungen					
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	2.789.746,85	2.937.642,53			
Summe Privatrechtliche Forderungen	3.582.715,54	3.763.588,35			
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	1.534.483,12	1.293.833,31			
Summe Forderungen u. sonst. Vermögensgegenstände	15.956.471,85	17.293.585,20			
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens					
2.4 Liquide Mittel	6.369.771,11	3.040.564,55			
Summe Umlaufvermögen	22.326.242,96	20.334.149,75			
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	4.160.044,45	4.218.705,31	*In der 2013er-Bilanz wurden die „Erhaltenen Anzahlungen“ noch bei den „Sonstigen Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.		
SUMME AKTIVA	409.882.181,06	407.269.002,44			

Anlage 2

Anhang

Anlagenspiegel

Forderungsspiegel

Verbindlichkeitenspiegel

Rückstellungsspiegel

Stadt Erkelenz

Anhang

für das Haushaltsjahr 2014

A. Vorbemerkungen

Nach der Einführung eines an den kaufmännischen Grundsätzen der Privatwirtschaft ausgerichteten öffentlichen Rechnungswesens ab dem Haushaltsjahr 2007 in der Stadt Erkelenz und der damit verbundenen Erstellung einer (ersten) Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 ist dies bereits der achte Jahresabschluss nach den Regeln des Neuen Kommunalen Finanzmanagements. Zum 01.01.2007 wurden die vorhandenen Aktiv- und Passivposten (Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten) erstmals vollständig erfasst und bewertet. Bei der Erfassung und Bewertung von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten kamen die einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften zur Anwendung. Die Sonderbestimmung des § 57 der Gemeindehaushaltsverordnung zur Korrektur von fehlerhaften Wertansätzen in der Eröffnungsbilanz durfte bis einschließlich zum Jahresabschluss 2010 angewandt werden. Am 28.09.2012 trat das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) in Kraft, dessen Regelungsinhalte in Erkelenz grundsätzlich erst ab 2013 zur Anwendung kamen. Lediglich die Option zur Aufstockung der Ausgleichsrücklage mit den Jahresüberschüssen aus den Jahren 2007 bis 2009 wurde im Rahmen der Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2012 durch den Rat bereits für das Jahr 2012 gezogen.

B. Angaben zum Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2014

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanz enthält sämtliche **Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten**. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und überwiegend einzeln bewertet worden. Sämtliche bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt gewordenen Risiken, die am Bilanzstichtag bereits vorlagen, wurden aufgenommen. Die in der Eröffnungsbilanz angesetzten Werte nach Wiederbeschaffungszeitwert gelten für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Das ab 2007 erworbene Sach- und Umlaufvermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

1. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden.

2. Die Bewertung der **Finanzanlagen** erfolgte zu Anschaffungskosten.

3. Die **öffentlich-rechtlichen Forderungen und die Forderungen aus Transferleistungen, die privatrechtlichen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 2 beigefügten Forderungsspiegel ersichtlich.

4. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

5. Die **Sonderposten** beinhalten vereinnahmte Investitionspauschalen und zweckgebundene Zuwendungen sowie vereinnahmte Beiträge. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

6. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt geworden sind und bereits am Bilanzstichtag vorlagen, gebildet. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 4 beigefügten Rückstellungsspiegel ersichtlich.

7. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden am Bilanzstichtag nicht. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen.

8. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

1. Die **Entwicklung des Anlagevermögens** ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2014 (Anlage 1 zum Anhang). Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden (siehe Erläuterungen zu „B. Nr.1“). Die Festlegung der Nutzungsdauern orientiert sich an den Abschreibungssätzen der Stadt Erkelenz. Grundlage hierfür ist die vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

   Gem. § 28 Abs. 1 Satz 3 GemHVO wurde im zurückliegenden Geschäftsjahr eine Wiederholungsinventur durchgeführt. Es wurde eine mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme aller beweglichen Vermögensteile des Anlagevermögens durchgeführt.
   Im Rahmen der Inventur sind durch Abgänge bei den beweglichen Sachen des Anlagevermögens Aufwendungen in Höhe von T€ 9 (Schulen T€ 7, übrige Bereiche T€ 2) entstanden.
   Darüber hinaus wurde gem. § 34 Abs. 1 GemHVO eine körperliche Inventur der Festwerte vorgenommen. Festwerte werden aus Vereinfachungsgründen in einzelnen Bereichen der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 50 % der Anschaffungskosten gebildet. Im Jahresabschluss 2014 werden die Festwerte mit insgesamt T€ 918 (Schulbereich T€ 493, Kindergärten T€ 272, Feuerwehr T€ 131, Mehrzweckhallen T€ 22) berücksichtigt. Durch den Abgang von Festwerten sind Aufwendungen in Höhe von T€ 106 (Schulen T€ 34, Kindergärten T€ 72) und Verluste aus Wertminderungen in Höhe von T€ 9 entstanden. Erträge aus Wertanpassungen schlagen mit insgesamt T€ 12 zu Buche.

   Der Wert der Anlagen im Bau beträgt zum 31.12.2014 insgesamt T€ 4.461. Nachfolgend werden die Anlagen im Bau, deren Wert T€ 100 übersteigt, aufgeführt:

E12010046	Baugebiet Schulring	T€ 106
E12010049	GIPCO II westlicher Teil	T€ 316
E12018001	Immerath, Umsiedlungsstandort	T€ 1.944
E12018002	Borschemich, Umsiedlungsstandort	T€ 1.497
S08010001	Sportanlagen Borschemich (neu)	T€ 306

   Vom Wahlrecht gem. § 33 Abs. 4 GemHVO wurde Gebrauch gemacht. So werden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410 € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen als geringwertige Vermögensgegenstände erfasst und im laufenden Haushaltsjahr unmittelbar als Aufwand gebucht. Vermögensgegenstände unter 60 € ohne Umsatzsteuer werden unmittelbar als Aufwand verbucht.

2. Die **Anteile an verbundene Unternehmen** bestehen aus:

   - alleiniger Gesellschafter der Kultur GmbH
     Die Bewertung der Kultur GmbH in Höhe von T€ 177 erfolgte in Abstimmung mit einem Wirtschaftsprüfer anhand der vorhandenen Sachwerte.
   - alleiniger Gesellschafter an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH
     Die Bewertung (T€ 26) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.
   - Kommanditistin an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG (GEE)
     Die Bewertung (T€ 2.845) erfolgte nach dem Ertragswertverfahren.

3. Die **Beteiligungen** betreffen:

   - Gesellschafteranteil von 4,125 % an den Kreiswerken Heinsberg
     Die Anteile der Stadt Erkelenz an den Kreiswerken Heinsberg werden zwar als Beteiligung i.S.v. § 271 HGB qualifiziert. Da jedoch diese Beteiligung aufgrund der geringen Bedeutung nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen ist (§ 116 GO), wird die Beteiligung gem. § 55 Abs. 6 Satz 2 GemHVO mit dem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt (965 T€).
   - Gesellschafteranteil von 10 % an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG)
     Es erfolgte eine vereinfachte Bewertung gem. § 55 Abs. 6 Satz 2 GemHVO, da der Anteil der Stadt Erkelenz an der Wirtschaftsförderung für den Kreis Heinsberg für den Kreis Heinsberg eine Beteiligung darstellt, die nach § 116 Abs. 3 GO nicht in den Gesamtabschluss einbezogen und mit ihrem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt werden kann. So wird der Gesellschafteranteil von 10,87 % (T€ 26) in die Bilanz eingestellt.
   - Walter und Elfriede Meyer-Stiftung
     Die Walter und Elfriede Meyer-Stiftung stellt eine ausgegliederte Vermögensmasse der Stadt Erkelenz dar (T€ 1.632). Das Stiftungsrecht lässt es nicht zu, dass die Stadt Stiftungsvermögen für ihre Zwecke in Anspruch nehmen kann. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite der Bilanz folgt. Gemäß Vermögensrechnung 2014 erfolgte eine Erhöhung in Höhe von T€ 5. Bis zum 31.12.2013 wurde dieser Posten unter der Bilanzposition „Anteile an verbundenen Unternehmen“ geführt. Der kommunale Kontierungsplan schreibt jedoch einen Ausweis als „Beteiligung“ vor.

4. Als **Sondervermögen** wurde der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz ausgewiesen. Bei der Bewertung wurde die Eigenkapitalspiegelmethode zugrunde gelegt.

5. Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** bestehen aus der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz.
   Die Bewertung erfolgt in Höhe der bisher erworbenen Fondsanteile. Gemäß Realisationsprinzip dürfen Gewinne nur dann ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert worden sind. Als Realisationszeitpunkt gilt im Regelfall der Zeitpunkt der Leistungserbringung. Dieser tritt erst mit dem Verkauf der Fondsanteile ein.

6. In den **sonstigen Ausleihungen** sind die Stille Beteiligung an der NVV und das Gesellschafterkapital am Gemeinnützigen Bauverein in Höhe der jeweiligen Einlagen bewertet und ausgewiesen.

7. Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden mit dem Nennwert angesetzt. Auf Forderungen, bei denen der Debitor einen Insolvenzantrag gestellt hat, wird grundsätzlich eine Einzelwertberichtigung vorgenommen. Die Reduzierung bei der Summe aller Forderungen von ca. 1,39 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, ergibt sich aus der Reduzierung der Beitragsforderungen von ca. 131 T€, aus der Reduzierung der Steuerforderungen von ca. 552 T€, aus der Reduzierung der Forderungen aus Transferleistungen von ca. 71 T€, aus der Reduzierung der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen von ca. 655 T€, aus der Reduzierung der Forderungen gegenüber dem privaten Bereich von ca. 33 T€ und aus der Reduzierung der Forderungen gegen Sondervermögen

(Abwasserbetrieb) von ca. 148 T€. Bei den Gebührenforderungen ergibt sich eine geringfügige Erhöhung der Forderungen von ca. 11 T€. Bei den sonstigen Vermögensgegenständen ist schließlich eine Erhöhung um 240 T€ zu verzeichnen. Diese Erhöhung ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass Ackerlandflächen, die nicht dauerhaft im Besitz der Stadt verbleiben sollen, ins Umlaufvermögen umgebucht worden sind.

8. Als **liquide Mittel** sind Kassenbestände, Einnahmekassen und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

9. Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** beinhalten Zuwendungen der Stadt Erkelenz an die Kultur GmbH für den Bau der Stadthalle (T€ 1.965). Die jährliche Auflösung orientiert sich an der Zweckbindung der jeweiligen Maßnahme bzw. den kommunalen Abschreibungssätzen. T€ 53 werden für übertragene Sachanlagen in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Weiterhin betragen die Landeszuwendungen an freie Träger für den Bau von Kindertagesstätten T€ 1.603. Außerdem werden die Beamtenbesoldung (T€ 228) für Januar 2015, der Umlagebeitrag an die Rheinische Versorgungskasse (T€ 110), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (T€ 68) sowie sonstige geleistete Auszahlungen, die Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 (T€ 133) darstellen, erfasst.

Passivseite

1. Der Stand der **Allgemeinen Rücklage** beträgt zum 31.12.2014 T€ 189.407 (vgl. auch die Erläuterungen zum Punkt 3 „Ausgleichsrücklage“).

   Die Allgemeine Rücklage hat sich seit dem 31.12.2013 wie folgt entwickelt:

Stand 31.12.2013	190.277.261,11 €
Verrechnung gem. § 43 GemHVO mit der allgemeinen Rücklage	./. 870.683,53 €
Stand 31.12.2014	189.406.577,58 €

   Nach der Regelung des § 43 Abs. 3 GemHVO sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nicht mehr ergebniswirksam darzustellen, sondern unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen. Für 2014 bedeutet dies, dass die Erträge(+) /Aufwendungen (-) folgender Finanzvorfälle unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen sind:

Veräußerung unbebaute Grundstücke und ähnliche Rechte	151.029,82 €
Abgang unbebaute Grundstücke und ähnliche Rechte	0,00 €
Veräußerung bebaute Grundstücke und ähnliche Rechte	147.390,14 €
Abgang bebaute Grundstücke und ähnliche Rechte	-1.055.765,52 €
Veräußerung Infrastrukturvermögen	0,00 €
Abgang Infrastrukturvermögen	-7.630,98 €
Veräußerung Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	7.500,00 €
Abgang Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeugen	-442,24 €
Veräußerung Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA)	2.134,67 €
Abgang Betriebs- und Geschäftsausstattung (BGA)	-114.899,42 €
Verrechnung gem. § 43 GemHVO:	- **870.683,53 €**

2. Die **Sonderrücklagen** betragen zum 31.12.2014 T€ 1.632 Hierbei handelt es sich um die passivische Beschränkung der Vermögensmasse der rechtlich selbstständigen Walter und Elfriede Meyer-Stiftung (Siehe Erläuterungen zum Punkt 2 der Aktivseite).

3. Die **Ausgleichsrücklage** beträgt zum 31.12.2014 insgesamt 10.892.068,36 €. Sie wird sich jedoch nach erfolgtem Ratsbeschluss zum Ausgleich des Fehlbetrages des Jahres 2014 um 418.248,95 € auf 10.473.819,41 € reduzieren.

4. Der **Jahresfehlbetrag** in Höhe von T€ 418 resultiert aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014. Er verbessert sich gegenüber dem geplanten Ergebnis um T€ 1.762.

5. Der **Sonderposten für Zuwendungen** beinhaltet die zweckgebundene Zuweisungen und die Investitionspauschalen. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Anlagevermögens. Die Ermittlung der Sonderposten für Zuwendungen vor 2007 wurde pauschal anhand von durchschnittlichen Zuwendungsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 56 Abs. 5 GemHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Zuwendungen werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut einzeln zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

6. Die Erfassung des **Sonderpostens für Beiträge** resultiert im Wesentlichen aus dem Baugesetzbuch (BauGB) sowie dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Die Ermittlung der Sonderposten für Beiträge wurde anhand von durchschnittlichen Betragsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 56 Abs. 5 GemHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage von Stichproben zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Beiträge werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

7. Der **Sonderposten für den Gebührenausgleich** beinhaltet Gebührenüberschüsse der Abfallentsorgung (T€ 663). Gemäß § 6 Abs.2 KAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen. Bis zum Ausgleich sind Überdeckungen als Sonderposten in der Bilanz auszuweisen.

8. Die **Sonstigen Sonderposten** beinhalten das Vermögen der Becker-von-Berg-Stiftung (T€ 225). Bei dieser wurden durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Stadt Erkelenz als Eigentum übertragen. Die Stadt Erkelenz darf nur in Übereinstimmung mit dem Stifterwillen darüber verfügen. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite bei den sonstigen Sonderposten der Bilanz folgt.

9. Die **Pensionsrückstellungen** wurden durch die Rheinischen Versorgungskassen auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG, Köln, zum 31.12.2014 angesetzt. Die Rückstellungen beinhalten neben den künftigen Versorgungslasten der Stadt Erkelenz (T€ 29.118) auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz (T€ 8.400). Den Berechnungen liegen die biometrischen Grundlagen der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck nach dem Stand 2005 (G) unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % zu Grunde. Berücksichtigt wurden das rechnungsmäßige Pensionierungsalter mit 65 bzw. 67 Jahren und dem Anpassungsfaktor. Zusätzlich wurden zum 31.12.2014 die Kopfschadenstatistiken auf eine neue, erweiterte Datenbasis umgestellt. Da die neuen Statistiken insbesondere in höheren Altern einen signifikant anderen Verlauf aufweisen als die bisherigen Wahrscheinlichkeitstafeln war zum 31.12.2014 eine Bewertungsanpassung erforderlich, die zu einem erhöhten Rückstellungsaufwand führte.

10. Die **Instandhaltungsrückstellungen** wurden in Höhe der Beträge gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Betrachtung geboten waren. Es wurde vom Passivierungswahlrecht gem. § 36 Abs. 3 GemHVO Gebrauch gemacht. Alle Maßnahmen für die Instandhaltungsrückstellungen gebildet wurden, werden voraussichtlich 2015 - 2018 durchgeführt.

Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen im Haushaltsjahr 2014:

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
1	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17 - Rathaus	58.000,00	0,00	0,00	0,00	58.000,00
2	Erneuerung Fenster Altbau 3. BA	0,00	0,00	0,00	130.000,00	130.000,00
3	FWGH Matzerath: Ern. Heizung-Umstellung Gas	23.000,00	-15.633,74	-7.366,26	0,00	0,00
4	FWGH Matzerath: Ern. Sanitärbereich	30.500,00	0,00	0,00	0,00	30.500,00
5	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung äußerer Sonnenschutz	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
6	Nysterbachschule Lövenich: Zimmerarbeiten	6.252,60	-4.931,32	-1.321,28	0,00	0,00
7	Nysterbachschule Lövenich: Dacharbeiten	16.192,74	-16.192,74	0,00	0,00	0,00
8	Grundschule Gerderath: Erneuerung Dach	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
9	Grundschule Gerderath: Ern. Außentoiletten	40.000,00	0,00	0,00	25.000,00	65.000,00
10	GS Erkelenz-Mitte: Ern. Heizzentrale	150.000,00	0,00	0,00	0,00	150.000,00
11	GS Erkelenz-Mitte: Ern. Regelzentrale	80.000,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00
12	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+3. BA	120.000,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00
13	Franziskus-/Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach Turnhalle	32.000,00	-32.000,00	0,00	0,00	0,00
14	Franziskus-/Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Duschen Turnhalle	85.000,00	0,00	0,00	65.000,00	150.000,00
15	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	50.000,00	0,00	0,00	20.000,00	70.000,00
16	GS Hetzerath: Ern. Fenster	20.000,00	0,00	0,00	0,00	20.000,00
17	GS Keyenberg: Ern. Dach einschl. Dämmung	120.000,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00
18	GS Keyenberg: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
19	GS Kückhoven: Ern. Dach einschl. Dämmung	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00
20	GS Schwanenberg: Ern. Dach Umkleide+Turnhalle	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
21	GS Schwanenberg: Ern. Außentoiletten	70.000,00	-70.000,00	0,00	0,00	0,00
22	GS Schwanenberg: Ern. Duschen Turnhalle	100.000,00	0,00	0,00	0,00	100.000,00
23	GS Schwanenberg: Ern. Fenster+Türen+Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
24	GS Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	42.000,00	0,00	0,00	0,00	42.000,00
25	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	50.000,00	0,00	0,00	20.000,00	70.000,00
26	GS Houverath: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	60.000,00	60.000,00
27	Hauptschule Erkelenz: Ern. Dach Turnhalle	45.000,00	-45.000,00	0,00	0,00	0,00
28	Hauptschule Erkelenz: Ern. Dach; 4. BA (Musiktrakt)	0,00	0,00	0,00	43.000,00	43.000,00
29	Europaschule: Ern. Fassade/Fenster 1. BA (im Vorjahr aufgeteilt auf 1. + 2. BA)	500.000,00	-467.041,02	-8.846,49	0,00	24.112,49
30	Europaschule: Ern. Fassade/Fenster 2. BA	1.000.000,00	0,00	-115.000,00	0,00	885.000,00
31	Europaschule: Dachsanierung	59.130,42	-55.058,09	-4.072,33	0,00	0,00
32	Cusanus-Gymnasium: Erneuerung Dach Atrium und Verwaltung	152.865,54	0,00	0,00	0,00	152.865,54
33	Cusanus-Gymnasium: Abbruch Baracken	20.000,00	-17.160,81	-2.839,19	0,00	0,00
34	Cusanus-Gymnasium: Erneuerung Dach, Turnhallen und Außentoiletten	78.000,00	0,00	0,00	0,00	78.000,00
35	Cusanus-Gymnasium: Ern. Fenster Turnhallen+Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
36	Cusanus-Gymnasium: Ern. Fenster im Toilettentrakt	0,00	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
37	Cusanus-Gymnasium: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
38	Cusanus-Gymnasium: Ern. Bodenbelege	0,00	0,00	0,00	45.000,00	45.000,00
39	Cusanus-Gymnasium: Ern. Kesselanlage	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00
40	Cusanus-Gymnasium: Ern. Elektrohauptverteilung (Trafo)	0,00	0,00	0,00	120.000,00	120.000,00
41	Cusanus-Gymnasium: Metallarbeiten	50.437,69	0,00	-50.437,69	0,00	0,00
42	Cusanus-Gymnasium: Fassadenarbeiten	6.117,34	0,00	-6.117,34	0,00	0,00
43	Cusanus-Gymnasium: Fassadenarbeiten	89.791,13	-77.107,79	-12.683,34	0,00	0,00
44	Cornelius-Burgh-Gymnasium: Ern. Schulhof	130.000,00	0,00	0,00	62.000,00	192.000,00
45	Cornelius-Burgh-Gymnasium: Ern. Stunden Toiletten	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
46	Pestalozzischule: Erneuerung Dach Altbau	45.000,00	-16.501,11	-28.498,89	0,00	0,00
47	Pestalozzischule: Erneuerung Dach Altbau (2. BA)	35.000,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
48	Pestalozzischule: Ern. Duschen, Außentoiletten	110.000,00	0,00	0,00	0,00	110.000,00
49	Haus Spiess: Ern. Dach Hauptgebäude	86.500,00	0,00	0,00	0,00	86.500,00
50	Haus Spiess: Ern. Außenanstrich	42.000,00	0,00	0,00	0,00	42.000,00
51	Haus Hohenbusch: Beseitigung Feuchtigkeit	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
52	KG Adolf-Kolping-Hof: Heizungsarbeiten	13.354,07	-6.014,58	-7.339,49	0,00	0,00
53	KG Adolf-Kolping-Hof: Sanitärarbeiten	5.201,61	-2.213,42	-2.988,19	0,00	0,00
54	KG Westpromenade: Dämmung Kellerdecke	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
55	KG Gerderath: Dämmung Speicher Altbau	15.000,00	-6.213,02	-8.786,98	0,00	0,00
56	KG Gerderath: Ern. Heizkessel	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.000,00
57	KG Hetzerath: Ern. Heizkessel	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.000,00
58	Turnhalle Gerderath: Ern. Hallenfußboden	35.000,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00
59	Turnhalle Gerderath: Ern. der Akustikdecke (einschl. Beleuchtung)	0,00	0,00	0,00	35.000,00	35.000,00
60	Turnhalle Holzweiler: Ern. Dach einschl. Dämmung	50.000,00	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
61	Sportumkleide Schwanenberg: Ern. Sanitäranlage	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
62	Hallenbad Gerderath: Dämmung Fassade der Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
63	Hallenbad Gerderath: Ern. Sanitärbereich	60.000,00	0,00	0,00	130.000,00	190.000,00
64	Asylantenwohnheim Bellinghoven: Abbrucharbeiten	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00
65	Asylantenwohnheim Oerath: Abbrucharbeiten	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
66	Asylantenwohnheim Neuhaus: Sanierung von 16 Wohneinheiten im OG	0,00	0,00	0,00	80.000	80.000,00
67	Unterkunft Neuhaus: Sanierung von 16 Wohneinheiten	80.000,00	-58.154,02	-21.845,98	0,00	0,00
68	Parkdeck Ostpromenade: Ern. Beleuchtung	0,00	0,00	0,00	9.000,00	9.000,00
69	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	17.304,95	0,00	-5.561,22	0,00	11.743,73
70	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Dachabdichtung	40.000,00	-40.000,00	0,00	0,00	0,00
71	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Heizungsregelung	15.000,00	0,00	0,00	3.000,00	18.000,00
72	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Verglasung, 2. BA	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
73	MZG Matzerath: Erneuerung Dach Altbau und Dämmung	25.000,00	0,00	0,00	5.000,00	30.000,00
74	MZG Matzerath: Erneuerung Außenputz mit Dämmung	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00
75	MZG Katzem (alte Schule): Ern. Dachstuhl, OG-Decke u. Eindeckung	50.000,00	-27.439,90	-16.295,95	0,00	6.264,15
76	MZG Katzem (alte Schule): Ern. der Dacheindeckung (2. BA)	40.000,00	-31.636,38	-8.363,62	0,00	0,00
77	MZH Kückhoven: Dacheindeckung	43.000,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00
78	MZH Kückhoven: Erneuerung Sportboden	8.059,65	-3.944,53	-4.115,12	0,00	0,00
79	MZH Kückhoven: Ern. Fenster, Aussentüren	0,00	0,00	0,00	40.000,00	40.000,00
80	MZH Gerderhahn: Ern. Flachdach Halle	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
81	MZH Gerderhahn: Dacheindeckung	20.000,00	-20.000,00	0,00	0,00	0,00
82	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	35.000,00	35.000,00
83	MZH Golkrath: Ern. Dach Umkleide	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
84	MZH Golkrath: Ern. Dach 1. Erweiterung	12.000,00	0,00	0,00	0,00	12.000,00
85	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
86	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
87	MZH Granterath: Ern. Dacheindeckung	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
88	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	40.000,00	0,00	0,00	20.000,00	60.000,00
89	MZH Schwanenberg: Ern. Dach Umkleiden	20.000,00	-6.474,48	-13.525,52	0,00	0,00
90	MZH Schwanenberg: Ern. Duschen und Toiletten	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
91	MZG Holzweiler (Alte Schule): Ern. Dacheindeckung	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
92	MZG Holzweiler (Alte Schule): Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
93	MZH Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	21.000,00	-21.000,00	0,00	0,00	0,00
94	MZG Geneiken (Alte Schule): Ern. Dacheindeckung	22.000,00	0,00	0,00	0,00	22.000,00
95	MZG Geneiken (Alte Schule): Ern. Außentoiletten	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00
		4.954.707,74	**-1.089.716,95**	**-326.004,88**	**1.227.000,00**	**4.765.985,91**

11. Die Bildung der **sonstigen Rückstellungen** nach § 36 Abs. 4 GemHVO NRW erfolgte ebenfalls in Höhe der Beträge, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geboten sind:

	Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme/Auf-lösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
Rückstellungen für Altersteilzeit	2.806.263,65	593.929,42	0,00	2.212.334,23
Urlaubsrückstellungen	459.955,43	0,00	36.659,59	496.615,02
Überstundenrückstellungen	88.507,15	0,00	34.810,47	123.317,62
Sonstige Rückstellung Personalaufwand - LoB u.a.	350.529,23	66.529,23	7.727,00	291.727,00
Rückstellungen Prüfung GPA	77.222,25	52.222,25	26.600,00	51.600,00
Drohverlustrückstellungen	5.299.806,57	0,00	0,00	5.299.806,57
sonst. Rückstellungen	434.604,00	434.604,00	0,00	0,00
Rückstellungen Prozesskostenrisiko	76.000,00	0,00	163.000,00	239.000,00
	9.592.888,28	**1.147.284,90**	**268.797,06**	**8.714.400,44**

Bei der **Bildung von Altersteilzeitrückstellungen** werden fortgeltende Ansprüche der tariflich Beschäftigten auf Zahlung des Entgeltes im Rahmen der Altersteilzeitregelung berücksichtigt. Hierbei wurden die im Jahr der Beschäftigungsphase erworbenen Ansprüche auf Zahlung eines Beschäftigungsentgeltes während der Freistellungsphase in die Rückstellungen eingebracht. In die **Urlaubsrückstellungen** wird nicht in Anspruch genommener Urlaub des laufenden Jahres eingestellt. Gleiches gilt für die am Bilanzstichtag bestehenden Überstunden- und Gleitzeitguthaben. Sie sind ebenfalls über die Bildung einer **Überstundenrückstellung** zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung wurden die Bediensteten in unterschiedliche Beschäftigungsgruppen eingeteilt und diese mit der jeweiligen durchschnittlichen Vergütung von Beschäftigungsgruppen bewertet. Die sonstige Rückstellung Personalaufwand wurde gebildet für Aufwendungen aus der **leistungsorientierten Bezahlung** (Lob) i.H.v. 291.727,00 €, die erst Ende April 2015 für den Zeitraum vom 01.01.2014 - 31.12.2014 zur Auszahlung gelangen.

Die **Drohverlustrückstellung** wurde in 2008 gebildet, weil seinerzeit ein Gewerbesteuerschuldner gegen den Steuermessbescheid geklagt hat. Das Finanzamt hat in diesem Fall die Aussetzung der Vollziehung angeordnet. Über die Klage ist bis heute noch immer nicht entschieden. Wird der Klage stattgegeben, droht der Stadt Erkelenz möglicherweise ein Verlust der kompletten Forderung. Es bestand demnach die Notwendigkeit hierfür in 2008 eine Rückstellung zu bilden und diese in der Bilanz anzusetzen. Gegenüber der zum 31.12.2013 vorgenommenen Bewertung des Sachverhaltes haben sich in 2014 keine Änderungen ergeben.

Die **Rückstellungen Prozesskostenrisiko** wurden aufgrund anhängiger Gerichtsverfahren gebildet. Im ungünstigsten Fall muss die Stadt Erkelenz Kosten in Höhe der jeweiligen Streitwerte tragen.

12. Die **Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Einzelheiten ergeben sich aus dem als Anlage 3 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel. Eine gesonderte Position bei den Verbindlichkeiten nehmen die **erhaltenen Anzahlungen** ein, in die noch nicht verbrauchte und für investive Zwecke gebundene Zuwendungen einzubuchen sind, bis das geförderte Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist. Sobald das entsprechende Anlagevermögen betriebsfertig hergestellt ist, werden die

erhaltenen Anzahlungen in die Sonderposten umgebucht. Bis 2013 wurden diese „erhaltenen Anzahlungen“ im Bilanzposten „sonstige Verbindlichkeiten“ ausgewiesen.

13. Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betreffen hauptsächlich vereinnahmte Friedhofsgebühren für Nutzungsrechte an Gräbern, die Erträge in Folgejahren darstellen (T€ 6.329). Der Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und die an die freien Träger ausgezahlt werden (Vgl. Ausführungen ARAP auf der Aktivseite) beträgt nunmehr 1.603 T€. Daneben liegen noch weitere, kleinere passive Rechnungsabgrenzungsposten von insgesamt 1.066 T€ vor (Ausgleichsmaßnahmen 253 T€, Ruherechtsentschädigungen 296 T€, Zahlungen, die zu Erträgen in 2015 führen 470 T€; Sonstige 47 T€).

Übersicht über das Vermögen, Kapital und Schulden

	31.12.2014	% der Bilanz-summe
Aktiva		
Immaterielle Vermögensgegenstände	84	0,02
Sachanlagevermögen	293.966	71,72
Finanzanlagen	89.346	21,80
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	**383.396**	**93,54**
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15.956	3,90
Liquide Mittel	6.370	1,55
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	**22.326**	**5,45**
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.160	1,01
SUMME AKTIVA	**409.882**	**100,00**
Passiva		
Eigenkapital	201.512	49,16
Sonderposten	125.637	30,65
Rückstellungen	50.998	12,44
Verbindlichkeiten	22.738	5,55
Passiva Rechnungsabgrenzung	8.997	2,20
SUMME PASSIVA	**409.882**	**100,00**

III. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

1. Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Grundsteuer A	271
Grundsteuer B	6.352
Gewerbesteuer	20.441
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	17.869
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.407
Sonstige Vergnügungssteuer	905
Hundesteuer	284
Familienleistungsausgleich	1.870
	49.399

2. Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** des Haushaltsjahres setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Schlüsselzuweisungen	6.625
Allgemeine Zuweisungen Land	119
Zuweisungen und Zuschüsse	7.879
Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen	2.256
	16.879

3. Bei den **sonstigen Transfererträgen** (482 T€) handelt es sich u.a. um den Kostenersatz für soziale Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in den Produktbereichen 05 „Soziale Hilfen“ und 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ (271 T€). Daneben wurden Erstattungen nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) geleistet (211 T€).

4. Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** (8.613 T€) betreffen Verwaltungsgebühren (734 T€), Benutzungsgebühren (5.930 T€) und Erträge aus den Auflösungen von Sonderposten für Beiträge und des Sonderpostens für den Gebührenausgleich (1.949 T€).

5. Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (506 T€) enthalten Mieten und Pachten (285 T€), Erträge aus dem Verkauf von Vorräten (160 T€) und sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte (61 T€).

6. Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden Erträge von insgesamt 3.362 T€ erzielt. Hierunter fallen u.a. die Erstattungen des Landes für Flüchtlinge, die Erstattungen der UVG- Leistungen, die Erstattungen von Jugendhilfeaufwendungen von anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden und die Personal- und Sachkostenerstattungen vom Städt. Abwasserbetrieb.

7. Im Haushaltsjahr 2014 wurden **sonstige ordentliche Erträge** erzielt, deren Zusammensetzung der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist:

	T€
Konzessionsabgaben	2.117
Erstattung von Steuern	1.137
Erträge aus der Veräußerung von Grund und Boden	115
Bußgelder u.a.	111
Säumniszuschläge u.dgl.	436
Stundungs- und Aussetzungszinsen	27
Erträge aus Ersatzvornahmen	20
Erträge aus Zuschreibungen	11
Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen	965
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	22
Andere sonst. ordentl. Erträge	304
	5.265

8. Das Jahresergebnis für 2014 bei den **aktivierten Eigenleistungen** beträgt 279 T€.

9. Der **Personal- und Versorgungsaufwand** von 23.444 T€ des Haushaltsjahres 2014 entfällt mit 3.359 T€ auf Beamtenbezüge, mit 16.454 T€ auf Gehälter (einschließlich Beiträgen zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung), mit 1.349 T€ auf Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte, 484 T€ auf Beihilfe (Beschäftigte 240 T€ und Versorgungsempfänger 244 T€) und mit 80 T€ auf nicht zahlungswirksame Aufwendungen zur Auffüllung von Rückstellungsbeständen. Als Grundlage für die Ermittlung der Zuführung zur Pensionsrückstellung für die Beamten dienten die standardmäßig von der Rheinischen Versorgungskasse zur Verfügung gestellten Berechnungen. Die Zuführungsbeträge betrugen insgesamt T€ 1.718, die ausschließlich für Beschäftigte (970 T€ für Pensionen, 81 T€ für Beihilfen) und für Pensionäre (387 T€ für Pensionen und 280 T€ für Beihilfen) aufgebracht wurden (vgl. auch Ausführungen zu II, Passivaseite, Ziffer 9).

10. Die Zusammensetzung der **Sach- und Dienstleistungen** des Haushaltsjahres 2014 zeigt die folgende Aufstellung:

		T€
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		1.527
Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens		306
Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen		601
Bewirtschaftung - Energie -		1.689
Bewirtschaftung - Reinigung -		1.108
Haltung von Fahrzeugen		361
Unterhaltung der Geräte		337
Anschaffung von kleineren Geräten (60 - 410 EUR)		237
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte		88
Aus- und Fortbildung		130
Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz		289
Sonst. bes. Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen		4.765
davon:		
Verpflegungsaufw in Schulen u. Kindergärten	T€ 275	
Kostenanteil Straßenentwässerung	T€ 1.474	
Sonst. Verw. u. Betriebsaufwendungen	T€ 3.016	
Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten		243
Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen		4.915
davon:		
Aufwendungen EDV und Software	T€ 708	
Schülerbeförderungskosten	T€ 1.837	

Aufwendungen offener Ganztag	T€ 1.264	
Abfallentsorgung u. Beseitigung Sondermüll	T€ 730	
Übr. Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	T€ 376	
		16.596

11. Die **bilanziellen Abschreibungen** (7.298 T€) umfassen einmal die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen (7.225 T€) als auch die Auflösung von geleisteten Zuwendungen für investive Maßnahmen (73 T€).

12. Die **Transferaufwendungen** 2014 (36.005 T€) setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Zuweisungen und Zuschüsse	5.416
Sozialtransferaufwendungen	6.746
Gewerbesteuerumlage	1.712
Finanzierungsbeteiligung „Fonds Deutsche Einheit“	1.663
Kreisumlage	19.988
Krankenhausinvestitionsumlage	480
	36.005

13. Im Jahre 2014 wurden folgende **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** geleistet:

	T€
Sonst. Personalaufwendungen	34
Aufwendungen f. ehrenamtliche Tätigkeiten	326
Mieten und Pachten	286
Leasingkosten	72
Sonst. Aufwendungen f.d. Inanspruchnahme v. R.u.D.	611
Geschäftsaufwendungen	602
Steuern, Versicherungen	2.366
Zuschreibung Sonderposten	1
Erstattungen für lfd. Tätigkeiten	441
Verluste aus dem Abgang von Umlaufvermögen u.ä.	340
Verfügungsmittel	2
Fraktionszuwendungen	24
Repräsentationen	22
Ehrungen u.ä.	9
Zuführung sonst. Rückstellungen	1.417
	6.553

14. Den maßgeblichen Anteil an den **Finanzerträgen** (5.680 T€) haben die Zinserträge sonstiger inländischer Bereich mit T€ 3.461 und die Gewinnanteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie öffentlicher Sonderrechnungen mit 2.208 T€. Die übrigen Zinserträge betragen 11 T€.

15. Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** betragen insgesamt 988 T€.

16. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 sind keine Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW vorgenommen worden.

17. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 werden keine Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW vorgenommen.

IV. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Bestände der liquiden Mittel, die sich aus den Buchungen in der Finanzrechnung ergeben, haben sich in 2014 wie folgt entwickelt:

Bevor die einzelnen Kontengruppen genauer betrachtet werden, sei an dieser Stelle auf folgende Besonderheiten hingewiesen, die die Nachvollziehbarkeit der nachfolgenden Äußerungen erleichtern:

- In 2013 wurden Ermächtigungsübertragungen von Auszahlungen für Investitionen von 1.875.405,29 € gebildet. Für konsumtive Auszahlungen wurde in 2013 eine Ermächtigungsübertragung i. H. v. 434.604,00 € gebildet. Die Abwicklung dieser Ermächtigungsübertragungen in 2014 wird an späterer Stelle dargestellt.
- Ebenso sind in 2013 zahlungswirksame Ermächtigungsübertragungen für Kredite nach § 86 Abs. 2 GO NRW von insgesamt 1.450.000,00 € gebildet worden.
- Die zuvor erläuterten Summen sind zusammen mit den Ansätzen in der Spalte „Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2014“ in den jeweiligen Zeilen mit aufgeführt. Daneben bietet die seit dem 01.01.2011 eingesetzte Software „newsystem kommunal - Infoma“ auch den Komfort, dass die Ermächtigungsübertragungen nach § 22 GemHVO in einer separaten Spalte in der Finanzrechnung dargestellt werden. Diese Option wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit auch in 2014 gezogen.
  Wie an späterer Stelle detailliert zu ersehen ist, wurde von den Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen von insgesamt 1.875.405,29 € ein Betrag von 1.014.785,10 € in Anspruch genommen. 778.398,71 € wurden im Laufe des Jahres 2014 in Abgang gesetzt bzw. eingespart und 82.221,48 € wurden weiter nach 2015 übertragen. Rechnet man die übertragenen Ermächtigungsübertragungen 2014 als auch die darauf entfallenden Inanspruchnahmen aus den in der Finanzrechnung aufgeführten Zahlen heraus, ergeben sich in den Zeilen 16, 17, 23 und 30 bis 38 folgende Werte:

Nr.	Bezeichnung	…	Ansatz des Haushaltsjahres	Ist-Ergebnis des Haushaltsjahres	Vergleich Ansatz/ist
16	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		82.653.385,00 €	80.842.522,67 €	-1.810.862,33 €
17	Saldo aus lfd. Verwaltungs-tätigkeit (9 und 16)		1.059.089,00 €	4.947.582,53 €	3.888.493,53 €
23	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		6.616.775,00 €	3.512.643,50 €	-3.104.131,50 €
30	=Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		8.029.700,00 €	2.430.033,63 €	- 5.599.666,37 €
31	=Saldo aus Inves-titionstätigkeit (23 und 30)		-1.412.925,00 €	1.082.609,87 €	2.495.534,87 €
32	=Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (17 und 31)		-353.836,00 €	6.030.192,40 €	6.384.028,40 €
33	+Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen		1.380.000,00 €	0,00 €	-1.380.000,00 €
34	+Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung		12.000.000,00 €	6.000.000,00 €	-6.000.000,00 €
35	-Tilgung und Gewährung von Darlehen		1.380.000,00 €	1.356.360,14 €	-23.639,86 €
36	-Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung		12.000.000,00 €	6.000.000,00 €	-6.000.000,00 €
37	=Saldo aus der Finanzierungstätigkeit		0,00 €	-1.356.360,14 €	-1.356.360,14 €
38	=Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln (32 und 37)		-353.836,00 €	4.673.832,26 €	5.027.668,26 €

Abschließend sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber seine im § 38 Abs. 2 GemHVO NRW gestellten Forderungen nur rudimentär in den von ihm vorgeschriebenen Mustern umgesetzt hat. Die Erfahrungen der letzten 8 Jahre haben jedoch gezeigt, wie aufgrund der vorgenannten Aufstellung unschwer ersichtlich, dass die Umsetzung in einer tabellarischen Darstellung einfach zu komplex und damit zu unübersichtlich ist. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, der im § 38 GemHVO geforderten Aufstellung durch die Darstellung in verschiedenen Nebenrechnungen nachzukommen.

Nun aber zur Erläuterung des eigentlichen Ergebnisses der Finanzrechnung:

1. Wie oben erläutert, werden die aufgeführten Abweichungen also aus der Summe der Haushaltsplanansätze und der Summe der Ermächtigungsübertragungen dargestellt.
   Zunächst einmal ist festzustellen, dass beim Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit ein Überschuss von 4.513 T€ erzielt wurde. Gegenüber der Planung entspricht dies einer Verbesserung um 3.889 T€.
   Diese Verbesserung resultiert aus höheren Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 2.078 T€ und geringeren Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 1.811 T€.
   Die Veränderung bei den Einzahlungen ergeben sich rechnerisch durch geringere Einzahlungen von 1.111 T€ bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, von 12 T€ bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, von 59 T€ bei den „Sonstigen Transfereinzahlungen“ und von 72 T€ bei den „Zinsen und sonstigen Finanzeinzahlungen“. Diesen geringeren Einzahlungen stehen Mehreinzahlungen von 477 T€ bei den „Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“, von 99 T€ bei den „Privatrechtlichen Leistungsentgelten“, von 1.299 T€ bei den „Kostenerstattungen, Kostenumlagen“ und von 1.457 T€ bei den „Sonstigen Einzahlungen“ gegenüber.
   Auf der Auszahlungsseite sind Minderauszahlungen bei den „Personalauszahlungen“ von 255 T€, den „Versorgungsauszahlungen“ von 108 T€, den „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ von 1.393. T€, den „Zinsen und sonstigen Finanzauszahlungen“ von 328 T€ und den „Sonstigen Auszahlungen“ von 431 T€ zu verzeichnen. Demgegenüber ergeben sich Mehrauszahlungen in Höhe von 704 T€ bei den „Transferauszahlungen“.
   Daneben haben sich noch Liquiditätsverbesserungen durch einem verbesserten Saldo aus der Investitionstätigkeit ergeben. Der Saldo beträgt 68 T€. Geplant war ein negativer Saldo in Höhe von -3.288 T€. Dies lässt sich als Ergebnis von verringerten „Auszahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 3.444 T€ als auch als Konsequenz aus geringeren „Einzahlungen aus Investitionstätigkeit“ von 3.512 T€ herleiten.
   Beim „Saldo aus Finanzierungstätigkeit“ ergibt sich ein negativer Wert von **-1.356 T€** feststellen. Dieser „gute“ negative Wert bedeutet, dass im Jahr 2014 der Schuldenstand um 1,356 Mio. € reduziert werden konnte.

   Unter dem Strich bleibt festzuhalten, dass in 2014 gegenüber der Planung eine erfreuliche Liquiditätsverbesserung von **4.438 T€** bei den eigenen Finanzmitteln erzielt werden konnte. Bei den gesamten liquiden Mitteln ergibt sich u.a. daraus resultierend gegenüber dem Stichtag 31.12.2013 zum 31.12.2014 eine erfreuliche Verbesserung von 3.329 T€ auf 6.370 T€.

   Die Finanzrechnung betrachtet aber nicht nur die eigenen Finanzmittel, sondern auch die Entwicklung des Bestandes an fremden Finanzmitteln. Fremde Finanzmittel sind solche finanziellen Mittel, die die Kommune für einen Dritten verwaltet oder die sie aufgrund eines Gesetzes für einen Dritten zu vereinnahmen und zu verausgaben hat. Bei beiden Varianten sind erwirtschaftete Überschüsse aus diesen Mitteln an den/die Dritten abzuführen bzw. getätigte Vorleistungen vom Dritten zu erstatten. Hinsichtlich der eigenen Finanzmittel unterscheiden sich diese insbesondere dadurch, dass sie nicht im Haushaltsplan aufgeführt und geplant werden, sondern zum Teil in gesonderten Plänen dargestellt werden, respektive ungeplant bewirtschaftet werden.

Bei der Stadt Erkelenz fallen darunter der Städtische Abwasserbetrieb Erkelenz, dessen Ein- und Auszahlungen kontenmäßig von der Stadtkasse abgewickelt werden sowie insbesondere Mittel des Kreises Heinsberg, der sich bei der Zahlbarmachung der verschiedenen Hilfearten nach dem SGB ebenfalls der Stadtkasse bedient.
Des Weiteren werden bei den fremden Finanzmitteln die ungeklärten Einzahlungen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche im Jahr 2014 vereinnahmt worden sind, jedoch erst im Folgejahr konkreten Sollstellungen zugeordnet werden können.
Zum Ende des Jahres betrug der Bestand an fremden Finanzmitteln insgesamt -43 T€. Mithin ist die Stadt in Vorleistung getreten und besitzt daraus Forderungen gegen Dritte. Daneben wies der Bestand aus der Bewirtschaftung der Mittel des Städtischen Abwasserbetriebes zum 31.12.2014 einen negativen Saldo aus. Dieser betrug -2.790 T€ (-2.938 T€ aus Vorjahren und + 148 T€ aus 2014), so dass der Gesamtbestand, der z. 31.12.2014 für Dritte verwaltet wurde, -2.833 T€ betrug. Die 2014er Finanzrechnung wurde aus Gründen der Klarheit und Nachvollziehbarkeit wie in den Vorjahren um die Zeilen 39a und 39b erweitert. Beide Zeilen stellen die Veränderung der Forderung /Verbindlichkeiten gegenüber dem Städtischen Abwasserbetrieb dar. Dadurch wird gleichzeitig erreicht, dass die in Zeile 41 ausgewiesenen „liquiden Mitteln“ sich nun 1:1 auf der Aktivseite der Bilanz wiederfinden - weitergehende Erklärungen als auch Nebenrechnungen werden dadurch entbehrlich.

Unter Berücksichtigung der Vorjahre ergibt sich insgesamt bei den Beständen aus (eigenen und fremden) Finanzmitteln ein Saldo von **9.203 T€.** Abgebildet wird dieser Betrag aufgrund der NKF-Vorschriften in der Bilanz zum 31.12.2014 als Summe aus den liquiden Mitteln (6.370 T€), den Forderungen gegenüber dem Abwasserbetrieb (2.790 T€ - siehe Bilanzposten „Privatrechtliche Forderungen gegen Sondervermögen“) sowie Forderungen gegenüber Dritte (Teilbetrag von 43 T€ aus den „Privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich“ 793 T€).

2. Abwicklung von Ermächtigungsübertragungen aus 2013 gem. § 22 GemHVO NRW

Gem. § 22 Abs. 1 GemHVO NRW sind Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen übertragbar. Der Bürgermeister regelt mit Zustimmung des Rates die Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen.

Vor dem Hintergrund dieser gesetzlichen Regelung hat der Rat der Stadt Erkelenz am 25. September 2013 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 wurden demnach nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet. Diese wurden im Jahr 2014 wie nachfolgend aufgeführt abgewickelt:

2.1 Für konsumtive Auszahlungen wurde im Jahr 2013 eine Ermächtigungsübertragung gebildet.

Im Rahmen der Betriebsprüfung hatte das Finanzamt am 29. Juli 2013 angekündigt, dass in 2013 insgesamt 525.563,99 € an Kapitalertragsteuer für die Jahre 2008 - 2011 nachzuzahlen seien. Aufgrund dessen wurde dieser Betrag am 25. September 2013 überplanmäßig durch den Rat bereitgestellt. Die endgültigen Bescheide zu diesen Sachverhalten sind bei der Stadt Erkelenz jedoch erst am 24. Januar 2014 eingegangen und haben mit einer endgültigen Summe von 434.604,-- € abgeschlossen. Eine Bereitstellung im Haushaltsplan 2014 war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr möglich, daher wurde eine Ermächtigungsübertragung bei Produktsachkonto 080300.744200 (Kapitalertragsteuer BgA Bäderbetrieb) gebildet. Dieser Betrag wurde entsprechend in 2014 ans Finanzamt überwiesen.

2.2 Abwicklung von Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen in 2014:

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	Ermächtigungs-übertragung - aus 2013	abgerechnet in 2014	Ersparnis/ in Abgang	Nach 2015 - zu übertragen
	Teilfinanzrechnung 010600	**Zentrale Dienste**				
1	B01060001	Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge > 410 €	819,91	819,91	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 011000	**Organisationsangelegenheiten und technikunterstützte Informationsverarbeitung**				
2	B01100012	Einzelanschaffungen unter 10.000 € - EDV	21.913,26	20.620,38	1.292,88	0,00
	Teilfinanzrechnung 011301	**Grundstücks- und Gebäudeverwaltung**				
3	G01130001	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	400.000,00	0,00	400.000,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 021500	**Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung**				
4	H02150002	Neubau FWGH Borschemich (neu)	3.603,32	506,62	0,00	3.096,70
5	H02150004	Errichtung Feuerwehrgarage Verwaltungsbereich	10.201,62	9.914,53	287,09	0,00
6	B02157002	Geräte - Allgemein, Anschaffungen > 410 €	9.302,16	9.291,73	10,43	0,00
7	B02157010	Tanklöschfahrzeug TLF 20/40 SL	279.914,65	279.914,65	0,00	0,00
8	B02157011	Staffel LF 10/6 Verwaltung	648,55	635,58	12,97	0,00
	Teilfinanzrechnung 030101	**Grundschulen**				
9	B03010001	Anschaffung unter 10.000 € Grundschulen	18.879,70	18.879,70	0,00	0,00
10	H03010007	Erweiterung Luise-Hensel-Schule	10.375,90	6.541,47	3.834,43	0,00
	Teilfinanzrechnung 030102	**Hauptschulen**				
11	H03020003	Hauptschule Erkelenz, Einbau Aufzug	50.000,00	37.937,60	12.062,40	0,00
	Teilfinanzrechnung 030103	**Realschule/Europaschule**				
12	H03030001	Umbau und Erweiterung ERKA-Halle (Anteil Europaschule)	72.313,86	70.097,47	2.216,39	0,00
13	B03030001	Anschaffungen < 10.000 € Europaschule	43.038,20	32.047,94	10.990,26	0,00
14	B03030009	Schuleinrichtung Biologieraum - Europaschule	5.402,12	5.402,12	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 030104	**Gymnasien**				
15	B03040001	Anschaffungen < 10.000,00 € Cusanus-Gymnasium	28.751,62	25.935,46	2.816,16	0,00
16	B03040003	Anschaffungen < 10.000,00 € Cornelius-Burgh-Gymnasium	3.531,25	3.531,25	0,00	0,00
17	H03040005	Umbau und Erweiterung ERKA-Halle (Anteil Cusanus-Gymnasium)	72.314,06	71.046,83	1.267,23	0,00
18	B03040017	Schuleinrichtung Biologieraum – Cusanus-Gymn.	111.806,18	111.806,18	0,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 060202	**Tageseinrichtungen und Tagespflege**				
19	B06020101	Anschaffungen > 410 € KG Adolf-Kolp.-Hof	7.320,00	7.320,00	0,00	0,00
20	H06020101	Erweiterung u. Umbau KG Adolf-Kolping-Hof U 3	89.537,96	75.467,48	0,00	14.070,48
21	B06020601	Auszahl. < 10.000 € KG Am Hagelkreuz	20.000,00	20.000,00	0,00	0,00
22	H06020601	Erweiterung u. Umbau KG Am Hagelkreuz	30.729,66	27.804,19	0,00	2.925,47
23	B06020801	Auszahl. < 10.000 € KG Buscherhof	2.613,45	2.613,45	0,00	0,00
24	B06020805	Erneuerung Spielgerät - KG Buscherhof	12.000,00	0,00	12.000,00	0,00
25	B06021001	Auszahl. < 10.000 € KG Bauxhof	10.013,68	5.421,87	0,00	4.591,81
26	B06021101	Auszahl. < 10.000 € KG Venrath	921,35	921,35	0,00	0,00
27	B06021201	Auszahl. < 10.000 € KG Kückhoven	6.000,00	0,00	6.000,00	0,00
28	B06021601	Anschaffungen > 410 € Komb. Tageseinrichtung Westpromenade	4.700,00	698,00	4.002,00	0,00
29	B06021701	Anschaffungen > 410 € KG Immerath (neu)	8.000,00	0,00	8.000,00	0,00
30	H06021701	KG Immerath (neu)	9.549,19	5.841,85	3.707,34	0,00
	Teilfinanzrechnung 080100	**Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen**				
31	H08010001	Umkleide Immerath (neu)	4.637,12	136,51	4.500,61	0,00
32	S08010003*	Herrichtung der Ersatzflächen (Aschenplatz)	3.093,81	0,00	3.093,81	0,00
33	S08010004*	Kunstrasenplatz Schwanenberg	33.497,03	33.234,49	0,00	262,54
34	H08010005	Turnhalle Immerath (neu)	16.251,13	461,53	15.789,60	0,00
* Gem. § 21 Abs. 1 GemHVO NRW wurden am 17. Juli 2014 Mittel in Höhe von 29.500,-- € von der Ermächtigungsübertragung bei der Investitionsnummer S08010003 auf die Investitionsnummer S08010004 übertragen.						
	Teilfinanzrechnung 080300	**Bereitstellung und Betrieb von Bädern**				
35	S08030004	Herstellung Außenanlagen ERKA-Bad	3.000,00	0,00	3.000,00	0,00
	Teilfinanzrechnung 120101	**Straßen, Wege, Plätzen, Brücken und Tunnel**				
36	T12010003	Nordtangente 3. Bauabschnitt	25.600,00	0,00	25.600,00	0,00
37	T12010004	Umbau ZOB II	30.000,00	0,00	30.000,00	0,00
38	T12010005	Beseitigung Bahnübergang Mennekrath-Neuhaus	65.000,00	0,00	65.000,00	0,00
39	T12010006	Kreisverkehr Aachener Str. - Gewerbestraße Süd	60.000,00	0,00	60.000,00	0,00
40	T12010016	Kreisverkehr Brückstraße	30.000,00	0,00	30.000,00	0,00
41	E12010019	Straßenerneuerung Kolberger Straße	9.236,30	9.236,30	0,00	0,00

Nr.	Investitionsnummer	Bezeichnung	Ermächtigungs-übertragung - aus 2013	abgerechnet in 2014	Ersparnis/ in Abgang	Nach 2015 - zu übertragen
42	E12010023	Straßenerneuerung Memelstraße	5.541,78	5.541,78	0,00	0,00
43	E12010048	Erkelenz Stettiner Straße (St. Rochus Weg)	5.541,78	5.541,78	0,00	0,00
44	E12018001	Immerath, Umsiedlungsstandort	95.552,47	82.156,54	13.395,93	0,00
	Teilfinanzrechnung 120200	**Verkehrsanlagen**				
45	E12020022	Schulring westl.Friedhof – Öffentl. Beleuchtung	16.809,93	0,00	16.809,93	0,00
	Teilfinanzrechnung 130100	**Öffentliches Grün**				
46	S13010006	Grünordnung Immerath (neu)	11.917,48	3.131,65	0,00	8.785,83
	Teilfinanzrechnung 130200	**Natur u. Landschaft**				
47	S13020003	Ökolog. Ausgleich Immerath (neu)	15.200,00	0,00	14.200,00	1.000,00
48	S13020004	Landschaftspark „Im Blathes“	1.163,84	0,00	1.163,84	0,00
	Teilfinanzrechnung 150202	**Mehrzweckgebäude**				
49	H15020202	MZH Borschemich (neu)	26.636,40	3.390,46	0,00	23.245,94
50	H15020203	Vereinsräume Immerath (neu)	352,71	52,00	58,00	242,71
51	H15020204	Kaisersaal Immerath (neu)	14.808,49	10.909,39	3.899,10	0,00
	Teilfinanzrechnung 150300	**Stadtmarketing**				
52	B15030003	Wegweisung Radtourennetz	57.363,37	9.975,06	23.388,31	24.000,00
	Summen:		**1.875.405,29**	**1.014.785,10**	**778.398,71**	**82.221,48**

3. Abwicklung der Übertragung aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

Es wurden aus 2013 insgesamt Kreditermächtigungen in Höhe von 1.450.000 € beim Produktsachkonto 160200.692600 nach 2014 übertragen. Diese wurden im Jahr 2014 nicht in Anspruch genommen.

4. Bildung von Ermächtigungsübertragungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW

Nachfolgende Ermächtigungsübertragungen wurden gemäß § 22 Abs. 1 GemHVO NRW in Verbindung mit dem Ratsbeschluss vom 25.09.2013 im Jahr 2014 gebildet:

4.1 Für Aufwendungen werden in 2014 keine Ermächtigungsübertragungen gebildet.

4.2 Für investive Auszahlungen werden im Jahr 2014 nachfolgende Ermächtigungsübertragungen gebildet:

Nr.	Auftragssachkonto	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungsübertragung aus 2013	Ermächtigungsübertragung aus 2014	Ermächtigungsübertragungen insgesamt	Erläuterungen
	Teilfinanzplan 010600	**Zentrale Dienste**				
1	B01060001	Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge > 410 €	0,00	1.304,84	1.304,84	Lieferung Fachablageschrank Stadtarchiv
	Teilfinanzplan 011301	**Grundstücks- und Gebäudeverwaltung**				
2	G01130001	Erwerb und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden	0,00	350.000,00	350.000,00	Abwicklung laufendes Geschäft
	Teilfinanzplan 011800	**Baubetriebshof**				
3	B01180061	Gabelstapler (Ersatzbeschaffung)	0,00	20.000,00	20.000,00	Verschiebung der Maßnahme nach 2015
	Teilfinanzplan 021500	**Gefahrenabwehr und Gefahrenvorbeugung**				
4	B02157015	Löschfahrzeug LF 10/6 Venrath	0,00	11.400,00	11.400,00	Abwicklung offener Aufträge
5	B02157016	Drehleiter DLK 23/12 Erkelenz-Mitte	0,00	1.394,50	1.394,50	Abwicklung offener Aufträge
6	H02150002	Neubau FWGH Borschemich (neu)	3.096,70	0,00	3.096,70	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 030101	**Grundschulen**				
7	B03010001	Anschaffungen < 10.000 € Grundschule	0,00	16.998,11	16.998,11	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 030103	**Realschule/Europaschule**				
8	B03030001	Anschaffungen < 10.000 € Europaschule	0,00	35.973,29	35.973,29	Abwicklung offener Aufträge
9	H03030001	Umbau u. Erweiterung Erka-Halle - Anteil Europaschule -	0,00	40.507,84	40.507,84	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 030104	**Gymnasien**				
10	B03040003	Anschaffungen < 10.000 € Cornelius-Burgh-Gymnasium	0,00	2.096,07	2.096,07	Abwicklung offener Aufträge
11	H03040005	Umbau u. Erweiterung Erka-Halle - Anteil Cusanus-Gymnasium -	0,00	40.507,82	40.507,82	Abwicklung offener Aufträge
12	B03040017	Schuleinrichtung Biologieraum - Cusanus-Gymnasium -	0,00	20.792,87	20.792,87	Abwicklung offener Aufträge
13	B03040018	Schuleinrichtung Biologieraum - Cornelius-Burgh-Gymnasium -	0,00	57.707,94	57.707,94	Abwicklung offener Aufträge und Anschaffungen die ursprünglich bereits in 2014 vorgesehen waren
	Teilfinanzplan 0602	**Tageseinrichtungen u. Tagespflege**				
14	H06020101	Erweiterung u. Umbau KG Adolf-Kolping-Hof U 3	14.070,48	5.763,88	19.834,36	Verschiebung von Teilen der Maßnahme nach 2015
15	H06020102	Erw. Aussenanlagen KG Adolf-Kolping-Hof U3	0,00	25.000,00	25.000,00	Abwicklung offener Aufträge
16	H06020103	Erweiterung u. Umbau KG Adolf-Kolping-Hof Ü3	0,00	31.000,00	31.000,00	Verschiebung der Maßnahme nach 2015
17	S06020105	Neugestaltung Außengelände - KG Adolf-Kolping-Hof	0,00	16.313,57	16.313,57	Verschiebung der Maßnahme nach 2015
18	B06020601	Auszahl. < 10.000 € KG Am Hagelkreuz	0,00	2.025,81	2.025,81	Anschaffungen Aussengelände die ursprünglich bereits in 2014 vorgesehen waren
19	H06020601	Erweiterung u. Umbau KG Am Hagelkreuz	2.925,47	6.420,97	9.346,44	Verschiebung von Teilen der Maßnahme nach 2015
20	H06020701	Erweiterung und Umbau KG Hetzerath U3	0,00	12.842,23	12.842,23	Restabwicklung Umbaumaßnahme. Diese

Nr.	Auftragssachkonto	Bezeichnung	weiter zu übertragen aus der Ermächtigungs-übertragung aus 2013	Ermächtigungs-übertragung aus 2014	Ermächtigungs-übertragungen insgesamt	Erläuterungen
						konnte nicht in 2014 abgeschlossen werden.
21	B06020704	Außenspielgerät Kindergarten Hetzerath	0,00	2.823,20	2.823,20	Abwicklung offener Aufträge
22	H06020802	Kindergarten Buscherhof Ausbau Ü3	0,00	3.296,11	3.296,11	Restabwicklung Umbaumaßnahme. Diese konnte nicht in 2014 abgeschlossen werden.
23	B06021001	Auszahl. < 10.000 € KG Bauxhof	4.591,81	7.561,74	12.153,55	Anschaffungen Aussengelände die ursprünglich bereits in 2014 vorgesehen waren
24	S06021101	Errichtung einer Rampenanlage Kiga Venrath	0,00	15.000,00	15.000,00	Verschiebung der Maßnahme nach 2015
25	S06021301	Erw. Aussenanlagen KG Oerather Mühlenfeld	0,00	20.000,00	20.000,00	Fertigstellung der 2014 begonnenen Maßnahme
26	B06021601	Anschaffungen >410 € Komb. Tagesein. Westpromenade	0,00	3.000,00	3.000,00	Anschaffung eines U3-Spielgerätes die ursprünglich bereits in 2014 vorgesehen war
	Teilfinanzplan 080100	**Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen**				
27	S08010004	Kunstrasenplatz Schwanenberg	262,54	39,54	302,08	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 080300	**Bereitstellung und Betrieb von Bädern**				
28	B08030001	Anschaffungen > 410 € Schwimmbäder	0,00	7.100,00	7.100,00	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 100603	**Verwaltung und Betrieb von Unterkünften ausl. Flüchtlinge**				
29	H10060302	Umbau „Südpromenade 31“ in ein Asylantenwohnheim	0,00	39.972,11	39.972,11	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 130100	**Öffentliches Grün**				
30	S13010006	Grünordnung Immerath (neu)	8.785,83	0,00	8.785,83	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 130200	**Natur u. Landschaft**				
31	S13020003	Ökologischer Ausgleich Immerath (neu)	1.000,00	0,00	1.000,00	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 130500	**Friedhöfe**				
32	S13050008	Barrierefreie Zuwegung Friedhof Lövenich	0,00	10.500,00	10.500,00	Verschiebung der Maßnahme nach 2015
	Teilfinanzplan 150200	**Mehrzweckgebäude**				
33	H15020202	MZH Borschemich (neu)	23.245,94	0,00	23.245,94	Abwicklung offener Aufträge
34	H15020203	Vereinsräume Immerath (neu)	242,71	0,00	242,71	Abwicklung offener Aufträge
	Teilfinanzplan 150300	**Stadtmarketing**				
35	B15030003	Wegweisung Radtourennetz	24.000,00	0,00	24.000,00	Abwicklung von ursprünglich im Jahr 2014 vorgesehenen Maßnahmen
	Summen:		**82.221,48**	**807.342,44**	**889.563,92**	

5. Bildung von Übertragungen aus Kreditermächtigungen gem. § 86 Abs. 2 GO NRW

   Es werden in 2014 keine Kreditermächtigungen nach 2015 übertragen.

6. Finanzierung der Auszahlungsermächtigungsübertragungen

   Aus den unter Punkt 4 aufgeführten Ermächtigungsübertragungen ergibt sich ein Betrag von insgesamt 889.563,92 €. Diese zusätzlichen Auszahlungen können insbesondere durch die gegenüber der Planung für 2015 erhöhten Liquiditätsbestände zum 31.12.2014 finanziert werden.

Sonstige Angaben

1. Die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2014 weist den Sonderposten für den Gebührenausgleich „Müllabfuhr“ mit 736.413,16 € aus. Unter Berücksichtigung der Rücklagenentnahme für das Jahr 2014 in Höhe von 200.000,00 € entsteht für das Jahr 2014 ein Überschuss in Höhe von 126.129,22 €. Der Sonderposten für den Gebührenausgleich „Müllabfuhr“ hat damit zum 31.12.2014 einen Bestand von 662.542,38 €. Gemäß § 6 Abs. 2 Satz 3 KAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen.

2. Der Gebührenhaushalt „Straßenreinigung“ schließt in 2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 3.013,41 € ab. Unter Berücksichtigung der Vorjahre besteht insgesamt zum 31.12.2014 ein Fehlbetrag von 19.532,01 €.

3. Der Gebührenhaushalt „Friedhöfe“ schließt zum Ende des Haushaltsjahres 2014 mit einem Fehlbetrag in Höhe von 72.681,17 € ab. Der Gebührenhaushalt Friedhöfe weist somit zum 31.12.2014 einen Fehlbetrag von 87.749,82 € aus.

4. Aufgrund von in 2014 eingegangenen Verpflichtungen zur Leistungen für Investitionen in künftigen Jahren (Verpflichtungsermächtigungen) ergeben sich in den folgenden Jahren nachfolgend aufgeführte finanzielle Verpflichtungen:

Konto	**Maßnahme**	**Betrag**
B02157016	Drehleiter DLK 23 /12 Erkelenz-Mitte	571.793 €
H10060302	Umbau Südpromenade 31 in ein Asylantenwohnheim	43.810 €
Gesamt		**615.603 €**

5. Die Firma RWE-Power leistet für die Umsiedlung der Umsiedlungsstandorte Kostenerstattungen. Bisher wurden durch RWE-Power Kostenerstattungen in folgender Höhe geleistet

- Umsiedlungsstandort Immerath (neu) - Straßenausbau	3.363.853,17 €
- Umsiedlungsstandort Borschemich (neu) - Straßenausbau	2.614.697,16 €
- Spiel- und Bolzplatz Borschemich (neu)	144.095,97 €
- Spiel- und Bolzplatz Immerath (neu)	142.706,01 €
- Sportanlagen Borschemich (neu)	2.917,02 €
- Sportanlagen Immerath (neu)	391.841,66 €
- Lärmschutzwallbegrünung Borschemich (neu)	79.061,39 €

- Grünordnung Borschemich (neu)	337.154,64 €
- Grünordnung Immerath (neu)	242.490,40 €
- Friedhof Borschemich (neu)	924.941,47 €
- Friedhof Immerath (neu)	539.533,59 €
- Umsiedlungsstandort Immerath (neu) - öffentl. Straßenbeleuchtung	249.818,66 €
- Umsiedlungsstandort Borschemich (neu) -öffentl.Straßenbel.-	189.949,18 €
- Ökologischer Ausgleich Immerath (neu)	65.227,15 €
- Ökologischer Ausgleich Borschemich (neu)	16.017,96 €
- Neubau Feuerwehrgerätehaus Borschemich (neu)	273.198,83 €
- Erweiterung FW-Gerätehaus Kückhoven f. Immerath (neu)	173.993,15 €
- Zwei-Gruppen-Kindergarten Immerath (neu)	1.137.859,38 €
- Neubau Sportumkleiden Immerath (neu)	287.589,38 €
- Neubau Turnhalle Immerath (neu)	1.360.019,44 €
- Mehrzweckhalle, Bürgerräume - Borschemich (neu)	2.374.155,04 €
- Vereinsraum Immerath (neu)	120.653,73 €
- Kaisersaal Immerath (neu)	1.501.645,99 €
- Neubau Friedhofshalle Immerath (neu)	40.965,11 €
- Neubau Friedhofshalle Borschemich (neu)	40.965,10 €

Die Infrastrukturmaßnahmen in den Umsiedlungsgebieten Immerath (neu) und Borschemich (neu) sind bis auf die Straßenbaumaßnahmen weitestgehend abgeschlossen. Die Straßenbaumaßnahmen sind für 2015 jeweils mit 2.000.000 € im Haushaltsplan veranschlagt. Nach derzeitigem Stand werden diese jedoch nicht vor Ende 2016 abgeschlossen sein. Die jeweiligen Auszahlungen werden unmittelbar mit RWE-Power zur Erstattung abgerechnet.

6. Leasingverträge bestanden in 2014 für die Anmietung der Dienstfahrzeuge (ca. 12.400 €), der Kuvertiermaschine (ca. 3.900 €), der Kopierer (ca. 8.700 €) und der Hardware (PC, Bildschirme, Drucker) der PC-Arbeitsplätze (ca. 47.000 €).

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2014 -

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	050303 533940	Leistungen nach § 4 AsylBLG bei Krankheit u.a.	60.000,00		
		Bereits gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW erheblich überplanmäßig genehmigter Mehraufwand (-auszahlung) gemäß Ratsbeschluss v. 24.09.2014	+ 213.000,00		
			273.000,00	30.000,00	13.10.2014
		Bereits in der Ratssitzung am 24.09.2014 sind bei dem o. a. Produktsachkonto erheblichen Mehraufwendungen in Höhe von 213.000 € gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt worden. Aufgrund von erneuten zusätzlichen Krankheitsfällen reichen diese bereits genehmigten Mittel bis zum Jahresende nicht aus. Nach Berechnungen des Fachamtes werden bis zum Jahresende 2014 noch Mittel in Höhe von 30.000 € benötigt.			
		Deckung: Mehrerträge beim Produktsachkonto: 060400 448200 - Erstattungen von Gemeinden (GV) -			30.000,00 EUR
2	050303 533940	Leistungen nach § 4 AsylBLG bei Krankheit u.a.	60.000,00		
		Bereits gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW erheblich überplanmäßig genehmigter Mehraufwand (-auszahlung) gemäß Ratsbeschluss v. 24.09.2014	+ 213.000,00		
		Bereits gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW überplanmäßig genehmigter Mehraufwand (-auszahlung) am 13.10.2014	+ 30.000,00		
			303.000,00	30.000,00	11.11.2014
		Bereits in der Ratssitzung am 24.09.2014 sind bei dem o. a. Produktsachkonto erheblichen Mehraufwendungen in Höhe von 213.000 € gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt worden. Am 13.10.2014 wurde weiteren Mehraufwendungen in Höhe von 30.000,00 € gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW zugestimmt. Aufgrund von erneuten zusätzlichen Krankheitsfällen reichen diese bereits genehmigten Mittel bis zum Jahresende nicht aus. Nach Berechnungen des Fachamtes werden bis zum Jahresende 2014 noch Mittel in Höhe von 30.000 € benötigt.			
		Deckung: Mehrerträge beim Produktsachkonto: 060400 448200 - Erstattungen von Gemeinden (GV) -			30.000,00 EUR

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
3	050303 533930	Leistungen nach §§ 3, 5 und 6 AsylbLG	270.000,00	17.000,00	26.11.2014
		Bereits gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW erheblich überplanmäßig genehmigter Mehraufwand (-auszahlung) gemäß Ratsbeschluss v. 24.09.2014	+ 272.000,00		
		überplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 21 Abs. 1 GemHVO am 13.11.2014	+ 25.000,00		
			567.000,00	17.000,00	26.11.2014

Bereits in der Ratssitzung am 24.09.2014 sind bei dem o. a. Produktsachkonto erheblichen Mehraufwendungen in Höhe von 272.000 € gem. § 83 Abs. 2 GO NRW zugestimmt worden. Am 13.11.2014 wurde weiteren Mehraufwendungen in Höhe von 25.000,00 € im Rahmen der Budgetierung gemäß § 21 Abs. 1 GemHVO zugestimmt. Aufgrund von erneuten zusätzlichen Zuweisungen von Asylbewerbern reichen diese bereits genehmigten Mittel bis zum Jahresende nicht aus.

Deckung: Mehrerträge beim Produktsachkonto 060400 448200
- Erstattung von Gemeinden (GV) - 17.000,00 EUR

4	011100 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen	0,00	50.000,00	19.01.2015

Im Rahmen des Jahresabschlusses und gem. Berechnung/ Schreiben des Amtes 30 vom 12.01.2015 ist die Rückstellung Prozesskostenrisiko um 50.000,00 EUR zu erhöhen.

Deckung: Mehrerträge beim Produktsachkonto 160100 403100
- Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen - Vergnügungssteuer - 50.000,00 EUR

5	010800 515100	Personalmanagement - Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger -	0,00	387.299,00	05.03.2015

Gemäß Berechnung der Rheinischen Versorgungskasse müssen den Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger 387.299,00 EUR zugeführt werden. Mit der aktuellen Hochrechnung der Rheinischen Versorgungskasse wurden die Kopfschadenstatistiken auf eine neue, erweiterte Datenbasis umgestellt. Da die neuen Statistiken insbesondere in höheren Altern einen signifikanten anderen Verlauf aufweisen als die bisherigen Wahrscheinlichkeitstafeln war zum 31.12.2014 eine Bewertungsanpassung erforderlich. Diese Bewertungsanpassung erfolgte unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Änderung des Besoldungsversorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 NRW vom 11.11.2014.

Deckung: Mehrerträge beim Produktsachkonto:
080300 452100 - Bereitstellung und Betrieb von Bädern - Erstattung von Steuern - 322.934,00 EUR
Einsparung beim Produktsachkonto:
010800 506100 - Personalmanagement
- Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte - 64.365,00 EUR
insgesamt: 387.299,00 EUR

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
6	010800 516100	Personalmanagement - Zuführung zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger -	0,00	280.286,00	10.03.2015

Gemäß Berechnung der Rheinischen Versorgungskasse müssen den Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger 280.286,00 EUR zugeführt werden. Mit der aktuellen Hochrechnung der Rheinischen Versorgungskasse wurden die Kopfschadenstatistiken auf eine neue, erweiterte Datenbasis umgestellt. Da die neuen Statistiken insbesondere in höheren Altern einen signifikanten anderen Verlauf aufweisen als die bisherigen Wahrscheinlichkeitstafeln war zum 31.12.2014 eine Bewertungsanpassung erforderlich. Die Bewertung erfolgt nun unter Einschluss der Statistiken für ambulante und stationäre Pflege und unter Beachtung der tatsächlichen Gegebenheiten.

Deckung:	Mehrerträge bei den Produktsachkonten:		
	080300 452100 - Bereitstellung und Betrieb von Bädern - Erstattung von Steuern -	267.000,00	EUR
	010800 458320 - Personalmanagement - Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertber. aus Forderungen -	13.286,00	EUR
	insgesamt:	280.286,00	EUR

7	011100 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen	0,00	113.000,00	26.03.2015
		Bereits gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW überplanmäßig genehmigter Mehraufwand am 19.01.2015	+ 50.000,00		
			50.000,00	113.000,00	26.03.2015

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 ist eine Rückstellung für Prozesskostenrisiken in Höhe von 163.000,00 EUR zu bilden. 50.000,00 EUR sind bereits am 19.01.2015 gebildet worden, sodass noch 113.000,00 EUR benötigt werden.

Deckung:	Minderaufwendungen beim Produktsachkonto: 120101 571100		
	- Abschreibungen auf Sachanlagen - Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Tunnel -	113.000,00	EUR

8	**Instandhaltungsrückstellungen**		0,00		
	010600 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Zentrale Dienste		130.000,00	27.03.2015
	030101 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Grundschulen		240.000,00	27.03.2015
	030102 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Hauptschule		43.000,00	27.03.2015
	030104 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Gymnasien		267.000,00	27.03.2015
	040100 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Kulturförderung		30.000,00	27.03.2015
	060205 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - KG Gerderath		15.000,00	27.03.2015
	060207 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - KG Hetzerath		15.000,00	27.03.2015
	080100 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen		85.000,00	27.03.2015
	080300 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Bereitstellung und Betrieb von Bädern		130.000,00	27.03.2015
	100603 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Verwaltung und Betrieb Unterkünfte		80.000,00	27.03.2015
	120102 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Parkplätze und Parkbauten		9.000,00	27.03.2015
	130500 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Friedhöfe		53.000,00	27.03.2015
	150202 549500	Zuführung zu sonstigen Rückstellungen - Mehrzweckgebäude		130.000,00	27.03.2015
			Gesamtbedarf:	1.227.000,00	

Lfd. Nr.	Produktsachkonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung

Bildung von Instandhaltungsrückstellungen für bauliche Unterhaltungsmaßnahmen im Rahmen des Jahresabschlusses 2014.

Deckung:	Mehrerträge bei den Produktsachkonten:			
	160100 403100 - Vergnügungssteuer		178.000,00	EUR
	030103 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - Europaschule -		127.918,82	EUR
	030104 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - Gymnasien -		72.077,56	EUR
	030105 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - Förderschule -		28.498,89	EUR
	060201 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - KG Adolf-Kolping-Hof -		10.327,68	EUR
	060205 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - KG Gerderath -		8.786,98	EUR
	100602 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - Verwaltung und Betrieb Obdächer -		21.845,98	EUR
	150202 458200 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung von Rückstellungen - - Mehrzweckgebäude -		42.300,21	EUR
	010800 458205 - Erträge aus der Auflösung o. Herabsetzung sonst. Rückstellungen		45.197,15	EUR
		Summe Mehrerträge:	534.953,27	EUR
Deckung:	Minderaufwendungen bei den Produktsachkonten:			
	030103 521100 - bauliche Unterhaltung - Europaschule		256.000,00	EUR
	160100 534100 - Gewerbesteuerumlage		79.000,00	EUR
	160100 534200 - Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit		77.000,00	EUR
	160200 551600 - Zinsaufwendungen an öffentliche Sonderrechnungen		127.000,00	EUR
	160200 551710 - Zinsaufwendungen an priv. Unternehmen - Liquiditätskredite		48.046,73	EUR
	120101 522100 - Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens - Straße		50.000,00	EUR
	120101 529100 - Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen - Straße		55.000,00	EUR
		Summe Minderaufwendungen:	692.046,73	EUR
		Insgesamt:	1.227.000,00	EUR

Erläuterungen

zu den über- und außerplanmäßigen investiven Auszahlungen, die dem Hauptausschuss und dem Rat zur Kenntnis gegeben wurden. Darüber hinaus gab es geringfügige über- und außerplanmäßige investive Mehrauszahlungen, die keine Kenntnisnahme durch den Rat erforderten.

- Haushaltsjahr 2014 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	H06020802	Kindergarten Buscherhof Ausbau Ü3	0,00	15.000,00	21.03.2014

Für weitere Ü-3 Plätze wurden 50.000,00 € vorsorglich im Haushaltsplan 2014 beim Kindergarten „Adolf-Kolping-Hof“ eingeplant. Nun werden aber die Mehrzweckräume im Kindergärten Buscherhof u.a. als zusätzliche Gruppenräume benötigt. Für den Umbau im Kindergarten Buscherhof ist deshalb ein Betrag in Höhe von 15.000,00 € entsprechend bereitzustellen.

Deckung: Einsparung beim Investitionskonto:
H06020103 - Erweiterung und Umbau KG Adolf-Kolping-Hof Ü3 - 15.000,00 EUR

2	T12024001	Öffentliche Straßenbeleuchtung Commerden	0,00	16.033,66	08.05.2014

Aufgrund eines Freileitungsrückbaus durch die NEW kann gleichzeitig die Beleuchtung in Commerden erneuert werden. Durch die gemeinsamen Tiefbauarbeiten mit der NEW können die Kosten für die Tiefbauarbeiten halbiert und somit Mehrkosten von knapp 13.000,00 € vermieden werden.

Deckung: Einsparung beim Investitionskonto:
T12029000 - Alle Stadtteile - Öffentliche Beleuchtung < 10.000,00 € - 16.033,66 EUR

3	B02157015	Löschfahrzeug LF 10/ 6 Venrath	110.000,00	19.000,00	26.06.2014

Mehrauszahlungen im Rahmen der Beschaffung eines Löschfahrzeuges für die Löschgruppe Venrath (Beschluss Hauptausschuss v. 26.06.2014).

Deckung: Einsparung beim Investitionskonto:
B02157010 - Tanklöschfahrzeug TLF 20/ 40 SL - 19.000,00 EUR

Erläuterungen

zur Genehmigung von erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und (investiven) Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW

- Haushaltsjahr 2014 -

Lfd. Nr.	Produktsachkonto/ Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	050303 533930	Leistungen nach §§ 3, 5 und 6 AsylbLG	270.000,00	272.000,00	24.09.2014

Bei der Ermittlung der Haushaltsansätze für das Haushaltsjahr 2014 war nicht abzusehen, dass sich die Anzahl der aufzunehmenden Personen überproportional erhöht. Trotz einer erhöhten Ansatzplanung für das Jahr 2014 reichen die Mittel nicht aus, um die überproportionalen Zuweisungssteigerungen abzudecken (siehe Ratsbeschluss v. 24.09.2014).

Deckung:	Mehrerträge bei den Produktsachkonten:		
	050303 448100 - Erstattungen vom Land	75.914,00	EUR
	060400 448200 - Erstattung von Gemeinden	196.086,00	EUR
		272.000,00	EUR

2	050303 533940	Leistungen nach § 4 AsylbLG - Krankenhilfe u.a.	60.000,00	213.000,00	24.09.2014

Neben den unter Punkt 1 beschriebenen, nicht eingeplanten, überproportionalen Zuweisungssteigerungen begründet sich der Mehraufwand insbesondere durch schwere Erkrankungen in zwei Fällen (siehe Ratsbeschluss v. 24.09.2014).

Deckung:	Einsparung beim Produktsachkonto 050303 533911 - HzL gem. § 2 AsylbLG	40.000,00	EUR
	Mehrerträge beim Produktsachkonto 060400 448200 - Erstattung von Gemeinden	173.000,00	EUR
		213.000,00	EUR

3	H10060302	Umbau "Südpromenade 31" in ein Asylantenwohnheim	0,00	75.000,00	20.10.2014

Der Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales hat in seiner Sitzung am 17.09.2014 beschlossen, dass Gebäude „Südpromenade 31“ zukünftig für die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen zu nutzen. Die Kosten für den Umbau wurden durch das Fachamt auf 130.000,00 € taxiert. Kassenwirksam werden im Jahr 2014 voraussichtlich Auftragsbestandteile i. H. v. 75.000,00 €. Dringlichkeitsentscheidung v. 20.10.2014. Zustimmung Rat der Stadt Erkelenz am 17.12.2014.

Deckung:	Kürzung bei den Investitionskonten:		
	B01180040 - Geräte/Schlepper - Ersatz HS-2461/ERK-A1136 -	65.000,00	EUR
	B01180048 - Kleinlaster mit Kipper - Ersatz HS- 2473/ERK-A1110 -	10.000,00	EUR
		75.000,00	EUR

Erläuterungen

zur Genehmigung von erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gem. § 85 Abs. 1 GO NRW

- Haushaltsjahr 2014 -

Lfd. Nr.	Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	H10060302	Umbau "Südpromenade 31" in ein Asylantenwohnheim	0,00	55.000,00	20.10.2014

Der Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales hat in seiner Sitzung am 17.09.2014 beschlossen, dass Gebäude „Südpromenade 31“ zukünftig für die Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen zu nutzen. Die Kosten für den Umbau wurden durch das Fachamt auf 130.000,00 € taxiert. Kassenwirksam werden im Jahr 2014 voraussichtlich Auftragsbestandteile i. H. v. 75.000,00 €. Darüber hinaus sollen im Jahr 2014 Auftragsbestandteile über 55.000,00 € beauftragt werden. Dringlichkeitsentscheidung v. 20.10.2014. Zustimmung Rat der Stadt Erkelenz am 17.12.2014.

Deckung:	Kürzung bem Investitionskonto:		
	G01130001 - Erwerb und Verkauf von Grundstücken und Gebäuden -	55.000,00	EUR

Anlagenspiegel

Stadt Erkelenz

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen			Buchwert	
	Stand am 31.12.2013	Zugänge in 2014	Abgänge in 2014	Um-buchungen in 2014	Abschrei-bungen in 2014	Zuschrei-bungen in 2014	Kumulierte Afa (auch Vorjahr)	Stand am 31.12.2014	am 31.12.2013
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
		+	-	+/-	-	+	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	839.682,24	30.343,42	0,00	0,00	-53.424,55	0,00	-785.876,76	84.148,90	107.230,03
2. Sachanlagen									
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte									
2.1.1 Grünflächen	55.422.810,20	131.977,50	-2.697,95	637.173,18	-215.715,79	0,00	-781.987,28	55.407.275,65	54.856.538,71
2.1.2 Ackerland	2.035.189,22	0,00	-392.376,13	-132.597,08	0,00	0,00	0,00	1.510.216,01	2.035.189,22
2.1.3 Wald, Forsten	546.468,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	546.468,87	546.468,87
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.247.256,29	6.068,62	0,00	-6.068,32	0,00	0,00	0,00	3.247.256,59	3.247.256,29
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte									
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	8.427.324,34	0,00	0,00	761.895,66	-150.102,70	0,00	-1.074.431,65	8.114.788,35	7.502.995,39
2.2.2 Schulen	69.872.066,12	0,00	0,00	2.825.335,45	-1.354.243,68	0,00	-10.743.925,65	61.953.475,92	60.482.384,15
2.2.3 Wohnbauten	3.820.323,00	0,00	-1.471.279,00	0,00	-44.890,12	0,00	-366.698,40	1.982.345,60	3.333.001,24
2.2.4 Sonstige Dienst- Geschäfts- und Betriebsgebäude	52.302.154,68	0,00	-3.504,00	24.658,48	-1.028.870,87	0,00	-6.773.678,60	45.549.630,56	46.557.346,95
2.3 Infrastrukturvermögen									
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	25.525.665,98	1.535.320,36	-23.144,00	12.943,60	0,00	0,00	0,00	27.050.785,94	25.525.665,98
2.3.2 Brücken und Tunnel	1.042.097,34	0,00	0,00	0,00	-30.179,89	0,00	-250.505,02	791.592,32	821.772,21
2.3.3 Gleisanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.212.588,65	0,00	-3.633,00	0,00	-48.600,83	0,00	-384.512,84	1.824.442,81	1.876.187,62
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanla	95.618.652,64	4.596.191,10	0,00	821.870,10	-3.408.245,26	0,00	-26.811.045,54	74.225.668,30	72.215.852,36
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.042,89	0,00	0,00	0,00	-405,75	0,00	-2.195,67	1.847,22	2.252,97
2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden	1.453.539,45	0,00	0,00	0,00	-57.366,88	0,00	-458.000,37	995.539,08	1.052.905,96
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	45.365,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45.365,80	45.365,80
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.089.915,56	473.326,74	-1.205,15	0,00	-404.367,98	0,00	-2.505.758,18	2.056.278,97	1.988.073,43
2.7 Betriebs- und Geschäftssaustattung	7.037.967,61	668.528,09	-138.261,54	-6.203,83	-428.565,35	0,00	-3.360.138,80	4.201.891,53	4.082.812,06
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	7.095.615,34	2.304.545,07	0,00	-4.939.007,24	0,00	0,00	0,00	4.461.153,17	7.095.615,34
3. Finanzanlagen									
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	4.675.365,56	0,00	0,00	-1.627.081,56	0,00	0,00	0,00	3.048.284,00	4.675.365,56
3.2 Beteiligungen	990.793,31	4.489,26	0,00	1.627.081,56	0,00	0,00	0,00	2.622.364,13	990.793,31
3.3 Sondervermögen	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.421.530,74	37.421.530,74
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	234.206,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	234.206,43	234.206,43
3.5 Ausleihungen									
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.019.336,76	46.019.336,76
	429.979.959,02	**9.750.790,16**	**-2.036.100,77**	**0,00**	**-7.224.979,65**	**0,00**	**-54.298.754,76**	**383.395.893,65**	**382.716.147,38**

Stadt Erkelenz

Anlage 2 zum Anhang

Forderungsspiegel zum 31. Dezember 2014

Art der Forderungen	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres Euro	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr Euro	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahren Euro	Restlaufzeit über 5 Jahre Euro	Gesamtbetrag des Vorjahres Euro
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen					
1.1 Gebühren	504.028,27	495.835,95	7.849,30	343,02	492.733,08
1.2 Beiträge	257.982,03	253.913,03	4.069,00	-	388.644,32
1.3 Steuern	7.188.609,72	7.186.056,71	2.553,01	-	7.740.284,70
1.4 Forderungen aus Transferleistungen	447.994,83	446.660,61	1.334,22	-	519.046,58
1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.440.658,34	2.433.367,25	7.291,09	-	3.095.454,86
2. Privatrechtliche Forderungen					
2.1 gegenüber dem privaten Bereich	792.968,69	790.534,06	2.434,63	-	825.945,82
2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2.3 gegen verbundene Unternehmen	-	-	-	-	-
2.4 gegen Beteiligungen	-	-	-	-	-
2.5 gegen Sondervermögen	2.789.746,85	2.789.746,85	-	-	2.937.642,53
3. Sonstige Vermögensgegenstände					
3.1 Sonstige Vermögensgegenstände	1.534.483,12	1.534.483,12	-	-	1.293.833,31
4. Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	**15.956.471,85**	**15.930.597,58**	**25.531,25**	**343,02**	**17.293.585,20**

Verbindlichkeitenspiegel
zum 31. Dezember 2014

Art der Verbindlichkeiten	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres Euro	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr Euro	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahren Euro	Restlaufzeit über 5 Jahre Euro	Gesamtbetrag des Vorjahres Euro
1. Anleihen	-	-	-	-	-
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-	-	-	-	-
2.1 von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-
2.2 von Beteiligungen	-	-	-	-	-
2.3 von Sondervermögen	-	-	-	-	-
2.4 vom öffentlichen Bereich	2.722.946,58	297.603,32	1.190.413,28	1.234.929,98	2.833.049,90
2.5 vom Kreditinstituten	17.520.732,36	1.322.590,83	5.044.920,58	11.153.220,95	18.766.989,18
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	-	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	953.610,90	953.610,90	-	-	1.046.533,25
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	266.376,71	266.376,71	-	-	658.344,71
7. Sonstige Verbindlichkeiten	233.555,08	233.555,08	-	-	3.237.687,01
8. Erhaltene Anzahlungen	1.040.529,88	1.040.529,88	-	-	0,00*
9. Summe aller Verbindlichkeiten	**22.737.751,51**	**4.114.266,72**	**6.235.333,86**	**12.388.150,93**	**26.542.604,05**

Nachrichtlich:	
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten :	
Bürgschaften für die Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz	16.255.308,16
Bürgschaften für die Grundstücks- und Entwicklungs-gesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co.KG (GEE)	3.960.000,00
insgesamt:	**20.215.308,16**

*Im Jahr 2013 wurden die "Erhaltenen Anzahlungen" noch bei den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesen.

Stadt Erkelenz

Anlage 4 zum Anhang

Rückstellungsspiegel

Arten der Rückstellungen	Gesamtbetrag am 01.01.2014 EUR	Veränderungen im Haushaltsjahr: Zuführungen EUR	Veränderungen im Haushaltsjahr: Laufende Auflösungen EUR	Veränderungen im Haushaltsjahr: Grund entfallen EUR	Gesamtbetrag am 31.12.2014 EUR
Pensionsrückstellungen Beschäftigte	14.105.991,00	969.870,00	0,00	0,00	15.075.861,00
Beihilferückstellungen Beschäftigte	4.058.492,00	81.211,00	0,00	0,00	4.139.703,00
Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger	13.654.710,00	387.299,00	0,00	0,00	14.042.009,00
Beihilferückstellungen Versorgungsempfänger	3.979.891,00	280.286,00	0,00	0,00	4.260.177,00
Sonstige Rückstellung (Personalaufwand) - LoB u.a.	350.529,23	7.727,00	66.529,23	0,00	291.727,00
Instandhaltungsrückstellungen Zentrale Dienste	58.000,00	130.000,00	0,00	0,00	188.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Gefahrenabwehr	53.500,00	0,00	15.633,74	7.366,26	30.500,00
Instandhaltungsrückstellungen Grundschulen	1.201.445,34	240.000,00	123.124,06	1.321,28	1.317.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Hauptschulen	45.000,00	43.000,00	45.000,00	0,00	43.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Europaschule	1.559.130,42	0,00	522.099,11	127.918,82	909.112,49
Instandhaltungsrückstellungen Gymnasien	632.211,70	267.000,00	94.268,60	72.077,56	732.865,54
Instandhaltungsrückstellungen Pestalozzischule	190.000,00	0,00	16.501,11	28.498,89	145.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Kulturförderung	128.500,00	30.000,00	0,00	0,00	158.500,00
Instandhaltungsrückstellungen Westpromenade	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Adolf-Kolping-Hof	18.555,68	0,00	8.228,00	10.327,68	0,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Gerderath	15.000,00	15.000,00	6.213,02	8.786,98	15.000,00
Instandhaltungsrückstellungen KG Hetzerath	0,00	15.000,00	0,00	0,00	15.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Sportanlagen	85.000,00	85.000,00	50.000,00	0,00	120.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Bäderbetrieb	85.000,00	130.000,00	0,00	0,00	215.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Unterkünfte Wohnungslose	80.000,00	0,00	58.154,02	21.845,98	0,00
Instandhaltungsrückstellungen Unterkünfte Spätaussiedler	115.000,00	80.000,00	0,00	0,00	195.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Parkdeck Ostpromenade	0,00	9.000,00	0,00	0,00	9.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Kriegsgräber	17.304,95	0,00	0,00	5.561,22	11.743,73
Instandhaltungsrückstellungen Friedhöfe	55.000,00	53.000,00	40.000,00	0,00	68.000,00
Instandhaltungsrückstellungen Mehrzweckgebäude	606.059,65	130.000,00	110.495,29	42.300,21	583.264,15
Rückstellungen für Altersteilzeit	2.806.263,65	0,00	593.929,42	0,00	2.212.334,23
Urlaubsrückstellungen	459.955,43	36.659,59	0,00	0,00	496.615,02
Überstundenrückstellungen	88.507,15	34.810,47	0,00	0,00	123.317,62
Rückstellungen Prüfung GPA	77.222,25	26.600,00	52.222,25	0,00	51.600,00
Drohverlustrückstellungen	5.299.806,57	0,00	0,00	0,00	5.299.806,57
Sonst. Rückstellungen	434.604,00	0,00	434.604,00	0,00	0,00
Rückstellungen Prozesskostenrisiko	76.000,00	163.000,00	0,00	0,00	239.000,00
Gesamt:	**50.346.680,02**	**3.214.463,06**	**2.237.001,85**	**326.004,88**	**50.998.136,35**

Anlage 3

Lagebericht

L a g e b e r i c h t

1. Allgemeines

Nach § 95 GO NRW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht gemäß § 48 GemHVO beizufügen.

Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2007 hat die Stadt Erkelenz das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt und legt somit den achten Jahresabschluss auf der Basis dieses neuen Rechnungswesens vor.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Jahresergebnisses

Die Ergebnisplanung mit einem prognostizierten Jahresergebnis von -2.180.000,00 € konnte in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis von -418.248,95 € (Jahresfehlbetrag des Vorjahres -580.779,37 €) abschließen. Dies bedeutet eine Verbesserung des Geschäftsverlaufes um 1.761.751,05 €.

Bei den ordentlichen Erträgen ergibt sich gegenüber der Planung eine Verbesserung um 1.229 T €. Im Einzelnen ergeben sich Ertragsverbesserungen von 74 T € bei den „privatrechtlichen Leistungsentgelten“, von 1.102 T € bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“, von 1.120 T € bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ und von 2 T€ bei den „öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten“. Dem gegenüber ergeben sich Mindererträge von 713 T € bei den „Steuern und ähnlichen Abgaben“, von 119 T € bei den „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“, von 166 T € bei den „sonstigen Transfererträgen“, und von 71 T € bei den „aktivierten Eigenleistungen“.

Betrachtet man das Ergebnis der ordentlichen Aufwendungen, so ergeben sich hier beim Vergleich des Ergebnisses zum Planansatz insgesamt Minderaufwendungen und somit Ergebnisverbesserungen in Höhe von 730 T€. Diese reduzierten Aufwendungen ergeben sich rechnerisch bei den Personalaufwendungen in Höhe von 264 T€, den Aufwendungen für „Sach- und Dienstleistungen“ von 1.776 T€ und

den bilanziellen Abschreibungen von 816 T€. Dem gegenüber stehen Mehraufwendungen bei den Versorgungsaufwendungen von 550 T€, den Transferaufwendungen von 336 T€ und den sonstigen ordentlichen Aufwendungen von 1.240 T€.

Beim ordentlichen Ergebnis ergibt sich somit eine Verbesserung im Vergleich Planansatz und Ergebnis in Höhe von 1.959 T €.

Unter Berücksichtigung der Mindererträge bei den „Finanzerträgen“ von 384 T € und den Minderaufwendungen bei den „Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen“ von 187 T € ergibt sich die oben dargestellte Verbesserung des Geschäftsverlaufes von 1.762 T €.

Unter Einbeziehung der in 2013 nach 2014 vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen bei den Auszahlungen von 2.310.009,29 € sowie bei den Einzahlungen von 1.450.000,00 € verbesserte sich der Bestand an „eigenen Finanzmitteln“ in der Finanzrechnung gegenüber der Planung um 4.438.288,45 €. Verbesserungen beim „Saldo aus der lfd. Verwaltungstätigkeit“ um 3.888.493,53 € sowie beim „Saldo aus der Investitionstätigkeit“ um 3.356.155,06 € stehen Verschlechterungen beim „Saldo aus der Finanzierungstätigkeit“ um 2.806.360,14 € gegenüber.

Ausgehend von einem in der Bilanz ausgewiesenen Bestand an liquiden Mittel von insgesamt 6.369.771,11 €, ergeben sich unter Berücksichtigung einer Forderung gegenüber dem Städt. Abwasserbetriebes in Höhe von 2.789.746,85 € (im Vorjahr 2.937.642,53 €) und zuzüglich des negativen Bestandes an fremden Finanzmitteln (= Forderung) in Höhe von 43.132,28 € kurzfristig zu realisierende städtische Mittel von 9.202.650,24 € zum 31.12.2014.

3. Analyse der Vermögenslage

Auf der Aktivseite der Bilanz ist das Vermögen der Stadt Erkelenz ausgewiesen, das sich zum 31.12.2014 auf 409.882.181,06 € beläuft. Es hat sich somit im Jahre 2014 um 2.613.178,62 € (+0,64 %) erhöht. Dabei beträgt das Anlagevermögen 383.395.893,65 € (Vorjahr: 382.716.147,38 €), was einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 0,18 % entspricht. Prozentual gesehen beträgt das Anlagevermögen 93,54 % der Bilanzsumme, während dieser Wert in 2013 noch 93,97 % betrug. Das Umlaufvermögen umfasst zum Stichtag 22.326.242,96 € oder 5,45 % (Vorjahr = 20.334.149,75 € bzw. 4,99 %). Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist Zahlungen in Höhe von 4.160.044,45 € bzw. 1,01 % (Vorjahr 4.218.705,31 € bzw. 1,04 %) der Bilanzsumme aus.

Das Anlagevermögen besteht aus

- Immateriellen Vermögensgegenständen von 84.148,90 € (- 23.081,13 €)
- Sachanlagen von 293.966.022,69 € (+ 698.338,14 €)
- Finanzanlagen von 89.345.722,06 € (+ 4.489,26 €)

Das Umlaufvermögen besteht aus

- öffentlichen und privatrechtlichen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen von 15.956.471,85 € (- 1.337.113,35 €)
- liquiden Mitteln von 6.369.771,11 € (+ 3.329.206,56 €)

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum Bilanzstichtag

4.160.044,45 € (- 58.660,86 €).

4. Analyse der Finanzlage

Die Passivseite der Bilanz gibt Antwort auf die Frage, wem das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen gehört. Dabei kommt es besonders auf das Verhältnis von Eigenkapital zum Fremdkapital an. Ein hohes Eigenkapital zeugt von einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit und drängt zwangsläufig das Fremdkapital zurück, das ja mit seinen Zinsaufwendungen den Ergebnisplan negativ beeinflusst.

Das Eigenkapital besteht aus

- der allgemeinen Rücklage in Höhe von 189.406.577,58 €
- der Sonderrücklage in Höhe von 1.631.570,82 €
- der Ausgleichsrücklage in Höhe von 10.892.068,36 €
- dem Jahresfehlbetrag in Höhe von - 418.248,95 €.

Weiter rechnet man zum Eigenkapital die

- Sonderposten in Höhe von 125.636.779,08 €,

die sich überwiegend aus Landeszuweisungen und Beiträgen zusammensetzen und durch ihre ertragswirksame Auflösung über die Nutzungsdauer den Abschreibungsaufwand anteilig neutralisiert.

Die vorstehenden Passivposten umfassen 327.148.746,89 € und weisen somit ein Eigenkapital von 79,82 % der Bilanzsumme aus (bisher 79,04 %).

Die Rückstellungen in Höhe von 50.998.136,35 €, die man wegen ihres späteren Liquiditätsabflusses dem Fremdkapital zurechnet, sichern in erster Linie die zukünftigen Pensionsaufwendungen.

Eindeutig Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten, die in ihrer unterschiedlichen Art insgesamt 22.737.751,51 € betragen (Vorjahr 26.542.604,05 €). Sie reduzieren sich also um 3.804.852,54 € (= - 14,33 %).

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen führen zu einer Fremdkapitalquote von 17,99 % (bisher 18,88 %). Soweit die Rückstellungen wider erwarten doch nicht benötigt werden sollten, würden sie zu einer ertragswirksamen Auflösung und damit zu einer Entlastung künftiger Jahresergebnisse führen.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 8.997.546,31 € = 2,20 % der Bilanzsumme (bisher 8.464.578,49 € = 2,08 %) ausgewiesen. Es handelt sich fast hauptsächlich um die Abgrenzung vereinnahmter Friedhofsgebühren (T€ 6.329), den Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und an die freien Träger ausgezahlt wurden (T€ 1.603) und weitere, kleinere Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 1.066).

5. Bilanzkennzahlen

Für die Beurteilung einer Bilanz sind spezielle Analysemethoden in Form von Kennzahlen üblich. Sie dienen dem temporären und interkommunalen Vergleich. Nachstehend einige wichtige Kennzahlen:

EkQ1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 49{,}16\ \%$$

Vorjahr: 49,79 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ (EkQ1) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit.

EkQ2

$$\frac{\text{Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 79{,}60\ \%$$

Vorjahr: 78,81 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ (EkQ2) misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Da die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Anteil in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die langfristigen Sonderposten erweitert.

AbI

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 8{,}04\ \%$$

Vorjahr: 8,45 %

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

AnD1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 52{,}56\ \%$$

Vorjahr: 52,99 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ (AnD1) zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert ist.

AnD2

$$\frac{(\text{EK + SoPo (Zuwendungen+Beiträge) + langfristiges Fremdskapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} = 98{,}11\%$$

Vorjahr: 96,84 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert wird. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

ZIQ

$$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 1{,}10\ \%$$

Vorjahr: 1,14 %

Die Kennzahl „Zinslastquote“ zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht.

NSQ

$$\frac{\text{Steuern u.ä.Abgaben – Gewerbesteueruml.–Finanzierungsbet.Fonds Deutscher Einheit X 100}}{\text{Ordentliche Erträge – Gewerbesteueruml.-Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutscher Einheit}} = 56{,}53\ \%$$

Vorjahr: 53,74%

Die Kennzahl „Netto-Steuerquote“ gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen „Dritter“, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zu stehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Nach dem 31.12.2014 ergaben sich keine Vorgänge oder Vorfälle, die erläuterungs- oder erwähnungsbedürftig wären.

7. Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz

Vor dem Hintergrund einer zum Jahresende 2014 wieder an Fahrt gewinnenden deutschen Gesamtwirtschaft (bereinigtes BIP im letzten Quartal + 0,7 % gg. drittes Quartal), sollen nachfolgend die wesentlichen Einflussfaktoren für das abgelaufene Jahresergebnis als auch die daraus resultierenden Chancen und Risiken für die weitere Entwicklung des städtischen Haushalts betrachtet werden.

Wie schon in 2013, so konnte auch in 2014 das Jahresergebnis eine erfreuliche Verbesserung gegenüber der Planung feststellen. In diesem Jahr schließt die Ergebnisrechnung mit einem Ergebnis von - 418.248,95 € ab, was gegenüber der Planung eine Verbesserung von 1.761.751,05 € bedeutet. Wo sind die Ursachen für diese erfreuliche Verbesserung gegenüber der Planung zu sehen?

Bevor dieser Frage nachgegangen wird, soll zunächst einmal ein Blick auf die Gewerbesteuer geworfen werden, deren Ertrag im letzten Jahr gegenüber den Vorjahren doch erheblich gesunken war. Analysiert und gemutmaßt wurde, dass es sich dabei um eine Konsolidierung auf hohem Niveau handelte. Erfreulicherweise kann ein Blick auf den diesjährigen Gewerbesteuerertrag diese Analyse bestätigen. Die Gewerbesteuer schließt in 2014 mit einem Ertrag von 20,4 Mio. € ab, was gegenüber dem letztjährigen Jahresergebnis eine Verbesserung von 2,1 Mio. € bedeutet. Die Analyse und Hypothese des Vorjahres konnte also durch die aktuellen Zahlen eindrucksvoll bestätigt werden.

Betrachtet man nun die Verbesserung des Jahresergebnisses 2014 von gut 1,7 Mio. € gegenüber der Planung, so fällt zunächst auf, dass sich die „ordentlichen Erträge“ um 1,2 Mio. € erhöht haben und die „ordentlichen Aufwendungen“ um 0,7 Mio. € reduziert werden konnten. Daneben ist beim Finanzergebnis noch eine geringfügige Verschlechterung von 0,2 Mio. € eingetreten. Die Verbesserung resultiert also sowohl auf eine positive Entwicklung bei den „ordentlichen Erträgen“ als auch auf eine positive Entwicklung bei den „ordentlichen Aufwendungen“ - nahezu ein Idealfall! Ertragsverbesserungen stehen gleichzeitig Aufwandsreduzierungen gegenüber!

Während bei den meisten Ertragsgruppen Punktlandungen festgestellt werden konnten, ergeben sich bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. €. Diese sind mit + 0,8 Mio. € insbesondere im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ zu verzeichnen. Zurückzuführen ist der erhöhte Ertrag darauf, dass erhöhte Fallzahlen zu erhöhten Erstattungsleistungen geführt haben. Daneben konnten bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ ebenfalls erfreuliche Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. € gebucht werden. Dafür verantwortlich ist insbesondere eine (leider) einmalige Steuererstattung von 0,7 Mio. €.

Auf der Aufwandsseite ergeben sich insgesamt Aufwandsreduzierungen von 0,7 Mio. €. Eine Betrachtung auf einige wenige Aufwandsgruppen ist hier leider nicht möglich. Für eine genaue Analyse müssten sehr viele einzelne Aufwandsarten intensiv betrachtet werden, um zu belastbaren Aussagen zu kommen. Dies würde aber hier eindeutig den Rahmen sprengen. Soweit sich aus einzelnen Aufwandsarten aber positive oder negative Tendenzen für künftige Jahre ergeben, wird darauf noch an späterer Stelle eingegangen werden.

Positiver Ausfluss dieses Jahresergebnisses ist, dass für künftige Haushalte noch 10.473.819,41 € zum Ausgleich künftiger Defizite in der Ausgleichsrücklage zur Verfügung stehen – immerhin ca.1,7 Mio. € mehr als ursprünglich geplant!

Auch in der Finanzrechnung können erfreuliche Kennzahlen abgelesen werden. Der „Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit“ schließt mit einem Plus von 4.512.978,53 € ab, was einerseits dazu führte, dass die kompletten Tilgungsleistungen (1,4 Mio. €) damit bezahlt werden konnten und andererseits dieses Ergebnis zur Erhöhung der liquiden Mittel auf 6.369.771,11 € zum 31.12.2014 beigetragen hat. Die in 2014 vorgenommen Investitionen von 3,444 Mio.€ konnten ausnahmslos durch Mittel von Dritten finanziert werden. Demzufolge brauchten in 2014 auch keine Kredite für Investitionen aufgenommen werden.

Bilanziell wirkt sich dieser insgesamt erfreuliche Jahresverlauf dahingehend aus, dass die Bilanzsumme sich auf 409.882.181,06 € (+0,60%) erhöht hat, das Eigenkapital sich nur geringfügig (-0,60 %) verringert, die „Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen“ um 1,35 Mio. € auf 20,24 Mio. € reduziert werden konnten und sich die liquiden Mittel um 3.329.206,56 € erhöht haben. Der Bestand an Liquiditätskrediten betrug auch zum Jahresultimo 0,00 €.

Für die Ergebnisrechnung künftiger Jahre wird es von der Ertragsseite her weiter elementar sein, eine konstante Netto-Steuerquote zu erzielen als auch verlässliche und konstante Zuwendungen zu verzeichnen. Hier tragen Punktlandungen bei diesen Ertragsgruppen zu konstanten Jahresergebnissen künftiger Jahre wesentlich bei. Solange die Steuereinnahmen auch mittelfristig weiter in Rekordhöhe sprudeln, dürfte von dieser Seite keine Gefahr für unseren Haushalt drohen. Eine gesamtwirtschaftliche Trendumkehr ist hier derzeit jedenfalls nicht zu erkennen. Mittelfristig dürfte daher von der Ertragsseite her prägend für unseren Haushalt die Gestaltung der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Abschaffung/Änderung des Solidaritätszuschlags; Umgestaltung des Finanzausgleichs) als auch die konkrete Umsetzung der Schuldenbremse in NRW werden.

Die Aufwandsseite dagegen wird dagegen auch in künftigen Jahren maßgeblich durch die Transferaufwendungen bestimmt werden. Hier sind insbesondere drei verschiedene Arten von Fremdeinflüssen zu nennen, die künftige Haushalte beeinflussen werden:

1. Die mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verbundenen Aufwendungen werden auch 2015 unseren Haushalt maßgeblich beeinflussen. Hier werden aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik für 2015 fast 500.000 neue Anträge prognostiziert, was gegenüber 2014 eine mehr als Verdoppelung bedeuten würde. Entscheidend für den Einfluss auf den Haushalt dürfte hier die Beantwortung der Frage werden, in welcher Höhe sich der Bund bzw. das Land an diesen erhöhten Aufwendungen, die mit dieser erhöhten Anzahl an unterzubringenden Personen einhergeht, beteiligen wird.

2. Weiterhin ein nicht zu unterschätzender Faktor sind die Aufwendungen des Produktbereiches 06 – Kinder- Jugend- und Familienhilfe -. Hier sind einerseits die zwingend notwendigen Personalaufwendungen, die mit der

Betreuung der Kinder und Jugendlichen in allen Altersstufen zusammenhängen als auch andererseits die Transferaufwendungen, die insbesondere mit ambulanten Hilfen, der Vollzeitpflege und den stationären Unterbringen von Jugendlichen einhergehen, als Kostenfaktoren zu nennen. Eine rein kostenorientierte Betrachtung verbietet sich hier jedoch aufgrund der menschlichen Einzelschicksale, die jeder einzelne Fall mit sich bringt. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land sich dessen bewusst sind und die Kommunen finanziell ausreichend unterstützen.

3. Schließlich zählt auch die jährlich zu zahlende Kreisumlage zum Transferaufwand. Schließt das Jahresergebnis hier mit einem Ergebnis von 19,99 Mio. € (=21,99 % aller Aufwendungen) ab, so sieht der Haushaltsplan bereits 20,98 Mio. € (= 22,84 % aller Aufwendungen) an Kreisumlagezahlungen vor und Verlautbarungen aus dem Kreishaus gehen schon von einen nochmals um 10 Mio. € erhöhten Kreisumlagebedarf für 2016 aus. Sollte es so kommen, würde dies zu einer nochmals um ca. 1,75 Mio. € höheren Kreisumlage führen. In Summe würde dies 23,7 Mio. € und prozentual ca. 25 % aller unserer konsumtiven Aufwendungen bedeuten. Unvorstellbar, aber durchaus kein utopisches Szenario! Hier gilt es mit aller Macht gegenzusteuern und insbesondere die Kreispolitik und den Landrat zu einer fortlaufenden Aufgabenkritik und damit einhergehend, einer strikten Spardisziplin anzuhalten.

Auf der anderen Seite sind jedoch als Trümpfe eine noch immer gut gefüllte Ausgleichsrücklage (10,5 Mio. € zum 31.12.2014), die es durchaus ermöglicht ein schlechtes Haushaltsjahr ohne größeren Schaden zu überstehen, als auch die Arbeitsgruppe „Sparen“, die interfraktionell zusammen mit der Verwaltung auch in kritischen Situationen tarierte Entscheidungen zum Wohle der Stadt vorbereitet hat, zu nennen.

Bilanziell und in künftigen Finanzrechnungen sollte der eingeschlagene Weg, die Schulden kontinuierlich abzubauen, Liquiditätskredite zu vermeiden und sich gleichzeitig städtebaulich weiter zu entwickeln, weiterhin beschritten werden. Hierzu können sicherlich die zum Jahresende vorhandenen liquiden Mittel auch in den Jahren 2015 und 2016 genutzt werden. Auch wenn die Zinssituation derzeit historisch niedrig ist, so bleibt es dabei, dass Zinsen, die nicht gezahlt werden müssen, noch immer wirtschaftlicher sind als die mit den niedrigsten Zinssätzen verbundenen Zahlungen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass durchaus Risiken für künftige Haushalte bestehen, aber dass uns diese aufgrund der aktuellen haushaltswirtschaftlichen Lage und der bestehenden Chancen nicht von einem erwartungsfrohen Blick in die Zukunft abhalten sollten.

Ergänzung des Lageberichtes durch den weiteren Verwaltungsvorstand:

I. Allgemeine Erläuterungen

Der Lagebericht zur Jahresrechnung soll nicht nur einen reinen Bericht zu den Finanzdaten enthalten, sondern vielmehr auch einen Gesamtüberblick über die wesentlichen Entwicklungen im Berichtsjahr geben. Dabei soll ein Überblick „zur Gesamtunternehmenslage“ als auch eine Einschätzung der bedeutenden Vorgänge, die sich seit der Planung ereignet haben, gegeben werden. Ebenfalls sollen Aussagen zu den zukünftigen Chancen und Risiken der Kommune getroffen werden.

Nach der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) und den in der Stadt festgesetzten Zuständigkeiten ergeben sich für den Verwaltungsvorstand klare Verantwortungsbereiche, die sich logischer Weise dann auch im Lagebericht widerspiegeln sollten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Kommune – also auch die Stadt Erkelenz – gegenüber der Bürgerschaft sowie im staatlichen föderalen Konstrukt mit den zugewiesenen pflichtigen Pflichtaufgaben einen Gesamtauftrag zu erfüllen hat. Hieraus ergibt sich, dass trotz der getrennten Zuständigkeit immer die Gesamtsituation zu sehen ist und nicht einzelne, gerade gesellschaftspolitisch willkommene Themen so forciert werden, dass die Erfüllung des Gesamtauftrages oder die Gesamtfinanzen hierdurch mit starken negativen Auswirkungen gefährdet werden.

Der Kämmerer hat in seinem Teil des Lageberichts für die Stadt Erkelenz einen guten Überblick über die tatsächlichen Verhältnisse, die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage gegeben. Zur Vermeidung von Redundanzen und unnötiger nur seitenfüllender Texterstellung wird sich der ergänzende Teil des Lageberichts, der vom Bürgermeister sowie den Dezernenten zu verfassen ist, daher nur auf ergänzende bedeutende Themenfelder beziehen.

II. Bürgermeister und Dezernent des Dez.I, Peter Jansen

Die Zuständigkeit erstreckt sich entsprechend der Funktion auf besonders bedeutende Gesamthemen der Verwaltung und aus dem politischen Raum sowie bedeutende Entwicklungen aus den dem Dezernat zugeordneten Bereichen.

Der seit Jahren erkennbare Trend in NRW, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben vom Land übertragen bzw. die für die Aufgabenerledigung festgelegten Standards durch das Land erhöht werden, ohne aber gleichzeitig die dafür erforderliche Finanzausstattung signifikant zu verbessern, setzt sich weiterhin fort. Zwar wurden – auch für die Zukunft- durch Bund und Land ergänzende finanzielle Hilfen zugesagt, aber die Mehrbelastung, die insbesondere durch steigende Sozialleistungen, Kreisumlagen, Flüchtlingsbetreuung und überproportional steigende Personalkosten auf Grund der Umsetzung der Vorgaben in den Kinderbetreuungseinrichtungen entstehen, verursachen insgesamt eine steigende Belastung. Dazu bleibt, wie seit langen Jahren auch in den Medien und vom Städte- und Gemeindebund gefordert, eine bessere Finanzausstattung der Kommunen durch das Land NRW weiter aus. Hier hinken die Kommunen in NRW deutlich der Finanzausstattung in anderen Bundesländern hinterher. Die jetzige **Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes** (GFG) in NRW bestraft fast die, die sich um eine

solide Haushaltswirtschaft bemühen. Aus dieser GFG-Systematik resultieren sowohl Chancen als auch Risiken für künftige Haushalte:

Risiko:

Die verfassungsrechtlich für das Land NRW vorgeschriebene Einhaltung der Schuldengrenze bringt für die Verteilmaße im Landeshaushalt noch mehr Finanzenge, wenn nicht endlich – wie in anderen Bundesländern bereits geschehen – eine tatsächliche Konsolidierung der Ausgaben des Landes gelingt.
Dies gilt gleichermaßen für die Kreisumlage, die nach jetziger Planung des Kreises bereits ab 2016 eine deutliche Mehrbelastung für die Kommunen signalisiert (Siehe Ausführungen des Kämmerers).

Chance:

Die Chance ist darin zu sehen, dass es dem Land endlich gelingt, die Fortsetzung der derzeitig positiven Steuereinnahmeentwicklung unterstellend, einen gerechteren Verteilungsschlüssel für die jährlichen GFG-Mittel zu finden. Dabei muss endlich „gerechter“ in der Art und Weise im GFG definiert werden, dass die positive und nachhaltige Haushaltswirtschaft von Kommunen positiv belohnt wird und nicht, wie bisher, mit einzelnen Parametern im GFG Klientelpolitik betrieben wird.

Ein weiteres Zentralthema ist der **heranrückende Tagebau**, der enorme Verwaltungsressourcen bindet. Durch eine Vereinbarung mit RWE Power konnte erstmalig erreicht werden, dass das Unternehmen sich auch dazu bekennt, die gesamtstädtischen Belange negativ zu beeinflussen und hierfür Ersatzleistungen anbietet bzw. Ansprüche schriftlich zusichert. Hieraus können sich positive Entwicklungen ergeben. RWE Power hat alle bisher zugesagten und verhandelten Leistungen erbracht, so dass aus den bisherigen Umsiedlungsprozessen in Immerath, Borschemich und Pesch, wenn überhaupt, nur noch geringfügige Risiken bestehen. Der Verlust von Einwohnern verursacht auch gleichzeitig den Verlust an Kauf- und Finanzkraft, der aber insgesamt durch die positive allgemeine Entwicklung kompensiert werden kann.

Durch Einflüsse im Zusammenhang mit der Energie- und Klimapolitik sowie die aktuellen Diskussionen zu Sonderabgaben für das Unternehmen RWE wird seit rund zwei Jahren der Bestand des Tagebaubetreibers in Frage gestellt. In Bezug auf Anteile am Unternehmen, Arbeitsplätzen und Steuerleistungen des Unternehmens stellt dies keine unmittelbaren Finanzrisiken für Erkelenz dar. Fraglich ist jedoch, welche Auswirkungen ein Ausstieg aus der Förderung hinsichtlich der Folgelasten für die Rekultivierung, einer evtl. begonnenen Umsiedlung für den nächsten Abschnitt und für die Ewigkeitslasten haben könnte. Seit zwei Jahren verlangt hier die Stadt, dass mit der Genehmigung des Landes hier Sicherheiten geschaffen werden. Falls das Land die Sicherheiten nicht schafft bleibt abzuwarten, was daraus an konkreten Risiken für die Stadt Erkelenz entstehen kann.

Die **Personalkosten** im städtischen Haushalt sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen, was aber letztendlich aus den gesteigerten Anforderungen gerade bei den Kindertagesstätten resultiert. Insgesamt ist die Quote der Personalkosten gut vertretbar. Bei den ca. 23 % Personalkosten in Relation zum Gesamthaushalt muss man jedoch bei einem interkommunalen Vergleich beachten,

dass dabei die Personalkosten des Abwasserbetriebs berücksichtigt werden, während die im Abwasserbetrieb bewirtschafteten Sachkosten bei der prozentualen Berechnung keine Berücksichtigung finden. Die GPA NRW hat mit dem Prüfbericht 2014 sehr deutlich attestiert, dass die Effizienz der Verwaltung – und damit die Personalkosten – sehr positiv bewertet werden. Aktuell wurde das Projekt „Prozessmanagement" gestartet, das in den nächsten Jahren hier weitere Entlastungen bringen soll.

Die **Wohnungsmarktpolitik** mittels der städtischen Grundstücksentwicklungsgesellschaft (GEE) sowie auch die Strategie der Gewerbeansiedlungen mit der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen schafft erkennbar Stärke bei den Einkommensteueranteilen und der Gewerbesteuer. Insgesamt ist derzeit eine weitere, sich bereits auf hohem Niveau befindende, leicht positive Weiterentwicklung zu erwarten. Besonders große Einzelrisiken für Erkelenz bestehen auf Grund des aktuellen Gewerbemixes und der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur nicht. Hier sind eher positiv stabilisierende Effekte zu sehen. Zu beobachten bleibt aber, wie sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland und auch die Arbeitslosenzahl entwickeln wird. Eine negative Gesamtentwicklung hätte natürlich am Ende auch negative Auswirkungen auf die Stadt.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die durch die Stadt steuerbaren Bereiche gut entwickelt und positiv zu bewerten sind. Hieraus resultiert auch letztendlich die positive, fast „Alleinstellung" des Erkelenzer Haushalts in der Region. Die Kommunen im Allgemeinen, aber auch die Stadt Erkelenz im Speziellen, werden nach wie vor stark von der finanziellen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialleistungspolitik des Bundes und des Landes NRW abhängig sein.

III. Erster Beigeordneter und Dezernent des Dez. II, Dr. Hans-Heiner Gotzen

Ergänzend zu den Ausführungen zu Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz ist auf zwei besondere Themen hinzuweisen.
Der Kämmerer hat in seinen Ausführungen bereits zutreffend auf das auch in der Tagespresse präsente Thema der steigenden Anzahl von **Asylbegehrenden** hingewiesen. Hierbei handelt es sich um ein nahezu unkalkulierbares Thema, weil es keine verbindliche Höchstquote für die Zuweisungen von asylbegehrenden Menschen gibt. Die Kommunen sind vielmehr verpflichtet, die Versorgung der ihnen zugewiesenen ausländischen Flüchtlinge sicherzustellen, unabhängig davon, ob räumliche oder finanzielle Möglichkeiten bestehen. Hierbei erweist sich für den kommunalen Haushalt als besonders problematisch, dass bislang in NRW nur der deutlich geringere Anteil der anfallenden Kosten durch das Land erstattet wird. Den größten Anteil müssen die Kommunen selbst schultern. Auch die medizinische Versorgung der ausländischen Flüchtlinge muss aus kommunalen Mitteln finanziert werden. Der Umfang der notwendigen Versorgung ist individuell geprägt und kann erhebliche Summen zur Folge haben. Erst seit Kurzem wird das maximale finanzielle Risiko pro Person bei 70.000 Euro gedeckelt und werden darüber hinausgehende Kosten durch das Land erstattet. Neben den direkten Leistungen in Form von Regelsätzen, Unterkunftskosten und medizinischer Versorgung ist auch zusätzliches Personal erforderlich, das zu entsprechender Steigerung der Personalausgaben führt. Dies reicht von Personal für Hausmeisterdienste in den Unterkünften, über Verwaltungspersonal und Personal für die soziale Betreuung.

Neben den allgemein im Jugendhilfebereich bereits vom Kämmerer angesprochenen Risikofaktoren wirkt sich als nur schwer kalkulierbares Risiko auch die Sicherstellung des **Rechtsanspruchs auf Betreuung der U3 und Ü3-Kinder** aus. Da die sicherzustellende Versorgungsquote oft nur wenige Monate vor Beginn des Kindergartenjahres bekannt ist, müssen dann kurzfristig alle Anstrengungen unternommen werden, entsprechende Angebote zeitgerecht vorzuhalten. Dies führt im Einzelfall dazu, dass innerhalb weniger Monate zusätzliche Räumlichkeiten und auch das Personal gefunden werden müssen. Da die Kosten auch hier stets anteilmäßig von der Kommune getragen werden, ist die finanzielle Steuerung in diesem Bereich nur begrenzt möglich. Zusätzliche Kinder aufgrund des v.g. Flüchtlingsstroms machen auch den in früheren Jahren häufig als Kompensation der steigenden Kosten für die U3-Betreuung angepriesenen Rückgang in der Ü3-Betreuung obsolet. Die einst kalkulierten Ü3-Plätze reichen meist nicht und machen auch in diesem Bereich stets neu kurzfristiges Handeln erforderlich.

IV. Technischer Beigeordneter und Dezernent des Dez. III, Ansgar Lurweg

In Ergänzung zu den Ausführungen des Kämmerers ist aus Sicht des Baudezernenten die kontinuierliche Begleitung, Überprüfung und Unterhaltung des **Anlagevermögens** in Form von Gebäuden, Straßen, Grünflächen und allgemeinen Erschließungsanlagen auch für die zukünftigen Entwicklungen zu gewährleisten. Dank einer guten und vorausschauenden Finanzplanung und der Bildung von entsprechenden Rückstellungen besteht die Chance, bei notwendigen Aufgabenänderungen den Bestand sogar weiter auszubauen und den guten Zustand der Anlagen zu erhalten. Hier ist besonders das ambitionierte Fassaden-Sanierungsprogramm im Schulzentrum hervorzuheben, das im Jahr 2015 aller Vorrausicht nach abgeschlossen wird. Gleichwohl bleibt auch die Aufgabe wichtig, den erforderlichen Gebäudebestand und das damit verbundene Nutzungsspektrum weiterhin kritisch zu hinterfragen und ggfls. anzupassen.

Die Planung in den folgenden Jahren, aber auch im bereits abgelaufen Jahr 2014, wird sich verstärkt an der Balance zwischen **Klimaschutzanforderungen** und dem tatsächlichen Bau- und Planungsgeschehen orientieren müssen; Klimaschutzkonzept und EEA-Prozess versus Braunkohlenplanung, die Entwicklung zukunftsweisender Baugebiete, Gewerbegebiete und Umsiedlungsstandorte versus zunehmenden Flächenverbrauch. Größer kann das Spannungsfeld eigentlich kaum sein. Das birgt Risiken aber auch Chancen für die Stadt Erkelenz sich für die Zukunft nachhaltig gut aufzustellen. Dass der Klimawandel auch in Erkelenz angekommen ist, zeigen die Planungen des Abwasserbetriebes, der im Hinblick auf die Niederschlagswasserbeseitigung und Niederschlagswasserbehandlung verstärkte Anstrengungen unternehmen muss, die Abwasserreinigungsanlage für die Zukunft zu rüsten.

Die Entwicklung der planungsrechtlichen Möglichkeiten für 2 **Klimaschutzsiedlungen** auf dem Stadtgebiet, die Überlegungen für **Brachflächennachnutzungen** auf dem REWE-Gelände und auch in der Innenstadt mit dem Flächenpotenzial im Bereich des Amtsgerichts, bieten Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung, die der Gesamtstadt zu Gute kommt und somit auch den Haushalt der Stadt Erkelenz zukünftig stärkt. Das gilt ebenso für die Weiterentwicklung des GIPCO, für den die Planungen im Jahr 2015 und 2016 intensiviert werden müssen.

Das die Stadt Erkelenz bei der **Braunkohlenplanung** nicht immer alleine auf weiter Flur steht ist gut. Der Interkommunale Planungsverband mit der Stadt Mönchengladbach und den Gemeinden Jüchen und Titz ist ein richtiger Schritt, die zu erwartenden Folgeprobleme im Bereich des Tagebaues Garzweiler II in einen großräumigeren Kontext zu stellen um die Chancen aus der noch nicht ganz klaren Entwicklungsperspektive im Bereich des Tagebaurandes für die Zukunft zu nutzen. Im Zusammenhang mit der zurzeit auf politischer Ebene geführten Diskussion um die Zukunft der Braunkohle sind die Risiken nur schwer abschätzbar. Vertragliche Regelungen mit dem Bergbautreibendem und der gemeinsame Auftritt des Planungsverbandes führen hier zumindest zu einer mittelfristigen Sicherheit.

Bäume pflanzen gegen den Tagebau für mehr Klimaschutz, eine aktuelle Forderung aus dem Workshop „Bewusstseinsbildung“ zur Erarbeitung des Klimaschutzkonzepts von Erkelenzer Bürgern, versus Wirtschaftlichkeit der Grünflächenunterhaltung des Baubetriebshofes. Klimaschutz im Kleinen. Die Umstrukturierungen am **Baubetriebshof** vor allem im Personalbereich werden im Jahr 2015 mit den letzten Nachbesetzungen von freien Stellen zu Ende geführt. In den kommenden 2 Jahren wird sich zeigen, ob auch dort die Mitarbeiter für die zukünftigen Anforderungen im beschriebenen Spannungsfeld gerüstet sind.

Der Verwaltungsvorstand der Stadt Erkelenz:

Peter Jansen	Dr.Hans-Heiner Gotzen	Ansgar Lurweg	Norbert Schmitz
Bürgermeister	Erster Beigeordneter	Techn.Beigeordneter	Kämmerer

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 14/078/2015 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Rechnungsprüfungsamt	Datum: 20.11.2015 Verfasser: Amt 14 Martin Jansen

Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 96 Absatz 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2015	Rechnungsprüfungsausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NW entscheiden die Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigern sie die Entlastung oder sprechen sie diese mit Einschränkungen aus, so haben sie dafür die Gründe anzugeben.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2014 durch den Rechnungsprüfungsausschuss sowie das festgestellte Ergebnis dieses Jahresabschlusses haben nicht zu Einwendungen geführt, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen**.**

Die vor der Entlastung des Bürgermeisters zu fassenden Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses sowie über das festgestellte Ergebnis des Jahresabschlusses liegen vor.

Von daher wird vorgeschlagen, dem Bürgermeister die Entlastung hinsichtlich des Jahresabschlusses 2014 zu erteilen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Hauptausschuss / Rat):
„Dem Bürgermeister wird gemäß § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW für den festgestellten Jahresabschluss 2014 die Entlastung erteilt.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 14/079/2015 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Rechnungsprüfungsamt	Datum: 20.11.2015 Verfasser: Amt 14 Martin Jansen

Prüfung und Bestätigung des Gesamtabschlusses 2014 gemäß § 116 Absatz 6 i.V.m. Absatz 2 bis 8 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2015	Rechnungsprüfungsausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Gemäß § 116 GO NRW hat die Gemeinde in jedem Haushaltsjahr für den Abschluss-stichtag 31.12. d. J. einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. In diesem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss gemäß § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren.

Nach § 116 Absatz 5 Satz 1 GO NRW i.V.m. § 95 Absatz 3 GO NRW hat die Zuleitung an den Rat innerhalb von 9 Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres zu erfolgen. Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 wurde am 03.08.2015 vom Kämmerer aufgestellt und am gleichen Tage vom Bürgermeister bestätigt. Der Bürgermeister hat den von ihm bestätigten Entwurf des Gesamtabschlusses form- und fristgerecht dem Rat am 16.09.2015 zur Bestätigung zugeleitet. Gemäß Beschluss des Rates vom gleichen Tage wurde der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 nach § 116 Absatz 6 GO NRW an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung verwiesen, der sich zur Durchführung dieser Arbeiten der Örtlichen Rechnungsprüfung bedient (§ 101 Absatz 8 GO NRW).

Gemäß § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 GO NRW ist der geprüfte Gesamtabschluss bis zum 31.12. des auf den Abschlussstichtag folgenden Jahres vom Rat durch Beschluss zu bestätigen. Der Gesamtabschluss 2014 ist also bis spätestens 31.12.2015 zu bestätigen. Dieser Termin kann seitens der Örtlichen Rechnungsprüfung bzw. des Rechnungsprüfungsausschusses eingehalten werden. Damit erfüllt die Stadt Erkelenz die gesetzlich vorgegebenen Fristen sowohl für den Jahresabschluss 2014 hinsichtlich dessen Feststellung als auch für den Gesamtabschluss 2014 hinsichtlich dessen Bestätigung. Sie zählt damit zu den ersten bzw. wenigen Kommu-

nen, die die gesetzlichen Fristen sowohl für den Jahresabschluss als auch den Gesamtabschluss einhalten.

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat folgende in § 116 Absatz 6 GO NRW beschriebenen Prüfungsaufgaben wahrgenommen, die für die Prüfung des Entwurfes des Gesamtabschlusses maßgebend sind:

1. Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 wurde dahingehend geprüft, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-Ertrags- und Finanzgesamtlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungs-mäßiger Buchführung ergibt.

2. Weiterhin war zu prüfen, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

3. Der Gesamtlagebericht wurde daraufhin geprüft, ob er mit dem Gesamt-abschluss im Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde vermitteln.

Das Ergebnis der Prüfung ist in einem Bestätigungsvermerk zusammenzufassen. Er hat eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses zu enthalten, die zweifelsfrei ergeben muss, ob

- ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wird,
- ein eingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wird,
- der Bestätigungsvermerk auf Grund von Beanstandungen versagt wird oder
- der Bestätigungsvermerk deshalb versagt wird, weil der Prüfer nicht in der Lage ist, eine Beurteilung vorzunehmen.

Aufgrund ihrer Prüfungstätigkeit kommt die Örtliche Rechnungsprüfung zu dem Ergebnis, dass die durchgeführte Prüfung zu keinen Einwendungen geführt hat. Es kann daher ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für den Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 erteilt werden.

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt dem Rechnungsprüfungsausschuss, sich den Prüfbericht und den Bestätigungsvermerk zu Eigen zu machen. Der Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses ist gemäß § 116 Absatz 6 letzter Satz i.V.m. § 101 Absatz 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen. Damit wird deutlich gemacht, dass der Rechnungsprüfungsausschuss als gesetzlich zuständiges Prüfgremium die Verantwortung trägt für das Ergebnis der Prüfung und den Bestätigungsvermerk.

Weiterhin wird bestätigt, dass der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 einen Gesamtjahresüberschuss von 1.551.332,07 € aufweist. Dieser soll der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Hauptausschuss / Rat):
„1) Der von der Örtlichen Rechnungsprüfung vorgelegte Bericht über die Prüfung des Entwurfes des Gesamtabschlusses 2014, der dem Original dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist, wird anerkannt.

Die durchgeführte Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt (uneingeschränkter Bestätigungsvermerk gemäß § 101 Absatz 3 GO NRW).

2) Gleichzeitig wird nach § 116 Absatz 6 GO NRW bestätigt, dass

1. der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt;

2. die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind;

3. der Gesamtlagebericht mit dem Gesamtabschluss im Einklang steht und seine Angaben eine zutreffende Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Stadt Erkelenz vermitteln.

3) Der Gesamtjahresüberschuss von 1.551.332,07 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Bericht über die Prüfung des Entwurfes des Gesamtabschlusses 2014

Stadt Erkelenz
Örtliche Rechnungsprüfung



Prüfbericht und Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung vom 20.11.2015 zum Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Erkelenz zum 31.12.2014

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses vom 03.12.2015

Anlage 2 zum Original der Niederschrift über die 2. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.12.2015

H.-J. Paffen Ausschussvorsitzender	M. Jansen Schriftführer

Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkungen ... 3
2 Prüfungsauftrag ... 4
3 Grundsätzliche Feststellungen ... 5
3.1 Gesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz ... 5
3.2 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf ... 6
3.3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ... 6
3.4 Zusammenfassende Beurteilung der Örtlichen Rechnungsprüfung ... 10
3.5 Unregelmäßigkeiten ... 11
4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung ... 12
4.1 Gegenstand der Prüfung ... 12
4.2 Art und Umfang der Prüfung ... 13
5 Feststellung und Erläuterungen zur Gesamtabschlussrechnungslegung ... 14
5.1 Konsolidierungskreis ... 14
5.2 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse ... 15
5.3 Konsolidierungsmaßnahmen ... 15
5.4 Gesamtabschlussstichtag ... 16
5.5 Gesamtabschlussbuchführung und Konsolidierungs-unterlagen ... 16
5.6 Ordnungsmäßigkeit der Gesamtabschlussrechnungslegung ... 17
6 Feststellung und Erläuterungen zum Gesamtabschluss und zum Gesamtlagebericht ... 17
6.1 Gesamtabschluss ... 17
6.2 Gesamtlagebericht ... 18
6.3 Gesamtanhang ... 18
6.4 Gesamtaussage des Gesamtabschlusses ... 19
6.5 Erläuterungen zur Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage ... 19
6.5.1 Vermögens- und Schuldengesamtlage ... 19
6.5.2 Ertragsgesamtlage ... 20
6.5.3 Finanzgesamtlage ... 21
7 Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes der Örtlichen Rechnungsprüfung ... 22
8 Bestätigungsvermerk ... 24
9 Anlagen zum Bericht ... 26

1 Vorbemerkungen

Mit dem Gesamtabschluss 2014 legt die Stadt Erkelenz nach 2010 zum fünften Mal den nach § 116 der Gemeindeordnung (GO NRW) gesetzlich geforderten Gesamtabschluss vor.

Das Gemeindehaushaltsrecht verpflichtet die Kommunen spätestens zum Stichtag 31.12. eines jeden Jahres einen Gesamtabschluss aufzustellen, der – wie ein Konzernabschluss in der Privatwirtschaft – die verselbstständigten Aufgabenbereiche mit der Kernverwaltung zusammenfasst.

Die bilanzielle Gesamtbetrachtung gibt Rechenschaft über die Aufgabenerledigung und die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der Stadt Erkelenz ab.

Mit dem Gesamtabschluss wird ein wichtiges Ziel der Reform des Haushaltsrechtes, nämlich die Erreichung bzw. Rückgewinnung einer Gesamtsicht über die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gebietskörperschaften, umgesetzt. Mit der Grundüberlegung, dass die Kernverwaltung und alle Beteiligungen eine wirtschaftliche Einheit sind, wird für den Gesamtabschluss der kommunale Abschluss mit den Abschlüssen der Beteiligungen und Ausgliederungen kumuliert, um die Konzernstruktur zu verdeutlichen und die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage übersichtlich darzustellen. Unter der Fiktion der wirtschaftlichen Einheit werden die Bilanz und die Ergebnisrechnung so dargestellt, als hätten keine Ausgliederungen stattgefunden.

Damit wird umfassend ein der tatsächlichen Aufgabengliederung entsprechendes Bild über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Stadt Erkelenz und ihrer verselbstständigten Aufgabenbereiche, im Nachfolgenden „Konzern Stadt Erkelenz“ genannt, abgegeben.

Den politischen Gremien und der Verwaltungsführung soll dadurch die Möglichkeit eröffnet werden, den Konzern Stadt Erkelenz als Gesamtheit zu betrachten, auszurichten und zu steuern. Dem Gesetz liegt der Gedanke einer Gesamtsteuerung zugrunde. Dies sind bislang nur theoretische Erwägungen, da es nur wenige praktische Erfahrungen mit derartigen Steuerungsmöglichkeiten gibt. Zukünftig soll nicht mehr allein die wirtschaftliche Lage der Teilbereiche getrennt bewertet werden. Vielmehr ist die wirtschaftliche Gesamtlage von Bedeutung. Hierzu müssen die Einzelabschlüsse (oder wesentliche Daten daraus) der verselbstständigten Aufgabenbereiche sowie der Abschluss der Stadt Erkelenz selbst in einen Gesamtabschluss unter Eliminierung der Leistungsbeziehungen untereinander übertragen und zusammengefasst werden (Konsolidierungsprozess).

2 Prüfungsauftrag

Die Zuständigkeitsregelungen zur Prüfung des Gesamtabschlusses durch den Rechnungsprüfungsausschuss, die Örtliche Rechnungsprüfung sowie durch Dritte entsprechen den Vorschriften über die Prüfung des Jahresabschlusses der Kommune. Die Prüfung des Gesamtabschlusses obliegt gemäß § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 116 Abs. 6 GO NRW dem Rechnungsprüfungsausschuss.

Der Rechnungsprüfungsausschuss bedient sich dabei der Örtlichen Rechnungsprüfung gem. § 116 Abs. 6 Satz 4 i. V. m. § 101 Abs. 8 GO NRW. Die Prüfung des Gesamtabschlusses nach § 103 Abs. 1 Nr. 3 GO NRW gehört zum Aufgabenbereich der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Gemäß § 116 Abs. 6 GO NRW ist der Gesamtabschluss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Der Gesamtabschluss besteht gem. § 116 Abs. 1 Satz 2 GO NRW aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz, dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Am Schluss des Gesamtlageberichtes ist ein Verzeichnis gem. § 116 Abs. 4 GO NRW beizufügen.

Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabschluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 GO NRW gilt entsprechend.

Die Örtliche Rechnungsprüfung prüfte den Gesamtabschluss zum 31.12.2014 unter Einbeziehung des Gesamtlageberichtes gemäß § 101 Abs. 2 bis 8 GO NRW.

Der Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2014 ist in Anlehnung an die „Leitlinien zur Durchführung von kommunalen Gesamtabschlussprüfungen (IDR-L-300)“ und unter zu Hilfenahme der Prüfsoftware „Audit Solutions“ für Kommunale Prüfung der Fa. Audicon erstellt worden.

Um den besonderen kommunalen Ansprüchen bei der Prüfung des Gesamtabschlusses gerecht zu werden, hat Audicon mit der VERPA (Vereinigung der Örtlichen Rechnungsprüfungen in Nordrhein-Westfalen e.V.) und Vertretern der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner den VERPA-Prüferarbeitsplatz entwickelt. Gemeinsam mit der in der Wirtschaftsprüfung bewährten Software „Auditsolutions“ bildet der Prüferarbeitsplatz die Basis für die o.a. Software Lösung.

Der Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 wurde gemäß § 116 Abs. 5 GO NRW vom Kämmerer am 03.08.2015 aufgestellt. Der vom Bürgermeister der Stadt Erkelenz bestätigte Entwurf des Gesamtabschlusses 2014 wurde ebenfalls am 03.08.2015 unterzeichnet und am 10.09.2015 über den Hauptausschuss dem Rat der Stadt Erkelenz in der Sitzung vom 16.09.2015 zugeleitet. Damit wurde die gesetzliche Frist (§ 116 Abs. 5 i. V. m. § 95 Abs. 3 GO NRW), bis zum 30. September 2015 dem Rat der Stadt Erkelenz den Entwurf des Gesamtabschlusses zur Bestätigung zuzuleiten, eingehalten.

Somit gehört die Stadt Erkelenz wieder zu einer der wenigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die den gesetzlich geforderten Gesamtabschluss 2014 zum 30.09.2015 fristgerecht aufgestellt haben. Die Prüfung des Gesamtabschlusses erfolgte durch die Örtliche Rechnungsprüfung ab dem 01.10.2015 und konnte zum 20.11.2015 abgeschlossen werden.

Gem. § 116 Abs. 1 i. V. m. § 96 GO NRW ist der geprüfte Gesamtabschluss bis zum 31.12. des auf den Abschlussstichtag folgenden Jahres vom Rat durch Beschluss zu bestätigen. Dies wird voraussichtlich in der Sitzung des Rates vom 16.12.2015 erfolgen, so dass die gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf den Gesamtabschluss eingehalten werden können.

3 Grundsätzliche Feststellungen

3.1 Gesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz

Die gesetzlichen Vertreter der Stadt Erkelenz stellen im Gesamtabschluss und im Gesamtlagebericht die Lage des Konzerns Stadt Erkelenz dar.

Der Gesamtabschluss hat zum Bilanzstichtag 31.12.2014 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz zu vermitteln. Das Ergebnis ist zudem zu erläutern.

Der Gesamtlagebericht hat darüber hinaus gem. § 51 Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Gesamtabschlusses und die Gesamtlage in ihren tatsächlichen Verhältnissen zu geben.

Er muss so gefasst sein, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz vermittelt wird. Dabei ist auch auf die Chancen und Risiken für die künftige Gesamtentwicklung einzugehen.

Die vom Bürgermeister der Stadt Erkelenz bestätigte Gesamtlagebeurteilung des Kämmerers ist durch die Örtliche Rechnungsprüfung zu prüfen (vgl. § 116 Abs. 6 i. V. m. § 101 Abs. 8 GO NRW).

3.2 Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Nachfolgend stellt sich zusammengefasst die Gesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz dar:

• Die Gesamtergebnisrechnung weist im Haushaltsjahr 2014 einen Jahresüberschuss i.H.v. 1.551.332,07 € aus.

• Der Fehlbetrag der laufenden Geschäftstätigkeit des Mutterunternehmens Stadt Erkelenz beträgt im Haushaltsjahr 418.248,95 €.

• Weiterhin wird über die Vermögens- und Finanzgesamtlage im Einzelnen berichtet.

3.3 Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Im Gesamtlagebericht 2014 werden seitens der Konzernleitung folgende wesentliche Aussagen zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Konzerns Stadt Erkelenz getroffen:

„Nachdem das Ergebnis der Konzernmutter in 2013 in der Ergebnisrechnung lediglich mit einem Minus von 581 T€ abgeschlossen hatte, konnte das 2014er Jahresergebnis nochmals um ca. 163 T€ auf – 418.248,95 € verbessert werden. Die 2014er Bilanzsumme hat sich ebenfalls gegenüber 2013 mit einem Volumen von 409.882.181,06 € (+0,64 %) leicht erhöht. Die Ergebnisrechnung hat sich dabei gegenüber der Planung um 1.762 T€ verbessert. Also ein äußerst erfreulicher Geschäftsverlauf in 2014 gegenüber der ursprünglichen Planung! Sieht man sich diese Verbesserung gegenüber der Planung einmal etwas genauer an, erkennt man, dass sich die „ordentlichen Erträge“ um 1,2 Mio. € erhöht haben und die „ordentlichen Aufwendungen“ um 0,7 Mio.€ gegenüber der Planung reduziert werden konnten. Lediglich beim Finanzergebnis musste eine geringfügige Verschlechterung von 0,2 Mio. € verkraftet werden. Ursächlich für Verbesserungen bei den Erträgen waren insbesondere Ertragsverbesserungen bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ von 1,1 Mio. €, die mit einem Anteil von 0,8 Mio. € im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ zu verzeichnen waren. Daneben konnten bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ ebenfalls erfreuliche Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. € festgestellt werden. Hauptverantwortlich dafür ist eine (leider nur) einmalige Steuererstattung von 0,7 Mio.€. Diese Summe wurde letztendlich im Rahmen einer Betriebsprüfung vom Finanzamt für zu viel gezahlte Kapitalertragsteuer nachträglich erstattet. Die Reduzierungen auf der Aufwandsseite verteilen sich dagegen auf verschieden Aufwandsgruppen. Zur genaueren Analyse müssten sehr viele einzelne Aufwandsarten genauer betrachtet werden. Eine solche Analyse würde hier den Rahmen sprengen, ist aber auch bei einer Gesamtabweichung von 0,7 Mio. € nicht zwingend erforderlich. Erfreulich wirkte sich diese Verbesserung von 1.762 T€ im Ergebnis gegenüber der Planung natürlich auch auf den Bestand der Ausgleichsrücklage aus. Die Ausgleichsrücklage weist nach Verrechnung des Defizits immerhin noch einen Bestand von 10.473.819,41 € aus. Eine Summe die gleichbedeutend mit ca. 71 % des ursprünglichen Bestandes ist. Ist eine noch vorhandene Ausgleichsrücklage nach acht NKF-Abschlüssen schon allein eine Seltenheit unter den 396

nordrheinwestfälischen Kommunen, so dürfte dieser prozentuale Bestand noch umso mehr eine kommunale Rarität darstellen!

Neben diesen dargestellten Abweichungen zwischen Planung und Ergebnis dürfte es für die Ergebnisrechnung künftiger Jahre von der Ertragsseite her weiter elementar sein, eine konstante Netto-Steuerquote zu erzielen als auch verlässliche und konstante Zuwendungen zu verzeichnen. Hier tragen Punktlandungen bei diesen Ertragsgruppen zu konstanten Jahresergebnissen künftiger Jahre wesentlich bei. Solange die Steuereinnahmen auch mittelfristig weiter in Rekordhöhe sprudeln, dürfte von dieser Seite keine Gefahr für den Konzern drohen. Eine gesamtwirtschaftliche Trendumkehr ist hier derzeit jedenfalls nicht zu erkennen. Mittelfristig dürfte daher ertragsseitig für den Haushalt der Stadt die Gestaltung der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Abschaffung/Änderung des Solidaritätszuschlags; Umgestaltung des Finanzausgleichs) als auch die konkrete Umsetzung der Schuldenbremse in NRW prägend werden.

Die Aufwandsseite wird dagegen auch in künftigen Jahren maßgeblich durch die Transferaufwendungen bestimmt werden. Hier sind insbesondere drei verschiedene Arten von Fremdeinflüssen zu nennen, die künftige Haushalte beeinflussen werden:

1. *Die mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verbundenen Aufwendungen werden auch 2015 unseren Haushalt maßgeblich beeinflussen. Hier werden aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik für 2015 fast 500.000 neue Anträge prognostiziert, was gegenüber 2014 eine mehr als Verdoppelung bedeuten würde. Entscheidend für den Einfluss auf den Haushalt dürfte hier die Beantwortung der Frage werden, in welcher Höhe sich der Bund bzw. das Land an diesen erhöhten Aufwendungen, die mit dieser erhöhten Anzahl an unterzubringenden Personen einhergeht, beteiligen wird.*

2. *Weiterhin ein nicht zu unterschätzender Faktor sind die Aufwendungen des Produktbereiches 06 – Kinder- Jugend- und Familienhilfe -. Hier sind einerseits die zwingend notwendigen Personalaufwendungen, die mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen in allen Altersstufen zusammenhängen als auch andererseits die Transferaufwendungen, die insbesondere mit ambulanten Hilfen, der Vollzeitpflege und den stationären Unterbringen von Jugendlichen einhergehen, als Kostenfaktoren zu nennen. Eine rein kostenorientierte Betrachtung verbietet sich hier jedoch aufgrund der menschlichen Einzelschicksale, die jeder einzelne Fall mit sich bringt. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land sich dessen bewusst sind und die Kommunen finanziell ausreichend unterstützen.*

3. *Schließlich zählt auch die jährlich zu zahlende Kreisumlage zum Transferaufwand. Schließt das Jahresergebnis hier mit einem Ergebnis von 19,99 Mio. € (=21,99 % aller Aufwendungen) ab, so sieht der 2015er Haushaltsplan bereits 20,98 Mio. € (= 22,84 % aller Aufwendungen) an Kreisumlagezahlungen vor und Verlautbarungen aus dem Kreishaus gehen schon von einen nochmals um 10 Mio. € erhöhten Kreisumlagebedarf für 2016 aus. Sollte es so kommen, würde dies zu einer nochmals um ca. 1,75 Mio. € höheren Kreisumlage führen. In Summe würde dies 22,7 Mio. € und prozentual ca. 25 % aller unserer konsumtiven Aufwendungen bedeuten. Unvorstellbar, aber durchaus kein uto-*

pisches Szenario! Hier gilt es mit aller Macht gegenzusteuern und insbesondere die Kreispolitik und den Landrat zu einer fortlaufenden Aufgabenkritik und damit einhergehend, einer strikten Spardisziplin anzuhalten.

Bilanziell und in künftigen Finanzrechnungen sollte der eingeschlagene Weg, die Schulden kontinuierlich abzubauen, Liquiditätskredite zu vermeiden und sich gleichzeitig städtebaulich weiter zu entwickeln, weiterhin beschritten werden. Hierzu können sicherlich die zum Jahresende vorhandenen liquiden Mittel auch in den Jahren 2015 und 2016 genutzt werden. Auch wenn die Zinssituation derzeit historisch niedrig ist, so bleibt es dabei, dass Zinsen, die nicht gezahlt werden müssen, noch immer wirtschaftlicher sind als die mit den niedrigsten Zinssätzen verbundenen Zahlungen.

Daneben wurde in diesem Jahr im Lagebericht erstmalig auch eine Einschätzung der Lage durch den kompletten Verwaltungsvorstand vorgenommen. Dabei haben die Dezernenten als auch der Bürgermeister eine Einschätzung der Chancen und Risiken aus ihrer jeweiligen Sicht vorgenommen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf diese Ausführungen im Rahmen des 2014er Lageberichts beim NKF-Abschluss des Mutterkonzerns verwiesen. Die dort vorgenommenen Einschätzungen sind vollumfänglich auch auf die gegenwärtige Lage beim „Konzern Stadt" übertragbar.

Diese Einschätzungen berücksichtigend, wurden auch die Planungen für den NKF-Haushalt 2015 wieder kaufmännisch vorsichtig vorgenommen. Der Gewerbesteueransatz wurde basierend auf den Durchschnittswerten der vorherigen drei Rechnungsergebnisse und unter Berücksichtigung des laufenden Jahres um 1,0 Mio. € gegenüber dem 2014er Haushaltsansatz reduziert. Bei den Einkommensteueranteilen wurden die in den Orientierungsdaten vorgeschlagenen Erhöhungssätze, unter Berücksichtigung eines Sicherheitsabschlages, grundsätzlich angesetzt. Dabei wurde das erwartete 2014er Jahresergebnis als Basis genommen, um so auch die aktuelle Entwicklung des Jahres 2014 in zukünftigen Hauhalten zu berücksichtigen. Weiterhin wurden die sich bei den „Einkommensteueranteilen", beim „Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer" und beim „Familienleistungsausgleich" abzeichnenden (positiven) Veränderungen der Schlüsselzahlen noch nicht eingerechnet, da die entsprechenden Gesetze zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht beschlossen waren. Die Schlüsselzuweisungen wurden entsprechend den Prognosen aus der 2. Modellberechnung des Landes NRW in 2015 angesetzt.

Bei den weiteren Erträgen wurden die Ergebnisse der näheren Vergangenheit als auch zu erwartende spezifische Sondereinflüsse, z.B. bei der Grundsteuer B, mit in den Planzahlen berücksichtigt.

Die Planung der Aufwandsseite wird insbesondere durch die Personal- und Versorgungsaufwendungen als auch durch die Transferaufwendungen entscheidend beeinflusst werden. Während die Orientierungsdaten für den Bereich des Personal- und Versorgungsaufwandes eine Steigerung von lediglich 2 % für 2015 vorsahen, wurden in der Haushaltsplanung die zu diesem Zeitpunkt bereits teilweise feststehenden Steigerungsraten eingeplant. Es wurden daher im Bereich der Personalaufwendungen für tariflich Beschäftigte die bereits zum 01.03.2015 feststehenden Erhöhungen von 2,4 % eingeplant. Bei den Beamtenbezügen wurde dagegen die empfohlene Steigerung von 2 % für 2015 eingeplant. Die Versorgungsaufwendungen wurden

aufgrund der zu dem Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung aktuell vorliegenden Mitteilung der Rheinischen Versorgungskasse eingeplant. Hier bleibt zu hoffen, dass die Rheinische Versorgungskasse nicht wie in 2014 durch irgendwelche, nicht vorhersehbaren statistischen Umstellungen für zusätzlichen Druck im Aufwandsbereich sorgt.

Bei den Transferaufwendungen werden neben sozialen Aufwendungen und Aufwendungen für „Kinder, Jugend und Familie" insbesondere auch solche für die Kreisumlage veranschlagt. Während bei den sozialen Aufwendungen und den Aufwendungen für „Kinder, Jugend und Familie" eine Einplanung entsprechend der aktuellen Ergebnisse und den aktuellen Entwicklungen vorgenommen wurde, ist die 2015er Kreisumlage in unmittelbarer Abstimmung mit dem Kreiskämmerer festgelegt worden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um verlässliche Zahlen handelt.

Bei den weiteren Aufwendungen, die ein Drittel des Aufwandsvolumens abbilden, wurden neben den Orientierungsdaten insbesondere die örtlichen Besonderheiten in der Ansatzfestsetzung berücksichtigt.

Bei den Tochterunternehmen konnte uneingeschränkt die positive Tendenz der ersten vier Gesamtabschlussjahre in 2014 fortgesetzt werden. Hier kann für alle maßgeblichen Abschlüsse der Töchter festgestellt werden, dass die bereits in 2013 guten Ergebnisse nochmals jeweils leicht verbessert werden konnten. Auch in diesem Jahr trugen dadurch die Tochterunternehmen nach erfolgter Konsolidierung zur Verbesserung des Gesamtergebnisses bei. Ausgehend von dem Ergebnis der Stadt Erkelenz waren die Töchter in diesem Jahr mit einem Ergebnisbeitrag von 3.284 T€ (vor Kapitalkonsolidierung) am Gesamtergebnis beteiligt. Ein solider Konsolidierungsbeitrag zum Gesamterfolg kann also auch in diesem Jahr durch die Töchter beigetragen werden. War dies im Bereich des Städtischen Abwasserbetriebes fast punktgenau so prognostiziert worden, so überraschte die Höhe des Überschusses bei der GEE mbH & Co.KG (GEE) doch ein wenig. Wurde in 2013 mit einem Jahresüberschuss von 784 T€ bereits ein sehr guter Wert erreicht, so konnte dieser in 2014 mit einem Jahresüberschuss von 861 T€ nochmals gesteigert werden. Hier ist insbesondere zu berücksichtigen, dass in diesen beiden Jahren sehr hohe Verkaufserlöse in drei größeren Baugebieten dafür maßgeblich waren. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass die Erfolgsstory der GEE weiterläuft, so wird zumindest kurzfristig nicht mehr unbedingt mit solch überragenden Jahresabschlüssen zu rechnen sein."

3.4 Zusammenfassende Beurteilung der Örtlichen Rechnungsprüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung stellt fest, dass die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Konzerns Stadt Erkelenz im Wesentlichen von der zukünftigen finanziellen Entwicklung abhängen. Die Unwägbarkeiten bei der Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) spielen nach wie vor für die nächsten Jahre eine wichtige Rolle. Ebenso die Veränderung der Kreisumlage, die ab 2015 und absehbar schon für 2016 erheblich steigen wird. Eine weitere, noch nicht wirklich einschätzbare Dimension nimmt die dramatische Steigerung der Flüchtlingszahlen ein. Die Beteiligungen des Landes bzw. Bundes an den zu erwartenden Kosten ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht klar erkennbar.

Das Ergebnis der Konzernmutter konnte in diesem Jahr um ca. 163 T€ gegenüber 2013 und der ursprünglichen Planung für 2014 verbessert werden. Hierzu trug die bereits im Lagebericht erwähnte einmalige Steuererstattung in Höhe von 0,7 Mio. € bei. Aufgrund seitens der Örtlichen Rechnungsprüfung angeregter Umstrukturierungen und geändertem Personaleinsatz im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen konnte in 2014 eine deutlich bessere Erstattungsquote im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ verzeichnet werden, die ebenfalls zur Verbesserung des Ergebnisses beitrug.

Die Reduzierungen auf der Aufwandsseite u.a. durch geringere Energiekosten führten ebenfalls zur Verbesserung des geplanten Ergebnisses. Die Ausgleichsrücklage wird daher noch für einige Zeit Mehrbelastungen auffangen können.

Der Gesamtabschluss 2014 schließt erstmalig nicht mit einem Fehlbetrag ab. Die Tendenz aus den beiden letzten Jahren hat sich damit erfreulicherweise fortgesetzt. 2012 (- 2.171.006,68 €) ⇨ 2013 (- 107.671,61 €) ⇨ 2014 (+1.551.332,07 €)

Die „Töchter“ nehmen im Konzern Stadt Erkelenz eine zunehmend wichtigere Position ein. Betrachtet man das im Gesamtabschluss ausgewiesene Ergebnis im Vergleich zum Fehlbetrag der Mutter Stadt Erkelenz, stellt man fest, dass die konsolidierten verselbstständigten Aufgabenbereiche „Töchter“ wiederum wesentlich zu einer Ergebnisverbesserung und dieses Mal zu einem positiven Ergebnis auf der Ebene des Gesamtabschlusses beigetragen haben. Aus dem Bereich der GEE kommt in diesem Jahr z.B. ein Betrag von 1,285 Mio. €. Hierbei spielt auch die Auflösung von Rückstellungen bei der GEE eine gewisse Rolle, auf diesen Aspekt wird nochmals unter Punkt 5.3 (Konsolidierungsmaßnahmen) näher eingegangen.

Hier stellt sich jedoch aus Sicht der Örtlichen Rechnungsprüfung weiterhin die Frage, wie lange noch der Bedarf an Baugrundstücken für junge Familien bereitgestellt werden kann bzw. auch tatsächlich nachgefragt wird. Dabei spielt sicherlich neben anderen Aspekten die demografische Entwicklung und die Entwicklung bei den noch durchzuführenden Umsiedlungen, aber auch der noch immer historisch niedrige Zinssatz eine entscheidende Rolle.

Für die GEE mbH & Co.KG heißt es im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014:
„Auf Grund der derzeit noch im Bestand befindlichen verkaufsreifen Grundstücke und dem Entwicklungstand in den geplanten Baugebieten ist für das Geschäftsjahr 2015 mit einem rückläufigen Umsatz gegenüber dem Jahr 2014 zu rechnen."

Das in 2014 nochmals gesteigerte Ergebnis wird daher nicht zu halten sein.

Für den Abwasserbetrieb wird dagegen ein ähnlich gutes Ergebnis in 2015 erwartet und das bei weiterhin auf einem landesweit günstigen Niveau der Gebührensätze.

Liquiditätsengpässe sind bei diesen beiden Töchtern nicht zu erwarten.

Die weitere Tochter, die „Kultur GmbH" hat im Jahr 2014 mit einem geringen Fehlbetrag (-3.144,59 €) abgeschlossen. Wie aus dem Lagebericht ersichtlich, sorgen einerseits die Zuschüsse Dritter, hier insbesondere der Kreissparkasse Heinsberg mit 100.000,-- € und der Konzernmutter mit 125.000,-- €, sowie auf der anderen Seite eine sehr gute Auslastung der Halle für einen stabilen Geschäftsverlauf. Liquiditätsengpässe sind auch hier nicht zu erwarten, da die Bereitschaft der Zuschussgeber für die weitere finanzielle Unterstützung nach wie vor gegeben ist. (Seitens der Konzernmutter wurde für das Jahr 2015 erstmalig seit der Gründung im Jahr 2006 eine Erhöhung des Zuschusses von 125.000,-- € auf 135.000,-- € beschlossen).

Die Einschätzung der Konzernleitung bezüglich der Weiterentwicklung der Töchter wird daher geteilt.

Die kaufmännisch vorsichtigen Planungen für den NKF-Haushalt 2015 werden seitens der Örtlichen Rechnungsprüfung unterstützt. Zur Einschätzung des Lageberichts des Verwaltungsvorstandes wird an dieser Stelle in die Prüfung des Jahresabschlusses der Konzernmutter Stadt Erkelenz verwiesen.

Die Gesamtsicht der Chancen und Risiken im Gesamtlagebericht 2014 in Bezug auf die Töchter steht somit nicht im Gegensatz zu den Erkenntnissen der Örtlichen Rechnungsprüfung.

Die Darstellung der Beurteilung der Gesamtlage mit ihren Chancen und Risiken sowie der künftigen Entwicklung des Konzerns Stadt Erkelenz ist aus Sicht der Örtlichen Rechnungsprüfung als Konzernabschlussprüfer plausibel und zutreffend.

3.5 Unregelmäßigkeiten

Unregelmäßigkeiten wurden nicht festgestellt.

4 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung des Gesamtabschlusses sind in § 116 Abs. 6 GO NRW geregelt. Danach ist der Gesamtabschluss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) vermittelt. Zudem erstreckt sich die Prüfung darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Im Rahmen der Gesamtabschlussprüfung wurde die Buchführung, der Gesamtabschluss, bestehend aus Gesamtergebnisrechnung, Gesamtbilanz, Gesamtanhang und Gesamtlagebericht, auf die Beachtung der für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften, die sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen geprüft.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften ist nur insoweit Gegenstand der Gesamtabschlussprüfung, sofern sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Auswirkungen auf den Gesamtabschluss oder den Gesamtlagebericht ergeben.

Der Gesamtlagebericht wurde daraufhin geprüft, ob er mit dem Gesamtabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Konzerns Stadt Erkelenz vermittelt.

Dabei wurde geprüft, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Darüber hinaus wurde geprüft, ob der Gesamtlagebericht die in § 116 Abs. 4 GO NRW geforderten Angaben zum Bürgermeister, zum Kämmerer sowie den Ratsmitgliedern enthält.

Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung, die Aufstellung von Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Mutterunternehmens. Aufgabe der Örtlichen Rechnungsprüfung ist es, diese Unterlagen und die darin gemachten Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung dahin gehend zu beurteilen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Konzernrechnungslegung beachtet worden sind.

Die Prüfung erstreckte sich insbesondere auf die Abgrenzung des Konsolidierungskreises, die Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse und die Ordnungsmäßigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen sowie der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze.

4.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung hat die Gesamtabschlussprüfung nach dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die „Leitlinien zur Berichterstattung bei kommunalen Jahresabschlussprüfungen (IDR-L-300)“ und unter zu Hilfenahme der neuen Prüfsoftware AuditSolutions für Kommunale Prüfung der Fa. Audicon vorgenommen.

Demnach wurde die Prüfung so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten.

Der Gesamtlagebericht ist zudem dahingehend zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. In diesem Rahmen ist die Vollständigkeit und – soweit es sich um prognostische Angaben handelt – die Plausibilität der Angaben geprüft worden.

Die Prüfung umfasste weiterhin den Konsolidierungskreis, die Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse sowie die Konsolidierungsmaßnahmen.

Im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat sich die Örtliche Rechnungsprüfung zunächst ein Urteil über die wirtschaftliche und rechtliche Situation des Konzerns Stadt Erkelenz gebildet. Der Prüfungsansatz hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- die Abgrenzung des Konsolidierungskreises,
- der Summenabschluss einschließlich entsprechender Überleitungen und Anpassungen an die für den Gesamtabschluss maßgeblichen Bewertungsmethoden,
- die Konsolidierungsmaßnahmen (Kapitalkonsolidierung, Schuldenkonsolidierung, Aufwands- und Ertragskonsolidierung, Zwischenergebniseliminierung) sowie
- Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtlagebericht.

Die gesetzlichen Vertreter des Konzerns Stadt Erkelenz haben die von der Örtlichen Rechnungsprüfung erbetenen Aufklärungen und Nachweise erteilt.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses wurde mit der Prüfsoftware AuditSolutions zur Prüfung des NKF-Gesamtabschlusses (einschließlich Fragenkatalog) durchgeführt. Als Arbeitsgrundlage dienten die Regelungen des NKF-Gesetzes hinsichtlich der Aufstellung bzw. Prüfung des kommunalen Gesamtabschlusses. Sofern keine eigenen gesetzlichen Regelungen vorhanden waren, wurde auf die Regelungen des HGB in der Fassung vom 24.08.2002 bzw. dessen Kommentierung in Bezug auf die Konzernrechnungslegung in der Privatwirtschaft zurückgegriffen.

Daneben wurde die Handreichung des Innenministers des Landes NRW zur Anwendung des NKF (6. Auflage, Dezember 2014, unter Berücksichtigung des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes) sowie die Handlungsempfehlungen des Modellprojektes zur Aufstellung eines Gesamtabschlusses im NKF, Stand September 2009, verwendet.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses erfolgte (mit Unterbrechungen) im Zeitraum 01.10.2015 bis 20.11.2015.

Die Örtliche Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

5 Feststellung und Erläuterungen zur Gesamtabschlussrechnungslegung

5.1 Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis umfasst diejenigen wirtschaftlich und organisatorisch verselbstständigten Aufgabenbereiche der Kommune, die im Wege der Vollkonsolidierung bzw. Equity-Methode in den Gesamtabschluss nach § 116 Abs. 2 GO NRW einbezogen werden müssen. Zweck der Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist die Festlegung, welche verselbstständigten Aufgabenbereiche (vAB) zusammen mit der Kernverwaltung selbst eine Einheit („Konzern Kommune“) bilden. Betriebe, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Kommune von untergeordneter Bedeutung sind, müssen nicht einbezogen werden.

In den vorausgehenden Gesamtabschlüssen ist der Konsolidierungskreis intensiv geprüft worden. Es sind keine Tochterunternehmen oder weitere Beteiligungen dem Konzern beigetreten. Der Konsolidierungskreis für den Gesamtabschluss 2014 der Stadt Erkelenz besteht daher weiterhin aus:

1. Städtischer Abwasserbetrieb,
2. Grundstücks- u. Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH,
3. Grundstücks- u. Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbh & Co KG,
4. Kultur GmbH

und ist gemäß § 50 Abs. 1 GemHVO NRW i. V. m. §§ 300, 301 und 303 bis 305 und §§ 307 bis 309 des Handelsgesetzbuches (HGB) zu konsolidieren.

Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises ist nach den Feststellungen der Örtlichen Rechnungsprüfung ordnungsgemäß vorgenommen worden.

5.2 Ordnungsmäßigkeit der in den Gesamtabschluss einbezogenen Jahresabschlüsse

Betrieb	Wirtschaftsprüfer
Städtischer Abwasserbetrieb Erkelenz	Wirtschaftsprüfer Dr. Paffen, Schreiber & Partner mbB
Kultur GmbH der Stadt Erkelenz	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Schleicher & Dr. jur. Robertz GmbH & Co. KG
Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft GEE der Stadt Erkelenz mbH u. Co. KG	FIDAUDIT GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Erkelenz
Grundstücks-und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH	FIDAUDIT GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Zweigniederlassung Erkelenz

Die Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden von Wirtschaftsprüfern in einer den §§ 316 ff. HGB entsprechenden Weise geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Jahresabschluss 2014 (Haushalt der Stadt Erkelenz) wurde ebenfalls mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und wird voraussichtlich durch den Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 16.12.2014 festgestellt.

5.3 Konsolidierungsmaßnahmen

Die Kapitalkonsolidierung, die Konsolidierung der Forderungen und Verbindlichkeiten sowie der Aufwendungen und Erträge werden im Gesamtabschluss im Einzelnen dargestellt und erläutert. Gem. § 50 Abs. 1 GemHVO i. V. m. § 303 HGB wurden bei der Schuldenkonsolidierung Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Das Ziel dieses Konsolidierungsschrittes ist es, dass die Stadt Erkelenz aus Konzernsicht keine Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber sich selbst (Kernverwaltung und Betriebe) bilanziert. Hierdurch würde die Bilanz unnötig aufgebläht.

Ein weiterer Anwendungsbereich der Schuldenkonsolidierung besteht in der Konsolidierung der Gewerbesteuerforderungen und -rückstellungen. Regelmäßig ist von den Tochterunternehmen, die gewerbesteuerpflichtig sind, am Jahresende die Gewerbesteuerschuld für das abgelaufene Geschäftsjahr zu berechnen. Verrechnet mit den im Geschäftsjahr geleisteten Vorauszahlungen ergibt sich entweder eine Forderung aus Gewerbesteuervorauszahlungen, wenn die Vorauszahlungen die Steuerschuld übersteigen oder es ergibt sich eine Steuerrückstellung wenn die Vorauszahlungen unter der Steuerschuld liegen.

Die Forderungen und Rückstellungen sind mit den entsprechenden Forderungen und Verbindlichkeiten der Gemeinde zu verrechnen. In der Regel ergeben sich unechte Aufrechnungsdifferenzen, die daraus resultieren, dass die Gemeinde lediglich die Gewerbesteuervorauszahlungen ertragswirksam vereinnahmt hat. Die unechten Aufrechnungsdifferenzen sind ergebniswirksam im Jahr der Entstehung zu korrigieren.

Ähnlich verhält es sich mit gebildeten Rückstellungen. Im Rahmen des Gesamtabschlusses 2013 wurde diese Problematik erkannt und für 2014 dann der Anteil der Rückstellungen gegen die Stadt Erkelenz (also den Mutterkonzern) aus den übrigen gebildeten Rückstellungen getrennt ausgewiesen, da diese ja, wenn man die Fiktion des Gesamtabschlusses betrachtet, nie entstanden wären. Somit wurden in diesem Abschluss über 400.000 € aus den Rückstellungen der GEE eliminiert und ergebniswirksam aufgelöst.

Auf eine Zwischenergebniseliminierung nach § 50 Abs.1 GemHVO i. V. m. 304 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da diese für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Die Aufwands- u. Ertragskonsolidierung wurde entsprechend § 50 Abs. 1 GemHVO i. V. m. § 305 HGB durchgeführt. Das Gesamtergebnis verändert sich dadurch nicht, da sowohl Erträge als auch Aufwendungen in gleicher Höhe eliminiert werden und sich dies ergebnisneutral verhält.

5.4 Gesamtabschlussstichtag

Der Gesamtabschlussstichtag (31. Dezember 2014) entspricht dem Stichtag des Jahresabschlusses des Mutterunternehmens (Stadt Erkelenz) und der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche.

5.5 Gesamtabschlussbuchführung und Konsolidierungsunterlagen

Der Gesamtabschluss wird manuell aus den Jahresabschlüssen der einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche entwickelt. Die Gesamtabschlussbuchführung wird durch die Kämmerei mit Hilfe von Microsoft Excel erledigt. Die Excel-Tabellen wurden der Örtlichen Rechnungsprüfung zu Prüfzwecken zur Verfügung gestellt.

Das Fachamt sammelt während des Jahres die für die Konsolidierungsbuchungen erforderlichen Belege der verselbstständigten Aufgabenbereiche. Diese Belege wurden stichprobenartig geprüft.

5.6 Ordnungsmäßigkeit der Gesamtabschlussrechnungslegung

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Gesamtabschlussbuchführung und die weiteren geprüften Unterlagen den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung wurden beachtet.

6 Feststellung und Erläuterungen zum Gesamtabschluss und zum Gesamtlagebericht

6.1 Gesamtabschluss

Gem. § 49 Abs. 1 GemHVO besteht der Gesamtabschluss aus

1. der Gesamtergebnisrechnung,
2. der Gesamtbilanz,
3. dem Gesamtanhang.

Der Gesamtabschluss und die dafür angewandten Konsolidierungs-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den gesetzlichen Vorschriften.

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014 ist ordnungsgemäß aus den Zahlen der Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche und den ergänzenden Nachweisen zu den Konsolidierungsmaßnahmen entwickelt worden.

Die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche wurden nach den gesetzlichen Vorschriften von den beauftragten Wirtschaftsprüfern testiert. Der Jahresabschluss und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014 der Stadt Erkelenz wurden durch die Örtliche Rechnungsprüfung geprüft. Mit Datum vom 20.11.2015 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Im Rahmen der Gesamtabschlussprüfung ist die Überleitung und Weiterverarbeitung der Daten aus den Jahresabschlüssen durch die Örtliche Rechnungsprüfung geprüft worden. Im Ergebnis wird festgestellt, dass der Gesamtabschluss des Konzerns Stadt Erkelenz unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz vermittelt.

6.2 Gesamtlagebericht

Der Gesamtlagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften nach § 51 Abs. 1 GemHVO NRW. Er steht im Einklang mit dem Gesamtabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen und vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild über die Gesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz. Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung werden vollständig und zutreffend dargestellt.

6.3 Gesamtanhang

Gem. § 51 Abs. 2 GemHVO NRW sind zu den Posten der Gesamtbilanz und den Positionen der Gesamtergebnisrechnung die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden anzugeben und so zu erläutern, dass sachverständige Dritte die Wertansätze beurteilen können. Die Anwendung von zulässigen Vereinfachungsregelungen und Schätzungen ist im Einzelnen anzugeben.

Die Anwendung von Vereinfachungsregelungen nach den Empfehlungen aus dem Modellprojekt zum NKF-Gesamtabschluss wurde im Gesamtanhang zutreffend erläutert.

Gem. § 51 Abs. 3 GemHVO ist dem Gesamtanhang eine Kapitalflussrechnung beizufügen. Der zugrunde liegende Deutsche Rechnungslegungsstandard Nr. 21 (DRS 21) ist seit 2014 anwendbar und wurde in der vom Bundesministerium der Justiz nach § 342 Abs. 2 des HGB bekannt gemachten Form erstellt. Aufgrund der erstmaligen Anwendung des DRS 21 wurde die Ableitung der Kapitalflussrechnung sowie der erforderlichen Angaben zum Zahlungsmittelbestand intensiv geprüft. Die Kapitalflussrechnung ist dem Gesamtanhang als Anlage 3 beigefügt.

Nach dem Rechnungslegungsstandard Nr. 21 stellt die Kapitalflussrechnung zeitbezogen die Zahlungsströme der wirtschaftlichen Gesamtheit „Stadt Erkelenz“ dar, die zur Veränderung des Zahlungsmittelbestandes führen, und gibt Auskunft darüber, wie die Kernverwaltung der Stadt zusammen mit ihren Betrieben, soweit diese in den Gesamtabschluss einbezogen sind, die finanziellen Mittel erwirtschaftet.

Zahlungsströme zwischen der Stadt Erkelenz als Mutterunternehmen und den vollkonsolidierten Tochterunternehmen dürfen nicht enthalten sein (konzerninterne Beziehung); es werden nur Zahlungsströme erfasst, die mit außerhalb des Gesamtabschlusses stehenden Dritten bestehen.
Der Cashflow aus laufender Verwaltungs-/ Geschäftstätigkeit stammt in erster Linie aus der ertragswirksamen Tätigkeit der Kernverwaltung und der vollkonsolidierten Tochterunternehmen. Es werden hier Zahlungen erfasst, die als Erträge oder Aufwendungen das Jahresergebnis beeinflussen und aus der allgemeinen Verwaltungs-/ Geschäftstätigkeit entstehen.

Für den Cashflow aus Investitionstätigkeit werden die Zahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen erfasst.
Beim Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden Ansprüche Dritter aus bestehenden Finanzschulden aufgezeigt.

Der gemeindliche Gesamtabschluss soll mit einer Gesamtkapitalflussrechnung zusätzlich zur Gesamtbilanz und Gesamtergebnisrechnung seiner Aufgabe der Unterstützung der Steuerung besser gerecht werden.

Ab dem Aufstellungsjahr 2012 wurde die direkte Methode der Darstellung gewählt. Diese wurde in den Folgejahren beibehalten und somit wird dem Grundsatz der Stetigkeit auch in diesem Bereich Rechnung getragen.

Die Kapitalflussrechnung 2014 entspricht den geforderten neuen Standards und gibt ausreichend Auskunft über die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes und die Erwirtschaftung der finanziellen Mittel des Konzerns Stadt Erkelenz. Weitere Informationen, wie z.B. die Erläuterung des Zahlungsmittelbestandes, sind direkt unter der Kapitalflussrechnung angegeben.

6.4 Gesamtaussage des Gesamtabschlusses

Der vorliegende Gesamtabschluss 2014 gibt die Ergebnisse der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen sowie den Abschluss der Stadt Erkelenz unter Eliminierung der Leistungsbeziehungen zusammengefasst wieder.

Der vorliegende Gesamtabschluss macht deutlich, dass die verselbstständigten Aufgabenbereiche innerhalb des Konzerns Stadt Erkelenz zu einem positiven Gesamtergebnis gegenüber dem Kernhaushalt der Stadt geführt haben. Der vorliegende Konzernabschluss entspricht in Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften.

6.5 Erläuterungen zur Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage

6.5.1 Vermögens- und Schuldengesamtlage

Die Bilanz des Gesamtabschlusses 2014 weist sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite die Bilanzsumme i.H.v. 463.253.650,55 € aus. Die Einzelpositionen der Gesamtbilanz werden wie folgt in der Gesamtbilanz zusammengefasst und im Vergleich mit den Vorjahren 2012 und 2013 dargestellt.

Aktiva	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	Differenz Vorjahr	in %
Anlagevermögen	438.789.493,49 €	430.722.040,08 €	430.814.344,48 €	92.304,40	0,021036%
Umlaufvermögen	22.527.830,38 €	27.006.871,89 €	30.229.750,91 €	3.222.879,02	14,306211%
Aktive Rechnungs-abgrenzungsposten	2.031.581,01 €	2.198.475,43 €	2.209.555,16 €	11.079,73	0,545375%
Bilanzsumme	463.348.904,88 €	459.927.387,40 €	463.253.650,55 €	3.326.263,15	0,717874%
Passiva	**31.12.2012**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**Differenz**	**in %**
Eigenkapital	192.472.219,65 €	192.375.789,17 €	193.324.639,42 €	948.850,25	0,492980%
Sonderposten					
für Zuwendungen	102.648.375,49 €	103.283.673,96 €	111.907.905,54 €	8.624.231,58	8,401722%
für Beiträge	39.961.189,90 €	37.833.428,08 €	36.370.689,01 €	-1.462.739,07	-3,660399%
für Gebührenausgleich	2.953.219,34 €	2.090.670,05 €	1.979.519,39 €	-111.150,66	-3,763712%
für sonstige Sonderposten	217.118,78 €	224.242,99 €	225.212,24 €	969,25	0,446415%
Rückstellungen	50.996.932,84 €	52.963.187,55 €	54.006.414,41 €	1.043.226,86	2,045666%
Verbindlichkeiten	65.705.877,20 €	62.691.817,11 €	56.441.724,23 €	-6.250.092,88	-9,512228%
Passive Rechnungs-abgrenzungsposten	8.393.971,68 €	8.464.578,49 €	8.997.546,31 €	532.967,82	6,349412%
Bilanzsumme	463.348.904,88 €	459.927.387,40 €	463.253.650,55 €	3.326.263,15	0,717874%

6.5.2 Ertragsgesamtlage

Die Gesamtergebnisrechnung schließt mit einem Gesamtergebnis von 1.551.332,07 €.

Gesamtergebnisrechnung	2012	2013	2014
Gesamtjahresfehlbetrag	2.171.006,68 €	107.671,61 €	
Gesamtjahresergebnis			1.551.332,07 €

Seitens der Örtlichen Rechnungsprüfung werden zur Gesamtergebnisrechnung 2014 noch folgende Kennzahlen ergänzt:

Personalintensität

	2012	2013	2014
Personalintensität	20,22 %	20,83 %	22,69 %

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Gesamtaufwendungen ausmachen.

Sach- und Dienstleistungsintensität

	2012	2013	2014
Sach- u. Dienstleis-tungsintensität	16,93 %	18,66 %	17,00 %

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich der Konzern für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

6.5.3 Finanzgesamtlage

Kennzahlen zur Gesamtfinanzlage:

		2012	2013	2014
Eigenkapitalquote I		41,54%	41,83%	41,73%
Eigenkapitalquote II		73,00%	72,51%	73,74%
Abschreibungsintensität		11,90%	11,96%	11,29%
Anlagendeckungsgrad I		43,86%	44,66%	44,87%
Anlagendeckungsgrad II		93,40%	93,76%	95,16%

Die Zahlungsströme vom 01.01. bis 31.12.2014 innerhalb des Konzerns Stadt Erkelenz werden in der Kapitalflussrechnung (s. auch Punkt 6.3) dargestellt.

7 Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes der Örtlichen Rechnungsprüfung

Nach dem Ergebnis der Prüfung erteilt die Örtliche Rechnungsprüfung dem als Anlage beigefügten Gesamtabschluss 2014 und dem Gesamtlagebericht 2014 des Konzerns Stadt Erkelenz den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Bestätigungsvermerk der Örtlichen Rechnungsprüfung

„Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Gesamtabschluss 2014, bestehend aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang, nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichts in der Zeit vom 01.10.2015 bis 20.11.2015 geprüft. In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten.
Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns Stadt Erkelenz berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasste die Beurteilung

- der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche,

- der Abgrenzung des Konsolidierungskreises,

- der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden,

- der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters sowie

- eine Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den sie ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die Haushaltswirtschaft des Konzerns Stadt Erkelenz beziehen.

Der Gesamtabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz.

Der Gesamtlagebericht steht im Einklang mit dem Gesamtabschluss und vermittelt insgesamt auch ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz. In diesem Bericht werden die Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des Konzerns zutreffend dargestellt.“

Erkelenz, den 20. November 2015

Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

Die Örtliche Rechnungsprüfung empfiehlt dem Rechnungsprüfungsausschuss sich den Prüfbericht und den Bestätigungsvermerk zu Eigen zu machen. Der Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses ist gemäß § 101 Abs. 7 GO NRW von dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unter Angabe von Ort und Tag zu unterzeichnen.

Erkelenz, den 20. November 2015

Lothar Jansen
Leiter der Örtlichen Rechnungsprüfung

8 Bestätigungsvermerk

„Die Örtliche Rechnungsprüfung hat den Gesamtabschluss 2014, bestehend aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang, nach § 116 Abs. 6 i. V. m. § 103 Abs. 6 GO NRW unter Einbeziehung des Gesamtlageberichts in der Zeit vom 01.10.2015 bis 20.11.2015 geprüft. In die Prüfung sind die haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie ergänzende Regelungen der örtlichen Satzungen und sonstige ortsrechtliche Bestimmungen, soweit sich diese auf die gemeindliche Haushaltswirtschaft beziehen, einbezogen worden. Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtlagebericht zu vermittelnden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns Stadt Erkelenz berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben im Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasste die Beurteilung

- der Jahresabschlüsse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verselbstständigten Aufgabenbereiche,

- der Abgrenzung des Konsolidierungskreises,

- der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und Konsolidierungsmethoden,

- der wesentlichen Einschätzungen des Bürgermeisters sowie

- eine Würdigung der Gesamtdarstellung des Gesamtabschlusses und des Gesamtlageberichts.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Gesamtabschluss den haushaltsrechtlichen Vorschriften sowie den sie ergänzenden Regelungen der örtlichen Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen, soweit diese sich auf die Haushaltswirtschaft des Konzerns Stadt Erkelenz beziehen.

Der Gesamtabschluss vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz.

Der Gesamtlagebericht steht im Einklang mit dem Gesamtabschluss und vermittelt insgesamt auch ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage des Konzerns Stadt Erkelenz. In diesem Bericht werden die Chancen und Risiken der zukünftigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung des Konzerns zutreffend dargestellt."

Erkelenz, den 03. Dezember 2015

H.-J. Paffen
Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

9 Anlagen zum Bericht

Entwurf Gesamtabschluss 2014 mit folgenden Anlagen:

Anlage 1	Gesamtbilanz
Anlage 2	Gesamtergebnisrechnung
Anlage 3	Gesamtanhang

Anlagen zum Gesamtanhang:

Anlage 1	Gesamtanlagenspiegel
Anlage 2	Gesamtverbindlichkeitenspiegel
Anlage 3	Kapitalflussrechnung
Anlage 4	Gesamtlagebericht
Anlage 5	Gesamteigenkapitalspiegel
Anlage 6	Beteiligungsbericht

Erläuterungen zum Gesamtabschluss:

Anlage 7	Gesamtbilanz (Nachweis der Konsolidierung)
Anlage 8	Gesamtergebnisrechnung (Nachweis der Konsolidierung)



-Entwurf-

Gesamtabschluss

der Stadt Erkelenz

zum 31. Dezember 2014

Aufgestellt gemäß § 116 Abs. 5 i.V.m. § 95 Abs. 3 GO NW

Erkelenz, den 03.08.2015

Norbert Schmitz
Stadtkämmerer

Bestätigt gemäß § 116 Abs. 5 i.V.m. § 95 Abs. 3 GO NW

Erkelenz, den 03.08.2015

Peter Jansen
Bürgermeister

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR AUFSTELLUNG DES GESAMTABSCHLUSSES

I. AUFSTELLUNGSPFLICHT 1

II. BESTANDTEILE DES GESAMTABSCHLUSSES 1

III. KONSOLIDIERUNGSKREIS

1. Grundlagen zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises 2
2. Abgrenzung des Konsolidierungskreises bei der Stadt Erkelenz 4

IV. GRUNDFRAGEN DER AUFSTELLUNG DES GESAMTABSCHLUSSES

1. Erstkonsolidierungsstichtag 7
2. Vereinheitlich der in den Gesamtabschluss einzubeziehenden Einzelabschlüsse 7
3. Konsolidierungsbuchungen 9

Anlage

Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht:

Gesamtbilanz 1

Gesamtergebnisrechnung 2

Anhang 3

Anlagen zum Anhang:
Gesamtanlagenspiegel (Anlage 1)
Gesamtverbindlichkeitenspiegel (Anlage 2)
Kapitalflussrechnung (Anlage 3)

Lagebericht 4

Gesamteigenkapitalspiegel 5

Beteiligungsbericht 6

Erläuterungen zum Gesamtabschluss:

Gesamtbilanz (Nachweis der Konsolidierung) 7

Gesamtergebnisrechnung
(Nachweis der Konsolidierung) 8

FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR AUFSTELLUNG DES GESAMTABSCHLUSSES

I. AUFSTELLUNGSPFLICHT

Nach § 116 Abs. 1 GO NRW hat die Stadt Erkelenz einen Gesamtabschluss bestehend aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang aufzustellen und diesen um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Gem. § 2 Abs. 1 NKFEG NRW besteht diese Verpflichtung erstmals zum 31.12.2010. Vorliegend wird über den Gesamtabschluss zum 31.12.2014 berichtet.

In den Gesamtabschluss müssen alle verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlicher oder privatrechtlicher Form im Wege der Konsolidierung einbezogen werden.

Ziel des Gesamtabschlusses ist es, die gesamte Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Erkelenz, also einschließlich der Beteiligungsgesellschaften darzustellen und die politischen Gremien und die Verwaltungsführung in die Lage zu versetzen, ein Urteil darüber abgeben zu können, ob die Stadt Erkelenz insgesamt in der Lage ist, ihre Aufgaben zukünftig zu erfüllen.

II. BESTANDTEILE DES GESAMTABSCHLUSSES

Bestandteile des Gesamtabschlusses sind einschließlich der ergänzenden Teile:

- Gesamtbilanz: Die Gesamtbilanz ist eine konsolidierte Darstellung des Gesamtvermögens der Stadt Erkelenz unter Einbezug der Betriebe, die unter der einheitlichen Leitung der Stadt Erkelenz stehen oder von dieser beherrscht werden. Zur Vermeidung von Doppelerfassungen sind dabei Konsolidierungen (Kapital und Schuldenkonsolidierung – so Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einzubeziehenden Aufgabenbereichen) vorzunehmen.

- Gesamtergebnisrechnung: In der Gesamtergebnisrechnung erfolgt eine Zusammenfassung aller einzubeziehenden Betriebe bzw. Aufgabenbereiche. Dabei werden „konzerninterne“ Vorgänge herausgerechnet, um Doppelerfassungen zu vermeiden.

- Gesamtanhang: Im Gesamtanhang erfolgt die Angabe und die Erläuterung der in der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung angewendeten

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Bestandteil des Gesamtanhangs ist auch eine Gesamt-Kapitalflussrechnung.

- Gesamtlagebericht: Der Gesamtlagebericht beinhaltet einen Überblick über den Geschäftsverlauf (wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr und die Darstellung der Gesamtlage), die Angabe von bedeutenden Ereignissen nach dem Abschlussstichtag und ein Ausblick auf das kommende Geschäftsjahr.

- Beteiligungsbericht: Die wirtschaftlichen und die nichtwirtschaftlichen Beteiligungen der Kommune werden im Beteiligungsbericht erläutert.

III. KONSOLIDIERUNGSKREIS

1. Grundlagen zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Der Umfang des Konsolidierungskreises, also die im Wege der Kapitalkonsolidierung in den Gesamtabschluss einzubeziehenden verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher Organisationsform und der Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts, ergibt sich aus § 50 GemHVO NRW.

Es sind die Kernverwaltung und sämtliche Betriebe in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form grundsätzlich zu erfassen (Vollständigkeitserklärung). Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts sind einzubeziehen, wenn diese

- unter der einheitlichen Leitung der Kommune stehen oder
- die Kommune auf sie eine beherrschende Kontrolle ausübt.

Verselbstständigte Aufgabenbereiche sind in den Gesamtabschluss einzubeziehen, wenn sie für die Erfüllung der Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu vermitteln, von Bedeutung sind. Dies ist gegeben bei:

1. verselbstständigten Aufgabenbereichen, die mit der Kommune eine Rechtseinheit bilden bzw. rechtlich selbstständige Organisationseinheiten und Vermögensmassen mit Nennkapital sind, an denen die Kommunen eine Beteiligung hält,

2. Anstalten, die von der Kommune auf Grundlage der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als AöR getragen werden,
3. Zweckverbänden,
4. rechtlich selbstständigen kommunalen Stiftungen,
5. sonstigen rechtlich selbstständigen Aufgabenträgern, deren finanzielle Existenz aufgrund rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Kommune gesichert wird.

Der Konsolidierungskreis bzw. der Kreis der in Betracht kommenden Betriebe besteht grundsätzlich aus drei Gruppen:

- Im Wege der sog. Vollkonsolidierung (i.d.R. ab 50 % Anteil) werden solche Betriebe einbezogen, bei denen entweder eine „einheitliche Leitung“ der Stadt Erkelenz vorliegt (Indizien hierfür können z.B. die Bestimmung der Unternehmensziele, die Entscheidung über wesentliche geschäftliche Maßnahmen, die Festlegung wesentlicher Grundsätze der Geschäftspolitik und die personelle Besetzung wesentlicher Führungsstellen sein) oder bestimmte gesetzliche Kontrollmöglichkeiten (z.B. Vorliegen der Mehrheit der Stimmrechte und des Rechtes einen beherrschenden Einfluss auszuüben) gegeben sind.

- Mittels der sog. Equity-Methode werden die Betriebe (i.d.R. ab 20 % Anteil), bei denen ein maßgeblicher Einfluss der Stadt Erkelenz vorhanden ist (z.B. Vertretensein im Vorstand oder Aufsichtsrat, Mitwirken an Unternehmensentscheidungen) einbezogen.

- Alle anderen Betriebe bzw. Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten („at cost“) in die Gesamtbilanz aufgenommen, so dass bei diesen Betrieben keine Konsolidierung im Sinne der Regelungen zur Konzernrechnungslegung stattfindet.

Grundsätzlich ist für jeden einzelnen Betrieb zu prüfen, ob der Anteil an einem Betrieb aus Konzernsicht für die Gesamtbilanz wesentlich ist.

2. Abgrenzung des Konsolidierungskreises bei der Stadt Erkelenz

a) Basis: Beteiligungsbericht

Auf Basis des Beteiligungsberichtes gem. § 117 GO NRW für 2014 sowie des NKF-Abschlusses für die Stadt Erkelenz auf den 31.12.2014 können folgende Aufgabenbereiche bzw. Unternehmen identifiziert werden, die für eine Konsolidierung in Frage kommen:

Bezeichnung	Rechtsform	Beteiligungs-quote	maßgeblicher Einfluss	Konsolidierungs-methode
Städtischer Abwasserbetrieb	eigenbetriebs-ähnlich	100 %	Ja	Vollkonsolidierung
Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH	GmbH (Komplementär)	100 %	Ja	Vollkonsolidierung
Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG	KG	100 %	Ja	Vollkonsolidierung
Kultur GmbH der Stadt Erkelenz	GmbH	100 %	Ja	Vollkonsolidierung
Kreiswerke Heinsberg GmbH	GmbH	4,125 %	Nein	keine Konsolidierung
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH	GmbH	10 %	Nein	keine Konsolidierung
Gemeinnütziger Bauverein eG Erkelenz	e.G.	geringfügig	Nein	keine Konsolidierung

b) Ausschluss aus dem Konsolidierungskreis

Zwei Betriebe werden nicht im Wege der Konsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen. Dabei sind folgende Überlegungen maßgeblich:

(1) Kreiswerke Heinsberg:

- Beteiligungsquote Stadt Erkelenz: 4,125 %,
- Kreiswerke Heinsberg GmbH hält selber Beteiligungen,

- Anteil an dem Betrieb für die Gesamtbilanz wesentlich?
  - Bilanzsumme 31.12.2014: 21.257 Mio. EUR – anteilig: 0,877 Mio. EUR,
- einheitliche Leitung der Gemeinde: nein,
- Kontrollmöglichkeit: nein (keine Stimmenmehrheit, nicht das Recht, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen),
- maßgeblicher Einfluss?
  - Stadt Erkelenz ist mit einem Mitglied in der Gesellschafterversammlung (insgesamt 17 Mitglieder) vertreten,
  - Stadt Erkelenz ist mit einem Mitglied im Aufsichtsrat (insgesamt 15 Mitglieder) vertreten,
  - Ergebnis: wegen geringer Beteiligungsquote und geringer Anzahl der Stimmen im Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung kein maßgeblicher Einfluss,
- Gesamtergebnis: keine Konsolidierung – Einbezug mit den fortgeführten Anschaffungskosten (wie im städtischen Einzelabschluss),

(2) Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH:

- Beteiligungsquote Stadt Erkelenz: 10,0 %,
- Anteil an dem Betrieb für die Gesamtbilanz wesentlich?
  - Bilanzsumme 31.12.2014: 4,181 Mio. EUR – anteilig: 0,418 Mio. EUR,
- einheitliche Leitung der Gemeinde: nein,
- Kontrollmöglichkeit: nein (keine Stimmenmehrheit, nicht das Recht, die Mehrheit der Mitglieder des Geschäftsführungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen),
- maßgeblicher Einfluss?
  - Stadt Erkelenz ist mit 3 Mitgliedern in der Gesellschafterversammlung (insgesamt 36 Mitglieder) vertreten,

- Stadt Erkelenz ist mit einem Mitglied im Aufsichtsrat (insgesamt 15 Mitglieder) vertreten,
- Ergebnis: wegen geringer Beteiligungsquote und geringer Anzahl der Stimmen im Aufsichtsrat/Gesellschafterversammlung kein maßgeblicher Einfluss,

- Gesamtergebnis: keine Konsolidierung – Einbezug mit den fortgeführten Anschaffungskosten (wie im städtischen Einzelabschluss).

c) Ausschluss wegen untergeordneter Bedeutung

Oben genannte verselbstständigte Aufgabenbereiche und Unternehmen in privatrechtlicher Form müssen in den Gesamtabschluss nicht im Wege der Vollkonsolidierung einbezogen werden, sofern sie für die Verpflichtung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang zu erläutern.

Ob dies erfüllt ist, ist anhand von Kennziffern zu beurteilen. Das Gesetz sieht allerdings keine Schwellenwerte vor. Nach allgemeiner Auffassung sind Beteiligungen, die bei den maßgeblichen Schwellenwerten die Grenze von 5 % überschreiten, regelmäßig in den Konsolidierungskreis einzubeziehen. Andernfalls muss eine individuelle Entscheidung getroffen werden.

Konkret wurden für die vorgenannten Bereiche bzw. Beteiligungen ausgewählte Kennziffern ermittelt und zum NKF-Abschluss der Stadt Erkelenz ins Verhältnis gesetzt. Abgestellt wurde auf die Bilanzsumme, das Anlagevermögen, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die Umsatzerlöse, die Abschreibungen, den Zinsaufwand und den Jahresüberschuss. Insofern ist sowohl die einzelne Beteiligung als auch die Gesamtheit möglicherweise als von untergeordneter Bedeutung einzustufender Beteiligungen an Hand dieser Kennziffern zu beurteilen.

Der städtische Abwasserbetrieb ist zwingend in den Gesamtabschluss aufzunehmen. Bei den anderen drei genannten Beteiligungen sind einzeln betrachtet die Schwellen von 5 % bei den maßgeblichen Kennziffern unterschritten. In der Summe

überschreiten die Kennziffern dagegen zum Teil die Grenze von 5 %. In Anbetracht des bei diesen drei Gesellschaften auch vergleichsweise geringen Umfangs der durchzuführenden Konsolidierungsarbeiten werden diese Beteiligungen im Wege der Vollkonsolidierung in den Abschluss einbezogen.

d) Ergebnis: Konsolidierungskreis

Zusammenfassend stellt sich der Konsolidierungskreis für den Gesamtabschluss der Stadt Erkelenz somit wie folgt dar:

1. Städtischer Abwasserbetrieb,
2. Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH,
3. Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG,
4. Kultur GmbH der Stadt Erkelenz.

Die übrigen Beteiligungen werden unverändert zum Vorjahr mit den fortgeführten Anschaffungskosten in den NKF-Gesamtabschluss aufgenommen.

IV. GRUNDFRAGEN DER AUFSTELLUNG DES GESAMTABSCHLUSSES

1. Erstkonsolidierungsstichtag

Die Erstkonsolidierung erfolgte auf den 1.1.2010, also den Beginn des Geschäftsjahres für den erstmals ein NKF-Gesamtabschluss aufgestellt wurde.

2. Vereinheitlichung der in den Gesamtabschluss einzubeziehenden Einzelabschlüsse

a) Grundlagen

Der Grundsatz der Einheitlichkeit erfordert, dass die zusammenzufassenden Einzelabschlüsse der Betriebe und der Stadt Erkelenz nach einheitlichen Bilanzierungsregeln erstellt sein müssen. Dies gilt hinsichtlich des Bilanzansatzes, der Bewertung, des Ausweises und des Bilanzierungsstichtages.

Die Einheitlichkeit des Bilanzierungsstichtages ist dadurch gewährleistet, dass alle einbezogenen Betriebe auf den 31.12.2014 ihren Jahresabschluss erstellt haben.

b) Vereinfachungen

Aus Vereinfachungsgründen wurde im Rahmen der Erstkonsolidierung auf Anpassungen der Bilanzansätze und Bewertungsmethoden der zum Erstkonsolidierungszeitpunkt vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden verzichtet. Damit wurde den Empfehlungen aus dem Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss gefolgt.

Insofern werden die gewählten Nutzungsdauern des Anlagevermögens, welche vor erstmaliger Gesamtrechnung angeschafft wurden beibehalten. Dies betrifft insbesondere den städtischen Abwasserbetrieb und daneben auch die Kultur GmbH.

c) Ansatz und Bewertung

Hinsichtlich von Ansatz und Bewertung bestehen diverse Unterschiede zwischen HGB und GO/GemHVO NRW. Insoweit muss eine Vereinheitlichung der einbezogenen Abschlüsse erfolgen.

Der einheitliche Ansatz bzw. die einheitliche Bewertung wird durch eine Anpassung in der HB II sichergestellt.

d) Ausweis

Ausweisunterschiede müssen ebenfalls in der HB II durch Zugrundelegung des einheitlichen Positionsplans vermieden werden. Der Positionsplan ergibt sich aus dem NKF-Abschluss der Stadt Erkelenz (§ 49 Abs. 3 GemHVO NRW).

3. Konsolidierungsbuchungen

a) Kapitalkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt durch Kürzung des aktivischen Beteiligungsbuchwertes aus dem Abschluss der Stadt Erkelenz mit dem Eigenkapital des jeweiligen Betriebes bzw. Aufgabenbereichs.

Im Grundsatz ist bei der Erstkonsolidierung, also insbesondere bei der erstmaligen Erstellung des Gesamtabschlusses, eine Neubewertung der Aktiva und Passiva der vollkonsolidierten Betriebe vorzunehmen (sog. Neubewertungsmethode).

Entsprechend den Empfehlungen aus dem Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss ist eine Beibehaltung der eigenkapitalspiegelbildorientierten Wertansätze der Sondervermögen aus der kommunalen Eröffnungsbilanz der Stadt Erkelenz zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung möglich. Somit kann auf die nachträgliche Ermittlung von Zeitwerten für die den Sondervermögen zuzuordnenden Vermögensgegenstände und Schulden im Rahmen der Erstkonsolidierung verzichtet werden.

Im Fall der Stadt Erkelenz betrifft dies insbesondere die Vermögenspositionen des städtischen Abwasserbetriebes. Ein Verzicht auf die Ermittlung der Zeitwerte dieser Vermögensgegenstände erscheint angemessen, da dies im Wesentlichen wohl nicht zu von den handelsrechtlichen Buchwerten deutlich abweichenden Ergebnissen führen dürfte. Insbesondere ist zu bedenken, dass wesentliche Posten der Position „Abwasserreinigungsanlagen“ noch vergleichsweise jung sind, so dass der handelsrechtliche Buchwert im Wesentlichen dem Zeitwert entsprechen dürfte. Abweichungen dürften sich nur bei älteren Kanalanlagen ergeben, die in der Einzelbilanz des Abwasserbetriebes ganz oder im Wesentlichen abgeschrieben sind.

Aus der Erstkonsolidierung zum 1. Januar 2010 ergeben sich folgende Werte:

Tochter-unternehmen	Eigenkapital der Tochtergesellschaften zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung: Nominal-/Stamm-kapital [1)]	allgemeine Rücklage	Sonder-rücklagen	Ausgleichs-rücklage	Bilanz-gewinn /verlust	Eigen-kapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Kultur GmbH	25.000,00	648.161,17	20.873,83	0,00	179,90	694.214,90
Abwasserbetrieb	5.200.000,00	5.028.112,75	10.300.152,60	0,00	0,00	20.528.265,35
GEE GmbH	25.564,59	0,00	0,00	0,00	69,24	25.633,83
GEE KG	818.067,01	2.002.461,33	0,00	0,00	-14.889,78	2.805.638,56
	6.068.631,60	**7.678.735,25**	**10.321.026,43**	**0,00**	**-14.640,64**	**24.053.752,64**

Tochter-unternehmen	Anteil der Stadt Erkelenz	anteiliges Eigenkapital	Buchwert bei der Stadt Erkelenz	Unterschiedsbetrag: Unterschieds-betrag	mit allgemeiner RL verrechnete Ausschüttung vorkonzernl. Gewinne	Passiver Unterschieds-betrag aus Kapital-konsolidierung
	%	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Kultur GmbH	100%	694.214,90	177.144,00	517.070,90	0,00	517.070,90
Abwasserbetrieb	100%	20.528.265,35	37.421.530,74	-16.893.265,39	16.893.265,39	0,00
GEE GmbH	100%	25.633,83	26.140,00	-506,17	506,17	0,00
GEE KG	100%	2.805.638,56	2.845.000,00	-39.361,44	39.361,44	0,00
		24.053.752,64	**40.469.814,74**	**-16.416.062,10**	**16.933.133,00**	**517.070,90**

Hierzu folgende Erläuterungen:

- Kultur GmbH: Bei Gründung der Kultur GmbH hat die Stadt Erkelenz die Stadthalle als Sacheinlage eingebracht. Der Beteiligungsbuchwert setzt sich aus der Bareinlage (TEUR 25) und dem Buchwert der Stadthalle bei der Stadt Erkelenz zusammen. Im Eigenkapital der Kultur GmbH ist die Stadthalle mit ihrem Verkehrswert bewertet. Der daraus resultierende passive Unterschiedsbetrag resultiert aus einer vorkonzernlichen Einbringung und muss im Rahmen der Kapitalkonsolidierung nicht eliminiert werden. Der Ausweis erfolgt im Eigenkapital gesondert als passiver Unterschiedsbetrag.

- Abwasserbetrieb: Der aktive Unterschiedsbetrag resultiert aus der Ausschüttung thesaurierter, vorkonzernlicher Gewinne. Da diese Ausschüttung von der Stadt Erkelenz ergebniswirksam vereinnahmt wurde, erfolgt eine Verrechnung des Unterschiedsbetrags mit dem Gewinnvortrag im Gesamtabschluss. Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass entsprechend der Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen eine teilweise Umgliederung der im Einzelabschluss des Abwasserbetriebs bislang nicht

aufgelösten zweckgebundenen Rücklagen, welche aus Zuschüssen gespeist wurden, in einen Sonderposten notwendig ist. Der Sonderposten machte zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1.1.2010) einen Betrag i.H.v. EUR 16.680.408,00 aus. In den Folgejahren wird dieser Sonderposten entsprechend der Nutzungsdauer der korrespondierenden Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst. Diese Umgliederung in den Sonderposten erfolgte nachträglich im Abschluss zum 31.12.2012.

- GEE KG: Das Kommanditkapital beträgt gemäß Gesellschaftsvertrag EUR 818.067,01. Die allgemeine Rücklage der GEE KG resultiert aus in den Vorjahren thesaurierten Gewinnen. Insoweit erfolgt eine Verrechnung des Unterschiedsbetrages mit dem Gewinnvortrag im Gesamtabschluss.

b) Schuldenkonsolidierung

Die Schuldenkonsolidierung dient der zutreffenden Darstellung der Gesamtvermögenslage, da interne Schuldbeziehungen im Konzern Verpflichtungen gegenüber sich selbst darstellen, die nach den Ansatzgrundsätzen in der Gesamtbilanz nicht berücksichtigt werden dürfen. Die Gesamtbilanz würde durch Sachverhalte aufgebläht, die im Verhältnis zwischen Gesamtkonzern und Dritten nicht existieren. Die Vermögenslage würde somit ohne Schuldenkonsolidierung aus Sicht des Konzerns falsch dargestellt.

Es sind somit alle Bilanzposten herauszurechnen („wegzulassen“), durch die Schuldverhältnisse zwischen den einbezogenen Organisationen abgebildet werden. Darüber hinaus sind zusätzlich die Angaben zu Haftungsverhältnissen und sonstigen finanziellen Verpflichtungen (§ 47 GemHVO NRW) auf eliminierungspflichtige Sachverhalte zu untersuchen.

Hinsichtlich der Schuldenkonsolidierung ergeben sich folgende Werte:

									Konzernschuldner		
Konzern-gläubiger	Konto	Konzern schuldner	Konto		privatrechtl. Ford. geg. Beteiligungen	privatrechtl. Ford. geg. SonderVerm.	aktiver RAP	Sonderposten Zuwendungen	Verbindlichk. gegen Beteiligungen	Verbindlichk. aus Transfer-leistungen
GEE GmbH	1360	GEE KG	3510	1)	31.877,89				31.877,89	
Stadt Erkelenz	196100	Kultur GmbH	949	2)		0,00	1.964.732,48	1.964.732,48		
Stadt Erkelenz	175100	Abwasserbetrieb	1360/1370	3)		2.789.746,85				2.789.746,85
					31.877,89	2.789.746,85	1.964.732,48	1.964.732,48	31.877,89	2.789.746,85

Erläuterungen:

1) Verrechnungskonten

2) SoPo Zuschüsse für Investitionen

3) Verrechnungskonto Abwasserbetrieb/Stadt Erkelenz

c) Zwischenergebniseliminierung, Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Entsprechend der Einheitstheorie sind Lieferungen und Leistungen zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen Organisationen konzerninterne Transaktionen. D.h. die aus den Lieferungen und Leistungen entstandenen Gewinne und Verluste sind im Gesamtabschluss zu eliminieren. Voraussetzung ist, dass sich die Lieferung bzw. Leistung am Stichtag des Gesamtabschlusses noch im Bestand einer in den Gesamtabschluss einzubeziehenden Organisation befindet. Dieser Vermögensgegenstand ist dann aus Konzernsicht mit den (Konzern-) Anschaffungs- oder Herstellungskosten in der Gesamtbilanz anzusetzen.

Soweit dabei nur jeweils einer der beiden betroffenen Teilbereiche der Umsatzsteuer erliegt bzw. vorsteuerabzugsberechtigt ist, wird aus Vereinfachungsgründen nur der Nettobetrag herauskonsolidiert.

Insoweit ergeben sich folgende Beträge:

1. Innenumsatzerlöskonsolidierung

Ertrag	Konto	Aufwand	Konto		öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	privatrechtliche Leistungsentgelte	Kostenerstattungen u. Kostenumlagen	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Personal-aufwand	Sonstige ordentl. Aufwendungen	Sonstige ordentl. Erträge	Aufrechnungs-differenz
Stadt	446100	Abwasserbetrieb	522407/522207	1)		-18.997,57		18.997,57				
Stadt	448500	Abwasserbetrieb	501107,1207,1907	8)			-1.203.185,76		1.095.683,90	107.501,86		
Stadt	432100	Abwasserbetrieb		3)	-1.430,50					1.430,50		
Stadt	431100	Kultur GmbH	4381	4)	-50,00					50,00		
Stadt	432100	Kultur GmbH	4270	14)	-150,50					150,50		
Abwasserbetrieb	432107,207,307	Stadt	524100,527940, 5	6)	-1.773.750,47			1.743.600,47		30.150,00		
Abwasserbetrieb	aus 8000/8001	Kultur GmbH	aus 4270	7)	-2.637,56					2.637,56		
Kultur GmbH	8405	Stadt	542100	5)		-502,42				502,42		
Kultur GmbH	8114	Stadt	542200	5)		-15.200,00				15.200,00		
Kultur GmbH	8114	Stadt	527900	5)		-9.700,00		9.700,00				
Kultur GmbH	2701	Stadt	543100	5)						156,00	-156,00	
Kultur GmbH	8411	Stadt	529100	2)		-17,99		17,99				
					-1.778.019,03	**-44.417,98**	**-1.203.185,76**	**1.772.316,03**	**1.095.683,90**	**157.778,84**	**-156,00**	**0,00**

2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge

Ertrag	Konto	Aufwand	Konto		Steuern + ähnl. Abgaben	Sonstige ordentliche Erträge	Finanzerträge	Zuwendungen allgemeine	Sonstige ordentl. Aufwendungen	Abschreibungen	Transfer-aufwendungen	Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Stadt	461500	Abwasserbetrieb	551717	13)			-9.878,40					9.878,40
Stadt	401200	Kultur GmbH	2375	14)	-10.267,57				10.267,57			
Stadt	401300	GEE KG	7610	10)	-128.929,00				128.929,00			
Abwasserbetrieb	461307	Stadt	551710	13)			-1.727,57					1.727,57
Kultur GmbH	2502 + 2500	Stadt	531700/531710	11)				-247.000,00			247.000,00	
Kultur GmbH	8000	Stadt	574100	12)				-72.767,87		72.767,87		
GEE KG	7110	Stadt	551710	20)			-1.175,00					1.175,00
GEE GmbH	4830	GEE KG	6875	9)		-2.556,45			2.556,45			
GEE GmbH	4836	GEE KG	6876	15)		-5.828,37			5.828,37			
					-139.196,57	**-8.384,82**	**-12.780,97**	**-319.767,87**	**147.581,39**	**72.767,87**	**247.000,00**	**12.780,97**

3. Konsolidierung von Zinsaufwendungen und -erträgen sowie der Beteiligungserträge und der Vorabausschüttung

Ertrag	Konto	Aufwand	Konto		Finanzerträge	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	erfolgswirksame Konsolidierung
Stadt	465100	Abwasser		16)	-2.005.792,92		-2.005.792,92
Stadt	465100	GEE GmbH		17)	-2.500,00		-2.500,00
					-2.008.292,92	**0,00**	**-2.008.292,92**

4. Auflösung umgegliederte SoPo Abwasserbetrieb

Ertrag	Konto		Zuwendungen und allgemeine Umlagen	Sonderposten für Zuwendungen	erfolgswirksame Konsolidierung
Abwasser	840	18)	539.613,00	-539.613,00	539.613,00
Abwasser	930	19)	-144.958,19	144.958,19	-144.958,19
Abwasser	931	19)	-104.777,40	104.777,40	-104.777,40
			289.877,41	**-289.877,41**	**289.877,41**

Erläuterungen:

1) Leistungen Baubetriebshof
2) Bewirtung Azubi-Messe
3) Abfallgebühren
4) Verwaltungsgebühren für verkehrsrechtliche Anordnung
5) Mietkosten u.a. für städtische Veranstaltungen in der Stadthalle Erkelenz
6) Schmutz- u. Niederschlagswassergebühren für öffentliche Flächen und städtischen Grundbesitz u.a.
7) Schmutz- u. Niederschlagswassergebühren für Stadthalle Erkelenz
8) Personalkosten- u. Verwaltungskostenerstattung des Abwasserbetriebes an Stadt Erkelenz
9) Erstattung Haftungsentschädigung gemäß Gesellschaftsvertrag
10) Gewerbesteuer
11) Zuschuss der Stadt Erkelenz für die Kulturarbeit u.a.
12) Auflösung SoPo (Zuschuss der Stadt)
13) Zinsverrechnung Stadt-Abwasserbetrieb
14) Grundsteuer B u. Abfallgebühren für Stadthalle Erkelenz
15) Erstattung Aufwandsentschädigung gemäß Gesellschaftsvertrag
16) Ausschüttung Jahresüberschuss des Vorjahres Abwasserbetrieb an die Stadt Erkelenz
17) Ausschüttung Jahresüberschuss des Vorjahres GEE GmbH an die Stadt Erkelenz
18) SoPo aus Erstkonsolidierung Abwasserbetrieb
19) Aufl. SoPo Abwasserbetrieb statt 20 Jahren --> 50 Jahre
20) Zinsen für Liquiditätsdarlehen

d) Verbleibende Positionen im Bereich Beteiligungen nach Konsolidierung

Nach Konsolidierung der einzubeziehenden Unternehmen verbleiben in den maßgeblichen Positionen noch folgende Posten:

	31.12.2014 EUR
Beteiligungen	
Kreiswerke Heinsberg	965.193,31
Elfriede Meyer Stiftung	1.631.570,82
WfG Heinsberg	25.600,00
	2.622.364,13
Wertpapiere des Anlagevermögens	
PRSt nach BBesG und Efog	234.206,43
	234.206,43
Ausleihungen	
Stille Beteiligung NVV	46.016.269,00
gemeinnütziger Bauverein	3.067,76
	46.019.336,76

Gesamtabschluss
und
Gesamtlagebericht

Gesamtbilanz der Stadt Erkelenz zum 31.12.2014

AKTIVA

Bilanzpositionen	Haushaltsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. ANLAGEVERMÖGEN		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	84.148,90	107.230,03
1.2 Sachanlagen		
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1 Grünflächen	55.407.275,65	54.856.538,71
1.2.1.2 Ackerland	1.510.216,01	2.035.189,22
1.2.1.3 Wald, Forsten	546.468,87	546.468,87
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.247.256,59	3.247.256,29
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.2.1 Grundstücke mit Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.114.788,35	7.502.995,39
1.2.2.2 Grundstücke mit Schulen	61.953.475,92	60.482.384,15
1.2.2.3 Grundstücke mit Wohnbauten	1.982.345,60	3.333.001,24
1.2.2.4 Grundstücke mit sonst. Dienst-, Geschäfts- u. and. Betriebsgebäude	49.196.425,34	50.319.826,73
1.2.3 Infrastrukturvermögen		
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	27.050.785,94	25.525.665,98
1.2.3.2 Bauten des Infrastrukturvermögens		
1.2.3.2.1 Brücken und Tunnel	791.592,32	821.772,21
1.2.3.2.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
1.2.3.2.3 Entwässer- u. Abwasserbeseitigungsanlagen	85.805.660,81	86.251.262,12
1.2.3.2.4 Straßennetz, einschl. Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	74.225.668,30	72.215.852,36
1.2.3.2.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.847,22	2.252,97
1.2.4 Bauten auf fremden Grund u. Boden, die nicht zu Nr. 2 u. 3 gehören	995.539,08	1.052.905,96
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	45.365,80	45.365,80
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.178.878,97	2.122.484,43
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.260.817,53	4.139.989,06
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.539.879,96	7.242.180,50
(Summe Sachanlagen)	**381.854.288,26**	**381.743.391,99**
1.3 Finanzanlagen		
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
1.3.3 Übrige Beteiligungen	2.622.364,13	2.617.874,87
1.3.4 Sondervermögen	0,00	0,00
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	234.206,43	234.206,43
1.3.6 Ausleihungen		
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00	0,00
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	46.019.336,76	46.019.336,76
(Summe Finanzanlagen)	**48.875.907,32**	**48.871.418,06**
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	**430.814.344,48**	**430.722.040,08**
2. UMLAUFVERMÖGEN		
2.1 Vorräte		
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	25.413,14	17.995,30
2.1.3 unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	5.745.654,52	4.913.041,67
2.1.4 fertige Erzeugnisse und Waren	975.541,61	846.469,05
(Zwischensumme)	**6.883.409,27**	**5.777.506,02**
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
2.2.1 Forderungen		
2.2.1.1 Öffentlich-rechtl. Forderungen und Ford. aus Transferleistungen		
2.2.1.1.1 Gebühren	828.144,26	673.563,97
2.2.1.1.2 Beiträge	257.982,03	533.649,32
2.2.1.1.3 Steuern	7.188.609,72	7.740.284,70
2.2.1.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	447.994,83	519.046,58
2.2.1.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.443.158,56	3.100.939,64
2.2.1.2 Privatrechtliche Forderungen		
2.2.1.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	803.578,51	849.929,87
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	1.578.792,18	1.346.688,76
(Summe Forderungen und sonstige VG)	**13.548.260,09**	**14.764.102,84**
2.4 Liquide Mittel	9.798.081,55	6.465.263,03
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	**30.229.750,91**	**27.006.871,89**
3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	**2.209.555,16**	**2.198.475,43**
SUMME AKTIVA	**463.253.650,55**	**459.927.387,40**

PASSIVA

Bilanzpositionen	Haushaltsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. EIGENKAPITAL		
1.0 Gezeichnetes Kapital	0,00	0,00
1.1 Allgemeine Rücklage	178.732.597,27	178.866.460,59
davon Deckungsrücklage	0,00	0,00
1.2 Sonderrücklagen	1.631.570,82	1.627.081,56
1.3 Ausgleichsrücklage	10.892.068,36	11.472.847,73
1.4 Gesamtjahresergebnis	1.551.332,07	-107.671,61
1.5 passiver UB aus Kapitalkonsolidierung	517.070,90	517.070,90
(SUMME EIGENKAPITAL)	**193.324.639,42**	**192.375.789,17**
2. SONDERPOSTEN		
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	111.907.905,54	103.283.673,96
2.2 Sonderposten für Beiträge	36.370.689,01	37.833.428,08
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	1.979.519,39	2.090.670,05
2.4 Sonstige Sonderposten	225.212,24	224.242,99
(SUMME SONDERPOSTEN)	**150.483.326,18**	**143.432.015,08**
3. RÜCKSTELLUNGEN		
3.1 Pensionsrückstellungen	37.517.750,00	35.799.084,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.886.607,63	5.135.866,12
3.4 Steuerrückstellungen	0,00	0,00
3.5 Sonstige Rückstellungen	11.602.056,78	12.028.237,43
(SUMME RÜCKSTELLUNGEN)	**54.006.414,41**	**52.963.187,55**
4. VERBINDLICHKEITEN		
4.1 Anleihen	0,00	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00
4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	2.722.946,58	2.833.049,90
4.2.5 von Kreditinstituten	51.094.759,21	54.150.141,30
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	1.050.198,43	1.756.573,04
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	266.376,71	658.344,71
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	235.182,92	317.173,31
4.8 Erhaltene Anzahlung	1.072.260,38	2.976.534,85
(SUMME VERBINDLICHKEITEN)	**56.441.724,23**	**62.691.817,11**
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	**8.997.546,31**	**8.464.578,49**
SUMME PASSIVA	**463.253.650,55**	**459.927.387,40**

Gesamtergebnisrechnung
der Stadt Erkelenz
für den Zeitraum vom
1.1.2014 bis 31.12.2014

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Haushaltsjahres EUR	Vorjahr EUR
1. + Steuern und ähnliche Abgaben	49.259.962,89	45.784.608,30
2. + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	17.759.195,32	18.128.425,03
3. + Sonstige Transfererträge	482.258,35	1.693.605,85
4. + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.949.952,39	16.456.150,37
5. + Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.188.362,01	6.365.750,17
6. + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.158.689,28	1.873.103,17
7. + Sonstige ordentliche Erträge	5.779.778,46	6.111.754,03
8. + Aktivierte Eigenleistungen	541.315,89	644.777,18
9. +/- Bestandsveränderungen	- 3.016.481,50	- 4.817.822,44
10. = Ordentliche Gesamterträge	**94.103.033,09**	**92.240.351,66**
11. - Personalaufwendungen	- 21.319.105,92	- 19.583.807,74
12. - Versorgungsaufwendungen	- 2.261.152,39	- 2.469.067,05
13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 15.971.564,63	- 17.541.681,54
14. - Bilanzielle Abschreibungen	- 10.601.559,50	- 11.239.323,48
15. - Transferaufwendungen	- 35.757.695,38	- 34.425.941,51
16. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 8.029.574,09	- 8.745.198,84
17. = Ordentliche Gesamtaufwendungen	**- 93.940.651,91**	**- 94.005.020,16**
18. = Ordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 10 u. 17)	**162.381,18**	**- 1.764.668,50**
19. + Finanzerträge	3.704.159,98	4.105.955,62
20. - Finanzaufwendungen	- 2.315.209,09	- 2.448.958,73
21. = Gesamtfinanzergebnis (Zeilen 19 u. 20)	**1.388.950,89**	**1.656.996,89**
22. = Gesamtergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (Zeilen 18 u. 21)	**1.551.332,07**	**- 107.671,61**
23. + Außerordentliche Erträge	0,00	0,00
24. - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00
25. = Außerordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 23 u. 24)	**0,00**	**0,00**
26. = Gesamtjahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	**1.551.332,07**	**- 107.671,61**
27. - Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	0,00	0,00
28. = Gesamtbilanzgewinn/-verlust	**1.551.332,07**	**- 107.671,61**

Nachrichtlich:
Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der allgemeinen Rücklage

29.	Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenstände.	308.054,63	812.442,05
30.	Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenstände.	1.178.738,16	1.071.861,23
31. =	Verrechnungssaldo (Zeilen 29 und 30)	-870.683,53	-259.419,18

Stadt Erkelenz

Gesamtanhang

für das Haushaltsjahr 2014

I. Allgemeine Angaben zum Gesamtabschluss

Die Stadt Erkelenz hat nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GemHVO NRW) einen Einzelabschluss und als Mutterunternehmen einen Gesamtabschluss aufgestellt. Sofern ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) anzuwenden waren, wurden diese berücksichtigt. Das 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKF WG) wurde beachtet.

Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses der Stadt Erkelenz ist nach § 116 Abs. 1 GO NRW der 31.12.2014.

Die Ausweiswahlrechte wurden weitgehend zugunsten des Gesamtanhangs ausgeübt.

II. Angaben zum Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis besteht neben der Stadt Erkelenz aus vier voll zu konsolidierenden verbundenen Unternehmen:

1. Städtischer Abwasserbetrieb Erkelenz, Erkelenz (Anteil am Kapital: 100%)
2. Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, Erkelenz (Anteil am Kapital: 100%)
3. Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH, Erkelenz (Anteil am Kapital: 100%)
4. Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG, Erkelenz (Anteil am Kapital: 100%)

Aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wurden nachstehende Unternehmen nicht als zu konsolidierende Unternehmen in den Gesamtabschluss einbezogen, sondern mit den fortgeführten Anschaffungskosten berücksichtigt:

1. Kreiswerke Heinsberg GmbH (Anteil am Kapital: 4,125%)
2. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (Anteil am Kapital: 10%)
3. Gemeinnütziger Bauverein eG Erkelenz (Anteil am Kapital: geringfügig)
4. Walter und Elfriede Meyer-Stiftung (Fehlende Verfügungsmöglichkeit der Stadt Erkelenz über dieses Vermögen)

Bei der Becker-von-Berg-Stiftung handelt es sich um eine rechtlich unselbständige Stiftung mit fehlender Verfügungsmöglichkeit der Stadt Erkelenz. Ein Beteiligungsbuchwert an dieser Stiftung besteht nicht. Den einzelnen Vermögensgegenständen steht in gleicher Höhe ein Sonstiger Sonderposten auf der Passivseite gegenüber.

III. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Die Erstkonsolidierung erfolgte auf den 1.1.2010. Aus Vereinfachungsgründen wurde im Rahmen der Erstkonsolidierung auf Anpassungen der Bilanzansätze und Bewertungsmethoden der zum Erstkonsolidierungszeitpunkt vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden verzichtet. Damit wird der Empfehlungen aus dem Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss gefolgt. Die bei diesen Betrieben angesetzten Nutzungsdauern stimmen im Wesentlichen mit den Bilanzierungsvorschriften der Stadt Erkelenz überein.

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt durch Kürzung des aktivischen Beteiligungsbuchwertes aus dem Abschluss der Stadt Erkelenz mit dem Eigenkapital des jeweiligen Betriebes bzw. Aufgabenbereichs. Bei der Kapitalkonsolidierung wurde die Buchwertmethode angewandt. Entsprechend den Empfehlungen aus dem Modellprojekt NKF-Gesamtabschluss ist eine Beibehaltung der eigenkapitalspiegelbildorientierten Wertansätze der Sondervermögen aus der kommunalen Eröffnungsbilanz der Stadt Erkelenz zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung möglich. Somit kann auf die nachträgliche Ermittlung von Zeitwerten für die den Sondervermögen zuzuordnenden Vermögensgegenstände und Schulden im Rahmen der Erstkonsolidierung verzichtet werden.

Die aus der Kapitalkonsolidierung resultierenden passiven Unterschiedsbeträge werden auf der Passivseite als gesonderter Posten des Eigenkapitals ausgewiesen. Aktivische Unterschiedsbeträge werden im Eigenkapital mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

Entsprechend der Vorgaben der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen erfolgte eine Umgliederung der im Einzelabschluss des Abwasserbetriebs bislang nicht aufgelösten zweckgebundenen Rücklagen, welche aus Zuschüssen gespeist wurden, in einen Sonderposten. Der Sonderposten machte zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung (1.1.2010) einen Betrag i.H.v. TEUR 16.680 aus. In den Folgejahren wird dieser Sonderposten entsprechend der Nutzungsdauer der korrespondierenden Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst. Diese Umgliederung in den Sonderposten erfolgte nachträglich im Abschluss zum 31.12.2012; der aktive Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung des Abwasserbetriebs wurde dementsprechend korrigiert. Die kompletten Ertrags- und Baukostenzuschüsse des Abwasserbetriebes werden ab 2012 mit einem einheitlichen Prozentsatz von 2% aufgelöst (vorher teilweise 5%). Sich daraus ergebende Abweichungen zum Einzelabschluss des Abwasserbetriebes werden im Rahmen der Konsolidierung erfolgswirksam erfasst.

Die Schuldenkonsolidierung erfolgte nach § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO i.V.m. § 303 Abs. 1 HGB durch Eliminierung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten zwischen den Konzernbetrieben.

Von einer Zwischenergebniseliminierung wurde gem. § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO abgesehen, da Lieferungen und Leistungen zwischen den Konzernbetrieben zu üblichen Marktbedingungen vorgenommen wurden. Die Ermittlung der Wertansätze erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die VSEF-Lage von untergeordneter Bedeutung.

Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung erfolgte gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO i.V.m. § 305 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Erträge zwischen den Konzernbetrieben mit den auf sie entfallenden Aufwendungen.

IV. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Jahresabschlüsse der einbezogenen Betriebe wurden für den Gesamtabschluss entsprechend den gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich einheitlich nach den bei der Stadt Erkelenz geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Bilanz enthält sämtliche **Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten**. Die jeweiligen Bilanzansätze sind zum Bilanzstichtag vorsichtig und überwiegend einzeln bewertet worden. Sämtliche bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt gewordenen Risiken, die am Bilanzstichtag bereits vorlagen, wurden aufgenommen.

Die Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten des Kernbereichs der Stadt Erkelenz sind mit den fortgeführten Bilanzansätzen der NKF-Eröffnungsbilanz angesetzt. In der NKF-Eröffnungsbilanz wurden grundsätzlich Wiederbeschaffungszeitwerte angesetzt, welche für die künftigen Haushaltsjahre als Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gelten. In den übrigen einbezogenen Bereichen wurden die Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten mit den handelsrechtlichen Werten angesetzt.

Es ergeben sich insbesondere folgende Bewertungsgrundsätze:

1. Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden.

2. Die Bewertung der **Finanzanlagen** erfolgte zu Anschaffungskosten.

3. Die **öffentlich-rechtlichen Forderungen und die Forderungen aus Transferleistungen, die privatrechtlichen Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert abzüglich ggf. erforderlicher Einzelwertberichtigungen angesetzt.

4. Als **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag geleistete Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

5. Die **Sonderposten** beinhalten vereinnahmte Investitionspauschalen und zweckgebundene Zuwendungen sowie vereinnahmte Beiträge. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögensgegenstandes.

6. Die **Rückstellungen** wurden nach dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht für sämtliche erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bekannt geworden sind und bereits am Bilanzstichtag vorlagen, gebildet.

7. Der Ansatz der **Verbindlichkeiten** entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung bestanden am Bilanzstichtag nicht. Einzelheiten sind aus dem als Anlage 2 beigefügten Verbindlichkeitenspiegel zu entnehmen.

8. Als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** wurden vor dem Bilanzstichtag erhaltene Zahlungen ausgewiesen, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

V. Erläuterungen zur Gesamtbilanz

Aktivseite

1. Die **Entwicklung des Anlagevermögens** ergibt sich aus dem Anlagenspiegel für das Haushaltsjahr 2014, welcher diesem Anhang als Anlage 1 beigefügt ist.

   Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen angesetzt worden. Die Festlegung der Nutzungsdauern orientiert sich an den Abschreibungssätzen der Stadt Erkelenz. Grundlage hierfür ist die vom Innenministerium Nordrhein-Westfalen bekannt gegebene Abschreibungstabelle für Kommunen. Es wird die lineare Abschreibungsmethode angewendet.

   Gem. § 28 Abs. 1 Satz 3 GemHVO wurde im zurückliegenden Geschäftsjahr bei der Stadt Erkelenz eine Wiederholungsinventur durchgeführt. Es wurde eine mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme aller beweglichen Vermögensteile des Anlagevermögens durchgeführt.
   Darüber hinaus wurde gem. § 34 Abs. 1 GemHVO eine körperliche Inventur der Festwerte vorgenommen. Festwerte werden aus Vereinfachungsgründen in einzelnen Bereichen der Betriebs- und Geschäftsausstattung mit 50 % der Anschaffungskosten gebildet. Im Jahresabschluss 2014 werden die Festwerte mit insgesamt T€ 918 (Schulbereich T€ 493, Kindergärten T€ 272, Feuerwehr T€ 131, Mehrzweckhallen T€ 22) berücksichtigt.

   Der Wert der Anlagen im Bau beträgt zum 31.12.2014 insgesamt T€ 4.540. Nachfolgend werden die Anlagen im Bau, deren Wert T€ 100 übersteigt, aufgeführt:

E12010046	Baugebiet Schulring	T€ 106
E12010049	GIPCO II westlicher Teil	T€ 316
E12018001	Immerath, Umsiedlungsstandort	T€ 1.944
E12018002	Borschemich, Umsiedlungsstandort	T€ 1.497
S08010001	Sportanlagen Borschemich (neu)	T€ 306

   Vom Wahlrecht gem. § 35 Abs. 2 GemHVO wurde Gebrauch gemacht. So werden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- und Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410 € ohne Umsatzsteuer nicht überschreiten, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, im laufenden Haushaltsjahr unmittelbar als Aufwand verbucht.

2. Die **Übrigen Beteiligungen** bestehen aus:

   - Walter und Elfriede Meyer-Stiftung:
     Die Walter und Elfriede Meyer-Stiftung stellt eine ausgegliederte Vermögensmasse der Stadt Erkelenz dar (T€ 1.632). Das Stiftungsrecht lässt es nicht zu, dass die Stadt Stiftungsvermögen für ihre Zwecke in Anspruch nehmen kann. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite der Bilanz folgt. Gem. Vermögensrechnung 2014 erfolgte eine Erhöhung in Höhe von T€ 5.

- Gesellschafteranteil von 4,125 % an den Kreiswerken Heinsberg:
  Die Anteile der Stadt Erkelenz an den Kreiswerken Heinsberg werden zwar als Beteiligung i.S.v. § 271 HGB qualifiziert. Da jedoch diese Beteiligung aufgrund der geringen Bedeutung nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen ist (§ 116 GO), wird die Beteiligung gem. § 55 Abs. 6 Satz 2 GemHVO mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt (965 T€).

- Gesellschafteranteil von 10 % an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH (WFG):
  Es erfolgte eine vereinfachte Bewertung gem. § 55 Abs. 6 Satz 2 GemHVO, da der Anteil der Stadt Erkelenz an der Wirtschaftsförderung für den Kreis Heinsberg mbH eine Beteiligung darstellt, die nach § 116 Abs. 3 GO nicht in den Gesamtabschluss einbezogen und mit ihrem anteiligen Wert des Eigenkapitals angesetzt werden kann. So wird der Gesellschafteranteil von T€ 26 in die Bilanz eingestellt.

3. Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** bestehen aus der Versorgungsrücklage nach dem Bundesbesoldungsgesetz.
   Die Bewertung erfolgt in Höhe der bisher erworbenen Fondsanteile. Gemäß Realisationsprinzip dürfen Gewinne nur dann ausgewiesen werden, wenn sie am Abschlussstichtag tatsächlich realisiert worden sind. Als Realisationszeitpunkt gilt im Regelfall der Zeitpunkt der Leistungserbringung. Dieser tritt erst mit dem Verkauf der Fondsanteile ein.

4. In den **sonstigen Ausleihungen** sind die Stille Beteiligung an der NVV und das Gesellschafterkapital am Gemeinnützigen Bauverein in Höhe der jeweiligen Einlagen bewertet und ausgewiesen.

5. Unter den **Vorräten** werden zum Verkauf bestimmte Baugebiete ausgewiesen.

6. Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** wurden mit dem Nennwert angesetzt. Auf Forderungen gegen Schuldner, bei denen ein Insolvenzantrag gestellt worden ist, wird grundsätzlich eine Einzelwertberichtigung vorgenommen.

   Bei den **sonstigen Vermögensgegenständen** werden Grundstücke bzw. Ackerlandflächen ausgewiesen, die zum baldigen Verkauf bestimmt sind.

7. Als **liquide Mittel** sind Kassenbestände, Einnahmekassen und Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

8. Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** (T€ 2.210) beinhalten im Wesentlichen die Landeszuwendungen an freie Träger für den Bau von Kindertagesstätten T€ 1.603. T€ 53 werden für übertragene Sachanlagen in den Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Außerdem werden die Beamtenbesoldung (T€ 228) für Januar 2015, der Umlagebeitrag an die Rheinische Versorgungskasse (T€ 110), Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (T€ 68) sowie sonstige geleistete Auszahlungen, die Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2015 (T€ 133) darstellen, erfasst.

Passivseite

1. Der Stand der **Allgemeinen Rücklage** beträgt zum 31.12.2013 T€ 178.866 und verminderte sich durch Umbuchungen im Eigenkapital per Saldo in Höhe von T€ 397 und erhöht sich durch konsolidierungsbedingte Veränderungen von T€ 264 auf T€ 178.733 zum 31.12.2014 (vgl. Anlage 5).

2. Die **Sonderrücklagen** betragen zum 31.12.2014 T€ 1.632. Hierbei handelt es sich um die passivische Beschränkung der Vermögensmasse der rechtlich selbstständigen Walter und Elfriede Meyer-Stiftung (Siehe Erläuterungen zum Punkt 2 der Aktivseite).

3. Die **Ausgleichsrücklage** beträgt zum 31.12.2014 insgesamt T€ 10.892 (vgl. Anlage 5).

4. Das **Jahresergebnis** in Höhe von T€ 1.551 wird in der Gesamtergebnisrechnung für das Jahr 2014 erläutert.

5. Der **passive Unterschiedsbetrag** in Höhe von T€ 517 resultiert aus der Kapitalkonsolidierung der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz. Bei Gründung der Kultur GmbH hat die Stadt Erkelenz die Stadthalle als Sacheinlage eingebracht. Der Beteiligungsbuchwert setzt sich aus der Bareinlage (T€ 25) und dem Buchwert der Stadthalle bei der Stadt Erkelenz zusammen. Im Eigenkapital der Kultur GmbH ist die Stadthalle mit ihrem Verkehrswert bewertet. Der daraus resultierende passive Unterschiedsbetrag resultiert aus einer vorkonzernlichen Einbringung und muss im Rahmen der Kapitalkonsolidierung nicht eliminiert werden.

   Die Entwicklung des Eigenkapitals ist im Gesamteigenkapitalspiegel (Anlage 5) dargestellt.

6. Der **Sonderposten für Zuwendungen** beinhaltet die zweckgebundene Zuweisungen und die Investitionspauschalen. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Anlagevermögens. Die Ermittlung der Sonderposten für Zuwendungen wurde pauschal anhand von durchschnittlichen Zuwendungsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 56 Abs. 5 GemHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Zuwendungen werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut einzeln zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens. Die kompletten Ertrags- und Baukostenzuschüsse des Abwasserbetriebes werden ab diesem Jahr mit einem Prozentsatz von 2% aufgelöst (vorher teilweise 5%). Sich daraus ergebende Abweichungen zum Einzelabschluss des Abwasserbetriebes wurden im Rahmen der Konsolidierung erfolgswirksam erfasst.

7. Die Erfassung des **Sonderpostens für Beiträge** resultiert im Wesentlichen aus dem Baugesetzbuch (BauGB) sowie dem Kommunalabgabengesetz (KAG). Die Ermittlung der Sonderposten für Beiträge wurde anhand von durchschnittlichen Betragsquoten auf der Grundlage von Stichproben durchgeführt. Der „Vom-Hundert-Anteil“ wurde bei der Ermittlung gem. § 56 Abs. 5 GemHVO des ansetzbaren Wertes der Sonderposten unter Berücksichtigung des angesetzten Zeitwertes des Vermögensgegenstandes auf der Grundlage von Stichproben zugrunde gelegt. Ab 2007 geflossene Beiträge werden mit ihrer tatsächlichen Höhe angesetzt und dem jeweiligen Anlagegut zugeordnet und entsprechend aufgelöst. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Abnutzung des bezuschussten Vermögens.

8. Der **Sonderposten für den Gebührenausgleich** beinhaltet Gebührenüberschüsse der Abfallentsorgung (T€ 663) und des Abwasserbetriebes (T€ 1.317). Gemäß § 6 Abs. 2 KAG sind Kostenüberdeckungen innerhalb der nächsten 4 Jahre auszugleichen. Bis zum Ausgleich sind Überdeckungen als Sonderposten in der Bilanz auszuweisen.

9. Die **Sonstigen Sonderposten** beinhalten das Vermögen der Becker-von-Berg-Stiftung (T€ 225). Bei dieser wurden durch den Stifter Vermögensgegenstände mit einer bestimmten Zweckbindung der Stadt Erkelenz als Eigentum übertragen. Die Stadt Erkelenz darf nur in Übereinstimmung mit dem Stifterwillen darüber verfügen. Diese Nutzungsbeschränkung erfordert, dass dem zweckgebundenen Vermögenswert auf der Aktivseite eine entsprechende Beschränkung auf der Passivseite bei den sonstigen Sonderposten der Bilanz folgt.

10. Die **Pensionsrückstellungen** wurden durch die Rheinischen Versorgungskassen auf der Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG, Köln, zum 31.12.2014 angesetzt. Die Rückstellungen beinhalten neben den künftigen Versorgungslasten der Stadt Erkelenz (T€ 29.118) auch die Ansprüche auf Beihilfen nach § 88 Landesbeamtengesetz (T€ 8.400). Den Berechnungen liegen die biometrischen Grundlagen der Richttafeln von Prof. Dr. K. Heubeck nach dem Stand 2005 (G) unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes von 5 % zu Grunde. Berücksichtigt wurden das rechnungsmäßige Pensionierungsalter mit 65 bzw. 67 Jahren und dem Anpassungsfaktor. Zusätzlich wurden zum 31.12.2014 die Kopfschadenstatistiken auf eine neue, erweiterte Datenbasis umgestellt. Da die neuen Statistiken insbesondere in höheren Altern einen signifikant anderen Verlauf aufweisen als die bisherigen Wahrscheinlichkeitstafeln war zum 31.12.2014 eine Bewertungsanpassung erforderlich, die zu einem erhöhten Rückstellungsaufwand führte.

11. Die **Instandhaltungsrückstellungen** wurden in Höhe der Beträge gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Betrachtung geboten waren. Es wurde vom Passivierungswahlrecht gem. § 36 Abs. 3 GemHVO Gebrauch gemacht. Alle Maßnahmen für die Instandhaltungsrückstellungen gebildet wurden, werden voraussichtlich 2015 – 2018 durchgeführt.

    Entwicklung der Instandhaltungsrückstellungen im Haushaltsjahr 2014:

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
1	Erneuerung Heizkessel Johannismarkt 17 – Rathaus	58.000,00	0,00	0,00	0,00	58.000,00
2	Erneuerung Fenster Altbau 3. BA	0,00	0,00	0,00	130.000,00	130.000,00
3	FWGH Matzerath: Ern. Heizung-Umstellung Gas	23.000,00	-15.633,74	-7.366,26	0,00	0,00
4	FWGH Matzerath: Ern. Sanitärbereich	30.500,00	0,00	0,00	0,00	30.500,00
5	Nysterbachschule Lövenich: Erneuerung äußerer Sonnenschutz	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
6	Nysterbachschule Lövenich: Zimmerarbeiten	6.252,60	-4.931,32	-1.321,28	0,00	0,00
7	Nysterbachschule Lövenich: Dacharbeiten	16.192,74	-16.192,74	0,00	0,00	0,00
8	Grundschule Gerderath: Erneuerung Dach	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
9	Grundschule Gerderath: Ern. Außentoiletten	40.000,00	0,00	0,00	25.000,00	65.000,00
10	GS Erkelenz-Mitte: Ern. Heizzentrale	150.000,00	0,00	0,00	0,00	150.000,00
11	GS Erkelenz-Mitte: Ern. Regelzentrale	80.000,00	0,00	0,00	0,00	80.000,00
12	Franziskusschule: Ern. Fenster 2.+3. BA	120.000,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
13	Franziskus-/Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach Turnhalle	32.000,00	-32.000,00	0,00	0,00	0,00
14	Franziskus-/Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Duschen Turnhalle	85.000,00	0,00	0,00	65.000,00	150.000,00
15	Astrid-Lindgren-Schule: Ern. Dach einschl. Dämmung	50.000,00	0,00	0,00	20.000,00	70.000,00
16	GS Hetzerath: Ern. Fenster	20.000,00	0,00	0,00	0,00	20.000,00
17	GS Keyenberg: Ern. Dach einschl. Dämmung	120.000,00	0,00	0,00	0,00	120.000,00
18	GS Keyenberg: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
19	GS Kückhoven: Ern. Dach einschl. Dämmung	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00
20	GS Schwanenberg: Ern. Dach Umkleide+Turnhalle	50.000,00	0,00	0,00	0,00	50.000,00
21	GS Schwanenberg: Ern. Außentoiletten	70.000,00	-70.000,00	0,00	0,00	0,00
22	GS Schwanenberg: Ern. Duschen Turnhalle	100.000,00	0,00	0,00	0,00	100.000,00
23	GS Schwanenberg: Ern. Fenster+Türen+Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
24	GS Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	42.000,00	0,00	0,00	0,00	42.000,00
25	GS Houverath: Ern. Außentoiletten	50.000,00	0,00	0,00	20.000,00	70.000,00
26	GS Houverath: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	60.000,00	60.000,00
27	Hauptschule Erkelenz: Ern. Dach Turnhalle	45.000,00	-45.000,00	0,00	0,00	0,00
28	Hauptschule Erkelenz: Ern. Dach; 4. BA (Musiktrakt)	0,00	0,00	0,00	43.000,00	43.000,00
29	Europaschule: Ern. Fassade/Fenster 1. BA (im Vorjahr aufgeteilt auf 1. + 2. BA)	500.000,00	-467.041,02	-8.846,49	0,00	24.112,49
30	Europaschule: Ern. Fassade/Fenster 2. BA	1.000.000,00	0,00	-115.000,00	0,00	885.000,00
31	Europaschule: Dachsanierung	59.130,42	-55.058,09	-4.072,33	0,00	0,00
32	Cusanus-Gymnasium: Erneuerung Dach Atrium und Verwaltung	152.865,54	0,00	0,00	0,00	152.865,54
33	Cusanus-Gymnasium: Abbruch Baracken	20.000,00	-17.160,81	-2.839,19	0,00	0,00
34	Cusanus-Gymnasium: Erneuerung Dach, Turnhallen und Außentoiletten	78.000,00	0,00	0,00	0,00	78.000,00
35	Cusanus-Gymnasium: Ern. Fenster Turnhallen+Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
36	Cusanus-Gymnasium: Ern. Fenster im Toilettentrakt	0,00	0,00	0,00	10.000,00	10.000,00
37	Cusanus-Gymnasium: Ern. Dach Bauteil C	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
38	Cusanus-Gymnasium: Ern. Bodenbelege	0,00	0,00	0,00	45.000,00	45.000,00
39	Cusanus-Gymnasium: Ern. Kesselanlage	55.000,00	0,00	0,00	0,00	55.000,00
40	Cusanus-Gymnasium: Ern. Elektrohauptverteilung (Trafo)	0,00	0,00	0,00	120.000,00	120.000,00
41	Cusanus-Gymnasium: Metallarbeiten	50.437,69	0,00	-50.437,69	0,00	0,00
42	Cusanus-Gymnasium: Fassadenarbeiten	6.117,34	0,00	-6.117,34	0,00	0,00
43	Cusanus-Gymnasium: Fassadenarbeiten	89.791,13	-77.107,79	-12.683,34	0,00	0,00
44	Cornelius-Burgh-Gymnasium: Ern. Schulhof	130.000,00	0,00	0,00	62.000,00	192.000,00
45	Cornelius-Burgh-Gymnasium: Ern. Stunden Toiletten	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
46	Pestalozzischule: Erneuerung Dach Altbau	45.000,00	-16.501,11	-28.498,89	0,00	0,00
47	Pestalozzischule: Erneuerung Dach Altbau (2. BA)	35.000,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00
48	Pestalozzischule: Ern. Duschen, Außentoiletten	110.000,00	0,00	0,00	0,00	110.000,00
49	Haus Spiess: Ern. Dach Hauptgebäude	86.500,00	0,00	0,00	0,00	86.500,00
50	Haus Spiess: Ern. Außenanstrich	42.000,00	0,00	0,00	0,00	42.000,00
51	Haus Hohenbusch: Beseitigung Feuchtigkeit	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
52	KG Adolf-Kolping-Hof: Heizungsarbeiten	13.354,07	-6.014,58	-7.339,49	0,00	0,00
53	KG Adolf-Kolping-Hof: Sanitärarbeiten	5.201,61	-2.213,42	-2.988,19	0,00	0,00
54	KG Westpromenade: Dämmung Kellerdecke	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00
55	KG Gerderath: Dämmung Speicher Altbau	15.000,00	-6.213,02	-8.786,98	0,00	0,00
56	KG Gerderath: Ern. Heizkessel	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.000,00
57	KG Hetzerath: Ern. Heizkessel	0,00	0,00	0,00	15.000,00	15.000,00
58	Turnhalle Gerderath: Ern. Hallenfußboden	35.000,00	0,00	0,00	0,00	35.000,00
59	Turnhalle Gerderath: Ern. der Akustikdecke (einschl. Beleuch-tung)	0,00	0,00	0,00	35.000,00	35.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
60	Turnhalle Holzweiler: Ern. Dach einschl. Dämmung	50.000,00	-50.000,00	0,00	0,00	0,00
61	Sportumkleide Schwanenberg: Ern. Sanitäranlage	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
62	Hallenbad Gerderath: Dämmung Fassade der Umkleide	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
63	Hallenbad Gerderath: Ern. Sanitärbereich	60.000,00	0,00	0,00	130.000,00	190.000,00
64	Asylantenwohnheim Bellinghoven: Abbrucharbeiten	70.000,00	0,00	0,00	0,00	70.000,00
65	Asylantenwohnheim Oerath: Abbrucharbeiten	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
66	Asylantenwohnheim Neuhaus: Sanierung von 16 Wohneinheiten im OG	0,00	0,00	0,00	80.000	80.000,00
67	Unterkunft Neuhaus: Sanierung von 16 Wohneinheiten	80.000,00	-58.154,02	-21.845,98	0,00	0,00
68	Parkdeck Ostpromenade: Ern. Beleuchtung	0,00	0,00	0,00	9.000,00	9.000,00
69	Instandhaltungsrückstellung Kriegsgräber	17.304,95	0,00	-5.561,22	0,00	11.743,73
70	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Dachabdichtung	40.000,00	-40.000,00	0,00	0,00	0,00
71	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Heizungsregelung	15.000,00	0,00	0,00	3.000,00	18.000,00
72	FHH Erkelenz-Mitte: Ern. Fenster, Verglasung, 2. BA	0,00	0,00	0,00	50.000,00	50.000,00
73	MZG Matzerath: Erneuerung Dach Altbau und Dämmung	25.000,00	0,00	0,00	5.000,00	30.000,00
74	MZG Matzerath: Erneuerung Außenputz mit Dämmung	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00
75	MZG Katzem (alte Schule): Ern. Dachstuhl, OG-Decke u. Eindeckung	50.000,00	-27.439,90	-16.295,95	0,00	6.264,15
76	MZG Katzem (alte Schule): Ern. der Dacheindeckung (2. BA)	40.000,00	-31.636,38	-8.363,62	0,00	0,00
77	MZH Kückhoven: Dacheindeckung	43.000,00	0,00	0,00	0,00	43.000,00
78	MZH Kückhoven: Erneuerung Sportboden	8.059,65	-3.944,53	-4.115,12	0,00	0,00
79	MZH Kückhoven: Ern. Fenster, Aussentüren	0,00	0,00	0,00	40.000,00	40.000,00
80	MZH Gerderhahn: Ern. Flachdach Halle	25.000,00	0,00	0,00	0,00	25.000,00
81	MZH Gerderhahn: Dacheindeckung	20.000,00	-20.000,00	0,00	0,00	0,00
82	MZH Gerderhahn: Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	35.000,00	35.000,00
83	MZH Golkrath: Ern. Dach Umkleide	10.000,00	0,00	0,00	0,00	10.000,00

		Stand 01.01.2014 €	Inanspruch-nahme €	Auflösung €	Zuführung €	Stand 31.12.2014 €
84	MZH Golkrath: Ern. Dach 1. Erweiterung	12.000,00	0,00	0,00	0,00	12.000,00
85	MZH Hetzerath: Ern. Dacheindeckung	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
86	MZH Hetzerath: Ern. Duschen und Toilette	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
87	MZH Granterath: Ern. Dacheindeckung	45.000,00	0,00	0,00	0,00	45.000,00
88	MZH Granterath: Ern. Außentoiletten	40.000,00	0,00	0,00	20.000,00	60.000,00
89	MZH Schwanenberg: Ern. Dach Umkleiden	20.000,00	-6.474,48	-13.525,52	0,00	0,00
90	MZH Schwanenberg: Ern. Duschen und Toiletten	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
91	MZG Holzweiler (Alte Schule): Ern. Dacheindeckung	40.000,00	0,00	0,00	0,00	40.000,00
92	MZG Holzweiler (Alte Schule): Ern. Fenster	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
93	MZH Houverath: Ern. Dach einschl. Dämmung	21.000,00	-21.000,00	0,00	0,00	0,00
94	MZG Geneiken (Alte Schule): Ern. Dacheindeckung	22.000,00	0,00	0,00	0,00	22.000,00
95	MZG Geneiken (Alte Schule): Ern. Außentoiletten	30.000,00	0,00	0,00	0,00	30.000,00
96	Instandhaltung Abwasserreinigungsanlagen (UG aus den Sonstigen Rückstellungen)	181.158,38	-60.536,66	0,00	0,00	120.621,72
		5.135.866,12	**-1.150.253,61**	**-326.004,88**	**1.227.000,00**	**4.886.607,63**

12. Die Bildung der **sonstigen Rückstellungen** nach § 36 Abs. 4 GemHVO NRW erfolgte ebenfalls in Höhe der Beträge, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geboten sind.

    Im Detail ergibt sich folgende Entwicklung und Zusammensetzung der sonstigen Rückstellungen:

	Stand 01.01.2014	Inanspruch-nahme/Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR
Altersteilzeit	2.806.263,65	593.929,42	0,00	2.212.334,23
Sonstige Rückstellung (Personalaufwand) - LoB	350.529,23	66.529,23	7.727,00	291.727,00
Urlaubsrückstellungen	459.955,43	0,00	36.659,59	496.615,02
Überstundenrückstellungen	88.507,15	0,00	34.810,47	123.317,62
Rückstellungen Prüfung GPA	77.222,25	52.222,25	26.600,00	51.600,00
Drohverlustrückstellungen	5.299.806,57	0,00	0,00	5.299.806,57
Übrige sonst. Rückstellungen	434.604,00	434.604,00	0,00	0,00
Rückstellungen Prozesskostenrisiko	76.000,00	0,00	163.000,00	239.000,00
Gesamt Stadt Erkelenz	**9.592.888,28**	**1.147.284,90**	**268.797,06**	**8.714.400,44**
Prozesskostenrisiko	3.426,00	3.426,00	0,00	0,00
Urlaub	1.551,00	1.551,00	3.311,00	3.311,00
Jahresabschlusskosten	9.000,00	9.000,00	11.000,00	11.000,00
Gesamt Kultur GmbH	**13.977,00**	**13.977,00**	**14.311,00**	**14.311,00**
Jahresabschlusskosten	4.500,00	2.500,00	2.500,00	4.500,00
Gesamt GEE mbH	**4.500,00**	**2.500,00**	**2.500,00**	**4.500,00**
Gewerbesteuer	39.867,00	39.867,00	16.466,00	16.466,00
Rückstellung Baugebiet "Oerather Mühlenfeld" 1. BA	18.799,25	18.799,25	0,00	0,00
Rückstellung Baugebiet "Hetzerath"	4.000,00	4.000,00	0,00	0,00
Rückstellung Baugebiet "Vossemer Straße"	164.801,88	125.551,88	0,00	39.250,00
Rückstellung Baugebiet "An der Heubahn"	210.954,13	199.454,13	0,00	11.500,00
Rückstellung Baugebiet "Am Dorf"	72.400,00	70.400,00	0,00	2.000,00
Rückstellung Baugebiet "Baaler Weg"	144.184,25	7.184,25	0,00	137.000,00
Rückstellung "Oerather Mühlenfeld" 2. BA	25.068,27	25.068,27	0,00	0,00
Rückstellung "Oerather Mühlenfeld" 3. BA	10.000,00	10.000,00	0,00	0,00
Rückstellungen Baugebiet "Am Loher Acker"	115.400,00	115.400,00	0,00	0,00
Rückstellung "Oerather Mühlenfeld" 4. BA	24.000,00	24.000,00	0,00	0,00
Rückstellung "Tichelkamp", Schwanenberg	0,00	0,00	412.846,30	412.846,30
Rückstellung "An der Burg", Gerderath	0,00	0,00	583.875,88	583.875,88
Rückstellung "Zum Königsberg", Lövenich	0,00	0,00	420.976,00	420.976,00
Rückstellung Oerather Mühlenfeld-Süd	1.028.614,90	122.703,63	0,00	905.911,27
Rückstellungen f. droh. Verluste aus schweb. Geschäfte	297.701,71	297.701,71	92.551,77	92.551,77
Rückstellungen für Abschluss- und Prüfungskosten	18.000,00	18.000,00	18.000,00	18.000,00
Rückstellungen zur Erfüllung der Aufbewahrungspflichte	4.700,00	0,00	0,00	4.700,00
Gesamt GEE mbH & Co. KG	**2.178.491,39**	**1.078.130,12**	**1.544.715,95**	**2.645.077,22**
Jahresabschlusskosten	17.000,00	17.000,00	16.660,00	16.660,00
Abwasserabgabe	208.580,76	208.580,76	201.808,12	201.808,12
Entsorgung Klärschlamm	12.800,00	12.800,00	5.300,00	5.300,00
Gesamt Abwasserbetrieb	**238.380,76**	**238.380,76**	**223.768,12**	**223.768,12**
Sonstige Rückstellungen Gesamt	**12.028.237,43**	**2.480.272,78**	**2.054.092,13**	**11.602.056,78**

Bei der **Bildung von Altersteilzeitrückstellungen** werden fortgeltende Ansprüche der tariflich Beschäftigten auf Zahlung des Entgeltes im Rahmen der Altersteilzeitregelung berücksichtigt. Hierbei wurden die im Jahr der Beschäftigungsphase erworbenen Ansprüche auf Zahlung eines Beschäftigungsentgeltes während der Freistellungsphase in die Rückstellungen eingebracht.
In die **Urlaubsrückstellungen** wird nicht in Anspruch genommener Urlaub des laufenden Jahres eingestellt. Gleiches gilt für die am Bilanzstichtag bestehenden Überstunden- und Gleitzeitguthaben. Sie sind ebenfalls über die Bildung einer **Überstundenrückstellung** zu berücksichtigen. Bei der Ermittlung wurden die Bediensteten in unterschiedliche Beschäftigungsgruppen eingeteilt und diese mit der jeweiligen durchschnittlichen Vergütung von Beschäftigungsgruppen bewertet. Die sonstige Rückstellung Personalaufwand wurde gebildet für Aufwendungen aus der **leistungsorientierten Bezahlung** (Lob) i.H.v. 291.727,00 €, die erst Ende April 2015 für den Zeitraum vom 01.01.2014 - 31.12.2014 zur Auszahlung gelangen.
Die **Drohverlustrückstellung** wurde in 2008 gebildet, weil seinerzeit ein Gewerbesteuerschuldner gegen den Steuermessbescheid geklagt hat. Das Finanzamt hat in diesem Fall die Aussetzung der Vollziehung angeordnet. Über die Klage ist bis heute immer noch nicht entschieden. Wird der Klage stattgegeben, droht der Stadt Erkelenz möglicherweise ein Verlust der kompletten Forderung. Es bestand demnach die Notwendigkeit hierfür in 2008 eine Rückstellung zu bilden und diese in der Bilanz anzusetzen. Gegenüber der zum 31.12.2013 vorgenommenen Bewertung des Sachverhalts haben sich in 2014 keine Änderungen ergeben.
Die **Rückstellungen Prozesskostenrisiko** wurden aufgrund anhängiger Gerichtsverfahren gebildet. Im ungünstigsten Fall muss die Stadt Erkelenz Kosten in Höhe der jeweiligen Streitwerte tragen.
Für **ausstehende Rechnungen** über Erschließungsarbeiten in den Baugebieten, bei denen mit der Veräußerung von Baugrundstücken begonnen wurde bzw. die Veräußerung der Baulandflächen bereits abgeschlossen ist wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt T€ 2.513 ausgewiesen.
Für das **Einleiten von Schmutzwasser** wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 202 gebildet.
Des Weiteren wurden T€ 121 für die **Instandhaltung von Abwasserreinigungsanlagen** zurückgestellt. Zum Zwecke der Vereinheitlichung der Bilanzpositionen wurde diese Rückstellung von den Sonstigen Rückstellungen in die Instandhaltungsrückstellungen umgegliedert.
Zum kurzfristigen Ausgleich von **Gebühren**schwankungen im folgenden Jahr erfolgte beim Abwasserbetrieb ein Rückstellungsausweis in Höhe von T€ 1.317. Diese Rückstellung wurde zwecks Vereinheitlichung der Bilanzpositionen in den Sonderposten für Gebührenausgleich umgegliedert (siehe Anlage 3/6).

13. Die **Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Eine besondere Besicherung der Verbindlichkeiten liegt nicht vor. Einzelheiten ergeben sich aus dem als Anlage 2 zum Anhang beigefügten Verbindlichkeitenspiegel.

14. Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** betreffen hauptsächlich vereinnahmte Friedhofsgebühren für Nutzungsrechte an Gräbern, die Erträge in Folgejahren darstellen (T€ 6.329). Der Abgrenzungsbestand von Landeszuwendungen, die für den Bau von Kindertagesstätten vom Land gewährt wurden und die an die freien Träger ausgezahlt werden (Vgl. Ausführungen ARAP auf der Aktivseite) beträgt nunmehr 1.603 T€. Daneben liegen noch weitere, kleinere passive Rechnungsabgrenzungsposten von insgesamt 1.066 T€ vor (Ausgleichsmaßnahmen 253 T€, Ruherechtsentschädigungen 296 T€, Zahlungen, die zu Erträgen in 2015 führen 470 T€; Sonstige 47 T€).

VI. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

1. Die **Steuern und ähnlichen Abgaben** setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Grundsteuer A	271
Grundsteuer B	6.342
Gewerbesteuer	20.312
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	17.869
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.407
Sonstige Vergnügungssteuer	905
Hundesteuer	284
Familienleistungsausgleich	1.870
	49.260

2. Die Zuwendungen **und allgemeinen Umlagen** des Haushaltsjahres betragen T€ 17.759. Darin enthalten sind im Wesentlichen T€ 6.625 Schlüsselzuweisungen, T€ 7.904 Zuweisungen und Zuschüsse sowie T€ 3.111 Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen.

3. Bei den **sonstigen Transfererträgen** (482 T€) handelt es sich u.a. um den Kostenersatz für soziale Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen in den Produktbereichen 05 „Soziale Hilfen“ und 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ (271 T€). Daneben wurden Erstattungen nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz (ELAG) geleistet (211 T€).

4. Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** (T€ 15.950) betreffen Schmutz- und Niederschlagswassergebühren (T€ 7.337), Verwaltungsgebühren (T€ 734), Benutzungsgebühren (T€ 5.930), Erträge aus den Auflösungen von Sonderposten für Beiträge und des Sonderpostens für den Gebührenausgleich (T€ 1.949).

5. Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (5.188 T€) enthalten im Wesentlichen Erlöse aus der Veräußerung von Bauland (T€ 4.550) und Mieten und Pachten (T€ 439).

6. Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden Erträge von insgesamt 2.159 T€ erzielt. Hierunter fallen u.a. die Erstattungen des Landes für Flüchtlinge und die Erstattungen der UVG- und Jugendhilfeleistungen.

7. Im Haushaltsjahr 2014 wurden **sonstige ordentliche Erträge** in Höhe von T€ 5.780 erzielt, deren Zusammensetzung der nachfolgenden Übersicht zu entnehmen ist:

	T€
Konzessionsabgaben	2.117
Erstattung von Steuern	1.137
Erträge aus der Veräußerung von Grund und Boden	115
Bußgelder u.a.	111
Säumniszuschläge u.dgl.	436
Stundungs- und Aussetzungszinsen	27
Erträge aus Ersatzvornahmen	20
Erträge aus Zuschreibungen	11
Herabsetzung und Auflösung von Rückstellungen	1.365
Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	22
Andere sonst. ordentl. Erträge	419
	5.780

8. Das Jahresergebnis bei den **aktivierten Eigenleistungen** beträgt 541 T€.

9. Der **Personal- und Versorgungsaufwand** von 23.580 T€ des Haushaltsjahres 2014 entfällt mit 3.359 T€ auf Beamtenbezüge, mit 16.590 T€ auf Gehälter (einschließlich Beiträgen zu Versorgungskassen und zur gesetzlichen Sozialversicherung), mit 1.349 T€ auf Beiträge zu Versorgungskassen für Beamte, 484 T€ auf Beihilfe (Beschäftigte 240 T€ und Versorgungsempfänger 244 T€) und mit 80 T€ auf nicht zahlungswirksame Aufwendungen zur Auffüllung von Rückstellungsbeständen. Als Grundlage für die Ermittlung der Zuführung zur Pensionsrückstellung für die Beamten dienten die standardmäßig von der Rheinischen Versorgungskasse zur Verfügung gestellten Berechnungen. Die Zuführungsbeträge betrugen insgesamt T€ 1.718, die ausschließlich für Beschäftigte (970 T€ für Pensionen, 81 T€ für Beihilfen) und für Pensionäre (387 T€ für Pensionen und 280 T€ für Beihilfen) aufgebracht wurden.

10. Die Zusammensetzung der **Sach- und Dienstleistungen** des Haushaltsjahres 2014 zeigt die folgende Aufstellung:

		T€
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen		1.711
Unterhaltung des sonst. unbeweglichen Vermögens		314
Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen		348
Bewirtschaftung - Energie -		2.188
Bewirtschaftung - Reinigung -		1.244
Haltung von Fahrzeugen		381
Unterhaltung der Geräte		337
Anschaffung von kleineren Geräten (60 - 410 EUR)		237
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte		88
Aus- und Fortbildung		130
Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz		289
Sonst. bes. Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen		3.291
davon:		
Verpflegungsaufw in Schulen u. Kindergärten	T€ 275	
Sonst. Verw. u. Betriebsaufwendungen	T€ 3.016	
Aufwendungen für den Erwerb von Vorräten		300
Aufwendungen für sonst. Dienstleistungen		5.114
davon:		
Aufwendungen EDV und Software	T€ 708	
Schülerbeförderungskosten	T€ 1.837	
Aufwendungen offener Ganztag	T€ 1.264	
Abfallentsorgung u. Beseitigung Sondermüll	T€ 958	
Übr. Aufwendungen f. sonst. Dienstleistungen	T€ 347	
		15.972

11. Die **bilanziellen Abschreibungen** (T€ 10.602) umfassen die Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen.

12. Die **Transferaufwendungen** 2014 setzen sich wie folgt zusammen:

	T€
Zuweisungen und Zuschüsse	5.169
Sozialtransferaufwendungen	6.746
Gewerbesteuerumlage	1.712
Finanzierungsbeteiligung „Fonds Deutsche Einheit“	1.663
Kreisumlage	19.988
Krankenhausinvestitionsumlage	480
	35.758

13. Im Jahre 2014 wurden **sonstige ordentliche Aufwendungen** in Höhe von T€ 8.029 geleistet. Dies betrifft aus dem Kernhaushalt der Stadt Erkelenz insbesondere Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (T€ 1.417) und Steuern, Versicherungen (T€ 2.366) und aus dem Städtischen Abwasserbetrieb insbesondere Beiträge zu Abwasserverbänden (T€ 658).

14. Den maßgeblichen Anteil an den **Finanzerträgen** (T€ 3.704) haben die Zinserträge sonstiger inländischer Bereich mit T€ 3.456. Daneben konnten Gewinnanteile von öffentlichen Sonderrechnungen (T€ 200) sowie übrige Zinserträge (T€ 48) vereinnahmt werden.

15. Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** betragen insgesamt T€ 2.315.

16. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 sind keine Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW vorgenommen worden.

17. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2014 werden keine Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen nach § 22 Abs. 1 GemHVO NRW vorgenommen.

VII. Sonstige Angaben

Die Kapitalflussrechnung nach DRS 21 zum Gesamtabschluss ist in der Anlage 3 zum Anhang dargestellt. Im Vorjahr wurde die Kapitalflussrechnung noch auf Basis des DRS 2 erstellt. Damit die Vergleichbarkeit gegeben ist, wurde die Darstellung der Vorjahreszahlen im Hinblick auf Zinsaufwendungen und -erträge angepasst.

Gesamtanlagenspiegel

Gesamtabschluss Stadt Erkelenz

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen					Buchwert	
	Stand am 01.01.2014 Euro	Zugänge in 2014 Euro	Abgänge in 2014 Euro	Um-buchungen in 2014 Euro	Stand am 31.12.2014 Euro	Stand am 01.01.2014 Euro	Zugänge in 2014 Euro	Abgänge in 2014 Euro	Um-buchungen in 2014 Euro	Stand am 31.12.2014 Euro	Stand am 31.12.2014 Euro	Stand am 31.12.2013 Euro
		+	-	+/-				+	-			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	839.682,24	30.343,42	0,00	0,00	870.025,66	732.452,21	53.424,55	0,00	0,00	785.876,76	84.148,90	107.230,03
1.2 Sachanlagen												
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
1.2.1.1 Grünflächen	55.422.810,20	131.977,50	-2.697,95	637.173,18	56.189.262,93	566.271,49	215.715,79	0,00	0,00	781.987,28	55.407.275,65	54.856.538,71
1.2.1.2 Ackerland	2.035.189,22	-392.376,13	0,00	-132.597,08	1.510.216,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.510.216,01	2.035.189,22
1.2.1.3 Wald, Forsten	546.468,87	0,00	0,00	0,00	546.468,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	546.468,87	546.468,87
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.247.256,29	6.068,62	0,00	-6.068,32	3.247.256,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.247.256,59	3.247.256,29
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte												
1.2.2.1 Grundstücke mit Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.427.324,34	0,00	0,00	761.895,66	9.189.220,00	924.328,95	150.102,70	0,00	0,00	1.074.431,65	8.114.788,35	7.502.995,39
1.2.2.2 Grundstücke mit Schulen	69.872.066,12	0,00	0,00	2.825.335,45	72.697.401,57	9.389.681,97	1.354.243,68	0,00	0,00	10.743.925,65	61.953.475,92	60.482.384,15
1.2.2.3 Grundstücke mit Wohnbauten	3.820.323,00	0,00	-1.471.279,00	0,00	2.349.044,00	487.321,76	44.890,12	-165.513,48	0,00	366.698,40	1.982.345,60	3.333.001,24
1.2.2.4 Grundstücke mit sonstigen Dienst- Geschäfts- und Betriebsgebäude	56.659.056,28	0,00	-3.504,00	24.658,48	56.680.210,76	6.339.229,55	1.144.555,87	0,00	0,00	7.483.785,42	49.196.425,34	50.319.826,73
1.2.3 Infrastrukturvermögen												
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	25.525.665,98	1.535.320,36	-23.144,00	12.943,60	27.050.785,94	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.050.785,94	25.525.665,98
1.2.3.2 Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3.2.1 Brücken und Tunnel	1.042.097,34	0,00	0,00	0,00	1.042.097,34	220.325,13	30.179,89	0,00	0,00	250.505,02	791.592,32	821.772,21
1.2.3.2.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.2.3.2.3 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	167.151.803,16	2.397.757,61	-278.217,31	420.190,51	169.691.533,97	80.900.541,04	3.260.404,95	-275.072,83	0,00	83.885.873,16	85.805.660,81	86.251.262,12
1.2.3.2.4 Straßennetz, einschl. Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	95.618.652,64	4.596.191,10	0,00	821.870,10	101.036.713,84	23.402.800,28	3.408.245,26	0,00	0,00	26.811.045,54	74.225.668,30	72.215.852,36
1.2.3.2.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	4.042,89	0,00	0,00	0,00	4.042,89	1.789,92	405,75	0,00	0,00	2.195,67	1.847,22	2.252,97
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden, die nicht zu Nr. 2 und 3 gehören	1.453.539,45	0,00	0,00	0,00	1.453.539,45	400.633,49	57.366,88	0,00	0,00	458.000,37	995.539,08	1.052.905,96
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	45.365,80	0,00	0,00	0,00	45.365,80	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	45.365,80	45.365,80
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.367.666,37	507.092,34	-34.939,95	0,00	4.839.818,76	2.245.181,94	434.013,58	-18.255,73	0,00	2.660.939,79	2.178.878,97	2.122.484,43
1.2.7 Betriebs- und Geschäftssaustattung	7.390.208,23	690.224,72	-166.002,45	-6.203,83	7.908.226,67	3.250.219,17	448.010,48	-50.820,51	0,00	3.647.409,14	4.260.817,53	4.139.989,06
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	7.242.180,50	2.656.897,21	0,00	-5.359.197,75	4.539.879,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.539.879,96	7.242.180,50
1.3 Finanzanlagen												
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.3 Übrige Beteiligungen	2.617.874,87	0,00	4.489,26	0,00	2.622.364,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2.622.364,13	2.617.874,87
1.3.4 Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	234.206,43	0,00	0,00	0,00	234.206,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	234.206,43	234.206,43
1.3.6 Ausleihungen												
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46.019.336,76	46.019.336,76
	559.582.816,98	12.159.496,75	-1.975.295,40	0,00	569.767.018,33	128.860.776,90	10.601.559,50	-509.662,55	0,00	138.952.673,85	430.814.344,48	430.722.040,08

Anlage 1 zum Anhang

Gesamtverbindlichkeitenspiegel

	Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag des Haushalts-jahres EUR 1	mit einer Restlaufzeit von bis zu 1 Jahr EUR 2	1 bis 5 Jahre EUR 3	mehr als 5 Jahre EUR 4	Gesamtbetrag des Vorjahres EUR 5
1.	**Anleihen**	-	-	-	-	-
2.	**Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen**					
2.1	von verbundenen Unternehmen	-	-	-	-	-
2.2	von Beteiligungen	-	-	-	-	-
2.3	von Sondervermögen	-	-	-	-	-
2.4	vom öffentlichen Bereich					
2.4.1	vom Bund	-	-	-	-	-
2.4.2	vom Land	-	-	-	-	-
2.4.3	von Gemeinden (GV)	-	-	-	-	-
2.4.4	von Zweckverbänden	-	-	-	-	-
2.4.5	vom sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
2.4.6	vom sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	2.722.946,58	297.603,32	1.190.413,28	1.234.929,98	2.833.049,90
2.5	vom privaten Kreditmarkt					
2.5.1	von Banken und Kreditinstituten	51.094.759,21	4.244.155,39	17.223.808,99	29.626.794,83	54.150.141,30
2.5.2	von übrigen Kreditgebern	-	-	-	-	-
3.	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung**					
3.1	vom öffentlichen Bereich	-	-	-	-	-
3.2	vom privaten Kreditmarkt	-	-	-	-	-
4.	**Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**	-	-	-	-	-
5.	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	1.050.198,43	1.050.198,43	0,00	0,00	1.756.573,04
6.	**Verbindlichkeiten aus Transferleistungen**	266.376,71	266.376,71	0,00	0,00	658.344,71
7.	**Sonstige Verbindlichkeiten**	235.182,92	235.182,92	0,00	0,00	317.173,31
8.	**Erhaltene Anzahlungen**	1.072.260,38	1.072.260,38	0,00	0,00	2.976.534,85
8.	**Summe aller Verbindlichkeiten**	**56.441.724,23**	**7.165.777,15**	**18.414.222,27**	**30.861.724,81**	**62.691.817,11**

Nachrichtlich:

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten:

Bürgschaften für die Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz	16.255.308,16

Anlage 2 zum Anhang

Gesamtabschluss
Stadt Erkelenz

Kapitalflussrechnung*

		Ergebnis Haushaltsjahr TEUR	Ergebnis Vorjahr TEUR
1	Steuern und ähnliche Abgaben	48.863	43.835
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.714	15.390
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	589	1.365
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	14.069	13.914
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	825	3.033
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	2.385	1.592
7	+ Sonstige Einzahlungen	4.769	2.922
8	= Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	86.214	82.051
9	- Personalauszahlungen	-20.179	-19.116
10	- Versorgungsauszahlungen	-1.603	-1.601
11	- Ausz. für Sach- und Dienstleistungen	-16.550	-17.246
12	- Transferzahlungen	-36.757	-35.322
13	- Sonstige Auszahlungen	-5.485	-4.672
14	= Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-80.574	-77.957
15	**= Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (8 und 14)**	**5.640**	**4.094**
16	+ Zuwendungen für Investitionsmaßmahmen	2.938	3.294
17	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Sachanlagen	488	3.691
18	+ Einzahlg. a.d. Veräußerg. v. Finanzanl.	0	0
19	+ Einzahlg. a. Beiträgen u.ä. Entgelten	271	957
20	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	65	436
21	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	5.984	3.666
22	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	9.746	12.044
23	- Auszahlg. f.d. Erwerb von Grdst. und Gebäuden	-12	-217
24	- Auszahlg. f. Baumaßnahmen	-3.183	-8.799
25	- Auszahlg. f.d.Erwerb v.bewegl. Anlagevermögen	-1.414	-708
26	- Auszahlg. f.d. Erwerb v. Finanzanlagen	0	0
27	- Auszahlg. v. aktiv.Zuwend.	0	0
28	- Sonstige Investitionsauszahlungen	-30	-54
29	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-4.639	-9.778
30	**= Saldo aus Investitionstätigkeit (22 und 29)**	**5.107**	**2.266**
31	**= Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag (15 und 30)**	**10.747**	**6.360**
32	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	1.009	5.505
33	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	6.010	18.542
34	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	-3.980	-6.469
35	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	-6.272	-18.984
36	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-4.139	-2.416
37	**= Saldo aus Finanzierungstätigkeit**	**-7.372**	**-3.822**
38	= Änd. d. Best. an eigenen Finanzmitteln (31 und 37)	3.375	2.538
39	+ Anfangsbestand an eigenen Finanzmitteln	6.466	3.924
40	+ Bestand an fremden Mitteln	-43	4
41	**= Liquide Mittel**	**9.798**	**6.466**

* Bis einschl. 2011 wurde die Kapitalflussrechnung nach der indirekten Methode ermittelt.
Ab dem Jahr 2012 erfolgt die Ermittlung der Kapitalflussrechnung nach der direkten Methode.
Der Zahlungsmittelbestand (liquide Mittel) umfasst neben den Beständen auf den Konten bei den Kreditinstituten und Banken auch alle Barmittel und Bestände auf den Sparbüchern.

L a g e b e r i c h t

1. Allgemeines

Der Gesamtabschluss ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Lagebericht ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Jahr zu geben. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher, die nach Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO, soweit sie bedeutsam für das Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde sind, einbezogen und unter Bezugnahme auf die im Jahresabschluss enthaltenen Ergebnisse erläutert werden. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen; zu Grunde liegende Annahmen sind anzugeben.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufes und des Gesamtjahresergebnisses

Die Gesamtergebnisrechnung hat mit einem Gesamtergebnis von 1.551.332,07 € abgeschlossen.

3. Analyse der Vermögenslage

Auf der Aktivseite der Gesamtbilanz ist das Vermögen der Stadt Erkelenz ausgewiesen, das sich zum 31.12.2014 auf 463.253.650,55 € beläuft.
Das Anlagevermögen beträgt 430.814.344,48 €. Prozentual gesehen, beträgt das Anlagevermögen 93,00 % der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen umfasst zum Stichtag 30.229.750,91 € oder 6,52 %. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist Zahlungen in Höhe von 2.209.555,16 € oder 0,48 % aus.

Das Anlagevermögen besteht aus

- Immateriellen Vermögensgegenständen von 84.148,90 €
- Sachanlagen von 381.854.288,26 €
- Finanzanlagen von 48.875.907,32 €

Das Umlaufvermögen besteht aus

- Vorräten von 6.883.409,27 €
- öffentlichen- und privatrechtlichen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen von 13.548.260,09 €
- liquiden Mitteln von 9.798.081,55 €

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt zum Bilanzstichtag 2.209.555,16 €.

4. Analyse der Finanzlage

Die Passivseite der Bilanz gibt Antwort auf die Frage, wem das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen gehört. Dabei kommt es besonders auf das Verhältnis von Eigenkapital und Fremdkapital an. Ein hohes Eigenkapital zeugt von einer gewissen finanziellen Unabhängigkeit und drängt zwangsläufig das Fremdkapital zurück, das ja mit seinen Zinsaufwendungen den Ergebnisplan negativ beeinflusst.

Das Eigenkapital besteht aus

•	der allgemeinen Rücklage in Höhe von	178.732.597,27 €
•	der Sonderrücklage in Höhe von	1.631.570,82 €
•	der Ausgleichsrücklage in Höhe von	10.892.068,36 €
•	dem passiven UB aus Kapitalkonsolidierung	517.070,90 €
•	dem Gesamtjahresergebnis in Höhe von	1.551.332,07 €.

Weiter rechnet man zum Eigenkapital die

•	Sonderposten in Höhe von	150.483.326,18 €.

die sich überwiegend aus Landeszuweisungen und Beiträgen zusammensetzen und durch ihre ertragswirksame Auflösung über die Nutzungsdauer den Abschreibungsaufwand anteilig neutralisiert.

Die vorstehenden Passivposten umfassen 343.807.965,60 € und weisen somit ein „wirtschaftliches“ Eigenkapital von 74,22 % aus.

Die Rückstellungen in Höhe von 54.006.414,41 €, die man wegen ihres späteren Liquiditätsabflusses dem Fremdkapital zurechnet, sichern in erster Linie die zukünftigen Pensionsaufwendungen.

Eindeutig Fremdkapital sind die Verbindlichkeiten, die in ihrer unterschiedlichen Art insgesamt 56.441.724,23 € betragen.

Rückstellungen und Verbindlichkeiten zusammen führen zu einer Fremdkapitalquote von 23,84 %. Soweit die Rückstellungen wider erwarten doch nicht benötigt werden sollten, würden sie zu einer ertragswirksamen Auflösung und damit zu einer Entlastung künftiger Jahresergebnisse führen.

Als passive Rechnungsabgrenzungsposten sind 8.997.546,31 € (1,94 %) ausgewiesen. Es handelt sich fast ausschließlich um die Abgrenzung vereinnahmter Friedhofsgebühren.

5. Bilanzkennzahlen

Für die Beurteilung einer Bilanz sind spezielle Analysemethoden in Form von Kennzahlen üblich. Sie dienen dem temporären und interkommunalen Vergleich. Nachstehend einige wichtige Kennzahlen:

EkQ1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 41{,}73\ \%$$

Vorjahr: 41,83 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 1“ (EkQ1) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote, desto geringer das Finanzierungsrisiko und desto höher die finanzielle Stabilität und die wirtschaftliche Sicherheit.

EkQ2

$$\frac{\text{Eigenkapital + SoPo Zuwendungen/Beiträge x 100}}{\text{Bilanzsumme}} = 73{,}74\ \%$$

Vorjahr: 72,51 %

Die Kennzahl „Eigenkapitalquote 2“ (EkQ2) misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Da die Sonderposten als Bilanzposten mit Eigenkapitalcharakter einen wesentlichen Anteil in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um die langfristigen Sonderposten erweitert.

AbI

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 11{,}29\ \%$$

Vorjahr: 11,96 %

Die Kennzahl „Abschreibungsintensität“ (AbI) zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

AnD1

$$\frac{\text{Eigenkapital x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 44{,}87\ \%$$

Vorjahr: 44,66 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 1“ (AnD1) zeigt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital finanziert ist.

AnD2

$$\frac{\text{(EK + SoPo (Zuwendungen+Beiträge) + langfristiges Fremdkapital) x 100}}{\text{Anlagevermögen}} = 94{,}81\%$$

Vorjahr: 93,39 %

Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad 2“ (AnD2) gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert wird. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

ZIQ

$$\frac{\text{Finanzaufwendungen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = 2{,}46\ \%$$

Vorjahr: 2,61 %

Die Kennzahl „Zinslastquote“ (ZIQ) zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den ordentlichen Aufwendungen besteht.

NSQ

$$\frac{\text{Steuern u.ä.Abgaben – Gewerbesteueruml.–Finanzierungsbet.Fonds Deutscher Einheit X 100}}{\text{Ordentliche Erträge – Gewerbesteueruml.-Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutscher Einheit}} = 50{,}57\ \%$$

Vorjahr: 48,12%

Die Kennzahl „Netto-Steuerquote“ (NSQ) gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen „Dritter“, z.B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zu stehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von der Gemeinde zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Nach dem 31.12.2014 ergaben sich keine Vorgänge oder Vorfälle, die erläuterungs- oder erwähnungsbedürftig wären.

7. Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Stadt Erkelenz

Mit dem vorliegenden Gesamtabschluss kann der fünfte Gesamtabschluss dem Rat der Stadt Erkelenz zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Konnten die Abschlüsse der Jahre 2010 bis 2013 jeweils nur defizitär vorgelegt werden, so weist die diesjährige Gesamtergebnisrechnung mit 1.551.332,07 € erstmalig ein positives Ergebnis aus! Die Gesamtbilanz schließt mit einem Volumen von 463.253.650,55 € ab, was gegenüber dem Vorjahr einer Bilanzverlängerung um 0,72 % bzw. 3.326.263,15 € entspricht. Also ein sehr erfreuliches Gesamtabschlussergebnis.

Die Gründe für diese sehr positive Entwicklung sollen nachfolgend erläutert werden. Daraus folgend soll zunächst einmal der Einzelabschluss der Konzernmutter analysiert werden.

Nachdem das Ergebnis der Konzernmutter in 2013 in der Ergebnisrechnung lediglich mit einem Minus von 581 T€ abgeschlossen hatte, konnte das 2014er Jahresergebnis nochmals um ca. 163 T€ auf – 418.248,95 € verbessert werden. Die 2014er Bilanzsumme hat sich ebenfalls gegenüber 2013 mit einem Volumen von 409.882.181,06 € (+0,64 %) leicht erhöht. Die Ergebnisrechnung hat sich dabei gegenüber der Planung um 1.762 T€ verbessert. Also ein äußerst erfreulicher Geschäftsverlauf in 2014 gegenüber der ursprünglichen Planung! Sieht man sich diese Verbesserung gegenüber der Planung einmal etwas genauer an, erkennt man, dass sich die „ordentlichen Erträge“ um 1,2 Mio. € erhöht haben und die „ordentlichen Aufwendungen“ um 0,7 Mio.€ gegenüber der Planung reduziert werden konnten. Lediglich beim Finanzergebnis musste eine geringfügige Verschlechterung von 0,2 Mio. € verkraftet werden. Ursächlich für Verbesserungen bei den Erträgen waren insbesondere Ertragsverbesserungen bei den „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ von 1,1 Mio. €, die mit einem Anteil von 0,8 Mio. € im Bereich der „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ zu verzeichnen waren. Daneben konnten bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ ebenfalls erfreuliche Ertragsverbesserungen von 1,1 Mio. € festgestellt werden. Hauptverantwortlich dafür ist eine (leider nur) einmalige Steuererstattung von 0,7 Mio.€. Diese Summe wurde letztendlich im Rahmen einer Betriebsprüfung vom Finanzamt für zu viel gezahlte Kapitalertragsteuer nachträglich erstattet. Die Reduzierungen auf der Aufwandsseite verteilen sich dagegen auf verschieden Aufwandsgruppen. Zur genaueren Analyse müssten sehr viele einzelne Aufwandsarten genauer betrachtet werden. Eine solche Analyse würde hier den Rahmen sprengen, ist aber auch bei einer Gesamtabweichung von 0,7 Mio. € nicht zwingend erforderlich. Erfreulich wirkte sich diese Verbesserung von 1.762 T€ im Ergebnis gegenüber der Planung natürlich auch auf den Bestand der Ausgleichsrücklage aus. Die Ausgleichsrücklage weist nach Verrechnung des Defizits immerhin noch einen Bestand von 10.473.819,41 € aus. Eine Summe die gleichbedeutend mit ca. 71 % des ursprünglichen Bestandes ist. Ist eine noch vorhandene Ausgleichsrücklage nach acht NKF-Abschlüssen schon allein eine Seltenheit unter den 396 nordrheinwestfälischen Kommunen, so dürfte dieser prozentuale Bestand noch umso mehr eine kommunale Rarität darstellen!

Neben diesen dargestellten Abweichungen zwischen Planung und Ergebnis dürfte es für die Ergebnisrechnung künftiger Jahre von der Ertragsseite her weiter elementar sein, eine konstante Netto-Steuerquote zu erzielen als auch verlässliche und konstante Zuwendungen zu verzeichnen. Hier tragen Punktlandungen bei diesen Ertragsgruppen zu konstanten Jahresergebnissen künftiger Jahre wesentlich bei. Solange die Steuereinnahmen auch mittelfristig weiter in Rekordhöhe sprudeln, dürfte von dieser Seite keine Gefahr für den Konzern drohen. Eine gesamtwirtschaftliche Trendumkehr ist hier derzeit jedenfalls nicht zu erkennen. Mittelfristig dürfte daher ertragsseitig für den Haushalt der Stadt die Gestaltung der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen (Abschaffung/Änderung des Solidaritätszuschlags; Umgestaltung des Finanzausgleichs) als auch die konkrete Umsetzung der Schuldenbremse in NRW prägend werden.

Die Aufwandsseite wird dagegen auch in künftigen Jahren maßgeblich durch die Transferaufwendungen bestimmt werden. Hier sind insbesondere drei verschiedene Arten von Fremdeinflüssen zu nennen, die künftige Haushalte beeinflussen werden:

1. Die mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern verbundenen Aufwendungen werden auch 2015 unseren Haushalt maßgeblich beeinflus-

sen. Hier werden aufgrund der aktuellen Flüchtlingsproblematik für 2015 fast 500.000 neue Anträge prognostiziert, was gegenüber 2014 eine mehr als Verdoppelung bedeuten würde. Entscheidend für den Einfluss auf den Haushalt dürfte hier die Beantwortung der Frage werden, in welcher Höhe sich der Bund bzw. das Land an diesen erhöhten Aufwendungen, die mit dieser erhöhten Anzahl an unterzubringenden Personen einhergeht, beteiligen wird.

2. Weiterhin ein nicht zu unterschätzender Faktor sind die Aufwendungen des Produktbereiches 06 – Kinder- Jugend- und Familienhilfe -. Hier sind einerseits die zwingend notwendigen Personalaufwendungen, die mit der Betreuung der Kinder und Jugendlichen in allen Altersstufen zusammenhängen als auch andererseits die Transferaufwendungen, die insbesondere mit ambulanten Hilfen, der Vollzeitpflege und den stationären Unterbringen von Jugendlichen einhergehen, als Kostenfaktoren zu nennen. Eine rein kostenorientierte Betrachtung verbietet sich hier jedoch aufgrund der menschlichen Einzelschicksale, die jeder einzelne Fall mit sich bringt. Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land sich dessen bewusst sind und die Kommunen finanziell ausreichend unterstützen.

3. Schließlich zählt auch die jährlich zu zahlende Kreisumlage zum Transferaufwand. Schließt das Jahresergebnis hier mit einem Ergebnis von 19,99 Mio. € (=21,99 % aller Aufwendungen) ab, so sieht der 2015er Haushaltsplan bereits 20,98 Mio. € (= 22,84 % aller Aufwendungen) an Kreisumlagezahlungen vor und Verlautbarungen aus dem Kreishaus gehen schon von einen nochmals um 10 Mio. € erhöhten Kreisumlagebedarf für 2016 aus. Sollte es so kommen, würde dies zu einer nochmals um ca. 1,75 Mio. € höheren Kreisumlage führen. In Summe würde dies 22,7 Mio. € und prozentual ca. 25 % aller unserer konsumtiven Aufwendungen bedeuten. Unvorstellbar, aber durchaus kein utopisches Szenario! Hier gilt es mit aller Macht gegenzusteuern und insbesondere die Kreispolitik und den Landrat zu einer fortlaufenden Aufgabenkritik und damit einhergehend, einer strikten Spardisziplin anzuhalten.

Bilanziell und in künftigen Finanzrechnungen sollte der eingeschlagene Weg, die Schulden kontinuierlich abzubauen, Liquiditätskredite zu vermeiden und sich gleichzeitig städtebaulich weiter zu entwickeln, weiterhin beschritten werden. Hierzu können sicherlich die zum Jahresende vorhandenen liquiden Mittel auch in den Jahren 2015 und 2016 genutzt werden. Auch wenn die Zinssituation derzeit historisch niedrig ist, so bleibt es dabei, dass Zinsen, die nicht gezahlt werden müssen, noch immer wirtschaftlicher sind als die mit den niedrigsten Zinssätzen verbundenen Zahlungen.

Daneben wurde in diesem Jahr im Lagebericht erstmalig auch eine Einschätzung der Lage durch den kompletten Verwaltungsvorstand vorgenommen. Dabei haben die Dezernenten als auch der Bürgermeister eine Einschätzung der Chancen und Risiken aus ihrer jeweiligen Sicht vorgenommen. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird daher auf diese Ausführungen im Rahmen des 2014er Lageberichts beim NKF-Abschluss des Mutterkonzerns verwiesen. Die dort vorgenommenen Einschätzungen sind vollumfänglich auch auf die gegenwärtige Lage beim „Konzern Stadt“ übertragbar.

Diese Einschätzungen berücksichtigend, wurden auch die Planungen für den NKF-Haushalt 2015 wieder kaufmännisch vorsichtig vorgenommen. Der Gewerbesteuer-

ansatz wurde basierend auf den Durchschnittswerten der vorherigen drei Rechnungsergebnisse und unter Berücksichtigung des laufenden Jahres um 1,0 Mio. € gegenüber dem 2014er Haushaltsansatz reduziert. Bei den Einkommensteueranteilen wurden die in den Orientierungsdaten vorgeschlagenen Erhöhungssätze, unter Berücksichtigung eines Sicherheitsabschlages, grundsätzlich angesetzt. Dabei wurde das erwartete 2014er Jahresergebnis als Basis genommen, um so auch die aktuelle Entwicklung des Jahres 2014 in zukünftigen Hauhalten zu berücksichtigen. Weiterhin wurden die sich bei den „Einkommensteueranteilen“, beim „Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer“ und beim „Familienleistungsausgleich“ abzeichnenden (positiven) Veränderungen der Schlüsselzahlen noch nicht eingerechnet, da die entsprechenden Gesetze zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung noch nicht beschlossen waren. Die Schlüsselzuweisungen wurden entsprechend den Prognosen aus der 2. Modellberechnung des Landes NRW in 2015 angesetzt.

Bei den weiteren Erträgen wurden die Ergebnisse der näheren Vergangenheit als auch zu erwartende spezifische Sondereinflüsse, z.B. bei der Grundsteuer B, mit in den Planzahlen berücksichtigt.

Die Planung der Aufwandsseite wird insbesondere durch die Personal- und Versorgungsaufwendungen als auch durch die Transferaufwendungen entscheidend beeinflusst werden. Während die Orientierungsdaten für den Bereich des Personal- und Versorgungsaufwandes eine Steigerung von lediglich 2 % für 2015 vorsahen, wurden in der Haushaltsplanung die zu diesem Zeitpunkt bereits teilweise feststehenden Steigerungsraten eingeplant. Es wurden daher im Bereich der Personalaufwendungen für tariflich Beschäftigte die bereits zum 01.03.2015 feststehenden Erhöhungen von 2,4 % eingeplant. Bei den Beamtenbezügen wurde dagegen die empfohlene Steigerung von 2 % für 2015 eingeplant. Die Versorgungsaufwendungen wurden aufgrund der zu dem Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung aktuell vorliegenden Mitteilung der Rheinischen Versorgungskasse eingeplant. Hier bleibt zu hoffen, dass die Rheinische Versorgungskasse nicht wie in 2014 durch irgendwelche, nicht vorhersehbaren statistischen Umstellungen für zusätzlichen Druck im Aufwandsbereich sorgt.

Bei den Transferaufwendungen werden neben sozialen Aufwendungen und Aufwendungen für „Kinder, Jugend und Familie“ insbesondere auch solche für die Kreisumlage veranschlagt. Während bei den sozialen Aufwendungen und den Aufwendungen für „Kinder, Jugend und Familie“ eine Einplanung entsprechend der aktuellen Ergebnisse und den aktuellen Entwicklungen vorgenommen wurde, ist die 2015er Kreisumlage in unmittelbarer Abstimmung mit dem Kreiskämmerer festgelegt worden. Es kann also davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um verlässliche Zahlen handelt.

Bei den weiteren Aufwendungen, die ein Drittel des Aufwandsvolumens abbilden, wurden neben den Orientierungsdaten insbesondere die örtlichen Besonderheiten in der Ansatzfestsetzung berücksichtigt.

Bei den Tochterunternehmen konnte uneingeschränkt die positive Tendenz der ersten vier Gesamtabschlussjahre in 2014 fortgesetzt werden. Hier kann für alle maßgeblichen Abschlüsse der Töchter festgestellt werden, dass die bereits in 2013 guten Ergebnisse nochmals jeweils leicht verbessert werden konnten. Auch in diesem Jahr trugen dadurch die Tochterunternehmen nach erfolgter Konsolidierung zur Verbesse-

rung des Gesamtergebnisses bei. Ausgehend von dem Ergebnis der Stadt Erkelenz waren die Töchter in diesem Jahr mit einem Ergebnisbeitrag von 3.284 T€ (vor Kapitalkonsolidierung) am Gesamtergebnis beteiligt. Ein solider Konsolidierungsbeitrag zum Gesamterfolg kann also auch in diesem Jahr durch die Töchter beigetragen werden. War dies im Bereich des Städtischen Abwasserbetriebes fast punktgenau so prognostiziert worden, so überraschte die Höhe des Überschusses bei der GEE mbH & Co.KG (GEE) doch ein wenig. Wurde in 2013 mit einem Jahresüberschuss von 784 T€ bereits ein sehr guter Wert erreicht, so konnte dieser in 2014 mit einem Jahresüberschuss von 861 T€ nochmals gesteigert werden. Hier ist insbesondere zu berücksichtigen, dass in diesen beiden Jahren sehr hohe Verkaufserlöse in drei größeren Baugebieten dafür maßgeblich waren. Auch wenn kein Zweifel daran besteht, dass die Erfolgsstory der GEE weiterläuft, so wird zumindest kurzfristig nicht mehr unbedingt mit solch überragenden Jahresabschlüssen zu rechnen sein.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass auch in 2014 der Abschluss der Mutter für die Richtung des Gesamtergebnisses verantwortlich bleibt. In diesem Jahr ist jedoch noch ergänzend dazugekommen, dass sowohl die Mutter als auch fast ausnahmslos alle Töchter ihre bereits hervorragenden Ergebnisse aus 2013 in 2014 noch jeweils leicht verbessern konnten. Als Ergebnis konnte so ein Jahresergebnis von 1.551.332,07 € festgestellt werden. Ein sehr gutes Ergebnis, dessen Nachhaltigkeit sich in den nächsten Jahren herausstellen muss.

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 116 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
1	Altmann, Marwin (ab 01.06.2014)	Goldschmied	---	---	---
2	Bienefeld, Hermann-Josef	Landwirtschaftlicher Betriebshelfer/ Landwirt	---	---	---
3	Bläsen, Theodor Albert (bis 31.05.2014)	Rentner	---	---	---
4	Blumenhofen, Norbert (bis 31.05.2014)	b. k. A.	b. k. A.	b. k. A.	b. k. A.
5	Büschgens, Dominik (ab 01.06.2014)	Automobilverkäufer	---	---	---
6	Czybik, Peter	Beamter	---	---	---
7	Dahlke, Andreas (ab 01.06.2014)	b. k. A.	b. k. A.	b. k. A.	b. k. A.
8	Dederichs, Hans-Josef	Polizeibeamter	---	---	---
9	Diart, Franz-Josef	Rentner	---	---	---
10	Dulies, Annemarie (bis 31.05.2014)	Ruhestand	---	Sparkassenzweck-verband des Kreises HS u.d. Stadt Erk. (stv. Vorsitzende); Beirat WestEnergie und Verkehr	ehrenamtliche Richterin/ Verwaltungsgericht Aachen
11	Eickels, Thomas	Dipl.-Ing., Geschäftsführer, selbständig	---	---	---
12	Fellmin, Peter, Gustav, Paul	Krankenpfleger/Desinfektor	---	---	stellv. Fraktions-vorsitz Freie Wähler Erkelenz
13	Frings, Karl-Heinz	Freier Journalist	---	---	---
14	Füßer, Klaus (ab 01.06.2014)	Pensionär Kleingewerbe: Hausmeisterservice	---	---	---
15	Gillrath, Marcus Frederick (bis 31.05.2014)	Student	---	---	---
16	Gläsmann, Katharina (ab 01.06.2014)	exam. Krankenschwester /Wohnbereichsleitung	---	---	---
17	Göhl, Angelika	Sozialarbeiterin	---	---	---
18	Grates, Gundela (bis 31.05.2014)	Rentnerin	---	---	---
19	Grunert, Andreas (ab 01.06.2014)	Polizeibeamter	---	---	---
20	Honold-Ziegahn, Christel	Lehrerin	---	Mitglied im Zweck-verb. d. KSK HS	---
21	Hübgens, Otto (bis 31.05.2014)	Sozialversicherungsfachan-gestellter	---	---	---
22	Jahn, Thomas (ab 01.06.2014)	Verw.-Beamter			
23	Jopen, Liselotte	Sonderschullehrerin	---	Schöffin Amtsgericht Mönchengladbach	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 116 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
24	Kehren, Ferdinand	Dipl.-Rechtspfleger /Beamter	---	Braunkohleausschuss des Regierungspräsidenten Köln	---
25	Keusemann, Irmtraud (ab 01.06.2014)	Rentnerin	---	---	---
26	Kopp, Antonius (bis 31.05.2014)	Versicherungskaufmann (Organisationsleiter)	---	---	---
27	Kowalzik, Hans-Jürgen (bis 31.05.2014)	Masseur und med. Bademeister	---	---	---
28	Königs, Michael (bis 31.05.2014)	Geschäftsführer der NSB GmbH	---	---	---
29	Krahe, Werner	Dipl.-Rechtspfleger	---	---	---
30	Kutz, Michael	Hausmann	---	---	---
31	Lennartz, Dr., Arno	Architekt	---	---	Mitglied der Vertreterversammlung der Volksbank Erkelenz-Hückelhoven-Wegberg eG
32	London, Peter	Landesbeamter	---	Mitglied im Sparkassenzweckverband des Kreises Heinsberg und der Stadt Erkelenz; Mitglied im regionalen Beirat Kreis Heinsberg des AVV	Mitglied in der Gesellschafterversamlung der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft GmbH & Co KG; Mitglied im Beirat der Fahrradmesse in Essen; Mitglied im Beirat der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.
33	Lörkens, Wilfried	Rentner	---	---	---
34	Maibaum, Franz (bis 31.05.2014)	Ausbilder im Bauhandwerk	---	---	---
35	Mainka, Karin	geschäftsführende Gesellschafterin der FIMA GmbH Fachakademie für Logistik und Verkehr und Fahrschule aller Klassen in Erkelenz; Freiberufliche Dozentin	---	---	---
36	Merkens, Rainer	Betriebsleiter	---	Mitglied im Beirat NVV MG; Mitglied Verbandsvers. Niersverband; Mitglied der Gesellschaftervers. GEE; Mitglied d. Gesellschaftervers. Kultur GmbH	Mitglied der Vertreterversammlung der Raiffeisenbank Erkelenz

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 116 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
37	Moll, Christopher	Account Manager	---	---	---
38	Muckel, Stephan (ab 01.06.2014)	Wirtschaftsgeograph M.A.; Projektmanager RWTH Aachen	---	Mitglied Sparkassen-Zweckverband; Mitglied der Gesellschaftervers. der Kultur GmbH Erkelenz	---
39	Nußbaum, Jochen (ab 01.06.2014)	Polizeibeamter	---	---	---
40	Odenthal, Thorsten	Studienrat; nebenamtlicher Kirchenmusiker	---	Mitglied der Gesellschafter-versammlung der Kultur GmbH Erkelenz	---
41	Otto, Siegfried (bis 31.05.2014)	Rentner/Fachkraft für Arbeitssicherheit	---	---	---
42	Paffen, Hans-Josef	Rentner	---	---	---
43	Przibylla, Siegfried (ab 01.06.2014)	Rentner, vormals Bankkaufmann	---	Mitglied des Kreistages; Mitglied des Verwaltungs-rates der KSK HS; Mitglied d. Verbandsversamml. Naturpark Schwalm-Nette	Mitglied der Gesellschafter-versammlung Kreiswerke Heinsberg
44	Pütz, Stephan	Polizeibeamter	---	---	---
45	Remberg, Christian (ab 01.06.2014)	Metallbauer	---	---	---
46	Rogowsky, Rainer	Techn. Angestellter	---	---	---
47	Schaaf, Kerstin (bis 31.05.2014)	Bauingenieurin	---		---
48	Schiefer, Roland	Diplom-Volkswirt/Referent	---	---	---
49	Schirrmeister-Heinen, Beate Ellen	Lehrerin	---	Kuratorium H.-J.-Stiftung (Krankenhaus); Vizepräsidentin des Nordrheinwest-fälischen Städte- und Gemeindebundes u. ordentl. Mitglied im Jugend-, Sozial- u. Gesundheitsaussch. des NWStGb.	---
50	Schmitz, Christian Peter (ab 01.06.2014)	Student (Lehramt)	---	---	---
51	Schmitz, Katharina (ab 01.06.2014)	Gärtnermeisterin, z. Zt. Verwaltungsangestellte	---	---	---
52	Schroer, Annemarie (ab 01.06.2014)	Finanzbeamtin/Hausfrau	---	Gesellschafterver-sammlung WFG für den Kreis Heinsberg	---
53	Simon, Jürgen	Beamter im Ruhestand	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 116 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
54	Spalink, Dieter	Ministerialrat	---	---	Gesellschafter-versammlung der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz; Gesellschafterver-sammlung der Wirtschaftsför-derungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH
55	Steingießer, Klaus-Josef	Abteilungsleiter/Dipl.-Ing.	---	Kreiswerke Heinsberg – Mitglied Aufsichtsrat; Kuratorium H.-J.-Stiftung	---
56	Stolzenberger, Silvia (bis 31.05.2014)	Rechtspflegerin	---	---	---
57	Stommel, Andreas (bis 31.05.2014)	Lehrer	---	---	---
58	Thies genannt Wienber, Frank (bis 31.05.2014)	Dipl.-Bauingenieur (Uni)	---	---	---
59	Tüffers, Michael	Sozialversicherungsfachangestellter	---	---	---
60	Vasters, Hans-Dieter	Techn. Berater/Ingenieur	---	---	---
61	von der Forst, Walter	Landwirt	---	---	---
62	Wendt, Ulrich	Lehrer	---	---	---
63	Wilke, Holger (bis 31.05.2014)	Textilmeister	---	---	---
64	Wingerath, Lothar (bis 31.05.2014)	---	---	Mitglied Partnerschafts-komitee und Seniorenausschuss	---
65	Wolters, Astrid	Sachbearbeiterin Bundesagentur für Arbeit Jobcenter Wegberg	---	---	---

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 95 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
Mitglieder des Verwaltungsvorstandes:					
1	Jansen, Peter	Bürgermeister der Stadt Erkelenz	---	Mitglied KSK Heinsberg Zweckverband; Mitglied KSK Heinsberg Verw.-Rat; KSK Heinsberg Hauptausschuss; KSK Heinsberg Risikoausschuss; Vorstandsmitglied Schwalmverband; Vorsitzender Kuratorium Hermann-Josef-Stiftung; Vorsitzender Kuratorium Walter und Elfriede Meyer-Stiftung; Mitglied Kuratorium Sparkassen-Kunststiftung; Mitglied + Vorsitz Kuratorium Sparkassen für Völkerverständigung; Mitglied des Gruppenausschusses (1. stv. Vorsitzer) Verwaltung und des Hauptausschusses des Kommunalen Arbeitgeberverbandes NW (KAV NW); Vereinigung kommunaler Arbeitgeber, Mitglied der Mitgliederversammlung auf Bundesebene; Deutscher Städte- und Gemeindebund Ausschuss für Schule, Sport und Kultur und kooptierter Stellvertreter im Präsidium; Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bürgermeister im Kreis Heinsberg; Stellv. Vorsitzender Erkelenz für Sri Lanka e. V.; Mitglied Interkommunale Einkaufsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW; Mitglied Generalversammlung KOPART eG; Vertreter der Kommunen im Kreis Heinsberg für den Kundenbeirat der regio IT	Regionalbeirat NEW Mitglied; Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz GmbH & Co.KG Vorsitzender Gesellschafterversammlung; Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Heinsberg WFG Aufsichtsrat; Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz; IRR-Mitglied operativer Arbeitskreis für Tagebaurandkommunen
2	Dr. Gotzen, Hans-Heiner	-	-	Geschäftsführer der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, Kurator der Hermann-Josef-Stiftung Erkelenz, Kurator der Walter- und Elfriede-Meyer-Stiftung Erkelenz, stv. Vorstandsmitglied des Schwalmverbandes, Zweckverbandsvorsteher des Sparkassenzweckverbandes des Kreises Heinsberg, Mitglied der Sparkassenstiftung für Völkerverständigung, Mitglied im Aufsichtsrat der Erkelenzer Sonnenschein e G, Mitglied in der Trägerversammlung des Jobcenters Kreis Heinsberg, Mitglied im Lenkungskreis des Regionalen Bildungsnetzwerkes Kreis Heinsberg	-

Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder gem. § 95 GO NRW

lfd. Nr.	Familiennamen, Vornamen	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 I S.3 des Aktiengesetzes	Mitgliedschaften in Organen der Gemeinde in öffentl.-rechtl. oder priv. Form	Mitgliedschaften in Organen sonst. privatrechtlicher Unternehmen
3	Lurweg, Ansgar	-	-	Geschäftsführer der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH, Vorstandsmitglied im Schwalmverband, Mitglied Regionaler Beirat des Zweckverbandes AVV	Mitglied des Aufsichtsrates der Franziskusheim GmbH
4	Schmitz, Norbert	-	-	Geschäftsführer der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH; Beratendes Mitglied der Gesellschafterver-sammlung der Kultur GmbH	-

Gesamtabschluss
Konzern "Stadt Erkelenz" zum 31.12.2014

Gesamteigenkapitalspiegel

		Stadt Erkelenz Stand am 1.1.2014	Veränderungen	Umgliederungen im Eigenkapital	Jahresergebnis 2014	Konsolidierung sonstiges	Stadt Erkelenz Stand am 31.12.2014
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1.0	Gezeichnetes Kapital	0,00					0,00
1.1	Allgemeine Rücklage	178.866.460,59	-870.683,53 *	473.107,76		263.712,45	178.732.597,27
1.2	Sonderrücklagen	1.627.081,56	4.489,26 **				1.631.570,82
1.3	Ausgleichsrücklage	11.472.847,73		-580.779,37			10.892.068,36
1.4	Gesamtjahresergebnis	-107.671,61		107.671,61	1.551.332,07		1.551.332,07
1.5	Passiver Unterschiedsbetrag	517.070,90					517.070,90
		192.375.789,17	**-866.194,27**	**0,00**	**1.551.332,07**	**263.712,45**	**193.324.639,42**

* Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen gem. § 43 Abs. 3 GemHVO
** Veränderung Vermögen Elfriede Meyer-Stiftung

Anlage 5

Anlage 6.1



Tradition und Fortschritt



Beteiligungsbericht der Stadt Erkelenz zum 31.12.2014

I. Beteiligung an der Kreiswerke Heinsberg GmbH

1. Gegenstand des Unternehmens

Erbringung von Ver- und Entsorgungsleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Wärme, Abfall, Verkehr und Telekommunikation sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten.

2. Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	9.510.028,99 €
Gesellschafter Stadt Erkelenz	392.288,70 € (4,125 %)

3. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung	17 Mitglieder
davon Stadt Erkelenz	1 Mitglied
Aufsichtsrat	15 Mitglieder
davon Stadt Erkelenz	1 Mitglied
Geschäftsführung	1 Geschäftsführer

4. Darstellung der Unternehmensdaten im Jahresvergleich

Bilanz	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Anlagevermögen	17.693	17.693	17.693
Umlaufvermögen	5.935	5.411	3.564
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme Aktiva	**23.628**	**23.104**	**21.257**
Eigenkapital	20.785	20.369	19.760
Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des ÖPNV	0	0	0
Rückstellungen	1.651	1.432	1.489
Verbindlichkeiten	1.192	1.303	8
Bilanzsumme Passiva	**23.628**	**23.104**	**21.257**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Umsatzerlöse	11.847	13.357	*0
Sonstige betriebliche Erträge	3.773	4.979	4.792
Materialaufwand	11.841	13.349	*0
Personalaufwand	117	8	150
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.600	4.805	5.019
Erträge aus Beteiligungen	7.067	5.567	5.499
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	8	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	83	104	88
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	0
Jahresüberschuss	6.061	5.645	5.036

*Bis einschl. 2013 wurden Erträge und Aufwendungen aus dem Stromhandel in diesen Positionen ausschließlich abgebildet. Hierzu waren die KWH aufgrund einer Auflage des Bundeskartellamtes bis Ende 2013 verpflichtet. Seit 2014 wird der Stromhandel nicht mehr durchgeführt.

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Geschäftsjahr 2014 wurde dem öffentlichen Zweck, der Erbringung von Ver- und Entsorgungsleistungen in den Bereichen Energie, Wasser, Abwasser, Wärme, Abfall, Verkehr und Telekommunikation sowie mit diesen in Zusammenhang stehenden Diensten, entsprochen.

6. Umstrukturierung

Am 20. Dezember 2013 haben die Stadt Mönchengladbach, die Entwicklungsgesellschaft der Stadt Mönchengladbach mbH, die Stadt Viersen, die Kreiswerke Heinsberg GmbH, die NEW Kommunalholding GmbH, die NEW AG, die NEW Viersen GmbH, die WestEnergie und Verkehr GmbH und die RWE Deutschland AG einen Konsortialvertrag geschlossen.
Gegenstand dieses Vertrages ist die Einbindung der KWH in den bestehenden Unternehmensverbund mit Wirkung ab dem 01. Januar 2015. Die KWH wird mit 16,66 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt und bringt im Gegenzug ihre Beteiligung an der west

(Versorgungssparte) in die NEW AG ein. Die NEW Kommunalholding ihrerseits hält danach 60,05 % an der NEW AG.

Gleichzeitig wird die Verkehrssparte der west auf die in 2014 gegründete WestVerkehr GmbH aufgespalten. Mehrheitsgesellschafterin wird in der Zielkonstellation die NEW Kommunalholding GmbH. Entscheidungen, die diese Gesellschaft betreffen, stehen jedoch alleine der KWH zu. Zwischen der NEW Kommunalholding GmbH und der WestVerkehr GmbH wird ein Gewinnabführungsvertrag geschlossen werden.

II. Beteiligung an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH

1. Gegenstand des Unternehmens

   Förderung der Industrie, des Handwerks, des Handels und des Kleingewerbes sowie des Fremdenverkehrs im Kreis Heinsberg mit dem Ziel, durch eine Stärkung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft die Wirtschaftskraft nachhaltig zu steigern und die Wirtschafts- und Sozialstruktur des Kreises zu verbessern.

2. Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	256.000 €
Gesellschafter Stadt Erkelenz	25.600 € (10 %)

3. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung	36 Mitglieder
davon Stadt Erkelenz	3 Mitglieder
Aufsichtsrat	15 Mitglieder
davon Stadt Erkelenz	1 Mitglied
Geschäftsführung	1 Geschäftsführer

4. Darstellung der Unternehmensdaten im Jahresvergleich

Bilanz	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014* (TEUR)
Anlagevermögen	3.272	4.023	3.595
Umlaufvermögen	476	563	586
Bilanzsumme Aktiva	**3.748**	**4.586**	**4.181**
Eigenkapital inkl. Investitionszuschüsse	2.561	2.247	1.932
Rückstellungen	225	437	96
Verbindlichkeiten	962	1.854	1.818
Rechnungsabgrenzung	0	48	335
Bilanzsumme Passiva	**3.748**	**4.586**	**4.181**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014* (TEUR)
Umsatzerlöse	668	846	858
Sonstige betriebliche Erträge	949	785	966
Personalaufwand	795	747	790
Abschreibungen	411	442	443
Sonstige betriebliche Aufwendungen	376	392	543
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	7	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	45	57	53
Jahresüberschuss	0	0	0

* Bei den Bilanz- und GuV-Werten zum 31.12.2014 handelt es sich um Angaben aus dem Entwurf des Jahresabschlusses der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH zum 31.12.2014.

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Eine Unternehmensbeteiligung ist u.a. nur zulässig, wenn das Unternehmen auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet ist. Wirtschaftsförderung und damit die Stärkung der Wirtschaftskraft und die nachhaltige Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Kreises ist ein solcher öffentlicher Zweck. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Heinsberg mbH hat, wie dem Bericht (im Entwurf) über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 entnommen werden kann, mit ihrem unternehmerischen Handeln im Jahre 2014 diesen Zweck erfüllt und gleichzeitig die zur Deckung der Betriebskosten bereitgestellten Budgetansätze unterschritten. Für die Betriebskosten ist ein Gesellschafter nachschusspflichtig, so dass das jährliche Betriebsergebnis immer per se ausgeglichen ist.

III. Beteiligung an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH

1. Gegenstand des Unternehmens

   Geschäftsführung und Vertretung der „Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE)“ als deren persönlich haftende Gesellschafterin.

2. Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.564,59 €
Alleiniger Gesellschafter Stadt Erkelenz	(100 %)

3. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung Bürgermeister und 9 Mitglieder des Rates	10 Mitglieder
Geschäftsführung	2 Geschäftsführer

4. Darstellung der Unternehmensdaten im Jahresvergleich

Bilanz	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	33	34	34
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme Aktiva	**33**	**34**	**34**
Eigenkapital	28	28	28
Rückstellungen	4	5	5
Verbindlichkeiten	1	1	1
Bilanzsumme Passiva	**33**	**34**	**34**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Umsatzerlöse	0	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	8	8	8
Personalaufwand	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	5	5
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss	3	3	3

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Geschäftsführung und Vertretung der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE) diente im Geschäftsjahr 2014 einem öffentlichen Zweck, da die Hauptgesellschaft mit ihrem Gegenstand des Unternehmens auf einen öffentlichen Zweck, nämlich der Veräußerung, sowie die Beplanung, Baureifmachung und Erschließung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Wohn- und Gewerbebauten in der Stadt Erkelenz zu verbessern, insbesondere, preiswertes Wohnbauland für Familien zu schaffen, ausgerichtet ist.

IV. Beteiligung an der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH & Co. KG (GEE)

1. Gegenstand des Unternehmens

   Erwerb und Tausch, die Veräußerung, sowie die Beplanung, Baureifmachung und Erschließung von Grundstücken zu dem Zweck, das Angebot von Grundstücken für Wohn- und Gewerbebauten in der Stadt Erkelenz zu verbessern, insbesondere, preiswertes Wohnbauland für Familien zu schaffen.

2. Beteiligungsverhältnisse

   Persönlich haftende Gesellschafterin (Komplementärin) ist die „Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft der Stadt Erkelenz mbH“. Sie ist zur Leistung einer Einlage nicht berechtigt.
   Weitere Gesellschafterin (Kommanditistin) ist die Stadt Erkelenz mit einer Einlage von 818.067,01 €.

3. Organe der Gesellschaft

   Gesellschafterversammlung 10 Mitglieder
   Bürgermeister und 9 Mitglieder des Rates

   Geschäftsführung Komplementärin

4. Darstellung der Unternehmensdaten im Jahresvergleich

Bilanz	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Anlagevermögen	31	25	35
Umlaufvermögen	8.410	8.744	9.850
Rechnungsabgrenzungsposten	2	17	14
Bilanzsumme Aktiva	**8.443**	**8.786**	**9.899**
Eigenkapital	4.393	4.986	5.846
Rückstellungen	2.321	2.178	3.070
Verbindlichkeiten	1.729	1.622	983
Bilanzsumme Passiva	**8.443**	**8.786**	**9.899**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Umsatzerlöse	831	702	1.109
Sonstige betriebliche Erträge	55	331	291
Materialaufwand	0	2	57
Personalaufwand	18	19	19
Abschreibungen	62	7	7
Sonstige betriebliche Aufwendungen	95	110	275
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49	94	41
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	105	74	76
Steuern	93	131	147
Jahresüberschuss	562	784	860

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Gegenstand des Unternehmens, nämlich insbesondere die Verbesserung des Angebotes von Grundstücken und Schaffung preiswerten Wohnbaulandes für Familien, ist auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet. Ausweislich des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 konnten auch im Jahre 2014 zahlreiche Baulandflächen verkauft werden, was wiederum zu einem positiven Jahresergebnis führte. Der öffentliche Zweck wurde also erfüllt.

V. Beteiligung an der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz

1. Gegenstand des Unternehmens

Organisation von kulturellen Veranstaltungen und die Errichtung und der Betrieb von Veranstaltungsstätten zur Gestaltung des kulturellen Lebens in der Stadt Erkelenz. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen oder sich an solchen beteiligen.

2. Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000€
Alleiniger Gesellschafter Stadt Erkelenz	(100%)

3. Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung	10 Mitglieder
Bürgermeister und 9 Mitglieder des Rates	
Geschäftsführung	1 Geschäftsführer

4. Darstellung der Unternehmensdaten im Jahresvergleich

Bilanz	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Anlagevermögen	3.831	3.685	3.548
Umlaufvermögen	602	624	607
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme Aktiva	**4.433**	**4.309**	**4.155**
Eigenkapital	733	742	740
Zuschüsse für Investitionen	2.110	2.038	1.965
Rückstellungen	16	14	14
Verbindlichkeiten	1.573	1.515	1.436
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
Bilanzsumme Passiva	**4.433**	**4.309**	**4.155**

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2012 (TEUR)	31.12.2013 (TEUR)	31.12.2014 (TEUR)
Umsatzerlöse	275	263	243
Sonstige betriebliche Erträge	300	287	280
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	108	110	118
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0
Abschreibungen	145	145	141
Sonstige betriebliche Aufwendungen	196	206	177
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	87	82	79
Steuern	34	-2	11
Jahresüberschuss	6	10	-3

5. Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erfüllung des öffentlichen Zwecks der Kultur GmbH der Stadt Erkelenz ist in der Organisation von kulturellen Veranstaltungen, der Errichtung und dem Betrieb von Veranstaltungsstätten zur Entwicklung und Gestaltung des kulturellen Lebens in der Stadt Erkelenz, zu sehen. Ausweislich des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 wurden durch die Kultur GmbH der Stadt Erkelenz auch im Jahre 2014 wiederum zahlreiche kulturelle Veranstaltungen in der Stadt Erkelenz, federführend durch die Kultur GmbH der Stadt Erkelenz, insbesondere in der neuen Stadthalle organisiert bzw. Veranstaltungen Dritter betreut.

VI. Sonstige Beteiligungen

Die Stadt ist Mitglied im Gemeinnützigen Bauverein eG Erkelenz. Wegen der Geringfügigkeit der Beteiligung (3.067,76 €) erfolgt hier keine weitere Darstellung.

Eine Einsicht in den hier bekannt gemachten Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet. Zu diesem Zweck wird er auch in der Stadtverwaltung Erkelenz, Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften, während der üblichen Dienststunden bereitgehalten. Auf die Möglichkeit der Einsichtnahme wird hiermit öffentlich hingewiesen.

Erläuterungen zum Gesamtabschluss

Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Gesamtbilanz	Stadt Erkelenz 1	Kultur GmbH 2	Abwasserbetrieb 3	GEE GmbH 4	GEE KG 5	Vortrag Konzern	Summen-abschluss	Kapital-konsolidierung	Schulden-konsolidierung	GuV-konsolidierung	sonstige Verrechnungen	**Gesamt-abschluss**	
1. ANLAGEVERMÖGEN													
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	84.148,90	0,00	0,00	0,00	0,00		84.148,90	0,00				**84.148,90**	
1.2 Sachanlagen													
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.1.1 Grünflächen	55.407.275,65	0,00	0,00	0,00	0,00		55.407.275,65					**55.407.275,65**	
1.2.1.2 Ackerland	1.510.216,01	0,00	0,00	0,00	0,00		1.510.216,01					**1.510.216,01**	
1.2.1.3 Wald, Forsten	546.468,87	0,00	0,00	0,00	0,00		546.468,87					**546.468,87**	
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.247.256,59	0,00	0,00	0,00	0,00		3.247.256,59					**3.247.256,59**	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte													
1.2.2.1 Grundstücke mit Kinder- und Jugendeinrichtungen	8.114.788,35	0,00	0,00	0,00	0,00		8.114.788,35					**8.114.788,35**	
1.2.2.2 Grundstücke mit Schulen	61.953.475,92	0,00	0,00	0,00	0,00		61.953.475,92					**61.953.475,92**	
1.2.2.3 Grundstücke mit Wohnbauten	1.982.345,60	0,00	0,00	0,00	0,00		1.982.345,60					**1.982.345,60**	
1.2.2.4 Grundstücke mit sonst. Dienst-, Geschäfts- u. and. Betriebsgebäuden	45.549.630,56	3.453.058,00	193.736,78	0,00	0,00		49.196.425,34					**49.196.425,34**	
1.2.3 Infrastrukturvermögen													
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	27.050.785,94	0,00	0,00	0,00	0,00		27.050.785,94					**27.050.785,94**	
1.2.3.2 Bauten des Infrastrukturvermögens													
1.2.3.2.1 Brücken und Tunnel	791.592,32	0,00	0,00	0,00	0,00		791.592,32					**791.592,32**	
1.2.3.2.2 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
1.2.3.2.3 Entwässer- u. Abwasserbeseitigungsanlagen	1.824.442,81	0,00	83.981.218,00	0,00	0,00		85.805.660,81					**85.805.660,81**	
1.2.3.2.4 Straßennetz, einschl. Wege, Plätze und Verkehrslenkungsanlagen	74.225.668,30	0,00	0,00	0,00	0,00		74.225.668,30					**74.225.668,30**	
1.2.3.2.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	1.847,22	0,00	0,00	0,00	0,00		1.847,22					**1.847,22**	
1.2.4 Bauten auf fremden Grund u. Boden, die nicht zu Nr. 2 u. 3 gehören	995.539,08	0,00	0,00	0,00	0,00		995.539,08					**995.539,08**	
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	45.365,80	0,00	0,00	0,00	0,00		45.365,80					**45.365,80**	
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.056.278,97	92.664,00	0,00	5,00	29.931,00		2.178.878,97					**2.178.878,97**	
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.201.891,53	2.311,00	51.264,00	0,00	5.351,00		4.260.817,53					**4.260.817,53**	
1.2.8 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.461.153,17	0,00	78.726,79	0,00	0,00		4.539.879,96					**4.539.879,96**	
(Summe Sachanlagen)	**293.966.022,69**	**3.548.033,00**	**84.304.945,57**	**5,00**	**35.282,00**	**0,00**	**381.854.288,26**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**381.854.288,26**	
1.3 Finanzanlagen													
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	3.048.284,00	0,00	0,00	0,00	0,00		3.048.284,00	-3.048.284,00				**0,00**	1)
1.3.3 Übrige Beteiligungen	2.622.364,13	0,00	0,00	0,00	0,00		2.622.364,13				0,00	**2.622.364,13**	2)
1.3.4 Sondervermögen	37.421.530,74	0,00	0,00	0,00	0,00		37.421.530,74	-37.421.530,74				**0,00**	3)
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	234.206,43	0,00	0,00	0,00	0,00		234.206,43					**234.206,43**	
1.3.6 Ausleihungen													
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	46.019.336,76	0,00	0,00	0,00	0,00		46.019.336,76					**46.019.336,76**	
(Summe Finanzanlagen)	**89.345.722,06**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**89.345.722,06**	**-40.469.814,74**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**48.875.907,32**	
SUMME ANLAGEVERMÖGEN	**383.395.893,65**	**3.548.033,00**	**84.304.945,57**	**5,00**	**35.282,00**	**0,00**	**471.284.159,22**	**-40.469.814,74**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**430.814.344,48**	

Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Gesamtbilanz	Stadt Erkelenz 1	Kultur GmbH 2	Abwasserbetrieb 3	GEE GmbH 4	GEE KG 5	Vortrag Konzern	Summen-abschluss	Kapital-konsolidierung	Schulden-konsolidierung	GuV-konsolidierung	sonstige Verrechnungen	**Gesamt-abschluss**	
2. UMLAUFVERMÖGEN													
2.1 Vorräte													
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	0,00	0,00	25.413,14	0,00	0,00		25.413,14					**25.413,14**	
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
2.1.3 unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	5.902.276,52		5.902.276,52				-156.622,00	**5.745.654,52**	4)
2.1.4 fertige Erzeugnisse und Waren	0,00	0,00	0,00	0,00	975.541,61		975.541,61					**975.541,61**	
2.1.5 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	136.800,00		136.800,00					**136.800,00**	
(Zwischensumme)	**0,00**	**0,00**	**25.413,14**	**0,00**	**7.014.618,13**	**0,00**	**7.040.031,27**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**-156.622,00**	**6.883.409,27**	
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände													
2.2.1 Forderungen													
2.2.1.1 Öffentlich-rechtl. Forderungen und Ford. aus Transferleistungen													
2.2.1.1.1 Gebühren	504.028,27	0,00	324.115,99	0,00	0,00		828.144,26					**828.144,26**	
2.2.1.1.2 Beiträge	257.982,03	0,00	0,00	0,00	0,00		257.982,03					**257.982,03**	
2.2.1.1.3 Steuern	7.188.609,72	0,00	0,00	0,00	0,00		7.188.609,72					**7.188.609,72**	
2.2.1.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	447.994,83	0,00	0,00	0,00	0,00		447.994,83		0,00			**447.994,83**	
2.2.1.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	2.440.658,34	-1.862,08	0,00	0,00	4.362,30		2.443.158,56					**2.443.158,56**	
2.2.1.2 Privatrechtliche Forderungen													
2.2.1.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	792.968,69	10.609,82	0,00	0,00	0,00		803.578,51					**803.578,51**	
2.2.1.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
2.2.1.2.3 gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
2.2.1.2.4 gegen Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	31.877,89	0,00		31.877,89		-31.877,89			**0,00**	5)
2.2.1.2.5 gegen Sondervermögen	2.789.746,85	0,00	0,00	0,00	0,00		2.789.746,85		-2.789.746,85			**0,00**	6)
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände	1.534.483,12	0,00	44.309,06	0,00	0,00		1.578.792,18					**1.578.792,18**	
2.2.3 Forderungen fremde Finanzmittel	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
(Summe Forderungen und sonstige VG)	**15.956.471,85**	**8.747,74**	**368.425,05**	**31.877,89**	**4.362,30**	**0,00**	**16.369.884,83**	**0,00**	**-2.821.624,74**	**0,00**	**0,00**	**13.548.260,09**	
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
2.4 Liquide Mittel	6.369.771,11	594.855,08	0,00	2.352,93	2.831.102,43		9.798.081,55					**9.798.081,55**	
												0,00	
SUMME UMLAUFVERMÖGEN	**22.326.242,96**	**603.602,82**	**393.838,19**	**34.230,82**	**9.850.082,86**	**0,00**	**33.207.997,65**	**0,00**	**-2.821.624,74**	**0,00**	**-156.622,00**	**30.229.750,91**	
3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	4.160.044,45	0,00	0,00	0,00	14.243,19		4.174.287,64		-1.964.732,48			**2.209.555,16**	7)
SUMME AKTIVA	**409.882.181,06**	**4.151.635,82**	**84.698.783,76**	**34.235,82**	**9.899.608,05**	**0,00**	**508.666.444,51**	**-40.469.814,74**	**-4.786.357,22**	**0,00**	**-156.622,00**	**463.253.650,55**	

Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Gesamtbilanz	Stadt Erkelenz 1	Kultur GmbH 2	Abwasserbetrieb 3	GEE GmbH 4	GEE KG 5	Vortrag Konzern	Summen-abschluss	Kapital-konsolidierung	Schulden-konsolidierung	GuV-konsolidierung	sonstige Verrechnungen	**Gesamt-abschluss**	
Bilanz / Passiva													
1. EIGENKAPITAL													
1.0 GEZEICHNETES KAPITAL	0,00	25.000,00	5.200.000,00	25.564,59	818.067,01		6.068.631,60	-6.068.631,60				0,00	8)
1.1 Allgemeine Rücklage	189.406.577,58	648.161,17	5.028.112,75	48,95	4.168.087,61		199.250.988,06	-22.390.318,27	0,00	2.008.292,92	-136.365,44	178.732.597,27	4), 9), 12)
davon Deckungsrücklage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00	0,00				0,00	
1.2 Sonderrücklagen	1.631.570,82	69.333,17	26.980.560,60	0,00	0,00		28.681.464,59	-27.049.893,77				1.631.570,82	10)
1.3 Ausgleichsrücklage	10.892.068,36	0,00	0,00	0,00	0,00		10.892.068,36	0,00				10.892.068,36	
1.4 Gesamtjahresergebnis	-418.248,95	-3.144,59	2.423.691,44	2.556,45	1.285.149,79		3.290.004,14	0,00	0,00	-1.718.415,51	-20.256,56	1.551.332,07	11), 12)
1.5 passiver UB aus Kapitalkonsolidierung							0,00	517.070,90				517.070,90	13)
(SUMME EIGENKAPITAL)	**201.511.967,81**	**739.349,75**	**39.632.364,79**	**28.169,99**	**6.271.304,41**	**0,00**	**248.183.156,75**	**-54.991.772,74**	**0,00**	**289.877,41**	**-156.622,00**	**193.324.639,42**	
2. SONDERPOSTEN													
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	88.378.335,45	1.964.732,48	9.297.489,50	0,00	0,00		99.640.557,43	14.521.958,00	-1.964.732,48	-289.877,41		**111.907.905,54**	14)
2.2 Sonderposten für Beiträge	36.370.689,01	0,00	0,00	0,00	0,00		36.370.689,01					**36.370.689,01**	
2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich	662.542,38	0,00	1.316.977,01	0,00	0,00		1.979.519,39					**1.979.519,39**	
2.4 Sonstige Sonderposten	225.212,24	0,00	0,00	0,00	0,00		225.212,24					**225.212,24**	
(SUMME SONDERPOSTEN)	**125.636.779,08**	**1.964.732,48**	**10.614.466,51**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**138.215.978,07**	**14.521.958,00**	**-1.964.732,48**	**-289.877,41**	**0,00**	**150.483.326,18**	
3. RÜCKSTELLUNGEN													
3.1 Pensionsrückstellungen	37.517.750,00	0,00	0,00	0,00	0,00		37.517.750,00					**37.517.750,00**	
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	4.765.985,91	0,00	120.621,72	0,00	0,00		4.886.607,63					**4.886.607,63**	
3.4 Steuerrückstellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
3.5 Sonstige Rückstellungen	8.714.400,44	14.311,00	223.768,12	4.500,00	2.645.077,22		11.602.056,78					**11.602.056,78**	
(SUMME RÜCKSTELLUNGEN)	**50.998.136,35**	**14.311,00**	**344.389,84**	**4.500,00**	**2.645.077,22**	**0,00**	**54.006.414,41**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**54.006.414,41**	
4. VERBINDLICHKEITEN													
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen													
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	31.877,89		31.877,89		-31.877,89			**0,00**	5)
4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	2.722.946,58	0,00	0,00	0,00	0,00		2.722.946,58					**2.722.946,58**	
4.2.5 von Kreditinstituten	17.520.732,36	1.428.074,39	31.224.603,93	0,00	921.348,53		51.094.759,21					**51.094.759,21**	
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichk	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		0,00					**0,00**	
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen	953.610,90	3.375,69	93.211,84	0,00	0,00		1.050.198,43					**1.050.198,43**	
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	266.376,71	0,00	2.789.746,85	0,00	0,00		3.056.123,56		-2.789.746,85			**266.376,71**	6)
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	233.555,08	62,01	0,00	1.565,83	0,00		235.182,92			0,00		**235.182,92**	
4.8 Erhaltene Anzahlung	1.040.529,88	1.730,50	0,00	0,00	30.000,00		1.072.260,38					**1.072.260,38**	
(SUMME VERBINDLICHKEITEN)	**22.737.751,51**	**1.433.242,59**	**34.107.562,62**	**1.565,83**	**983.226,42**	**0,00**	**59.263.348,97**	**0,00**	**-2.821.624,74**	**0,00**	**0,00**	**56.441.724,23**	
5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG	8.997.546,31	0,00	0,00	0,00	0,00		8.997.546,31					**8.997.546,31**	
SUMME PASSIVA	**409.882.181,06**	**4.151.635,82**	**84.698.783,76**	**34.235,82**	**9.899.608,05**	**0,00**	**508.666.444,51**	**-40.469.814,74**	**-4.786.357,22**	**0,00**	**-156.622,00**	**463.253.650,55**	
(Summe Aktiva)	409.882.181,06	4.151.635,82	84.698.783,76	34.235,82	9.899.608,05	0,00	508.666.444,51	-40.469.814,74	-4.786.357,22	0,00	-156.622,00	**463.253.650,55**	
(Summe Passiva)	409.882.181,06	4.151.635,82	84.698.783,76	34.235,82	9.899.608,05	0,00	508.666.444,51	-40.469.814,74	-4.786.357,22	0,00	-156.622,00	**463.253.650,55**	
Differenz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	**0,00**	

Anlage 7.4

Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Gesamtbilanz	Stadt Erkelenz 1	Kultur GmbH 2	Abwasserbetrieb 3	GEE GmbH 4	GEE KG 5	Vortrag Konzern	Summen- abschluss	Kapital- konsolidierung	Schulden- konsolidierung	GuV- konsolidierung	sonstige Verrechnungen	**Gesamt- abschluss**

Erläuterungen:

1) vgl. Erstkonsolidierung, Buchwerte beim Mutterunternehmen der Kultur GmbH, der GEE GmbH und der GEE KG

2) Walter und Elfriede Meyer-Stiftung, Kreiswerke Heinsberg GmbH, WfG für den Kreis Heinsberg mbH

3) vgl. Erstkonsolidierung, Buchwert beim Mutterunternehmen des Abwasserbetriebes

4) Mehrwert aus dem Verkauf von Grundstücken im Jahr 2011 (wird bis zum Verkauf des Grundstückes jährlich korrigiert)

5) vgl. Schuldenkonsolidierung, Verrechnungskonten GEE KG / GEE GmbH

6) vgl. Schuldenkonsolidierung, Verrechnungskonto Abwasserbetrieb

7) vgl. Schuldenkonsolidierung, SoPo Zuschüsse für Investitionen

8) Gezeichnetes Kapital

9) Allgemeine Rücklage (ohne Stadt) abzüglich mit allgemeiner Rücklage verrechnete Ausschüttung vorkonzerlicher Gewinne (vgl. Erstkonsolidierung)

10) Sonderrücklagen (ohne Stadt)

11) vgl. Jahresergebnis Konzern-GuV

12) Rücknahme der Korrektur der Differenz aus der GuV-Konsolidierung (Zinsen Verrechnungskonto Abwasserbetrieb) 2013 in 2014

13) vgl. Erstkonsollidierung, Passiver Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung

14) vgl. Schuldenkonsolidierung + GuV-Kons: Sonderposten Zuwendungen

Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2014

Gesamtergebnisrechnung	Stadt Erkelenz 1	Kultur GmbH 2	Abwasserbetrieb 3	GEE GmbH 4	GEE KG 5	Summen-abschluss	Kapital-konsolidierung	Schulden-konsolidierung	GuV-konsolidierung	Zwischen-ergebnis-eliminierung	sonstige Verrechnungen	Gesamt-abschluss	
1. + Steuern und ähnliche Abgaben	49.399.159,46	0,00	0,00	0,00	0,00	49.399.159,46			- 139.196,57			49.259.962,89	1)
2. + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	16.878.749,76	345.197,87	565.138,15	0,00	0,00	17.789.085,78			- 29.890,46			17.759.195,32	2)
3. + Sonstige Transfererträge	482.258,35	0,00	0,00	0,00	0,00	482.258,35						482.258,35	
4. + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	8.613.232,74	0,00	9.114.738,68	0,00	0,00	17.727.971,42			- 1.778.019,03			15.949.952,39	3)
5. + Privatrechtliche Leistungsentgelte	505.891,47	169.315,82	0,00	0,00	4.559.563,99	5.234.771,28			- 44.417,98		- 1.991,29	5.188.362,01	4)
6. + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.361.875,04	0,00	0,00	0,00	0,00	3.361.875,04			- 1.203.185,76			2.158.689,28	5)
7. + Sonstige ordentliche Erträge	5.265.231,62	7.810,19	215.642,49	8.384,82	291.250,16	5.788.319,28			- 8.540,82			5.779.778,46	6)
8. + Aktivierte Eigenleistungen	278.919,50	0,00	262.221,90	0,00	0,00	541.141,40					174,49	541.315,89	
9. +/- Bestandsveränderungen	0,00	0,00	7.417,84	0,00	- 3.025.716,14	- 3.018.298,30			0,00		1.816,80	- 3.016.481,50	
10. = Ordentliche Gesamterträge	84.785.317,94	522.323,88	10.165.159,06	8.384,82	1.825.098,01	97.306.283,71	0,00	0,00	- 3.203.250,62	0,00	0,00	94.103.033,09	
11. - Personalaufwendungen	- 21.183.265,08	- 117.775,34	- 1.095.683,90	0,00	- 18.065,50	- 22.414.789,82			1.095.683,90			- 21.319.105,92	7)
12. - Versorgungsaufwendungen	- 2.261.152,39	0,00	0,00	0,00	0,00	- 2.261.152,39						- 2.261.152,39	
13. - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 16.595.778,15	- 38.552,11	- 1.041.674,87	0,00	- 67.875,53	- 17.743.880,66			1.772.316,03			- 15.971.564,63	8)
14. - Bilanzielle Abschreibungen	- 7.297.747,52	- 140.723,66	- 3.228.803,59	- 45,00	- 7.007,60	- 10.674.327,37			72.767,87			- 10.601.559,50	9)
15. - Transferaufwendungen	- 36.004.695,38	0,00	0,00	0,00	0,00	- 36.004.695,38			247.000,00			- 35.757.695,38	10)
16. - Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 6.553.695,32	- 149.608,04	- 1.214.592,29	- 5.783,37	- 411.255,30	- 8.334.934,32		0,00	305.360,23			- 8.029.574,09	11)
17. = Ordentliche Gesamtaufwendungen	- 89.896.333,84	- 446.659,15	- 6.580.754,65	- 5.828,37	- 504.203,93	- 97.433.779,94	0,00	0,00	3.493.128,03	0,00	0,00	- 93.940.651,91	
18. = Ordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 10 u. 17)	- 5.111.015,90	75.664,73	3.584.404,41	2.556,45	1.320.894,08	- 127.496,23	0,00	0,00	289.877,41	0,00	0,00	162.381,18	
19. + Finanzerträge	5.680.411,23	37,00	24.540,97	0,00	40.501,23	5.745.490,43			- 2.021.073,89		- 20.256,56	3.704.159,98	12)
20. - Finanzaufwendungen	- 987.644,28	- 78.846,32	- 1.185.253,94	0,00	- 76.245,52	- 2.327.990,06			12.780,97			- 2.315.209,09	13)
21. = Gesamtfinanzergebnis (Zeilen 19 u. 20)	4.692.766,95	- 78.809,32	- 1.160.712,97	0,00	- 35.744,29	3.417.500,37	0,00	0,00	- 2.008.292,92	0,00	- 20.256,56	1.388.950,89	
22. = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (Zeilen 18 u. 21)	- 418.248,95	- 3.144,59	2.423.691,44	2.556,45	1.285.149,79	3.290.004,14	0,00	0,00	- 1.718.415,51	0,00	- 20.256,56	1.551.332,07	
23. + Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						0,00	
24. - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						0,00	
25. = Außerordentliches Gesamtergebnis (Zeilen 23 u. 24)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
26. = Gesamtjahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	- 418.248,95	- 3.144,59	2.423.691,44	2.556,45	1.285.149,79	3.290.004,14	0,00	0,00	- 1.718.415,51	0,00	- 20.256,56	1.551.332,07	
27. - Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						0,00	
28. = Gesamtbilanzverlust	- 418.248,95	- 3.144,59	2.423.691,44	2.556,45	1.285.149,79	3.290.004,14	0,00	0,00	- 1.718.415,51	0,00	- 20.256,56	1.551.332,07	

Erläuterungen:

1) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Steuern + ähnliche Abgaben

2) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge + 4. Auflösung umgegliederte SoPo Abwasserbetrieb: Zuwendungen und allgemeine Umlage

3) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung: öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

4) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung: privatrechtliche Leistungsentgelte

5) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung: Kostenerstattungen u. Kostenumlagen

6) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung + 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Sonstige ordentliche Erträge

7) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung: Personalaufwand

8) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

9) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Abschreibungen

10) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Transferaufwendungen

11) vgl. GuV-Kons, 1. Innenumsatzerlöskonsolidierung + 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Sonstige ordentliche Aufwendungen

12) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge + 3. Konsolidierung von Zinsaufwendungen und -erträgen sowie der Beteiligungserträge und der Vorabausschüttung: Finanzerträge

13) vgl. GuV-Kons, 2. Konsolidierung sonstiger Aufwendungen und Erträge: Zinsen und ähnliche Aufwendungen

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 14/080/2015 Status: nichtöffentlich/öffentlich AZ:
Federführend: Rechnungsprüfungsamt	Datum: 20.11.2015 Verfasser: Amt 14 Martin Jansen

Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 Absatz 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
03.12.2015	Rechnungsprüfungsausschuss
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Nach § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW entscheiden die Ratsmitglieder über die Entlastung des Bürgermeisters. Verweigern sie die Entlastung oder sprechen sie diese mit Einschränkungen aus, so haben sie dafür die Gründe anzugeben.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses 2014 durch den Rechnungsprüfungsausschuss sowie das bestätigte Ergebnis dieses Gesamtabschlusses haben nicht zu Einwendungen geführt, die einer Entlastung des Bürgermeisters entgegenstehen**.**

Die vor der Entlastung des Bürgermeisters zu fassenden Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2014 sowie über das bestätigte Ergebnis des Gesamtabschlusses liegen vor.

Von daher wird vorgeschlagen, dem Bürgermeister die Entlastung hinsichtlich des Gesamtabschlusses 2014 zu erteilen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Hauptausschuss / Rat):
„Dem Bürgermeister wird gemäß § 116 Absatz 1 i.V.m. § 96 Absatz 1 Satz 4 GO NRW für den bestätigten Gesamtabschluss 2014 die Entlastung erteilt.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/309/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Haupt- und Personalamt	Datum: 24.11.2015 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Anpassung der Zuständigkeitsordnung

hier: Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Aufträgen auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Bereits vor der Kommunalwahl 2014 wurde vorgeschlagen und bereits in einer INFO-Runde mit allen Fraktionen beraten, ob die Zuständigkeitsordnung bezüglich einer Verfahrensvereinfachung und -beschleunigung hinsichtlich der Auftragsvergaben angepasst werden sollte.
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung wurde jedoch zunächst von der INFO-Runde auf den Zeitpunkt nach der Kommunalwahl zurückgestellt, weil nach der Kommunalwahl eine Anpassung der Ausschussstruktur vorgesehen war.
Eine Anpassung der Ausschussstruktur (u. a. Fusion des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung mit dem Bau- und Betriebsausschuss) ist mittlerweile erfolgt.
Ferner sollte die Einrichtung der zentralen Vergabestelle abgewartet werden. Die Vergabestelle ist zwischenzeitlich organisatorisch eingerichtet, so dass nun der Zeitpunkt für die konkrete Anpassung der Zuständigkeitsordnung gekommen ist.

Die INFO-Runde hat nun am 26.08.2015 empfohlen, die Zuständigkeit für Vergabebeschlüsse grundsätzlich auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin zu übertragen.
Die Auftragsvergabe ist eine direkte Folge einer Ausschreibung. Im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens erfolgt durch das zuständige Fachamt – zukünftig grundsätzlich über die zentrale Vergabestelle – eine fachliche und formale Prüfung aller Angebote aufgrund objektiver Wertungskriterien. Bei der Entscheidung über die Vergabe besteht dann kein Ermessensspielraum, da nach den vergaberechtlichen Vorschriften der wirtschaftlichste Bieter zu beauftragen ist.
Die Übertragung der Zuständigkeit auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin trägt zur beschleunigten Abwicklung von Baumaßnahmen und zur Entlastung des Aus-

schusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe bei. Die Übertragung der Aufgabe durch den Wegfall der Vorlagenerstellung führt auch zu einer Optimierung der Verwaltungsprozesses. Darüber hinaus können durch den Wegfall des Vergabebeschlusses die Bindefristen der Bieter an ihre Angebote besser eingehalten werden.

Zwischenzeitlich hatte auch die Fraktion der Bürgerpartei 22.06.2015 einen Antrag eingereicht, der wie folgt lautet:

"Die Fraktion der Bürgerpartei beantragt, der zuständige Ausschuss bzw. der Rat möge beschließen, zukünftig auf Abstimmungen über Auftragsvergaben nach Ausschreibung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe zu verzichten."

Folgende Punkte wurden mit den Fraktionen in der INFO-Runde am 26.08.2015 abgestimmt:

Die Zuständigkeitsordnung soll so angepasst werden, dass nach erfolgtem Beschluss über die Durchführung einer/eines Maßnahme/Vergabeverfahrens kein weiterer Vergabebeschluss mehr erforderlich sein soll.

Die Information der Politik über die auf diesem Wege erfolgten Vergaben soll im Hauptausschuss (in seiner Funktion als Finanzausschuss) erfolgen, und zwar in nichtöffentlicher Sitzung.

Die Änderung der Zuständigkeitsordnung soll nach Beratung und Beschlussfassung im hierfür zuständigen Rat am 16.12.2015 erfolgen und am 01.01.2016 in Kraft treten.

Amt 10 hat die Zuständigkeitsordnung zwischenzeitlich synoptisch überprüft und zwar bezüglich der
a) Inhalte, die unverändert bleiben,
b) Inhalte, die redaktionell (mit)angepasst werden sollen,
c) Inhalte, die anzupassen sind, wenn der bisherige abschließende Vergabebeschluss entfallen und an dessen Stelle eine Information im Hauptausschuss über erfolgte Vergaben treten soll.

Die Synopse ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt. Die in dieser Synopse rot markierten Abschnitte beinhalten Änderungen in Hinblick auf den Wegfall von Vergabebeschlüssen. Die gelb markierten Abschnitte beinhalten redaktionelle Änderungen. Die grün markierten Abschnitte sollen unverändert bestehen bleiben.

Die Neufassung der Zuständigkeitsordnung ist dieser Vorlage ebenfalls als Anlage beigefügt.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die als Anlage beigefügte Neufassung der Zuständigkeitsordnung wird hiermit beschlossen."

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Synopse zur Anpassung der Zuständigkeitsordnung
Neufassung der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.2015

Synoptische Darstellung
des Entwurfes für neue Allgemeine Richtlinien des Rates der Stadt Erkelenz über Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters (Zuständigkeitsordnung)

Altfassung	Neufassung (Entwurf)	Anmerkungen
Zuständigkeitsordnung vom 02. Juli 2014	Zuständigkeitsordnung vom 16.12.2015	*Beschlussfassung durch den Rat am 16.12.2015*
§ 1 **Zuständigkeiten des Rates** (1) Der Rat der Stadt Erkelenz entscheidet insbesondere über 1. alle Angelegenheiten, die gemäß § 41 Abs. 1 GO nicht auf die Ausschüsse oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen werden können, 2. alle Angelegenheiten, die ihm nach den Gesetzen, der Hauptsatzung oder der Zuständigkeitsordnung vorbehalten sind, 3. alle Angelegenheiten, die er sich im Einzelfall vorbehält oder an sich zieht (Rückholrecht). (2) Der Rat kann sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften die Entscheidung vorbehalten.	**§ 1** **Zuständigkeiten des Rates** (1) Der Rat der Stadt Erkelenz entscheidet insbesondere über 1. alle Angelegenheiten, die gemäß § 41 Abs. 1 GO nicht auf die Ausschüsse oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen werden können, 2. alle Angelegenheiten, die ihm nach den Gesetzen, der Hauptsatzung oder der Zuständigkeitsordnung vorbehalten sind, 3. alle Angelegenheiten, die er sich im Einzelfall vorbehält oder an sich zieht (Rückholrecht). (2) Der Rat kann sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften die Entscheidung vorbehalten.	*keine Änderung*

XXXXX = keine Änderungen XXXX = redaktionelle Änderungen vorgenommen XXXX = wurde angepasst

(3) Der Rat kann jederzeit durch Beschluss zur Änderung dieser Zuständigkeitsordnung die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf einen Ausschuss, das Partnerschaftskomitee oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin rückgängig machen oder die Entscheidungsbefugnis einem anderen Gremium oder dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin übertragen. (4) Der Rat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit der Stadt ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid).	(3) Der Rat kann jederzeit durch Beschluss zur Änderung dieser Zuständigkeitsordnung die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf einen Ausschuss, das Partnerschaftskomitee oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin rückgängig machen oder die Entscheidungsbefugnis einem anderen Gremium oder dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin übertragen. (4) Der Rat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit der Stadt ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid).	
§ 2 **Allgemeine Zuständigkeiten der Ausschüsse** (1) Die dem Rat nach der GO, nach anderen gesetzlichen Vorschriften und nach der Zuständigkeitsordnung vorbehaltenen Aufgaben sollen in den fachlich zuständigen Ausschüssen vorberaten werden. (2) In anderen Angelegenheiten entscheiden die vom Rat gebildeten Ausschüsse im Rahmen der Haushaltssatzung (Haushaltsplan) über Anträge und Vorlagen ihres Aufgabenbereiches nach Maßgabe der	**§ 2** **Allgemeine Zuständigkeiten der Ausschüsse** (1) Die dem Rat nach der GO, nach anderen gesetzlichen Vorschriften und nach der Zuständigkeitsordnung vorbehaltenen Aufgaben sollen in den fachlich zuständigen Ausschüssen vorberaten werden. (2) In anderen Angelegenheiten entscheiden die vom Rat gebildeten Ausschüsse im Rahmen der Haushaltssatzung (Haushaltsplan) über Anträge und Vorlagen ihres Aufgabenbereiches nach Maßgabe der	*keine Änderung*

Hauptsatzung bzw. der Zuständigkeitsordnung, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Aufgaben auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen sind.	Hauptsatzung bzw. der Zuständigkeitsordnung, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Aufgaben auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen sind.	
§ 3 **Hauptausschuss** (1) Der Hauptausschuss hat die Arbeit aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Er entscheidet auch in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 GO). (2) Der Hauptausschuss trifft in eigener Zuständigkeit die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit hierfür nicht der Rat, andere Ausschüsse und Gremien oder der Bürgermeister/die Bürgermeisterin zuständig sind; er nimmt alle Aufgaben wahr, die weder dem Rat vorbehalten, noch anderen Ausschüssen und Gremien oder dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin übertragen, noch Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.	**§ 3** **Hauptausschuss** (1) Der Hauptausschuss hat die Arbeit aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Er entscheidet auch in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 GO). (2) Der Hauptausschuss trifft in eigener Zuständigkeit die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit hierfür nicht der Rat, andere Ausschüsse und Gremien oder der Bürgermeister/die Bürgermeisterin zuständig sind; er nimmt alle Aufgaben wahr, die weder dem Rat vorbehalten, noch anderen Ausschüssen und Gremien oder dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin übertragen, noch Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.	*Änderung in Absatz 4*

(3) Der Hauptausschuss entscheidet im Rahmen der vom Rat festgelegten allgemeinen Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung.	(3) Der Hauptausschuss entscheidet im Rahmen der vom Rat festgelegten allgemeinen Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung.	
(4) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 50.000 € (zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer), soweit die Angelegenheit nicht einem Ausschuss übertragen worden ist.	(4) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über die Anschaffung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 50.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer), soweit die Angelegenheit nicht einem Ausschuss übertragen worden ist.	
(5) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. die Angelegenheiten der Stadt als Oberste Dienstbehörde, b. auf Vorschlag der Bezirksausschüsse über die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen, c. die Genehmigung von Verträgen, soweit nicht der Rat oder Bürgermeister/Bürgermeisterin zuständig ist, d. die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Entscheidung einem Fachausschuss oder dem Bürgermeister bzw. der	(5) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. die Angelegenheiten der Stadt als Oberste Dienstbehörde, b. auf Vorschlag der Bezirksausschüsse über die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen, c. die Genehmigung von Verträgen, soweit nicht der Rat oder Bürgermeister/Bürgermeisterin zuständig ist, d. die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Entscheidung einem Fachausschuss oder dem Bürgermeister bzw. der	

Bürgermeisterin übertragen ist, e. die Annahme von Schenkungen, f. den Erlass und die Stundung von Geldforderungen, soweit nicht der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin zuständig ist, g. die Wahl der Schiedspersonen und deren Stellvertreter/Stellvertreterinnen sowie die Einteilung der Schiedsamtsbezirke, h. die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, i. die Veräußerung, den Erwerb und die Belastung von Immobilien, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und die Entscheidung dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin übertragen ist.	Bürgermeisterin übertragen ist, e. die Annahme von Schenkungen, f. den Erlass und die Stundung von Geldforderungen, soweit nicht der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin zuständig ist, g. die Wahl der Schiedspersonen und deren Stellvertreter/Stellvertreterinnen sowie die Einteilung der Schiedsamtsbezirke, h. die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, i. die Veräußerung, den Erwerb und die Belastung von Immobilien, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und die Entscheidung dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin übertragen ist.	
(6) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen.	(6) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen.	
(7) Der Hauptausschuss ist für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO zuständig.	(7) Der Hauptausschuss ist für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO zuständig.	
(8) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs, die ihm besonders bedeutungsvoll	(8) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs, die ihm besonders bedeutungsvoll	

erscheinen, an den Rat zur Entscheidung abgeben. (9) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zur Entscheidung übertragen.	erscheinen, an den Rat zur Entscheidung abgeben. (9) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zur Entscheidung übertragen.	
§ 4 **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe** (1) Der Ausschuss entscheidet empfehlend über Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung. (2) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung, soweit verfahrensleitende und verfahrensabschließende Beschlüsse dem Rat nicht vorbehalten sind, b. über die Vergabe von Aufträgen für Ingenieurleistungen ab einer Auftragssumme von 50.000 EUR	**§ 4** **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe** (1) Der Ausschuss entscheidet empfehlend über Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung. (2) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung, soweit verfahrensleitende und verfahrensabschließende Beschlüsse dem Rat nicht vorbehalten sind, b. über die Vergabe von Aufträgen für Ingenieurleistungen ab einer Auftragssumme von 50.000 Euro	*Änderungen in Absatz 2 und Absatz 3*

(zuzüglich gesetzlicher Mehrwertsteuer). (3) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. die Planung und die Durchführung der vom Rat im Rahmen der Haushaltssatzung veranschlagten und verabschiedeten städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, einschließlich der Baumaßnahmen auf dem Gebiet des Garten- und Friedhofswesens sowie im Bereich Spiel und Sport, b. wald- und forstwirtschaftliche Maßnahmen für stadteigene Waldflächen, c. Angelegenheiten des städtischen Abwasserbetriebes und der Wasserläufe, d. Angelegenheiten der Wasser- und Energieversorgung sowie der Straßenbeleuchtung, e. Anschaffung von beweglichen Gegenständen des Anlagevermögens für den Baubetriebshof ab einem Wert von 50.000,-- EUR (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer),	(zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer). (3) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über a. die Planung und die Durchführung der vom Rat im Rahmen der Haushaltssatzung veranschlagten und verabschiedeten städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, einschließlich der Baumaßnahmen auf dem Gebiet des Garten- und Friedhofswesens sowie im Bereich Spiel und Sport, b. wald- und forstwirtschaftliche Maßnahmen für stadteigene Waldflächen, c. Angelegenheiten des städtischen Abwasserbetriebes und der Wasserläufe, d. Angelegenheiten der Wasser- und Energieversorgung sowie der Straßenbeleuchtung, e. Anschaffung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens für den Baubetriebshof mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 50.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer),	

f. die Vergabe von Aufträgen bei Baumaßnahmen ab einer Auftragssumme von 50.000,-- EUR (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer). (4) Der Ausschuss berät empfehlend über die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz. (5) Der Ausschuss ist für die Beratung und Beschlussfassung gemäß den jeweiligen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW und aufgrund der Betriebssatzung zuständig. (6) Der Ausschuss berät und empfiehlt dem Hauptausschuss in Angelegenheiten, in denen er keine eigene Entscheidungszuständigkeit nach dieser Zuständigkeitsordnung besitzt.	~~f. die Vergabe von Aufträgen bei Baumaßnahmen ab einer Auftragssumme von 50.000,-- EUR (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer).~~ (4) Der Ausschuss berät empfehlend über die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz. (5) Der Ausschuss ist für die Beratung und Beschlussfassung gemäß den jeweiligen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW und aufgrund der Betriebssatzung zuständig. (6) Der Ausschuss berät und empfiehlt dem Hauptausschuss in Angelegenheiten, in denen er keine eigene Entscheidungszuständigkeit nach dieser Zuständigkeitsordnung besitzt.	
§ 5 **Schulausschuss** Der Ausschuss berät und entscheidet empfehlend in dem sich durch die Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ergebenden Aufgabenbereich – äußere Schulangelegenheiten. Hierzu gehören insbesondere: a. Bereitstellung von Schulanlagen und	**§ 5** **Schulausschuss** Der Ausschuss berät und entscheidet empfehlend in dem sich durch die Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ergebenden Aufgabenbereich – äußere Schulangelegenheiten. Hierzu gehören insbesondere: a. Bereitstellung von Schulanlagen und	*keine Änderung*

Schulgebäuden (§ 79), b. Schulentwicklungsplanung (§ 80), c. Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen (§ 81), d. organisatorischer Zusammenschluss von Schulen (§ 83), e. Festlegung des Schuleinzugsbereiches der Förderschule (§ 84), f. Entsendung von Vertretern in die Schulkonferenz zur Mitwirkung bei der Bestellung der Schulleitung (§ 61), g. Einführung besonderer Bildungsangebote an den Schulen der Stadt Erkelenz.	Schulgebäuden (§ 79), b. Schulentwicklungsplanung (§ 80), c. Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen (§ 81), d. organisatorischer Zusammenschluss von Schulen (§ 83), e. Festlegung des Schuleinzugsbereiches der Förderschule (§ 84), f. Entsendung von Vertretern in die Schulkonferenz zur Mitwirkung bei der Bestellung der Schulleitung (§ 61), g. Einführung besonderer Bildungsangebote an den Schulen der Stadt Erkelenz.	
§ 6 **Braunkohlenausschuss** Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung über Braunkohleangelegenheiten an den Rat und den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung.	**§ 6** **Braunkohlenausschuss** Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung über Braunkohleangelegenheiten an den Rat und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe.	*redaktionelle Änderung*
§ 7 **Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales** (1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über Angelegenheiten der	**§ 7** **Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales** (1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über Angelegenheiten der	*keine Änderung*

Integration. (2) Der Ausschuss berät über städtische Satzungen der Notunterkünfte sowie der Übergangsheime. (3) Der Ausschuss berät über Umwelt- und Abfallangelegenheiten sowie über Angelegenheiten der Straßenreinigung. (4) Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung an den Rat oder an den jeweilig zuständigen Fachausschuss über Angelegenheiten aus den Aufgabenbereichen a. altersgerechtes Wohnen und Wohnumfeld, b. altersgerechtes Freizeit-, Sport- und Kulturangebot.	Integration. (2) Der Ausschuss berät über städtische Satzungen der Notunterkünfte sowie der Übergangsheime. (3) Der Ausschuss berät über Umwelt- und Abfallangelegenheiten sowie über Angelegenheiten der Straßenreinigung. (4) Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung an den Rat oder an den jeweilig zuständigen Fachausschuss über Angelegenheiten aus den Aufgabenbereichen a. altersgerechtes Wohnen und Wohnumfeld, b. altersgerechtes Freizeit-, Sport- und Kulturangebot.	
§ 8 **Ausschuss für Kultur und Sport** (1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über das jährliche Kultur- und Theaterprogramm im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Haushaltsmittel. (2) Der Ausschuss berät über die Gewährung von Zuwendungen nach den Richtlinien über die Förderung der Vereinsarbeit der Stadt Erkelenz sowie über die Bereitstellung von Kultur- und Sportanlagen.	**§ 8** **Ausschuss für Kultur und Sport** (1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über das jährliche Kultur- und Theaterprogramm im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Haushaltsmittel. (2) Der Ausschuss berät über die Gewährung von Zuwendungen nach den Richtlinien über die Förderung der Vereinsarbeit der Stadt Erkelenz sowie über die Bereitstellung von Kultur- und Sportanlagen.	*keine Änderung*

§ 9 **Jugendhilfeausschuss** (1) Nach § 71 SGB VIII hat der Jugendhilfeausschuss Beschlussrecht u.a. in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft erlassenen Satzung. (2) Gemäß § 70 SGB VIII sind u.a. die Geschäfte der laufenden Verwaltung im Bereich der öffentlichen Jugendhilfe ebenfalls im Rahmen der Satzung zu führen. (3) Der Ausschuss ist abschließend zuständig für die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für a. die Förderung der Jugendhilfe in der Stadt Erkelenz, b. die Festsetzung von Leistungen oder Hilfen zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden. (4) Der Ausschuss trifft die abschließenden Entscheidungen über a. die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe, b. die öffentliche Anerkennung nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG, c. die Jugendhilfeplanung einschl. des	**§ 9** **Jugendhilfeausschuss** (1) Nach § 71 SGB VIII hat der Jugendhilfeausschuss Beschlussrecht u.a. in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft erlassenen Satzung. (2) Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit den Aufgaben der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel der erlassenen Satzung und der vom Rat gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe. Er soll vor jeder Beschlussfassung des Rates in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er hat das Recht, an den Rat Anträge zu stellen. (3) Der Jugendhilfeausschuss hat vor allem folgende Aufgaben: 1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe, b) die Festsetzung der Leistungen oder die Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden.	*Der Änderungsvorschlag stammt aus der vom Rat am 18.03.2015 beschlossenen Jugendamtssatzung (§ 5 Aufgaben des Jugendhilfeausschusses)*

Bedarfsplanes für Tageseinrichtungen für Kinder gemäß § 10 des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK), d. die Genehmigung einer geringeren Öffnungsdauer einer Tageseinrichtung für Kinder sowie die anteilige Kürzung von Zuschüssen zu den Betriebskosten gemäß § 18 Abs. 2 Satz 1 GTK, e. die Anerkennung so genannter finanzschwacher Träger gemäß § 13 Abs. 4 GTK, f. die Genehmigung einer Vereinbarung über die Einrichtung von Betreuungsplätzen in Tageseinrichtungen für Betriebe gemäß § 20 GTK, g. die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen, h. die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer für den Ausschuss und die Kammer für Kriegsdienstverweigerer, i. die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe, j. die Anhörung vor der Berufung des Leiters/der Leiterin der Verwaltung des Jugendamtes.	2. Die Entscheidung über a) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe, b) die öffentliche Anerkennung nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG, c) den Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder (gemäß § 19 Abs. 3 KiBiz), sowie die Ausgestaltung des Förderangebotes in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (§§ 22 ff. SGB VIII), d) die grundsätzliche Verwendung der Zuschüsse gem. §§ 20 – 24 KiBiz, soweit sie nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind, e) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen, f) die Auswahl der freien Träger der Jugendhilfe, die an den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII beteiligt werden. 3. Die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe.	

	4. Anhörung vor der Berufung der Leiterin bzw. des Leiters der Verwaltung des Jugendamtes.	
§ 10 **Personalausschuss** (1) Der Personalausschuss hat folgende Aufgaben: a. Vorberatung des Stellenplans, b. Vorberatung der Personalkosten für den Haushalt, c. Entscheidung über die Art der Stellenausschreibungen bei Besetzung von Stellen im Sinne des § 73 Abs. 3 GO (2) Der Personalausschuss wird regelmäßig informiert über: a. frei werdende oder frei gewordene Stellen, b. Veränderungen im Stellenbesetzplan bezogen auf den Stichtag 30.06. jeden Jahres (Soll-Ist-Vergleich), c. Übersicht über die Entwicklung der Personalkosten sowie personelle Veränderungen zum Stichtag 30.06. Die Information erfolgt in der ersten Sitzung einer Wahlperiode, danach in der ersten Sitzung nach dem 30.06. jeden Jahres.	**§ 10** **Personalausschuss** (1) Der Personalausschuss hat folgende Aufgaben: a. Vorberatung des Stellenplans, b. Vorberatung der Personalkosten für den Haushalt, c. Entscheidung über die Art der Stellenausschreibungen bei Besetzung von Stellen im Sinne des § 73 Abs. 3 GO (2) Der Personalausschuss wird regelmäßig informiert über: a. frei werdende oder frei gewordene Stellen, b. Veränderungen im Stellenbesetzplan bezogen auf den Stichtag 30.06. jeden Jahres (Soll-Ist-Vergleich), c. Übersicht über die Entwicklung der Personalkosten sowie personelle Veränderungen zum Stichtag 30.06. Die Information erfolgt in der ersten Sitzung einer Wahlperiode, danach in der ersten Sitzung nach dem 30.06. jeden Jahres.	*keine Änderung*

§ 11 **Rechnungsprüfungsausschuss** Der Ausschuss nimmt die ihm durch Gesetz oder durch den Rat allgemein oder im Einzelfall übertragenen Aufgaben wahr.	**§ 11** **Rechnungsprüfungsausschuss** Der Ausschuss nimmt die ihm durch Gesetz oder durch den Rat allgemein oder im Einzelfall übertragenen Aufgaben wahr.	*keine Änderung*
§ 12 **Wahlprüfungsausschuss** Dem Ausschuss obliegt aufgrund § 40 Kommunalwahlgesetz die Vorprüfung über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Kommunalwahlen, und zwar empfehlend an den Rat.	**§ 12** **Wahlprüfungsausschuss** Dem Ausschuss obliegt aufgrund § 40 Kommunalwahlgesetz die Vorprüfung über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Kommunalwahlen, und zwar empfehlend an den Rat.	*keine Änderung*
§ 13 **Bezirksausschüsse** (1) Die Bezirksausschüsse haben die im § 37 Abs. 5 GO bezeichneten Aufgaben. Das bedeutet insbesondere ein Anhörungs- und Anregungsrecht in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk berühren, insbesondere Planungs- und Investitionsvorhaben sowie Bebauungspläne für den Stadtbezirk. Auch können die Bezirksausschüsse zu allen den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten Vorschläge und Anregungen machen. Dies bezieht sich vor allem auf die Aufgaben nach § 37 Abs. 1	**§ 13** **Bezirksausschüsse** (1) Die Bezirksausschüsse haben die im § 37 Abs. 5 GO bezeichneten Aufgaben. Das bedeutet insbesondere ein Anhörungs- und Anregungsrecht in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk berühren, insbesondere Planungs- und Investitionsvorhaben sowie Bebauungspläne für den Stadtbezirk. Auch können die Bezirksausschüsse zu allen den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten Vorschläge und Anregungen machen. Dies bezieht sich vor allem auf die Aufgaben nach § 37 Abs. 1	*keine Änderung*

Buchstaben a bis f GO. Dabei haben die Bezirksausschüsse sich am Haushaltsplan zu orientieren. (2) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit über die Begründung und die Ausgestaltung einer möglichen ihren Stadtbezirk betreffenden Stadtteilfreundschaft. Für die Förderung und die Unterhaltung dieser Stadtteilfreundschaft kann der zuständige Bezirksausschuss in eigener Zuständigkeit Zuschüsse gewähren; die hierfür notwendigen Zuschussmittel sind Bestandteil der dem jeweiligen Bezirksausschuss von Rat und Hauptausschuss zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach Absatz 3. Die entsprechenden Stadtteilfreundschaftsverträge sind vom Rat zu beschließen. Die Stadtteilfreundschaftsverträge sind vom hauptamtlichen Bürgermeister/von der hauptamtlichen Bürgermeisterin, vom/von der Bezirksausschussvorsitzenden sowie vom/von der stellvertretenden Bezirksausschussvorsitzenden zu unterzeichnen. Für die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen im Stadtbezirk und im jeweiligen Partnerort sowie für die	Buchstaben a bis f GO. Dabei haben die Bezirksausschüsse sich am Haushaltsplan zu orientieren. (2) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit über die Begründung und die Ausgestaltung einer möglichen ihren Stadtbezirk betreffenden Stadtteilfreundschaft. Für die Förderung und die Unterhaltung dieser Stadtteilfreundschaft kann der zuständige Bezirksausschuss in eigener Zuständigkeit Zuschüsse gewähren; die hierfür notwendigen Zuschussmittel sind Bestandteil der dem jeweiligen Bezirksausschuss von Rat und Hauptausschuss zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach Absatz 3. Die entsprechenden Stadtteilfreundschafts-verträge sind vom Rat zu beschließen. Die Stadtteilfreundschaftsverträge sind vom hauptamtlichen Bürgermeister/von der hauptamtlichen Bürgermeisterin, vom/von der Bezirksausschussvorsitzenden sowie vom/von der stellvertretenden Bezirksausschussvorsitzenden zu unterzeichnen. Für die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen im Stadtbezirk und im jeweiligen Partnerort sowie für die laufende Kontaktpflege gilt § 16 Abs. 3 dieser Zuständigkeitsordnung entsprechend.	

laufende Kontaktpflege gilt § 16 Abs. 3 dieser Zuständigkeitsordnung entsprechend. (3) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit im Rahmen der Leitlinien über die Vereinsförderung in der Stadt Erkelenz vom 26. Juni 2002 über die Förderung der Vereine in der Stadt Erkelenz. Zur weitergehenden Unterstützung örtlicher Aktivitäten stehen für die Bezirksausschüsse 0,20 € pro Einwohner/in zum Stichtag 30.06. des Vorjahres zur freien Verfügung und Entscheidung bereit.	(3) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit im Rahmen der Leitlinien über die Vereinsförderung in der Stadt Erkelenz vom 26. Juni 2002 über die Förderung der Vereine in der Stadt Erkelenz. Zur weitergehenden Unterstützung örtlicher Aktivitäten stehen für die Bezirksausschüsse 0,20 € pro Einwohner/in zum Stichtag 30.06. des Vorjahres zur freien Verfügung und Entscheidung bereit.	
§ 14 **Partnerschaftskomitee** Das Partnerschaftskomitee entscheidet in eigener Zuständigkeit über Maßnahmen zur Pflege und Förderung der Städtepartnerschaften. Es verfügt über die im Rahmen des Haushaltsplanes durch den Hauptausschuss bereitgestellten Mittel. Die Verwendung der Mittel ist dem Hauptausschuss nachzuweisen.	**§ 14** **Partnerschaftskomitee** Das Partnerschaftskomitee entscheidet in eigener Zuständigkeit über Maßnahmen zur Pflege und Förderung der Städtepartnerschaften. Es verfügt über die im Rahmen des Haushaltsplanes durch den Hauptausschuss bereitgestellten Mittel. Die Verwendung der Mittel ist dem Hauptausschuss nachzuweisen.	*keine Änderung*
§ 15 **Generalklausel für alle Ausschüsse und Gremien** Alle Ausschüsse und Gremien sind ermächtigt, soweit das Gesetz dies zulässt,	**§ 15** **Generalklausel für alle Ausschüsse und Gremien** Alle Ausschüsse und Gremien sind ermächtigt, soweit das Gesetz dies zulässt, in	*keine Änderung*

in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidung dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zu übertragen.	Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidung dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zu übertragen.	
§ 16 **Bürgermeister/Bürgermeisterin** (1) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin besitzt gemäß den Regelungen der GO in Verbindung mit der Näheres regelnden Hauptsatzung die Personalkompetenz. (2) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin entscheidet a. in Geschäften der laufenden Verwaltung, sofern nicht der Rat sich oder einem Ausschuss im Einzelfall die Entscheidung vorbehält; der Bürgermeister/die Bürgermeisterin hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind, b. ob ein wichtiger Grund vorliegt, wenn eine ehrenamtliche Tätigkeit abgelehnt wird. (3) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin ist berechtigt, die/den Vorsitzende/n eines Bezirksausschusses in geeigneten Fällen mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.	**§ 16** **Bürgermeister/Bürgermeisterin** (1) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin besitzt gemäß den Regelungen der GO in Verbindung mit der Näheres regelnden Hauptsatzung die Personalkompetenz. (2) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin entscheidet a. in Geschäften der laufenden Verwaltung, sofern nicht der Rat sich oder einem Ausschuss im Einzelfall die Entscheidung vorbehält; der Bürgermeister/die Bürgermeisterin hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind, b. ob ein wichtiger Grund vorliegt, wenn eine ehrenamtliche Tätigkeit abgelehnt wird. (3) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin ist berechtigt, die/den Vorsitzende/n eines Bezirksausschusses in geeigneten Fällen mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.	*Änderungen in Absatz 4 bzw. Absatz 5*

(4) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin ist verpflichtet, bei Anschaffungen von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten von 25.000 € bis 50.000 € (jeweils zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer) den zuständigen Ausschuss zu unterrichten.	(4) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin entscheidet grundsätzlich in eigener Zuständigkeit über Auftragsvergaben, soweit die Zuständigkeit nicht auf einen Ausschuss übertragen ist. (5) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin berichtet dem Hauptausschuss in nichtöffentlicher Sitzung über a. erfolgte Auftragsvergaben von Baumaßnahmen mit einer Auftragssumme über 25.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer) b. erfolgte Auftragsvergaben bei Anschaffungen von Gegenständen des Anlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 25.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer)	
§ 17 **Rechtscharakter** Die Zuständigkeitsordnung beinhaltet die Abgrenzung von Zuständigkeiten auf der Grundlage eines einfachen Ratsbeschlusses. Sie ist kein Ortsrecht im Sinne des § 7 Abs. 1 GO.	**§ 17** **Rechtscharakter** Die Zuständigkeitsordnung beinhaltet die Abgrenzung von Zuständigkeiten auf der Grundlage eines einfachen Ratsbeschlusses. Sie ist kein Ortsrecht im Sinne des § 7 Abs. 1 GO.	*keine Änderung*

XXXXX = keine Änderungen XXXX = redaktionelle Änderungen vorgenommen XXXX = wurde angepasst

§ 18 **Inkrafttreten** Diese Zuständigkeitsordnung tritt mit dem 01. Juni 2014 in Kraft.	**§ 18** **Inkrafttreten** Diese Zuständigkeitsordnung tritt mit dem 01.01.2016 in Kraft.	*Inkrafttreten der neuen Zuständigkeitsordnung ab 01.01.2016*

Allgemeine Richtlinien

des Rates der Stadt Erkelenz über Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Bürgermeisters (Zuständigkeitsordnung) vom 16. Dezember 2015

Der Rat der Stadt Erkelenz hat aufgrund des § 11 Absatz 5 der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz am 16. Dezember 2015 die nachfolgenden Zuständigkeitsregeln beschlossen:

§ 1
Zuständigkeiten des Rates

(1) Der Rat der Stadt Erkelenz entscheidet insbesondere über

1. alle Angelegenheiten, die gemäß § 41 Abs. 1 GO nicht auf die Ausschüsse oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen werden können,
2. alle Angelegenheiten, die ihm nach den Gesetzen, der Hauptsatzung oder der Zuständigkeitsordnung vorbehalten sind,
3. alle Angelegenheiten, die er sich im Einzelfall vorbehält oder an sich zieht (Rückholrecht).

(2) Der Rat kann sich für einen bestimmten Kreis von Geschäften die Entscheidung vorbehalten.

(3) Der Rat kann jederzeit durch Beschluss zur Änderung dieser Zuständigkeitsordnung die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf einen Ausschuss, das Partnerschaftskomitee oder den Bürgermeister/die Bürgermeisterin rückgängig machen oder die Entscheidungsbefugnis einem anderen Gremium oder dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin übertragen.

(4) Der Rat kann mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder beschließen, dass über eine Angelegenheit der Stadt ein Bürgerentscheid stattfindet (Ratsbürgerentscheid).

§ 2
Allgemeine Zuständigkeiten der Ausschüsse

(1) Die dem Rat nach der GO, nach anderen gesetzlichen Vorschriften und nach der Zuständigkeitsordnung vorbehaltenen Aufgaben sollen in den fachlich zuständigen Ausschüssen vorberaten werden.

(2) In anderen Angelegenheiten entscheiden die vom Rat gebildeten Ausschüsse im Rahmen der Haushaltssatzung (Haushaltsplan) über Anträge und Vorlagen ihres Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Hauptsatzung bzw. der Zuständigkeitsordnung, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Aufgaben auf den Bürgermeister/die Bürgermeisterin übertragen sind.

§ 3
Hauptausschuss

(1) Der Hauptausschuss hat die Arbeit aller Ausschüsse aufeinander abzustimmen. Er entscheidet auch in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist (§ 60 Abs. 1 GO).

(2) Der Hauptausschuss trifft in eigener Zuständigkeit die für die Ausführung des Haushaltsplanes erforderlichen Entscheidungen, soweit hierfür nicht der Rat, andere Ausschüsse und Gremien oder der Bürgermeister/die Bürgermeisterin zuständig sind; er nimmt alle Aufgaben wahr, die weder dem Rat vorbehalten, noch anderen Ausschüssen und Gremien oder dem Bürgermeister oder der Bürgermeisterin übertragen, noch Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.

(3) Der Hauptausschuss entscheidet im Rahmen der vom Rat festgelegten allgemeinen Richtlinien über die Planung der Verwaltungsaufgaben von besonderer Bedeutung.

(4) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über die Anschaffung von Gegenständen des beweglichem Anlagevermögen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 50.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer), soweit die Angelegenheit nicht einem Ausschuss übertragen worden ist.

(5) Der Hauptausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über
a. die Angelegenheiten der Stadt als Oberste Dienstbehörde,
b. auf Vorschlag der Bezirksausschüsse über die Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen,
c. die Genehmigung von Verträgen, soweit nicht der Rat oder Bürgermeister/Bürgermeisterin zuständig ist,
d. die Bewilligung von finanziellen Zuwendungen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt oder die Entscheidung einem Fachausschuss oder dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin übertragen ist,
e. die Annahme von Schenkungen,
f. den Erlass und die Stundung von Geldforderungen, soweit nicht der Bürgermeister bzw. die Bürgermeisterin zuständig ist,
g. die Wahl der Schiedspersonen und deren Stellvertreter/Stellvertreterinnen sowie die Einteilung der Schiedsamtsbezirke,
h. die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt,
i. die Veräußerung, den Erwerb und die Belastung von Immobilien, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt und die Entscheidung dem Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin übertragen ist.

(6) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen.

(7) Der Hauptausschuss ist für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO zuständig.

(8) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs, die ihm besonders bedeutungsvoll erscheinen, an den Rat zur Entscheidung abgeben.

(9) Der Hauptausschuss kann Angelegenheiten seines Aufgabenbereichs dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zur Entscheidung übertragen.

§ 4
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe

(1) Der Ausschuss entscheidet empfehlend über Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung.

(2) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über
a. Angelegenheiten der Stadtentwicklung, Bauleitplanung, Verkehrsentwicklungsplanung und Braunkohlenplanung, soweit verfahrensleitende und verfahrensabschließende Beschlüsse dem Rat nicht vorbehalten sind,
b. über die Vergabe von Aufträgen für Ingenieurleistungen ab einer Auftragssumme von 50.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

(3) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über
a. die Planung und die Durchführung der vom Rat im Rahmen der Haushaltssatzung veranschlagten und verabschiedeten städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, einschließlich der Baumaßnahmen auf dem Gebiet des Garten- und Friedhofswesens sowie im Bereich Spiel und Sport,
b. wald- und forstwirtschaftliche Maßnahmen für stadteigene Waldflächen,
c. Angelegenheiten des städtischen Abwasserbetriebes und der Wasserläufe,
d. Angelegenheiten der Wasser- und Energieversorgung sowie der Straßenbeleuchtung,
e. Anschaffung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens für den Baubetriebshof mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 50.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

(4) Der Ausschuss berät empfehlend über die Aufgaben nach dem Denkmalschutzgesetz.

(5) Der Ausschuss ist für die Beratung und Beschlussfassung gemäß den jeweiligen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW und aufgrund der Betriebssatzung zuständig.

(6) Der Ausschuss berät und empfiehlt dem Hauptausschuss in Angelegenheiten, in denen er keine eigene Entscheidungszuständigkeit nach dieser Zuständigkeitsordnung besitzt

§ 5
Schulausschuss

Der Ausschuss berät und entscheidet empfehlend in dem sich durch die Vorschriften des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen ergebenden Aufgabenbereich – äußere Schulangelegenheiten.

Hierzu gehören insbesondere:

a. Bereitstellung von Schulanlagen und Schulgebäuden (§ 79),
b. Schulentwicklungsplanung (§ 80),
c. Errichtung, Änderung und Auflösung von Schulen (§ 81),
d. organisatorischer Zusammenschluss von Schulen (§ 83),
e. Festlegung des Schuleinzugsbereiches der Förderschule (§ 84),
f. Entsendung von Vertretern in die Schulkonferenz zur Mitwirkung bei der Bestellung der Schulleitung (§ 61),
g. Einführung besonderer Bildungsangebote an den Schulen der Stadt Erkelenz.

§ 6
Braunkohlenausschuss

Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung über Braunkohleangelegenheiten an den Rat und den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe.

§ 7
Ausschuss für Demographieangelegenheiten, Umwelt und Soziales

(1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über Angelegenheiten der Integration.

(2) Der Ausschuss berät über städtische Satzungen der Notunterkünfte sowie der Übergangsheime.

(3) Der Ausschuss berät über Umwelt- und Abfallangelegenheiten sowie über Angelegenheiten der Straßenreinigung.

(4) Dem Ausschuss obliegt die Beratung und empfehlende Beschlussfassung an den Rat oder an den jeweilig zuständigen Fachausschuss über Angelegenheiten aus den Aufgabenbereichen

a. altersgerechtes Wohnen und Wohnumfeld,
b. altersgerechtes Freizeit-, Sport- und Kulturangebot.

§ 8
Ausschuss für Kultur und Sport

(1) Der Ausschuss entscheidet in eigener Zuständigkeit über das jährliche Kultur- und Theaterprogramm im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Haushaltsmittel.

(2) Der Ausschuss berät über die Gewährung von Zuwendungen nach den Richtlinien über die Förderung der Vereinsarbeit der Stadt Erkelenz sowie über die Bereitstellung von Kultur- und Sportanlagen.

§ 9
Jugendhilfeausschuss

(1) Nach § 71 SGB VIII hat der Jugendhilfeausschuss Beschlussrecht u.a. in Angelegenheiten der Jugendhilfe im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft erlassenen Satzung.

(2) Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit den Aufgaben der Jugendhilfe. Er beschließt im Rahmen der vom Rat bereitgestellten Mittel der erlassenen Satzung und der vom Rat gefassten Beschlüsse über die Angelegenheiten der Jugendhilfe. Er soll vor jeder Beschlussfassung des Rates in Fragen der Jugendhilfe gehört werden. Er hat das Recht, an den Rat Anträge zu stellen.

(3) Der Jugendhilfeausschuss hat vor allem folgende Aufgaben:

1. Die Aufstellung von Richtlinien und Grundsätzen für
a) die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen der Jugendhilfe,
b) die Festsetzung der Leistungen oder die Hilfe zur Erziehung, soweit diese nicht durch Landesrecht geregelt werden.

2. Die Entscheidung über
a) die Förderung der Träger der freien Jugendhilfe,
b) die öffentliche Anerkennung nach § 75 SGB VIII in Verbindung mit § 25 AG-KJHG,
c) den Bedarfsplan für Tageseinrichtungen für Kinder (gemäß § 19 Abs. 3 KiBiz), sowie die Ausgestaltung des Förderangebotes in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege (§§ 22 ff. SGB VIII),
d) die grundsätzliche Verwendung der Zuschüsse gem. §§ 20 – 24 KiBiz, soweit sie nicht zwingend gesetzlich vorgeschrieben sind,
e) die Aufstellung von Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen,
f) die Auswahl der freien Träger der Jugendhilfe, die an den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII beteiligt werden.

3. Die Vorberatung des Haushaltes für den Bereich der Jugendhilfe.

4. Anhörung vor der Berufung der Leiterin bzw. des Leiters der Verwaltung des Jugendamtes.

§ 10
Personalausschuss

(1) Der Personalausschuss hat folgende Aufgaben:
   a. Vorberatung des Stellenplans,
   b. Vorberatung der Personalkosten für den Haushalt,
   c. Entscheidung über die Art der Stellenausschreibungen bei Besetzung von Stellen im Sinne des § 73 Abs. 3 GO

(2) Der Personalausschuss wird regelmäßig informiert über:
   a. frei werdende oder frei gewordene Stellen,
   b. Veränderungen im Stellenbesetzplan bezogen auf den Stichtag 30.06. jeden Jahres (Soll-Ist-Vergleich),
   c. Übersicht über die Entwicklung der Personalkosten sowie personelle Veränderungen zum Stichtag 30.06. Die Information erfolgt in der ersten Sitzung einer Wahlperiode, danach in der ersten Sitzung nach dem 30.06. jeden Jahres.

§ 11
Rechnungsprüfungsausschuss

Der Ausschuss nimmt die ihm durch Gesetz oder durch den Rat allgemein oder im Einzelfall übertragenen Aufgaben wahr.

§ 12
Wahlprüfungsausschuss

Dem Ausschuss obliegt aufgrund § 40 Kommunalwahlgesetz die Vorprüfung über die Einsprüche sowie über die Gültigkeit der Kommunalwahlen, und zwar empfehlend an den Rat.

§ 13
Bezirksausschüsse

(1) Die Bezirksausschüsse haben die im § 37 Abs. 5 GO bezeichneten Aufgaben. Das bedeutet insbesondere ein Anhörungs- und Anregungsrecht in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Stadtbezirk berühren, insbesondere Planungs- und Investitionsvorhaben sowie Bebauungspläne für den Stadtbezirk. Auch können die Bezirksausschüsse zu allen den Stadtbezirk betreffenden Angelegenheiten Vorschläge und Anregungen machen. Dies bezieht sich vor allem auf die Aufgaben nach § 37 Abs. 1 Buchstaben a bis f GO. Dabei haben die Bezirksausschüsse sich am Haushaltsplan zu orientieren.

(2) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit über die Begründung und die Ausgestaltung einer möglichen ihren Stadtbezirk betreffenden Stadtteilfreundschaft. Für die Förderung und die Unterhaltung dieser Stadtteilfreundschaft kann der zuständige Bezirksausschuss in eigener Zuständigkeit Zuschüsse gewähren; die hierfür notwendigen Zuschussmittel sind Bestandteil der dem jeweiligen Bezirksausschuss von Rat und Hauptausschuss zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel nach Absatz 3. Die entsprechenden Stadtteilfreundschaftsverträge sind vom Rat zu beschließen. Die

Stadtteilfreundschaftsverträge sind vom hauptamtlichen Bürgermeister/von der hauptamtlichen Bürgermeisterin, vom/von der Bezirksausschussvorsitzenden sowie vom/von der stellvertretenden Bezirksausschussvorsitzenden zu unterzeichnen. Für die Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen im Stadtbezirk und im jeweiligen Partnerort sowie für die laufende Kontaktpflege gilt § 16 Abs. 3 dieser Zuständigkeitsordnung entsprechend.

(3) Die Bezirksausschüsse entscheiden in eigener Zuständigkeit im Rahmen der Leitlinien über die Vereinsförderung in der Stadt Erkelenz vom 26. Juni 2002 über die Förderung der Vereine in der Stadt Erkelenz. Zur weitergehenden Unterstützung örtlicher Aktivitäten stehen für die Bezirksausschüsse 0,20 € pro Einwohner/in zum Stichtag 30.06. des Vorjahres zur freien Verfügung und Entscheidung bereit.

§ 14
Partnerschaftskomitee

Das Partnerschaftskomitee entscheidet in eigener Zuständigkeit über Maßnahmen zur Pflege und Förderung der Städtepartnerschaften. Es verfügt über die im Rahmen des Haushaltsplanes durch den Hauptausschuss bereitgestellten Mittel. Die Verwendung der Mittel ist dem Hauptausschuss nachzuweisen.

§ 15
Generalklausel für alle Ausschüsse und Gremien

Alle Ausschüsse und Gremien sind ermächtigt, soweit das Gesetz dies zulässt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidung dem Bürgermeister/der Bürgermeisterin zu übertragen.

§ 16
Bürgermeister/Bürgermeisterin

(1) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin besitzt gemäß den Regelungen der GO in Verbindung mit der Näheres regelnden Hauptsatzung die Personalkompetenz.

(2) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin entscheidet

a. in Geschäften der laufenden Verwaltung, sofern nicht der Rat sich oder einem Ausschuss im Einzelfall die Entscheidung vorbehält; der Bürgermeister/die Bürgermeisterin hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind,
b. ob ein wichtiger Grund vorliegt, wenn eine ehrenamtliche Tätigkeit abgelehnt wird.

(3) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin ist berechtigt, die/den Vorsitzende/n eines Bezirksausschusses in geeigneten Fällen mit der Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben und Verpflichtungen zu beauftragen.

(4) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin entscheidet grundsätzlich in eigener Zuständigkeit über Auftragsvergaben, soweit die Zuständigkeit nicht auf einen Ausschuss übertragen ist.

(5) Der Bürgermeister/die Bürgermeisterin berichtet dem Hauptausschuss in nichtöffentlicher Sitzung über

a. erfolgte Auftragsvergaben von Baumaßnahmen mit einer Auftragssumme über 25.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer),

b. erfolgte Auftragsvergaben bei Anschaffungen von Gegenständen des Anlagevermögens mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über 25.000 Euro (zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer).

§ 17
Rechtscharakter

Die Zuständigkeitsordnung beinhaltet die Abgrenzung von Zuständigkeiten auf der Grundlage eines einfachen Ratsbeschlusses. Sie ist kein Ortsrecht im Sinne des § 7 Abs. 1 GO.

§ 18
Inkrafttreten

Diese Zuständigkeitsordnung tritt mit dem 01. Januar 2016 in Kraft.

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/310/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Haupt- und Personalamt	Datum: 25.11.2015 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW:

Bestimmung von Ratsmitgliedern der Fraktionen zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung am 26.11.2015

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Auf die Sachverhaltsdarstellung in der als Anlage beigefügten Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW vom 20.11.2015 wird verwiesen.

Die Dringlichkeitsentscheidung wird hiermit dem Rat der Stadt Erkelenz zur Zustimmung vorgelegt.

Beschlussentwurf:
„Dem nachfolgend aufgeführten Dringlichkeitsbeschluss vom 20.11.2015 gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW wird zugestimmt:

Für die Einwohnerversammlung am 26.11.2015 bestimmt der Rat gemäß § 8 Abs.3 der Hauptsatzung zur Teilnahme an der Erörterung mit den Einwohnerinnen und Einwohnern nachfolgende aufgeführte Ratsmitglieder aller Fraktionen:

Fraktion	*Mitglied*	*stv. Mitglied(er)*
CDU-Fraktion	RH Steingießer	---
SPD-Fraktion	RH Dieter Spalink	RH Kehren RH Rogowsky
B90/Die Grünen-Fraktion	RF Schirrmeister-Heinen	RH Wendt
FDP-Fraktion	RH Krahe	---
Bürgerpartei-Fraktion	RH Frings	---
FW-UWG-Fraktion	RH Moll	---“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW vom 20.11.2015

Stadt Erkelenz
Der Bürgermeister
Az. 10 23 02

Dringlichkeitsentscheidung
(gemäß § 60 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW)

über die Bestimmung von Ratsmitgliedern der im Rat der Stadt Erkelenz vertretenen Fraktionen zur Teilnahme an der Einwohnerversammlung am 26.11.2015 zu den Planungen zur Neugestaltung der Bahnhofsumgebung durch die Verlegung der Eisenbahnkreuzung Anton-Raky-Allee / Mühlenstraße

I. Tatbestand

Der Rat der Stadt Erkelenz hat in seiner Sitzung am 16.09.2015 beschlossen, eine Einwohnerversammlung zu den Planungen zur Neugestaltung der Bahnhofsumgebung durch Verlegung der Eisenbahnkreuzung Anton-Raky-Allee / Mühlenstraße durchzuführen.

Das Verfahren zur Durchführung von Einwohnerversammlung ist in § 8 der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz geregelt.
Der Bürgermeister hat den Termin der Einwohnerversammlung auf Donnerstag, 26.11.2015, 19:00 Uhr, festgesetzt. Zeit und Ort der Versammlung wurden im Amtsblatt der Stadt Erkelenz am 13.11.2015 bekannt gemacht, die Presse wurde informiert und ein Hinweis auf die Einwohnerversammlung ist auf der städtischen Internetseite hinterlegt worden.
Nach Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohnern über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens, haben diese Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und dem Bürgermeister zu erörtern.

Die im Rat der Stadt Erkelenz vertretenen Fraktionen haben folgende Mitglieder zur Teilnahme an der Erörterung mit den Einwohnerinnen und Einwohnern gemeldet:

Fraktion	*Mitglied*	*stv. Mitglied(er)*
CDU-Fraktion	RH Steingießer	---
SPD-Fraktion	RH Dieter Spalink	RH Kehren RH Rogowsky
B90/Die Grünen-Fraktion	RF Schirrmeister-Heinen	RH Wendt
FDP-Fraktion	RH Krahe	---
Bürgerpartei-Fraktion	RH Frings	---
FW-UWG-Fraktion	RH Moll	---

Aufgrund der Jahresterminplanung findet bis zur Einwohnerversammlung keine planmäßige Hauptausschuss- bzw. Ratssitzung statt. Der Beschluss über die Bestimmung der Ratsmitglieder der Fraktionen, die an der Einwohnerversammlung teilnehmen, soll im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung erfolgen.

II. Rechtliche Würdigung

Zuständig für die Beschlussfassung über die Bestimmung der Ratsmitglieder der Fraktionen, die an der Einwohnerversammlung teilnehmen ist der Rat (§ 8 Abs. 3 der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz).

Gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW entscheidet der Hauptausschuss in Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Rates unterliegen, falls eine Einberufung des Rates nicht rechtzeitig möglich ist. Wenn eine Einberufung des Hauptausschusses nicht rechtzeitig möglich ist, entscheidet der Bürgermeister – im Falle seiner Verhinderung der allgemeine Vertreter – mit einem Ratsmitglied. Diese Entscheidungen sind dem Rat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.

III. Dringlichkeitsentscheidung

Gemäß § 60 Absatz 1 GO NRW wird folgender Dringlichkeitsbeschluss gefasst:

Für die Einwohnerversammlung am 26.11.2015 bestimmt der Rat gemäß § 8 Abs.3 der Hauptsatzung zur Teilnahme an der Erörterung mit den Einwohnerinnen und Einwohnern nachfolgende aufgeführte Ratsmitglieder aller Fraktionen:

Fraktion	*Mitglied*	*stv. Mitglied(er)*
CDU-Fraktion	RH Steingießer	---
SPD-Fraktion	RH Dieter Spalink	RH Kehren RH Rogowsky
B90/Die Grünen-Fraktion	RF Schirrmeister-Heinen	RH Wendt
FDP-Fraktion	RH Krahe	---
Bürgerpartei-Fraktion	RH Frings	---
FW-UWG-Fraktion	RH Moll	---

Erkelenz, den 20. November 2015

Peter Jansen
Bürgermeister

Rainer Merkens
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Rainer Rogowsky
Vorsitzender der SPD-Fraktion

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 10/311/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Haupt- und Personalamt	Datum: 04.12.2015 Verfasser: Amt 10 Simon Häusler

Antrag auf Nutzung des Stadtlogos

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Mit Schreiben vom 19.11.2015 beantragt Herr Bernhard Steffens (REWE-Supermarkt Steffens OHG, Paul-Rüttchen-Str. 19, Erkelenz) die Verwendung des Erkelenzer Stadtlogos. Herr Steffens beabsichtigt Einkauftaschen mit dem Erkelenzer Stadtlogo auf der einen Seite und auf der anderen Seite mit „REWE-Center Erkelenz“ zu bedrucken.

Herr Steffens hat auf Rückfrage mitgeteilt, dass die Einkaufstaschen aus Polypropylen (PP) - anteilig mit Recycling-PP - bestehen sollen. Für die nächste Lieferung seien Taschen aus 100 %-Recycling-PP vorgesehen.

Zuständig für den Beschluss über die Genehmigung oder die Versagung einer Verwendung des Stadtwappens ist nach § 2 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Erkelenz der Rat. Gemäß § 4 Abs. 2 der Richtlinie für die Erteilung der Genehmigung zur Verwendung des Stadtwappens der Stadt Erkelenz findet für die Erteilung der Genehmigung zur Verwendung des Stadtlogos diese Richtlinie, insbesondere der § 5 (Genehmigungsvoraussetzungen), mit der Maßgabe Anwendung, dass der Bürgermeister im Einvernehmen mit dem Rat die Genehmigung erteilt.

Gemäß § 5 Abs. 5 der Richtlinie soll die Genehmigung zur Verwendung nur erteilt werden, soweit damit für die Stadt ein Werbeeffekt über ihre Grenzen hinaus verbunden ist.
Herrn Steffens ist bereits im Jahr 2013 die Genehmigung zur Verwendung des Stadtwappens zur Herstellung von Etiketten für eine Sekteigenmarke, die unter den Namen „Altes Rathaus zu Erkelenz“ abgefüllt und im eigenen Geschäft vertrieben wird, erteilt worden.

Die Verwaltung empfiehlt dem Antrag unter nachfolgender Auflage zu folgen: Für die Einkaufstaschen ist 100 % Recycling-Material zu verwenden. Alternativ können zur Herstellung der Einkaufstaschen auch nachwachsende Rohstoffe genutzt werden.

Beschlussentwurf:
„1. Dem Antrag von REWE-Supermarkt Steffens OHG, Paul-Rüttchen-Str. 19, Erkelenz, zur Nutzung des Erkelenzer Stadtlogos für das Bedrucken von Einkaufstaschen wird hiermit entsprochen. Die Genehmigung wird unter Widerrufsvorbehalt erteilt.

2. Für die Einkaufstaschen ist 100 % Recycling-Material zu verwenden. Alternativ können zur Herstellung der Einkaufstaschen auch nachwachsende Rohstoffe genutzt werden."

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Vorlage-Nr: A 20/330/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.12.2015 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Veräußerung der kommunalen Beteiligungen an der Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co.KG – Black GEKKO-Projekt - als Ausfluss aus der mittelbaren Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH, zugleich als dringliche Entscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg sowie die Gemeinde Niederkrüchten) zu insgesamt 16,66 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die Kommunalholding wiederum hält 60,05 % an der NEW AG.

Die NEW AG ist seit 2008 mit 0,98 % an der Gemeinschaftswerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH) beteiligt. Hieraus resultiert ein prozentualer Anteil der KWH an der GSH von insgesamt 0,098042434 %, was wiederum zu einer mittelbaren Beteiligung der Stadt Erkelenz an der GSH von rund 0,00404% führt.

Trotz dieser minimalen Beteiligung ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, u. a. bei einer beabsichtigten Veräußerung, wie im vorliegenden Fall:

Die GSH, an der neben der NEW AG die RWE Generation SE („RWEG“) und 22 weitere Stadtwerke beteiligt sind, soll am Standort Hamm ein hocheffizientes Steilkohle-Doppelblockkraftwerk mit einer Gesamtleistung von rund 1.600 MW und einem elektrischen Wirkungsgrad von rund 46 % errichten und betreiben („Projekt GEKKO“).

Während der Errichtung des Kraftwerks kam es zu einer Vielzahl von Baumängeln, die die Inbetriebnahme der beiden Kraftwerksblöcke immer wieder verzögerten.Darüber hinaus hat die Marktentwicklung der letzten Jahre die Wirtschaftlichkeit des Pro-

jektes GEKKO erheblich belastet. Vor diesem Hintergrund haben die an der GSH beteiligten Stadtwerke vor ca. einem Jahr intensive Gespräche mit RWEG über einen Ausstieg der Stadtwerke aus dem Projekt GEKKO aufgenommen, die inzwischen abgeschlossen sind. RWEG ist bereit, die Kommanditanteile der an der GSH beteiligten Stadtwerke zum 31.12.2015 zu erwerben und so die Beendigung der gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen der Stadtwerke an der GSH zu ermöglichen.

Die Stadtwerke können unabhängig voneinander zwischen zwei Ausstiegsoptionen wählen. Voraussetzung ist jedoch die Teilnahme aller Stadtwerke am Ausstieg mit den entsprechenden Gremienbeschlüssen. Beide Optionen sehen vor, die Beteiligung zum 31.12.2015 zu beenden und die Anteile an der GSH an RWEG zu veräußern. Darüber hinaus sollen die bestehenden Stromlieferungsverträge gegen eine Abgeltungszahlung entweder anteilig (Option A) oder vollständig (Option B) zum 31.12.2015 aufgehoben werden. Die Stadtwerke, die Option B wählen, beenden ihre Geschäftsbeziehungen vollständig zum 31.12.2015. Die NEW AG beabsichtigt, Option B auszuwählen.

Die Regelung in § 41 Abs. 1 Buchstabe k) GO NRW bestimmt, dass der Rat die Entscheidung der teilweisen oder vollständigen Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigung des privaten Rechts nicht übertragen kann. Dies gilt auch für Kleinstbeteiligungen, da die GO NRW hier keine Bagatellgrenze vorsieht. Eine Ratsentscheidung über die anstehende Veräußerung der mittelbaren Gesellschaftsanteile ist somit erforderlich.

Soweit eine rechtzeitige Einberufung des Rates nicht möglich ist, sieht § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die Möglichkeit vor, dass der Hauptausschuss an Stelle des Rates die Entscheidung treffen kann. Dies war auch ursprünglich so vorgesehen. Aufgrund der noch notwendigen Abstimmung der NEW AG mit der Bezirksregierung, haben die bei der NEW AG handelnden Personen kurzfristig darum gebeten, einen vorzeitigen Beschluss zu erwirken, damit das Anzeigeverfahren und somit die Abstimmung mit der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO NRW termingerecht vorgelegt werden kann. Die Bezirksregierung hat zur Vorlage der Beschlüsse der einzelnen Gesellschafter sowie zur letztendlichen Abstimmung eine Frist bis zum 14. Dezember 2015 gesetzt. Die nächste Ratssitzung ist jedoch erst für den 16.12.2015 terminiert. Selbst ein Beschluss als dringliche Entscheidung nach § 60 Abs. 1, Satz 1 GO NRW könnte dadurch dazu führen, dass nicht alle Details bis zum 14. Dezember 2015 abgeklärt werden könnten und der Verkauf dadurch gefährdet werden würde. Die Voraussetzungen für eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1, Satz 2 GO NRW liegen somit vor. Eine solche Dringlichkeitsentscheidung wurde am 01.12.2015 getroffen (siehe Anlage).

Diese Dringlichkeitsentscheidung ist dem Rat zur Genehmigung vorzulegen.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die nachfolgend aufgeführte Dringlichkeitsentscheidung vom 01. Dezember 2015 wird gem. § 60 Abs. 1 GO NRW genehmigt:

„Der Veräußerung der Kommanditanteile der NEW AG an der GSH an die RWEG unter Auswahl der Option B wird zugestimmt.“.“

Finanzielle Auswirkungen:
Unmittelbar keine.

Anlage:
Kopie der Dringlichkeitsentscheidung

Stadt Erkelenz
Der Bürgermeister
Az. 20 22 10

Erkelenz, den 01. Dezember 2015

Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 Abs. 1, Satz 2 GO NRW

Veräußerung der kommunalen Beteiligungen an der Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co.KG – Black GEKKO-Projekt - als Ausfluss aus der mittelbaren Beteiligung über die Kreiswerke Heinsberg GmbH

I. Tatbestand:

Durch die Einbindung der Kreiswerke Heinsberg GmbH (KWH) in das NEW Holding-Modell zum 01.01.2015 sind die Gesellschafter der KWH (Kreis Heinsberg, kreisangehörige Kommunen des Kreises Heinsberg sowie die Gemeinde Niederkrüchten) zu insgesamt 16,66 % an der NEW Kommunalholding GmbH beteiligt. Die Kommunalholding wiederum hält 60,05 % an der NEW AG.

Die NEW AG ist seit 2008 mit 0,98 % an der Gemeinschaftswerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG (GSH) beteiligt. Hieraus resultiert ein prozentualer Anteil der KWH an der GSH von insgesamt 0,098042434 %, was wiederum zu einer mittelbaren Beteiligung der Stadt Erkelenz an der GSH von rund 0,00404% führt.

Trotz dieser minimalen Beteiligung ergeben sich hieraus weitere Konsequenzen, u.a. bei einer beabsichtigten Veräußerung, wie im vorliegenden Fall:

Die GSH, an der neben der NEW AG die RWE Generation SE („RWEG“) und 22 weitere Stadtwerke beteiligt sind, soll am Standort Hamm ein hocheffizientes Steilkohle-Doppelblockkraftwerk mit einer Gesamtleistung von rund 1.600 MW und einem elektrischen Wirkungsgrad von rund 46 % errichten und betreiben („Projekt GEKKO“).

Während der Errichtung des Kraftwerks kam es zu einer Vielzahl von Baumängeln, die die Inbetriebnahme der beiden Kraftwerksblöcke immer wieder verzögerten. Darüber hinaus hat die Marktentwicklung der letzten Jahre die Wirtschaftlichkeit des Projektes GEKKO erheblich belastet. Vor diesem Hintergrund haben die an der GSH beteiligten Stadtwerke vor ca. einem Jahr intensive Gespräche mit RWEG über einen Ausstieg der Stadtwerke aus dem Projekt GEKKO aufgenommen, die inzwischen abgeschlossen sind. RWEG ist bereit, die Kommanditanteile der an der GSH beteiligten Stadtwerke zum 31.12.2015 zu erwerben und so die Beendigung der gesellschaftsrechtlichen Beteiligungen der Stadtwerke an der GSH zu ermöglichen.

Die Stadtwerke können unabhängig voneinander zwischen zwei Ausstiegsoptionen wählen. Voraussetzung ist jedoch die Teilnahme aller Stadtwerke am Ausstieg mit den entsprechenden Gremienbeschlüssen. Beide Optionen sehen vor, die Beteiligung zum 31.12.2015 zu beenden und die Anteile an der GSH an RWEG zu veräußern. Darüber hinaus sollen die bestehenden Stromlieferungsverträge gegen eine Abgeltungszahlung entweder anteilig (Option A) oder vollständig (Option B) zum 31.12.2015 aufgehoben werden. Die Stadtwerke, die Option B wählen, beenden ihre

Geschäftsbeziehungen vollständig zum 31.12.2015. Die NEW AG beabsichtigt, Option B auszuwählen.

II. Rechtliche Würdigung

Zuständig für die Beschlussfassung über die Entscheidung der teilweisen oder vollständigen Veräußerung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft oder anderen Vereinigung des privaten Rechts ist nach § 41 Abs. 1 Buchstabe k) GO NRW der Rat. Dies gilt auch für Kleinstbeteiligungen, da die GO NRW hier keine Bagatellgrenze vorsieht. Eine Ratsentscheidung über die anstehende Veräußerung der mittelbaren Gesellschaftsanteile ist somit erforderlich.

Soweit eine rechtzeitige Einberufung des Rates nicht möglich ist, sieht § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW die Möglichkeit vor, dass der Hauptausschuss an Stelle des Rates die Entscheidung treffen kann. Dies war auch ursprünglich so vorgesehen. Aufgrund der noch notwendigen Abstimmung der NEW AG mit der Bezirksregierung, haben die bei der NEW AG handelnden Personen kurzfristig darum gebeten, einen vorzeitigen Beschluss zu bewirken, damit das Anzeigeverfahren und somit die Abstimmung mit der Bezirksregierung im Rahmen des Anzeigeverfahrens nach § 115 GO NRW termingerecht vorgelegt werden kann. Die Bezirksregierung hat zur Vorlage der Beschlüsse der einzelnen Gesellschafter sowie zur letztendlichen Abstimmung eine Frist bis zum 14. Dezember 2015 gesetzt. Die nächste Ratssitzung ist jedoch erst für den 16.12.2015 terminiert. Selbst ein Beschluss als dringliche Entscheidung nach § 60 Abs. 1, Satz 1 GO NRW könnte dazu führen, dass nicht alle Details bis zum 14. Dezember 2015 abgeklärt werden könnten und der Verkauf dadurch gefährdet werden würde. Die Voraussetzungen für eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 1 GO NRW liegen somit vor.

III. Dringlichkeitsentscheidung

„ Der Veräußerung der Kommanditanteile der NEW AG an der GSH an die RWEG unter Auswahl der Option B wird zugestimmt."

Peter Jansen
Bürgermeister

Rainer Merkens
Ratsmitglied

Werner Krahe
Ratsmitglied

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Rechts- und Ordnungsamt	Vorlage-Nr: A 30/178/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.10.2015 Verfasser: Amt 30 Leo Lenzen-Polmans

Entscheidung über den Erlass einer Allgemeinverfügung zur Gefahrenabwehr "Glasverbot auf dem Johannismarkt am Altweiberdonnerstag 2016"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
29.10.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Seit 2012 hat der Rat der Stadt jährlich ein Glasverbot am Altweiberdonnerstag mittels Allgemeinverfügung aussprechen lassen, um den Gefahren, die sich früher im Rahmen des Straßenkarnevals im Bereich des Johannismarktes aufgrund des unsachgemäßen Gebrauchs von Getränkeglasbehältnissen durch die dort Feiernden gezeigt hatten, entgegenzuwirken.
Zwar war bisher am Folgetag festzustellen, dass einzelne Feiernde trotz Verbot und Kontrollen an den Zugängen zum Johannismarkt anscheinend immer noch Möglichkeiten gefunden hatten, Glasbehältnisse in die Verbotszone zu schmuggeln. Doch ist insbesondere für die vergangenen beiden Jahre auch festzustellen, dass sich die überwiegenden Teilnehmer an dem Geschehen auf dem Johannismarkt auf das „Feiern ohne Glas“ eingelassen haben.
Nicht nachgelassen hat der negative Eindruck, dass mit zunehmendem Alkoholkonsum auch Hemmungen abnehmen und das Aggressionsverhalten einiger Feiernder untereinander, aber auch gegenüber den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen der Stadt Erkelenz, die zur Durchsetzung des Glasverbotes eingesetzt sind, zunimmt. Diesem Phänomen wird jedoch mit den bisher zur Verfügung stehenden Mitteln kaum entgegen gewirkt werden können.

Die Verwaltung bittet zu entscheiden, ob für den Altweibertag 2016 ein Glasverbot für den Johannismarkt durch Erlass einer Allgemeinverfügung ausgesprochen und auch überwacht werden soll oder ob probeweise auf eine Überwachung und Kontrolle verzichtet werden soll, um zu schauen, ob sich die Feiernden in Kenntnis um die in der Vergangenheit praktizierten Kontrollmaßnahmen allein durch das öffentlich bekannt gemachte grundsätzliche Verbot, dazu bewegen lassen, dieses einzuhalten.

Im Falle der Überwachung und Kontrolle des Verbotes würden wieder für die Dauer des Treibens die beiden Zugänge von der Burgstraße und von Hülsersgässchen her wieder mit Bauzäunen abgesperrt werden. Der Zu- und Abgang wäre in dieser Zeit nur via die Glas-Kontrollstellen an den drei Zugängen von der Brückstraße, von der Kirchstraße und von der Gasthausstraße her möglich. An allen fünf vorgenannten Stellen würden Mitarbeiter/-innen der Verwaltung postiert werden.

Die Aufgaben über die gesamte Veranstaltungsdauer können jedoch nicht allein mit der Personalstärke des Ordnungsamtes bewältigt werden. Die Deckung des hierfür erforderlichen Gesamtpersonalbedarfes ist abhängig davon, ob sich aus dem Kreise der sonstigen Verwaltung genügend Freiwillige melden, die selbst nicht am Karnevalstreiben teilnehmen wollen.
Zusätzlich wird eine ausreichende Zahl privater Sicherheitskräfte zur Unterstützung aber insbesondere zum Schutz der eingesetzten Verwaltungsmitarbeiter/-innen zu beauftragen sein. Abhängig von der Zahl der anzufordernden Sicherheitskräfte und deren Einsatzdauer belaufen sich die Kosten hierfür auf ca. 1.500,00 bis 2.400,00 €.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die Verwaltung wird beauftragt, für den Altweiberdonnerstag 2016 für den Bereich des Johannismarktes ein Glasverbot in Form einer Allgemeinverfügung analog der des Jahres 2015 zu erlassen und dieses im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu überwachen und durchzusetzen."

Finanzielle Auswirkungen: ca. 2.500,00 bis 3.500,00 Euro
(Personal- und Sachkosten für zwei Toilettenwagen, Kosten für den Einsatz von Mitarbeitern eines gewerbliches Sicherheitsunternehmens (abhängig von der erforderlichen Personenzahl und Einsatzzeit), Ausgleich/Vergütung von Mehrarbeit sowie Sachkosten für die Verwaltungsmitarbeiter/innen, soweit diese sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellen (bisher i.d.R. ca. 20 – 25 Personen).

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 30/179/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Rechts- und Ordnungsamt	Datum: 12.11.2015 Verfasser: Amt 30 Wolfgang Linkens

Anschaffung eines neuen Löschgruppenfahrzeuges - Katastrophenschutz - für die Freiwillige Feuerwehr Erkelenz, Löschgruppe Hetzerath

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die Freiwillige Feuerwehr Erkelenz, Löschgruppe Hetzerath, ist im Besitz eines Löschgruppenfahrzeuges LF 16 TS (Tragkraftspritze 1600 l/Min.) aus dem Jahre 1989. Bei diesem Einsatzfahrzeug ist aufgrund des hohen Alters eine ständige Einsatzbereitschaft nicht mehr gewährleistet. Reparaturen in jüngster Vergangenheit haben gezeigt, dass die Ausfallzeiten immer länger werden.

Eine Ersatzbeschaffung ist daher unumgänglich.

Dieses Einsatzfahrzeug wurde seinerzeit als Katastrophenschutzfahrzeug des Bundes zur Verfügung gestellt. Von daher wurde dieses Einsatzfahrzeug auch bei mehreren überörtlichen Einsätzen aufgrund von Großschadensereignissen (Sturm, Wasser) eingesetzt. Nunmehr steht seit geraumer Zeit fest, dass der Bund für diese Katastrophenschutzfahrzeuge keine Ersatzbeschaffungen mehr vorgesehen hat. Die Ersatzbeschaffung hat über die jeweilige Kommune zu erfolgen.

Die Löschgruppe Hetzerath ist im Zug 2 der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz integriert und fährt jährlich ca. 50 – 60 Einsätze. Zurzeit versehen 24 aktive Mitglieder ihren ehrenamtlichen Dienst in der Löschgruppe Hetzerath.

11 Mitglieder besitzen die Fahrerlaubnis, Einsatzfahrzeuge über 7,5 t zu führen. Die Neubeschaffung soll aufgrund einer europaweiten Ausschreibung erfolgen. Die Auftragsvergabe wird an den wirtschaftlichsten Anbieter nach den Grundsätzen des Vergaberechts erteilt.
Die Auftragsvergabe erfolgt im Jahre 2016. Die Auslieferung des Fahrzeuges würde erst Anfang 2017 erfolgen, so dass auch dann erst der Kaufpreis fällig wird.

Die vorgenannte Ausschreibung wird von der Firma Feuerwehrfahrzeugberatung Lang aus Jülich begleitet. Herr Lang ist hauptberuflicher Feuerwehrmann bei der Berufsfeuerwehr Düsseldorf und dort Sachgebietsleiter für den Fachbereich Technik.

Bereits bei der Ausschreibung für die neue Drehleiter der Freiwilligen Erkelenz war Herr Lang für die Stadt Erkelenz tätig. Sein kompetentes Fachwissen und die mehrjährige Erfahrung kamen der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz bei der Anschaffung der Drehleiter sehr zugute.

Für die Lieferung dieses Einsatzfahrzeuges steht im investiven Haushalt 2016 unter Auftragssachkonto B 0215 7017 ein Betrag von 350.000,-- € als Verpflichtungsermächtigung zur Verfügung.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Für die Freiwillige Feuerwehr Erkelenz, Löschgruppe Hetzerath, ist die Anschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges Katastrophenschutz unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der notwendigen Verpflichtungsermächtigung im Haushalt des Jahres 2016 europaweit im offenen Verfahren auszuschreiben. Die Vergabe erfolgt an den wirtschaftlichsten Anbieter."

Finanzielle Auswirkungen:
Die Mittel zur Anschaffung des vorgenannten Einsatzfahrzeuges stehen unter dem Vorbehalt der Bereitstellung der notwendigen Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2016 unter Auftragssachkonto B 0215 7017 mit 350.000,-- € zur Verfügung.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Rechts- und Ordnungsamt	Vorlage-Nr: A 30/180/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 09.11.2015 Verfasser: Amt 30 Wolfgang Linkens

Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Nutzung der Realbrandausbildungsanlage der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Die Freiwillige Feuerwehr Erkelenz ist seit dem 01.09.2007 im Besitz einer feststoffbefeuerten Realbrandausbildungsanlage (Befeuerung mit Holzpaletten) in Form einer Wärmeerfahrungsanlage (kurz: WEA) für die Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern der Freiwilligen Feuerwehr Erkelenz.

Es besteht allerdings auch die Möglichkeit, dass externe Feuerwehren und Einrichtungen (Feuerwehrfachfirmen) die WEA der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz nutzen. Für diese Nutzung werden Gebühren erhoben.

Aufgrund dessen wurde am 16.04.2008 eine Gebührensatzung für die Nutzung der Wärmeerfahrungsanlage, seinerzeit als Wärmegewöhnungsanlage der Feuerwehr Erkelenz bezeichnet, erlassen.

Diese Satzung wurde nunmehr überarbeitet und die Gebühren (§ 6) den heutigen Standards angepasst. Es wurden nunmehr neue Ausbildungsmodule (1 – 4) festgelegt und hierfür die entsprechenden Gebühren festgesetzt. Bisher wurden lediglich für drei Modulausbildungen Gebühren erhoben.

Bei Modulausbildung 1 wurde bislang für fünf Unterrichtseinheiten (je 45 Minuten) ein Pauschalbetrag von 75 € erhoben. Bei der neuen Modulausbildung 1 wird die Gebühr für jede Unterrichtseinheit auf 35 € festgesetzt.

Bei der Modulausbildung 2 wurde in der bisherigen Satzung die Gebühr je Teilnehmer mit 70 € berücksichtigt. Es wird im neuen Satzungsentwurf hier keine personenbezogene Gebühr mehr erhoben, sondern ein Pauschalbetrag von 120 € (max. für

18 Teilnehmer), da dieser Ausbildungsabschnitt nun an einem Modell demonstriert wird.
Für die Modulausbildung 3 wird die bisherige Gebühr von 70 € / Teilnehmer auf 90 € / Teilnehmer angehoben.

Für die neue zusätzliche Modulausbildung 4 beträgt die Gebühr je Teilnehmer 90 €.

Ferner wurden im § 7 des neuen Satzungsentwurfs die Gebühren für die Gestellung eines wasserführenden Feuerwehrfahrzeuges von 110 € auf 125 € (je Stunde) erhöht.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Die dem Original der Niederschrift im Entwurf als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Nutzung der Realbrandausbildungsanlage der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz wird erlassen."

Finanzielle Auswirkungen:
Die Gebühreneinnahmen werden unter dem Produktsachkonto 02150004311000 verbucht.

Anlage:
Entwurf der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Nutzung der Realbrandausbildungsanlage der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz

Entwurf der Satzung

über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Nutzung der Realbrandausbildungsanlage der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz vom ……..

Präambel

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.05.2005 (GV NRW S. 498), - SGV NRW 2023 -, der §§ 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. August 1999 (GV NRW S. 524), geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 2002 (GV NRW 2003 S. 24), - SGV NRW 610 – hat der Rat der Stadt Erkelenz in seiner Sitzung am 16.12.2015 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Nutzung der Realbrandausbildungsanlage

Die Feuerwehr der Stadt Erkelenz ist seit dem 01.09.2007 im Besitz einer feststoffbefeuerten Realbrandausbildungsanlage in Form einer Wärmeerfahrungsanlage (kurz: WEA) für die Ausbildung von Atemschutzgeräteträgern.

Es besteht auch die Möglichkeit, dass externe Feuerwehren und Einrichtungen (Feuerwehrfachfirmen) die WEA der Feuerwehr Erkelenz nutzen. Für diese Nutzung werden Gebühren erhoben.

§ 2
Gebührenerhebung

(1) Die Kosten bzw. Gebührenerhebung erfolgt ausschließlich zur anteiligen Betriebs- und Verwaltungskostendeckung.

§ 3
Gebührenschuldner

(1) Gebührenschuldner ist derjenige, der die Nutzung der WEA beantragt hat. Der Antrag zur Nutzung der WEA ist beim Leiter der Feuerwehr oder dem verantwortlichen Lehrausbilder einzureichen.

(2) Für die Gebührenschuld haftet in jedem Fall diejenige Person, Einrichtung oder Behörde, die sich gegenüber der Stadt Erkelenz zur Tragung der Gebühren verpflichtet.

§ 4
Gestellung von Ausbildern

(1) Die Ausbilder, welche speziell für die WEA ausgebildet sind, werden grundsätzlich von der Feuerwehr der Stadt Erkelenz gestellt.

(2) Grundsätzlich steht 1 Ausbilder für 3 Seminarteilnehmer zur Verfügung.

§ 5
Teilnehmerzahlen

(1) Ein Seminar Wärmeerfahrung findet erst statt, wenn mindestens 9 Teilnehmer zum Seminar antreten. Die maximale Teilnehmerzahl beträgt 18 Teilnehmer.

(2) Sollten weniger Teilnehmer als gemeldet zu Seminarbeginn antreten, so ist die Seminargebühr für die gemeldete Teilnehmerzahl durch den Gebührenschuldner zu entrichten.

(3) Den Ausbildern der Feuerwehr der Stadt Erkelenz bleibt es vorbehalten, ein Seminar auf Grund von zu wenig angetretenen Teilnehmern abzusagen.

(4) Die Feuerwehr der Stadt Erkelenz behält es sich vor, ein Seminar wegen widriger Umstände z. B. Starkregen, Dauerfrost, größeres Einsatzaufkommen, etc., abzusagen. Ein Ersatztermin wird angeboten.

§ 6
Gebührenmaßstab/Gebührensatz

Für die Benutzung der WEA werden folgende Gebühren erhoben:

Modul 1	
Theoretischer Unterricht, dem Ausbildungsstand entsprechend	35,00 Euro je Unterrichtseinheit
Modul 2 (Modellvorführung)	
Brandverlauf Schwedenhaus (Holzmodell)/ Flashoverbox	120,00 Euro (Pauschalbetrag)
Modul 3	
Seminar Wärmeerfahrung Physiologischer und psychologischer Hitzestress Schutzwirkung und Grenzen moderner Feuerschutzkleidung Löschtaktik im Innenangriff	90,00 Euro je Teilnehmer
Modul 4	
Einsatztaktische Übung Vorgehen im Innenangriff Schlauchmanagement Löschtaktik	90,00 Euro je Teilnehmer

§ 7
Weitere Kosten

(1) Sollte der Gebührenschuldner kein eigenes wasserführendes Feuerwehrfahrzeug stellen, so kann die Feuerwehr der Stadt Erkelenz ein Löschfahrzeug stellen, dieses wird nach Dauer der Benutzung laut Kostentarif zur Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren bei Einsätzen der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Erkelenz vom 25.03.2010 mit 125,00 Euro/Stunde berechnet.

(2) Sollte der Gebührenschuldner keine geeigneten Atemschutzgeräte stellen, so kann die Feuerwehr der Stadt Erkelenz geeignete Atemschutzgeräte unter Berechnung von 85,00 Euro pro Gerät zur Verfügung stellen. Ein Atemschutzgerät besteht in diesem Fall aus Pressluftatmer und Atemanschluss. Ein Anspruch auf Gestellung der Atemschutzgeräte besteht nicht.

§ 8
Verteilung der Ausbildervergütung

(1) Die eingeteilten Ausbilder der WEA erhalten je Unterrichtseinheit (45 Minuten) 10,00 Euro als Ausbildervergütung. Wird die WEA durch externe Feuerwehren oder Firmen und Einrichtungen (Fachfirmen) angemietet, so erhalten die Ausbilder der Feuerwehr der Stadt Erkelenz eine Ausbildervergütung von 15,- € je Unterrichtseinheit (45 Minuten).

§ 9
Betriebs- und Instandhaltungskosten

Der sich ergebende Überschuss nach Abrechnung der Ausbildervergütung ist für Instandhaltungsarbeiten an der WEA oder Ersatzbeschaffungen im Bereich der Ausbilderschutzkleidung und der vorhanden bzw. benötigten Gerätschaften vorzuhalten.

§ 10
Inkrafttreten

Diese Gebührensatzung tritt nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 61/354/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Planungsamt	Datum: 30.11.2015 Verfasser: Amt 61 Paul-Hugo Blaesen

21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte

hier: Beschluss über die vorgetragenen Stellungnahmen während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
In seiner Sitzung am 24.09.2014 hat der Rat der Stadt Erkelenz die Aufstellung der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, beschlossen und beschlossen, die Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie den Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich zu beteiligen.

1. Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

Die öffentliche Bekanntmachung des Termins der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB wurde mit Amtsblatt Nr. 8 vom 10.04.2015 bekannt gemacht.
Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wurde am 28.04.2015 im Rathaus der Stadt Erkelenz durchgeführt. Seitens der Öffentlichkeit wurden während des Beteiligungsverfahrens keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen vorgetragen.

2. Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Das Beteiligungsverfahren gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 27.03.2015 an die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, eingeleitet.
Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden während

des Beteiligungsverfahrens abwägungsrelevante Stellungnahmen vorgetragen. Diese Stellungnahmen sind in der Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentliche Belange – zur Beschlussvorlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz aufgelistet.

3. Beteiligung des Bezirksausschusses
Der Bezirksausschuss Erkelenz-Keyenberg/Venrath/Borschemich wurde mit Schreiben vom 02.04.2015 beteiligt. Seitens des Bezirksausschusses wurde in seiner Sitzung vom 28.04.2015 folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (als Empfehlung an die Verwaltung):
„Der Bezirksausschuss Keyenberg/Venrath/Borschemich stimmt der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz(Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, zu“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, 5 Enthaltungen

4. Öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Nach Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaftsförderung und Betriebe vom 16.06.2015 und des Rates der Stadt Erkelenz vom 24.06.2015 wurde der Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, nach Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 13 vom 26.06.2015 in der Zeit vom 06.07.2015 bis 07.08.2015 öffentlich ausgelegt.
Während der öffentlichen Auslegung wurden abwägungsrelevante Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgetragen. Diese Stellungnahmen sind in der Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentliche Belange – zur Beschlussvorlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz aufgelistet.

Der Feststellungsbeschluss über die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, wurde bereits in der Sitzung vom 16.09.2015 beschlossen. Nach dem Feststellungsbeschluss durch den Rat der Stadt Erkelenz wurde die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz der Bezirksregierung Köln zur Genehmigung vorzulegen.

In dieser Sitzung soll nochmals über die vorgetragenen Stellungnahmen gemäß § 1 Abs. 7 BauGB entschieden werden.

Mit Schreiben vom 27.11.2015 wurde seitens der Bezirksregierung Köln folgende Rechtsauffassung vertreten:

„Im Ergebnis meiner Prüfung der 21. FNP-Änderung muss ich leider feststellen, dass eine Genehmigungsfähigkeit nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Die Abwägung aller Beteiligungsverfahren ist nicht zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses erfolgt. Aufgrund bestehender Rechtsprechung des OVG NRW (Urteil vom 14.02.2007-10 D 31/04.NE) sowie meiner Verfügung vom 26.06.2007 zur Beschlussfassung über Stellungnahmen im Bauleitplanverfahren ist es erforderlich, dass der Rat auch über die im Rahmen frühzeitiger Beteiligungsverfahren eingegangenen Einwendungen und Stellungnahmen zum Zeitpunkt des Feststellungsbeschlusses entscheidet. Der Rat soll seiner Pflicht gerecht werden, alle von der Pla-

nung betroffenen Belange vollständig zu erfassen, zu bewerten und abzuwägen. Dies gilt gemäß § 1 (7) BauGB auch für die Abwägung der Stellungnahmen aller Beteiligungsverfahren gegeneinander.

Die Verfahrensschritte zum Ergebnis sowohl zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit als auch der Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der Offenlage sind nicht dokumentiert. Ich gehe aber davon aus, dass Sie hier keine für den FNP abwägungsrelevanten Stellungnahmen erhalten haben.

Die Abwägung zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange erfolgte am 24.06.2015, die Abwägung zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Offenlage erfolgte am 16.09.2015. Damit genügt die 21. FNP-Änderung nicht den Anforderungen des Baugesetzbuchs und wäre zu versagen.

Es bestünde jedoch grundsätzlich die Möglichkeit, innerhalb meiner Genehmigungsfrist dem Rat der Stadt Erkelenz die Beschlussvorschläge zu allen Beteiligungsverfahren erneut zur Abwägung vorzulegen, wiederholt den Feststellungsbeschluss zu fassen und den Verfahrensvermerk auf der Planänderung zu den abschließenden Beschlüssen zu korrigieren, um die Unterlagen dann hier vorzulegen.“

Unabhängig einer weiteren rechtlichen Prüfung und um eine zeitnahe Entscheidung herbeizuführen, ist ein erneuter Feststellungsbeschluss unter Berücksichtigung abwägungsrelevanter Stellungnahmen aller Beteiligungsverfahren zu beschließen.

Aspekte Stadtmarketing/Lokale Agenda 21
Aspekte des Stadtmarketings sind durch die vorliegende Planung nicht betroffen. Durch die Flächennutzungsplanänderung werden agendarelevante Aspekte berücksichtigt. Aufgrund der Gesetze, die in der Bauleitplanung zu beachten sind, ist eine nachhaltige ökologische, ökonomische und sozialverträgliche Ausführung von Planungen gewährleistet.

Die Bauleitpläne sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauGB eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.

Beschlussentwurf:
„1. Über die während der frühzeitigen Beteiligung gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange vorgetragenen Stellungnahmen zum Entwurf der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, wird nach Abwägung aller erkennbaren öffentlichen und privaten Belange, wie in der als Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum,

Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte beigefügten Abwägungstabelle vorgeschlagen, entschieden. Die Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - ist Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte, wird hiermit beschlossen.
3. Die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz ist der Bezirksregierung Köln zur Genehmigung vorzulegen.“

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlagen:
Anlage – Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange – zur Beschlussvorlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes

Anlage - Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - zur Beschlussvorlage der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte im Rat der Stadt Erkelenz am 16.12.2015

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 3 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 BauGB

Lfd. Nr.: 1
Träger: Erftverband, Postfach 1320, 50103 Bergheim
Schreiben vom: 22. April 2015

Inhalt:

Wie Sie aus dem beiliegenden Lageplan ersehen können, befinden sich im o. g. Plangebiet aktive oder inaktive Grundwassermessstellen. Sie sind notwendige Instrumente der Gewässerunterhaltung nach § 91 Wasserhaushaltsgesetz. Daher ist ihre Zugänglichkeit und ihr Bestand dauerhaft zu wahren. Des Weiteren weisen wir darauf hin, dass inaktive Grundwassermessstellen, die nicht zurückgebaut und verfüllt worden sind, die Tragfähigkeit des Baugrundes beeinflussen können. Sollte innerhalb eines 200 m Korridors der Baumaßnahme eine Grundwassermessstelle liegen, dann ist zum Zwecke der Einweisung vor Beginn der Maßnahme mit dem zuständigen Ansprechpartner, Herrn Wilhelms, Abteilung Grundwasser, Tel.-Nr. 02271/88-1284, Mail: frank.wilhelms@erftverband.de Kontakt aufzunehmen und ein Ortstermin zu vereinbaren.

Eine evtl. geplante Versickerung des Niederschlagswassers sollte nur über belebte Bodenschichten erfolgen. Gemäß § 51 a LWG ist Niederschlagswasser zu versickern, verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten, sofern dies ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit möglich ist.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Plangebiet befinden sich zwei Grundwassermessstellen (s. Anl. Nr. 339013 u. 339027). Die Messstellen sind nach Auskunft der Erftverbandes noch aktiv. Nach Auffindung sind die Messstellen im Rahmen der Baumassnahmen provisorisch zu sichern, d.h. abzudecken. Der Erftverband ist zu verständigen zur Festlegung der endgültigen Maßnahmen zur Sicherung und Zugänglichkeit. Bei den Messstellen handelt es sich um Rohrschächte aus Kunststoff mit ca. 30 cm Gesamtdurchmesser. Sie benötigen keine Schutzabstände.
Es wird vorgeschlagen, die Grundwassermessstellen im Bebauungsplan darzustellen und entsprechend dem vorgenannten Verfahren zu sichern. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.
Die Anregung zur Versickerung über belebte Bodenschichten wird im Entwässerungskonzept berücksichtigt.

Beschlussvorschlag:

Der Anregung des Erftverbandes zur Sicherung der Grundwassermessstellen wird gefolgt, ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Die Versickerung über belebte Bodenschichten wird im Entwässerungskonzept berücksichtigt.

Lfd. Nr.: 2
Träger: Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Niederrhein, Postfach 10 10 27, 41010 Mönchengladbach
Schreiben vom: 15. April 2015

Inhalt:
Das Umsiedlungsgebiet wird im Westen mittels einer Erschließungsstraße an die freie Strecke der Bundesstraße 57 (Abschnitt 33.2, Station ca. 0,800) angebunden. Baulastträger der Bundesstraße ist die Bundesrepublik Deutschland. Als Knotenpunktstyp ist ein Kreisverkehrsplatz vorgesehen.

Gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes werden keine Bedenken erhoben, wenn folgendes beachtet wird:

- Die Kosten des Kreisverkehrsplatzes trägt gemäß § 12 (1) Bundesfernstraßengesetz (FStrG) die Stadt bzw. RWE als Veranlasser. Die Mehrkosten für Erhaltung und Unterhaltung sind gemäß § 13 (3) FStrG einmalig an den Landesbetrieb abzulösen.
- Die Details der Anbindung sind im nachgeordneten Bauleitplanverfahren abzuklären, daher ist frühzeitig eine Ausführungsplanung über die Anbindung der Erschließungsstraße, zwecks Vergabe des Sichtvermerkes, der hiesigen Niederlassung vorzulegen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Der Anschluss des Plangebietes im Westen an die B 57 ist mit dem Landesbetrieb Straßenbau abgestimmt, insofern werden keine Bedenken erhoben.
Die Kostenträgerschaft bzw. Kostenübernahme durch den Bergbautreibenden wird zu gegebener Zeit vertraglich zwischen der Stadt Erkelenz und dem Bergbautreibenden geregelt.
Die für die Anbindung an die B 57 erforderlichen Flächen sind im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren planungsrechtlich zu sichern. Die entsprechende Ausführungsplanung wird im weiteren Verfahren dem Landesbetrieb Straßenbau vorgelegt.

Beschlussvorschlag:
Den Anregungen wird gefolgt.

Lfd. Nr.: 3

Träger: Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Heinsberg, Gereonstraße 80, 41747 Viersen
Schreiben vom: 28. April 2015

Inhalt:

Zu den von Ihnen bereitgestellten Unterlagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Umweltprüfung
Zu dem Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung sind aus Sicht der Landwirtschaftskammer NRW keine besonderen Anforderungen zu stellen.

Die Änderung des Flächennutzungsplanes haben wir darüber hinaus insbesondere bezüglich der Auswirkungen auf folgende **agrarstrukturelle Gesichtspunkte** geprüft:

- Schutz der Ressource landwirtschaftliche Nutzfläche,
- Ausnutzung aller vorhandenen Wohnbaulandressourcen bzw. alternative Standort,
- Umsetzung des externen Kompensationsbedarfs,
- Wirtschaftskraft landwirtschaftlicher Betriebe
- wirtschaftliche Landbewirtschaftung

Aufgrund der bergbaubedingten Umsiedlungssituation werden grundsätzliche Bedenken z. B. wegen der großflächigen baulichen Inanspruchnahme sehr wertvoller landwirtschaftlicher Flächen, zurückgestellt.

Wir weisen jedoch auf die Auswirkungen der Ansiedlung auf das Wirtschaftswegenetz hin:

1. Sowohl in Nord-Süd- als auch Ost-West-Richtung fallen Wegeachsen weg (vgl. folgendes Bild). Um diesen Wegfall zu kompensieren, ist u. E. ein Ausbau anderer Wirtschaftswege bzw. die Anlage von Wirtschaftswegen am Rande des Plangebiets erforderlich.

2. Die Ansiedlung von ca. 1.650 Bewohnern der ehemals fünf Ortschaften in nun einen Siedlungsbereich hat Auswirkungen auf die Nutzung der Wirtschaftswege im Umfeld der Siedlung. Die Freizeitnutzung der Wirtschaftswege hat erfahrungsgemäß Konfliktpotential sowohl auf Seiten der Landwirte als auch auf Seiten der Freizeitnutzer. Es wird daher angeregt, Maßnahmen zu ergreifen, die dieses Konfliktpotential erheblich minimieren, wie z. B. Verbreiterungen der vorhandenen bzw. neu anzulegenden Wirtschaftswege.

Darüber hinaus ist festzustellen, dass westlich sowie südlich und süd-östlich landwirtschaftliche Flächen verblieben sind. Die Gründe für den fehlenden, unmittelbaren Anschluss des Plangebiets an die B 57 einerseits oder die vorhandene Siedlung

bzw. das Wasserschutzgebiet anderseits können nachvollzogen werden. Dennoch weisen wir darauf hin, dass den so verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen offenbar vorrangig die Funktion von Pufferzonen zukommen soll. Damit wird deutlich, dass die Agrarstruktur nicht nur durch die Planung selbst (Verlust landwirtschaftlicher Flächen und Kappung des Wegenetzes), sondern auch durch Randeffekte gestört wird. So entstehen Arten von „Restflächen“ für die Landwirtschaft, deren Bewirtschaftung durch rechtliche Auflagen, kleinteilige Zuschnitte und Umschließung von Besiedlung benachteiligt wird. Soweit dies nicht vermieden werden kann, regen wir an, solche Flächen künftig möglichst in Konzepte für produktionsintegrierte Kompensation einzubringen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist das künftige Netz der Wirtschaftswege abzustimmen. Durch Ergänzung kurzer Wegabschnitte im Südwesten und Südosten des Plangebietes als Ersatz für die in der künftigen Ortslage entfallenden Wirtschaftswege ist die Erreichbarkeit sicherzustellen. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.
Die entstehenden, landwirtschaftlichen „Restflächen“ liegen außerhalb des förmlichen Plangebietes. Da die Stadt Erkelenz nicht Eigentümer der Flächen ist, fehlen die Möglichkeiten zur Entwicklung von produktionsintegrierten Kompensationskonzepten.

Beschlussvorschlag:
Die Anregungen werden im weiteren Planverfahren berücksichtigt. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Lfd. Nr.: 4
Träger: Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH, Am Wasserwerk 5, 41844 Wegberg
Schreiben vom: 28. April 2015

Inhalt:

Im Bereich der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes Erkelenz, befinden sich Versorgungsleitungen der Kreiswasserwerk Heinsberg GmbH, die anhand der vorliegenden Gestaltungsplanung in Ihrer jetzigen Lage nicht bleiben können und somit im Zuge der Baumaßnahmen umgelegt werden müssen. Die entstehenden Kosten sind durch den Vorhabenträger zu erstatten.

Ferner befindet sich ein Teilbereich der Änderung im Bereich der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes Erkelenz-Mennekrath. Der Anlage einer Straße mit seitlicher Muldenversickerung, können wir im Bereich der Schutzzone II nicht zustimmen. Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stellungnahme der ahu AG vom 09.04.2015 bezüglich der Problematik.

Der Stellungnahme des Wasserwerkes lag eine Stellungnahme der ahu AG, Wasser, Boden, Geomatik, Aachen vom 09. April 2015 mit folgendem Inhalt bei:

Anlass und Hintergrund

Im Rahmen des Braunkohlenplans sind die Orte Keyenberg, Kuckum, Unter-/ Oberwestrich und Berverath von Umsiedlungen betroffen. Als Umsiedlungsstandort ist Erkelenz-Nord vorgesehen. Der Bebauungsplan für den Umsiedlungsstandort befindet sich in der Aufstellungsphase. Das Bebauungsplangebiet liegt teilweise in der Schutzzone II des gemäß vorläufiger Anordnung vom 07.11.2011 festgesetzten Wasserschutzgebietes Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath. Durch die ahu AG erarbeitet derzeit ein Schutzzonengutachten für die Neuausweisung des Wasserschutzgebietes. Das Bebauungsgebiet wird gemäß des Entwurfs auch zukünftig in der (geplanten) Schutzzone II der Wassergewinnungsanlage (WGA) Mennekrath liegen (siehe Anl. 1).

Der Bebauungsplan sieht den Bau einer Straße mit angeschlossener Muldenversickerung sowie eine Nutzfläche für Sportanlagen vor. Gemäß § 5 der Wasserschutzgebietsverordnung Erkelenz-Mennekrath (2011) ist das Errichten von Straßen, Abwasseranlagen und baulichen Anlagen verboten. Als Träger des Bebauungsplanverfahrens hat die Stadt Erkelenz die Befreiung von den Vorboten beantragt. Die Kreiswasserwerk (KWW) Heinsberg GmbH wurde als Begünstigte des Wasserschutzgebietes vom Amt für Umwelt und Verkehrsplanung der Kreisverwaltung Heinsberg um Stellungnahme zum Befreiungsantrag gebeten.

Zweck und allgemeine Bemessung von Wasserschutzzonen

Die Abgrenzung und Bemessung von Wasserschutzzonen erfolgt auf Grundlage des DVGW Arbeitsblatten W 101 Teil 1 (2006). Demnach muss die Wasserschutzzone II „den Schutz vor…Beeinträchtigungen gewährleisten, die bei geringer Fließdauer und –strecke zur Wassergewinnungsanlage gefährlich sind."

Die Zone II muss laut DVGW W 101 Teil 1 (2006) mindestens bis zur einen Linie reichen, von der aus das genutzte Grundwasser eine Fließzeit von 50 Tagen bis zur WGA benötigt.

Die Abgrenzung der bestehenden und der geplanten Wasserschutzzone II erfolgten bzw. erfolgen auf Grundlage der 50-Tage-Linie und der wasserrechtlich genehmigten Fördermenge (vgl. DVGW W 101 Teil 1, 2006) Die geplante Wasserschutzzone II ist dabei bezüglich ihrer räumlichen Abgrenzung identisch mit der bestehenden Wasserschutzzone II.

Stellungnahme

Die Errichtung einer Straße innerhalb der Wasserschutzzone II stellt ein sehr hohes Gefährdungspotential für den wasserwirtschaftlich genutzten Grundwasserkörper

dar. Es kann zu erhöhten Schadstoffeinträgen in den Grundwasserkörper durch unsachgemäßen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen oder bei Unfällen kommen (in Anlehnung an DVGW W 101 Teil 1, 2006). Die Errichtung einer parallel zur Fahrbahn ausgerichteten Mulde zur Versickerung des anfallenden Abwassers stellt ebenso ein erhöhtes Gefährdungspotenzial für den Grundwasserkörper dar, da es zu einer gezielten Versickerung von Abwasser in den Untergrund kommt. Bei der Errichtung der o. g. Anlagen sind Eingriffe in den Untergrund erforderlich, welche die Schutzfunktion der Deckschichten gegenüber Schadstoffeintrag negativ beeinflusst und somit die Vulnerabilität des Grundwasserkörpers erhöht.

Die Errichtung und der Betrieb einer Sportanlage in der Wasserschutzzone weist ein hohes Gefährdungspotenzial für den durch die WGA Mennekrath wasserwirtschaftlich genutzten, oberen Grundwasserleiter (Hor. 16/14) auf. Bei der Errichtung der Anlage kommt es zu Eingriffen in den Untergrund und während des Betriebes kann es durch den unsachgemäßen Einsatz von PBSM zu Verunreinigungen des Grundwasserkörpers kommen.

Der Schutzzweck des Grundwassers ist nach § 10 der Schutzgebietsverordnung Erkelenz-Mennekrath (2011) durch den potenziellen Eintrag von wassergefährdenden Stoffen in den Grundwasserleiter gefährdet. Die hydrochemische Zusammensetzung des geförderten Rohwasser kann sich negativ verändern, was zu einer eingeschränkten Nutzung bis hin zu einer Aufgabe der Wassergewinnung an der WGA Mennekrath führen kann.

Überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit nach § 52 Abs. 1 Satz 3 WHG sowie eine nicht beabsichtigte Härte gemäß § 10 der Schutzzonenverordnung Erkelenz-Mennekrath aufgrund des Verbotes sind bezüglich des geplanten Bauvorhabens aus Sicht der KWW Heinsberg GmbH nicht zu erkennen. Es erscheint zumutbar, sowohl die Straße als auch den Sportplatz in südöstlicher Richtung außerhalb der festgesetzten Wasserschutzzone II zu verlagern.

Viel mehr gilt es das Wohl der Allgemeinheit bezüglich der nachhaltigen Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser zu gewährleisten. Demnach sind laut DVGW W 101 (2006) und der Schutzgebietsverordnung Wegberg-Uevekoven und Erkelenz-Mennekrath (2011) sowohl die Errichtung als auch der Betrieb der o. g. Anlagen innerhalb der Wasserschutzzone II nicht tragbar und nicht mit dem Gewässerschutz im Sinne der Schutzgebietsverordnung Erkelenz-Mennekrath (2011) vereinbar (§ 10).

Bei einer Realisierung der Bauvorhaben außerhalb der Wasserschutzzone II sind die Anforderungen nach RiStWag (2002) und den bei der Wasserschutzzonenverordnung festgelegten Restriktionen für die WSZ III A zu berücksichtigen.

Die KWW Heinsberg GmbH bittet um weitere Beteiligung im Verfahren.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Bezüglich der Kosten für Leitungsverlegungen liegt die Kostenträgerschaft bei dem Bergbautreibenden RWE Power, hierzu werden vertragliche Vereinbarungen zwischen der Stadt Erkelenz und dem Bergbautreibenden abgeschlossen.

Hinsichtlich der Bedenken gegen die Straßenplanung in der Wasserschutzzone II und der Anregung, die Strasse außerhalb der Wasserschutzzone anzuordnen, wird auf die in Aussicht gestellte Ausnahmegenehmigung der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Kreises Heinsberg verwiesen.
Es ist beabsichtigt, die geplante Straßenführung beizubehalten und nach Maßgabe der Ausnahmegenehmigung auszuführen.
Die KWW Heinsberg werden im weiteren Bauleitplanverfahren beteiligt.

Beschlussvorschlag:
Der Hinweis auf Leitungsverlegung und Kostenträgerschaft durch den Bergbautreibenden werden zur Kenntnis genommen.

Der Anregung, die Straßenführung außerhalb der Wasserschutzzone II anzuordnen, wird nicht gefolgt. Die Lage der Straße wird beibehalten und nach Maßgabe der Ausnahmegenehmigung der unteren Wasserbehörde ausgeführt.
Die KWW Heinsberg sind im weiteren Bauleitplanverfahren zu beteiligen.

Lfd. Nr.: 5
Träger: Bezirksregierung Arnsberg, Postfach, 44025 Dortmund
Schreiben vom: 29. April 2015

Inhalt:

Die vorbezeichnete Planmaßnahme befindet sich über den auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Union 161“, „Union 174“ und „Union 190“, über den auf Kohlenwasserstoffe erteilten Erlaubnisfeldern „Saxon 2“ (zu gewerblichen Zwecken) und „Rheinland“ (zu gewerblichen Zwecken). Eigentümerin der Bergwerksfelder „Union 161“, „Union 174“ und „Union 190“ ist die RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln. Inhaberin der Erlaubnis „Saxon 2“ ist die Dart Energy (Europe) Limited, Laurelhill Business Park, Polmaise Road, Stirling, FK 7 9 JQ in Großbritannien. Inhaberin der Erlaubnis „Rheinland“ ist die Wintershall Holding GmbH, Friedrich-Ebert-Straße 160 in 34119 Kassel.

Ausweislich der hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich der Planmaßnahme kein Abbau von Mineralien dokumentiert.

Jedoch ist der Bereich des Plangebietes nach den hier vorliegenden Unterlagen (Grundwasserdifferenzenpläne mit Stand: Oktober 2012 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – 61.42.63 – 2000-1-) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen.

Daher sollte bei den Planungen folgendes bereits Berücksichtigung finden:

Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Plangebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.

Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung als auch bei einem späteren Grundwasseranstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Die Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von Bodenbewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichtigung finden. Ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln eine Anfrage zu stellen und für konkrete Grundwasserdaten den Erftverband um Stellungnahme zu bitten.

Darüber hinaus ist hier nichts über mögliche, zukünftige, betriebsplanmäßig noch nicht zugelassene bergbauliche Tätigkeiten bekannt. Diesbezüglich empfehle ich Ihnen, auch die o. g. RV Rheinbraun Handel und Dienstleistungen GmbH als Eigentümerin des bestehenden Bergwerkseigentums an der Planungsmaßnahme zu beteiligen, falls dieses nicht bereits erfolgt ist.

Abschließend sei hier noch erwähnt, dass eine Erlaubnis das befristete Recht zur Aufsuchung des bezeichneten Bodenschatzes innerhalb der festgelegten Feldesgrenzen gewährt. Unter dem „Aufsuchen“ versteht man Tätigkeiten zur Feststellung (Untersuchung) des Vorhandenseins und der Ausdehnung eines Bodenschatzes. Eine Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken dient lediglich dem Konkurrenzschutz und klärt in Form einer Lizenz nur grundsätzlich, welcher Unternehmer in diesem Gebiet Anträge auf Durchführung konkreter Aufsuchungsmaßnahmen stellen darf. Eine erteilte Erlaubnis gestattet noch keinerlei konkrete Maßnahmen, wie z. B. Untersuchungsbohrungen, so dass Umweltauswirkungen in diesem Stadium allein aufgrund einer Erlaubnis nicht hervorgerufen werden können. Konkrete Aufsuchungsmaßnahmen wären erst nach weiteren Genehmigungsverfahren, den Betriebsplanzulassungsverfahren, erlaubt, die ganz konkret das „Ob“ und „Wie“ regeln. Vor einer Genehmigungsentscheidung erfolgt gemäß den gesetzlichen Vorschriften eine Beteiligung von ggf. betroffenen Privaten, Kommunen und Behörden. Des Weiteren werden ausführlich und gründlich alle öffentlichen Belange – insbesondere auch die des Gewässerschutzes – geprüft, gegebenenfalls in einem separaten wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Die Hinweise zu den Auswirkungen der Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserbeeinflussung werden zur Kenntnis genommen und ein entsprechender Hinweis in die Begründung der Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.

Die Hinweise und Erläuterungen zu Aufsuchungserlaubnissen für Bodenschätze werden zur Kenntnis genommen.

Beschlussvorschlag:
Ein Hinweis zu den Auswirkungen des Braunkohletagebaus mit der Grundwasserabsenkung als auch späteren Grundwasseranstieg und hierdurch bedingte Bodenbewegungen wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Lfd. Nr.: 6
Träger: Kreisverwaltung Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, 52523 Heinsberg
Schreiben vom: 28. April 2015

Inhalt:

Zu der o. g. Bauleitplanung wird wie folgt Stellung genommen:

<u>Gesundheitsamt</u>

Aus gesundheitsaufsichtlicher Sicht werden gegen die 21. Änderung des Flächennutzungsplanes keine Bedenken erhoben, wenn die Immissionsrichtwerte eingehalten werden, so dass gesundheitlich relevante Geräuschbelastungen der künftigen Bewohner durch A 46, B 57, Zugverkehr, Festwiese und Sportplatz nicht zu besorgen sind.

Bereits jetzt wird darauf hingewiesen, dass einem Straßenbau in Trinkwasserschutzzone II der Wassergewinnungsanlage Mennekrath des Kreiswasserwerks Uevekoven von meiner Seite nicht zugestimmt werden kann. Auch langfristig ist vorgesehen, Mennekrath als Wassergewinnungsgelände beizubehalten. Die Aktualisierung der Wasserschutzzonen wird derzeit nach Kenntnisstand des Gesundheitsamtes mit der Bezirksregierung erörtert.

Bezüglich der Neuanlage des Friedhofes in Trankwasserschutzzone III b des Wasserwerkes Gatzweiler wird auf die Genehmigungspflicht durch die Stadt Mönchengladbach hingewiesen.

<u>Amt für Umwelt und Verkehrsplanung</u>

Aus den

- von der Unteren Wasserbehörde
- von der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde
- von der Abgrabungsbehörde
- von der Straßenbaubehörde

des Kreises Heinsberg zu vertretenden Belangen werden gegen die o. g. Bauleitplanung keine Einwendungen erhoben.

Im Übrigen wird seitens der Unteren Landschaftsbehörde wie folgt Stellung genommen:

Der gewählte Standort der Umsiedlung der Ortslagen ist aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde von den seinerzeit vorausgewählten Standorten einer derjenigen, mit den vergleichsweise geringsten Auswirkungen, daher bestehen gegen die Planung aus naturschutzfachlicher Sicht unter den gegebenen Rahmenbedingungen keine grundsätzlichen Bedenken.

Im Rahmen des Artenschutzgutachtens wurden bereits Maßnahmen vorgesehen, die der Abwendung des Eintretens von Verboten des § 44 BNatSchG dienen. Diese Maßnahmen, insbesondere die unter der Ziffer 6.1.1 M 1 und M 1 a beschriebenen Maßnahmen, wären möglichst zeitnah umzusetzen.

Zur Umsetzung dieser Maßnahme erscheinen aus Sicht der Unteren Landschaftsbehörde nicht nur die Flächen im Bereich nordwestlich von Geneiken und im Bereich Rurich geeignet, sondern auch Flächen im Naturraum zwischen Lövenich, Katzem und Kückhoven, zumal es in diesem Abschnitt auch Hinweise auf vereinzelte Vorkommen der Grauammer und auch des Feldhamsters gibt. Diese Flächen wurden in der Vorauswahl von RWE-Power nach meiner Einschätzung vorschnell herausgenommen und haben ein hohes Potenzial für verschiedene Arten der offenen Bördelandschaften. Im Bereich von Rurich sollten die Flächen ausreichend Abstand zur Rur einhalten, da im Rahmen der Umsetzung der Ziele der Landschaftsplanung und der Wasserrahmenrichtlinie in diesem Raum ökologisch wirksame Maßnahmen vorzunehmen sind, die für den Kiebitz aufgrund der zunehmenden Vertikalstrukturen tendenziell ungeeignet sind. Die dort für den Kiebitz herzurichtenden Flächen sollten mind. 200 m Abstand zu den Vertikalsstrukturen an der Rur haben.

Im Rahmen des späteren Bebauungsplans sollte darauf geachtet werden, dass im Zuge von Kompensationsmaßnahmen auch Maßnahmen durchgeführt werden, die der landschaftsgerechten Einbindung der späteren Ortslage in den Naturraum dient.

Externe Maßnahmen, die primär dem Artenschutz der Offenlandarten der Behörden dienen, halte ich nur sehr bedingt geeignet, Eingriffe in Natur und Landschaft insbesondere in Bezug auf Bodenversiegelung, Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, von Verinselungseffekten oder auch des Kleinklimas zu kompensieren. Ihnen fehlt

eine erlebbare Dreidimensionalität, sie sind daher im Landschaftsraum wenig wahrnehmbar. Sie bieten in Bezug auf den Boden kaum Erosionsschutz und kaum Humusanreicherung. Sie haben kaum eine ausgleichende Wirkung aufs Kleinklima wie Wald- oder Grünlandbiotope.

Außer für die Arten der offenen Agrarfluren bieten sie anderen Arten, insbesondere denen halboffener Landschaftstypen (Strukturreiche Gärten, Parks, Streuobstwiesen) kaum Lebensraum. Ich sehe daher nur begrenzt Synergien.

Lineare Biotopmaßnahmen wie Feldhecken, Einzelbüsche, bereite Feldraine etc. zur besseren Vernetzung der ausgeräumten Bördelandschaften (Ausbreitungskorridore) etwa entlang von Gräben, wären im Rahmen einer Gesamtkompensation wünschenswert, wie auch ein ausreichender Grüngürtel um den Ortsrand.

Untere Bodenschutzbehörde/Altlasten

Erkenntnisse über Altlast-Verdachtsflächen liegen mir zurzeit nicht vor.

Amt für Bauen und Wohnen – Untere Immissionsschutzbehörde

Die Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde liegt mir zurzeit nicht vor. Sie wird Ihnen direkt von dort zugeleitet.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit Stellungnahme vom 13.05.2015 teilt die Kreisverwaltung Heinsberg, Amt für Bauen und Wohnen, folgendes mit:

Im Nachgang zu meinem o. g. Schreiben übersende ich Ihnen die noch fehlende Stellungnahme der Unteren Immissionsschutzbehörde:

Untere Immissionsschutzbehörde
Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das o. g. Vorhaben keine generellen Bedenken. Ich weise jedoch vorsorglich darauf hin, dass im Baugenehmigungsverfahren der wiederanzusiedelnden Hofstellen voraussichtlich eine Geruchsimmissionsprognose vorzulegen sein wird.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Hinsichtlich der Bedenken gegen die Straßenplanung in der Wasserschutzzone II wird auf die in Aussicht gestellte Ausnahmegenehmigung der zuständigen Unteren Wasserbehörde des Kreises Heinsberg verwiesen.
Der Hinweis, dass die Anlage eines Friedhofes in der Trinkwasserschutzzone III b genehmigungspflichtig ist, wird zur Kenntnis genommen.

Untere Landschaftsbehörde
Die für den Artenschutz vorgesehenen Maßnahmen sollen zeitnah umgesetzt werden, d.h., sobald die entsprechenden Flächen im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens festgelegt und rechtlich gesichert sind. Die Auswahl der Flächen für Artenspezifische Ausgleichsmaßnahmen erfolgt in Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde.

Der Anregung, die künftige Siedlung landschaftsgerecht in den Landschaftsraum einzubetten, wird in dem Bebauungsplan dadurch Rechnung getragen, dass eine umfassende Ortsrandeingrünung als Ausgleichsmaßnahme geplant ist.

Die Anregung, den umgebenden ausgeräumten Landschaftsraum durch Heckenstrukturen u. Gehölze anzureichern, kann von der Stadt Erkelenz im Rahmen der Bauleitplanung nur bedingt umgesetzt werden, da die dazu erforderlichen Flächen außerhalb der Abgrenzung des Flächennutzungsplanes wie des Bebauungsplanes liegen.

Untere Immissionsschutzbehörde
In den geplanten Dorfgebieten (MD) des Bebauungsplanes soll eine Grosstierhaltung nur beschränkt zulässig sein, eine Intensivtierhaltung wird ausgeschlossen. Ein entsprechender Hinweis auf den ggf. notwendigen immissionsschutzrechtlichen Nachweis durch Gutachten im Baugenehmigungsverfahren wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Beschlussvorschlag:

Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Den Bedenken gegen die Straßenführung innerhalb der Wasserschutzzone II wird nicht gefolgt. Die Lage der Straße wird beibehalten und nach Maßgabe der in Aussicht gestellten Ausnahmegenehmigung der zuständigen unteren Wasserbehörde ausgeführt.

Untere Landschaftsbehörde
Der Anregung einer zeitnahen Umsetzung der artenschutzrechtlich erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Planvollzuges wird gefolgt. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Die landschaftsgerechten Einbettung des Umsiedlungsstandortes ist im Planungskonzept vorgesehen. Der Anregung wird damit Rechnung getragen.

Untere Immissionsschutzbehörde
Dem Hinweis auf evtl. erforderliche Geruchsimmissionsuntersuchungen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren für Vorhaben mit Tierhaltung wird gefolgt. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Lfd. Nr.: 7
Träger: Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Niederlassung Krefeld, Postfach 101353, 47713 Krefeld
Schreiben vom: 30.04.2015

Inhalt:

Östlich des Plangebietes verläuft in einer Entfernung von ca. 540 m die von der Autobahnniederlassung Krefeld zu unterhaltende Autobahn 46, Abschnitt 6.

Grundsätzliche Bedenken gegen die Umsiedlungsmaßnahme der Orte Keyenberg, Kuckum, Unter/Oberwestrich und Berverath an den Standort Erkelenz-Nord, hervorgerufen durch die bergbauliche Inanspruchnahme der Ortslagen durch den Tagebau Garzweiler II (ca. in den Jahren 2023 bis 2028) bestehen bei Beachtung der nachfolgenden Stellungnahme nicht.

Zur Vorbereitung der konkreten Planung und Findung eines geeigneten Umsiedlungsstandortes wurden u. a. auch die verkehrlichen Auswirkungen des Vorhabens durch die „DTV-Verkehrsconsult GmbH“ untersucht. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass „die Auswirkungen durch den vorhabenbedingten Quell- und Zielverkehr auf die bestehenden öffentlichen Verkehrswege“ am Standort Erkelenz-Nord verhältnismäßig gering sind. Durch den Neuverkehr des Umsiedlungsgebietes erhöht sich nach Einschätzung der „DTV-Verkehrsconsult“ der Verkehr auf der Autobahn 46 im Prognosejahr 2025 nicht (allgemeine Verkehrszunahme 2025 ohne Vorhaben 34.000 Kfz/Tag/Zunahme des Verkehrs im Prognose-Planfall 2025 ebenfalls 34000 Kfz/Tag).

Es wird vorausgesetzt, dass die Maßnahmen zur Erschließung des Plangebietes einen nachhaltig leistungsfähigen und sicheren Verkehrsverlauf im umliegenden klassifizierten Straßennetz gewährleisten.

Sollten dennoch durch den erzeugten Verkehr der Umsiedlungsmaßnahme Leistungsfähigkeitsdefizite im Bereich der BAB-Anschlussstellen auftreten, behält sich die Straßenbauverwaltung vor, erforderliche Ertüchtigungsmaßnahmen auf Kosten der Stadt Erkelenz zu fordern.

Die avisierte verkehrliche Anbindung der Umsiedlungsmaßnahme an die B 57 ist einvernehmlich mit der zuständigen Regionalniederlassung Niederrhein in Mönchengladbach als Straßenbaulastträger und damit direkt Betroffener abzustimmen.
Dazu ist die Vorlage einer prüf- und genehmigungsfähigen Entwurfs-/Ausführungsplanung mit Sicherheitsaudit und Verwaltungsvereinbarung erforderlich.

Die schalltechnische Untersuchung zur Verkehrsgeräuschsituation (Kramer Schalltechnik GmbH) ermittelt geringfügige Überschreitungen der Orientierungswerte an einigen Randbereichen des Plangebietes zur Nachtzeit. Als Hauptverursacher für diese Überschreitungen werden die Verkehrsachsen A 46, B 57 und Bahnstrecke genannt. Ich weise darauf hin, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können.

Verbal bitte ich auf

- S. 4, Pkt. 1 „Geltungsbereich“ der Begründung Teil 1 die Bezeichnung der Autobahn **A 46** statt A 44
- S. 12, Pkt. 10 „Umweltschützende Belange“ die Bezeichnung – **Teil 2 statt** Teil B
- S. 4 der Verkehrsuntersuchung Pkt. 2.2 „Netzdefinition“ **A 46** statt A 44

zu ändern.

Zur Vermeidung von Planungskollisionen sind die geplanten externen Vermeidungs-, Minderungs-, Schutz-, Erhaltungs- und Kompensationsmaßnahmen, die in den nachfolgenden Planungsebenen ermittelt werden, mitzuteilen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:
Es ist davon auszugehen, dass das Verkehrsaufkommen des Umsiedlungsstandortes weder Leistungsfähigkeit und Sicherheit im klassifizierten Netz beeinträchtigt, noch straßenbautechnische Maßnahmen, insbesondere an den Autobahnauffahrten, erforderlich macht.

Der Hinweis, dass die Straßenbauverwaltung keine Kosten für evtl. erforderliche Verkehrslärmschutzmassnahmen übernimmt, entspricht der Rechtslage. Im Falle künftiger Straßenbaumaßnahmen bleibt die Klärung der Kostenträgerschaft dem Einzelfall vorbehalten.

Der Anschluss an die B 57 ist mit der zuständigen Niederlassung des Landesbetriebes Mönchengladbach im Entwurf abgestimmt und liegt dort zur Prüfung für die Verwaltungsvereinbarung vor. Entsprechend diesem Abstimmungsstand werden die erforderlichen Verkehrsflächen im Bebauungsplan gesichert.

Die redaktionellen Korrekturhinweise zur Begründung werden aufgenommen

Beschlussvorschlag:
Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen

Lfd. Nr.: 8
Träger: LVR – Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Endenicher Str. 133, 53115 Bonn
Schreiben vom: 19.05.2015

Inhalt:

In der Fläche wurde aus Anlass der übergeordneten Braunkohleplanung bereits eine Begehung zur Prüfung der Betroffenheit des archäologischen Kulturgutes durchgeführt. Dabei wurden mehrere Fundkonzentrationen unterschiedlicher Zeitstellung ermittelt, die auf im Boden erhaltene Bodendenkmäler hinweisen. Hinweise zu Bodendenkmälern liefern in diesem Zusammenhang auf dem Acker verteilte keramische Gefäßscherben und Ziegelbruchstücke. Derartige Fundstücke gelangen dann, wenn Bodendenkmäler im Boden erhalten sind, durch die Pflugtätigkeit an die Ackeroberfläche. Die Lage der einzelnen Fundplätze sowie deren Zeitstellung ist der Anlage zu entnehmen.

Für die Planerische Abwägung ist das Ergebnis dieser Prospektion unter Berücksichtigung der §§ 1 Abs. 3 und 11 DSchG NW von Bedeutung, da diese denkmalrechtlichen Vorgaben unabhängig von der Eintragung eines Bodendenkmals Anwendung finden (§ 3 Abs. 1 Satz 4 DSchG NW).

Um die Belange des Bodendenkmalschutzes angemessen in die Planung einzubinden und damit dem durch § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB gestellten Auftrag zur planerischen Abwägung gerecht zu werden, ist nun durch Sachverhaltsermittlung auf der Ebene der Flächennutzungsplanung der konkrete Umfang der Betroffenheit der Kulturgüter in Bezug auf die §§ 3, 4, 7, 8 DSchG NW zu prüfen. Dieses Ergebnis wird dann mit Bezug auf die §§ 1 Abs. 3, 11 und 29 DSchG NW zum Gegenstand der Abwägung in der verbindlichen Bauleitplanung.

Einzelheiten bezüglich der Durchführung dieser Sachverhaltsermittlung sind mit der zuständigen Außenstelle des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege in Titz, Herrn Dr. Geilenbügge (udo.geilenbrügge@lvr.de), abzustimmen.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Im Jahr 2014 wurde im Plangebiet eine archäologische Grunderfassung durch Oberflächenbegehung und Bohrungen durchgeführt. Die Ergebnisse lassen eine Besiedlung seit der Altsteinzeit erkennen, belastbare Rückschlüsse über das Vorhandensein von Bodendenkmälern haben sich daraus nicht ergeben.

Zur Zeit werden entsprechende archäologische Grabungen und Bodenaufschlüsse im Plangebiet durchgeführt, die voraussichtlich Ende 2015 abgeschlossen werden.
Die Erforschung und Sicherung evtl. archäologischer Befunde ist Gegenstand der verbindlichen Bauleitplanung und wird dort nach Maßgabe des Denkmalschutzgesetzes NRW und in Abstimmung mit dem LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland geregelt.

Beschlussvorschlag:
Die Ergebnisse der archäologischen Untersuchungen sind nach Maßgabe des Denkmalschutzgesetzes und in Abstimmung mit dem Amt für Bodendenkmalpflege im Bebauungsplanverfahren zu berücksichtigen. Ein entsprechender Hinweis wird in den Flächennutzungsplan aufgenommen.

Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange während der Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB

Lfd. Nr.: 9
Träger: Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Heinsberg, Gereonstr. 80, 41747 Viersen
Schreiben vom: 28.07.2015

Inhalt:

Für die Berücksichtigung unserer Anregung vom 28.04.2015 zu den Wirtschaftswegen bedanken wir uns. Unter Punkt 12 der aktuellen Begründung zum FNP wurde somit ergänzt, dass im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren Nr. XXII sicherzustellen sei, „dass die Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen in Nachbarschaft des Standortes gewährleistet ist.“ Zu diesem Zweck seien entfallende Abschnitte der vorhandenen Wirtschaftswege zu ersetzen.
Im parallel vorliegenden Bebauungsplanverfahren haben wir entsprechende Vorgaben jedoch nicht gefunden und bitten daher um Hinweis, falls wir diese übersehen haben, oder regen andernfalls die Ergänzung an.

Bereits in der o.a. Stellungnahme hatten wir darauf hingewiesen, dass durch die Bauleitplanung die verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen, insbesondere die um das Wasserwerk gelegenen, agrarstrukturell sehr benachteiligt werden. Hierzu führen Sie im Wesentlichen an, dass die Flächen außerhalb des Plangebiets lägen und die Stadt Erkelenz nicht Eigentümer sei.
Da in Zusammenhang mit der Suche nach CEF-Flächen nun ebenfalls Flächen außerhalb des Plangebiets in Betracht gezogen werden, regen wir an zu prüfen, ob die Eigentümer bzw. Bewirtschafter der erstgenannten Flächen bereit sind, dort produk-

tionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere für den Artenschutz, durchzuführen.

Für zukünftige Verfahren regen wir zudem vorsorglich an, solche „Pufferflächen“ zu vermeiden bzw. andernfalls zu prüfen, ob diese für Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden können.

Abwägungsvorschlag der Verwaltung:

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind südwestlich, südöstlich sowie östlich Teilstücke von Wirtschaftswegen für den landwirtschaftlichen Verkehr vorgesehen. Zu diesem Zweck werden die Wege mit einer Breite von 4,0 m angelegt und an den Einmündungsbereichen aufgeweitet. Zur Sicherstellung der Erreichbarkeit der landwirtschaftlichen Flächen in Nachbarschaft des Standortes und zur Abstimmung weiterer notwendiger Maßnahmen sind erneute Abstimmungen mit der Landwirtschaftskammer NRW geplant.

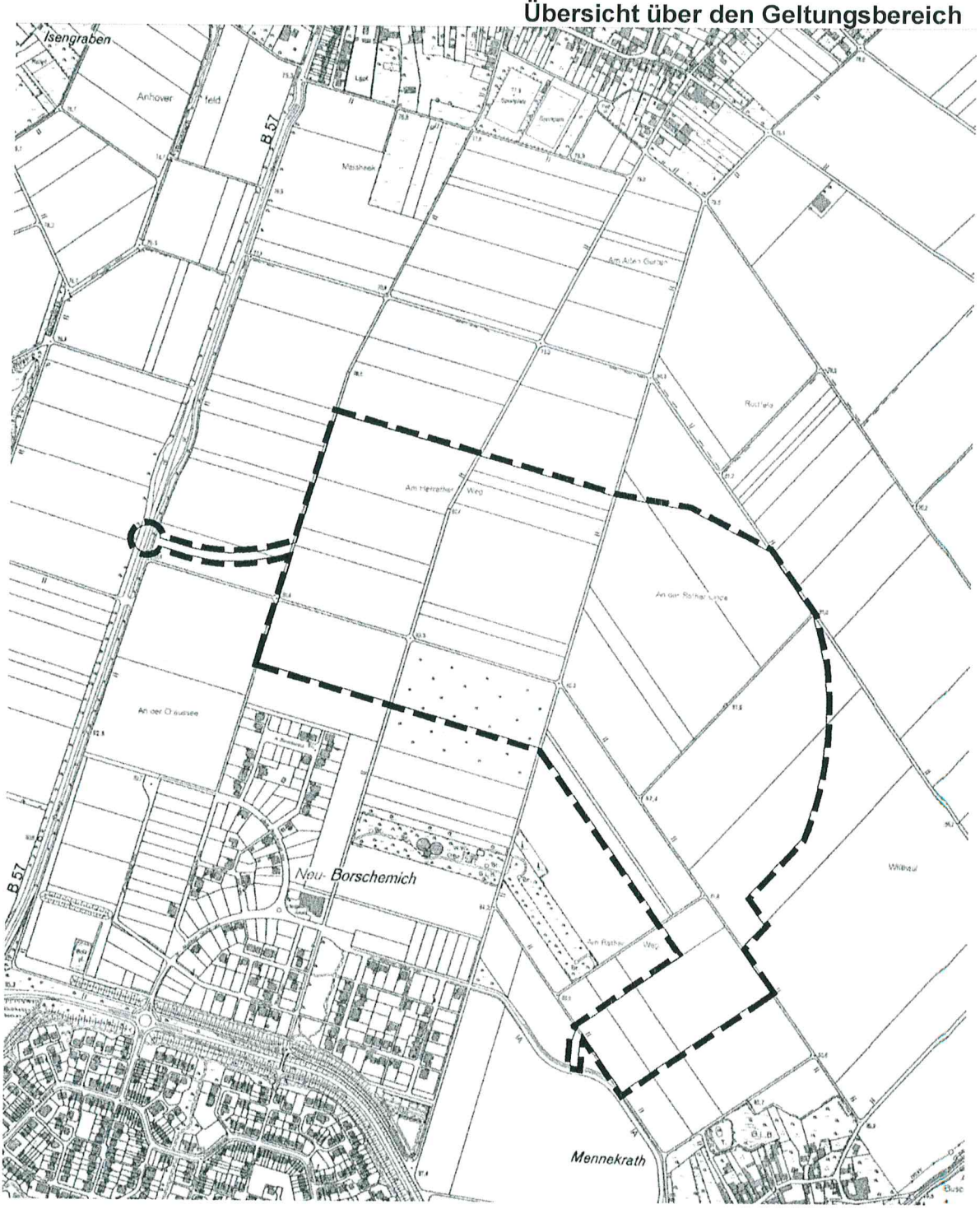
Die verbliebenen landwirtschaftlichen Flächen können als CEF-Flächen für den artenschutzrechtlichen Ausgleich bzg. Vogelarten der offenen und halboffenen Feldflur (hier: Feldlerche, Rebhuhn, Kiebitz) nicht herangezogen werden, weil die Arten eine geringe Bindung zu Vertikalstrukturen (z.B. Bäume) haben und bestimmte Arten (hier: Feldlerche und Kiebitz) sie sogar meiden.

Beschlussvorschlag:

Die landwirtschaftlichen Belange der Erreichbarkeit landwirtschaftlicher Flächen sind mit der Landwirtschaftskammer im weiteren Verfahren abzustimmen.

Übersicht über den Geltungsbereich der 21. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Erkelenz (Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/ Oberwestrich, Berverath), Erkelenz-Mitte

Übersicht über den Geltungsbereich



STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Vorlage-Nr: A 20/332/2015 Status: öffentlich AZ: Datum: 02.12.2015 Verfasser: Amt 20 Kämmerer Norbert Schmitz

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW sowie von erheblichen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Es liegen zurzeit keine zustimmungsbedürftigen Geschäftsvorfälle vor.

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/325/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 12.10.2015 Verfasser: Amt 20 Michael Wirtz

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW bzw. § 85 Abs. 1 GO NRW in der Zeit vom 22.08.2015 bis 09.10.2015

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
29.10.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Den Ausschussmitgliedern ist eine Übersicht über die hier zu behandelnden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen zugegangen, auf die verwiesen wird.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Von den in der Zeit vom 22.08.2015 - 09.10.2015 getroffenen Entscheidungen des Kämmerers zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW bzw. § 85 Abs. 1 GO NRW wird Kenntnis genommen."

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 22.08.2015 - 09.10.2015.

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 29.10.2015

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 16.12.2015

A. Öffentliche Sitzung

Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW sowie von erheblichen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW.

Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen in der Zeit vom 22.08.2015 bis 09.10.2015

Lfd. Nr.	Produktsach- bzw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	H04010001	Neubau einer Strohmiete Haus Hohenbusch	62.000,00	18.846,66	25.08.2015

Bei der Bauausführung wurde festgestellt, dass die vorhandene Bodenbeschaffenheit die Tragfähigkeit des Bauwerks nicht gewährleisten konnte. Aus diesem Grunde musste mehr Boden abgetragen und Füllkies eingebaut werden, um eine entsprechende Tragfähigkeit des Bodens herzustellen.

Deckung: Einsparung beim Investitionskonto:
H06020101 - Erweiterung und Umbau KG Adolf-Kolping-Hof U 3 - 18.846,66 EUR

2	E12020033	Stichweg Neusser Straße 59-79 - Öffentliche Beleuchtung -	VE-Ansatz 0,00	Mehr VE-Ansatz 18.000,00	05.10.2015

Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung für die Erneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung -Stichweg Neusser Straße 59-79 -. Aufgrund von Störungen an vorhandenen Gasleitungen muss die NEW Netz im o.a. Teilbereich der Neusser Straße Tiefbauarbeiten durchführen. In diesem Zuge bietet es sich an, die ohnehin erforderliche Erneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung mit durchzuführen. Durch die gemeinsamen Tiefbauarbeiten mit der NEW Netz können Kosten von rund 7.000,00 Euro eingespart werden.

Deckung: Kürzung der Verpflichtungsermächtigung bei der
Maßnahme: E12010026 - Straßenerneuerung Brückstraße - 18.000,00 EUR

Erkelenz, den 12.10.2015

Norbert Schmitz
Stadtkämmerer

STADT ERKELENZ

ERKELENZ
Tradition und Fortschritt

Beschlussvorlage	Vorlage-Nr: A 20/333/2015 Status: öffentlich AZ:
Federführend: Amt für Kommunalwirtschaft und Liegenschaften Kämmerei	Datum: 23.11.2015 Verfasser: Amt 20 Michael Wirtz

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 1 GO NRW in der Zeit vom 10.10.2015 bis 20.11.2015

Beratungsfolge:

Datum	Gremium
10.12.2015	Hauptausschuss
16.12.2015	Rat der Stadt Erkelenz

Tatbestand:
Den Ausschussmitgliedern ist eine Übersicht über die hier zu behandelnden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zugegangen, auf die verwiesen wird.

Beschlussentwurf (als Empfehlung an den Rat):
„Von den in der Zeit vom 10.10.2015 - 20.11.2015 getroffenen Entscheidungen des Kämmerers zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 (1) GO NRW wird Kenntnis genommen."

Finanzielle Auswirkungen:
Keine.

Anlage:
Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in der Zeit vom 10.10.2015 - 20.11.2015

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 10.12.2015

Anlage zur Tagesordnung der Sitzung des Rates am 16.12.2015

A. Öffentliche Sitzung

Haushaltswirtschaftliche Angelegenheiten

Zustimmung zu erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW sowie von erheblichen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW.

Soweit zustimmungsbedürftige Geschäftsvorfälle vorliegen, werden diese zusammen mit den Sitzungsvorlagen zugesandt.

Kenntnisgabe der vom Kämmerer getroffenen Entscheidungen zur Leistung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in der Zeit vom 10.10.2015 - 20.11.2015

Lfd. Nr.	Produktsach- bzw. Investitionskonto	Bezeichnung	Ansatz Euro	Mehr Euro	Tag der Zustimmung
1	H03010014	Nottreppe Nysterbachschule Lövenich	0,00	30.800,00	26.10.2015

Zur Anpassung des Gebäudes der Nysterbachschule Lövenich an brandschutzrechtliche Vorschriften ist kurzfristig die Installation einer Nottreppe erforderlich.

Deckung:	Einsparung bei den Investitionskonten:		
	H03030001 - Umbau und Erweiterung Erka-Halle - Anteil Europaschule	15.400,00	EUR
	H03040005 - Umbau und Erweiterung Erka-Halle - Anteil Cusanus-Gymnasium	15.400,00	EUR
		30,800,00	EUR

Erkelenz, den 23.11.2015

Norbert Schmitz
Stadtkämmerer